

1964 - das Jahr, mit dem "68" begann

Lorenz, Robert (Ed.); Walter, Franz (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lorenz, R., & Walter, F. (Hrsg.). (2014). *1964 - das Jahr, mit dem "68" begann* (Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, 7). Bielefeld: transcript Verlag.
<https://doi.org/10.14361/transcript.9783839425800>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Robert Lorenz, Franz Walter (Hg.)

1964

DAS JAHR, MIT DEM »68« BEGANN

[transcript]

Studien des Göttinger Instituts
für Demokratieforschung

Robert Lorenz, Franz Walter (Hg.)
1964 – das Jahr, mit dem »68« begann

**Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte
politischer und gesellschaftlicher Kontroversen**

Herausgegeben von Franz Walter | Band 7

ROBERT LORENZ, FRANZ WALTER (Hg.)

1964 – das Jahr, mit dem »68« begann

[transcript]



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2014 transcript Verlag, Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat: Katharina Rahlf, Göttingen

Satz: Dr. Robert Lorenz, Göttingen

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-2580-6

PDF-ISBN 978-3-8394-2580-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

1964

Anfänge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels

Robert Lorenz, Franz Walter | 9

Rassist und Aktivist

Der Boxchampion Cassius Clay als Teil amerikanischer Gegenkultur

Lars Geiges | 33

Von Atombomben und Kommunisten

Heinar Kipphardt und das Dokumentarische Theater der 1960er Jahre

Felix Butzlaff | 55

Hase, Hut und Happenings

Die 68er als soziale Plastik?

Julia Kiegeland | 67

Pop Art in Deutschland

Wegbereiterin politischer Revolution?

Miriam Zimmer | 81

Mythos Minirock

Eine Modeikone der 1960er Jahre zwischen Emanzipation, Jugend
und Massenkonsum

Jens Gmeiner | 97

Die Symbiose des Steinkäfers

Rolling Stones und Beatles als Soundchronisten
und Modernitätsmotoren

Jöran Klatt, Katharina Rahlf | 111

„Oberkommando Warentest“

Im Dienst der Verbraucheraufklärung

Stine Marg | 133

Weigerung und Eschatologie

Die neue Linke entdeckte den alten Herbert Marcuse

Franz Walter | 149

„Ein Preis wird vergeben, und ich lehne ihn ab.“

Jean-Paul Sartre, der Philosoph der Freiheit, nimmt sich die Freiheit, den Literaturnobelpreis abzulehnen

Teresa Nentwig | 169

Nelson Mandela – im Kampf um Ideale

Seine Verurteilung im Rivonia-Prozess am 12. Juni 1964

Lisa Brüßler | 187

„Let my people go!“

Martin Luther Kings Besuch in West- und Ostberlin

Robert Lorenz | 199

Willy Brandt und die 1960er Jahre

Sein Debüt auf der politischen Bühne

Yvonne Blöcker | 219

Das Ende der Eiszeit

Der Weg zum ersten Passierscheinabkommen von 1963/64

Oliver D’Antonio | 231

Katastrophe und Reform

Georg Pichts bildungspolitische Interventionen

Sören Messinger | 247

Die Kampagne vor dem Dogma

Die Ostermärsche und das Jahr 1964

David Bebnowski | 259

Vom Herz der deutschen Industrialisierung zum Kulturartefakt

Das Zechensterben im Ruhrgebiet

Julia Kopp | 275

Der verschwundene Mensch

Die Rationalität des Krieges und die Suspension des Ethischen am Beispiel des Krieges in Vietnam

Christopher Schmitz | 287

Von der Fremdbestimmung in den reaktionären Kampf

Die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation

Roland Hiemann | 307

Vor dem Kahlschlag

Eine Reise durch die DDR des Jahres 1964

Michael Lüthmann | 327

1968

Kulminationspunkt und politische Eruption

Robert Lorenz, Franz Walter | 343

Autorinnen und Autoren | 373

1964

Anfänge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels

ROBERT LORENZ, FRANZ WALTER

Inzwischen gilt 1968 in der Zeitgeschichtsforschung als eine Art Eruptionsjahr, in dem sich diverse Entwicklungen manifestierten, die bereits deutlich zuvor begonnen hatten – als Kulminationspunkt sozialen Wandels.¹ In diesem Zeitraum der späten 1950er bis Ende der 1960er Jahre, dem Prolog des Jahres 1968, sticht allerdings 1964 als ein besonders ereignisreiches Jahr hervor, in dem sich vieles von „68“ bereits andeutete. Freilich griffe die Behauptung zu weit, 1968 sei das soziopolitische Kondensat von 1964. Trotzdem verdichteten sich 1964 soziale und politische Phänomene zu einem Konglomerat gesellschaftlicher Modernisierung, wie vielleicht in keinem Jahr danach.

„DAS SCHWEIGEN“, NO BRA-BRAS UND DIE BEATLES – KULTURWANDEL

Mit Erstaunen stellten bereits zeitgenössische Beobachter fest, dass sich in Westdeutschland, getragen von den jungen Nachkriegskohorten, ein tiefgreifender Gesellschaftswandel ankündigte: „Wenn wir von Kleidung, Unterhaltung, Ver-

1 Vgl. exemplarisch Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49; Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003.

haltensweise, Moral und Wünschen ausgehen, würden sich die jungen Deutschen fast überall zwischen Oslo und Rom zwanglos einfügen. [...] In Deutschland ist das Leben kosmopolitischer und urbaner geworden.“² Und nicht nur in dieser kulturellen Aufgeschlossenheit und Experimentierfreude meint man die späteren „68er“ zu erkennen: Die seinerzeit Jüngeren „versagen sich zwar einer Autorität, die sich nur formal zu begründen weiß, aber sie sehnen sich nach Menschen, die sie durch ihre Souveränität überzeugen und denen sie dann ihr ganzes Vertrauen schenken können. [...] Zweifellos wählen viele den Weg der Resignation, der sie zum Rückzug in den kleinen durchschaubaren Intimbereich verführt. Daneben aber mobilisiert jene Erfahrung eine erstaunliche Hingabe an die Suche nach Erkenntnis und Information. [...] Man will nüchtern und sachlich, redlich und unbestechlich Zusammenhänge und Hintergründe kennenlernen, denn man möchte sich auf keinen Fall mehr von fremden Autoritäten irgendeine Konzeption oder Ideologie, mit der die Welt erklärt werden soll, überstülpen lassen, sondern man will Boden unter die Füße bekommen und diesen Boden sich selbst in sachlichem Bemühen erobern.“³ Der Eindruck, dass es sich hierbei um prophetische Worte handelt, scheint durch soziologische Befunde bestätigt zu werden: Den in der Nachkriegszeit Aufgewachsenen, die keinerlei unmittelbaren Kontakt mehr mit NS-Organisationen hatten, waren klassische Autoritäten wie Eltern, Lehrer, Vorgesetzte oder die Kirche begründungspflichtig, von ihnen ließ sich kaum Gehorsam einfordern.⁴ Denn sie hatten sich durch ihre verschiedentlich geartete Mitwirkung an der nationalsozialistischen Diktatur diskreditiert; außerdem bezogen die jungen Bundesrepublikaner ihr Wissen in wachsendem Ausmaß aus den expandierenden Massenmedien.

Die zunehmende Liberalität der westdeutschen Gesellschaft zeigte sich in den Reaktionen auf unterschiedliche Ereignisse und Entwicklungen sowie in diversen sozialen, politischen und kulturellen Evolutionsstadien. Ein Artikel der *Zeit* porträtierte den *Playboy* anlässlich dessen zehnjährigen Jubiläums nicht etwa als primitives Schmuddelheft, sondern als „ein leichtsinniges Wesen, das man nicht an der leicht ungenauen Elle der Tugend messen“ dürfe, das aufgrund seiner Fähigkeit, sich „über die eigene Pornographie lustig zu machen oder: den Sex zu vergaggen“, am Ende „so amüsant, so lächerlich, so spielerisch“ sei.⁵

2 Birnbaum, Norman: Deutschland im Jahre 15, in: *Der Spiegel*, 12.08.1964.

3 Stammler, Eberhard: *Welt der Söhne*, in: *Christ und Welt*, 30.10.1964.

4 Vgl. Köcher, Renate: *Freiheit, Gleichheit, Autorität und Norm – ungeklärte Verhältnisse*, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987, S. 282-355, hier S. 292-300.

5 O.V.: *Der Platz, wo alles klar ist*, in: *Die Zeit*, 10.01.1964.

Und obwohl Ingmar Bergmans „Das Schweigen“ zum nach herkömmlichen Moralmustern inakzeptablen Skandalfilm taugte, stieß der Film nicht nur auf erbitterte Empörung, sondern auch auf starke Sympathien. Offenbar war die sexuelle Freizügigkeit soweit fortgeschritten, dass der Film zwar polarisierte, jedoch keine einhellige Ablehnung hervorrief: „Die einen halten den Film für ein großes Kunstwerk, die anderen für ein pornographisches Machwerk [...]“⁶, die Filmbewertungsstelle verlieh ihm sogar das Prädikat „Besonders wertvoll“.⁷ Die Grenze zu dem, was als unanständig galt, verschob sich, ursprünglich laszive Kleidungsstücke wie der Minirock normalisierten sich zum gewöhnlichen Bestandteil des alltäglichen Bekleidungsassortiments.⁸ Auch die Provokationen des Modedesigners Rudi Gernreich mit dem „No-bra bra“ beziehungsweise dem „Monokini“ stießen eher auf Neugier als Ablehnung, selbst in etablierten und seriösen Zeitungen.⁹ Und der exzentrische Modekosmos, in dem sich die Grenzziehung der Bekleidungsstile vollzog, war bereits damals von Designstätten geprägt, die auch heute noch existieren: *Dior*, *Yves St. Laurent* und *Pierre Cardin*.¹⁰ Auch im Kunstsektor respektierten die Westdeutschen unkonventionelle Werke: Die „Pop-Art“-Ikonen Roy Lichtenstein, Andy Warhol und Robert Rauschenberg waren bereits weltbekannt, ebenso wie die Kunstform des Happenings.¹¹ Kunstrichtungen hinterfragten Gepflogenheiten der Gegenwart radikal, besonders zwischen 1962 und 1964; der künstlerische Paradigmenwechsel manifestierte sich auf der „documenta 3“ in Kassel (28. Juni bis 6. Oktober 1964) und im Aachener „Festival Fluxorum“ am 20. Juli 1964.¹² Selbst die von den 68ern faktisch als bedrohliche Kernstätte konservativ-faschistischen Denkens betrachtete Bundesregierung sympathisierte mit dem kulturellen Zeitgeist – so bezog 1964 Ludwig

6 O.V.: Bergmanns „Schweigen“, in: *Die Zeit*, 20.03.1964.

7 Siehe z.B. die Debatte in *Christ und Welt* vom 28.02.1964; auch Fürstenau, Theo: Denunziation der Unmoral, in: *Die Zeit*, 27.03.1964; o.V.: „Das Schweigen“ verschweigen?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.03.1964.

8 Vgl. hierzu den Beitrag von Jens Gmeiner in diesem Band.

9 Siehe u.a. o.V.: „Nude Look“ aus Amerika, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.06.1964; o.V.: Weiche Woge, in: *Der Spiegel*, 28.10.1964.

10 Siehe Russell, Katharina Elisabeth: ...bis zum Nabel, in: *Die Zeit*, 07.02.1964.

11 Siehe o.V.: Suppe fürs Volk, in: *Der Spiegel*, 11.11.1964; Wedewer, Rolf: Der antiquierte Protest, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.04.1964; vgl. auch die Beiträge von Julia Kiegender und Miriam Zimmer in diesem Band.

12 Vgl. Etzemüller, Thomas: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005, S. 55-60.

Erhard als erster Regierungschef den von Sep Ruf entworfenen Kanzlerbungalow.

Die jungen Erwachsenen griffen damals bereits auf anspruchsvolle und horizonterweiternde Urlaubsangebote zurück, statt sich wie ihre Eltern und Großeltern noch überwiegend mit Zeltfreizeit und Tanzabenden zu begnügen: Flugreisen nach Teneriffa ebenso wie Bildungsaufenthalte in Großbritannien, Bergtouren in den Dolomiten oder Segelunterricht an der Nordsee.¹³ Die *Beatles* präsentierten sich als ein Kunst- und Kulturphänomen, das selbst in eher konservativen Blättern eine gewisse Faszination hervorrief: „Die Beatles, eine Gruppe junger Männer aus Liverpool in England, die in rosafarbenen Anzügen auftreten und eine Art Rock-’n’-Roll-Musik mit ihren elektrischen Gitarren machen, dazu herumhüpfen und hin und wieder in Schreie (Yea, yea, yea) ausbrechen, erfüllen ein Bedürfnis unserer Zeit, in dem Sinne, daß diese Zeit diesen ungehobelten, platten, ungeistigen Wahnsinn braucht. Ich bin der Ansicht, daß die Beatles der Zeit etwas Gutes tun, daß sie eine Art Medizin sind, so ähnlich-wie die Dadaisten es in ihrer Zeit waren.“¹⁴ Die Reaktion tausender Teenager auf die Ankunft dieser Band zeigte Fähigkeit und Bereitschaft zur Ekstase in einem Ausmaß, das ältere Zeitgenossen den Heranwachsenden nicht zugetraut hatten und das ihnen entsprechend befremdlich war, zugleich einen einflussreichen Präzedenzfall der bis heute oft wiederholten Popstar-Hysterie und -Idolisierung bildete.¹⁵

In der Wissenschaft kündigte sich 1964 die steigende Bedeutung der Soziologie an, als Wissenschaft zur Planung einer optimierten Gesellschaft. Waren zehn Jahre zuvor gerade einmal um die hundert Teilnehmer zu verbuchen, so strömten zum damaligen Soziologentag in Heidelberg um die tausend Gäste, darunter dreihundert Studierende.¹⁶

DÜSTERE EINSICHTEN – KRITIKWANDEL

1964 war auch ein besonders entscheidendes Jahr für die Obduktion der NS-Vergangenheit, die von den einst beteiligten Älteren nur widerwillig angegangen

13 Vgl. Ranft, Ferdinand: In Kojen, Zelten und auf Luxusdampfern, in: *Die Zeit*, 06.03.1964.

14 Huelsenbeck, Richard: Die Invasion der Beatles, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.02.1964.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von Jöran Klatt und Katharina Rahlf in diesem Band.

16 Jansen, Peter W.: Die Soziologie und Max Weber, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.04.1964.

wurde. Ausländische Gäste, so der *Spiegel*, würden eine „Verschwörung des Schweigens“¹⁷ vermuten; auch in westdeutschen Zeitungen war Unverständnis vernehmbar, dass noch immer hochrangige Beamte mit verbrecherischen Verstrickungen in das NS-System im Staatsdienst seien¹⁸ und Richter wie Staatsanwälte offenbar Prozesstermine gegen mutmaßliche NS-Schergen ungebührlich lange hinauszögern würden, sodass diese weiterhin unbehelligt ihren neuen Tätigkeiten nachgehen könnten.¹⁹ Obwohl die gesamten 1960er Jahre von einem allgemeinen Aufklärungsimpetus zeugten,²⁰ drängte 1964 die erste nicht unmittelbar nationalsozialistisch geprägte Kohorte an die Universitäten, der es „weniger um den Seelenfrieden der älteren Generation [ging], als vielmehr darum, die Wahrheit herauszufinden“, eine „Generation, die der politischen Urteilsfähigkeit ihrer Eltern mißtrauisch gegenübersteht“.²¹ Diese jungen Menschen wurden 1964 mit einem Euthanasie- und dem „Braunschweiger Judenmordprozess“ konfrontiert. Vor Gericht standen nun auch die Assistenten prominenter NS-Schergen wie Himmler oder Eichmann. Im Braunschweiger Prozess waren fünf ehemalige SS-Angehörige wegen der Ermordung von 5200 Juden 1941 in Polen angeklagt, von denen vier zu vier- bis fünfjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.²² Dieses Urteil, die an den Taten gemessen geringen Strafen, verdeutlichte die juristische Problematik, die sich mit dem Argument eines Befehlsnotstands verband, und warf auch unter Juristen die Frage auf, wie mit der strafrechtlichen Schuld des Einzelnen in einem auf dem „Führerprinzip“ gründenden System umgegangen werden sollte.²³ An all diesen Einzelfällen ließ sich allmählich erahnen, wie die Vernichtungsmaschinerie abseits der prominenten NS-Elite funktioniert hatte, die „tödliche Mittelmäßigkeit“²⁴ von Ärzten, Juristen und Beamten.

17 O.V.: Eine Staupe vor Gott, in: *Der Spiegel*, 22.07.1964.

18 Siehe bspw. Strobel, Robert: Nazis in Bonn, in: *Die Zeit*, 21.02.1964.

19 Siehe Grunenberg, Nina: Der merkwürdige Fall Heyde, in: *Die Zeit*, 21.02.1964.

20 Vgl. Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Siegfried/Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 21-53, hier S. 36 f.

21 Birnbaum, Norman: Deutschland im Jahre 15, in: *Der Spiegel*, 12.08.1964.

22 Siehe o.V.: Zuchthaus für ehemalige SS-Reiter, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.04.1964.

23 Siehe dazu Gillessen, Günther: Schuld und Sühne in politischen Prozessen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.11.1964.

24 Grunenberg, Nina: „Ich habe das Gute gewollt“, in: *Die Zeit*, 28.02.1964; siehe auch Reißmüller, Johann Georg: Perversion des ärztlichen Berufs, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.02.1964.

Prozesse hatte es auch zuvor schon gegeben, neu waren indes die Frequenz und Ausführlichkeit, mit denen die Reporter über die Verfahren, und dabei vor allem die Aussagen von Zeugen und Angeklagten, berichteten. Beschränkte sich die Berichterstattung in den 1950er Jahren überwiegend auf knappe Meldungen mit eher abstrakten Informationen, konnte man seit dem Frühsommer 1964 in der Presse nahezu täglich von konkreten Vorfällen, den Gräueltaten und der Reaktion der mutmaßlichen Täter lesen.²⁵ Die Menschen erfuhren von der Verwertung herausgebrochener Goldzähne, der Selektion an der Rampe, Eisenbahnwagons voller Kinderleichen und medizinischen Menschenversuchen. Sie erhielten detaillierte Einblicke in das ebenso ausgeklügelte wie infernalische Tötungssystem aus Deportation und Ghettoisierung, Selektion, Vergasung und Leichenverbrennung, in Auschwitz, Belzec oder Treblinka; sie konnten mitverfolgen, wie die Glaubwürdigkeit der Angeklagten in der Konfrontation mit belastenden Dokumenten verblich. Auschwitz-Birkenau war danach eindeutig als Symbol des Holocausts, des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden, assoziiert.²⁶ „Erlebt man in Frankfurt die sadistischen Henkers- und Folterknechte, die sich in Auschwitz die Hände blutig machten, so wurden in München die hohen SS-Führer vorgestellt, die, wie Eichmann sagte, sich die weißen Handschuhe nicht

25 Dazu siehe exemplarisch Naumann, Bernd: Wegen des Brotes und der Wurst Leichen gezogen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.1964; Ernenputsch, Kurt: Aus Auschwitz entkommen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.1964; Bewerunge, Lothar: Als Hygiene-Professor vor der Gaskammer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.11.1964; ders.: „Bester Herr, erschießen Sie mich zuerst“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.1964; Naumann, Bernd: Die Männer mit dem schwachen Gedächtnis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.09.1964; Lau, Dieter: Zeuge benennt Mörder seines Vaters, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.1964; Ernenputsch, Kurt: Häftlingsköpfe als Punching-Bälle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.07.1964; Mauz, Gerhard: Himmler nannte ihn „mein Wölffchen“, in: Der Spiegel, 22.07.1964; Naumann, Bernd: „Führerbefehle waren nicht rechtsverbindlich“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.1964; ders.: Singend in die Gaskammer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.1964; Ernenputsch, Kurt: Frauen wurden von Hunden zerfleischt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.1964; o.V.: Handvoll Asche, in: Der Spiegel, 19.02.1964.

26 Vgl. Siegfried, Detlef: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Schildt, Axel/ Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 77-113, hier S. 96.

schmutzig machen wollten. Im Wolff-Prozeß erfuhr man, auf welch trocken-bürokratische Manier der Tod in Marsch gesetzt wurde.“²⁷

Die Analyse aussagekräftiger Dokumente und ihre Präsentation vor Gericht sowie die ausführliche Berichterstattung der Presse schufen ein Bewusstsein für die verbrecherische Dimension des NS-Regimes und eine unumstößliche Informationsgrundlage, auf der fortan Diskussionen geführt werden konnten über die individuelle Schuld von Tätern, deren theoretische Möglichkeit, sich seinerzeit einer Beteiligung am Massenmord verweigern zu können, oder auch die Notwendigkeit, Aufklärung und die Verfolgung Verdächtiger zu intensivieren. Zudem vergegenwärtigten 1964 zahllose Bücher²⁸ anhand von Schilderungen und Analysen Zusammenhänge und Schrecken des Zweiten Weltkrieges und „Dritten Reichs“. Wenn sie auch noch nicht dazu führten, die Schuld für die NS-Verbrechen nicht allein bei einer moralisch degenerierten, überdies großwahn sinnigen, mithin wirklichkeitsentrückten Elite zu sehen, sondern auch bei der Komplizenschaft und Bereitwilligkeit zahlloser „Normalbürger“ zu suchen, so bereiteten sie hierfür doch zumindest den Boden.

Am Beispiel der Prozessberichterstattung und der Sichtweise auf die Angeklagten zeigte sich die Fähigkeit der Presse, auch unangenehme Wahrheiten herauszufinden und zu verbreiten. Der Politologe Dolf Sternberger sah dann auch 1964 in den journalistischen Meinungsmachern „die Vorhut, die Erkundungsabteilung der allgemeinen Bürgerschaft des Staates“ und suchte sie auf die „öffentliche Unterrichtung und die öffentliche Diskussion“ als die „fundamentalen Beiträge der Journalisten zum Staatsleben“ zu verpflichten.²⁹ Insgesamt machte sich ein Impetus kritischer Öffentlichkeit bemerkbar, ein erkennbares Bestreben, die Medien der Obhut politischer Akteure zu entreißen und die Unabhängigkeit journalistischer Berichterstattung wie auch die Informationsvielfalt zu vergrößern, um die Mündigkeit des wahlberechtigten Staatsbürgers zu stärken.³⁰

Dies geschah im Zusammenspiel mit Kulturschaffenden und Wissenschaftlern und stieß auf Resonanz in der Bevölkerung. Rolf Hochhuths „Stellvertreter“ tauchte auch ein Jahr nach seinem Debüt in den Bestsellerlisten auf, die Aufla-

27 Wehner, Wolfgang: Der Wolff-Prozeß, in: Süddeutsche Zeitung, 01.10.1964.

28 Exemplarisch seien hier genannt: Carell, Paul: Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1963; Hammerstein, Kunrat v.: Spähtrupp, Stuttgart 1964 (2. Aufl.); Krannhals, Hanns v.: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt a.M. 1964 (2. Aufl.).

29 Sternberger, Dolf: Die Journalisten im Staatsleben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.1964.

30 Siehe bspw. Hübner, Paul (Hg.): Information oder Herrschende Souffleure? 17 Untersuchungen, Reinbek bei Hamburg 1964.

genhöhe betrug im Frühjahr 1964 bereits 170.000.³¹ „Es ist das erste Mal nach dem Kriege“, so war seinerzeit zu lesen, „daß hier ein Theaterstück den Anstoß gibt zur Erforschung des eigenen Gewissens, zur schuldbewußten Frage nach dem, was man an Hilfeleistung für die Opfer Hitlers versäumt haben könnte.“³² Bis 1975 erschienen rund 7500 Publikationen zu dem Werk, darin enthalten die Klage, mit dem Papst illegitimer Weise eine ehrwürdige Institution angegriffen zu haben.³³ Doch allen reaktiven Stellungnahmen zum Trotz stand die Kritik an der Rolle der katholischen Kirche im Zusammenhang mit der NS-Diktatur im Raum, waren Vorwürfe öffentlich ausgesprochen und diskutiert worden. 1964 kursierte zudem die selbstgedruckte Broschüre „Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute“ über NS-belastete Universitätsprofessoren.³⁴ Im selben Jahr erschien außerdem die deutsche Version von Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“, in welchem sie mit der Wendung von der „Banalität des Bösen“ auf Jahrzehnte hinaus die Sichtweise auf die nationalsozialistischen Massenmörder des Holocausts prägte.

Nicht nur in Presse und Kultur bewegte sich etwas: Mit aggressiver Akribie und Neugier dokumentierten kritische Studierende in Campuszeitungen, unterstützt von politischen Hochschulgruppen, mit moralisch und weltanschaulich kompromittierenden Aussagen von Lehrstuhlinhabern aus der Zeit des „Dritten Reichs“ die Vergangenheit ihrer Dozenten – was sie in Konfrontation zu so mancher Universitätsleitung brachte, die wie in Marburg darin disziplinarisches Fehlverhalten erblickte.³⁵ Während manchen die „neurotische Vergangenheitsbildung“³⁶ der „flüchtigen Kompilatoren“³⁷ mit ihren angeblich aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu weit ging, befürworteten andere den flammenden Aufklärungsappell der Studenten, die „schließlich ein Recht darauf [hätten], zu wissen, wer sie unterrichtet und ob sie seinem Unterricht vertrauen können“³⁸. Auf Druck dieser studentischen Initiative kam es seit 1964 an mehreren großen

31 Vgl. o.V.: Unser Seller-Teller Februar 1964, in: Die Zeit, 06.03.1964.

32 Lietzmann, Sabina: Hochhuth und das Gewissen Amerikas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.03.1964; siehe auch Jacobi, Johannes: Warum Carl Zuckmayer ihn lobte, in: Die Zeit, 10.04.1964.

33 Vgl. Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997, S. 300.

34 Vgl. Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 82.

35 Siehe bspw. Ziegler, Gerhard: „Störung des akademischen Lebens“, in: Die Zeit, 28.02.1964.

36 Thielicke, Helmut: Wo stehen wir?, in: Christ und Welt, 27.03.1964.

37 Siehe Schwarz, Fritz: Attacken gegen Professor Schwinge, in: Die Zeit, 24.04.1964.

38 Boehlich, Walter: Unsere Universitäten haben versagt, in: Die Zeit, 28.04.1964.

Universitäten zu Ringvorlesungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Hochschule, die republikweit erste im Wintersemester 1964/65 in Tübingen.³⁹

Ferner zeigten sich antinazistische Reflexe, etwa als Kanzler Erhard sich infolge aufkommender Vorwürfe in Windeseile von seinem NS-belasteten Vertriebenenminister Hans Krüger trennte und damit anders als sein Vorgänger Adenauer im Fall Oberländer nicht längere Zeit an einer umstrittenen Personalie festhielt.⁴⁰ Überdies hatten sich am Ende des Jahres 1964 die „Ludwigsburger Zentralstelle“ und die „Ludwigsburger Staatsanwälte“ zu einer festen, weithin bekannten Instanz entwickelt, als Aufklärungs- und Sammelstelle für sämtliche Unterlagen, die auf NS-Verbrechen hindeuteten, als Chiffre für den Willen zur Sühne.⁴¹ Und wenngleich die Erinnerung an den 20. Juli 1944 unter Beteiligung des westdeutschen Staatsoberhauptes beileibe kein Novum war, so verbesserte sich der öffentliche Ruf der Verschwörer im Lichte des 20. Jahrestags nochmals um eine heroische Note: Immer weniger waren sie desertierende Nestbeschmutzer, immer mehr lobenswerte Kämpfer gegen die Tyrannei nationalsozialistischer Herrschaft. Zur Gedenkveranstaltung verlas ein Sprecher des *Deutschen Jugendringes* ein „Manifest der Jugend zum 20. Juli 1964“, das für Anerkennung des Attentatsversuchs warb, und Bundespräsident Lübke hielt eine Rede im Gedenken an die Widerstandskämpfer⁴², Bundesverteidigungsminister v. Hassel sprach in einem Tagesbefehl vom „Aufstand des Gewissens“⁴³. Im gleichen Jahr stilisierte Bodo Scheurigs Buch „Stauffenberg“ – ein damals der nachwachsenden Generation unbekannter Name⁴⁴ – den Widerstandsanhänger zu einem Offizier, der sich „vor Deutschland warf, um es vor letzter Schande und Schmach zu

39 Vgl. Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990*, Bonn 2004, S. 248; Dworok, Gerrit: Einleitung, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): *1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 9-19, hier S. 114.

40 Vgl. Hildebrand, Klaus: *Von Erhard zur Großen Koalition. 1963-1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 130.

41 Für Anhaltspunkte siehe z.B. o.V.: Auch Prag bietet NS-Dokumente an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.01.1965.

42 Vgl. o.V.: Lübke nennt den 20. Juli ein Symbol der Selbstachtung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.07.1964.

43 Hassel zitiert nach o.V.: Das Beispiel des 20. Juli soll lebendig bleiben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.07.1964.

44 Vgl. o.V.: Verlegenheit um Stauffenberg?, in: *Die Zeit*, 20.03.1964.

decken“⁴⁵, wohingegen einer *EMNID*-Befragung zufolge dreizehn Prozent der Westdeutschen das Attentat als Hochverrat ablehnten⁴⁶.

DEMOKRATIEMÜDIGKEIT IM PARTEIENEINERLEI – POLITIKWANDEL

Schließlich war 1964 nach einigen Vorfällen, die wie der Ungarische Volksaufstand 1956 oder die Kubakrise 1962 die allgegenwärtige Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschworen hatten, ein Gefühl der relativen Stabilität spürbar.⁴⁷ Die antagonistische Blockkonfrontation schien sich allmählich zu entspannen, bereits 1963 hatten USA und UdSSR den Stopp von Atomwaffentests vereinbart und damit einen kräftigen Schritt zum späteren Atomwaffensperrvertrag von 1968 getan, der „World’s Fair“ 1964 in New York trug das Motto „Frieden durch Verständigung“. Mit dieser weltpolitischen korrespondierte auch eine innenpolitische Konsolidierung der Bundesrepublik: Zeitgenössische Kommentatoren bemerkten, dass „die Deutschen zum ersten Male in ihrer Geschichte zu einem demokratischen *Konsensus* gefunden“⁴⁸ hätten, der sie vor radikalen Parteien und Ideologien bewahre. Die politische Auseinandersetzung wirkte im Gegensatz zu den 1950er Jahren, in denen sich Union und SPD scheinbar unvereinbar gegenübergestanden hatten, entfundamentalisiert. In der Tat hatten die Sozialdemokraten mittlerweile die Soziale Marktwirtschaft und die Westorientierung akzeptiert, die fundamentalen Fragen waren damit weitgehend geklärt.⁴⁹ Ja, die Gemeinsamkeiten suggerierten gar eine solche politische Unterschiedslosigkeit, dass die Jahre zwischen 1959 und 1966 von vielen Zeitgenossen als langweilig empfunden wurden und sich unterschwellig eine noch wenige Jahre zuvor undenkbbare Große Koalition ankündigte.⁵⁰ Konfrontationsende und Einmütigkeit sprachen seinerzeit auch aus der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwi-

45 Scheurig, Bodo: Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Berlin 1964, S. 92.

46 Vgl. o.V.: Hitler-Attentat, in: Der Spiegel, 22.07.1964.

47 Siehe bspw. Dönhoff, Marion Gräfin: Das Ende der Nachkriegs-Ära, in: Die Zeit, 17.04.1964; vgl. auch Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 193.

48 Zundel, Rolf: Das wohltemperierte Unbehagen, in: Die Zeit, 09.10.1964 (Herv.i.O.).

49 Vgl. Schildt 2003 (s. Anm. 20), S. 44.

50 Vgl. Sontheimer, Kurt: Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren, München 1979, S. 28; Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 47-56.

schen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.⁵¹ Das Ende der Adenauer-Ära war besiegelt, die Wiederwahl des greisen Altkanzlers zum CDU-Vorsitzenden im März 1964 taten die Kommentatoren als „einen selbstverständlichen Akt der Denkmalspflege“⁵² ab.

Mit dem Antritt Ludwig Erhards verband sich nicht zuletzt die Hoffnung auf einen Stilwandel in der politischen Führung, in Richtung eines versöhnlichen Umgangs und demokratischerer Verfahren.⁵³ Von Erhard wusste man, wie schlimm er unter Adenauer gelitten hatte. Von ihm war bekannt, wie sehr er die ganze Parteipolitik verachtete. Von ihm hieß es, er ziehe den direkten Kontakt zum Volk auf den Marktplätzen der Republik den Kungelrunden mit Funktionären und Verbandsvertretern in verborgenen Hinterzimmern vor. Von Erhard war zu hören, dass er als Nachfolger Adenauers mehr Kollegialität und Teamarbeit in Partei und Regierung anstrebte, dass er Visionen hatte und Ziele verfolgte, dass es ihm nicht allein um die Macht als solche ging. „Ich weiß“, formulierte Erhard sein alternatives politisches Bekenntnis, „dass viele glauben, der Politiker müsste in allen Schlichen bewandert sein. Das ist nicht mein Stil, ich sage es ganz offen, und ich glaube, wir werden auch in Zukunft damit nicht mehr zurechtkommen. Jedenfalls, ich werde es nicht tun, und wenn ich weiter wirke, dann wird sich vor allen Dingen dieser Stil wandeln.“⁵⁴ Das alles kam prächtig an 1963/64. Erhard war der Held der Öffentlichkeit, der Liebling der deutschen Presse.⁵⁵ Anfangs waren auch die christdemokratischen Führungsleute froh, dass sie nicht mehr den ausschweifenden Monologen ihres ersten Kanzlers folgen mussten, sondern selbst zu Debattenbeiträgen ermuntert wurden. Das liberale Deutschland klatschte in den ersten Monaten der Erhard-Regierung Beifall für den neuen diskursiven Stil.

Zudem war es Erhard, und nicht erst Brandt, der im Kanzleramt den Kontakt zu Intellektuellen aus Wissenschaft, Kunst und Publizistik suchte.⁵⁶ Aber bereits 1964 galt Erhards Kabinett als „verbraucht [...] bis ins Mark“⁵⁷, das Ende seiner Kanzlerschaft 1966 kündigte sich bereits in diesem Jahr an, ebenso die Macht-

51 Siehe o.V.: Nachahmenswert, in: Die Zeit, 21.02.1964.

52 Schreiber, Hermann: Der beste Erhard – der mit der Mehrheit, in: Der Spiegel, 25.03.1964.

53 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 36 ff.

54 Zitiert nach Gaus, Günter: Wie regiert Ludwig Erhard?, in: Die Zeit, 16.04.1965.

55 Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Ausg., Paderborn u.a. 2004, S. 101-124.

56 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 118-121.

57 Augstein, Rudolf: Casser la baraque?, in: Der Spiegel, 11.11.1964; siehe auch o.V.: Hin und her und her und hin, in: Der Spiegel, 11.11.1964.

erosion und der Hegemonieverlust der CDU/CSU. Die Union tribalisierte gleichsam, sie schien in Diadochenkämpfe, in die Konkurrenz von oft schwer durchschaubaren Machtcliquen zu zerfallen. Adenauer, noch Parteichef der CDU, und sein engeres katholisches Beraterumfeld verstanden in diesem historischen Moment nicht mehr die veränderte bundesdeutsche Welt.⁵⁸ Sie fürchteten, dass die „Laisierung des deutschen Volkes“⁵⁹ unaufhaltsam voranschreite, dass die „Kräfte des Glaubens, der Autorität, der Ordnung, des Dienens schwinden“ würden. Heinrich Krone, früherer Fraktionsvorsitzender im Bundestag, jetzt Bundesminister, währte gar die „Völker am Liberalismus zu Grunde gehen“⁶⁰. Denn: „Die neue Welt“ sei „amerikanisch.“⁶¹ Und misstrauisch schauten sie auf den neuen Typus der politischen Techniker, Manager, Pragmatiker, die – auch in der Union – mit Macht hochkamen, wie Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, Kai-Uwe v. Hassel, Rainer Barzel. „Diese Realisten, diese Pragmatiker sind nicht amoralisch, sie denken aber zu wenig moralisch in der Politik, sie lassen sich leiten von den Dingen, ordnen sie wie sie da sind, und glauben, dass das alles berechenbar ist und berechenbar abläuft. Darum sind sie so klug, viel klüger als die anderen. In diesen Pragmatikern brennt kein Feuer, da herrscht kühl und kalt die ratio und die raison.“⁶²

Politikbeobachter sahen die SPD, ausgestattet mit einem „neue[n] Realitätsbewußtsein“⁶³, bereits auf dem Weg in die Bundesregierung. Bis 1964 hatte die SPD, gipfelnd im Godesberger Programm von 1959, ihre Wählbarkeit beträchtlich erhöht, hatte die Voraussetzungen geschaffen, um sich mittelfristig bei Bundestagswahlen aus dem beklemmenden Dreißig-Prozent-Turm zu befreien.⁶⁴ Deshalb wählte die SPD 1964 den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zum Nachfolger des verstorbenen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer,⁶⁵ eines Traditionalisten, der über zehn Jahre nicht sehr glücklich als Chef der Sozialdemokratie operiert hatte. Das Votum für Brandt war zunächst nicht ganz unumstritten, da in weiten Kreisen der Partei der Chef der Bundestagsfraktion,

58 Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. 1945-1982, Stuttgart 1993, S. 268.

59 So Konrad Adenauer auf einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, in: ebd., S. 365.

60 Krone, Heinrich: Tagebücher. Zweiter Band: 1961-1966. Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd.44, hg. v. Günter Buchstab et al., bearb. v. Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003, S. 201.

61 Ebd., S. 416.

62 Ebd., S. 138.

63 Zundel, Rolf: Kapitulation – wozu?, in: Die Zeit, 04.12.1964; siehe auch ders.: Der Trend zur SPD, in: Die Zeit, 30.10.1964.

64 Vgl. Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 70-83.

65 Vgl. dazu den Beitrag von Yvonne Blöcker in diesem Band.

Fritz Erler, als der klügere, fleißigere und beständigere Politiker galt. Aber eine ernsthafte Chance besaß Erler nicht. Denn das Medienzeitalter war angebrochen – und Brandt machte im Fernsehen eine gute Figur; Erler dagegen wirkte spröde, ausgestattet mit einer zu kühlen Intellektualität. Er war schwer zu popularisieren – eine Erwägung, welche die Sozialdemokraten in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens, also zwischen 1863 und 1963, nicht sonderlich interessiert hatte – und musste daher hinter Brandt zurückstehen.⁶⁶

Am 5. März 1964 empfing gar Papst Paul VI. eine von Fritz Erler angeführte Delegation der SPD zu einer Privataudienz. Die Sozialdemokraten hatten die Möglichkeiten des Papstbesuches über Wochen unter größter Geheimhaltung und zielgerichtet am deutschen Episkopat vorbei sondiert. Als die Audienz vom Vatikan schließlich gewährt und bekanntgegeben wurde, schlug diese Nachricht in der deutschen Öffentlichkeit wie eine Bombe ein. Denn im Allgemeinen fanden nur Repräsentanten von Regierungen oder Abgesandte befreundeter Organisationen Zugang zum Papst. Die Audienz im Petersdom bedeutete also für die Sozialdemokraten einen ungeheuren Prestigegewinn unter den deutschen Katholiken. Viele konservative Katholiken aber reagierten bestürzt; sie wurden fast irre an ihrer Kirche. Vertreter der Unionsparteien und führende Persönlichkeiten der deutschen Kirche setzten Anfang März, also wenige Tage vor der avisierten Audienz, noch einmal alle Hebel in Bewegung, um den Papstbesuch der Sozialdemokraten zu vereiteln. Im selben Flugzeug, das die sozialdemokratische Delegation nach Rom brachte, flogen katholische Emissäre mit, die das Treffen mit dem Papst in letzter Minute verhindern sollten. Indes vergebens. Das Ereignis des 5. März 1964 senkte bei vielen Katholiken die Hemmschwelle, die sie bis dahin gehindert hatte, die Sozialdemokratie zu wählen.⁶⁷ Schließlich unterstützte die SPD 1964 auf Drängen des Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Machtstrategen Herbert Wehner hin auch noch eine zweite Kandidatur des christdemokratischen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, obwohl dieser bereits seinen Landsleuten als Staatsoberhaupt durch sein Auftreten im Ausland peinlich geworden war und die CDU nach Alternativen fahndete.⁶⁸

66 Vgl. Walter, Franz: Führung in der Politik. Am Beispiel sozialdemokratischer Parteivorsitzender, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 7 (1997), H. 4, S. 1287-1336, hier S. 1301.

67 Siehe hierzu Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 307.

68 Vgl. Zundel, Rolf: Noch einmal Lübke, in: Die Zeit, 12.06.1964; Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983, S. 28-36; siehe o.V.: Wenn das Volk ruft, in: Der Spiegel, 20.05.1964.

Ebenfalls eröffnete Herbert Wehner seit 1964 die Parteitage mit der Anrede: „Herr Oberbürgermeister! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!“⁶⁹ Auf dem Parteitag 1964 sprach mit Willy Brandt erstmals ein Parteivorsitzender die Delegierten nicht mehr mit „Genossen“ an, sondern nur noch schlicht mit: „Liebe Freunde, liebe Anwesenden, liebe Delegierte“.⁷⁰ Das war schon ein Stück Kulturrevolution, was sich da in der SPD ereignete. Nichts sollte mehr an die alte Partei erinnern, die grämlich abseitsstand, missvergnügt die gesellschaftliche Entwicklung in der Republik benörgelte und rechthaberisch auf den Sozialismus pochte. In einiger Hinsicht kopierten die Sozialdemokraten die rivalisierende, lange machtpolitisch überlegene CDU – mit einem Unterschied allerdings: Sie wollten die Union an Frische, Dynamik und vor allem an Modernität klar übertreffen. So avancierte Modernität überhaupt zur sozialdemokratischen Zauberformel schlechthin in jenen Jahren des großen Abschieds von der Traditionskompanie. Die Sozialdemokratie modellierte sich als die moderne Partei der Fachleute und Experten, die im Gegensatz zu den Konservativen die Aufgaben der Zukunft erkannt hatte und lösen würde. Sie versprach, den Bildungsnotstand zu beheben und den technischen Fortschritt zu beschleunigen, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und die Infrastruktur zeitgemäß auszubauen und umzugestalten. Als die Partei der optimistischen Technokratie ging die SPD auf Stimmenfang bei den neuen Mittelschichten. 1964 regierte die Partei in 48 von sechzig westdeutschen Großstädten. Das dadurch umso deutlicher geratene Signal der sozialdemokratischen Regierungsbereitschaft fügte sich damals in eine Sozialdemokratisierung Europas, nachdem im September 1963 Labour unter Harold Wilson die britische Regierung stellte und seit Dezember 1963 in Italien die Sozialisten im Kabinett des Christdemokraten Aldo Moro mitregierten.

Auch in der eher behäbigen „konservativen Bauer- und Mittelstandspartei“⁷¹ von Erich Mende, der FDP also, tat sich 1964 etwas. Die *Jungdemokraten*, offizielle Jugendorganisation der Liberalen, legten ihre Bundesdelegiertenkonferenz in diesem Jahr auf den 1. Mai, um so ihre Bemühung zu symbolisieren, die bisherige „Handelskammer-Exklusivität“ zu verlassen und mit der „arbeitenden Bevölkerung“ und auch den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen.⁷² Der neue Bundesvorsitzende der *Judos*, der 32-jährige Hochschuldozent für Geschichte

69 Vgl. o.V.: Du, Willy, in: Der Spiegel, 22.12.1969.

70 Siehe Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 151.

71 Flach, Karl-Hermann: Kurs ohne Kompaß, in: Die Zeit, 01.01.1965.

72 Siehe Wrobel, Georg: Die Liberalen und die Gewerkschaften, in: Frankfurter Rundschau, 04.05.1964.

Karl Holl, plädierte für die Transformation der FDP zur Volkspartei.⁷³ Vor allem in der Berliner FDP drängten Aktivisten von Jungdemokraten und *Liberalem Studentenbund* nach vorn. Bereits 1963 hatte sich die FDP in Berlin mit Willy Brandt vereinbart und in eine sozial-liberale Koalition begeben. Seither machten die jungen Protagonisten der Partei deutlich, dass sie eine solche Koalitionsvariante aus prinzipiellen Gründen auch im Bund anstrebten, schon nach den Bundestagswahlen 1965, allerdings ohne Erich Mende, für den und dessen Nationalliberalismus es dann keinen Platz mehr gäbe.⁷⁴ Auch die *Frankfurter Rundschau* entdeckte in der Zeit einen „Konflikt der Generationen“ bei den Freidemokraten, der sich auf die Ostpolitik erstreckte, da die Jungdemokraten es für überfällig hielten, „normale Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks aufzunehmen“⁷⁵.

Dabei hatte sich in der Außenpolitik die sozialliberale Ära bereits in Ansätzen herausgeschält; hier praktizierte selbst das Erhard-Kabinett schon einen Teil von Brandts späterer Ostannäherung. Die außenpolitische Formel „Wandel durch Annäherung“ war 1964 ausgesprochen, firmierte im politischen Diskurs als Bezeichnung der neuen Orientierung.⁷⁶ War der Osten unter Adenauer pauschal als ein sowjetischer Herrschaftsbereich betrachtet und außenpolitisch weitgehend ausgeklammert worden, so begann unter Erhard eine westdeutsche Ostpolitik, welche die Bundesrepublik in einer neuen Phase der Entspannung zwischen den beiden Systemblöcken wieder politikfähig machte – auch wenn sich große Erfolge erst unter Brandt einstellten, mit dessen Politik die außenpolitische Zäsur konsequent und sichtbar vollzogen wurde.⁷⁷ Erhards Regierung blieben zunächst erste Schritte vorbehalten, Handelsverträge mit einigen Ostblockstaaten, vor allem aber begann mit dem Passierscheinabkommen die offizielle Annäherung an die DDR,⁷⁸ die danach kaum mehr rückgängig zu machen war, hatte sich die „Ostzone“ doch vor der Weltöffentlichkeit kooperationsbereit und humanitär ge-

73 So zitiert bei Kelber, Karl Ludwig: Jungdemokraten für Kontakte mit dem Osten, in: Süddeutsche Zeitung, 04.05.1964.

74 Siehe Engert, Jürgen: Warten auf Kanzler Brandt, in: Christ und Welt, 06.12.1963.

75 Bischof, Rudolf: „Schlagt der FDP den Deutschlandplan um die Ohren“, in: Frankfurter Rundschau, 20.06.1963.

76 Siehe Sommer, Theo: Menschlichkeit und Politik, in: Die Zeit, 03.01.1964; Bayer, René: Ostberlins taktische Wende, in: Die Zeit, 03.01.1964.

77 Vgl. Baring 1983 (s. Anm. 68), S. 209; Hildebrand 1984 (s. Anm. 40), S. 85-98; Schöllgen, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow. 1941-1991, München 1996, S. 214 f.; Kielmansegg 2000 (s. Anm. 47), S. 192-197.

78 Vgl. dazu den Beitrag von Oliver D’Antonio in diesem Band.

geben.⁷⁹ Die Rigorosität, mit der bislang an der Revision der Oder-Neiße-Grenze, aber auch an der Nichtanerkennung der DDR festgehalten worden war, nahm von da an in der deutschen Bevölkerung ab. Der Weg zu den späteren Ostverträgen – „eines der wesentlichen Ereignisse der Geschichte der Bundesrepublik“⁸⁰ – hatte 1964 begonnen.

Dieses Jahr war zudem ein Schlüsseljahr für die APO, in dreierlei Hinsicht: Erstens begann 1964 mit der Eskalation des Vietnam-Konflikts zu einem Krieg unter militärischer Beteiligung der USA ein zentrales Objekt des 68er-Protests zu entstehen. Die 68er sahen in den Vereinigten Staaten eine neokoloniale Macht, die sich unzulässig in den Freiheitskampf eines Dritte-Welt-Landes einmischte und dort obendrein mit einer brutalen Kriegsführung die Zivilbevölkerung terrorisierte⁸¹ – und die Bundesrepublik machte sich in den Augen der 68er als Komplize mitschuldig.⁸²

Zweitens ergab sich 1964 ein weiteres Objekt der späteren 68er-Proteste: die Notstandsgesetzgebung. Im Herbst zeichnete sich eine parlamentarische Entscheidung ab, da sich die Fraktionen von SPD und Unionsparteien weitgehend einig schienen, letztlich verschob sich aber die Verabschiedung der Gesetze.⁸³ Die Kritik daran war damals noch keineswegs so heftig wie in den folgenden Jahren, geschweige denn 1968, beschränkte sich auf vereinzelte Wortmeldungen linker Intellektueller wie Wolfgang Abendroth oder Jürgen Seifert, obgleich 1963/64 die großen Studierendenorganisationen – der *Liberalen Studentenbund Deutschland (LSD)*, der *Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB)* und der *Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)* – eine oppositionelle Haltung einnahmen und schon im Mai 1965 von einer „außerparlamentarischen Aktion“ die Rede war. Wären die Gesetze allerdings 1964 zustande gekommen, so hätte der 68er-Bewegung vier Jahre später ein zentrales Element ihres Kritikansatzes gefehlt, nämlich die 1968 bevorstehende Gesetzesverabschiedung vor dem Hintergrund der Großen Koalition, dem Vietnam-Krieg, den Polizeieinsätzen und des mutmaßlichen Pressemonopols des *Springer-Verlags* als Indiz eines repressiven, quasi-diktatorischen Staats zu interpretieren.

Und drittens verfestigte sich eine in diesem Zusammenhang ebenso wichtige Voraussetzung von „68“ gleichfalls 1964, nämlich die weitverbreitete Wahrneh-

79 Vgl. Winkler 2004 (s. Anm. 39), S. 228 f.

80 Kielmansegg 2000 (s. Anm. 47), S. 191.

81 Vgl. hierzu den Beitrag von Christopher Schmitz in diesem Band.

82 Vgl. Winkler 2004 (s. Anm. 39), S. 250.

83 Zur Chronologie und Oppositionsgeschichte vgl. Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986, S. 120-205.

mung weltanschaulich homogenisierter Parteien und entradikalisierter Gewerkschaften,⁸⁴ die eine Leerstelle für fundamentalkritische Konzepte für Gesellschaft und politisches System hinterließen. Keineswegs unerheblich waren ferner theoretische Impulse für das intellektuelle Fundament der 68er: So veröffentlichte die Zeitschrift *Das Argument* 1964 das erste Heft über „Faschismus-Theorien“ und der emigrierte Theoretiker Herbert Marcuse avancierte mit seinem Buch „One-Dimensional Man“ zu einem der wichtigsten und prominentesten Stichwortgeber der 68er.⁸⁵ All das war die Fläche, auf der die „68er“ ihre „Ablehnung von Autorität und kapitalistischer Wirtschaftsordnung“⁸⁶ für viele plausibel begründen konnten.

BUNDESWEHRKRISE UND BILDUNGSKATASTROPHE – JAHR DER REFORMDEBATTEN

Ein weiteres auffälliges Merkmal des Jahres 1964, beruhend auf wiederkehrenden Phänomenen, ist der Reformgeist jener Zeit. Krisenhafte, problematische Bereiche gibt es in jeder Gesellschaft, zu jeder Zeit; doch 1964 häuften sich nicht nur diese Krisenfälle, sondern sie berührten überdies neuralgische Punkte einer erst seit Kurzem konsolidierten Gesellschaft, weckten Ängste vor erneutem Rückfall in instabile Verhältnisse und setzten in vergleichsweise schneller Geschwindigkeit Reformprozesse in Gang. Kurz: 1964 gab es zahlreiche, fundamentale und schnelle Auseinandersetzungen. Dabei kamen auf bedeutsamen Gebieten zum Teil vehemente Reformforderungen auf, die öffentliche politische Debatten anstießen.

Gegenstand der Kritik waren das Justizwesen, dessen Personal verschiedenartiger werden müsse,⁸⁷ schwindender Platz für Wohnraum und Produktionsstätten sowie das Schutzbedürfnis der Natur drängten aus der Sicht der Zeitgenossen

84 Siehe Zundel, Rolf: Das wohltemperierte Unbehagen, in: *Die Zeit*, 09.10.1964; vgl. Doering-Manteuffel 1999 (s. Anm. 1), S. 90-102.

85 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 26), S. 98; Dworok, Gerrit: Faschismusbegriff und -deutungen der „68er“ zwischen Wissenschaft und Klassenkampf, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): 1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 101-124, S. 120 sowie den Beitrag von Franz Walter in diesem Band.

86 Dworok 2013 (s. Anm. 85), S. 107.

87 Siehe Wassermann, Rudolf: Unsere konservativen Richter, in: *Die Zeit*, 13.03.1964.

zu einer Reform, einer Raumordnung;⁸⁸ nur vier Jahre nach seiner Einführung galt auch der „Ersatzdienst“ als reformbedürftig, da dort die individuellen Fähigkeiten der Zivildienstleistenden in den häufig banalen Tätigkeiten brachlägen;⁸⁹ mit einem Bericht über diverse Missstände in der Bundeswehr löste der Wehrbeauftragte Admiral Hellmuth Heye eine Kontroverse über die Verhältnismäßigkeit von oftmals schikanierender Disziplin und nötiger Kampfkraft aus, der „bisher schwerste Konflikt um den Geist von Westdeutschlands wiedererstandener Militärmacht“⁹⁰; die Kunstpolitik, der zehn Nachwuchskünstler in ihrem „Düsseldorfer Manifest“ schwerwiegendes Versagen attestierten, durch das deutsche Kunstwerke im internationalen Wettbewerb nicht zu ihrer gebührenden Geltung fänden, und zur Abhilfe eine Mitwirkung von Künstlern in den zuständigen Gremien empfahlen;⁹¹ vor allem aber der Bildungssektor, auf dem der Wissenschaftsrat zum Ausbau des lückenhaften und langsamen Bibliothekswesens an den westdeutschen Universitäten drängte,⁹² die kaiserzeitlich anmutende Ordinarien-Hierarchie an den Universitäten bereits als unzeitgemäßer Zustand angefochten war,⁹³ eine Wissensmonopolisierung von Experten mittels hermetischer Fachsprachen gesehen wurde⁹⁴, allem voran aber der Pädagoge und Philosoph Georg Picht einen allgemeinen Bildungsnotstand ausgerufen hatte.⁹⁵ „Jetzt aber ist das Kapital verbraucht: Die Bundesrepublik steht in der vergleichenden Schulstatistik am untersten Ende der europäischen Länder neben Jugoslawien, Irland und Portugal. [...] Es steht uns ein Bildungsnotstand bevor, den

88 Siehe etwa Hauenstein, Fritz: Die große Flurbereinigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.1964.

89 Siehe etwa Herrmann, Ruth: Ohne Uniform und ohne Prestige, in: Die Zeit, 21.08.1964.

90 O.V.: Noch weht die Flagge, in: Der Spiegel, 24.06.1964; siehe weiterhin Martini, Winfried: Zwischen Reaktionären und Reformsüchtigen, in: Christ und Welt, 29.05.1964; Benckiser, Nikolaus: Die Form und die Sache, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.06.1964; o.V.: Noch weht die Flagge, in: Der Spiegel, 24.06.1964; Dönhoff, Marion: Demokraten und Soldaten, in: Die Zeit, 26.06.1964.

91 Vgl. Sello, Gottfried: Künstlerprotest, in: Die Zeit, 13.03.1964.

92 Vgl. Zimmer, Dieter E.: Bildung ohne Bücher, in: Die Zeit, 28.02.1964.

93 Siehe bspw. Strobel, Robert: Zensuren für die deutsche Wissenschaft, in: Die Zeit, 06.03.1964.

94 Siehe Bahrdt, Hans Paul: Gelehrte müssen sich verständlich machen, in: Die Zeit, 13.03.1964.

95 Vgl. dazu den Beitrag von Sören Messinger in diesem Band.

sich nur wenige vorstellen können.“⁹⁶ Auch der Soziologe Ralf Dahrendorf konstatierte einen „Modernitätsrückstand“, weil die Bundesrepublik „unter allen modernen Gesellschaften das Land ist, in dem am wenigsten von den Ungleichheiten der sozialen Chancen gesprochen wird und diese Ungleichheiten dennoch ausgeprägter sind als andernorts“.⁹⁷

Von Picht ging wenig später im Mai 1965 der bis dahin größte Studierendenprotest der Republik aus. Nur kurze Zeit nach seinen Mahnungen hörte man Dahrendorf über „die neue Bewegung der Kulturpolitik“⁹⁸ frohlocken: „In diesem Sommer ist das scheinbar Unmögliche wirklich geworden: die deutsche Kulturpolitik ist in Bewegung geraten.“⁹⁹ Pichts alarmistische Ausrufung einer Bildungskatastrophe stieß auf ungeheure Resonanz, sodass es noch im selben Jahr „im Wettstreit der Parteien wie auch der Länder und des Bundes nur noch darum geht, *wie* die von keiner Seite mehr bestrittene Priorität der Bildungsaufgaben durchgesetzt werden soll“¹⁰⁰. Noch im Juni 1964 kam es zu einem Bundes-Länder-Abkommen zum gemeinsamen Ausbau von Universitäten und der Bedürftigenförderung für Studierende. Jedenfalls: Heye, Picht & Co. regten mit ihren Einwürfen zum Nachdenken über die Zustände zentraler Gesellschaftsbereiche an, die Reaktionen auf ihre Kritik unterstreichen zudem die wachsende Qualität der öffentlichen Meinung im Sinne eines pluralistischen Meinungsaustauschs.

Etlche weitere Vorkommnisse wirkten sich 1964 auf den Modernitätsanstieg der westdeutschen Gesellschaft aus. Im Anschluss an den amerikanischen „Terry-Report“, der erstmals einen Zusammenhang zwischen Zigarettenkonsum und Lungenkrebs wissenschaftlich nachgewiesen hatte, begann Rauchen statt als harmlose Gewohnheit zunehmend als tödliches Vergnügen ins Bewusstsein zu rücken – seither galt die gesundheitsgefährdende Wirkung von Zigaretten als unumstößliches Wissen der Medizin.¹⁰¹ Die Zigarettenindustrie reagierte darauf in ihrer Werbung, „im Rauch nikotinarm“ („Krone“ u. „Carlton“), „Genuß im Stil

96 Picht, Georg: Zwei Millionen Schüler mehr – Woher sollen die Lehrer kommen?, in: Christ und Welt, 31.01.1964.

97 Dahrendorf, Ralf: Arbeiterkinder an unseren Universitäten, in: Die Zeit, 26.06.1964.

98 Dahrendorf, Ralf: Expansion oder Reform, in: Die Zeit, 02.10.1964.

99 Ebd.

100 Höpker, Wolfgang: Der Schock eines Schlagworts, in: Christ und Welt, 18.12.1964 (Herv.i.O.).

101 Siehe etwa o.V.: Raucher leben gefährlich, in: Die Zeit, 17.01.1964; o.V.: Wie gut, in: Der Spiegel, 22.01.1964; Cyran, W.: Kein Freispruch für die Zigarette, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.1964; o.V.: Zur Pfeife und zurück, in: Der Spiegel, 03.06.1964.

der neuen Zeit – aromareich im Geschmack und nikotinarm im Rauch“ („Lord Extra“). Nachdem sich schon 1963 Umfragen zufolge die westdeutsche Gesellschaft in zwei gleich große Lager (von jeweils um die 45 Prozent) der Pillen-Gegner und -Befürworter geteilt hatte,¹⁰² ließen sich 1964 entschiedene Meinungen vernehmen; so galt es als „Till Eulenspiegelei, die Schwangerschaftsverhütung noch immer pauschal zu verurteilen, wenn sie von fast zwei Dritteln der Bevölkerung längst geübt wird“¹⁰³, weshalb selbst die katholische Kirche nicht mehr um eine Stellungnahme umhin kam,¹⁰⁴ wohingegen Vertreter der evangelischen Kirche bereits öffentlich die Schwangerschaftskontrolle durch die Pille bejahten.¹⁰⁵

Gegenüber dem Vorjahr verdoppelte sich die Anzahl von Demonstranten und Kundgebungsteilnehmern im Jahr 1964 von rund 50.000 auf 100.000; Ostermarschaufrufe trugen 1964 nicht mehr bloß 2000, sondern 8400 Unterschriften, am Marsch nahmen viele Schüler und Studierende teil.¹⁰⁶ Seinerzeit eine von der schweigenden Mehrheit belächelte, in den Medien weitgehend ignorierte Veranstaltung, der sogar die noch kurze Zeit als „Anti-Atomtod“-Partei aufgetretene SPD offiziell die Unterstützung versagte,¹⁰⁷ war der Ostermarsch doch eine weitere Etappe auf dem Weg zu „68“. ¹⁰⁸ Martin Luther King, Anführer einer sozialen Bewegung in den USA, erhielt den Nobelpreis – für „seinen gewaltlosen Kampf um die Gleichberechtigung der Rassen“¹⁰⁹ –, immerhin verhaltene Signale der Solidarität mit dem in Südafrika verurteilten Nelson Mandela verrieten eine grundlegende Skepsis gegenüber der Legitimität des rassistischen Apartheidregimes.¹¹⁰ Nachdem sich der SDS bereits 1960/61 von der SPD abgespalten hatte und „zu einer Art Jakobinerclub der Studentenbewegung“¹¹¹ entwickelte, rückte

102 Siehe Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965-1967, Allensbach 1967, S. 50.

103 O.V.: Gleiches Recht für uneheliche Kinder, in: Die Zeit, 06.03.1964; siehe auch o.V.: Tür auf, Tür zu, in: Der Spiegel, 09.12.1964.

104 Siehe Wolf, Johann: Naturgemäß oder naturwidrig, in: Die Zeit, 03.07.1964; o.V.: Antwort im Herbst, in: Der Spiegel, 26.02.1964.

105 Siehe etwa o.V.: „Kinder nicht Hauptzweck der Ehe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.03.1964.

106 Siehe o.V.: Marschierer, in: Der Spiegel, 08.04.1964; Hermann, Kai: „Erfolg und viele Kilometer“, in: Die Zeit, 03.04.1964.

107 Vgl. Hermann, Kai: „Erfolg und viele Kilometer“, in: Die Zeit, 03.04.1964.

108 Hierzu vgl. den Beitrag von David Bebnowski in diesem Band.

109 O.V.: Namen der Woche, in: Die Zeit, 23.10.1964.

110 Zu Letzterem vgl. den Beitrag von Lisa Brüßler in diesem Band.

111 Busche, Jürgen: Die 68er. Biographie einer Generation, Berlin 2007, S. 19.

1964 der *Sozialistische Bund* in das Bewusstsein der Öffentlichkeit als eine politische Organisation links der SPD, die sich infolge der sozialdemokratischen Programmreform als Ausgangspunkt sozialistischer Politik verstand.¹¹² Während ausgerechnet der nordrhein-westfälische Ministerpräsidenten und Christdemokrat Franz Meyers die Idee äußerte, das KPD-Verbot aufzuheben,¹¹³ sorgte gleichzeitig jenseits der Mauer der bekennende Kommunist Robert Havemann für Furore: Als der „aufsässige Gelehrte“¹¹⁴, „über dessen Thesen an fast allen Universitäten der Zone diskutiert wird“¹¹⁵, avancierte er zu einem prominenten Abweichler in der offenkundigen Diktatur. Diesseits der Mauer überhörte die Bundesregierung in Bonn den Ruf nach der Wiedereinführung der Todesstrafe, der nach mehreren Morden an unbescholtenen Taxifahrern aufgekommen war und Umfragen zufolge in der Bevölkerung eine mehrheitliche Zustimmung fand.¹¹⁶

Auch nahmen 1964 mehrere Organisationen und Institutionen, die in der Folgezeit am Geschehen der Bundesrepublik teilhatten, ihre Arbeit auf: Dies reichte vom *Rat der fünf Wirtschaftsweisen zur Begutachtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung* über die *Stiftung Warentest*¹¹⁷ hin zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*. 1964 feierte die Bundesliga mit dem *1. FC Köln* den ersten deutschen Fußballmeister; mit ihr existierte ein Format, das unablässig nationale Erinnerungsmomente schuf, emotional aufgeladene Bilder produzierte und quer durch die gesamte Gesellschaft wirkte, dabei vor allem aber immer wieder durch kleine rückblickende Ausschnitte historische Momente und Stimmungen vergegenwärtigte.¹¹⁸ Im selben Jahr vollzog sich Chinas Aufstieg zur Weltmacht: Am 16. Oktober 1964 zündete die Volksrepublik ihre erste Atom bombe und präsentierte sich damit als – zumindest militärische – Weltmacht, nachdem sie sich neben Moskau als zweites Zentrum des Weltkommunismus etabliert hatte.¹¹⁹

112 Siehe etwa o.V.: Kuh und Klasse, in: Der Spiegel, 11.11.1964.

113 Vgl. Bull, Hans Peter: Aufhebung des KP-Verbots?, in: Die Zeit, 13.03.1964.

114 O.V.: Frühling auf dem Eis, in: Der Spiegel, 25.03.1964.

115 Gennrich, Claus: Havemann – Cremer – Fühmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.03.1964.

116 Siehe Noelle/Neumann (Hg.) 1967 (s. Anm. 102), S. 170; o.V.: Irrtum inklusive, in: Der Spiegel, 28.10.1964.

117 Vgl. hierzu den Beitrag von Stine Marg in diesem Band.

118 Vgl. Gebauer, Gunter: Die Bundesliga, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte II, München 2002, S. 450-465, hier S. 465.

119 Vgl. Schöllgen 1996 (s. Anm. 77), S. 196 f.; Leonhard, Wolfgang: Hat Mao die stärkeren Bataillone?, in: Die Zeit, 15.05.1964.



Trotz des erkennbaren Modernitätskurses gab es in der Gesellschaft des Jahres 1964 noch hartnäckige Überbleibsel einer aus der Vergangenheit fortwirkenden Mentalität, deren Bewahrer vor allem die älteren, vor 1945 sozialisierten Kohorten waren. Sie waren zum Beispiel der akribischen Vergangenheitsaufarbeitung im Kontext des Holocausts überdrüssig; in Umfragen sprachen sich 1964, vor dem Hintergrund der laufenden Gerichtsprozesse gegen mutmaßliche NS-Täter, die Befragten mehrheitlich für ein Ende der Verfolgung von NS-Verbrechern aus (76 Prozent der Frauen und 63 Prozent der Männer);¹²⁰ ein CDU-Bundestagsabgeordneter forderte gar eine Generalamnestie für NS-Verbrecher.¹²¹ Nicht wenige bewerteten zudem die alliierten Bombardements als gleichwertige Delikte.¹²² Mit der Verlegung der Verjährungsfrist von NS-Verbrechen, die im November und Dezember 1964 diskutiert worden war, entschied der Bundestag 1965 gegen die Bevölkerungsmehrheit.¹²³ 1964 war eben vieles noch rückständig und reformbedürftig: der Widerwille gegenüber eines permanenten Schuldbewusstseins und ständiger Konfrontation mit Vergangenem, Abtreibungen waren verpönt, Kinder wurden mit Rohrstöcken gezüchtigt¹²⁴. Nein, 1964 existierte in ihrer „Praxis“ ganz sicher noch keine vollständig moderne Gesellschaft, wie wir sie heute kennen. Aber es befand sich doch bereits einiges im Wandel, etliche Debatten und Reformen waren angestoßen und hatten bereits begonnen, diese überkommene Gesellschaft zu verändern.

Setzt man sich als Wissenschaftler mit der Gegenwartsgesellschaft auseinander, so unterzieht man diese einer Vivisektion. Denn viele Strömungen sind noch im Fluss, ohne dass sich ihre endgültige Richtung abzeichnet, und manche Phänomene gar noch unentdeckt. Der forschende Blick in die Vergangenheit vollzieht sich hingegen unter ganz anderen Voraussetzungen: Hier ist der Ausgang gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Debatten in der Regel bekannt, auch liegen hierfür teils unübersehbare Mengen an Literatur vor. Das Wissen über – in diesem Fall – die 1960er Jahre ist alles andere als bruchstückhaft, die bedeutsamen Erkenntnisse scheinen dieser Zeit schon abgerungen, die wesentli-

120 Vgl. o.V.: Nazi-Verbrechen, in: Der Spiegel, 04.11.1964 (S. 26); Grunenberg, Nina: Der merkwürdige Fall Heyde, in: Die Zeit, 21.02.1964.

121 Vgl. o.V.: Keine General-Amnestie, in: Die Zeit, 15.05.1964.

122 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 26), S. 99-106.

123 Vgl. ebd., S. 99.

124 Vgl. o.V.: Züchtigung durch Mutter, in: Der Spiegel, 22.04.1964; siehe auch Wolf, Edmund: Zum Lachen oder Weinen?, in: Die Zeit, 29.05.1964.

chen Schlüsse gezogen zu sein. Daran wird auch dieses Buch nichts ändern. Ist der erneute Fokus auf diese Dekade, noch dazu auf ein einzelnes Jahr, so könnte nun ein Einwand lauten, dann nicht eine Sackgasse, überflüssig, vergeudete Mühe? Indes: Gerade eine große Wissensfülle erfordert eine kritische Überprüfung; festgefügte Kenntnisse können schnell den Weg zu alternativen Deutungen und Sichtweisen versperren, die jedoch manchmal für Korrekturen und Ergänzungen nötig sind. Außerdem, so heißt es in einem der vielen Bücher zum Thema, hätten anhaltende Kontroversen trotz der zahlreichen Studien zum 68er-Komplex gezeigt, „wie wenig abgesichert die Kenntnisse und Deutungen dieses Phänomens nach wie vor sind“¹²⁵.

Dass der Weg zu den Eruptionsjahren 1967/68 lang war und sich zur Mitte der 1960er Jahre beschleunigte, ist gegenwärtig Konsens unter den einschlägig mit diesem Thema befassten Forschenden. Jedoch lässt sich, wie gezeigt, insbesondere das Jahr 1964 als Schwerpunktjahr sozialen und politischen Wandels ausmachen. In diesem Jahr gab es ein Sammelsurium von Phänomenen, die charakteristisch oder voraussetzungsvoll für den Topos „68“ sind, jedoch eben nicht erst in jenem Jahr auftraten. Freilich gab es auch noch eine ganze Menge Überkommenes, das Alte war noch nicht völlig verschwunden: Lübke war ein weiteres Mal zum Bundespräsidenten gekürt worden, Adenauer gleichfalls zum CDU-Vorsitzenden, Sepp Herberger amtierte noch immer als Bundestrainer. 1964 allerdings im Rahmen eines einzelnen Buches in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen, ist freilich ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Deshalb greift der vorliegende Sammelband aus der Masse der unzähligen Ereignisse eine Auswahl heraus, die das Besondere dieses Jahres pointiert illustriert und an der sich Kraft und Tragweite des sozialen und politischen Wandels zeigen.

125 Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef: Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies. (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 7-14, hier S. 8.

Rassist und Aktivist

Der Boxchampion Cassius Clay als Teil amerikanischer Gegenkultur

LARS GEIGES

25. Februar 1964, kurz vor 10 Uhr abends. Cassius Clay war nervös. Wieder und wieder ging er in Gedanken den Kampf durch: Liston kommen lassen. Zwei, drei Runden tänzeln, trippeln, kreiseln, ein paar *Jabs*, nicht zu viele, vor und zurück, ihn schlagen lassen, selbst abwarten, bis er müde wird. Dann in der achten oder vielleicht in der neunten Runde angreifen – schlagen, laufen, schlagen. *Float like a butterfly, sting like a bee*. Vielleicht den einen entscheidenden Treffer anzu-bringen versuchen – *Knockout*, Weltmeister, was für ein Plan. In wenigen Minuten würde er seine Kabine verlassen, sich auf den Weg machen müssen in den Boxring inmitten des „Convention Center“ Miamis. Und zum ersten Mal war Clay, der Herausforderer, unruhig, fahrig, zweifelnd.

Um sich hatte er nur noch seine engsten Vertrauten – seinen Trainer, seine Betreuer, seinen Bruder. Noch einmal zog er sich mit Malcom X, seinem Freund und Mentor, zum Gebet zurück. Die Handflächen geöffnet, die Blicke gesenkt. Es sei ihm vorherbestimmt zu gewinnen, so wie einst David über Goliath siegte. Allahu Akbar. Dann ging Clay mit seinen Begleitern raus, in die Halle, den schmalen Korridor durch die Zuschauer entlang in den Ring, um zu warten, bis Weltmeister Charles „Sonny“ Liston mit seiner Entourage denselben Weg zurückgelegt haben würde. Die Blitzlichter zuckten, Fotoreporter drängelten in den ersten Reihen um die besten Plätze. Die Kameras, die diesen Kampf in die Kinosäle der Vereinigten Staaten übertrugen, waren in Position, als der Ringsprecher die Zuschauer begrüßte, die anwesende Boxprominenz, die Punktrichter sowie die beiden Kontrahenten vorstellte. Dann standen sie sich gegenüber und stierten sich an. Ringrichter Barney Felix erklärte routinemäßig, er wünsche sich einen

sauberen *Fight*. Clay soll noch gesagt haben: „Jetzt habe ich dich, du Dreck-sack“¹, bevor sie sich voneinander abwandten und in ihre Ringecken gingen. Während sich Liston noch seines weißen Mantels entledigte, tänzelte Clay bereits einsatzbereit auf der Stelle. Ein kurzes Lockern der Arme, Beine und des Nackens – dann ertönte der Gong. Ring frei zur ersten Runde.

Für den 22-jährigen Cassius Clay war dies der Kampf seines Lebens. Bis jetzt war er bloß ein vielversprechendes Talent gewesen – ein hervorragender Amateur gewiss, aber ein *Nobody* in der Welt des professionellen Boxsports. Unter den Beobachtern galt er als großmäuliger Aufschneider, der eher belustigt, denn gefürchtet zur Kenntnis genommen wurde. Bei den Buchmachern standen die Wetten 7:1 gegen ihn. Von den 46 anwesenden Sportjournalisten hatten vorab 43 auf einen Sieg Listons getippt.² Man gab Clay keine Chance und doch gewann er Kampf und Titel. Und mehr noch: Es blieb bei Weitem nicht bei diesem sensationellen Sieg des Außenseiters. Clay schaffte es in der Folge, seinen Sport zu verändern, ihn zu dominieren, ihn zu prägen, ja eine Ära zu begründen. Dreimal wurde er Weltmeister: 61 Kämpfe, 56 Siege, 37 davon durch K.O. – eine beeindruckende Bilanz. Mit seinem Stil, seinem Auftreten und seinem Selbstverständnis als Sportler – auch und vor allem außerhalb des Boxrings – revolutionierte er bisher Dagewesenes und positionierte sich in einer Zeit gesellschaftlicher Großkonflikte politisch eindeutig, auch zulasten seiner Karriere als Boxer. Dafür wurde er verehrt und vereinnahmt, verachtet und verstoßen. Längst hat auch darüber eine Mythologisierung eingesetzt. Ab 1990 lernte die Welt Muhammad Ali sogar als erfolgreichen Unterhändler der US-Regierung kennen, der amerikanische GIs aus dem Irak herauslöste, auch als Werbeträger für *Coca-Cola*, *Adidas* und *Capri-Sonne* sowie als letzten Fackelläufer bei den Olympischen Spielen von Atlanta 1996, der – schon von seiner Parkinsonerkrankung gezeichnet – vor einem Milliarden-Publikum das olympische Feuer zur Eröffnung der Sommerspiele entfachte. Seit 2001 ist er zudem Friedensbotschafter der Vereinten Nationen, empfangt zahlreiche Auszeichnungen für sein soziales Engagement, Ehrendoktorwürden diverser Universitäten sowie 1999 vom *Internationalen Olympischen Komitee* die Auszeichnung „Sportler des Jahrhunderts“.

Daher: In kollektiver Erinnerung ist er vor allem als Box-Champion, Friedensaktivist, als weltweites Idol der Massen, das für Werte wie Humanität, Gleichheit und Gerechtigkeit steht. Dabei wird nicht selten ausgeblendet – auch

1 Remnick, David: *King of the World. Der Aufstieg des Cassius Clay oder: Die Geburt des Muhammad Ali*, Berlin 2009, S. 301.

2 Vgl. Lipsyte, Robert: *Clay Wins Title in Seventh-Round Upset As Liston Is Halted by Shoulder Injury*, in: *New York Times*, 26.02.1964, URL: <http://www.nytimes.com/books/98/10/25/specials/ali-upset.html> [eingesehen am 10.10.2013].

in mancher Biografie –, dass Clay Charakterzüge aufwies und Meinungen vertrat, die nicht nur aus heutiger Perspektive kritikwürdig erscheinen.³ Clay war egozentrisch, opportunistisch und illoyal. Er war fähig zum Hass, konnte sich von bei ihm in Unnade Gefallenen scheinbar mühelos distanzieren, war ein Frauenverächter und konsequenter wie überzeugter Befürworter der Rassentrennung. Er war ein Radikaler, ein Drängler, ein besessener Showman und Narzisst⁴ – dabei dem inneren Wesen nach eher suchend, hadernd, beeinflussbar. Und dennoch – oder gerade deshalb? –: Clay war Kündler und Motor gesellschaftlichen Wandels, damit Teil US-amerikanischer Gegenkultur in bewegten Zeiten. Wer dem nachspüren will, muss 1964 zu suchen beginnen, in jenem Jahr, in dem sich Cassius Clay in die Weltöffentlichkeit boxte.

DER UNBERECHENBARE, DER DURCHGEKNALLTE, DER WAHNSINNIGE – SEINE ALLZEIT-PARADEROLLE

25. Februar 1964, 10.30 Uhr; am Morgen des Kampfes waren Clay und sein Gefolge in der Ladezone der „Miami Beach Convention Hall“ eingetroffen. Das Einwiegen der Kontrahenten stand an – ein bis dato stummes Prozedere, das nach einem Protokoll verlief: Die Boxer betraten mit ihren Betreuern schweigend den Raum, ließen sich nacheinander wiegen und verschwanden anschließend wieder, um sich auf den Kampf am Abend vorzubereiten. Die anwesenden Presseleute notierten sich während solcher Termine zwei Zahlen – das offizielle Kampfgewicht beider Boxer. Nicht so an diesem Tag. Clay trat wie von Sinnen auf. Er brüllte und gestikulierte, riss die Augen weit auf und schrie: Er werde Liston fertig machen. Liston sei zu hässlich, einem Weltmeister unwürdig. Mehrfach ging Clay Liston an, wurde zurückgehalten. Gleich hier und jetzt wolle er ihm zeigen, wer der wahre *Champ* sei, brüllte er. Es wurde gerempelt und gestoßen. Angestachelt von seinem *Cornerman* Drew Bundini Brown, der wie ein Beschwörer auftrat und mit ausgebreiteten Armen Parolen wie „Rumble, yong man, rumble“ skandierte, versetzte sich Clay derart in Rage, dass ihm Dr. Alexander Robbins von der *Miami Beach Boxing Commission* erhöhten Puls und Blutdruck attestierte und zur Ruhe mahnte. Es war eine geplante Hysterie, ein

3 Vgl. Jodl, Markus: Muhammad Ali: Black Superman? Versuch einer Demontage, Hürth 2002; Fuller, Peter: Die Champions. Psychoanalyse des Spitzensportlers, Frankfurt a.M. 1976.

4 So auch Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 11.

organisiertes Spektakel, für das Clay mit einer Strafe in Höhe von 2500 Dollar belegt wurde.⁵

Bei den Beobachtern hinterließ dieser Auftritt – wie bereits vorangegangene ähnliche Aktionen Clays – wenig Eindruck. Er mache sich keine Vorstellungen von dem, was auf ihn warte, „wenn Sonny loslegt und wie ein Schlachter über sein hübsches Gesicht herfällt“, hieß es; Clays Kampfstil sei wie gemacht, „um ein Massaker zu provozieren“⁶. Beim Gegner zeigte Clays Wortschwall aus Beleidigungen und Protzereien indes Wirkung. Liston, dessen Verfassung ohnehin zwischen Selbstüberschätzung und Minderwertigkeitsgefühlen changierte, war beeindruckt von der Inszenierung, stand Clays Gehabe insgesamt hilflos gegenüber. Es stimmte ihn nachdenklich. Als ehemaliger Gefängnisinsasse hatte er gelernt, mit Verbrechern, Ganoven und Schlägern umzugehen, sich aber vor Verrückten in Acht zu nehmen.⁷ Darauf legte es Clay an: Er mimte – seine Allzeit-Paraderolle – stets den Unberechenbaren, den Durchgeknallten, den Wahnsinnigen und verkörperte damit einen gänzlich neuen Typus von Boxer, der sich über Effekte, Emotionalität und Stimmungen öffentlichkeitswirksam mitteilte. Über diese Fähigkeiten – und vor allem Freiheiten – verfügte Clay; auch, weil er qua Geburt ganz andere Voraussetzungen als die meisten anderen mitbrachte.

Cassius Marcellus Clay Jr. wurde am 17. Januar 1942 in Louisville, Kentucky geboren. Die Familie besaß ein kleines Haus in einem schwarzen Viertel der Stadt. Der Vater verdiente Geld als Schildermaler; die Mutter Odessa war eine fürsorgliche, gläubige Hausfrau. Sie kochte, schneiderte Kleider und nahm die Kinder sonntags mit in die baptistische Kirche. Clay hatte ein sehr inniges Verhältnis zu ihr, nannte sie liebevoll „Bird“. Seinem drei Jahre jüngeren Bruder Rudolph Valentino Clay, später Rahaman Ali, blieb Clay ebenfalls eng verbunden. Er gehörte fest zu seinem engsten Stab von Vertrauten, galt zumindest zu Beginn der Karriere als wichtiger Strippenzieher, war als seine „éminence grise“⁸ von ihm untrennbar. Trotz gelegentlicher Alkohol-Eskapaden des Vaters kommt der Biograf Markus Jodl daher zu dem Schluss, Clays Vita lasse „in der Kindheit große Dramatik vermissen“⁹.

Dieses Urteil lenkt den Blick auf einen wichtigen Aspekt, gleichwie es die Bedingungen des Aufwachsens in einem segregierten Land geringerschätzt. Denn

5 Vgl. Olsen, Jack: Cassius Clay. A Biography, London 1967, S. 96.

6 Krämer, Harald/Heering, Fritz K.: Muhammad Ali, Reinbek 2010, S. 40.

7 Über das Leben Listons vgl. umfassend Tosches, Nick: Der Teufel und Sonny Liston. Aufstieg und Fall einer Boxlegende, München 2000; vgl. auch Steen, Rob: Sonny Liston. His Life, Strife and the Phantom Punch, London 2008.

8 Olsen 1967 (s. Anm. 5), S. 112 f.

9 Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 14.

die alltäglichen Abwertungen und Ausgrenzungen, die Entwürdigungen und Verletzungen, nicht zuletzt das Wissen über Lynchmorde an Schwarzen prägten auch den jungen Clay. Die sogenannte Rassentrennung wurde eines seiner Lebensthemen. Doch wie gesagt wuchs Clay verhältnismäßig behütet auf – insbesondere im Kontrast zu seinen Pendants im Boxsport. Clay war kein Kleinkrimineller, durchlebte keine massiven Gewalterfahrungen, weder gegen ihn noch in seinem nahen Umfeld, wurde in der Jugend nicht delinquent. Drogen und Alkohol waren ihm fremd. Zu keiner Zeit musste er harte körperliche Arbeit verrichten und zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, lediglich leichte Hilfsarbeiten für seinen Vater hatte er gelegentlich zu übernehmen. Clays Opponent von 1964, Sonny Liston, wurde hingegen von seinem trinkenden Vater fast täglich mit der Peitsche geschlagen und zur Arbeit aufs Feld geschickt anstatt in die Schule. Die Narben der Misshandlungen auf seinem Rücken erinnerten ihn ein Leben lang daran. Das Boxen erlernte er erst im Staatsgefängnis von Missouri. Alkoholabstürze und Casinobesuche gehörten schon früh zu seinen steten Karrierebegleitern. Kurzum: Cassius Clay war im Gegensatz zu bisherigen (schwarzen) Boxchampions Erfahrungen der Demütigung und des Schmerzes deutlich weniger stark ausgesetzt. Seinen Platz in der Gesellschaft hatte er sich nicht in dem Maße zu erboxen wie beispielsweise ein Sonny Liston, ein Jersey Joe Walcott oder ein Ezzard Charles. Nicht als ein Geschundener, sondern als Kind der einfachen Mittelschicht aus der unterdrückten schwarzen *Community* begann er seine Laufbahn. Das machte ihn unabhängiger und selbstbewusster, ließ in ihm zugleich weniger stark als bei Anderen eine Genugtuung über das Erreichte erwachsen.

In der Schule war Clay jedoch zunächst ein Träumer. Er galt als höflich, zurückhaltend, still im Unterricht. Er malte oder schaute aus dem Fenster, statt mitzuschreiben, und seine Noten waren unterdurchschnittlich. Noch Jahrzehnte später fiel ihm das Lesen schwer. Sein Abschlusszeugnis war daher ein „Akt der Großzügigkeit“¹⁰ gegenüber einem talentierten Jungboxer. Im Alter von zwölf Jahren hatte Clay seine Bestimmung gefunden – das Boxen. Von nun an drehte sich bei ihm alles um den Faistsport, auch wenn er anfänglich nicht mehr Talent zu besitzen schien als andere auch.¹¹ Ein Zufall brachte ihn im Oktober 1954 zu diesem Sport. Während eines Bazars in seiner Heimatstadt, den er mit einem Freund besuchte, wurde sein rot-weißes *Schwinn*-Fahrrad gestohlen. Der junge Cassius schäumte vor Wut, machte sich auf die Suche nach dem Dieb und sprach aufgeregt umstehende Leute an. Er würde den Lump windelweich prügeln, wenn

10 Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 161.

11 Vgl. Hauser, Thomas: Muhammad Ali: Ich. Mein Leben, meine Kämpfe, München 2011, S. 18.

er ihn nur in die Finger bekäme, machte der aufgebrachte Junge deutlich. Polizist Joe Martin bemerkte den zornigen Zwölfjährigen und bot ihm an, vorab ein paar Boxstunden bei ihm zu nehmen, um für den Fall der Fälle besser vorbereitet zu sein. Martin unterrichtete in seiner Freizeit Jugendliche. Clay nahm das Angebot an und war sofort von der Stimmung im Boxgym begeistert. Nur sechs Wochen später stand er für seinen ersten Kampf im Ring. Der drei Runden lange Junior-Kampf ist gut dokumentiert. Der Hobby-Boxcoach Martin betrieb eine lokale Fernsehsendung mit dem Namen „Tomorrow’s Champions“. Dort sah man an diesem Tag einen überglücklichen Jungen nach der Urteilsverkündung. Die Auseinandersetzung hatte er mit zwei zu eins Richterstimmen für sich entschieden. Den Zuschauern verkündete er: „Ich werde der größte Boxer aller Zeiten.“¹²

TÄNZELNDER PROVOKATEUR IN DER MEDIENARENA – CLAYS INSZENIERUNGSGESCHICK

Clay war wie besessen. Er erlegte sich ein für Teenager immenses Trainingspensum auf, stand vor Tagesanbruch auf, um zu joggen, rannte von nun an ohnehin fast jede Wegstrecke und ging jeden Tag ins Boxgym, um sein Übungsprogramm abzuspuhlen. Zudem achtete er penibel auf seine Ernährung, führte meist eine Flasche Wasser mit Knoblauch bei sich, aß bevorzugt Steaks mit Salat. In der Schulkantine brauchte er immer zwei Tablettts – sechs kleine Flaschen Milch, stapelweise Sandwiches plus warme Mahlzeit, zum Frühstück trank er einen Liter Milch mit zwei rohen Eiern. Sein Körper sei sein Tempel, pflegte er zu sagen. Limonade sei da so tödlich wie Zigaretten.¹³ Seine Gesundheit, seine Kraft und seinen Körper hielt er für schlichtweg unerreicht. In der *High School* tänzelte er fortan schattenboxend über die Flure, tönte, wie viel Geld er als Boxer verdienen werde, rannte auf die Toilette, um vor dem Spiegel weiter zu boxen, beschrieb Hemden mit seinem Namen sowie dem Zusatz „Weltmeister im Schwergewicht“ und erklärte sich – je größer das Publikum, desto euphorischer – wieder und wieder zum größten Boxer aller Zeiten. Bemerkenswert jedenfalls, wie früh sich bei ihm diese karriereleitende Maxime herausbildete und festigte.

Das gilt auch für ein anderes Stilmittel in Clays Repertoire. Die Rede ist von der gezielten Provokation, vom platzierten Affront, von der unerwarteten Störung. Als Juniorboxer reizte er seine Gegner mit markigen Sprüchen. Als Amateur konnte es unter anderem passieren, dass Clay seinen Kopf in die Umkleide-

12 Zitiert nach Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 16.

13 Vgl. Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 158 f.

kabine des Kontrahenten steckte und diesem mitteilte, er solle sich schon mal auf eine ordentliche Tracht Prügel einstellen. Als Profi bearbeitete er seine Opponenten teils über viele Wochen mit persönlichen Attacken in Form durchdachter Kampagnen – eine im gesellschaftlichen Teilbereich des Sports bisher nie dagewesene Grenzüberschreitung.

So verfolgte Clay ab 1963 Liston über Monate hinweg. Er bezeichnete ihn, wann immer sich dazu die Gelegenheit bot, als dumm, alt und hässlich. Liston habe Plattfüße, könne nicht sprechen, sei zu langsam und zu grässlich, um Weltmeister zu sein. Er sei ein großer, hässlicher Bär und er, Clay, sei der Bärenjäger. Er nutzte jede Gelegenheit, um Liston zu beleidigen. „Liston riecht sogar wie ein Bär“, sagte er während eines Interviews, „Wenn ich ihn verhaue hab, spende ich ihn dem Zoo hier.“¹⁴ In Las Vegas überraschte Clay Liston in einem Casino, beleidigte ihn abermals als hässlichen Bären, woraufhin Liston mit Würfeln nach Clay schmiss und ihn als „Niggerschwuchtel“ beschimpfte.¹⁵ Nur Momente nach dem Ende des Weltmeisterschaftskampfes zwischen Floyd Petterson gegen Sonny Liston im Juli 1963 stürmte Clay in den Ring, rannte wie angestochen umher, brüllte in jedes auffindbare Mikrofon, dass der Kampf eine Farce gewesen, Liston ein Versager und nur er – Cassius Clay – der wahre *Champ* sei. Bei *Columbia Records* nahm Clay noch im selben Jahr eine Langspielplatte auf. Ihr Titel: „The Greatest“. Darauf zu hören waren seine Monologe, Gedichte und Kurzreden. Über Liston heißt es darin: „Sonny Liston ist ein Nichts. Der Typ kann nicht reden. Der Typ kann nicht kämpfen. Der Typ braucht Nachhilfe im Reden wie im Boxen. Und da er gegen mich antreten wird, bekommt er auch gleich Nachhilfe im Fallen.“¹⁶

Clay setzte konsequent auf die Provokation und dafür trieb er es auf die Spitze. Im November 1963 reiste er in Begleitung seines Trosses mit einem dreißig-sitzigen Bus nach Denver, dem Wohnort Listons. An den rot-weiß gestrichenen Bus hatte Clay den Schriftzug „Der farbigste Kämpfer der Welt: Liston muss in der Achten weg“ anbringen lassen. Im Kofferraum lagen Schilder, auf denen Sprüche wie „Wir alle lieben Cassius Clay“, „Ohne Cassius ist das Spiel vorbei“ und „Bärenjäger“ zu lesen waren. Am Haus Listons am Monaco Drive 3633 angekommen, parkten sie ihr mit Bannern und Spruchbändern dekoriertes Fahrzeug und klingelten Liston des Nachts aus dem Schlaf. „Komm raus da!“, brüllte Clay, „Ich verprügele dich gleich jetzt! Komm raus und schütz dein Haus! Wenn du nicht aus der Tür kommst, schlag ich sie ein!“¹⁷ Clay wusste natürlich, dass

14 Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 40.

15 Vgl. ebd., S. 39.

16 Ebd.

17 Zitiert nach Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 31.

sich Liston aufgrund seiner Vorstrafen keine Straßenschlägerei erlauben konnte. Nachbarn riefen die Polizei, die die Aktion schließlich beendete. Die von Clays Leuten rechtzeitig informierte Presse verfolgte das Geschehen aufmerksam. Clay hatte erreicht, was er wollte – Liston war verunsichert. Eine Strategie, die er mit leichten Variationen auch später bei allen schweren Gegnern in seiner Karriere anwenden sollte. Als Clay 1965 zu einem Rückkampf gegen Liston antrat, war er zuvor mit einem Topf Honig, einem Seil und einem Fangeisen erneut vor Listons Haus erschienen und hatte verkündet, die Bärenjagd habe wieder begonnen.¹⁸ Seinem Gegner Floyd Petterson brachte er Rohkost ins Trainingslager und verspottete ihn als Kaninchen.¹⁹ Als Gorilla beschimpfte er Joe Frazier, gegen den er 1975 in einem legendären WM-Kampf, dem „Thrilla von Manila“, antrat und im Vorfeld fragte er: „Dürfen artengeschützte Tiere in die Philippinen einreisen?“ In diesen Auseinandersetzungen stilisierte sich Clay stets als der „echte Schwarze“ – frei, gut aussehend, ungebunden –, der sich nicht vorschreiben lasse, was er zu sagen und zu tun habe, während seine Gegner die „Schwarzen des weißen Mannes“ seien, die benutzt würden wie Marionetten und sich ausbeuten ließen.²⁰

Clays Kämpfe begannen also stets schon vor dem ersten Gongschlag. Mit seinen Aktionen und Provokationen brach er Konventionen des Boxsports, trug entscheidend dazu bei, die Art zu verändern, wie Sportstars sich selbst präsentierten.²¹ Denn den mündigen Athleten, der sein Können selbstbewusst und vermarktbar zur Schau stellte, hatte es zuvor ebenso wenig gegeben wie den protzigen Prahler, der die Öffentlichkeit angeberisch und wortreich über seine Einzigartigkeit zu informieren und Kontrahenten durch planvolle Herabsetzungen *coram publico* anzugehen pflegte. Beide Formen des Auftritts beherrschte und vereinte Clay meisterhaft. Er hatte sie vor allem dem professionellen Wrestler entlehnt. 1961 lernte er im Rahmen einer Werbekampagne den Wrestler Gorgeous George kennen – ein Treffen, das Clay prägte. Gorgeous George galt als erster Wrestler des Fernsehzeitalters. Er hatte lange blonde Locken, die er sich vor einem Kampf im Ring von einem Gehilfen theatralischbürsten ließ. Dazu trug er einen glänzenden silbernen Mantel. Seine Fingernägel waren poliert und manikürt. Die Ringmatte besprühte er vor Kämpfen mit Kölnischwasser und Insektiziden. In Interviews drohte er seinen Gegnern, sie zu töten, ihnen beide

18 Vgl. Kemper, Peter: Muhammad Ali. Leben, Werk, Wirkung, Berlin 2010, S. 31.

19 Vgl. Torres, José: Muhammad Ali. Das Leben und die Kämpfe des größten Boxers aller Zeiten: „Cassius Clay“, München 1976, S. 17.

20 Vgl. Oates, Joyce Carol: Über Boxen, Zürich 2006, S. 213.

21 Vgl. Marqusee, Mike: Redemption Song. Muhammad Ali and the spirit of the sixties, London 1999, S. 49.

Arme abzureißen und sich im Falle einer Niederlage (absolut undenkbar!) die Haare abzuschneiden und vor den Augen aller Zuschauer durch den Ring zu kriechen. Clay besuchte einen Kampf von Gorgeous George. Die Halle war voll. Der damals 19-Jährige war beeindruckt. Nach dem Kampf sagte der Wrestler zu ihm: „Viele bezahlen nur, weil sie sehen wollen, wie dir einer das Maul stopft. Also reiß weiter das Maul auf, sei weiter unverschämt und immer skandalös.“²²

Es war das Jahr, in dem Clay begann, die Runden vorauszusagen, in denen seine Gegner zu Boden gehen würden. Über etliche Spitznamen wie „Gaseous Cassius“, „Louisville Lip“, „Cash the Brash“, „Mighty Mouth“ oder „Claptrap Clay“ verfügte er bereits, doch boten sich ihm vor allem über das Aufkommen und die Verbreitung des Fernsehens neue Inszenierungsmöglichkeiten. Hier wirkten seine Witzchen, hier übertrug sich sein Charme unmittelbarer als via Zeitungsberichte, auch wenn die Presse ebenfalls in dieser Zeit einen Wandel hin zu einer personenzentrierten Berichterstattung durchlief, der Magazinjournalismus mit langen Starporträts und Features aufkam. Clay führte Zaubertricks in der „Ed Sullivan Show“ vor, scherzte in der Fernsehsendung von Jerry Lewis (beides 1963) und alberte mit den *Beatles* herum, die er in seinem Boxgym in Miami empfing (Anfang Februar 1964). „Nach Elvis Presley und John F. Kennedy war Muhammad Ali alias Cassius Clay der dritte US-Superstar, der seine Popularität dem Fernsehen verdankte“²³ – schlagfertig, gut gelaunt, ein sympathischer Maulheld. Immer wieder überraschte und unterhielt er die Zuschauer mit Reimen und nahm dabei „die Lässigkeit des schwarzen Rap vorweg“²⁴. Vor dem Kampf gegen Liston gab er zum Besten:

„Hier kommt das Märchen von Cassius Clay,
Dem schönsten Boxer der ganzen Welt,
Er quasselt andauernd und gerbt Dir das Fell,
Sein Schlag ist gewaltig und unglaublich schnell.
Die Faustkampfwelt war doof und öd,
Mit Liston als Champ war alles nur blöd.
Dann kam eine farbige Superrakete,
Und die Boxfans kamen gerannt mit der Knete.
Auf den jungen Boxer sind wir erpicht,
Der wird mal der Champion im Schwergewicht.“²⁵

22 Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 198.

23 Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 24.

24 Oates 2006 (s. Anm. 20), S. 216.

25 Zitiert nach ebd.

Wer mit ihm allein war, berichtete von einem nachdenklichen, zweifelnden, bisweilen unsicher wirkenden jungen Mann. Wer ihn in Begleitung, in Gruppen, in Boxhandschuhen sowie im Gespräch mit Journalisten oder mit Fans auf der Straße erlebte, beobachtete hingegen einen Clay, der mit schier unendlichen Energien seine Clownerie abspulte – einen „one-man circus“²⁶ betrieb. Diese Kombination aus Unbekümmertheit, Jugendlichkeit und Großspurigkeit war es, die Clay interessant machte – und seine Athletik. Denn Clay war ein Bewegungskünstler, den Fleiß, Ehrgeiz und penible Akkuratess bei der Durchführung seines Trainingspensums auszeichneten. Zudem verfügte er über eine hervorragende Gesundheit. Seine „Fähigkeiten und seine natürliche Veranlagung waren großartig“, sagte sein Trainer Angelo Dundee und fügte hinzu: „Was ein Boxer von Natur aus hat, kann man nicht verbessern. [...] Man glättet es, aber man pfuscht nicht daran herum.“²⁷ Dundee gab ihm das Gefühl, er gebe den Ton an, er bestimme, er sei der Innovator.²⁸ „Ich habe meinen eigenen Stil. Mir macht niemand etwas vor“²⁹, sagte Clay und machte damit seine Eigenständigkeit deutlich, betonte, dass er kein Produkt Dritter sei. Dundee war für Clay der ideale Trainer.

Tatsächlich boxte Clay anders als die meisten Schwergewichtskämpfer. Er bewegte sich im Ring sehr viel und trotz seiner über hundert Kilogramm außergewöhnlich schnell, hielt seine Deckung meist auffällig niedrig, vertraute seiner Gabe, die Schläge des Gegners zu antizipieren und ihnen dadurch ausweichen zu können. Seine eigenen Schläge erfolgten blitzschnell, erschienen dabei geradezu beiläufig angesetzt und zeigten doch Wirkung. „Es mag widersprüchlich klingen, aber gerade [seine] Fehler machten die Darbietung eines Mannes wie Clay viel aufregender, viel waghalsiger und viel graziöser, weil es ganz so aussah, als gehe er irre Risiken ein. [...] seine eigene Mischung aus Klassik und Anmaßung“³⁰, notierte Ali-Biograf José Torres.

26 Marqusee 1999 (s. Anm. 21), S. 51.

27 Torres 1976 (s. Anm. 19), S. 128 f.

28 Zitiert nach Markus Jodl 2002 (s. Anm. 3), S. 22.

29 Zitiert nach Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 238.

30 José Torres zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 37.

„BECKENMISSIONAR“ – CLAYS AMBIVALENTES VERHÄLTNIS ZU FRAUEN

Clay war sich seiner Ausstrahlungskraft – im Ring und außerhalb – früh bewusst; auch und insbesondere auf Frauen. Dennoch lebte er als junger Mann „geradezu mönchisch“³¹. Als Heranwachsender reagierte er auf weibliche Avancen zurückhaltend bis ablehnend, sodass spekuliert wurde, ob Clay homosexuell sei. Doch sein Verhältnis zu den Frauen entwickelte sich rasch in „ein stetes Hin und Her zwischen Scheu und Freizügigkeit, Prüderie und Promiskuität“³². Insgesamt heiratete er vier Mal, zeugte neun eheliche und zwei außereheliche Kinder, soll so viele Affären gehabt haben, dass einer seiner Betreuer ihn „Beckenmissionar“³³ nannte, während er zugleich kundtat, er fühle sich aus religiösen Gründen zur Enthaltsamkeit, zur Askese, zur Treue verpflichtet. Ein höchst ambivalentes Verhältnis also, das bei der Durchsicht von Interviewpassagen Clays weiter ins Wanken gerät: So bezeichnete er in einem Gespräch mit dem *Playboy* Lynchmord als legitimes Mittel zur Wahrung von Rassenhygiene. Ein Schwarzer müsse getötet werden, wenn er sich mit einer weißen Frau einlasse. Auch eine Muslima, die eine sexuelle Beziehung mit einem Weißen eingehe, habe ihr Leben verwirkt.³⁴ Der Zeitschrift *Crawdaddy* sagte er: „Was man von einer Frau haben kann, ist ohnehin nur ein Orgasmus. Weshalb soll ich mir also die Schererei hinterher aufhalsen, wenn ich mich mit einer Weißen abgebe?“³⁵ Und den Lesern der *Ebony* berichtete er: „Die Frauenbewegung ist auch bloß so ein Trick der Weißen, um die schwarze Frau daran zu hindern, sich dem schwarzen Mann im Kampf um die Freiheit anzuschließen. Ich für meine Person glaube nicht, daß die schwarzen Frauen etwas mit der Frauenbewegung zu tun haben wollen. Man braucht sich also deshalb keine Sorgen zu machen. Nach unserem islamischen Glauben ist der wichtigste Platz der Frau das Heim, wo sie für die Kinder und die Familie sorgt und das Essen fertig hat, wenn er nach Hause kommt, so wie es sein soll.“³⁶ Kaum von seiner ersten Ehefrau Sonji geschieden, kündigte er an: „Wenn ich das nächste Mal heiraten werde, wird es ein Mädchen von siebzehn

31 Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 194.

32 Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 56.

33 Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 362.

34 Vgl. ebd., S. 421.

35 Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 193.

36 Ebd., S. 194.

oder achtzehn Jahren sein – eine, die ich mir so erziehen kann, wie ich sie haben will.“³⁷

Doch zu Beginn seiner Karriere kreisten Clays Gedanken einzig um den Sport. Nach dem Gewinn der Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Rom 1960 wechselte Clay ins Profilager. Dabei war ihm eine Louisviller Sponsorengruppe behilflich, ein Zusammenschluss von elf weißen Millionären und Erben traditionsreicher Familien aus Clays Heimatstadt. Die außergewöhnlich betuchte Gruppe stattete Clay mit einem Sechs-Jahres-Vertrag aus, der den 18-jährigen Boxer finanziell absicherte und für die nächsten Jahre professionelle Trainingsbedingungen garantierte. Ihre Motive dahinter waren vielfältig: Einige von ihnen verstanden sich durchaus als Investoren, die mit ihrer Anlage auf langfristigen Profit hofften. Manche engagierten sich, um ein lokales Talent zu fördern und der Heimatstadt damit zu Reputation zu verhelfen. Andere beteiligten sich hingegen aus Verbundenheit zum Boxsport. Für alle jedoch war das Sponsoring eher ein risikoloses Vergnügen; ihre Anteile brachten sie jeweils spielend auf.³⁸ Und Clay profitierte von diesem Konstrukt. Denn Sportförderung dieser Art – heute selbstverständlich – war damals rar, begann sich gerade erst im Zuge wachsender Wirtschaftlichkeit sportlicher Großveranstaltungen zu entwickeln. Schwarze Schwergewichtsboxer hatten sich bis dato mit eher zwielichtigen, teils mafiösen Strukturen über Wasser zu halten versucht. Clay indes genoss früh dank der Sponsorengruppe eine damals seltene Unabhängigkeit im Boxsport. Sein Lebensmittelpunkt wurde von nun an Miami, vor allem das „Fifth Street Gym“, in dem er trainierte. In der Großstadt Floridas bekam er deutlicher als im gemäßigeren Kentucky Rassentrennung, schwarze Bürgerrechtsdemonstrationen und sogenannte Rassenunruhen zu spüren.³⁹ Hier auch besuchte Clay 1961 die örtliche Moschee, wo er sich das erste Mal in seinem Leben „wirklich spirituell gefühlt“⁴⁰ habe und in Kontakt mit separatistischen Bürgerrechtsstimmen kam.⁴¹

37 Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 195. Dass er Sonji einmal im Streit geschlagen hatte, bedauerte er dreißig Jahre später; vgl. Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 387.

38 Dazu vgl. Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 181 ff.; vgl. Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 31 ff.

39 Dazu umfassend Dunn, Marvin: *Black Miami in the Twentieth Century*, Gainesville 1997, S. 171-223.

40 Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 104.

41 Vgl. Kemper 2010 (s. Anm. 18), S. 27.

„ICH WEISS, WOHN ICH WILL, UND ICH KENNE DIE WAHRHEIT“ – CLAYS RELIGIÖSES BEKENNTNIS UND POLITISCHE BOTSCHAFT

26. und 27. Februar 1964, jeweils vormittags. Kaum zwölf Stunden nachdem er Liston besiegt hatte, gab Cassius Clay eine Pressekonferenz. Er redete gerade über den Kampf vom Vortag, darüber, dass er es ja schon immer gesagt habe, dass er der Größte sei und er Liston jeder Zeit wieder besiegen würde, als ihn ein Reporter auf seine Nähe zur *Nation of Islam* ansprach. Ob Clay Mitglied sei, fragte dieser. Seit Wochen war über eine Verbindung Clays zu dieser Organisation spekuliert worden, ohne dass der Boxer sich eindeutig äußerte. Am Tag nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft holte er das nun nach: „Ich glaube an Allah und den Frieden“, setzte Clay an, „Ich sehe zu, dass ich nicht in weiße Viertel ziehe. Ich will keine weiße Frau heiraten. Man hat mich getauft, als ich zwölf Jahre alt war, aber damals wusste ich nicht, was ich tat. Ich bin kein Christ mehr. Ich weiß, wo ich hin will, und ich kenne die Wahrheit, und ich muss nicht der sein, den Ihr gerne haben wollt. Ich habe die Freiheit, der zu sein, der ich sein will.“⁴² Noch deutlicher wurde er am Folgetag. Während einer zweiten Pressekonferenz sagte er:

„Black Muslims ist ein Begriff der Presse. Das ist kein eingetragener Name. Der wirkliche Name ist Islam. Das bedeutet Frieden. [...] Ich bin kein Christ. Ich kann keiner sein, wenn ich sehe, wie die ganzen für gesetzliche Integration kämpfenden Leute in die Luft gesprengt werden. Sie werden mit Steinen beworfen und von Hunden gebissen, und man jagt eine Kirche der Farbigen hoch und kann die Mörder nicht fassen. Ich kriege jeden Tag Telefonanrufe. Die wollen, dass ich Abzeichen trage. Die wollen, dass ich bei Mahnwachen mitmache. Die erzählen mir, dass es eine wunderbare Sache wäre. Ich will aber nicht in die Luft gesprengt werden. Ich will nicht in die Kanalisation gespült werden. Ich will einfach nur mit denen glücklich werden, die wie ich sind. Ich bin zwar Weltmeister im Schwergewicht, aber immer noch gibt es Viertel, in die ich nicht ziehen kann. Ich weiß, wie ich Sprengfallen und Hunde umgehe. Ich umgehe sie, indem ich in meinem eigenen Viertel bleibe. Ich bin kein Aufrührer. Ich glaube nicht an gesetzliche Integration. Ich weiß, wo ich hingehöre. Ich werde nicht gewaltsam in das Haus von irgendwem gehen. Ich mache bei der Bewegung für gesetzliche Integration nicht mit, weil sie nicht funktioniert. Ein Mann muss wissen, wo er hingehört. [...] Ich bin ein guter Junge. Ich habe nie etwas Unerlaubtes getan. Ich bin nie im Knast gewesen. Ich habe nie vor Gericht gestanden. Ich beteilige mich nicht an irgendwelchen Integrationsmärschen. Ich beachte die gan-

42 Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 94.

zen weißen Frauen nicht, die mich anstrahlen. [...] Ein Hahn kräht nur dann, wenn er das Licht sieht. Setze ihn ins Dunkle und er wird niemals krähen. Ich habe das Licht gesehen und ich krähe.“⁴³

Es war Clays Offenbarung. Ein religiöses Bekenntnis, eine Verkündung und eine politische Botschaft zugleich. Sein Eintritt in die Nation of Islam kann aus heutiger Perspektive nur unterschätzt werden. In den frühen 1960er Jahren gehörten ihr geistiger Führer Elijah Muhammad und ihr wichtigster Sprecher Malcolm X zu den wahrscheinlich meist gehassten Männern der USA, gefürchtet und verachtet von der weißen Mehrheitsgesellschaft und weiten Teilen der pazifistischen schwarzen Bürgerrechtsbewegung. Die Reaktionen auf Clays Pressekonferenzen an den beiden Tagen nach dem Gewinn des WM-Titels fielen daher gespalten aus. Clays Glaubensübertritt stieß zum einen auf massive Ablehnung. Ein Großteil der Sportpresse nahm eine „verächtliche Haltung“⁴⁴ ein und auch Vertreter der Boxverbände kritisierten Clay harsch. Clay habe die Boxbranche in ein „Instrument des Hasses“ verwandelt und benutze sie als „einer von Elijah Muhammads Missionaren als eine Waffe des Bösen beim Angriff auf die Seele“⁴⁵. Der Präsident des Weltboxverbandes WBA, Ed Lassman, meinte, die ganze Nation sei erbittert über einen Champion, den sie nicht „als Beispiel für die Jugend der Welt“ anführen könne.⁴⁶ Und WBA-*Commissioner* Abe Greene machte deutlich: „Man sollte Clay die Chance geben zu entscheiden, ob er ein religiöser Eiferer sein will oder der Champion im Schwergewicht.“⁴⁷ Doch fanden sich auch positive Kommentare. So wurde Clays Mut gelobt, an die Öffentlichkeit zu gehen, sowie zur Gelassenheit gemahnt: „Ich glaube nicht, dass Schwarze massenhaft zu den Black Muslims überlaufen werden.“⁴⁸

Clay fühlte sich der Nation of Islam bereits seit Längerem verbunden. Nach seiner Rückkehr von den Olympischen Spielen in Rom durchlebte er eine kurze Phase der religiösen-politischen Orientierung, besuchte Veranstaltungen unterschiedlicher Bürgerrechtsorganisationen, begegnete 1961 Sam Saxon, einem Aktivist der Nation of Islam, der ihn zu Veranstaltungen der Gruppe mitnahm. Von der Nation of Islam hatte er bereits 1959 gehört, las seither regelmäßig de-

43 Zitiert nach Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 94 f.

44 Ebd., S. 95.

45 Cannon, Jimmy: New York Journal American, zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 48.

46 Vgl. Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 220.

47 Zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 53.

48 Jackie Robinson, in: Chicago Defender, zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 48.

ren Zentralorgan *Muhammad Speaks*.⁴⁹ Doch aus Angst, wegen seiner Nähe zur Nation of Islam keine Kämpfe mehr zu bekommen, behielt er seine politisch-religiöse Zuneigung für sich – schlich durch Hintertüren zu Treffen der Bewegung, sodass erst im September 1963 über eine mögliche Verbindung berichtet wurde. Die *Philadelphia Daily News* notierte, Clay habe eine Versammlung der Organisation besucht, um Elijah Muhammad zu hören. Anfang Februar 1964 sprach Clay dann im *Louisville Courier-Journal* erstmals offen über seine Sympathien, die längst als Gerüchte die Runde machten – die Nation of Islam weise ihm den Weg und deren „Sendbote“, der Ehrenwerte Elijah Muhammad, führe ihn.

Die Prediger dieser Bewegung verlangten kompromisslose Opposition. Die Ideologie ihrer Organisation fußte dabei vor allem auf einer Melange christlicher und muslimischer Überzeugungen sowie Science-Fiction-Utopien und schwarzen Emanzipationsideen nach Marcus Gravey, einem radikalen Panafrikanisten. Ihr zufolge entstand vor 76 Trillionen Jahren der schwarze Ur-Mann, Allah. Dieser habe das Universum und das schwarze Ur-Volk „Shabazz“ geschaffen. Hellhäutige Menschen habe es hingegen nicht gegeben. Erst der Wissenschaftler Dr. Yacub habe auf der Insel Patmos, wohin er wegen seiner ketzerischen Forschung verbannt worden sei, durch Kreuzungen von Genen den „weißen Teufel“ gezüchtet. Diese Rasse, ausgestattet „mit blassen Haaren und blauen Augen“, „dünnem Blut und schwachen Knochen“ sowie einem Gehirn, „das nur 170 Gramm wog“⁵⁰, habe sich zunächst in Europa, dann in Amerika ausgebreitet, dort brutal die Herrschaft übernommen und die schwarzen Menschen versklavt. Seither würden die Unterdrückten auf Erlösung warten. Ein gigantisches Raumschiff werde sich eines Tages am Himmel zeigen, so die Lehre, und Flugblätter abwerfen, auf denen allen gottesfürchtigen Schwarzen ein sicherer Ort mitgeteilt würde, ehe kurz darauf 1500 Flugzeuge aus dem Bauch des Raumschiffes fliegen und das Land in Schutt und Asche bombardieren würden. Die Welt werde lange brennen. Erst tausend Jahre nach dem Angriff werde der schwarze Mann damit beginnen, aus den Ruinen der alten Zivilisation eine neue, bessere aufzubauen.⁵¹

Aus diesem Stoff leitete die Nation of Islam ihre wesentlichen Überzeugungen und Forderungen ab: die Befürwortung einer strikten Rassentrennung und die Ablehnung jedweder Bemühungen um Integration in die bestehende US-amerikanische Gesellschaft. Der separatistische Weg habe militant zu erfolgen – im Gegensatz zur pazifistischen Bürgerrechtsbewegung. Jegliche Niederschla-

49 Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 50.

50 Remnick 2009 (s. Anm. 1), S. 216.

51 Vgl. ebd., S. 216 f.

gung friedlicher schwarzer Bürgerrechtsproteste galt der Nation of Islam als Beleg für die Untauglichkeit dieser Demonstrationsmittel, für den unkündbaren Rassismus der Weißen und für die Richtigkeit der eigenen separatistischen Auffassung – im Übrigen in Übereinstimmung mit anderen rassistischen Zusammenhängen. So trafen sich beispielsweise Vertreter der Nation of Islam mit Anhängern des *Ku-Klux-Klans*.⁵² Das FBI deckte auf, dass die Nation of Islam gar von der weißen Rassistenorganisation finanziell unterstützt wurde. Und als im März 1964 Clays religiöse Konversion im US-Kongress zur Sprache kam, forderte der Senator Richard Russell, ein erklärter Förderer des Ku-Klux-Klans, auch in diesem Fall die Religionsfreiheit Clays zu respektieren.⁵³ Segregation statt Integration – in dieser Frage war man sich einig.

Clay wandte sich also von dem weißen politischen, sozialen und ökonomischen Establishment ab, das ihn miterschaffen hatte.⁵⁴ Als Boxer hatte man unpolitisch zu sein und insbesondere Clay traute man nicht zu, über afroamerikanische Emanzipationsstrategien zu reflektieren – tatsächlich erschien er über Einzelheiten der politisch-religiösen Ausrichtung der Nation of Islam weitgehend uninformiert –; doch wirkten auf ihn ihre Position der Stärke, ihr Selbstbewusstsein, ihre Aufrufe zur Auseinandersetzung. Er umgab sich fortan öffentlich mit Mitgliedern der Nation of Islam, überließ ihnen Teile seines Managements, Elijah Mohammad wurde zu dem von ihm verehrten Führer, dem er quasi bedingungslos folgte. Seinen Einstieg und sein Bekenntnis zur Organisation erkannte und förderte jedoch der damals zweitwichtigste Kopf der Organisation: Malcom X. Beide lernten sich 1963 kennen und hielten von da an Kontakt. Wie kein anderer sah Malcom X „Clay’s symbolic power more clearly than anyone else at that time“⁵⁵, ging auf ihn zu, versuchte, ihn für die Nation of Islam zu gewinnen, weil er Vorteile für die Bewegung vermutete, anfänglich vor allem aber auch, weil er, der 22 Jahre Ältere, ihn, den talentierten Jungboxer, schlichtweg mochte. So entwickelte sich Malcom X in kurzer Zeit und für kurze Zeit zu einem wichtigen Souffleur und Vertrauensmann Clays. Vor dem Kampf gegen Liston verbrachten sie einige Tage gemeinsam in Miami.⁵⁶ Clay hatte Malcom eingeladen, dieser brachte seine Familie mit nach Florida. Oft aßen sie gemeinsam, beteten zusammen und immer wieder bekräftigte Malcom Clay in dessen Überzeugung,

52 In Anwesenheit von Malcom X soll es zu einer Zusammenkunft u.a. im Januar 1961 in Atlanta gekommen sein. Dazu vgl. Marqusee 1999 (s. Anm. 21), S. 60.

53 Vgl. Kemper 2010 (s. Anm. 18), S. 38.

54 Vgl. Oates 2006 (s. Anm. 20), S. 219.

55 Marqusee 1999 (s. Anm. 21), S. 78.

56 Aus der Sicht von Malcom X vgl. Haley, Alex (Hg.): Der schwarze Tribun. Malcom X – eine Autobiographie, Frankfurt a.M. 1966, S. 311 ff.

Allah an seiner Seite zu haben. Doch durfte Malcom nur als Privatperson zum Kampf reisen, nicht als offizieller Vertreter der Nation of Islam. Denn in der Organisation ging die Sorge um, mit einer offenen Unterstützung des jungen Herausforderers könne man sich blamieren. Und die Veranstalter drohten gar mit einer Absage des Kampfes für den Fall, dass Malcom X – auch in den Augen der Boxveranstalter ein radikaler Aufrührer – in Miami an der Seite Clays bliebe. Erst am Abend des Kampfes reiste er wieder an, war bei Clay in der Kabine, verfolgte den Triumph vom Platz Nummer sieben aus. Nach dem Kampf verbrachte Clay den Abend gemeinsam mit Malcom X auf dessen Hotelzimmer, aß Eis, trank Milch, plauderte mit Reportern, hielt ein kurzes Schläfchen und ging anschließend heim. „Eine so stille Siegesfeier hat es wohl noch nie für einen Weltmeister gegeben“⁵⁷, notiert Malcom X in seiner Autobiografie.

Doch ihr Verhältnis kippte rasch. Am 6. März 1964 erklärte Elijah Muhammad in einer Rundfunkrede, dem Namen Cassius Clay mangle es an göttlicher Bedeutung; er sei nichts weiter als ein Sklavename. Von nun an sei Clays wahrer Name Muhammad Ali. Clay hatte bereits zuvor mit Cassius X, seinem islamischen Übergangsnamen, unterzeichnet. Das X galt für die Aktivisten als Symbol für die verlorene afrikanische Herkunft. Nun wurde ihm binnen kurzer Zeit die Ehre eines eigenen islamischen Namens zuteil. Obwohl er in der Vergangenheit stets davon geschwärmt hatte, einen wundervollen Namen, der nach Kolosseum und römischen Gladiatoren klinge, zu besitzen, fühlte er sich außerordentlich geehrt.⁵⁸ Sein väterlicher Freund Malcom X indes, der seit Jahren auf dieselbe Ehrung wartete, fühlte sich übergangen. Zu einem Bruch zwischen den beiden kam es ein Jahr später, als Elijah Muhammad Malcom X aufgrund eines angeblich missverständlichen Interviews das Vertrauen entzog. Malcom X bat über Monate um seine Wiederaufnahme und bei seinem Freund Muhammad Ali um Hilfe. Doch Ali versagte ihm diese, erklärte die Freundschaft für beendet, schlug sich auf die Seite des Leiters der Nation of Islam. Am 21. Februar 1965 wurde Malcolm von einem Mitglied der Nation of Islam während eines Vortrages erschossen. Seiner Beerdigung blieb Ali fern.

An Alis Einstellungen änderte Malcoms Tod freilich nichts. Integration sei falsch. Auch die Weißen würden keine Integration wollen. Er glaube nicht, sie erzwingen zu müssen. „So what’s wrong with the Muslims?“⁵⁹, fragte Ali. „Alles, was gesunde Vernunft besitzt, will mit seinesgleichen zusammen sein“, sagte Ali noch 1972, „Drosseln mit Drosseln, Dompfaffen mit Dompfaffen, Tauben

57 Haley (Hg.) 1966 (s. Anm. 56), S. 315.

58 Vgl. Marqusee 1999 (s. Anm. 21), S. 47.

59 Zitiert nach Bingham, Howard L./Wallace, Max: Muhammad Ali’s greatest fight. Cassius Clay vs. The United States of America, London 2001, S. 66.

mit Tauben, Adler mit Adlern, Tiger mit Tigern, Affen mit Affen. So klein das Gehirn der Ameise ist: rote Ameisen wollen mit roten Ameisen zusammen sein und schwarze mit schwarzen.“⁶⁰ Für Äußerungen dieser Art, die er vielfach tätigte, bezeichnete ihn Martin Luther King als „einen Champion der Rassentrennung“⁶¹. Noch etliche Jahre später verzichteten US-Zeitungen demonstrativ darauf, ihn bei seinem islamischen Namen zu nennen. Zusammengefasst: Die „perfekte Ausgangslage für eine Liebesbeziehung mit dem amerikanischen Volk“⁶², über die Clay noch 1960 zu verfügen schien, hatte sich jedenfalls erledigt.

DREI JAHRE BOXVERBOT – VOM VERACHTETEN RASSISTEN ZUR IKONE DER FRIEDENSBEWEGUNG

Zwei Ereignisse sorgten (noch vor dem Jahr 1968) für bedeutende Veränderungen bei Ali selbst und für seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Zum einen gewann er während einer mehrmonatigen Afrika-Reise im Mai 1964 den Eindruck, dass er auch außerhalb der Vereinigten Staaten stark positiv wahrgenommen, ja für sein Boxen *und* seine Ansichten geliebt werde. Während des Aufenthalts im „wahren Heimatland aller Schwarzer“ traf er den ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumah sowie den ägyptischen Revolutionsführer Gamal Abd el-Nasser. Vor allem aber die überwältigende Zustimmung und Begeisterung der afrikanischen Bevölkerung ihm gegenüber ließen in Ali die latent vorhandene Gewissheit weiter wachsen, in der Lage zu sein, Massen bewegen zu können. Zum anderen wurde er ab 1967 mit dem Satz: „I ain’t got no quarrel with those vietcong“, und der anschließenden Verweigerung des Wehrdienstes zur Ikone der rapide größer werdenden Zahl friedensbewegter Amerikaner.

Dabei war er eigentlich bereits 1964 für untauglich für den Dienst in den bewaffneten Streitkräften befunden worden („I am the Greatest, not the smartest.“). Doch im Februar 1966 wurde Ali nach einer Erleichterung der Testbedingungen neu eingestuft, der Befund revidiert. Aber er war überzeugt, dass als Muslim eine Beteiligung an einem in seinen Augen christlichen Krieg abzulehnen sei.⁶³ Ali begründete: „Wir führen keine Kriege, es sei denn, Allah selbst hätte den Krieg erklärt.“⁶⁴ Die Zeitungen ätzten gegen ihn, nannten ihn einen „traurigen Ab-

60 Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 218.

61 Zitiert nach ebd., S. 240.

62 Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 29.

63 Vgl. Monteih, Sharon: American Culture in the 1960s, Edinburgh 2008, S. 48.

64 Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 223.

klatsch von einem Mann“, „einen egoistischen, verwöhnten Bengel“, „den übelsten Burschen, den es in der Boxwelt je gegeben hat“, den „widerlichsten Charakter, der seit Menschengedenken auf der Bühne des Sports erschienen ist“, den „Schnorrer des Monats, Schnorrer des Jahres und den größten Schnorrer aller Zeiten“⁶⁵. „Ali gibt ein ebenso übles Bild ab wie all jene ungewaschenen Strolche, die gegen den Krieg demonstrieren“⁶⁶, wettete die *Sports Illustrated*. Der Gouverneur von Maine sagte, Ali würde „von jedem vaterlandsliebenden Amerikaner auf das tiefste verachtet“, und der konservative Journalist William F. Buckley drückte die Hoffnung aus, dass es „jemandem gelingen wird, Clay ein wenig Vernunft in den Schädel zu dreschen, bevor er dem Sport und dem Land bleibenden Schaden zugefügt hat, das ihm, so sehr er es auch verachtet, die Gelegenheit gibt, es von einem Thron herab zu hassen“⁶⁷.

Als Ali vor die Sportkommission des US-Bundesstaates Illinois zitiert wurde, um seine „unpatriotische“ Äußerung zu erklären, entschuldigte er sich lediglich dafür, dass er seine Bemerkungen vor der Presse getätigt habe und nicht direkt vor der Musterungskommission, und machte klar: Einen Kompromiss einzugehen, sei er keinesfalls bereit. Die *Louisville Sponsoring Group* ließ nichts unversucht, Ali in der Auseinandersetzung mit der Einberufungsbehörde Brücken zu bauen. Reservedienst, Sanitätsdienst, Pro-forma-Eintritt in die Nationalgarde, Tingeltouren als Truppenbetreuer: alle denk- und machbaren Kompromisse, um der Eskalation aus dem Weg zu gehen, dem Verlust von Titel, Geld und Karriere. Doch Ali hielt an seiner Position fest: „Allah stellt mich auf die Probe. [...] Ich werde an dieser Herausforderung wachsen“, sagte er, „Alles, was ich verlange, ist Gerechtigkeit.“⁶⁸

Ali konnte noch in drei weiteren Kämpfen seinen Titel verteidigen, ehe er im Mai 1967 unter Anklage gestellt wurde und die zuständigen Sportverbände ihm – ohne auf den Ausgang des Verfahrens zu warten – sofort die Box-Genehmigung entzogen. Drei Jahre hatte das Verbot Bestand. Dass Ali rehabilitiert wurde, hing zum einen vor allem damit zusammen, dass die Opposition gegen den Vietnamkrieg beständig zunahm – zu viele tote GIs, zu umfassend die Proteste daheim. Die heterogenen Gruppen von Friedensaktivisten hatten in Ali ein Symbol der Bewegung ausgemacht, hinter dem man sich versammeln konnte. Ihr gemeinsames Ziel – Raus aus Vietnam! – einte das Spektrum in seiner Empörung. Während seines Boxverbotes hielt Ali gutbesuchte Vorträge an Universitäten.

65 Zitiert nach Hauser 2011 (s. Anm. 11), S. 171 f. sowie Kemper 2010 (s. Anm. 18), S. 44 f.

66 Zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 70.

67 Zitiert nach Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 223.

68 Zitiert nach Krämer/Heering 2010 (s. Anm. 6), S. 70.

Den Kommilitonen präsentierte er einen Mix aus Predigt, Pop und Agitprop. Dafür durchforstete er den Koran und die Bibel nach zitierbaren Textstellen, las die Tagespresse und hielt wesentliche Einsichten auf Karteikarten fest. Für einen Mann mit einer ausgeprägten Lese- und Rechtschreibschwäche war dies harte Arbeit. Doch seine unterhaltsamen Auftritte kamen bei den Zuhörern an. Ali sprach in etwa neunzig *Colleges*, darunter Harvard, das MIT, Princeton, Purdue, Yale und Columbia. „Auf jedem Campus, in jeder Straße kommen sie mir nachgelaufen, als wäre ich der Rattenfänger von Hameln“⁶⁹, berichtete er. Seine Thesen zur Rassentrennung wurden indes ebenso wie seine zahlreichen Beteuerungen der Notwendigkeit der bedingungslosen Unterwerfung unter den Willen Allahs überhört. Die Studenten sahen in ihm vor allem den Kriegsgegner.

Doch auch finanzielle Verluste auf Seiten der Boxveranstalter sorgten zum anderen dafür, dass Alis Rückkehr ins Geschäft begrüßt, letztlich auch vorangerieben wurde. Die Einnahmen aus den Ticketverkäufen, der Vermarktung der Kämpfe sowie der Vergabe von Rundfunkrechten und Werbeflächen hatten sich allein 1964 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.⁷⁰ Erst durch seine Abwesenheit wurde den Promotern, Verbandsoffiziellen und Boxveranstaltern klar, wie viel Geld sich mit Ali verdienen ließ. Man wollte ihn wieder im Ring sehen.

„I SHOOK UP THE WORLD“ – UND WAS DAVON BLIEB

24. Februar 1964, circa 22.45 Uhr. Sonny Liston blieb nach der siebten Runde auf seinem Hocker in der Ringecke sitzen. Er war nicht mehr in der Lage aufzustehen. Zu viele Schläge hatte er einstecken müssen, zu oft hatte er selbst ins Leere geschlagen. Der Ringrichter beendete den Kampf, der neue Weltmeister hieß Cassius Clay. Dieser riss die Arme in die Luft, tänzelte erst, dann tobte er durch den Ring und schrie: „I am the king of the world.“ In Richtung der Journalisten rief er: „Eat your words.“ Den Zuschauern warf er entgegen: „I am the greatest.“ Und: „I shook the world.“

Tatsächlich hatte Clay 1964 als Boxer seinen Sport verändert und in der Folge als Muhammad Ali die Welt bewegt. Wobei einer der größten frühen Erfolge Clays/Alis – trotz vieler eigener Verfehlungen und obskurer Ansichten – darin bestanden haben dürfte, eine „gefährliche Verschiebung im Selbstgefühl des

69 Ali, Muhammad/Durham, Richard: Der Größte. Meine Geschichte, München 1976, S. 278.

70 Vgl. Fuller 1976 (s. Anm. 3), S. 224 f.

weißen Mannes“⁷¹ ausgelöst zu haben, wie der Schriftsteller und *Black-Panther*-Aktivist Eldridge Cleaver bereits 1967 schrieb. Ein überzeugter schwarzer Rassist als Schwergewichtsweltmeister im US-amerikanischen Nationalsport der Weißen, dem Boxen – schon immer „das tragische Theater Amerikas“⁷² (Joyce Carol Oates) –, rüttelte am kollektiven Selbstverständnis einer in Klassen separierten Gesellschaft. Das, wodurch man sich selbst definierte, besaß plötzlich keine erkennbare Identität mehr oder – wie es Cleaver mit Blick auf die Weißen formulierte –: „Wenn dieser schwarze Affe ein Mensch ist, so fragt er sich, was bin dann ich?“⁷³

71 Cleaver, Eldridge: *Seele auf Eis*, München 1969, S. 106.

72 Oates 2006 (s. Anm. 20), S. 114.

73 Cleaver 1969 (s. Anm. 71), S. 106.

Von Atombomben und Kommunisten

Heinar Kipphardt und das Dokumentarische Theater
der 1960er Jahre

FELIX BUTZLAFF

Drei Stunden hatte die lang erwartete Uraufführung gedauert. Immer wieder war der Theaterabend an der Freien Volksbühne Berlin am 11. Oktober 1964 von Beifall unterbrochen worden, in den sich rasch auch Bravo-Rufe gemischt hatten. Am Ende war das Publikum begeistert – donnernder Applaus und bebender Theaterboden. Bis zum Sommer 1965 spielte das Ensemble das Stück „In der Sache J. Robert Oppenheimer“ 68-mal und allein in der Theatersaison 1964/65 übernahmen es 25 Bühnen im deutschsprachigen Raum. Schon im Januar 1964 war das Theaterstück von Heinar Kipphardt als Fernsehspiel beim *Hessischen Rundfunk* uraufgeführt worden und der Autor erhielt im Laufe des Jahres mehrere Preise für sein Werk.¹ Presse und Zuschauer jedenfalls waren sich einig, hier Theater im besten Sinne als provozierende, aber zutreffende Zeitdiagnose gesehen zu haben.

Für seinen Autoren Kipphardt jedenfalls wurde das Stück ein glänzender Erfolg: Die *Suhrkamp*-Ausgabe des Dramas erlebte bis 2012 vierzig Auflagen, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und weltweit aufgeführt.² Kipphardt und das moderne deutsche Theater wurden – für kurze Zeit – weltberühmt.³ Rolf

1 Heinar Kipphardt wurde für sein Stück 1964 mit dem „Gerhart-Hauptmann-“ sowie mit dem „Adolf-Grimme-Preis“ und dem „Fernsehpreis der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste“ ausgezeichnet.

2 Vgl. Hanuschek, Sven: Heinar Kipphardt, Hannover 2012, S. 45-46.

3 Vgl. Buddecke, Wolfgang/Fuhrmann, Helmut: Das deutschsprachige Drama seit 1945. Schweiz, Bundesrepublik, Österreich, DDR, München 1981, S. 89.

Hochhuth, Peter Weiss und eben Heinar Kipphardt galten Mitte der 1960er Jahre international als Aushängeschilder des westdeutschen Dramenspiels. Pointiert gelang ihnen, eine aufkeimende gesellschaftliche Unruhe zu bündeln und mit neuen Ausdrucksformen des Theaters zu verbinden, über die Form des Theaterstücks grundlegende, jedoch ungelöste gesellschaftliche Fragen in die Öffentlichkeit einzuspeisen und damit auch zu Katalysatoren einer diskursiven Gemengelage zu werden, die sich zunehmend den verdrängten Stolpersteinen widmete. Ihr „Dokumentarisches Theater“ ließ aufhorchen.

„Dokumentarisch“ war dabei ihr Anspruch an die Stücke, mit denen sie bekannt und berühmt wurden – Hochhuths „Der Stellvertreter“ 1963, Kipphardts „In der Sache J. Robert Oppenheimer“ 1964 sowie Peter Weiss’ „Die Ermittlung“ 1965 montierten historisches Quellenmaterial und hielten sich mehr oder weniger eng an historisch verbürgte Handlungen und Ereignisse.⁴ Mit ihren Realitätsbezügen nahmen sie Abstand von einer Kunst, die mittels wolkiger Metaphern und in vorzeitliche Kostüme gekleidet mit verwinkelten Anspielungen eine kritische Gesellschaftsdiagnose ins Auge fasste; sie hingegen wollten vielmehr direkt und ungeschminkt ihre Kritik an einer in den Endjahren der Ära Adenauer erstarrten bundesdeutschen Gesellschaft in die Theatersäle hineinjagen.

Gerade Heinar Kipphardt war ein Schriftsteller und Theaterdramaturg, der dieses Ringen mit der westdeutschen Gesellschaft verkörperte und wie kaum ein anderer für die junge, zeitgenössische Dramatikergeneration Mitte der 1960er Jahre stand. Geboren 1922 im ländlichen Schlesien hatte er den Russlandfeldzug als junger Gefreiter überlebt und sich immer wieder in die Literatur geflüchtet, in der er kleine Schutzzräume fand. Sein Vater eckte bei den nationalsozialistischen Autoritäten regelmäßig an, verbrachte Jahre in Haft, unter anderem im Konzentrationslager Buchenwald. Heinar Kipphardt galt schon als kleines Kind als eigensinniger Raufbold, mit dem sich die Gleichaltrigen des Dorfes auf Geheiß ihrer besorgten Eltern nicht einlassen sollten. Über einen als „Roten“ verschrienem Pferdeknecht kam er mit sozialistischen Mythen und Erzählungen in Kontakt – ein Faden, den er über sein Interesse an philosophischer Literatur später wieder aufgriff. Gerade die Philosophie faszinierte ihn als eingehende Beschäftigung mit der menschlichen Seele, sodass er sich am Ende seines Medizinstudiums für die Richtung Psychiatrie entschied. Abends und nachts aber las und schrieb er.

Befragt nach seinen Erfahrungen an der Ostfront gab er später zu Protokoll, dass ihn tief beeindruckt habe, mit welcher Überzeugung und Inbrunst die sow-

4 Zu den „neuen“ dramaturgischen Methoden vgl. Buddecke/Fuhrmann 1981 (s. Anm. 3), S. 89 ff. sowie Ismayr, Wolfgang: Das politische Theater in Westdeutschland, Königstein 1985, S. 131-144.

jetischen Soldaten in den Kampf gezogen seien: Dass „auf der Gegenseite Menschen sogar in aussichtsloser Position für eine Sache kämpften, die sie liebten. Da waren Menschen, die sich meiner skeptizistischen Betrachtungsweise entzogen.“⁵ Dies mag im Nachhinein pathetisch oder romantisierend klingen, aber bei einem sich selbst als Zyniker beschreibenden, Literatur liebenden jungen Mann im Krieg – der Vater eingekerkert und gefoltert vom eigenen Staat, für den der Junge aber sein Leben in die Schlacht werfen musste – ist ein solches Erstaunen vielleicht glaubwürdig.

Auch der Sozialismus als Gesellschaftsutopie beschäftigte ihn weiterhin; und nach dem Abschluss seines Studiums und der Facharztausbildung in der Psychiatrie in Krefeld und Düsseldorf hatte Kipphardt von der westdeutschen Gesellschaft und auch von der neuen Nachkriegsliteratur genug: „Seltsam, es gab keinen Nazi, niemand hatte das mindeste gewußt. Ich schämte mich der Landsleute, die ohrenbetäubend lamentierten, dass es ihnen dreckig ging. Die weinerliche Literatur, die sentimentalisch den Krieg, die göttliche Weltordnung und die Alliierten anklagte, war mir ebenso unangenehm.“⁶

VOM KRANKENHAUS AN DEN SCHREIBTISCH

1949 übersiedelte er, verheiratet und Vater einer Tochter, nach Ostberlin und trat dort eine Stelle an der *Charité* an. Hier hoffte er, am Aufbau einer besseren Gesellschaft teilhaben zu können, mitzutun. Die Arbeit an und mit Patienten allerdings war ihm schnell ermüdend geworden – was ihn an der Psychiatrie indessen faszinierte, waren die Erkenntnis, das Philosophische, die großen Grundfragen, nicht hingegen der mitunter anstrengende, auch von Rückschlägen geplagte, routinierte Umgang mit kranken Patienten. Das Schreiben in den Abendstunden wurde ihm daher immer wichtiger und ernster, und bereits 1950 wechselte Kipphardt von der Abteilung für Nervenheilkunde der Charité ans *Deutsche Theater*. Vermittelt über einen Bekannten seines Vaters fand er dort eine Stelle, zunächst zuständig für die Theater-Zeitschrift, bald auch als Dramaturg.

28 Jahre alt, meinte er, hier seine Aufgabe gefunden zu haben. Mit viel Energie und Entschlossenheit warf er sich in die Arbeit, wie damals wohl so viele junge Kriegsüberlebende, auch getrieben von dem Gefühl, die verpasste und ver-

5 Kipphardt, Heinar: *Schreibt die Wahrheit. Essays, Briefe, Entwürfe*, Band 1: 1949-1964, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 12.

6 Ebd., S. 13.

lorene Zeit irgendwie nachholen zu müssen.⁷ Mit seinen Vorstellungen von Kultur, Literatur, Theater und ihrer Rolle in der und für die Gesellschaft kam Kipphardt jedoch schnell den etablierten Kulturautoritäten ins Gehege. Er fühlte sich eingeengt, das Erschaffen einer besseren Gesellschaft bestand für ihn nicht in der politischen Agitation innerhalb bestehender Strukturen, sondern in der Reflexion, im Fragenstellen, im Unbequemen.

Als eine Art Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Theater, als Dramaturg und Arzt wurde ihm der Themenraum zwischen moralischer Verpflichtung und wissenschaftlicher Einsicht zu einem fortwährend drängenden Anliegen. Schon in einer seiner ersten Inszenierungen am Deutschen Theater, im Jahr 1952 das Stück „Entscheidungen“ zur deutsch-sowjetischen Freundschaft, griff er diese Sujets auf. Pflichterfüllung, Moral, Loyalität, Gehorsam – dies waren in den 1950er und 1960er Jahren Kipphardts Schlüsselkategorien, die für ihn auf der Suche nach dem „neuen Grad an Authentizität in (der) Literatur“⁸ und seiner Analyse der deutschen Gesellschaft zentral wurden. Und so trieb ihn auch seit dem Ende der 1950er Jahre eine Geschichte um, von der er sich eine neue Form der Dr.-Faustus-Erzählung versprach: das Tribunal über J. Robert Oppenheimer, den amerikanischen „Vater der Atombombe“, der in der Ära des McCarthyismus in den USA unter den Verdacht der Illoyalität und des Gedankenverrats gefallen war und über dessen Vertrauenswürdigkeit und sicherheitsrechtliche Bedenken 1954 eine Expertenkommission in langen Anhörungen zu entscheiden hatte.

1958 und noch in der DDR begann Kipphardt, aus den Protokollen der Kommissionssitzungen, Anklagen, Zeugenbefragungen, Verhandlungen und Plädoyers eine Geschichte und ein Stück zu kondensieren. Das Spezialthema Oppenheimer trug etliche von Kipphardts Kernthemen in sich und spielte auf viele gesellschaftlich ungelöste Konflikte in der Nachkriegszeit an, auf die sich Bezug nehmen ließ: Da war zunächst die Frage nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Ethik, die nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki und im nun sich aufschaukelnden Kalten Krieg immer heftiger ins Bild drängte. Trugen etwa Atomphysiker eine Mitverantwortung für die Verwendung der von ihnen gemachten Entdeckungen und Erfindungen? Hatte ihre Loyalität der sie unterhaltenden und ausstattenden nationalen Regierung zu gelten oder waren sie als Wissenschaftler der übergeordneten menschlichen Gattung, der Humanität, verpflichtet? Diese Fragen wurden gerade für Physiker umso wichtiger, als mit dem Zerstörungspotenzial immer neuer Waffen im Rüstungswettlauf bereits nach kurzer Zeit die theoretische und praktische Möglichkeit zur Auslöschung der gesamten Menschheit auf beiden Seiten des Kalten Krieges erreicht

7 Vgl. Hanuschek 2012 (s. Anm. 2), S. 22.

8 Ebd., S. 7.

wurde. Und konnten die Erkenntnisse der Physiker mit all ihrer Zerstörungskraft dann guten Gewissens den nationalen Regierungen überantwortet werden, die nach ganz anderen als wissenschaftlich-rationalen Kriterien über deren Verwendung entschieden?

Die Frage nach dem Geist der Wissenschaft, nach dem „richtigen“ Verhalten in diesem Konflikt, quälte Oppenheimer jedenfalls. Denn er stand im Kern dieses Dilemmas. 1904 als jüdisch-deutscher Einwanderersohn in den USA geboren, hatte er in Cambridge, Göttingen, Zürich und Berkeley studiert und gearbeitet und sich einen Namen auf dem Gebiet von Atomphysik und Relativitätstheorie gemacht.⁹ In den 1930er Jahren hatte er mit kommunistischen und sozialistischen Gedanken und Zirkeln sympathisiert, sich aber über die Beschäftigung mit dem Stalinismus davon entfernt. Als Projektgruppenleiter des „Manhattan Project“ war er führend an der Fertigstellung der ersten US-Atomwaffen und auch an der Diskussion der japanischen Abwurfziele beteiligt. Die Bombenabwürfe im Sommer 1945 hatten ihn erschreckt und in der Folgezeit engagierte er sich für eine Einhegung und internationale Kontrolle des Wettrüstens im Verbund mit der Sowjetunion, was ihm nur unter den rationalen Handlungsbedingungen einer internationalen Überwachungsbehörde möglich zu sein schien. Gleichzeitig aber faszinierten und lockten ihn als Wissenschaftler die Forschungsziele und -möglichkeiten im Zusammenhang mit einer Wasserstoff- und Neutronenbombe, die Ende der 1940er Jahre in den USA als nächste Etappe zu einem Rüstungsvorsprung ins Auge gefasst worden waren. Oppenheimers grundsätzliche Zweifel aber blieben bestehen, sodass seine unentschiedene Haltung letztlich dazu führte, dass er in einer US-amerikanischen Gesellschaft, die immer aufgepeitschter nach vermeintlichen Sowjetspionen und Sympathisanten fahndete, über seine Grubelei sowie sein mitunter auch öffentliches „Nachdenken“ zum Thema schließlich unter Sabotage-, Zersetzungs- und Verzögerungsverdacht fiel. Eine Kommission aus Armeeangehörigen, Wissenschaftlern und Atomindustriellen sollte herausfinden, ob Oppenheimer ein Saboteur war, ob ihm „Gedankenverrat“¹⁰ nachgewiesen werden konnte und ob ihm die Sicherheitsgarantie zur Mitarbeit an den im Rüstungswettrennen scheinbar überlebenswichtigen Waffengattungen noch erteilt werden konnte. Der Umgang einer staatlichen Autorität mit seinen Bürgern stand dabei ebenso im thematischen Fokus des Stückes: Welche Form der Loyalität durfte ein Staat seinen Untertanen abverlangen und welche Grade an Dissidententum waren für den Einzelnen noch zu rechtfertigen?

9 Vgl. Teroerde, Heiner: Politische Dramaturgien im geteilten Berlin. Soziale Imaginationen bei Erwin Piscator und Heiner Müller um 1960, Göttingen 2009, S. 222.

10 Buddecke/Fuhrmann 1981 (s. Anm. 3), S. 376.

Für Kipphardt hatte die Form eines Tribunals oder einer Untersuchungskommission gegen Oppenheimer auch insofern ein stark autobiografisch gefärbtes Moment, da er selbst 1958/59 eine ähnlich quälende Untersuchung über sich hatte ergehen lassen müssen. Die Kulturkommission der SED verdächtigte ihn, mit seiner Arbeit und der von ihm vertretenen Theaterästhetik zum Aufbau eines Arbeiter- und Bauernstaates nichts beizutragen oder ihm gar zersetzend entgegenzuwirken. Neun lange Stunden dauerte die Verhandlung, 167 eng bedruckte Bögen Typoskript umfasst das davon zeugende Protokoll.¹¹ Der desillusionierte Kipphardt verließ die DDR daraufhin 1959 wieder, zehn Jahre nach seinem Wechsel nach Ostberlin zog es ihn erneut in den Westen.

Die Verhandlung vor einer Kommission war aber auch in den anderen ikonischen Stücken des Dokumentarischen Theaters das stilbildende Mittel, denn hier konnte deutlich unterstrichen werden, wie man die gesellschaftlichen Zustände interpretierte.¹² Eine finstere Phalanx der „alten“ Mächte saß zu Gericht über die vermeintlich „neuen“ Strömungen, ein dialektisches Hin und Her der Argumente, mit der Macht des Faktischen gegen die Überzeugungen und Argumente, deren Zeit nun kommen sollte. Peter Weiss' „Ermittlung“ etwa thematisierte in ähnlicher Form die Auschwitz-Prozesse und auch Kipphardt hatte in seinem vorhergehenden Stück „Der Hund des Generals“ die Frage nach Moral und Verantwortung anhand einer Verhandlung inszeniert: Ein General, der an der Ostfront über einen unsinnigen Alltagsvorfall eine ganze Kompanie absichtlich verheizte, sollte dafür im Nachkriegsdeutschland vor einer aus ideologisch Verbündeten bestehenden Kommission verantwortlich gemacht werden – mit vorhersehbarem Ausgang.

Kipphardt ging es dabei immer auch um die psychologische Dimension des faschistischen Menschen und „das Problem der verinnerlichten Autorität“¹³, welche in der Dialektik eines Hearings deutlich werden sollten. Denn die oberflächliche und an den Protokollen orientierte Prozessform täuscht zwar eine sich entwickelnde Wahrheitsfindung vor, macht aber gleichzeitig dem Zuschauer klar, dass unter der vermeintlich offenen Atmosphäre einer Anhörung „ein abgekartetes, längst entschiedenes Verfahren“¹⁴ durchscheint. Die verhandelnden Ausschüsse sind in den Stücken oft, so wie im „Oppenheimer“, keine unabhän-

11 Hanuschek, Sven: „Ich nenne das Wahrheitsfindung.“ Heinar Kipphardts Dramen und ein Konzept des Dokumentartheaters als Historiographie, Bielefeld 1993, S. 141 f.

12 Vgl. Ismayr 1985 (s. Anm. 4), S. 118.

13 Urs Jenny zitiert nach Karasek, Hellmuth: Dramatik in der Bundesrepublik seit 1945, in: Lattmann, Dieter (Hg.): Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart. Die Literatur der Bundesrepublik II, München 1980, S. 221-408, hier S. 333.

14 Karasek 1980 (s. Anm. 13), S. 335.

gigen Gerichte, sondern Regierungskommissionen, die im Kontext der eigenen Exekutivarbeit entscheiden, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne die Möglichkeit, in Berufung zu gehen.¹⁵

RÜCKKEHR IN EINE VERÄNDERTE BUNDESREPUBLIK

Die westdeutsche Gesellschaft, Kultur, Jugend, Literatur, etc., in die Kipphardt aus der DDR zurückkehrte, war nicht mehr dieselbe wie vor seiner Emigration. Ganz leise erst, später dann immer drängender zeichneten sich Verschiebungen zartrosa am Horizont ab. Das Restaurative der Adenauer-Jahre wirkte für Kipphardt allerdings bleierner denn je. Und auch das Gros der deutschen Schriftsteller oder Theateraufführungen nahm er wahr als eine fortwährende Flucht aus der ihm so wichtig gewordenen Aufgabe, einer Gesellschaft stets und wiederkehrend die unbequemen Fragen ins Gedächtnis zu rufen.

In den frühen 1960er Jahren der Bundesrepublik allerdings war Kipphardt nicht allein mit seinem Ansinnen. Und so wie Wissenschaftstheorien, ökonomische Dogmen oder politische Ideologien stets ihnen Plausibilität zugestehende Zeitläufte brauchen, so verschoben und verdichteten sich Anfang der 1960er Jahre in Deutschland Ereignisse und Entwicklungen, die in einer Art „politisierendem Schock“¹⁶ den Gedanken an die immerwährende Festigkeit von gesellschaftlichem Nachkriegskonsens und „Wirtschaftswunder“-Prosperität brüchig werden ließen. Dies bot den Ideen und Vorhaben von Heinar Kipphardt, Peter Weiss und Rolf Hochhuth einen starken Resonanzboden und begründete ihre Relevanz.

Der sich intensivierende Kalte Krieg und der Bau der Mauer hatten nicht nur die deutsche Teilung einstweilen besiegelt, sie hatten auch deutlich gemacht, dass die Politik der Abgrenzung – der starken, donnernden Rhetorik und des Antikommunismus, die sich besonders die CDU und Adenauer auf die Fahnen geschrieben hatten – am Ende machtlos war, die endgültige Abtrennung der „SBZ“ zu verhindern. Die Kubakrise und das sich hochschaukelnde Wettrüsten zwischen den Supermächten trugen ihren Teil dazu bei, das Gefühl einer existenziellen Bedrohung zu entwickeln. Auch die ersten Anzeichen von schwächelnder Konjunktur und eines möglichen Endes des Nachkriegsaufschwungs befeuerten diese Unruhe. Und der autoritär übersteigerte Antikommunismus, wie etwa in den Anhörungen des amerikanischen Senators McCarthy, erinnerte viele deutlich

15 Vgl. Teroerde 2009 (s. Anm. 9), S. 229.

16 Buddecke/Fuhrmann 1981 (s. Anm. 3), S. 89.

darán, dass eines der identitätsstiftenden Elemente der Bundesrepublik durchaus nicht nur versteckte oder indirekte Bezüge zum Nationalsozialismus aufwies. Nicht zuletzt die Frankfurter Auschwitz-Prozesse ab 1963 brachten die Fragen nach der nationalsozialistischen Vergangenheit, aber eben auch die nach der Verantwortlichkeit des Einzelnen mit Nachdruck auf die Agenda der gesellschaftlichen Debatten.

Die Gesellschaftsdiagnosen einer individualistischen Leistungsideologie, nach der ein bedingungsloses Funktionieren und eine abstrakte Pflichterfüllung als zentrale Werte angenommen wurden, eine lang zurückreichende Tradition der Autoritätsgläubigkeit in Politik und Gesellschaft ebenso wie der Antikommunismus als ein Identitätskern waren die Merkmale, die Hochhuth, Weiss und Kipphardt der bundesdeutschen Gesellschaft vorhielten und damit Kontinuitäten zwischen faschistischer Diktatur und der demokratischen Bundesrepublik herausstrichen.¹⁷ Vor allem aber war es das Dokumentarische, was den vermeintlichen Lehren eines Stückes Wucht und Eindringlichkeit verleihen sollte, wenn dessen Autoren nicht vor einem abstrakten, fabelhaften Hintergrund ihre Gesellschaftskritik entwickelten, sondern Protokolle, Verhandlungen und reale Figuren mehr oder weniger zum Vorbild nahmen, um Dringlichkeit und Dilemma mit Drastik zu versehen. Es war eben auch ein Versuch der Bühnen, sich aus der von den tagesaktuellen Debatten abgekapselten Autonomie und Selbstgenügsamkeit der Kunst zu befreien – sie wieder Anschluss finden zu lassen an Diskussionen und Streit über das Politische und die Gesellschaft.

Dies zeigt auch die Tatsache, dass sowohl Weiss als auch Kipphardt während der 1960er Jahre in heftige Auseinandersetzungen um den sogenannten Münchner Theaterstreit verwickelt waren. Weiss, weil er nach Aufführungen seines „Vietnam-Diskurses“ Spenden für den Vietcong sammeln lassen wollte; und Kipphardt, weil er als Chefdramaturg der *Münchner Kammerspiele* 1971 zuließ, dass im Programmheft des Biermann-Stücks „Dra-Dra“ eine Collage mit Politikerköpfen auf Drachenkörpern erscheinen sollte – und der Münchner SPD-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel daraufhin seinen Vertrag nicht verlängerte.¹⁸

17 Vgl. Teroerde 2009 (s. Anm. 9), S. 245.

18 Vgl. Karasek 1980 (s. Anm. 13), S. 332.

DAS DOKUMENTARISCHE THEATER ALS ZEITGEMÄSSE PROVOKATION

Das laut zu sagen, was ist, sei und bleibe immer noch die revolutionärste Tat – dieses Bonmot, welches Rosa Luxemburg einst Ferdinand Lassalle zusprach, hatten sich die Protagonisten des Dokumentartheaters auf die Fahnen geschrieben. Sich an Realitäten zu orientieren, historische Vorgänge als möglichst genaues Fundament der eigenen Arbeit zu benutzen, war dabei ihr Programm. Das in sich gewandte, an sich selbst und seiner Kunst und Phantasie Genüge findende, immer auch über den Krieg und die Folgen lamentierende Theater der Nachkriegszeit, mit Wolfgang Borchert als einer zentralen Figur, war ihnen zu sehr ein kapitulierendes Abbild der verstaubten Adenauer-Gesellschaft geworden. Und die westdeutsche Dramatik der 1950er Jahre fand im eigenen Land und auch darüber hinaus kaum Anklang oder Interesse.

Dabei war allerdings auch das Dokumentarische Theater keine völlige Neuerfindung, sondern bediente sich historischer Vorbilder: Gerade Bertolt Brecht hatte immer wieder Anklänge im Faktischen genommen und vor allem Erwin Piscator hatte auf deutschen Bühnen der 1920er Jahre versucht, als Marxist mittels Realitäts-inspirierter Werke dezidiert politische Botschaften zu verbinden. Während die Theaterstücke der 1920er Jahre sich allerdings die direkte politische Agitation zur Aufgabe gemacht hatten, war der Eigenanspruch Ende der 1950er Jahre ein anderer: Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Faschismus ging es Kipphardt, Weiss und Hochhuth um die Vermittlung und die offene Einsichtnahme in den dialektischen Prozess von Wahrheitsfindung. Der Zuschauer sollte etwas real Geschehenes auf der Bühne noch einmal nachvollziehen, um die möglichen Lehren daraus, auch unterstrichen durch das Gefühl einer ja nur mehr „dokumentierten“ Wahrheit, besonders eindrucksvoll als Fragen zu spüren und diese im Hinterkopf nach Hause mitzunehmen. Die plumpe Agitation war an dieser Stelle uninteressant – Adressat und zu unterstützen war der selbstbewusst hinterfragende Staatsbürger, der empfänglich war für die Widersprüche und Paradoxien der behandelten Fälle. Einen Reflexionsprozess anzustoßen – das war das Ziel, Peter Weiss sprach gar von „Kampfhandlungen“¹⁹ als Aufgabe.

Gerade die Zeitdiagnose der Adenauer-Ära, mit ihrer Vergangenheitsverdrängung und ihren restaurativen Tendenzen, war es, die Schriftsteller wie Kipphardt und Weiss anspornte, mittels Fakten und Realitätsbezügen besonders deutlich gesellschaftliche Problemlagen zu offenbaren. Diese Betonung des Fak-

19 Zitiert nach ebd., S. 341.

tischen ist dem Dokumentarischen Theater stets angekreidet worden: Sich mittels einer Art „Faktenfetischismus“ im passiven Abbilden zu erschöpfen, sei laut dieser Argumentation keine schöpferische schriftstellerische Tätigkeit mehr, sondern lediglich ein Kompilieren und Zusammenfügen von Wortprotokollen – der Theaterautor mit Schere und Klebestift als wichtigsten Utensilien. Auch der erhobene Authentizitätsanspruch wurde scharf kritisiert: Das Dokumentarische Theater würde den Zuschauer zu einem Zeugen degradieren, der lediglich „Ersatz für die Wirklichkeit“ zu sehen bekomme, „an der er glücklicherweise nicht teilnehmen musste“²⁰, wie etwa Martin Walser nicht müde wurde, zu betonen. Überhaupt würde bereits die Bezeichnung „Dokumentarisch“ in die Irre führen, da Theater und Bühnengeschehen zwangsläufig ja nichts anderes als Fiktion darstellen würden und folglich eine ganz eigene, „artifizielle“ Realität als Kunstprodukt beanspruchen könnten.

Einen Wissenschaftsanspruch oder eine reine Chronistentätigkeit aber wiesen Weiss und Kipphardt immer weit von sich. Keineswegs beschränke sich ihre Rolle auf das Ausschneiden und Zusammenkleben von Protokollfetzen, sondern schon die Szeneneinteilung und Kondensierung des Ausgangsmaterials sei ein schöpferischer Prozess, den es auch brauche, um zum Beispiel aus den etwa 3000 Protokollseiten von Oppenheimers Untersuchungskommission, aus den vierzig gehörten Zeugen und den vielen Wochen Verhör eine „nur“ abendfüllende Theateraufführung zu machen. Kipphardt erklärte, seine Leitlinie sei gewesen, „Worttreue durch Sinnstreue“ zu ersetzen und sich dabei an Hegels „Vorlesungen über die Ästhetik“ anzulehnen, in denen dieser der Dichtkunst über historische Ereignisse die Aufgabe zuweise, das Herz und den Kern einer Begebenheit herauszuschälen und mögliche Zufälligkeiten oder zu vernachlässigende Nebenentwicklungen couragiert wegzuschneiden.²¹

So wurden aus den ursprünglich vierzig Zeugen eben sechs. Auch gibt es im „Oppenheimer“ immer wieder Unterbrechungen des Dokumentarischen, die allerdings das Anti-Illusionistische der Dokumentation noch unterstreichen sollen. In regelmäßigen Abständen kommt einer der Darsteller an den Bühnenrand, um in einer Art Atempause ein monologisches Zwischenfazit vorzutragen, um über dieses Deutungsangebot sicherzustellen, dass Interpretationen zwischen den Zeilen deutlich werden.

Neben den Urhebern, den Theaterschriftstellern und Dramatikern, spielte für das Dokumentarische Theater in den 1960er Jahren noch ein weiterer Mann eine entscheidende Rolle: Erwin Piscator brachte als Intendant an der *Freien Volksbühne* alle drei anfangs erwähnten Symbolstücke des Dokumentarischen Thea-

20 Martin Walser zitiert nach Buddecke/Fuhrmann 1981 (s. Anm. 3), S. 89.

21 Vgl. Ismayr 1985 (s. Anm. 4), S. 117.

ters als Uraufführungen auf die Bühne und wurde so zum Geburtshelfer dieser Gesellschaftskritik. Wie bereits erwähnt, zählte er als Theaterregisseur kommunistischer Agitationsstücke schon in den 1920er Jahren in der Weimarer Republik zu den Protagonisten einer realitätsbezogenen Theaterform und hatte die Jahre des Faschismus erst in Moskau und später in den USA im Exil verbracht. In der Sowjetunion war seine Form der Ästhetik auf wenig Gegenliebe gestoßen, er hatte noch das Glück, 1936 nach Formalismus-Vorwürfen abgeschoben zu werden.²² Etliche seiner Mitstreiter aus den Weimarer Jahren wurden im Moskau der 1930er Jahre oder im Nachkriegs-Prag dagegen hingerichtet: Piscator galt im Stalinismus zwischenzeitlich als Trotzkist. Aber auch in den USA wurde seine kommunistische Vergangenheit nach Kriegsende äußerst misstrauisch beäugt, wie im Übrigen auch in der neu gegründeten DDR, wo die SED 1951 eine „Entschließung gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur“ erließ.²³ Und als im hysterischer werdenden Antikommunismus in den USA Piscator eine Vorladung vor das *House of Un-American Activities Committee* erreichte, wählte er den einzigen ihm noch offen stehenden Weg: Er kehrte nach Westdeutschland zurück, um dort seine Arbeit am Theater fortzusetzen.

Dass er hier nicht gerade mit offenen Armen empfangen wurde, war eine Erfahrung, die Piscator wohl mit vielen heimkehrenden Emigranten teilte. Viele der am Theater Beschäftigten, die sich über den Nationalsozialismus mit dem Regime arrangiert hatten, waren mittlerweile an den Schaltstellen und Intendanturen der großen Theater der Republik fest verankert. Piscator musste sich daher mit kleineren Bühnen und wechselnden Anstellungen über Wasser halten, an große Perspektiven und langfristige Ensemblearbeiten war kaum zu denken. Erst 1962 gelang ihm, in Berlin eine Berufung als Intendant zu erkämpfen. Nun aber konnte er all das umsetzen, was sich in ihm auch als Frustration in und an der Gesellschaft als Triebkräfte und Zeitempfindungen angestaut hatte. Seine Wut und Enttäuschung über die Nachkriegsgesellschaft verband er mit den Eckpfeilern seiner dokumentarischen Realitätsästhetik und verhalf mit den Stücken von Hochhuth, Weiss und Kipphardt einer Theaterstilrichtung zum internationalen Durchbruch, die das neue deutsche Drama international bekannt machen und die Diskussion der bundesdeutschen Gesellschaft über ihre Vergangenheit befeuern sollte.

Kipphardt allerdings war schon 1968 über seine Erfahrungen als literarischer Gesellschaftskritiker desillusioniert. Über etliche Jahre hinweg gelang ihm, dem das Schreiben mehr kathartische Erfahrung denn lustvolles und leichtes Formu-

22 Vgl. Teroerde 2009 (s. Anm. 9), S. 175.

23 Vgl. ebd.

lieren war, kaum noch ein Stück. Denn die Fortsetzung der Stoßrichtung des Dokumentarischen Theaters war, analog zu einer immer stärker wahrgenommenen Politisierung der 1960er Jahre in Deutschland, eine intensivere Umsetzung politischer Praxis:

„Wir gingen, so auch ich, in die politische Arbeit hinein und stellten unsere bisherige Arbeit in Frage und zweifelten an dem Sinn von Literatur-Machen. So kam in der ganzen Linken diese gewisse Kulturfeindlichkeit auf, und das verbreitetste literarische Produkt war das politische Papier, das es in unendlicher Vielfalt gab, und die Dichter nannten sich eigentlich nur noch beschämt Dichter. Von dieser tiefen Krise und den Zweifeln an den literarischen Möglichkeiten und der Wirkung von Literatur – davon war ich erfasst, und da brauchte ich Zeit, herauszukommen.“²⁴

Und so muss man an dieser Stelle im Resümee fragen, ob die Kritik Martin Walzers am leichtfertigen Aufgeben des Illusionistischen im Theater nicht auch ein klein wenig berechtigt war, warnte sie schließlich vor einer drohenden Sackgasse. Das Stück aber, über Oppenheimer und die Dilemmata zwischen Wissenschaft und Moral, zwischen Loyalität und Humanität, wurde und wird weiterhin gespielt: „Gottlob ernährt mich immer noch Oppenheimer“²⁵, schrieb Kipphardt 1969 in einem Brief an Bekannte anlässlich der Aufführung am New Yorker Broadway. Zumindest auf lange Sicht und für den Autor Kipphardt hatte es also auch sein Gutes. Und für eine die eigene Vergangenheit immer stärker hinterfragende Gesellschaft sowieso.

24 Kipphardt, Heinar: *Ruckediguh – Blut ist im Schuh*. Essays, Briefe, Entwürfe, Band 2: 1964-1982, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 297f.

25 Ebd., S. 60.

Hase, Hut und Happenings

Die 68er als soziale Plastik?

JULIA KIEGELAND

Kunst, die nicht sofort als solche erkennbar ist, hat es schwer. Anders als Bilder oder Plastiken im musealen Kontext, die zweifelsfrei als Kunst wahrgenommen werden, bieten insbesondere die Performance- und Aktionskunst keine einfachen Interpretationszugänge. Weder zählen sie zu den in der Öffentlichkeit viel beachteten Varianten des künstlerischen Ausdrucksmittels, noch sind ihre Künstler von allgemeiner Bekanntheit. Hierfür mitverantwortlich zeichnet der dominante Aspekt dieser Kunstform: die Vergänglichkeit des Moments. Diese künstlerisch-konzipierten Situationen lassen sich nicht beliebig reproduzieren oder wiederholen, im Moment der Aufzeichnung verlieren sie einen bedeutenden Teil ihrer Aussagekraft und Wirkung. Der Zugang zu Bedeutung und subjektivem Nachempfinden der Stimmung und der nicht greifbaren Aspekte dieser Aktionen wird damit ungemein erschwert.

Wohl auch aus diesem Grund ist es wenig verwunderlich, wenn Schlagwörter wie „Happening“ und „Fluxus-Bewegung“ für viele der Kunstszene fernstehende Menschen inhaltslos und missverständlich bleiben. Ein zehnmütig anhaltendes „öö“ – die menschliche Nachahmung eines röhrenden Hirsches – kann, ohne entsprechenden Kontext, durchaus auch als Ruhestörung gewertet werden. Angesichts übriggebliebener und mittlerweile ranziger Fettecken scheint die laienhafte Frage: „Ist das Kunst oder kann das weg?“, durchaus nachvollziehbar. Denn aus der jeweiligen performativen Situation gerissen, scheinen diese einzelnen Fragmente lediglich Überbleibsel und Erinnerungen an eine vergangene künstlerische Aktion zu sein, deren ursprüngliche Bedeutung sich nun unwiderruflich gewandelt hat.

Trotz des widrigen Zugangs zu Aktionskunst und Happenings hat es ein Fluxus-Künstler geschafft, breite Aufmerksamkeit zu erregen. Und es benötigt

erstaunlich wenige Worte, um diese Person zu charakterisieren: hageres Gesicht, Hut, Mantel. Oder, ebenso bezeichnend, seine eigenwillig gewählten Werksmaterialien: Fett, Filz und Honig. Die Rede ist von Joseph Beuys, der selbst unter den Sonderbaren als Exot, gleichwohl als populäres Unikat gilt. Über sein eigentliches Kunsthandeln hinaus wird er seither als prominenter Vertreter der 68er-Generation wahrgenommen. In fast allen sozialpolitischen Fragen hat Beuys mitgewirkt und sich in diesem Rahmen als antikapitalistischer Künstler inszeniert. Dazu trugen insbesondere sein anthroposophisches Grundverständnis, mit dem er kreativ und anhaltend für freie Bildung und gegen alte Lehrmethoden eintrat, sowie sein politisches und gesellschaftliches Engagement, das sich in vielen inhaltlichen Forderungen der „68er“ widerspiegelt, bei. Beuys' Kerngedanke, dass jeder Mensch ein Künstler sei, formulierte treffend die geistige Atmosphäre der 68er.

JOSEPH BEUYS 1964

1964. Mit einigem Aufruhr in der Kunstszene markiert dieses Jahr die Bewusstwerdung eines deutschen Künstlers: Joseph Beuys. Zuvor als Plastiker und Bildhauer bekannt und seit 1961 Professor an der Düsseldorfer Akademie, inszenierte er sich insbesondere im Jahr 1964 vermehrt in originären Fluxus-Demonstrationen. Diese ungewohnte Art und Weise des künstlerischen Ausdrucks erzeugte sehr unterschiedliche Reaktionen: Am 20. Juli 1964, im Rahmen des „Aachener Festivals der neuen Kunst“ beispielsweise, erhielt Beuys während seiner Aktion mehrere Schläge ins Gesicht, die er jedoch momentnah in die weitergeführte Performance integrieren konnte. Dieser brachiale Widerstand wird einem konservativen Studenten zugeschrieben und endete in einem Tumult, der polizeiliche Ermittlungen nach sich zog. Interessanterweise erhielt Beuys knapp fünf Jahre später heftige Gegenwehr aus genau dem entgegengesetzten politischen Lager: 1969 in Berlin wurde Beuys' Aktion „Ich versuche dich freizulassen (machen)“ nach dreißig Minuten zum Abbruch gezwungen – in diesem Fall durch die politisch Linken.¹

Eine weitere Aktion im Jahr 1964 kann als sinnbildliche Geburtsstunde des Fluxus-Künstlers Beuys verstanden werden: „Der Chef – The Chief“. In dieser lag Beuys acht Stunden lang, raupenähnlich eng eingewickelt in Filz, auf dem nackten Fußboden eines Raumes. Neben weiteren kleineren Gegenständen befand sich am Kopf- und Fußende des bewegungslosen Künstlers jeweils ein toter

1 Vgl. Ermen, Reinhard: Joseph Beuys, Hamburg 2007, S. 52.

Hase, gedacht als symbolische Verlängerung seines Körpers. Beuys gab während der Performance mittels eines im Filz-Kokon platzierten Mikrofons seinen Fluxus-Gesang nach außen. Dieser bestand zum großen Teil aus der tiefkehligen und heiseren Nachahmung der Rufe eines Hirsches.² Beuys erklärte, dass der von ihm als „öö“ bezeichnete Klang – beziehungsweise die Wellen der Klangart – in seiner Ursprünglichkeit dem Tierreich entstamme. Über diese Klänge würde sich pure Energie, ohne semantische Informationen, an die Umwelt weiterleiten. Sein Körper könne als Sender – sinnbildlich verstärkt durch die Hasen – verstanden werden. Nur durch diese Trägerwellen sei es möglich, Kontakt zu anderen Formen der Existenz herzustellen. Innerhalb dieser Aktion verwendete er seinen bevorzugten Werkstoff Filz und die symbolische, so oft wiederkehrende Figur des Hasen.³ Auch sein heute gewohntes Markenzeichen, der Filzhut, etablierte sich ab dem Jahr 1964.⁴

Gegen Ende des Jahres revoltierte Beuys künstlerisch gegen eine für ihn bedeutende Autorität – öffentlich und via Liveübertragung im deutschen Fernsehen. Im Rahmen des „Festum Fluxorum“, am 11. Dezember 1964 in Düsseldorf, wandte sich Beuys gegen den Wegbereiter seiner eigenen Kunstform und vollzog damit einen öffentlichen Akt gegen eine etablierte Autorität. Marcel Duchamp, Konzeptualist der Neuzeit und Avantgardist, hatte bereits mit seinen *Ready-made*-Kunstobjekten Geschichte geschrieben. Die ursprünglichen Alltagsgegenstände, die er im musealen Kontext zur Kunst avancieren ließ, machten Duchamp zum revolutionären Heroen der Moderne. Und genau diesen Wegbereiter und Säulenheiligen kritisierte Beuys in seiner Aktion „Das Schweigen von

-
- 2 Vgl. Blume, Eugen/Nichols, Catherine: Beuys – Die Revolution sind wir. [... anlässlich der Ausstellung „Beuys. Die Revolution Sind Wir“; eine Ausstellung der Nationalgalerie im Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart, Berlin, im Rahmen der Ausstellungsreihe „Kult des Künstlers“, 3. Oktober 2008 – 25. Januar 2009] / Nationalgalerie, Staatliche Museen zu Berlin [Katalogzyklus „Kult des Künstlers“, hg. v. Peter-Klaus Schuster].
 - 3 Die symbolische Figur des Hasen als scheinbar wehrloses Wesen, das jedoch seine Schwächen durch Intelligenz und feine Sinne auszugleichen vermag, findet sich in zahlreichen von Beuys Werken. Der Hase verkehrt die eigene Unterlegenheit und darf demnach als dynamische Figur des Widerstands und des Handelns verstanden werden. Beuys selbst betont seine persönliche Verbundenheit zu diesem Tier immer wieder in zahlreichen Vergleichen.
 - 4 Vgl. Ermen 2007 (s. Anm. 1), S. 48. Siehe auch Bianchi, Paolo/Doswald, Christoph/Gallio, Claudio (Hg.): Gegenspieler: Andy Warhol – Joseph Beuys, Frankfurt a.M. 2000, S. 50.

Marcel Duchamp wird überbewertet“.⁵ In der Direktübertragung der Sendung „Drehscheibe“ platzierte Beuys zwischen zwei, im Winkel aneinanderstoßenden Brettern eine Fettecke aus Margarine; gut sichtbar am Boden lag eine Tafel mit dem Aktionstitel. Mit seinem aktionistischen Impuls prangerte Beuys die besondere Zurückhaltung Duchamps an, der seine Werke ohne weitere Ausführungen dargeboten habe. Dieses Schweigen schien für Beuys unvereinbar mit seinem Verständnis von Kunst, sein Anspruch lautete stets: „Reden (Handeln) statt Schweigen!“⁶

Aus diesen drei Aktionen im Jahr 1964 und ihren Wirkungen in die Öffentlichkeit lassen sich die wegweisenden Schwerpunkte in Beuys' Kunsthandeln verdeutlichen. Beuys' öffentliche Aktionen wandten sich im Speziellen gegen 1.) das bestehende Kunstverständnis, 2.) die akzeptierten und respektierten Autoritäten seiner Zeit und 3.) die politische und soziale Gegenwart der 1960er Jahre. Er protestierte radikal, ungewohnt und humorvoll in seiner Funktion als Künstler, Dozent und Mensch. Seine Statements allgemeingültig politisch einzuordnen, erwies sich jedoch zu keiner Zeit als einfach. Beuys überschwemmte seine Zuschauer und Zuhörer mit Antworten und Interpretationsansätzen. Wohl auch aus diesem Grunde bietet sich eine große interpretative Bandbreite, um Beuys' Kunsthandeln zu verstehen. Zahlreiche Rezipienten seiner Werke zeichnen Beuys in einem besonders positiven Licht: Donald Kuspit beispielsweise betont Joseph Beuys' Rolle des Heilers der Deutschen Geschichte derart stark, dass er ihn gar in Antithese zu Hitler setzt: „The Germans had to be cured of their pathological belief in the authority of reason, which they readily put before life itself [...] Beuys was warm where Hitler was cold.“⁷

Derart euphorischen Interpretationen standen und stehen deutlich kritischere Sichtweisen gegenüber: In der erweiterten Biografie „Flieger, Filz und Vaterland“⁸ verorten die Autoren Frank Gieseke und Albert Markert Beuys auf der politisch-ideologisch gegensätzlichen Seite. In seinem Kunsthandeln sehen sie verstärkt den Hitlerjungen mit fester nationalsozialistischer Gesinnung, die bis zum Schluss in seinen Kunstwerken von großer Bedeutung gewesen sein soll. „Stellt ihn nicht in die rechte Fettecke!“ titelte *Die Welt* im Jahr 2008 und verteidigte posthum den „Idealisten mit Wehrmachtserfahrung“⁹, indem sie an seine Bemühungen um die künstlerische Umgestaltung der Gesellschaft erinnerte.

5 Vgl. Ermen 2007 (s. Anm. 1), S. 50 f.

6 Ebd., S. 51.

7 Knuspit, Donald: *The Cult of the Avant-Garde Artist*, New York 1993, S. 81-89.

8 Gieseke, Frank/Markert, Albert: *Flieger, Filz und Vaterland. Eine erweiterte Beuys Biografie*, Berlin 1996.

9 Ackermann, Tim: *Stellt ihn nicht in die rechte Fettecke!*, in: *Die Welt*, 28.09.2008.

Indes, vorerst unabhängig vom politischen Inhalt, darf Beuys' künstlerisches Handeln, insbesondere ab dem Jahr 1964, als oppositionelle Haltung gegen die gewohnt geschlossenen Bildkreisläufe und insbesondere gegen das Leitmedium der Malerei als allgemein anerkannt verstanden werden. Seine Aktionskunst im Umfeld von Fluxus und Happening begleitete diese Anti-Haltung strategisch mit „offenen Kunstwerken“.¹⁰ Nicht mehr Bilder und Plastiken wurden in den Fokus gerückt, sondern Handlungen, Prozesse und Aktionen. Die Materialien und die Aussagen nahmen an Komplexität zu, das Publikum wurde als Gestalter mit einbezogen, dessen Reaktionen integriert und fortgeführt.

Auch die heute so typischen Beuys-Insignien – Filzhut, Mantel und Anglerweste – trug Beuys ab 1964 beständig und begann, sie gebraucht als Kunst auszustellen. Angesprochen auf sein wesentlichstes Merkmal, den Filzhut, den er zu kaum einer Zeit abnahm, erklärte er: „Ein Hase ist kein Hase mehr, wenn er keine Ohren hat – da habe ich gedacht: der Beuys ist kein Beuys mehr, wenn er keinen Hut hat.“¹¹ Beuys erzielte so, geplant oder unbewusst, einen hohen optischen Wiedererkennungswert.¹² Zusammen mit seinen ungewohnten und polarisierenden Auftritten schuf er beste Voraussetzungen, um breite Aufmerksamkeit und selbst über die westdeutsche Grenze reichende Bekanntheit zu erlangen.

ICH WILL GESTALTEN – ALSO VERÄNDERN¹³

Dass Beuys als Person eine andersartige und vor allem ungewohnte Künstlerfigur darstellte, ist also nachvollziehbar. Aber welchen Stellenwert übernahm sein künstlerisches Handeln inhaltlich? Halfen Fett, Filz und tote Hasen bei den sozialen Umwuchtungen der 68er? Oder war Beuys lediglich ein geschickter Fabulant, der sich nicht nur vor Anthroposophie-Anhängern besonders gut zu bewerben verstand?

10 Vgl. Ermen 2007 (s. Anm. 1), S. 48.

11 Bianchi/Doswald/Gallio (Hg.) 2000 (s. Anm. 4), S. 19.

12 Auch Körperwelten-Künstler Gunther v. Hagens zeigt sich in der Öffentlichkeit stets mit einem Hut, der durchaus an den von Beuys erinnert. Allerdings lehnt v. Hagens eine Verbindung zu Beuys ab und betont den Individualitätsaspekt eines solchen Kleidungsstückes. URL: http://www.koerperwelten.com/de/gunther_von_hagens/hut_ana_tomen.html [eingesehen am 31.10.2013].

13 Beuys' letztes Interview 1986: „Ich will gestalten, also verändern“, Interview elf Tage vor seinem Tode mit Erhard Kluge anlässlich der Verleihung des Wilhelm-Lembruck-Preises der Stadt Duisburg, erschienen in: Vorwärts, 01.02.1986, S. 19.

Um Beuys' Kunsthandeln in den Grundzügen folgen zu können, muss man nachvollziehen, wie er den Begriff Kunst definierte. Beuys verfolgte eine ganz eigene, für die damalige Zeit ungewohnte Idee, was und wie „Kunst“ zu verstehen sei. Entgegen der damals modernistischen Auffassung von Kunst, die auf stilistische und formalistische Kriterien, wie technische Ausführung und Formfindung, beschränkt blieb,¹⁴ schuf Beuys seinen *erweiterten Kunstbegriff*. Dieser beschreibt die Allgegenwärtigkeit von Kunst zu jeder Zeit und an jedem Ort: Danach befindet sich Kunst keineswegs in einem eng definierten und begrenzten Raum, sondern durchbricht den geläufigen Gedanken an ein in sich geschlossenes System. Dabei grenzt sie sich auch nicht mehr zu Alltag und Privatheit ab. Denn: Alles ist Kunst.

Der *erweiterte Kunstbegriff* schließt alle Menschen als Künstler ein: „Jeder Mensch ist ein Künstler“.¹⁵ Das bedeutet bei Weitem nicht, dass jeder Mensch eine grafische Begabung besitzen muss; es zielt vielmehr auf das Potenzial der individuellen Gestaltungsmöglichkeit aller Menschen ab. Menschen können gestalten, sie können Anfänge setzen und Neues initiieren.¹⁶ Und nur die Kunst reaktiviere in besonderer Weise den Menschen mitsamt all seinen Sinnen. Sie soll und kann laut Beuys das bisherige Gesellschaftsgefüge modifizieren. Deutlicher wird dies, wenn der Beuys'sche Gedanke der *sozialen Plastik* hinzugezogen wird. Beuys nimmt nämlich den Fokus von klassischen Materialien der Kunst wie Farbe, Leinwand und Stein. Er *erweitert* die Kunst um die Materialien Mensch und Lebenswelt, die in einer gemeinsamen Existenz prozessual zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen. Beuys sieht den Menschen dabei als Wärmewesen innerhalb der Gesellschaft. Diese Gesellschaft entspricht einem sozialen Gefüge, der *sozialen Plastik*, die durch menschliches Handeln gemeinsam gestaltet und stetig modifiziert werden will. Handeln und Reden selbst stellen für Beuys grundlegend notwendige plastische Vorgänge dar, sodass nach-

14 Mehr dazu bei Lange, Barbara: Joseph Beuys. Richtkräfte einer neuen Gesellschaft. Der Mythos vom Künstler als Gesellschaftsreformer, Bonn 1999, Kapitel IV.

15 Vgl. Zumdick, Wolfgang: Joseph Beuys als Denker. PAN/XXX/ttt, Sozialphilosophie – Kunsttheorie – Anthroposophie. Stuttgart/Berlin 2002, S. 12.

16 Es scheinen durchaus zahlreiche Parallelen zwischen dem Denken der politischen Theoretikerin Hannah Arendt und Beuys theoretisch-konzeptuellen Überlegungen zu existieren. Beide vertreten den Anspruch, dass Menschen die Möglichkeit und den Raum besitzen, ihre Umwelt aktiv und gestalterisch zu formen. Beide betonen die besondere Eigenschaft der Menschen, Neuanfänge zu setzen und zu handeln. Dabei lehnen Arendt wie Beuys die Idee der repräsentativen Demokratie ab und vertreten eine direkte Einbindung der Bürger. Weitere Parallelen und eventuelle Unterschiede versprechen eine lohnenswerte Aufarbeitung.

vollziehbar wird, welche Unverantwortlichkeit Duchamps Schweigen für Beuys bedeutete.

Durch die Idee der *sozialen Plastik* und der damit verbundenen Gestaltungskraft jedes einzelnen Künstlers/Menschen, entsteht ein gesamtgesellschaftliches Momentum an revolutionärem Potenzial. Kunst und die *soziale Plastik* selbst sind Beuys' Auffassung nach in ihrem Verständnis prozessual, denn Kunst sei niemals fertig, sondern wandle ihre Form stetig. Aus dieser Überlegung heraus initiierte Beuys lebenslang Momente, die andere Menschen anregten, sie anstießen, ihre Sinne aufrüttelten und sie zum Handeln und Reden herausforderten. Ein besonderes Beispiel dafür lieferte Beuys mit seiner Aktion der 7000 Eichen. In dieser sollten die Bürger Kassels unbürokratisch diese große Anzahl an Bäumen innerhalb ihrer Stadt pflanzen. Beuys sorgte durch diesen Auftrag dafür, dass die Menschen einer Stadt in Kontakt traten, dass sie miteinander und gegeneinander Standorte suchten; dass sie denken, reflektieren, sprechen und handeln mussten, selbst wenn es nur um die Bedeutung und Auswirkungen eines Baumstandortes ging. Der Appell der 7000 Eichen griff direkt in den Lebensraum und die Lebenssituation der Menschen ein, die *soziale Plastik* erfuhr einen Anstoß und die Menschen mussten auf diese Herausforderung und Provokation gemeinsam reagieren.

Der Aufruf zur Pflanzung von 7000 Eichen stellte einen sichtbaren, manifesten Moment der *sozialen Plastik* dar. Die Bepflanzung war nicht auf normalem bürokratischen Wege zu erreichen, sie erforderte Willenskraft. Verantwortung und Wärme flossen in die Welt.¹⁷ Diese kreative Schaffenskraft der Kunst sah Beuys gar als Heilmittel. Ironisch bemerkte er: Wäre Hitler nicht der Weg zum Kunststudium verbaut gewesen, so wäre sein Werk durchaus positiver ausgefallen. Denn Künstler würden ihre Gedanken kanalisieren und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen, um dann neue Ideen zu erzeugen. Und da alle Menschen Künstler seien, seien auch alle Menschen angehalten, ihre Gedanken gemeinsam zu teilen.¹⁸ Dies vollziehe sich in einer gemeinschaftlichen Freiheit, die Beuys eng mit dem kreativen Schaffensprozess der Menschen verknüpft: „Der Mensch ist frei, sofern er kreativ ist“ und „Freiheit ist die Fähigkeit des Menschens, neue Ursachen zu setzen. Ganz neue Ursachen – also sich nicht mehr auf die alten Ursachen zu berufen und zu sagen: wir sind immer abhängig von den Ursachen, die

17 Vgl. Groener, Fernando/Kandler, Rose-Marie: 7000 Eichen – Joseph Beuys, Köln 1987.

18 Vgl. Gro, Marion: „Ich spreche durch meine Kleidung“. Die „Protestkleidung“ der APO: wie sie entstand, wie sie wirkte, in: Ausstellungskatalog, Münster 1999 (Protestkultur), S. 87-108.

aus der Geschichte stammen...“¹⁹ Immer deutlicher wird, was die Ausformulierung der *Plastischen Theorie* betont: Für Beuys stellt der Mensch den allgegenwärtigen Bezugspunkt dar. Kunst um der Kunst Willen wird undenkbar, sie wird vielmehr zum Reformmittel einer Gesellschaft erhoben, welches aus der Schaffens- und Gestaltungskraft eines Jeden unter Allen entspringe. Diese gemeinsame Schaffenskraft könne keine Kunstwerke im klassischen Sinne erzeugen, keine bunten Bilder und Malereien, sondern entfalte sich in sozialen und gesellschaftlichen Prozessen.

Diese Überlegungen zeigen: Beuys' Werk und seine Handlungen scheint ein gemeinsamer Rahmen zu verbinden. Das Konzept des erweiterten Kunstbegriffs und der *sozialen Plastik* scheint durchdacht und in sich logisch; dies gilt umso mehr, je weiter Beuys seine Theorie mit den Jahren ausgebaut hat. Tote Hasen, Filz und Fett sind demnach keinesfalls willkürlich gewählt, sondern werden zu konzeptuellen Elementen, die sich in ihrem Arrangement gegenseitig bedingen.

BEUYS UND DIE POLITISCHEN FORDERUNGEN DER 68ER

Die soziale Bewegung der 68er nun als soziale Plastik zu denken, ist anhand der Überlegungen plausibel. Zahlreiche aktive Menschen suchten mit ihrer persönlichen Schaffenskraft nach einer Modifikation der sozialen und politischen Gegenwart. Der Kampf gegen das Establishment, gegen die bürgerlichen, religiösen, staatlichen und juristischen Autoritäten, vollzog sich auf unterschiedlichsten Wegen und mit verschiedensten Mitteln. Die unterschiedlichen Strömungen und Flügel der Studenten- und Bürgerrechtsbewegung betätigten sich für-, mit- und gegeneinander; sie sprachen, handelten und wirkten so an einer gesamtgesellschaftlichen Plastik mit. Der liberalisierende Einfluss dieser gesamten Bewegung ist heute noch immer in vielen Bereichen spürbar. Warum aber gilt ausgerechnet der Künstler Joseph Beuys als eine der Leitfiguren dieser Bewegung?

Beuys, selbst Hitlerjunge und nationalsozialistischer Bordfunker²⁰, vermag nicht in allen Bereichen als idealistisches Vorbild und Leitfigur erhalten zu können. Denn rein formal zählt Beuys zu der Generation, denen die 68er kämpferisch gegenüberstanden und von der sie Aufklärung über die eigene Verantwortlichkeit im Nationalsozialismus forderten. Beuys selbst jedoch, der sich gar

19 Prophete rechts, Prophete links – Ideen und Idole dieser Tage: 11. Joseph Beuys, Deutschlandfunk, 23. Mai 1971, in: Jappe, Georg: Beuys packen. Dokumente 1968-1996, Regensburg 1996, S. 125

20 Vgl. Gieseke/Markert 1996 (s. Anm. 8).

freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte, thematisierte die Aufarbeitung der Nazizeit und auch den Vietnamkrieg in seinen Kunstwerken und Ansprachen nur am Rande. Ebenso verhielt es sich mit weiteren wichtigen Themen der 68er-Bewegung: Den provozierenden Weg der sexuellen Befreiung begleitete er weder künstlerisch noch im Privaten. Statt offener Beziehungen oder gar einem Leben in einer Kommune führten die Beuys' eine Ehe bis zum Tode. Auch die Rollenverteilung innerhalb der Familie Beuys gestaltete sich klassisch und keineswegs entsprechend den rebellischen Vorstellungen der Protestbewegung.²¹ Familie Beuys lebte gutbürgerlich und erhielt aufgrund von Beuys' Professorenstatus an der Düsseldorfer Akademie Anerkennung seitens der Bildungsbürger und des bürgerlichen Kunstbetriebs. So konnte Beuys aus seinem Status selbst Autorität schöpfen. Interessanterweise erzeugte Beuys damit einen deutlichen Widerspruch zwischen sich und seinem künstlerischen Inhalt. Stets kritisierte er autoritäre Strukturen und Personen, wandte sich gegen Tradition und Gewohnheit und erhob jede Person zum Künstler – forderte also eine egalitäre Gemeinschaft. Dennoch inszenierte er sich und seine Auftritte in einem spirituellen Kontext, der ihn selbst im Lichte eines Heilers, eines Schamanen darstellte: „[H]e speaks with the authority of a man who knows all the answers, and doing so consolidates his auratic authority as an artist with his messages of salvation“²².

Nicht nur schien Beuys in diesen Bereichen den revolutionären Ansprüchen der Studenten nicht zu entsprechen, er stand ihnen sogar regelrecht konträr gegenüber. Wie konnte nun aber Beuys, der freiwillig am Krieg teilgenommen, ihn gar als persönliches Bildungserlebnis²³ bezeichnet hatte und der sich selbst als Künstler derart stark konturiert inszenierte, zu solch einer attraktiven Leitfigur insbesondere der studentischen Proteste avancieren?

Beuys gelang, sich trotz dieser Widersprüche als Revolutionär neuen Typs zu inszenieren. Strategisch besetzte er durchaus bedeutende, wenn auch selektiv ausgewählte Themen der Protestbewegung: zum einen die Forderungen nach Demokratisierung und Selbstbestimmung im Bildungsbereich und zum anderen eine eben nicht marxistische, sondern esoterisch motivierte Kapitalismuskritik.

21 Vgl. Quermann, Andreas: „Demokratie ist lustig“. Der politische Künstler Joseph Beuys, Berlin 2006, S. 127.

22 Verwoert, Jan: The Boss: On the Unresolved Question of Authority in Joseph Beuys' Oeuvre an Public Image, in: e-flux journal #1 – 12/2008, S. 3.

23 Beuys selbst betonte, dass durch Leiden geistig Höheres erzeugt werde. Wer leidet, kuriere sich, werde gesund und wandle sich. Der von ihm zum Initiationsmoment konstruierte Flieger-Absturz steht somit für die Wandlung weg vom nationalistischen Bordfunker hin zum geistig gewachsenen Schamanen, der allwissend einen spirituellen neuen Weg verkündet.

Auch seine Polemiken gegen den repräsentativen Staat im Allgemeinen und die Parteien im Besonderen glichen den Forderungen der Studenten- und Bürgerrechtsproteste.²⁴ Seine besondere und ungewohnte Kunstpraxis diente ihm dabei zur Propagierung seiner progressiven Vorstellungen, welche die Forderung nach einer strukturellen Veränderung der Gesellschaft enthielten. Nicht mehr ökonomische Interessen und materielle Bedingungen bilden demnach die Basis des Lebensalltags, stattdessen soll als Grundlage die Kreativität der Menschen zu einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft führen.²⁵

Diese Forderungen agitierte Beuys nicht zusammenhangslos, sondern leitete sie ab aus seinem künstlerisch-theoretischen Fundament, das auf der *sozialen Plastik* und dem erweiterte Kunstbegriff aufbaute. Dieses wurzelte ursprünglich in dem Dreigliederungsmodell der Anthroposophie Rudolf Steiners, der drei gesellschaftliche Bereiche unterschied, die mit den Idealen der Französischen Revolution verknüpft wurden: Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, Gleichheit im Bereich des Öffentlichen Rechts und Freiheit im Geistesleben.²⁶ Hieraus abgeleitet beschreibt Beuys seine utopische Überlegung zur Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ihm zufolge ermögliche die Kombination aus Kultur in Freiheit, der Rechtsstruktur einer Demokratie und einem durch den Sozialismus geprägten Wirtschaftsbereich einen politisch-gesellschaftlichen Wandel hin zu einer erstrebenswerten Gesellschaftsform. Die Menschen einer Gesellschaft sollen dabei handelnd im Zentrum der Entscheidungen stehen. Eine autoritäre oder gar repräsentative Regierung durch Parteien lehnte Beuys aufgrund dieser Überlegungen ab:

„Je mehr ich die Sache [Begriff des Politischen, d. Verf.] in ihrer Eigentlichkeit sehe, erscheint darin der Mensch als das schöpferische Wesen schlechthin, und ich habe es dabei mit dem Souverän zu tun, besonders auch im demokratischen Kraftfeld. Das ist wichtig, vom Menschen zu wissen, daß aus seiner Freiheit und dem übenden Wirken im Bewußtsein das ‚ICH‘ erkannt wird als der Souverän, der Bestimmende. So wird der Charakter der Selbstbestimmung doch der elementarste, nur mit diesem Hebel ist eine Neugestaltung der Gesellschaft möglich.“²⁷

24 Vgl. Quermann 2006 (s. Anm. 21), S. 127.

25 Lange 1999 (s. Anm. 14), S. 9.

26 Vgl. Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 143.

27 Beuys, Joseph: Reden über das eigene Land: Deutschland, in: INTERNATIONES: Zum Tode von Joseph Beuys. Nachrufe, Aufsätze, Reden. Berlin 1986, S. 43 f.

Beuys forderte Raum für aktive direkt-partizipierende Bürger, die selbstbewusst – und damit meinte er die bürgerliche Gewissheit über den eigenen Stellenwert im politischen System – an einer gemeinsamen sozialen Plastik gestalten können. Kunst änderte für Beuys das Leben, sie wurde Reformator und Kampfmittel für ein idealisiertes Weltbild.²⁸ Mit diesen Überzeugungen trat Beuys ab Mitte der 1960er Jahre immer stärker in die Öffentlichkeit: Sein politisches und soziales Engagement begründete zahlreiche Initiativen. Denn obwohl Beuys sich zu späteren Zeiten beharrlich gegen Parteien wandte, war er selbst an der Gründung mehrerer Organisationen beteiligt: 1967, im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Tod von Benno Ohnesorg, gründete Beuys die *Deutsche Studentenpartei*, in der er sich selbst zum Sprecher der Studenten legitimierte. Diese Organisation bezeichnete er als seine größte Plastik.²⁹ Ihre Zielvorstellungen ließen sich dem Meinungsspektrum außerparlamentarischer bürgerlicher Gruppierungen zuordnen und Beuys versprach, eine Leitfigur zu werden für diejenigen, die eine „radikale Veränderung auf harmonischem Weg“ anstrebten.³⁰ Jedoch erwies sich die Deutsche Studentenpartei in der damals gefestigten Parteienlandschaft als wenig einflussreich. 1970 ging aus ihren Strukturen die ebenfalls von Beuys betriebene *Organisation der Nichtwähler* hervor. Diese initiierte den Aufruf zum Boykott von Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen. Im zugrundeliegenden Programm erklärte Beuys, „...weil wir nie wieder wählen wollen, also nie wieder so einen Kopp wählen wollen, der irgendwo an einem Baum klebt, eines Tages kurz vor der Wahl...“³¹

Diese außerparlamentarische Protestinitiative bot später ausreichend Potenzial für die Gründung der Bundespartei *DIE GRÜNEN*. Beuys selbst kandidierte für diese Partei noch zu Beginn der 1980er Jahre, jedoch mit wenig Erfolg.³² Kurze Zeit später wandte Beuys sich von den Grünen ab, als sie seiner Meinung nach zu sehr dem Weg der herkömmlichen Parteien folgten. Die wohl größte öffentliche Aufmerksamkeit erhielt Beuys, als er im Kontext der Forderung nach freien Hochschulen medienwirksam gegen Zulassungsverfahren und Numerus clausus bei künstlerischen Studiengängen protestierte. Beuys, zum damaligen Zeitpunkt Professor an der staatlichen Kunstakademie Düsseldorf, besetzte mit

28 Vgl. *Prophete rechts, Prophete links – Ideen und Idole dieser Tage*: 11. Joseph Beuys, Deutschlandfunk, 23. Mai 1971, in: Jappe 1996 (s. Anm. 19), S. 123.

29 Jappe 1996 (s. Anm. 19), S. 12; siehe auch *Prophete rechts, Prophete links – Ideen und Idole dieser Tage*: 11. Joseph Beuys, Deutschlandfunk, 23. Mai 1971, in: Jappe 1996 (s. Anm. 19), S. 125.

30 Lange 1999 (s. Anm. 14), S. 109.

31 Jappe 1996 (s. Anm. 19), S. 129.

32 Vgl. Lange 1999 (s. Anm. 14), S. 99 f.

seinen Studenten zweimal das Sekretariat, um abgelehnte Bewerber doch noch in seine Klasse aufnehmen zu können. Beim ersten Versuch durchaus erfolgreich, endete die letzte Besetzung mit einer polizeilichen Räumung und Beuys' fristloser Entlassung aus der Lehrtätigkeit, begleitet von hoher medialer Aufmerksamkeit.³³ Der damals anwesende Lehramtskandidat Klaus Tesching erinnert sich an die heitere Stimmung bei den Besetzungen: Beuys' Einstellung habe überzeugt, man habe sich von einer Welle getragen gefühlt und sei ohne strategische Überlegungen einfach mitgegangen. Vielen sei die Sache zwar naiv erschienen, aber man habe das Gefühl gehabt, alle würden mitmachen.³⁴

Beuys' wachsende Bekanntheit und sein oft beschriebenes Charisma boten immer mehr Menschen die Möglichkeit, sich mit seinen Ideen zu identifizieren. Seine politischen Forderungen, aber auch seine nach außen getragene Spiritualität trafen den damaligen Zeitgeist. Nach seinem Verständnis des *erweiterten Kunstbegriffs* sah er sich und sein plastisches Handeln ebenfalls als künstlerischen Prozess. Seine eigenwillige Art und auch die gekonnte optische Inszenierung mit Filzhut, Mantel und Anglerweste ließen das Kunstwerk Beuys stetig wachsen. Selbst seine Lebensgeschichte gestaltete Beuys bewusst: So überzeichnete und kreierte er in seinen biografischen Erzählungen einzelne Momente, denen er besondere Bedeutung zukommen ließ. Zeitweilig verschwieg er seinen Gymnasialabschluss, zog seinen jugendlichen Ausflug zum Zirkus in zeithistorisch unerklärbare Länge und sorgte auch für Verwirrung in Bezug auf seine Geburtsstadt.

Ein ganz besonderer Abschnitt in seinem Lebenslauf jedoch wird immer wieder als Initiationsmoment interpretiert: Beuys hatte sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig zum Militärdienst gemeldet und war zum Bordfunker ausgebildet worden. Bei einem Flug 1944 wurde er über der Krim abgeschossen. Der Pilot kam bei dem Unfall ums Leben, Beuys überlebte den Absturz, hatte sich jedoch schwer am Kopf verletzt. Seinen Erzählungen zufolge sei er von einer Gruppe Tataren gefunden worden, die ihn in ihren Filzzelten wieder hätten genesen lassen. Tagelang hätten sie ihn umsorgt und versorgt, indem sie ihn zum Warmhalten in Fett und Filz gewickelt und seine Wunden gepflegt hätten.³⁵ Viele Rezipienten der Beuys'schen Werke erkennen dieses Ereignis als den Moment einer kreativen und künstlerischen Neugeburt Beuys'. Seine, kurze Zeit später einsetzende, Vorliebe für Fett und Filz, seine regelrechte Fett- und Filzobsession, ließ

33 Vgl. Quermann 2006 (s. Anm. 21), S. 32.

34 Vgl. Quermann, Andreas: Große Klasse! – Joseph Beuys und der Zulassungstreit an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf 1972, in: Jahreshefte des Joseph Beuys Archivs, Nr. 1/2001 (2002), S. 13-45, hier S. 28.

35 Vgl. Bianchi/Doswald/Gallio (Hg.) 2000 (s. Anm. 4), S. 15 f.

sich nur zu gut durch diesen Mythos erklären. Diese Legende wurde jedoch alsbald dekonstruiert, da die Zeit zwischen dem dokumentierten Absturz und Beuys' Aufnahme in ein deutsches Lazarett keinen derart langen Aufenthalt bei den Tataren zuließ – Beuys konnte lediglich wenige Stunden in ihren Zelten verbracht haben.³⁶ Aber selbst wenn Beuys diesen Wiedergeburtsmoment nur erdacht hätte, bietet dieser einen interpretativen Zugang zu seinem Kunsthandeln.

FAZIT

1964 war das Jahr, in dem Joseph Beuys mit seinen Aktionen und Happenings vermehrt in die Öffentlichkeit drängte. Seine Erweiterung des Kunstbegriffs fiel zu dieser Zeit auf äußerst fruchtbaren Boden. Und auch die daraus erwachsene Idee von der möglichen Modifikation des *Kunstwerks Gesellschaft*, dem gemeinsamen Gestalten der *sozialen Plastik*, erfuhr viel Zuspruch. Durchaus hat Beuys mit dem *erweiterten Kunstbegriff* eine gewisse Revolution ausgelöst. Durch diese Erweiterung nahm Beuys der Kunst ihre Teildisziplinen, ihren in sich geschlossenen Charakter und erweiterte sie in alle Richtungen und Dimensionen. Aber wo Kunst alltäglich wird, verliert sie immer auch ein wenig ihrer Besonderheit. Ihr revolutionärer Moment verteilt sich abgeschwächt, gleichsam verschüttetem Wasser, dünn in alle Richtungen. Kunst ist heute überall, aber vergleichsweise schwach in ihrer Intensität. Der Moment, in dem Beuys den Eimer Kunst auskippte, bleibt ehemaligen Schülern und Weggefährten anhaltend in Erinnerung. Doch ranzige und angestaubte Fettecken besitzen heute, ohne ihren faszinierenden Künstler und in einem anderen gesellschaftlichen Kontext, nicht mehr dieselbe Bedeutung wie im Moment ihrer Entstehung. Die Kunstwerke des Joseph Beuys wirken ein wenig verloren, gar verstaubt ohne ihren großen Künstler. Aber folgt man Beuys' Verständnis des erweiterten Kunstbegriffs, so gilt Kunst als nie vollendet. Womit auch die heute noch existierenden Beuys'schen Werke stets Teil der *sozialen Plastik* sind. Und jeder neu geschriebene Artikel, jede neue Ausstellung vermag einen erneuten Impuls in die als *soziale Plastik* verstandene Gesellschaft zu geben. Beuys zu einem idealtypischen Gesellschaftsreformer³⁷ zu erheben und seine besondere Wirkung dominant über die aller anderen Aktivisten der 68er stellen zu wollen, ist letztlich dann freilich doch nicht haltbar. Aufgrund des spezifischen soziokulturellen Kontextes der bundesdeutschen Nachkriegszeit konnte sich Beuys als autonomer Künstler etablieren.

36 Vgl. Gieseke/Markert 1996 (s. Anm. 8), S. 70-77.

37 Vgl. Lange 1999 (s. Anm. 14).

Seine Bekanntheit, auch über die westdeutschen Grenzen hinaus, resultierte zu einem großen Anteil aus den politischen Gegebenheiten der 1960er und 1970er Jahre, die er nur punktuell thematisierte. Dabei verhalfen Beuys seine auffallende Art und Weise, sich und seine politischen Inhalte öffentlichkeitswirksam zu inszenieren, schnell zu einem charismatischen Image. Seine Reden, Ansprachen und Aktionen faszinierten zahlreiche Anhänger – insbesondere unter den Studenten selbst, die Beuys eine besondere Initiationskraft zusprachen und sein Wirken im gesellschaftlichen Reformprozess der 68er nicht infrage stellten. Zudem vertrat Beuys die Forderungen der Studenten, sprach ihre Sprache und nutzte ihre Methoden des Diskurses, wie: „[...] Manifeste, Demonstrationen, Besetzungen, so genannte Sit-, Go- oder Teach-Ins und nicht zuletzt Diskussionen“³⁸. Beuys überführte die Postulate der Studenten in den bürgerlichen Kunstbetrieb und gewann dort weitere Anhänger. So nutzte er diesen um sich entstehenden positiven Nimbus und verstärkte seine Rolle als revolutionäre Leitfigur. Dies verdankte er zum einen seinem natürlichen Charisma und seiner Sprachgewandtheit, zum anderen jedoch auch seiner durch die Professorenrolle gewachsenen Autorität. Seine Akzeptanz in der bürgerlichen Szene des Kunstbetriebes dürfte ihm insbesondere in der Anfangsphase seiner öffentlich vorgetragenen politischen Forderungen zuträglich gewesen sein. Diese Unterstützung, sein Ansehen und seinen autoritären Habitus behielt Beuys ein Leben lang bei, wodurch er sich stets in einer herausgehobenen Position sah, die für ihn als unumstritten gegolten haben dürfte. Wenngleich sein Bestreben nach einem politischen Amt jedes Mal scheiterte, war er selbst fest überzeugt, als Impulsgeber in die Gesellschaft zu wirken.³⁹ Ob und welche Anregungen er jedoch von anderen Personen erfuhr und was er in Diskussionen lernen durfte, referierte er nicht. Seine eigenen Standpunkte und seine eigene Identität stellte er zu keiner Zeit infrage. Stattdessen beschrieb er seine Rolle gegenüber anderen Menschen selbstbewusst als die eines herausgehobenen Regisseurs, der einen materiell fassbaren Prozess künstlerisch so inszenieren müsse, dass „der Zuschauer in eine Situation hineinkommt“. Während einer Aktion sicherte Beuys sich stets eine widerspruchsfreie Diskursposition, indem er die Standpunkte seiner Zuhörer nur dann integrierte, wenn sie seinem Konzept entsprachen. Auch seine Art und Weise der kommunikativen Zusammenkunft hatte unter den Anhängern der 68er eine maßgebliche Vorbildfunktion. Die prototypische Methode der Happenings beeinflusste alsbald die Entstehung der populären *Teach-* und *Sit-ins*. Hase, Hut und Happenings – der Künstler Beuys wurde zu einem autoritären Fürsprecher einer Studentenbewegung, die sich vehement gegen autoritäre Strukturen auflehnte.

38 Quermann 2006 (s. Anm. 21), S. 126.

39 Vgl. Lange 1999 (s. Anm. 14), S. 238 f.

Pop Art in Deutschland

Wegbereiterin politischer Revolution?¹

MIRIAM ZIMMER

„Ist das Kunst, oder kann das weg?“ Ohne die Pop Art hätte es diese ironische Redewendung, die uns heute immer wieder beim gemeinschaftlichen Aufräumen des Büros oder der privaten Räumlichkeiten begegnet, wohl nie gegeben. Der freche neue Kunststil machte in den 1960er Jahren aus Alltagsgegenständen², aus Werbeplakaten und Zeitschriftencovern, Comicstreifen, ja sogar aus Weggeworfenem in den Straßen New Yorks³ Kunst und verwischte damit die Grenzen zwischen Alltag, Funktionalität⁴, Technik, Industrieproduktion und Massenkonsum einerseits und Einmaligkeit, Handarbeit, Ästhetik, Selbstreferentialität, Entrücktheit und Originalität der feinen Künste andererseits.

Im Westdeutschland, das sich Anfang der 1960er Jahre wirtschaftlich und politisch gerade von den Folgen des Zweiten Weltkrieges erholt hatte, bildete die

-
- 1 Zur Gender-Regelung in diesem Text: Wird in diesem Text die männliche Schreibweise benutzt, so sind auch ausdrücklich nur Männer gemeint. Sollen sowohl Männer und Frauen als auch alle anderen Geschlechter angesprochen sein, so wird dies mit dem Binnen-I gekennzeichnet. Leider sind alle Pop-Art-Schaffenden, denen ich auf meinen Recherchen begegnet bin, männlichen Geschlechts, sodass dementsprechend auch die männliche Schreibweise angebracht ist. Es wäre daher erst recht interessant und angebracht, Pop-Art-Künstlerinnen ausfindig zu machen und in den Kanon der Kunstschaffenden dieses Stils aufzunehmen.
 - 2 Vgl. z.B. Zahner, Nina Tessa: Die neuen Regeln der Kunst. Andy Warhol und der Umbau des Kunstbetriebs im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 92.
 - 3 Vgl. Claes Oldenburgs Installation „the Street“, z.B. in: Osterwold, Tilman: Pop Art, Köln, London 2007, S. 194.
 - 4 Vgl. Herding, Klaus: 1968. Kunst, Kunstgeschichte, Politik, Frankfurt a.M. 2008.

Pop Art ganz eigene, gesellschaftlich engagierte Spielarten aus, die dieser Gesellschaft nicht nur einen Spiegel vorhielten, sondern sie auch nachhaltig prägten. Welchen Einfluss der „Kapitalistische Realismus“ als deutsche Variante der Pop Art auf die sich anbahnende gesellschaftliche Transformation der „68er“ hatte, soll in diesem Artikel diskutiert werden.

STIMMUNGEN UND SCHWINGUNGEN IN DEUTSCHLAND ZU BEGINN DER 1960ER JAHRE

Zu Beginn der 1960er Jahre war die Kunstszene international, aber vor allem in den USA und in Europa von Werken und Künstlern geprägt, die dem „Informel“, der abstrakten Kunst und dem Expressionismus zuzuordnen sind.⁵ Die anerkannten Werke zeichneten sich ihrem Namen nach dadurch aus, dass sie sich von der Darstellung von Objekten losgesagt hatten und nur noch mit geometrischen Figuren oder Farbkombinationen unterschiedlichster Art arbeiteten. Damit entsagte die abstrakte Kunst einmal mehr dem Weltlichen und betrieb selbstreferentiell Kunst um der Kunst Willen. Dies spiegelte sich auch in den großen Ausstellungen zu dieser Zeit wider. Die erste und zweite „documenta“ 1955 und 1959 sowie noch die „Biennale“ in Venedig 1964 waren größtenteils mit Werken dieser Strömungen bestückt.⁶

Diese Kunstrichtungen erlebten Ende der 1950er Jahre den Gipfel ihrer Rezeption und hatten gleichzeitig auch die Abstraktion bis ins Extrem getrieben. Der Höhepunkt der abstrakten und gegenstandslosen Kunst stellte aber zugleich auch eine Sackgasse in der kunstgeschichtlichen Entwicklung dar, denn die Lösungen der Zeit waren so sehr auf die Spitze getrieben worden, dass die Gegenbewegung nicht lange auf sich warten ließ. Zunächst in den USA, später dann in ganz Europa stellten sich Werke eines neuen Realismus dem Primat des abstrakten Expressionismus und Informel entgegen. Die wohl einflussreichste und in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft und das Feld der Kunst bedeutendste Stilrichtung ist die Pop Art.

5 Vgl. Strsembski, Stephan: Kapitalistischer Realismus. Objekt und Kritik in der Kunst der 60er Jahre, Hamburg 2010, S. 31.

6 Vgl. Link, Jochen: Pop Art in Deutschland. Die Rezeption der amerikanischen und englischen Pop Art durch deutsche Museen, Galerien, Sammler und ausgewählte Zeitungen in der Zeit von 1959 bis 1972, Stuttgart 2000.

DIE POP ART – ANGELSÄCHSISCHE KUNST SCHWAPPT NACH KONTINENTALEUROPA

Entstehung und Beschreibung von Pop Art

Die Pop Art entstand nahezu zeitgleich in den Großstädten der USA und Englands, vor allem im New York der späten 1950er Jahre.⁷ Obwohl sich die europäische und die US-amerikanische Version der neuen Kunstrichtung in einigen stilistischen und thematischen Schwerpunkten unterschieden, so lässt sich mit der Pop Art doch ein gänzlich neuer, übergreifender Trend in der zeitgenössischen Kunst feststellen: Werbung, Comic, Konsum, Massenproduktion, Alltagsthematiken, schrille Farben, plakative Ästhetik – Pop Art setzte neue, polarisierende Akzente in der modernen Kunstszenen der USA und Westeuropas. Die jungen Künstler, die sich wie Robert Rauschenberg, Claes Oldenburg, Andy Warhol oder Richard Hamilton Massenmedien und ihre Wirkung sowie die moderne Konsumgesellschaft und ihre Objekte zum Thema machten, arbeiteten mit neuen Techniken wie dem Siebdruck, die ihrerseits auf die Produktionsweise der Massenmedien referierten.

Doch was machte die Pop Art so neu und selbst für ein kunstaffines Publikum so innovativ und provokant? Erstens ihre *Gegenständlichkeit*: Im Gegensatz zum Informel, Expressionismus und Dada entdeckten die jungen Künstler der Pop Art die radikale Gegenständlichkeit für sich. Die Inhalte der Bilder, Skulpturen und Installationen wurden so präsentiert, wie sie auch im Original sinnlich wahrgenommen wurden – ohne „Verfälschungen“ oder Abstraktionen durch die Künstler. Durch neue Perspektiven und Objekte unterschied sich die Pop Art jedoch von früheren figurativen Stilen. Zweitens *neue Objekte*: Zum Thema wurden Produkte der Wohlstandsgesellschaft der modernen Großstadt gemacht. Die jungen Künstler griffen, wider die bisherige Tradition der schönen Künste, das Alltägliche auf – Haushaltsgegenstände, Werbeplakate und Anzeigen, Markenprodukte, berühmte Personen und Werbefiguren. Doch die Pop Art stellte diese nicht nur einfach dar (wie ein Jahrhundert zuvor noch der Realismus oder später die neue Sachlichkeit) oder reduzierte sie auf ihre wesentlichen Funktionen und Formen, wie dies zum Beispiel die Bauhauskunst tat. Vielmehr zerrte die Pop Art die Dinge des täglichen Lebens ins Zentrum ihrer Kunstwerke, zoomte sie auf Großformate, machte somit jedes Detail sichtbar und bewusst, hob sie mit dicken Konturen hervor, verdichtete sie mit zum Teil ins Unendliche reichender Replikation und Akkumulation und schob sie mit grellen, schrillen Farben ins

7 Vgl. Lippard, Lucy: Introduction, in: dies. (Hg.): Pop Art, London 1992, S. 22.

Rampenlicht – ein Affront für das intellektuelle Establishment. Drittens *Reproduzierbarkeit*: Mit Verfahren wie dem Siebdruck nahmen die Künstler der Pop Art moderne Techniken der massenmedialen Verbreitung in ihr Repertoire künstlerischer Produktion auf. Charakteristiken der Unikate und Einmaligkeit künstlerischer Schöpfungen wurden infrage gestellt. Damit einhergehend standen ebenfalls die künstlerische Individualität und Genialität urplötzlich zur Disposition. Andy Warhol trieb dies auf die Spitze, indem er sein Atelier zur Fabrik (*factory*) erklärte und Menschen einstellte, die für ihn seine Kunstdrucke im Akkord anfertigten – seine Werke sah er entsprechend auch als Produkt kollektiver Aktivität.⁸ Allerdings ist auch in der Pop Art die Originalität des Werkes vorhanden, da auch die gedruckten Werke von Warhol Einzelanfertigungen waren, mit genauester Abstimmung von Farben und Technik unter dem Auge des Meisters.⁹ Bei der Pop Art und ihrem Umgang mit massenmedialen Reproduktionstechniken geht es also eher um die Potenzialität der Reproduktion und des Verlustes von Originalität.

Hinzu kommt, dass die Künstler sich selbst und ihre Werke nicht so ernst nahmen. Nach eigenen Aussagen verfolgten die Werke der US-Pop Art keine Moral und verweigerten sich auch des Ausdrucks eines tieferen Sinns. Vielmehr proklamierten die Künstler, die moderne Welt der Großstädte wertneutral so darzustellen, wie sie war, und sie nahmen dabei nicht selten eine freche, persiflierende und ironische Perspektive ein.¹⁰

Seit dem Abstrakten Expressionismus war zum zweiten Mal New York und damit die Kunst der „Neuen Welt“ maßgeblich für die internationale Kunstszene. Nun beanspruchte die Pop Art, als ebenso eindeutig US-amerikanische, ja New York'sche Erfindung, entstanden in der modernen Metropole schlechthin, Ansehen und Gestaltungsmacht. Auch in England, wo der Begriff der Pop Art ursprünglich aufgekommen war,¹¹ gab es eine beachtliche Pop Art-Szene, wohingegen die westeuropäisch-kontinentale Pop Art sich auf einzelne Künstler beschränkte. Doch in der Kunstrezeption und wissenschaftlichen Diskussion ist die Pop Art so eng mit der US-amerikanischen Kultur und deren Künstlern assoziiert, dass selbst bei deutschen Kunsthistoriker- und -soziologinnen die deutsche Pop Art keine Erwähnung findet,¹² dafür aber die Wirkung von US-Pop Art in den USA und Deutschland untersucht wird.

8 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2), S. 236

9 Vgl. ebd., S. 245.

10 Vgl. Wilson, Simon: Pop Art, München 1975, S. 17 f.

11 Vgl. Lippard 1992 (s. Anm. 7), S. 27.

12 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2); Herding 2008 (s. Anm. 4).

Der Kapitalistische Realismus als deutsche Manifestation der Pop Art und Ikonografie des Alltags¹³

Über große Ausstellungen und Kunstzeitschriften gelangte die angelsächsische Pop Art bald auch nach Kontinentaleuropa. Die Reaktion des deutschen Publikums auf dieses unkonventionelle Kunstverständnis war zunächst verhalten. Mit Hass, Abscheu und Herabwürdigung reagierte die etablierte Kunstszene, die sich bis dato in Ausstellungen abstrakter Künstler tummelte und ihre Entzückungen in der absoluten Gegenstandslosigkeit, in geometrischen Formen und Farbspielen, fand. Für diese vergeistigte Szene war die Pop Art mit ihren schrillen Darstellungen von Körpern und Produkten in ihrer konkretesten Art und Weise geradezu Provokation und erntete in der Folge Spott und Unverständnis oder einfach nur Missachtung.

Zwar drängte die Pop Art also spätestens auf der zweiten documenta 1959 auch in den Wahrnehmungshorizont der deutschen Kunstszene, zunächst allerdings mit einem schwierigen Stand. Anfänglich wurde der neuen Kunstrichtung eine solch geringe Bedeutung beigemessen, dass die Werke US-amerikanischer Pop Art-Künstler auf dieser einschlägigen europäischen Kunstausstellung eng zusammengepfercht am Rande präsentiert wurden und kaum Aufmerksamkeit und Anerkennung bei Besuchern, Rezensenten und Medien fanden. Einige Werke wurden sogar als eine solche Provokation empfunden, dass die Veranstalter der durchaus immer wieder Aufsehen erregenden Kunstschau sich nicht trauten, diese auszustellen und sie nur auf Anfrage im Büro des Ausstellungsleiters betrachtet werden konnten.¹⁴ In ihrer Einschätzung gegenüber dem Publikum lagen die Kuratoren keineswegs falsch, da das Publikum schon bei den weniger provokativen Stücken nicht vor Vandalismus zurückschreckte.¹⁵ Nichtsdestotrotz hielt die Pop Art langsam auch in die deutsche Kunstszene und in private Sammlungen Einzug.¹⁶

Bald begannen sich auch deutsche Künstler eingehender mit dem neuen Stil zu beschäftigen und es entstanden verschiedenartige Rezeptionen und künstlerische Umdeutungen der angelsächsischen Pop Art, die unter dem Sammelbegriff des „Neuen Realismus“ gefasst werden können. Im Umkreis der Düsseldorfer Kunstakademie sammelten sich unter dem Label eines neuen Realismus Visionä-

13 Vgl. Strsembski 2010 (s. Anm. 5), S. 211.

14 Vgl. Link 2000 (s. Anm. 6), S. 21.

15 Vgl. ebd., S. 25 f.

16 Vgl. z.B. Bongard, Willi: Leben mit Pop, Op und Ob. Leid- und lustvolle Erfahrungen mit moderner Kunst, in: Die Zeit, 09.07.1965.

re einer anderen, gegenstandorientierten und provozierenden Kunst aus Ost- und Westdeutschland zu zwei Künstlergruppen: dem „Fluxus“, unter prominenter Anführung von Joseph Beuys,¹⁷ und dem Kapitalistischen Realismus. In Düsseldorf hatte eine Gruppe junger Künstler im Umfeld der dortigen Kunstakademie aus Kunstzeitschriften von der Pop Art erfahren. Die Gruppe um Gerd Richter und Konrad Lueg, die sich selbst als „German Pop Artists“¹⁸ handelte, schuf Anfang der 1960er Jahre Werke unter dem markanten Namen „Kapitalistischer Realismus“. Diese Bezeichnung für ihre Kunst war sowohl eine ironische Referenz an den sozialistischen Realismus, dem Richter und Polke kurz zuvor entflohen waren,¹⁹ als auch Programm. Die Werke des Kapitalistischen Realismus befassten sich, ebenso wie ihr US-Vorbild, mit Themen des Alltags – in diesem Fall Westdeutschlands – und dem Resultat des kapitalistischen Fortschritts beziehungsweise des deutschen „Wirtschaftswunders“. Während die US-Pop Art allerdings die bunte Farbenwelt der Werbung, Comics und Illustrierten aufnahm, stellte der Kapitalistische Realismus die technisierte Wohlstandsgesellschaft der 1960er Jahre in tristeren, gar monotonen Bildern dar. Weiterhin sorgte die räumliche und ästhetische Nähe auch immer wieder dafür, dass Elemente des Fluxus in den Kapitalistischen Realismus einfließen.²⁰

Die vielleicht öffentlichkeitswirksamste „Ausstellung“ des Kapitalistischen Realismus fand unter dem Titel „Leben mit Pop – Eine Demonstration für den Kapitalistischen Realismus“ am 11. Oktober 1963 im Möbelkaufhaus *Berges* in Düsseldorf statt. Ähnlich der Fluxus-Happenings hatten die Veranstalter, Konrad Lueg und Gerd Richter, die Demonstration minutiös geplant. Das Kernstück der Demonstration war ein durchschnittliches deutsches Wohnzimmer, dessen Präsentation die beiden Künstler zuvor genau beschrieben hatten:

„Ausstellungsraum. Auf 9 weißen Sockeln stehen: Ein Teewagen mit Blumen in einer Vase, im Zwischenfach Churchills Werke und die Zeitschrift ‚Schöner Wohnen‘. Ein Schrank mit gemischtem Inhalt. Ein weinroter Sessel. Ein Gasherd. Ein grüner Sessel, darauf sitzend K. Lueg (dunkler Anzug, weißes Hemd, Krawatte). Ein kleiner Versattztisch, darauf ein Fernsehgerät (nach der Tagesschau die Ära Adenauer übertragend). Eine kleine Stehlampe. Eine Couch, darauf liegend mit einem Kriminalroman G. Richter (blauer Anzug, rosa Hemd, Krawatte). Ein Tisch, gedeckt mit Kaffeegeschirr für 2 Personen, ange-

17 Vgl. den Beitrag von Julia Kiegeland in diesem Band.

18 Vgl. Strsembski 2010 (s. Anm. 5), S. 40.

19 Vgl. Neckel, Sighard/Titton, Monica: „Kapitalistischer Realismus“. Die künstlerische Gesellschaftskritik, in: Neckel, Sighard (Hg.): Kapitalistischer Realismus. Von der Kunstaktion zur Gesellschaftskritik, Frankfurt a.M. u.a. 2010, S. 11-30, hier S. 14.

20 Vgl. Strsembski 2010 (s. Anm. 5), S. 38 f.

schnittener Marmor- und Napfkuchen und eingeschenktem Kaffee; außerdem 3 Gläser und in einem Plastikbeutel 3 Flaschen Bier und 1 Flasche Korn. Die Wände sind weiß gestrichen. Bilder oder Wandschmuck sind nicht angebracht. Neben der Eingangstür befindet sich eine Garderobe. Sie ist mit dem offiziellen Anzug von Prof. J. Beuys bestückt (Hut, gelbes Hemd, blaue Hose, Socken, Schuhe. Darauf angebracht sind 9 kleine Zettel mit braunen Kreuzen. Darunter steht ein Karton mit Palmin und Margarine). Der Raum ist von sehr hellem warmem Neonlicht und einer Stehlampe beleuchtet und durch wiederholtes Einsprühen mit Fichtennadelöl mit anhaltendem Geruch erfüllt.“²¹

„Die Besucher fahren mit dem Aufzug zur III. Etage und befinden sich im WARTE-RAUM. Lautsprecher übertragen im ganzen Haus Tanzmusik und die Durchsagen eines Sprechers, der die Gäste begrüßt und in Abständen von 3 bis 5 Minuten nach laufender Nummer Gruppen von 6 bis 10 Besuchern auffordert, den Ausstellungsraum zu besichtigen. Die zuerst aufgerufenen Gäste betreten nur zögernd den Raum. Bald darauf füllt sich der Raum. Gegen 20.30 richtet sich keiner mehr nach den Aufrufen, sondern jeder drängt sich hinein. Die ausgestellten Speisen und Getränke werden sämtlich von den Besuchern verzehrt, der Schrankinhalt wird zum Teil geplündert. 20.35 Uhr verlassen die ausgestellten Künstler ihren Sockel und rufen, ebenso wie die Lautsprecher, zum großen Rundgang auf.“²²

Die Künstler präsentieren in dieser Demonstration detailreich das durchschnittliche, ins Private zurückgezogene, durch bescheidenen Wohlstand gesicherte Leben vieler Deutscher zu dieser Zeit. Die Außenwelt dringt nur über die im Hintergrund übertragene und kaum beachtete „Tagesschau“ ins „Wohnzimmer“. Die medialen Verweise auf Adenauer und Churchill verdeutlichen den historischen Fluchtpunkt dieser Generation – die vergangenen Jahre des Wiederaufbaus. Der Tannengeruch vernebelt den Raum mit künstlicher Heimeligkeit.

Die politisch engagierte Pop Art nach Kramp und Egging

Neben dem Kapitalistischen Realismus identifizieren Manuela Kramp²³ und Björn Egging²⁴ in demselben Zeitraum eine weitere Strömung, die ebenfalls mit den künstlerischen Mitteln der Pop Art arbeitete, sich vom Kapitalistischen Rea-

21 Block, René: Grafik des Kapitalistischen Realismus, Berlin 1971, S. 31.

22 Ebd., S. 32.

23 Vgl. Kramp, Manuela: „Polit-Pop“. Politisch engagierte Werke in der Deutschen Pop Art, Bochum 1997.

24 Vgl. Egging, Björn: Von Pop zu Politik. Studien zur Entwicklung der politisch engagierten Kunst KP Brehmers, Hamburg 2003.

lismus allerdings dadurch unterschied, dass sie sich dezidiert politischen Themen und Ereignissen, wie dem Vietnamkrieg und dem Nationalsozialismus, zuwandte – der politisch engagierte „PolitPop“. Die Künstler des PolitPop waren auf die gesamte Bundesrepublik verteilt und im Vergleich zum Kapitalistischen Realismus eher lose vernetzt. Bei ihren Arbeiten standen nicht, wie bei der Düsseldorfer Gruppe, die Demonstration und der Perspektivwechsel in Bezug auf das private Leben im Vordergrund, sondern vielmehr die schockierende und aufrüttelnde Darstellung konkreter politischer Ereignisse. Kramp diagnostiziert bei diesen Künstlern einen pädagogischen Impetus ihrer Werke, die verstören, zur kritischen Auseinandersetzung mit diesen Themen anregen und politisch mobilisieren sollten. Die Künstler dieser politisch engagierten Pop Art-Variante standen in enger Verbindung mit der neuen, extremen Linken in Deutschland, was zum Teil auch künstlerische Unterstützung bei der Gestaltung von Flugblättern und Ähnlichem beinhaltete.

Ab 1964 Berlin

1964 trafen diese beiden Strömungen in Westberlin zusammen, der politischen Inselstadt mit besonderem Charme und doch auch einer gewissen Ferne zu anderen Kunstmetropolen wie etwa Paris. Hier fanden die Kunstwerke beider Ausprägungen gleich in zwei Galerien Aufnahme: Zum einen in der „Selbsthilfegalerie“ Berliner Künstler *Großgörschen 35*. Sie wurde 1964 von einer Gruppe junger Berliner Künstler, mit dem Ziel, eigene Werke ausstellen und verkaufen zu können, unter der gleichnamigen Adresse eröffnet. Bis 1968 wurden dort hauptsächlich Künstler des neuen Realismus ausgestellt. Zum anderen begeisterte sich der Galerist René Block für den Kapitalistischen Realismus. Er sammelte die Werke der Düsseldorfer Gruppe und fügte ihnen unter demselben Label Werke anderer Künstler hinzu, die er als stilistisch passend empfand.

Im September 1964 fand in der *Galerie Block* die Gruppenausstellung „Neodada, Pop, Decollage, Kapitalistischer Realismus“ statt, bei der beide Gruppen deutscher Pop Art in einer Ausstellung präsentiert wurden. Von nun an fanden in Berlin regelmäßig Ausstellungen der Kunstwerke deutscher Pop Art und einzelner Künstler statt. 1968 gab René Block eine Mappe mit dem Titel „Grafik des Kapitalistischen Realismus“ beim *Stolpe-Verlag* heraus und erklärte im gleichen Zug diese künstlerische Schaffensphase für beendet.

Insgesamt kann man für die deutschen Spielarten der Pop Art festhalten, dass sich hierzulande weniger die schrillen Neonfarben der angelsächsischen Pop Art durchsetzten, der nicht selten eine affirmative Haltung gegenüber der modernen

Konsumwelt vorgeworfen wurde und wird.²⁵ Die Werke von Gerhard Richter, Konrad Lueg und den anderen Vertretern des Düsseldorfer Kapitalistischen Realismus spiegelten eben nicht die bunte Welt der Werbeplakate wider, sondern demonstrierten und dekonstruierten die kleinbürgerliche Tristesse der Wohlstandsgesellschaft. Die politisch engagierten Kunstwerke riefen geradezu zum politischen Protest auf. Doch in ihrer Objektwahl und Darstellungsweise waren sie klar der neuen, gegenständlichen Kunstrichtung zuzuordnen.

Spätestens in Berlin trafen deutsche Pop Art und 68er-Bewegung aufeinander.²⁶ Interessanterweise diente die neue kecke, teils spöttische Haltung der jungen Künstler den autoritätskritischen Aktionen der linken Szene wohl als Vorbild:

„Es war nicht immer schon psychedelische Kunst (die oft nur in esoterischen Zirkeln zelebriert wurde), aber doch eine Kunst, die für Freizeit, für Großzügigkeit, für Grenzüberschreitung stand, für die Möglichkeit, etablierte Normen ohne Gewalt aus den Angeln zu heben: Pop Art in ihrer Hippie-Variante. Zu ihr brauchte man keine Bekenntnisse abzulegen; ihr konnte man sich einfach überlassen. [...] Aber gerade diese Kunst, genauer: das *Verhalten*, das sie suggerierte, beeinflusste unsere Strategien sehr – obwohl ich annehme, dass uns dieser Transfer nicht so recht bewusst war. Fritz Teufels verzögertes Aufstehen im Gerichtssaal, mit der Bemerkung: ‚Wenn’s der Wahrheitsfindung dient‘, hat im Sinne dieser Aushebelung von Normen Geschichte geschrieben. Der Witz bei den Sit-Ins, der zivile Ungehorsam, zum Beispiel gegenüber Polizisten, denen ein Ausweis erst dann gezeigt wurde, wenn sie zuvor artig ihren Namen oder ihre Dienstnummer genannt hatten (subtile Ironisierung staatlicher Ordnung), die lustige Unhöflichkeit, zum Beispiel gegenüber Professoren, die in einer Versammlung erst das Wort ergreifen durften, wenn ein (studentischer) Diskussionsleiter es ihnen erteilt hatte – das alles wäre ohne die – doch sehr amerikanisch geprägte! – Pop Art in ihrer Hippie-Variante nicht möglich gewesen. Überhaupt kann man den Lust-Faktor nicht hoch genug veranschlagen, wenn man die Protestbewegung von 1968 verstehen will.“²⁷

Die Pop Art konnte sich in Deutschland in den 1960er Jahren nur in einer sehr kurzen Zeitspanne entwickeln; die ersten Ausstellungen des Kapitalistischen Realismus fanden 1963 statt und wurden von Block 1968 schon wieder für beendet erklärt. Politisch engagierte Pop Art-Werke entstanden allerdings, zum Beispiel von KP Brehmer, bis Ende der 1970er Jahre. Trotzdem haben die Werke dieser

25 Vgl. Kramp 1997 (s. Anm. 23), S. 157.

26 Vgl. v.a. ebd., S. 13.

27 Herding 2008 (s. Anm. 4), S. 9.

Strömungen einige Neuerungen hervorgebracht, die für nachfolgende Entwicklungen in Kunst und Gesellschaft einschlägig und prägend waren.

DIE GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ DER POP ART IN DEUTSCHLAND

Der Pop Art stets immanent ist ein intensives Spannungsverhältnis zwischen Konsumverherrlichung und Konsumkritik, zwischen oberflächenfixierter, deskriptiver Darstellung des vorgefundenen Alltagsmaterials und tiefschürfend-kritischer Gesellschaftsanalyse. Diese Dualität lässt sich sowohl in den Selbstzeugnissen und Werksbeschreibungen von Künstlern als auch in den Kritiken und Rezensionen nachverfolgen.

Deutsche Pop Art als Befreiung der Kunst?

Die Pop Art als neue Stilrichtung aus den USA und ihre deutschen Spielarten prägten die Akteure im Feld der Kunst der 1960er Jahre nachhaltig. Zunächst bedeutete das Aufkommen der Pop Art (nicht nur in Deutschland) eine Befreiung der Kunst in ihren Objekten, Gestaltungs- und Präsentationsweisen. Als Spielart des Neuen Realismus wies sie zunächst einen Weg aus der Sackgasse und weg vom Primat des Abstrakten Expressionismus. Die Pop Art machte die Gegenständlichkeit in ihrer Übertreibung und Überbetonung wieder salonfähig. Auch die Objekte an sich waren revolutionär, indem das Alltäglichs in den Mittelpunkt gerückt wurde. Pop Art befreite auch das gesellschaftliche Denken; indem sie mit ihren Objekten (zum Beispiel Rauschenbergs „Bed“ bei der documenta II) provozierte, machte sie neue Inhalte für das Publikum möglich. Heute wäre es nicht mehr denkbar, aus Angst vor den Reaktionen des Publikums auf die Ausstellung eines Bettes von Rauschenberg zu verzichten. Von nun an war es möglich, Suppendosen, *Coca-Cola*-Flaschen und Comiczeichnungen als Kunst zu deklarieren.²⁸ Darüber hinaus befreite Pop Art die Kunst auch aus den altehrwürdigen Hallen der Museen und Galerien, indem ihre Künstler in Geschäften, Möbelhäusern, in Garagen und auf der Straße ausstellten. Präsentationsformen wie die Demonstration des Kapitalistischen Realismus hinzugenommen, irritierte die Pop Art auch dadurch, dass bei ihr die Grenze zwischen Alltag und Kunst, die Unterscheidung von Werk, Künstler und Betrachter verwischten. Damit einher ging die scheinbare Auflösung der klar voneinander trennbaren

28 Vgl. Kramp 1997 (s. Anm. 23), S. 155 f.

Kunstgattungen. Konzert (Musik), Ausstellung (Malerei), Aufführung (Theater) usw. gingen in den Präsentationen der Pop Art, ebenso wie im Fluxus, ineinander über und waren oft nicht zu unterscheiden.²⁹ Seit die Pop Art auf diesen Ebenen neue Wege beschritt, ist in der Kunst vieles möglich; von Strsembski wird ihr sogar die Einleitung einer neuen künstlerischen Epoche, des Postmodernismus, zugeschrieben.³⁰

Deutsche Pop Art als (politischer) Protest?

Ob die deutsche Pop Art als politischer Protest einzuordnen ist, ist nicht leicht zu beantworten. Der Titel der bedeutendsten Präsentation des Kapitalistischen Realismus, „eine *Demonstration* für den Kapitalistischen Realismus“, ist schon rein semantisch eng mit Protest verbunden. Die Intention der Künstler des Kapitalistischen Realismus war ihrer eigenen Aussage nach jedoch eher eine Demonstration im Sinne des Vor-Augen-Führens und somit vielmehr als Kritik an der kleinbürgerlichen Wohlstandsgesellschaft und dem Kapitalismus als Richtschnur für privates und öffentliches Leben zu verstehen.³¹ Was der Düsseldorfer Pop Art ohne Zweifel zuzuschreiben ist, ist die Absicht der Rebellion gegen herrschende Kunstverständnisse, bestehende Normen und Autoritäten.³² Diese Kritik und Provokation, Ironie und Satire galten im Kapitalistischen Realismus dem Inneren der deutschen Wohlstandsgesellschaft. Sie konnten jedoch nicht als genuiner Protest bezeichnet werden, da sie kein konkretes (politisches) Ziel verfolgten.

Anders verhielt es sich bei der politisch engagierten Pop Art, deren Werke konkrete – meist innen- und außenpolitische – Ereignisse wie den Vietnamkrieg oder die Militärdiktatur in Griechenland, den Nationalsozialismus oder das geteilte Deutschland, aber auch Symbole des kapitalistischen Imperialismus, wie *Coca-Cola* als Markenprodukt, adressierten. Die schockierenden Darstellungen sollten aufrütteln und mobilisieren. Nicht zuletzt auch die enge Verbindung von politisch engagierter Pop Art und der neuen Linken spricht für eine Kunst des politischen Protests.³³

29 Vgl. Herding 2008 (s. Anm. 4), S. 26.

30 Vgl. Strsembski 2010 (s. Anm. 5).

31 Vgl. Kramp 1997 (s. Anm. 23), S. 14; Neckel, Sighard: Vorwort, in: ders. (Hg.): Kapitalistischer Realismus. Von der Kunstaktion zur Gesellschaftskritik, Frankfurt a.M. u.a. 2010, S. 7-9, hier S. 8 f.

32 Vgl. Kramp 1997 (s. Anm. 23), S. 8.

33 Vgl. ebd., S. 8 u. S. 16; Strsembski 2010 (s. Anm. 5), S. 210.

Die Pop Art jedenfalls hat bei ihrer Reise über den Atlantik und durch Deutschland eine interessante Wandlung vollzogen, die wohl der jeweiligen gesellschaftlichen Verfasstheit zuzuschreiben ist. War die US-amerikanische Variante wohl eher ein affirmatives Spiel mit den Produkten neuer Medien und Techniken, so war den deutschen Spielarten ein sozio-politischer Impetus inhärent. Mitunter brachte die deutsche Pop Art ihren politischen Protest zu konkreten Ereignissen in Museen und Galerien hinein und unterstützte die linke Protestkultur mit ihren gestalterischen Mitteln so ganz direkt. Indirekten Einfluss hat die Pop Art mit ihrer neuen frech-persiflierenden Haltung zur Gesellschaft auf die Aktivitäten linker AktivistInnen genommen (s. oben), indem sie ebenso ironischen Formen von Protest und sozialem Ungehorsam Vorbild war.

Deutsche Pop Art als Demokratisierung von Kunst und Gesellschaft?

Nun ist die Betrachtung eines neuen Stils in der Kunstgeschichte zwar grundsätzlich interessant, doch von tieferer Bedeutung sind erst die Wechselwirkungen von Kunst beziehungsweise Kunstszenen und Gesellschaft beziehungsweise sozialen Prozessen. Inwieweit also hat die Pop Art mit ihren neuen Ansätzen auch auf die deutsche Gesellschaftsstruktur eingewirkt?

Nach Pierre Bourdieu³⁴ diene die Kunst spätestens seit dem 19. Jahrhundert der Legitimation von Herrschaftsstrukturen innerhalb der Gesellschaft.³⁵ Dabei unterscheidet Bourdieu zwischen der *reinen* beziehungsweise *legitimen* Kunst, die dem Geschmack der herrschenden Klassen entspricht, und der *populären* Kunst, die von den unteren Klassen gemocht und konsumiert wird.³⁶ Während die oberen Klassen durch ihr Wissen und ihre schichtzugehörige Sozialisation Werke legitimer Kunst erkennen und kunsthistorisch und stilistisch einordnen können und über diesen rationalen Zugang gerne konsumieren, präferieren die unteren Schichten aufgrund eines emotionalen und lebensnahen Zugangs die Werke der populären Ästhetik. Diese zwei Pole des Kunstfeldes³⁷ reflektieren und reproduzieren somit auch die Machtverteilung der Gesellschaft. Bourdieu

34 Vgl. Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 2012, S. 601; Schumacher, Florian: Bourdieus Kunstsoziologie, Konstanz 2011, S. 135 f.

35 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2), S. 56.

36 Vgl. Bourdieu 2012 (s. Anm. 34), S. 60 ff.

37 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2), S. 81.

zufolge erfüllt „Kunst entsprechend die gesellschaftliche Funktion der Konstituierung von Ungleichheit und der Aufrechterhaltung von Herrschaft“³⁸.

Die Pop Art verwischte die Grenzen zwischen diesen beiden zuvor klar zu unterscheidenden Polen des Kunstfeldes und übte dadurch einen zweideutigen Einfluss auf die Verteilung von Legitimität und Herrschaft im Feld der Kunst aus. Einerseits war sie auf mehreren Ebenen wesentlich zugänglicher für ein breites Publikum und nahm damit der Avantgarde das Monopol auf die Kunst: In der bürgerlichen Gesellschaft erfüllte das Museum klassischerweise die Funktion, die als *legitime Kunst* empfundenen Werke der Öffentlichkeit zu präsentieren und ihren Status konstant zu reproduzieren.³⁹ „Das Museum ist nach Bourdieu ‚Bestandteil jenes Apparates, mit dem sich stets noch der heilige, abgetrennte und trennende Charakter der legitimen Kunst kundgibt‘.“⁴⁰ Die Pop Art suchte für die Präsentation ihrer Kunst neue Schauplätze, denen nicht die symbolische Barriere des Museumseingangstores oblag, wie öffentliche Plätze oder Kaufhäuser. In Events und Happenings wurden plötzlich ahnungslose Passanten zu Zuschauern. Damit waren Schauplätze der Kunst nun auch außerhalb von Museen und Galerien im öffentlichen Raum möglich und folglich für ein ganz anderes Publikum offen.

Die Anerkennung eines Werkes als Kunst funktionierte bis dato zudem noch durch Galeristen, die allein durch ihr eigenes Prestige Werke und Künstler, die sie selbst ausstellten, als legitime Kunst zertifizierten. Diese Ordnung verschob sich in den frühen 1960er Jahren beispielsweise durch die 1964 gegründete Westberliner „Selbsthilfegalerie“ *Großgörschen* 35. Die jungen Künstler, die diese Galerie im Kollektiv betrieben, um ihre eigenen Werke auszustellen, unterliefen damit die traditionellen Anerkennungsmechanismen von Kunst und sagten sich von der Macht der Galeristen los. Die Präsentation des Kapitalistischen Realismus durch die Galerie von René Block in Berlin folgte hingegen dem klassischen Muster und spiegelte die Macht des klassischen Galeristen wider. Block interessierte sich für die neue Stilrichtung, er stellte die Werke von Lueg, Richter und Konsorten aus; dadurch, dass er jedoch andere junge Künstler unter demselben Label ausstellte, definierte er die Kunstrichtung des Kapitalistischen Realismus neu. Der Galerist – und nicht die Künstler selbst – erklärte dann 1968 den Kapitalistischen Realismus für beendet.⁴¹

Weiterhin hatten auch die Künstler selbst eine demokratische Einstellung gegenüber ihrer Kunst. Aussagen wie Warhols „Everyone is an Artist“ oder seine

38 Ebd., S. 76.

39 Vgl. ebd., S. 87.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. ebd., S. 84.

Einstellung, der zufolge das Kunstwerk ein Produkt kollektiven Handelns sei,⁴² proklamierten nicht mehr den Künstler als alleiniges Genie und ebenso wenig hoben sie das Kunstverständnis als besonderes Merkmal hervor.⁴³ Darüber boten die Alltagsobjekte der Pop Art, die aus dem täglichen Leben und den Medien bekannt waren, einen Zugang für jedermann und -frau.⁴⁴

Die Pop Art machte die legitime Kunst also auch für die unteren Klassen konsumierbar und entriss damit den herrschenden Klassen ein Stück weit das Monopol auf deren Zugang. Hat sie damit eine Demokratisierung durch Kunst eingeleitet? Wohl eher nicht, denn die kulturellen Referenzen (vgl. Bourdieu) zum restlichen Kunstfeld können auch nur die Geübten erkennen. Vielmehr ist die Pop Art zwar aufgrund ihrer Gegenständlichkeit zugänglicher, gewissermaßen „volksnaher“ und wurde aufgrund des neuen Zeitgeists der 1960er Jahre als schön, ästhetisch und modern empfunden. Die Unterscheidung zwischen „normalen“ Werbetafeln, Markenlabels und Comics und der „wahren“ Pop Art als Kunstrichtung ist jedoch derart diffizil, dass nur das geübte und informierte Auge des Kunstkenners die Kunstwerke von den Produkten und Reklamen der industriellen Massenproduktion zu unterscheiden vermag.

Im Informel und den vorherigen künstlerischen Epochen war der Mehrheit der Bevölkerung stets klar gewesen, wann es sich bei einem Werk um Kunst handelte. Material, Beschaffenheit und Präsentation des Objektes wiesen auf dessen besonderen artifiziellen Wert hin. Alle Betrachtenden konnten den Gegenstand innerhalb eines Augenblicks als Kunst identifizieren; allerdings fehlte ihnen der Zugang, um das Objekt in Bedeutung und Wert einordnen zu können. Die Pop Art nun, die sich in ihrer angelsächsischen Form ja selbst die Beschreibung der Oberfläche zum Ziel setzt und deren Künstler sich selbst der Bedeutungszuweisung der Werke entziehen, verlangt auf den ersten Blick eben nicht dieses allgemeine Kunstverständnis als Möglichkeit der Referenz. Es findet also eine Popularisierung der Kunst statt, da die Pop Art sowohl dem Geschmack der oberen als auch der unteren Klassen entspricht und somit ein Großteil der Gesellschaft Zugang zu dieser legitimen Kunst erhält. Bei der Pop Art kommt es jedoch, aus dem genannten Grunde, noch drastischer als bei vorherigen Konstellationen künstlerischen Feldes auf das *Wie* des Kunstgeschmackes und -konsums an; denn die oberen Klassen werden weiterhin in Museen gehen und die Werke der Pop Art als (revolutionäre) Referenz auf vorherige Kunstproduktionen *interessant* finden, während die unteren Schichten die Bilder und Farben der Pop Art *schön* finden.

42 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2), S. 236.

43 Vgl. Schumacher 2011 (s. Anm. 34), S. 159.

44 Vgl. Zahner 2006 (s. Anm. 2), S. 244.

FAZIT

„Selten kommt ein Umbruch in Politik und Kunst zur gleichen Zeit. Die 1968er Kunst jedenfalls ist längst *vor* 1968 entstanden. Während der politische Umbruch ziemlich plötzlich kam, vollzogen sich die künstlerischen Innovationen in den Jahren 1962 bis 1967 und erregten damals bereits die Öffentlichkeit.“⁴⁵

KLAUS HERDING

Um 1960 fielen in Deutschland erste Funken der neuen Kunstrichtung Pop Art auf entflammaren Boden, die Form- und Gegenstandslosigkeit der abstrakten Nachkriegskunst wieder aufglimmen ließen. 1964 trafen in Berlin Künstler des Kapitalistischen Realismus, der politisch engagierten Pop Art und Aktivisten der linken Szene in einer Stadt zusammen, deren Status als Konfliktzentrum des Kalten Krieges das tägliche Leben der Menschen und die gesamte mediale Aufmerksamkeit Deutschlands bestimmte. Linksintellektuelle, Aktivisten und Künstler begannen um 1964, diesen Kessel mit gesellschafts-, US-, und block-kritischen Veröffentlichungen zum Köcheln zu bringen. 1968 sollte er dann überkochen und sein brodelnder Inhalt auf die ganze Bundesrepublik schwappen. Nach 1968 bestand die deutsche Pop Art zwar teilweise fort, ihr revolutionäres und provokatives Potenzial hatte sich jedoch abgekühlt. Die Pop Art war auch in Deutschland einerseits revolutionäres Produkt ihrer Zeit, andererseits hat sie selbst Kunst und Gesellschaft nachhaltig geprägt. Der Galerist René Block zog schon 1968 folgendes Fazit:

„Den Kapitalistischen Realismus habe ich nie in Konfrontation zum Sozialistischen Realismus gesehen. Bekanntlich entwickelt sich jede realistische Kunst nicht nur aus ihrer Gesellschaft, auch mit ihrer Gesellschaft. Da unsere spätkapitalistische Gesellschaft sich mehr und mehr zu einer ‚sozialen Ordnung‘ bekennt (ich will hier nicht klären warum), die in der sozialistischen Gesellschaft auch noch nicht voll entwickelt ist (ich will hier nicht klären warum), erkenne ich heute, daß der Kapitalistische Realismus, wenn er seine ‚Parteinahme‘ für die Massen ernst genommen hätte, konsequenterweise ein sozialistischer Realismus hätte werden müssen (ich will hier nicht klären warum).“⁴⁶

45 Herding 2008 (s. Anm. 4), S. 14.

46 Block 1971 (s. Anm. 21), S. 30.

Mythos Minirock

Eine Modeikone der 1960er Jahre zwischen Emanzipation,
Jugend und Massenkonsum

JENS GMEINER

Im Jahr 2012 feierte eine Modeikone ihren fünfzigsten Geburtstag. Die Rede ist vom Minirock¹, der in den 1960er Jahren zum modischen Leitbild par excellence mutierte und bis heute wohl wie kein anderes Kleidungsstück den angeblich revolutionären und emanzipatorischen Zeitgeist der 1960er Jahre verkörpert. Bereits ein flüchtiger Blick in die Literatur macht deutlich, wie der Minirock im kulturellen Gedächtnis bis heute rezipiert wird und damit die Deutung einer ganzen Periode der Nachkriegszeit prägt. Ein im Jahr 2009 erschienener Sammelband verknüpft schon im Titel den Minirock mit einer damaligen Revolution² und auch ein Artikel der *Frankfurter Rundschau* zum fünfzigsten Geburtstag dieses Kleidungsstücks spricht nicht minder euphorisch von einem „revolutionäre[n] Statement“ und dem „Ausdruck von politischer und persönlicher Freiheit“³. Zum 75. Geburtstag der Designerin Mary Quant, die als maßgebliche Erfinderin des Minirocks gilt, schrieb die *Welt*: „Sie [Mary Quant, d. Verf.] stellte damit

-
- 1 Der Minirock ist genau wie die Epoche der 1960er Jahre nicht als Einheitsgröße zu verstehen, sondern in vielen modischen Abwandlungen, Facetten und Größen.
 - 2 Vgl. Lang, Bianca/Schraml, Tina/Elster, Lena: Der Minirock. Die Revolution, die Macher, die Ikonen, Hamburg 2009.
 - 3 Küçük, Hatice: Der Minirock feiert sein goldenes Jubiläum, in: Frankfurter Rundschau online, 10.07.2012, URL: <http://www.fr-online.de/panorama/50--jubilaeum-der-minirock-feiert-sein-goldenes-jubilaeum,1472782,16585998.html> [eingesehen am 04.10.2013].

auch die Gesellschaft der 1960er-Jahre auf den Kopf.“⁴ Dass das Tragen eines Minirock zugleich für die Emanzipation der Frau und das sinnbildliche Aufbegehren gegen die Zwänge einer patriarchalischen Gesellschaft spricht, gehört damit ganz selbstverständlich zur gegenwärtigen Bedeutungszuschreibung. Der Minirock, so lässt sich zunächst einmal festhalten, ist mehr als ein alltägliches Kleidungsstück und gleicht daher eher einem kulturellen „Erinnerungsobjekt“⁵, das häufig analog zu den veränderten Mentalitätsstrukturen der 1960er Jahre angeführt wird.⁶

Es ist schon verblüffend, wie sehr die Sinnzuschreibung eines Kleidungsstücks bis heute mythisiert wird, ohne die massenmedialen Konstruktionen zu hinterfragen, die zu diesen selbstverständlich anmutenden Wahrheiten anleiten, oder etwaige Ambivalenzen und Brüche zu berücksichtigen.⁷ Der Reiz und letztlich auch die bis heute andauernde Popularität des Minirock bestehen wohl gerade darin, komplexe Geschichtsverläufe in einem Gegenstand zu bündeln – wobei jedoch differenzierende Beobachtungen und widersprüchliche Entwicklungen meist außen vor bleiben.

So wurde der Minirock „damals schon nicht ausnahmslos positiv aufgenommen, sondern von mancher Trägerin eher als einengend denn als befreiend gesehen“⁸. Auch bleibt zu fragen, ob der Minirock als angebliches Symbol der Emanzipation und der neu entdeckten Weiblichkeit nicht doch Frauen am Ende wieder

-
- 4 Reuther, Annette: Minirock – Obszönes Stück und Freiheitssymbol, in: Welt online, 10.02.2009, URL: <http://www.welt.de/lifestyle/article3177873/Minirock-Obszoenes-Stueck-und-Freiheitssymbol.html> [eingesehen am 04.10.2013].
 - 5 Vgl. ausführlich dazu Hahn, Hans Peter: Materielle Kultur. Eine Einführung, Berlin 2005, S. 37-40.
 - 6 Dieser Beitrag stützt sich vor allem auf die detaillierten, gut lesbaren und fachkundigen kulturwissenschaftlichen Analysen im Sammelband von Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009.
 - 7 Roland Barthes hat solche unbewussten Wahrheiten und selbstverständlichen Sinnzuweisungen, die Dinge in einer Naturhaftigkeit und alltäglichen Klarheit stellen, an Beispielen aus dem Alltag analysiert und in seinem Werk „Mythen des Alltags“ ausführlich dekonstruiert. Barthes macht damit gerade auch die Alltagskultur zum Forschungsgegenstand, die sich in den 1960er Jahren durch Konsum verändert und versucht diese neue Kultur codierbar aufzubereiten. Vgl. hierzu ausführlich Barthes, Roland: Mythen des Alltags, übers. von Horst Brühmann, Berlin 2010.
 - 8 Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich: Minis zwischen Zirkeltraining und Code-Flügel, in: dies. (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 7-18, hier S. 10.

zu einem Objekt der männlichen sexuellen Begierde stilisierte. Ganz zu schweigen davon, ob nicht eigentlich das Tragen einer Hose für Frauen damals viel revolutionärer anmutete, weil hierbei schließlich die Geschlechterrollen zumindest modisch aufgehoben wurden.

Wie jeder Modehype – ob er nun als revolutionär angesehen wird oder nicht – schafft auch der Minirock seine Zwänge und Distinktionsmerkmale, braucht die mediale Aufmerksamkeit, somit auch den gezielten Tabubruch und Gegner. Ohne Zweifel war der Minirock als Modestück prädestiniert für reichlich Debatten, Polarisierung und widersprüchliche Interpretationen.⁹ Moralische Sittenwächter wie die Engländerin Mary Whitehouse kämpften dabei nicht nur gegen die angeblich drohende Verwahrlosung der Jugend durch „liberale“ Medien, sondern auch gegen die sinnbildliche Freizügigkeit in Form des Minirocks.¹⁰ Auch der Vatikan bezog Stellung gegen das Kleidungsstück. Nachdem die Schauspielerin Claudia Cardinale in knapper Soutane beim Papstbesuch aufgetreten war, ließ ein Theologe aus Rom verlauten, der Minirock „entwertet [...] die Weiblichkeit“¹¹. Im Senat der Grande Nation wurde den weiblichen Angestellten sogar verboten, mit dem Minirock zur Arbeit zu kommen; und „[i]n amerikanischen Gerichtssälen wurden Sichtblenden an den Geschworenenbänken angebracht“¹², um die puritanisch gesinnten Geister nicht zu verstören. Der Minirock machte in den 1960er Jahren international jedenfalls mächtig Wirbel; auch gerade deshalb, weil an ihm so treffend Liberalisierungstendenzen festgemacht werden konnten, die allerdings auf voneinander getrennten sozialen Entwicklungen basierten.

Will man den durchschlagenden Erfolg, aber auch die Verklärungen des Minirocks genauer erfassen, so sollte man den Minirock nicht nur als modisches Symbol einer „Aufbruchszeit“ begreifen, sondern ihn vielmehr in die ökonomischen, kulturellen sowie massenmedialen Kontexte seiner Zeit einordnen und vor allem im Hinblick auf das damalige Konsumverhalten betrachten. Dem Eng-

9 Vgl. Hofmann, Viola: Their own teenage look? Der Minirock als Gegenstand von Jugendmode, Modeindustrie und historischer Rekonstruktion, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 35-50, hier S. 46.

10 Vgl. Piskurek, Cyprian: Moral außer Mode? Der Minirock und die permissiveness der 1960er, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 63-73, hier S. 67 ff.

11 Zitiert nach o.V.: Halber Meter mehr, in: Der Spiegel, 03.07.1967.

12 Ebd.

land der 1960er Jahre, und im Speziellen der Hauptstadt London, kommt dabei für den globalen Durchbruch des Minirocks eine Schlüsselstellung zu.

„SWINGING LONDON“ UND MARY QUANT – DIE ANFÄNGE DES MINIROCKS

„Fast alles ist überdimensional groß und auffällig, Dezenz wenig gefragt. Aus dem Hintergrunde klingt melancholische Pop-Musik. Das ist das Bild einer typischen Boutique in Carnaby Street, jener tristen Hintergasse von Londons Regent Street, die im Grunde nur Nichtigkeiten an Waren bietet und doch Weltruhm erlangt hat.“¹³ So beschrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Jahr 1969 die Carnaby Street im Norden Londons, die durch ihr Modeangebot damals bereits Berühmtheit erlangt hatte. Dort wurde alles verkauft, was bunt, trendig und irgendwie knallig war. „In der englischen Metropole“, so die Kleidungsforscherin Ingrid Loschek, „war alles zu haben, was der Jugend gefiel – und vor allen Dingen, hier gab es die ersten Mini-Röcke.“¹⁴ In der Carnaby Street gab es aber mehr als nur neue Modetrends zu beschauen und zu kaufen. Von dort strahlte zudem ein alternativer sozialer und kultureller Lebensstil aus, der sich in der Musik, den Drogen und den Clubs offenbarte.¹⁵ Alternative Mode und ein alternativer Habitus gingen hier eine Symbiose ein, wobei der Minirock nicht einmal das ausgefallenste Kleidungsstück im Sortiment darstellte. Im Angebot befanden sich auch „die langen Maxi-Röcke und -Mäntel [...] pelzbesetzt als Schiwago-Look.“ Und dort gab es „Slacks jedweder Art, Hosenkleider in farbenreichen Variationen, Felljacken und falsche Pelze.“¹⁶

Früher schon war England für sein traditionsreiches Schneiderhandwerk berühmt gewesen, das sich allerdings größtenteils auf die Zielgruppe der gehobenen Männergarderobe konzentriert hatte.¹⁷ Während der 1950er und 1960er Jahre veränderte sich die Textilindustrie jedoch gravierend: Neue Vertriebs- sowie

13 Rudolph, Jochen: „Swinging London“. Wirtschaftlicher Hintergrund eines jugendlichen, extravaganten Lebensstils, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.02.1969.

14 Loschek, Ingrid: *Mode im 20. Jahrhundert. Eine Kulturgeschichte unserer Zeit*, München 1988, S. 256.

15 Vgl. Sandbrook, Dominic: *White Heat. A History of Britain in the Swinging Sixties*, London 2006, S. 237.

16 Rudolph, Jochen: „Swinging London. Wirtschaftlicher Hintergrund eines jugendlichen, extravaganten Lebensstils, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.02.1969.

17 Vgl. Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 40 f.

Lizenzierungswege entstanden und eine neue Dachorganisation, die *London Fashion Group*, entwickelte nicht nur die berühmten „London Fashion Weeks“, sondern warb auch im Ausland, vor allem in Paris und New York, mit Tourneen für die englische Mode.¹⁸ Hinzu kam der Industrialisierungsschub, der die Massenproduktion von Textilien begünstigte und damit das Gewicht von der „Haute Couture“-Modestadt Paris zunehmend nach London verlagerte.¹⁹ Neben den technischen Fortschritten für die Massenproduktion und den neuen Marketingstrategien waren es aber auch vor allem innovative Designer, die die jugendliche Mode berühmt machen sollten.

Für den Minirock übernahm diese Rolle die junge Engländerin Mary Quant.²⁰ Schon im Jahr 1959 hatte sie kindliche kurzgeschnittene Hängerkleider entworfen, die bereits damals Innovationskraft erahnen ließen.²¹ Die Designerin, die bereits mit 21 Jahren im Londoner Stadtteil Chelsea einen kleinen Laden mit dem Namen „Bazaar“ eröffnet hatte, schneiderte zunächst, bevor sie zum weltweiten „Gesicht des Minirocks“ wurde, mit billigen Stoffen ihre Kleidungsstücke selbst.²² Statt auf teure Designermode setzte Quant auf erschwingliche Kleidungsstücke. Sie witterte dabei wohl auch die Chance für ihre ungewöhnliche Art der Bekleidung und setzte sich bewusst von den Schnitten der formbetonten Frauenmode der 1950er Jahre ab. Bisher trug das feminine Idealbild, das in der arrivierten Modewelt von Paris verbreitet wurde, Korsett oder Mieder, um die Taille und den Busen zu betonen. Die neue Mode²³, die Quant auf den Markt brachte, unterstrich dagegen vor allem Beine sowie Knie und zeichnete sich durch „gerade und geometrische Linienführungen“²⁴ aus.

Aber erst nachdem die britische Modezeitschrift *Vogue* im Jahr 1962 Quants Modekreationen vorgestellt hatte, begann der Siegeszug des Minirocks, der bin-

18 Vgl. Sandbrook 2006 (s. Anm. 15), S. 219.

19 Vgl. Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 40.

20 Auch der französische Haute Couture-Designer André Courrèges experimentierte mit kurzen Schnitten und reklamierte für sich, die Mini-Mode vor Quant erfunden zu haben. Neben Eitelkeiten dürfte es sich bei diesem Disput zwischen Courrèges und Quant zudem um wirtschaftliche Markt- und Wettbewerbsvorteile gehandelt haben. Vgl. Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 38 ff.

21 Vgl. Loschek, Ingrid: Reclams Mode- und Kostümlexikon, Stuttgart 1987, S. 510.

22 Hierzu vgl. Loschek 1988 (s. Anm. 14), S. 256.

23 Die völlige Neuheit des Minirocks kann allerdings bezweifelt werden: „Selbst der vermeintlich so progressive Minirock und die neue Androgynität lassen sich bis zu den Flapper Girls der 20er Jahre wenn nicht gar ins alte Ägypten der Pharaonen zurückverfolgen.“ Kramer/Pankratz/Viol 2009 (s. Anm. 8), S. 15.

24 Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 42.

nen drei Jahren zum weltweiten Modehit avancierte. Mit ihren kurzen Schnitten und Röcken traf Quant einen Zeitnerv, der sich mit den individuellen Vorstellungen der jungen Frauen deckte. So bemerkt auch der englische Historiker Dominic Sandbrook, „[t]here is no doubt that many young women in the early sixties did associate the designs of Quant and her contemporaries with their own sense of optimism and self-determination“²⁵. Doch der weltweite und durchschlagende Erfolg des Minirocks hatte noch weitere Ursachen. So gründete Mary Quant 1963 ihre *Mary Quant Ginger Group* und lancierte damit ihre Kollektionen auf dem internationalen Markt. Besonders bedeutsam war in diesem Zusammenhang die Kooperation mit der großen US-Kleidungskette *J.C. Penney*, die ihre Kollektionen in 1700 Niederlassungen vertrieb.²⁶ Mode aus „Swinging London“ wurde damit zum globalen Exportschlager, der nicht nur Extravaganz, Jugendlichkeit und Dynamik ausstrahlte, sondern für die konsumfreudige Jugend in den 1960er Jahren auch in Massen verfügbar war. Im Jahr 1966 wurde der Minirock samt Designerin dann geadelt: Mary Quant erhielt für ihre modischen Exporterfolge den „Order of the British Empire“. Zur Verleihung trug sie natürlich einen Minirock.

BILDER, PERSONEN UND MEDIEN – „TWIGGY“ UND JEAN SHRIMPTON

Es war die junge und dünne Lesley Hornby, aufgewachsen in bescheidenen Verhältnissen in einem Londoner Vorort, die als Modeikone der „Swinging Sixties“ den kindlich androgynen Look und damit auch den Minirock berühmt machte.²⁷ Die Beine dünn und lang, die Augen schwarz umrandet: Das kam an bei der weiblichen Jugend, die nicht mehr damenhaft, sondern kindlich, verspielt und ein bisschen frech sein wollte. Hornby, die wegen ihrer Bohnenstangenfigur als „Twiggy“ (Zweiglein) in die Modegeschichte einging, war mit ihren dünnen Beinen prädestiniert, den Minirock populär zu machen. Und sie kam zur richtigen Zeit, gerade als Quant ihre Mode auf dem Markt lancierte. Hornby avancierte damit zum Teenager-Idol des Jahres 1966. Allerdings: „Sie war nicht elegant, und sie war nicht mal besonders grazil, aber sie trug ihren dünnen Körper mit einer solchen Leichtigkeit zur Schau, dass plötzlich alle aussehen wollten wie

25 Sandbrook 2006 (s. Anm. 15), S. 225.

26 Vgl. ebd., S. 219.

27 Vgl. ausführlich ebd., S. 283-285.

sie.²⁸ Ihr „everyday appeal“²⁹ machte die damals 16-jährige Lesley Hornby über Nacht berühmt und fast niemand kam Mitte der 1960er Jahre an ihrem kindlich, kecken Look vorbei, der das Wenige an weiblichen Konturen bewusst in Szene setzte. Die Jugend hatte damit ein modisches Identifikationsideal gefunden, der „Bohnenstangenlook“ war geboren. Der Siegeszug des Minirocks und der Mini-kleider wurde demzufolge durch die aufkommende Personalisierung und Medialisierung begünstigt.³⁰

Auch Mary Quant erschien nicht nur als identitätsgebendes persönliches Gesicht der Mini-Mode, sie tourte ebenso gezielt durch zwölf amerikanische Städte und ließ dort, unter den bebenden Rhythmen von Popmusik, ihre Mini-Mädchen die Mode aufführen.³¹ Quant nutzte daher geschickt auch den Eventcharakter und die medialen Marketingstrategien, die sich zu jener Zeit boten, und schuf mit der Verbindung von Popmusik, Minimädchen und ihrer eigenen Person eine extravagante Modemarke, die einen dynamischen, berauschenden Lebensstil transportierte. Sie profitierte dabei auch von der zunehmenden Visualisierung dieser Zeit, die eine massenwirksame Wahrnehmung von Mode erst ermöglichte. Denn „Mode“, so die Kleidungsforscherin Ingrid Loschek, „erklärt sich einerseits aus der sinnlichen Wahrnehmung, andererseits aus der theoretischen Erkenntnis sozialer Konstrukte. [...] Nach dem ‚was‘ wir sehen, erfolgt eine Hinwendung zu dem ‚wie‘ wir es sehen.“³² Oder anders ausgedrückt: Bevor wir über Kleidung sprechen und diese sinnhaft interpretieren, muss sie erst einmal überhaupt sichtbar sein. Und diese Sichtbarkeit von Mode nahm durch den medialen Eventcharakter und die Personalisierung durch Modestars und Designer stetig zu.

Bilder spielten in den 1960er Jahren eine weitaus größere Rolle als in den Dekaden zuvor, was vor allem auf das Farbfernsehen und eine neue Form der Fotografie zurückzuführen ist.³³ Bilder und visuelle Elemente wie Kleidungsstücke prägten dabei auch „die Gefühlsstruktur der Dekade“³⁴ und vermittelten ein

28 Schneeberger, Ruth: Die Unverwechselbaren: Twiggy – Und es kam eine große Dürre, in: Süddeutsche.de, 17.05.2010, URL: <http://www.sueddeutsche.de/leben/die-unverwechselbaren-twiggy-und-es-kam-eine-grosse-duerre-1.584058> [eingesehen am 04.10.2013].

29 Sandbrook 2006 (s. Anm. 15), S. 284.

30 Vgl. Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 41.

31 Vgl. Loschek 1988 (s. Anm. 14), S. 256.

32 Loschek, Ingrid: Wann ist Mode? Strukturen, Strategien und Innovationen, Berlin 2007, S. 20.

33 Vgl. Piskurek 2009 (s. Anm. 10), S. 64.

34 Ebd.

neues, freies Körpergefühl. Die Mini-Mode, die einst in der subkulturellen Carnaby Street beheimatet war, fand im Laufe der 1960er Jahre dann in allen gesellschaftlichen Milieus der englischen Gesellschaft Abnehmerinnen und verlor damit mehr und mehr ihren angeblichen „Skandalcharakter“, der ihr von konservativer Seite zu Beginn noch attestiert worden war. Der Konsumentenkreis beschränkte sich auch nicht mehr nur auf jugendliche Zielgruppen, sondern umfasste Frauen aller Altersklassen: „Teenager und Hausfrauen ebenso wie Damen des Adels und der High-Society gingen im Minirock.“³⁵

Der wirkliche Durchbruch des Minirocks erfolgte jedoch erst 1965, durch den Auftritt des Models Jean Shrimpton.³⁶ Und sie trat auch nicht irgendwo auf, sondern auf dem „Melbourne Derby Day“, einem australischen Pferderennen der High-Society, bei dem es zur guten Sitte gehörte, Hut, Kniestrümpfe und Handschuhe zu tragen.³⁷ Shrimpton dagegen präsentierte sich inmitten der feinen und traditionsreichen Gesellschaft mit einem kurzen Minikleid, ohne Hut, dafür aber mit einer Herrenarmbanduhr – ein perfekter Skandal. Das junge Model, das damals vor allem mit ihren hohen Gagen Aufmerksamkeit erregte, verlieh damit der Mini- Mode ihren revolutionären und rebellischen Charakter.

Der Mini-Mode wurde nun die Aufmerksamkeit zuteil, die sie brauchte, um in die breitere Öffentlichkeit zu gelangen. Und Jean Shrimpton avancierte urplötzlich vom steinreichen Supermodel in ein „unwitting symbol of social and cultural change“³⁸. Der Skandal um das glamouröse britische Supermodel, der nun in allen Zeitungen in Großbritannien die Runde machte, war somit die Initialzündung für den Minitrend, der unter der Oberfläche gleichwohl schon längere Zeit geblüht hatte.³⁹ Denn „Kleidung“, wie Loschek argumentiert, „überzeugt, wenn sie Zeitgeist und Stimmung wiedergibt“⁴⁰. Dass das Supermodel die Kürze des Kleides auf den Geiz des Stofffabrikanten schob, ging dabei völlig unter.

35 Loschek 1988 (s. Anm. 4), S. 257.

36 Jean Shrimpton galt Anfang der 1960er Jahre als eines der bestbezahlten und erfolgreichsten Models. Millionen von Jungen wollten Shrimpton treffen, während Millionen von Mädchen so sein wollten wie sie. Unter anderem war Lesley Hornby („Twiggy“) ein großer Fan des Supermodels.

37 Vgl. Sandbrook 2006 (s. Anm. 15), S. 232 f.

38 Ebd., S. 232.

39 Vgl. ebd., S. 233.

40 Loschek 2007 (s. Anm. 32), S. 126.

LEBENSGEFÜHL MINIROCK? ZWISCHEN SELBSTVERWIRKLICHUNG, POLITISIERUNG UND KONSUM

Der Auftritt von Shrimpton sorgte aber nicht nur für Kopfschütteln in der feinen Gesellschaft. Denn schließlich hatte das Supermodel ja auch Mut bewiesen, etwas Neues gewagt und damit auch persönliche Vitalität gezeigt. Mode, dessen waren sich viele Beobachter einig, konnte nicht zuletzt gerade für das implodierende Empire und die verkrusteten Strukturen auf der britischen Insel neue Impulse geben und gesellschaftliche Dynamik symbolisieren. Was für die Musik der *Beatles* galt und langsam in die Mentalitätsstruktur einsickerte, war also auch auf die Mode aus Großbritannien übertragbar.⁴¹ Somit „setzte sich die Erkenntnis durch, dass Kürze auch in der Kleidung eine Dynamik vermittelte, die einem England im Umbruch ein treffendes Bild gab“.⁴²

Allerdings war dieser Umbruch keineswegs ein Wandel hin zu einer kapitalismus- und konsumkritischen Gesellschaft, sondern sprach in seiner Dynamik einen individuellen Gründergeist an, der den Unternehmer, sinnbildlich in der Person von Mary Quant, als erfolgreiches selbstbestimmtes Subjekt in der globalen Wirtschaftswelt darstellte. Es ist nicht allein dem Aufkommen einer neuen jungen Käuferklientel, die dank des Wohlstandes mehr Konsummöglichkeiten besaß, sondern auch einer subjektivierten, individuellen Form des Unternehmertums zu verdanken, dass der Minirock zum Symbol der Jugend und des gesellschaftlichen Aufbruchs wurde. „In beiden Minis“, so formuliert es Christian Werthschulte, „dem Auto wie dem Rock, verdichtete sich in den Industrienationen ein einschneidender Wandel im Verständnis von Arbeit, die als postfordistisch bezeichnet werden kann.“⁴³ So ließ sich die englische Mini-Mode zum innovativen wirtschaftlichen „Aufbruchssymbol“ einer Nation hochstilisieren, die in den 1960er Jahren mit ihrer Modeindustrie globale Erfolge feiern konnte. Mehr als 30.000 Menschen waren damals in dieser Branche beschäftigt und in London schossen Boutiquen aus dem Boden wie nie zuvor.⁴⁴ Dabei kam die

41 Vgl. Piskurek 2009 (s. Anm. 10), S. 66.

42 Ebd. Piskurek erwähnt die kurze Mode auch symbolisch im Hinblick auf die Fußballnationalmannschaft Englands, die 1966 den Weltmeistertitel gewann.

43 Werthschulte, Christian: Talking Shop. Was die 1960er mit der Arbeit gemacht haben, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 51-62, hier S. 60.

44 Vgl. Sandbrook 2006 (s. Anm. 15), S. 233.

Mode „Made in England“ in Nordamerika aber weitaus besser an als auf dem europäischen Kontinent.

Vor allem die Person Mary Quants zeigt mustergültig, dass sich Leistung und Kreativität, unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft, in wirtschaftlichen Erfolgen niederschlagen können.⁴⁵ Der kreative Kleinunternehmer, der am Puls der Zeit den Markt sondiert und gesellschaftliche Trends antizipiert, wird damit zur Personifikation einer Arbeitswelt, die sich aus den traditionellen Mustern des Fordismus zu befreien beginnt. Dass damit auch meritokratische Vorstellungen und eine stark subjektive Leistungsorientierung in die Gesellschaft sickerten, liegt zumindest nahe.

Der weltweite Erfolg der Mini-Mode ist folglich auf eine geschickte Vermarktungsstrategie zurückzuführen, die den liberalen Zeitgeist mit der neuen jugendlichen Käuferklientel verschmolz. Auf der einen Seite schuf Quant eine Mode, die in der subkulturellen Szene von London ein jugendliches und alternatives Lebensgefühl repräsentierte; auf der anderen Seite bestand der Erfolg aber gerade darin, dass die anfangs subkulturelle Mode „erfolgreich in das Verhältnis von Kapital und Arbeit integriert“⁴⁶ wurde. Mary Quants Modeimperium beschränkte sich im Laufe der Zeit daher auch nicht mehr nur auf Kleider und Mäntel, sondern bot überdies eigens kreierte Make-Up-Reihen und Accessoires an, die im großen Stil global vertrieben wurden.⁴⁷ Markt und Marke hatten sich somit gefunden.

Das „Produkt“ Minirock war einerseits mit einem authentischen, gegenkulturellen Image besetzt, andererseits aber natürlich keine elitäre, sondern eine Populärmode, die für alle verfügbar war.⁴⁸ Im Grunde konnte der Minirock für seine Trägerinnen verschiedene Funktionen und Erwartungen erfüllen, was auch mit einem neuen Umgang mit Körperreizen in den 1960er Jahren zusammenhing. Damit ging einher, „dass Kleidung längst nicht mehr nur funktional sein muss[te], sondern dass diese Mode [die Mini-Mode, d. Verf.] vor allem auch Ausdruck von Konsumalternativen und somit von Identitätskonzepten“⁴⁹ war.

45 Vgl. Werthschulte 2009 (s. Anm. 43), S. 59.

46 Ebd., S. 60.

47 Vgl. Loschek 1988 (s. Anm. 14), S. 256.

48 Mary Quant wurde wegen ihrer Mode für die breiten Bevölkerungsschichten anlehend an den Pariser Modedesigner André Courrèges von der Zeitschrift *Newsweek* als „Courrèges der Arbeiterklasse“ bezeichnet.

49 Krebs, Martina/Osterried, Peter: Maximising minimisation. Der große Reiz des Kleinen in der Werbung, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): *Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion*, Bielefeld 2009, S. 115-124, hier S. 119.

Und die Werbung wusste, wie sie diese Identitätskonzepte zu bedienen hatte. Denn die „Sprache der Mode“⁵⁰ unterliegt keineswegs nur kulturellen Rahmungen, sie ist auch abhängig von Bildern, Worten und symbolischen Codes, die Begierden wecken, Schönheitsideale erzeugen und Kleidung als attraktiv und dynamisch mythisieren. Rekurrierend auf Roland Barthes' Mythenkonzept sprechen Martina Krebs und Peter Osterried davon, dass „Werbung [...] nicht nur ein Produkt“ verkaufe, „sondern [...] den Konsum als notwendigen Teil menschlichen Lebens, persönlicher und nationaler Identitätskonstitution“⁵¹ naturalisiere.

Der Erfolg des Minirock und das mit ihm verbundene Lebensgefühl sind daher im Zusammenspiel von Massenkonsum, Selbstbestimmung und individuellen Identitätskonzepten zu begreifen. Ein Sprecher des Handelsunternehmens *Neckermann* brachte dies im *Spiegel* im Jahr 1967 aus seiner Sicht wie folgt auf den Punkt: „Die jungen Leute geben ihr Geld leichter aus als unsere konventionelle Kundschaft, und sie bestimmen heute selbst, was sie anziehen und kaufen wollen. Die Zeit, da Mutti einfach mitbestellte, ist vorbei.“⁵² Wie eng das popkulturelle Lebensgefühl und zuweilen auch die Politisierung der 1960er Jahre mit dem Massenkonsum zusammenhängen, veranschaulicht die Düsseldorfer Messe der Konsumgüterindustrie „Teenage Fair 1969“. Diese Veranstaltung zog mehr als 300.000 Jugendliche an und die Firmen „warben mit Beatbands, Go-Go-Girls, Lightshows, Marx- und Che-Guevara-Emblemen sowie allerlei aufmüpfigen Sprüchen für ihre Produkte“⁵³. Die Kommerzialisierung stieß aber auch auf Widerstand: Wie der *Spiegel* 1969 festhielt, machten die APO und andere linke Gruppen gegen die Messe mobil, um gegen diese angebliche „Konsumbakterie“ und die Marktstrategen zu protestieren, „die [sich] immer subtileren Untersuchungen über Kaufwünsche und Kaufgewohnheiten der Jugend“⁵⁴ verschrieben hätten. Das Markenzeichen der 1960er Jahre verkörperte nach Detlef Siegfried genau diese „Parallelität von zunehmender Konsumtion und Politisierung. Im parallelen Aufstieg beider Erscheinungen unterscheiden sich die langen 60er von den kurzen 50er Jahren [...]“⁵⁵. Bis heute steht der Minirock damit

50 Barthes, Roland: *Die Sprache der Mode*, übers. von Horst Brühmann, Frankfurt a.M. 1985.

51 Krebs 2009 (s. Anm. 49), S. 119.

52 Zitiert nach o.V.: *Übertriebene Generation*, in: *Der Spiegel*, 02.10.1967.

53 Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, Bonn 2009, S. 260.

54 Vgl. o.V.: *Kampf der Bakterie*, in: *Der Spiegel*, 18.08.1969.

55 Siegfried, Detlef: *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 1960er Jahre*, Göttingen 2006, S. 13.

wohl symbolisch für ein Lebensgefühl, das beide Entwicklungen – den Konsum und die Politik – in sich vereinigt.

WAS BLEIBT VOM MYTHOS MINIROCK?

Die Modeikone Minirock ist bis heute ein Symbol für die westliche Aufbruchphase der 1960er Jahre und steht häufig synonym für die Emanzipation der Frau und für gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen. Natürlich galt diese vielen auch als Ausdruck eines jungen, dynamischen und selbstbestimmten Lebensstils⁵⁶ einer Zeit, als Frauen unabhängiger wurden und langsam ins Arbeitsleben drängten. Anfangs wurde der Minirock vielleicht noch als Angriff auf traditionelle Moralvorstellungen beargwöhnt, aber der weit größere gesellschaftliche Tabubruch ging doch mit dem Tragen der Hose einher.⁵⁷ Der Minirock verhandelte sicherlich auch die sexuelle Befreiung auf modischer Ebene, obwohl er, wie Viola Hofmann konstatiert, auch in seiner kürzesten Modeform als „eine neue Phase der Sexualisierung“ und als „vestimentärer Zwang“⁵⁸ gedeutet werden konnte.

Durch die Liberalisierung der Geschlechternormen und den Wohlstand in der Nachkriegszeit veränderte sich auch die Alltagskultur, die stärker als zuvor auf Äußerlichkeiten und einem freien Körpergefühl basierte. Dabei boten „Angebotsvielfalt und finanzielle Ausstattung [...] grundsätzlich die Möglichkeit, sich im Alltag einer Conny, Jean Seberg oder Twiggy anzuverwandeln“⁵⁹. Hinzu kam der neue individuelle Gestaltungsspielraum durch Freizeit, der zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung weiten Teilen der Bevölkerung neue Konsum- und Identifikationsangebote eröffnete. „Freizeit war der Raum,“ wie Detlef Siegfried formuliert, „in dem vor allem sich der Konsum abspielte, hier entstanden und verwirklichten sich Vorstellungen von Lebensgenuss, die im Wertewandelschub der 60er Jahre eine wichtige Rolle spielten“⁶⁰. In Westdeutschland „stieg körperliche Attraktivität in den 60er Jahren zu einem autonomen Status-

56 Vgl. die Ausführungen von Schlawin-Piskurek, Gabriele: Der Minirock und seine Folgen. Eine Podiumsdiskussion, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): *Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion*, Bielefeld 2009, S. 165-171, hier S. 165.

57 Vgl. Piskurek 2009 (s. Anm. 10), S. 72.

58 Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 47.

59 Siegfried 2006 (s. Anm. 55), S. 153.

60 Ebd., S. 33.

merkmal auf, das die Grenzen von Geschlecht, sozialer Lage, ethnischem Hintergrund oder Bildungsstand überstieg“⁶¹. Diese milieuübergreifende Entwicklung hin zur Fokussierung auf körperliche Attraktivität, die zeitgleich ins Alltagsleben sickerte, beschleunigte ebenfalls den Mini-Trend. Die Hochphase des Minirocks erreichte Westdeutschland schließlich im Jahr 1970, als mehr als fünfzig Prozent der unter dreißigjährigen Frauen angaben, einen Minirock zu tragen.

Im kollektiven kulturellen Gedächtnis wird der Minirock noch immer mit der gesellschaftlichen Aufbruchphase der 1960er Jahre assoziiert, weil er als „Erinnerungsobjekt“ die komplexen sozialen und kulturellen Veränderungen dieser Zeit in anschaulicher Form darstellen kann. Dass damit ein stereotypes Geschichtsbild konstruiert wird, das die Ambivalenzen einer widersprüchlichen und vielschichtigen Dekade ausklammert, ist offenkundig.⁶² Das dünne Mini-Modevorbild Twiggy, das Model Jean Shrimpton, aber auch *Fashion-Shows* und tanzende Mini-Mädchen transportierten ein Zerrbild der 1960er Jahre, das sich durch Massenmedien sowie Personalisierungstendenzen einprägte, aber natürlich nur einen minimalen Ausschnitt der vielschichtigen sozialen Wirklichkeit einfangen konnte. Ob die „Mini-Revolution“ außerhalb der Metropolen genau so durchschlagend und revolutionär war, kann daher bezweifelt werden. Auch bei Zeitzeuginnen spielte der Minirock zudem eine weit weniger wichtige Rolle und keinesfalls wurde ihm stets die umwälzende Kraft beigemessen, die heutige Beobachter dem Kleidungsstück attestieren wollen.⁶³

Hinzu kommt der soziale und ökonomische Kontext, der den Erfolg und den Kultstatus des Minirocks begünstigte. In den 1960er Jahren differenzierten sich nicht nur Milieus und Lebensstile aus, sondern Jugendliche wurden zudem nach und nach die größte Zielgruppe für Konsum und damit auch für Mode.⁶⁴ Damit expandierte eine ganze Industrie, die gezielt auf Abgrenzung, gesellschaftlichen

61 Schildt/Siegfried 2009 (s. Anm. 53), S. 264.

62 Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Minirock nicht in den Texten der britischen Beatbands thematisiert wird, sondern der Minirock im amerikanischen Country-Song als Symbol für Rebellion steht. Vgl. hierzu ausführlich Peters, Hans: Der Mini im Rock. A transatlantic track record, in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 77-88.

63 Vgl. Rosenberg, Ingrid v.: Mini memoirs. Zeitzeuginnen erinnern sich. in: Kramer, Jürgen/Pankratz, Anette/Viol, Claus-Ulrich (Hg.): Mini & Mini. Ikonen der Popkultur zwischen Dekonstruktion und Rekonstruktion, Bielefeld 2009, S. 173-186, hier S. 176.

64 Vgl. ausführlich Siegfried 2006 (s. Anm. 55), S. 150 ff.

Tabubruch und Popkultur setzte, um die hippe Mode an die junge Frau und auch an den jungen Mann zu bringen. Daher auch dekorierte das Stuttgarter Modemuseum *Breuninger* im Jahr 1967 „eine Sonderabteilung im gedämpften Beat-Stil“⁶⁵. Die Warenhauskette *Kaufhof* errichtete ihrerseits einen „Carnaby-Pavilion“ und die Kette *C&A* einen „Twen-Shop“.⁶⁶

Alles in allem sind Durchbruch und Erfolg des Minirocks, wie insgesamt die 1960er Jahre, vor allem als ambivalent anzusehen. Nicht nur ist der Minirock als semantisch aufgeladenes Kleidungsstück der Emanzipation und persönlichen Freiheit zu verstehen, sondern auch als gezieltes Massenprodukt, das wohl wie kein anderes der 1960er Jahre ein Lebensgefühl durch Kleidung nicht nur ausdrückte, sondern auch formte. Oder wie es Viola Hofmann prägnant auf den Punkt bringt: „Der Rock verdeutlicht, wie sehr ein zeitimmanentes, bestimmendes Lebensgefühl von der Art des Kleidens, des Aussehens und Konsumierens *produziert* wird.“⁶⁷

Die Modeindustrie, so darf man wohl verallgemeinernd konstatieren, spielte (und spielt auch heute noch) geschickt auf der Klaviatur des dialektischen Verhältnisses von „alt“ und „neu“, um den Konsumenten ein modisches Abgrenzungs- und Identitätssymbol anzubieten. Nachdem der Minirock Mitte der 1960er Jahre seinen Zenit erreicht hatte, wurden die Röcke kürzer und kürzer, um weiterhin für die Konsumenten attraktiv und „neu“ zu bleiben. Denn „Neueit entstand gerade durch den geschickten Einsatz des Alten“⁶⁸. Später folgten dann als modische Gegenbewegung die Maxi-Röcke, die den Fokus auf die dezente erotische Verhüllung der Beine legten. Anstatt mehr, waren nun weniger Bein und körperliche Aufreizung gefragt. Aber das ist eine andere Geschichte.

65 O.V.: Übertriebene Generation, in: *Der Spiegel*, 02.10.1967.

66 Vgl. ebd.

67 Hofmann 2009 (s. Anm. 9), S. 48 (Herv.d.Verf.).

68 Kramer/Pankratz/Viol 2009 (s. Anm. 8), S. 15.

Die Symbiose des Steinkäfers

Rolling Stones und Beatles als Soundchronisten und Modernitätsmotoren

JÖRAN KLATT, KATHARINA RAHLF

„So wird jetzt eine neue Gruppe angeboten, die, wie die Beatles, aus Liverpool kommen: ‚The Rolling Stones‘, fünf wuschelige junge Männer, die bei ihren Zuhörern eine merkwürdige Mischung von Zuneigung und Abscheu erregen. Man möchte ihnen den Hals umdrehen und sie gleichzeitig beschützen.“¹

Sie galten als Konkurrenten. Wen man gut fand, war oft ein Ausschlusskriterium, den anderen gut finden zu können. Sie waren Antipoden und funktionierten doch ähnlich: die *Rolling Stones* und die *Beatles*. Sie sind mehr als bloße Schöpfer von Musik, so viel ist klar, verkörpern sie doch derart viel jenes *Neuen*, auf das die Generation ihrer Fans der ersten Stunde bis heute stolz ist, dass es zu ihrer Identität gehört. „Oh, I need your love, Babe, guess you know it’s true...“ oder gar „(I can’t get no) Satisfaction“ sind Worte, die wohl bis heute die wenigsten Menschen lesen oder aussprechen können, ohne einen ganz bestimmten unverwechselbaren Klang damit zu verbinden.

„Die Rolling Stones sind mehr als eine Band – sie stehen für einen Lebensstil“ – diese Worte befinden sich auf der Rückseite des ersten Albums der Rolling Stones. Mit dieser programmatischen Unbescheidenheit, man könnte sie

1 HMO: „Rollende Steine“ in Lila, in: Die Zeit, 05.06.1964.

auch „Hybris“² nennen, betrat die Band den Plattenmarkt und eroberte die Musikwelt. Ihr Manager, Andrew Oldham, hatte Großes vor: Die Stones sollten den internationalen Siegeszug als verruchter Widerpart der Beatles antreten. Entsprechend selbstbewusst ging er an die Vermarktung: Nicht nur trug ihre Albumpremiere „den schlichten Titel The Rolling Stones – ein Ausdruck von Oldhams grenzenloser Arroganz“³; auch bestand dieser darauf, auf der Vorderseite des Albumcovers weder Bandnamen noch Titel, sondern lediglich „ein Hochglanzfoto der fünf Musiker in Seitenansicht, die halb im Schatten liegenden ernsten Gesichter der Kamera zugewandt“⁴, zu platzieren. Natürlich kamen auch die Rolling Stones nicht aus dem Nichts, waren nicht die eigentlichen Erfinder einer völlig neuen Musik, was im Nachhinein gerne als Mythos gepflegt wird. Ihr 1964 erschienenes Album ist praktisch ein Sampler von Coverversionen. Der Song „Carol“ von Chuck Berry zeigte am ehesten die Wurzeln ihres Musikstils, die sich irgendwo in jenem Blues fanden, aus dem sich nicht nur der Pop, sondern auch die Rockmusik bilden sollte. Jedenfalls: Sie debütierten mit einem Erfolg – über 100.000 Vorbestellungen (das Debütalbum der Beatles hatte es lediglich auf 6000 gebracht), Platz Eins der britischen Hitparade und – als besondere Genugtuung – die Verdrängung der LP „With The Beatles“ von der Chart-Spitze. Mit „It’s all over now“ gelangten die Stones im Frühsommer 1964 überdies erstmals an die Spitze auch der Singlecharts.⁵ Dass das Album unter Zeitdruck und geradezu primitiven technischen Bedingungen aufgenommen worden war, erhöhte seinen rauen Charme nur noch, der vor allem auf eben dieser „Direktheit des Sounds“⁶ gründete.

DIE 60ER – THE BRITISH ARE COMING!

Die 1960er Jahre sind sicherlich *das* Jahrzehnt der (im weitesten Sinne) Pop-Musik. Zweifellos hatten auch zu anderen Zeiten „gesellschaftliche, politische und technologische Realitäten Einfluss auf die Populärmusik [genommen] [...] Dennoch kristallisierte sich in den Sechzigern eine bis dahin vernachlässigbare Wechselwirkung heraus: Popmusik hatte an Relevanz gewonnen, saugte die erwähnten Realitäten nicht mehr nur auf, sondern griff im Gegenzug auch unmit-

2 Norman, Philip: Mick Jagger. Die Biographie, München 2012, S. 166.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd., S. 180.

6 Ebd., S. 166.

telbar in gesellschaftliche, politische und technologische Wirklichkeiten ein.“⁷ Innerhalb weniger Jahre „entwickelte die Popmusik zudem eine Vielfalt im Ausdruck, deren Folgen bis in die Gegenwart nachwirken“⁸. Was 1963 mit *Mersey-Beat* und späten Rock-’n’-Roll-Ausläufern begann, mündete gegen Ende des Jahrzehnts in eine zuvor unbekannte Pluralität, Vermischung und Diversifizierung der musikalischen Stile.⁹ Die Beatles und Rolling Stones waren die beiden wesentlichen „Soundchronisten“ jener Jahre, die Taktgeber und Audiokommentatoren. Vielleicht ließe sich ihre jeweilige Rolle wie folgt charakterisieren: Während die Stones gewissermaßen den Soundtrack lieferten und ihre Musik vor allem ganz unmittelbare Stimmungen und unverblünte Emotionen transportierte, sie sich beziehungsweise ihren *Blues*-Wurzeln dabei über die Jahre vergleichsweise treu blieben, nahmen die Beatles den Zeitgeist Jahr für Jahr musikalisch mitunter vorweg, mäanderten zwischen den Stilen; sie untermalten nicht nur, sondern zeichneten das Bild ganz entscheidend mit.¹⁰

Auch wenn die Veröffentlichung des ersten Stones-Albums zweifelsohne ein wichtiges Datum in der Popgeschichte der 1960er Jahre war, geschah 1964 noch etwas anderes, vielleicht gar Relevanteres: die „Britische Invasion“. Auf der Insel hatte die „Beatlemania“ – die massenhafte hysterische Verzückung ob der vier Liverpoolians – zwar schon 1963 begonnen, doch 1964 eroberten sie auch die USA und den westeuropäischen Kontinent¹¹ – und in ihrem Gefolge kamen zahlreiche weitere englische Bands zu erstaunlichen Erfolgen.

Es begann mit der ersten US-Tournee der Beatles im Februar 1964. Schon bei ihrer Ankunft am New Yorker „Kennedy-Airport“ wurde der Band ein eindrucksvoller Empfang beschert. In seiner zeitgenössischen Reportage beschreibt der Journalist Aronowitz merklich beeindruckt, wie „etwa 1000 schreiende Teenager versuchten, bis zu dieser Absperrung zu gelangen. Weitere 3000 kreischten oben auf der Aussichtsterrasse, an das Metallgeländer gepresst. [...] Blitzlichtbirnen explodierten“; den Pressesprecher der Beatles zitiert er mit den Worten: „Dies hier [...] ist völlig außer Kontrolle geraten“¹²; ähnliche Szenen

7 Schleifenbaum, Uwe: *She Loves You. Die Popkultur der sechziger Jahre: Beatles, Stones und der ganze Rest*, München 2010, S. 19.

8 Ebd., S. 11.

9 Vgl. Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7).

10 Vgl. dazu bspw. MacDonald, Ian: *Revolution in the Head. The Beatles' Records and the Sixties*, London 1998, S. 328.

11 Aronowitz, Al: Ein Bombardement von Gummibohnen, in: 1964. Ein Jahr und seine 20 Songs. *Süddeutsche Zeitung Diskothek*, München 2005, S. 37-45 [zuerst erschienen in: *Saturday Evening Post*, März 1964], hier S. 42 f.

12 Ebd., S. 37 f.

ereigneten sich beim Abflug: Erneut „[d]rängten sich [...] mehrere tausend kreischende Teenager auf der Besucherterrasse. Vier der Mädchen fielen in Ohnmacht“¹³. Dazwischen, am 9. Februar 1964, lag der legendäre Auftritt der Band in der „Ed Sullivan Show“ vor einem TV-Publikum von rund siebzig Millionen Zuschauern – dieser „Weckruf für die musikalische Pop-Moderne“¹⁴ sollte den Beatles den „Weg zur Eroberung Amerikas“¹⁵ endgültig ebnen.

„[Dieser] Angriff auf die amerikanischen Pop-Bastionen an jenem 9. Februar war auch deshalb so vernichtend, weil er aus einer Richtung erfolgte, die niemand auf der Rechnung gehabt hatte, nämlich aus Übersee. England war bis dahin allenfalls ein mäßig interessanter Außenposten des US-Plattenmarkts gewesen. Entscheidende Entwicklungen, Figuren und Ereignisse fanden prinzipiell in den USA statt. Kein englischer Musiker wäre bis dahin auf die Idee gekommen, sich auf diesem übermächtigen Markt irgendwelche Chancen auszurechnen. In der Tat hatte es in den USA ja auch noch kaum je ein Engländer zu Starhurm gebracht. Kein Wunder, denn Weltbewegendes hatte die britische Szene in Sachen Pop bis dahin nicht zu bieten gehabt. Als die Rock’n’Roll-Welle zum Ende der 1950er Jahre auch über Europa hinweggeschwappt war, tat man in England das, was man immer schon getan hatte. Man kopierte das Erfolgsrezept.“¹⁶

Herausgekommen bei diesem Versuch, den amerikanischen Idolen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nachzueifern, war der „amateurhafte“¹⁷ *Skiffle*, ein „Bastard aus amerikanischem Folk und Country-Elementen“¹⁸, der allerdings der „wichtigste musikalische Zündstoff im tristen England der 1950er Jahre“¹⁹ werden sollte und eine „erstaunliche Do-It-Yourself-Welle“²⁰ sowie einen Boom an Amateurbands nach sich zog. Schließlich konnte dieser Musikstil „ohne musikalische Vorbildung praktiziert werden“ und „die Möglichkeit, selbstständig Kunst zu produzieren, die unter Gleichaltrigen auf Widerhall stieß, löste eine völlig unerwartete Resonanz aus“.²¹ Damals entstand in den Tiefen der Kellerräume, die

13 Aronowitz 2005 (s. Anm. 11), S. 44 f.

14 Hofacker, Ernst: Von Edison bis Elvis. Wie die Popmusik erfunden wurde, Stuttgart 2012, S. 364.

15 Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 171.

16 Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 364 f.

17 Ebd., S. 365.

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 244.

das Refugium der Jugend dieser Zeit und Entstehungsraum zahlreicher Bands waren, tatsächlich etwas Neuartiges.²² Nichtsdestotrotz muss bemerkt werden, dass das eigentlich Neue nichts anderes war als die Neuordnung und teilweise auch Übernahme von bereits Vorhandenem. Die Beatmusik, die hier geprägt wurde, war eine englische Erfindung. Doch die Wurzeln liegen in einer Musik, die – was nicht zu leugnen ist – vorher da war, etwa und vor allem im Blues, deren eigentliche Urheber aber bei Weitem keine solchen Erfolge mit ihrem eigenen Werk hatten erzielen können wie nun ihre Epigonen. „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnten schwarze MusikerInnen vor der Rock 'n' Roll-Ära der fünfziger Jahre kein breites Publikum erreichen.“²³

Die Beatles, „hervorgegangen aus einer solchen Liverpooler Skiffle-Gruppe, waren zu Beginn des neuen Jahrzehnts die ersten, die aus diesen Einflüssen ein erfolgversprechendes Gebräu destilliert hatten“²⁴ – und damit die ersten Engländer, die auch außerhalb Großbritanniens musikalischen Erfolg hatten. Mehr noch: Sie hatten die Verhältnisse umgekrempelt und „die Machtzentrale des Pop kurzerhand nach GB verlegt. Zum ersten Mal seit Erfindung der Schallplatte befand sich das kreative Zentrum der Unterhaltungsmusik außerhalb von Amerika, nämlich in London. [...] Wer es schaffen wollte, musste den Weg über London gehen.“²⁵ Dass das erste Album der Rolling Stones in den USA unter dem wenig subtilen Titel „England's newest Hitmakers“ erschien, war insofern „ein klarer Hinweis, auf welchen Zug Jagger und seine Kumpane aufsprangen“. Auch sie sollten, so Manager Oldhams Ziel, bei der „British Invasion“ „eine wichtige Rolle“²⁶ spielen. Doch was war damals eigentlich das Besondere, Reizvolle an diesen beiden Musikformationen?

22 Wicke, Peter: Von Mozart zu Madonna: Eine Kulturgeschichte der Popmusik, Frankfurt a.M. 2001, S. 241.

23 Gaar, Gillian G.: Rebellinnen. Die Geschichte der Frauen in der Rockmusik, Hamburg 1994, S. 89.

24 Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 365.

25 Ebd., S. 367.

26 Appleford, Steve: The Rolling Stones. Die Storys zu allen Songs, Hamburg 2011, S. 12.

TRÜGERISCHE REVOLUTIONÄRE

„Would you let your sister go out with a Rolling Stone?“²⁷, fragte im Frühjahr 1964 die britische Musikzeitschrift *Melody Maker* ihre Leser. Das Porträt der Band drehte sich vor allem um die Gepflogenheiten der Band, ihre Körperpflege betreffend. So würden die Musiker „nicht viel Wert auf ein gepflegtes Äußeres legen“, Kämme beispielsweise seien „rar“ und Jagger gab an, tatsächlich „nicht jeden Tag zu baden“. Was heute bei der Lektüre eher schmunzeln lässt, taugte damals durchaus noch zum Skandal. Die Rolling Stones mit ihrer „I don’t care“-²⁸-Attitude – sie galten als Bürgerschreck, vor dem man die jungen Töchter und Schwestern unbedingt zu beschützen habe.²⁹ Die Stilisierung der Stones als „böse Beatles“ war allerdings vor allem das Produkt einer gezielten Marketingstrategie ihres Managers Oldham, der alles daran setzte, seinen Protegés ein möglichst verwegenes und ruchloses Image zu verleihen. Denn sie sollten nicht als „müder Abklatsch“, als plagierende Epigonen, sondern als ernstzunehmende Alternative zu den Beatles wahrgenommen werden. Ganz bewusst lancierte er zum Beispiel die obige Story im *Melody Maker*, um „seine Fab Five als Gegenspieler der Beatles [zu] verkaufen, als Quintett von Bad Boys, die die Gesellschaft und deren Töchter durcheinander bringen würden“³⁰.

Und diese Strategie schien aufzugehen. Den Älteren waren die Stones ein Horror – und gerade deshalb den Jugendlichen lieb und teuer. Kaum war die erste Welle der Empörung über die langhaarigen Beatles vorüber, kaum hatten sich auch die Eltern und das Establishment allmählich an die „Pilzköpfe“ gewöhnt, richtete sich die Aufmerksamkeit der Teenager auf die Rolling Stones, die ihre Haare noch länger – und vor allem – wilder trugen. So hatten die Jugendlichen wieder ihre eigenen Idole, die sie nicht mit den Eltern teilen mussten. Gerade die Ablehnung der Erwachsenen steigerte die Loyalität der jungen Fans zu den Stones nur noch mehr. In der *Zeit* wurde dieser Mechanismus wie folgt beschrieben: „Eine junge Dame erklärte mir den Grund: Die jungen Leute liebten nur noch Popsänger, die nur für sie singen. Sobald diese Sänger von den Erwachsenen, den *Squares*, gestohlen und akzeptiert werden, lasse die Gefolgschaft der Jugend spontan nach, denn: Eltern und Kinder könnten nicht am selben Schrein anbe-

27 Coleman, Ray: „Would you let your sister go out with a Rolling Stone?“, in: *Melody Maker*, März 1964, S. 8.

28 Ebd.

29 Vgl. z.B. Appleford 2011 (s. Anm. 26), S. 12.

30 Ebd.

ten.“³¹ Dieses Wechselspiel als Geheimnis der Popularität der Stones erkannte die *Zeit* schon 1964:

„Von den Erwachsenen freilich werden die fünf Sänger aufs äußerste verabscheut – vermutlich, weil sie das Gegenteil von Maskulinität verkörpern und jegliche männliche Konvention verhöhnen. Sie sind sehr salopp gekleidet, tragen keine Krawatten, dafür mit Vorliebe lila Hemden. Die Haare legen sich auf den Rockkragen und geben den Gesichtern das Aussehen von Neandertalern. Die ‚Steine‘ haben Erfolg bei den Teenagern, weil sie nicht bürgerlich sind.“³²

Und kurz vor der ersten US-Tournee der Stones verschickte die *Associated Press* eine Kurzmeldung, die eher einem Warnruf glich: „Amerikaner, wappnet euch!“ [...] In den Fußstapfen der Beatles ist eine zweite Welle von wilden, zornigen Briten auf dem Weg zu uns ... dreckiger, schmieriger und wirrköpfiger noch als jene.“³³ Allerdings hatte Oldham in den Vereinigten Staaten mit seiner „voraus-eilenden Antipropaganda“³⁴ nur bedingt Erfolg. Anders als die von einem furiosen Medienrummel begleiteten Beatles fanden die Stones auf ihrer US-Tour kaum Widerhall in den Medien, auch eine Einladung in die „Ed Sullivan Show“ blieb aus, was für die Band „besonders demütigend“³⁵ war – hatte man sich hier doch ebenfalls ein Millionenpublikum erhofft. Zumal die Stones ihrem wilden Ruf gar nicht entsprachen – schließlich hatte man sich auf eine rüpelhafte Truppe eingestellt und erwartete nun ein gebührendes Spektakel. Doch bei einer Pressekonzferenz „stellten die Reporter überrascht, wenn nicht enttäuscht fest, dass die Jungs höflicher waren und sich besser ausdrücken konnten als andere ‚Invasoren‘ vor ihnen“; Frontmann Mick Jagger etwa beantwortete alle Fragen zuvorkommend, ohne jegliche Pöbeleien, zumal „in seinem besten Oxfordenglisch ohne einen Hauch von Cockney“³⁶.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich: Vieles an ihrem vorgeblich so wilden Image war mehr Schein als Sein – und in mancherlei Hinsicht waren ihnen sogar die vermeintlich braven Beatles einen Schritt voraus. Um nur ein paar Punkte zu nennen: Zunächst kamen die Beatles aus dem proletarischen Norden Englands, aus der rauen Hafen- und Industriestadt Liverpool, die Stones hingegen stammten aus dem kultivierten Süden des Landes. Und wenngleich keine der beiden

31 HMO: „Rollende Steine“ in Lila, in: *Die Zeit*, 05.06.1964 (Herv.i.O.).

32 Ebd.

33 Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 171.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 172.

Bands durchweg einen ganz klassischen *Working Class*-Background vorweisen konnte, so waren doch auch hier die Stones diejenigen, die tendenziell bürgerlicheren Mittelschichtelternhäusern entstammten. Und gerade Mick Jagger, der vermeintliche *bad guy* der Musikszene, hatte als einziger ein ernsthaftes akademisches Studium betrieben – und die Betriebswirtschaftslehre-Vorlesungen an der *London School of Economics* zudem ganz konform mit einem typisch bürgerlichen Sicherheitsdenken und nicht ohne Genehmigung der Universitätsleitung nurmehr „unterbrochen“, mit der Zusage, sie im Falle eines Scheiterns im Musikbusiness jederzeit wieder aufnehmen zu können.³⁷ Ganz zu schweigen davon, dass die Stones vor ihrem Durchbruch vielleicht prekär durch schmutzige Londoner Blues-Clubs getingelt waren, die Beatles jedoch ihren Aufenthalt in Hamburg als Referenz für einen tatsächlich archaischen Karrierebeginn anführen konnten: Denn dort waren sie zwischen 1960 und 1962 in verschiedenen Clubs im Rotlichtviertel St. Pauli aufgetreten, gekleidet in enge schwarze Lederhosen, künstlich wachgehalten vom Aufputzmittel *Preludin*, da sie des Nachts ihr Publikum zu unterhalten hatten und sie tagsüber in ihrer Unterkunft, einem Matratzenlager hinter der Leinwand eines Pornokinos unweit der berühmten Reeperbahn, nur wenig Schlaf bekamen. Als sie also in adretten Anzügen die Teenager zum Kreischen brachten, hatten sie bereits eine erste Metamorphose durchlebt und genau die wilde Vergangenheit hinter sich, zu deren Protagonisten Manager Oldham seine Stones gerne modellieren wollte.

„I WANT TO HOLD YOUR HAND“ VS. „I JUST WANNA MAKE LOVE TO YOU“

Das Verhältnis Beatles-Stones lässt sich auf eine ganz banale Formel herunterbrechen. So scheint es zumindest im Hinblick auf ihre Songtexte: Die einen wollen – 1963 – die Hand eines Mädchens halten, die anderen fordern ein Jahr später – 1964 – ganz unverblümt den Liebesakt. Und doch verbirgt sich auch hier eine kompliziertere Geschichte als diese vermeintlich offensichtliche und logische Steigerung – nach der die Beatles vielleicht für das harmlose Händchenhalten taugen, die Stones aber die wahren sexuellen Abenteuer verheißen. Ganz so einfach ist es jedoch nicht. Zunächst: Der Stones-Song ist das Remake eines schon damals zehn Jahre alten Blues-Stückes, das 1954 erstmals von Willie Dixon und Muddy Waters aufgenommen worden war. Die Urheberschaft auf den Liedtext können Jagger und Co. also schon einmal nicht für sich beanspruchen.

37 Vgl. Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 125.

Zudem: So *wie* die Beatles ihr harmloses Liedchen sangen, wie sie sich im Duett im Refrain in geradezu ekstatische Falsettschreie emporschwangen, schienen sie doch andere Absichten zu hegen, als bloß „die Hand eines Mädchens zu halten“³⁸. Nicht nur „der Oktavsprung war eine geniale Idee der Komponisten“, auch die Stimmen der Sänger verliehen dem Stück eine besondere Qualität: „Wenn McCartney den Ton trifft [hand], platzt seine Stimme beinahe vor ekstatischer lustvoller Energie, und der Titel des Songs wird sofort als lustvolle Umschreibung enttarnt“³⁹. Ähnliches kannte man bereits von „She loves you“ – das Stück, das übrigens von „I want to hold your hand“ an der Chart-Spitze abgelöst wurde –; die archaischen „yeah yeah yeah“-Rufe des Refrains steigern sich ebenfalls in einen, nun ja, gerade noch *gesungenen* Klimax. Was wiederum beim Publikum mindestens ebenso ekstatische Schreie auslöste, die Musik also auch auf sinnlich-körperlicher Ebene Reaktionen hervorrief.

Die „harmlosen“ Beatles hatten also keinesfalls stets keuscheme Absichten als die „frivoleren“ Stones, nur verpackten sie diese Intentionen subtiler. Wenn sie zum Beispiel in „I saw her standing there“ ein kleines „You know what I mean...“ einstreuten, dann wusste der jugendliche Hörer natürlich in der Tat, „was gemeint war“, und fühlte sich „geschmeichelt, weil er ins Vertrauen gezogen [und] fast verschwörerisch in die kreative Erfahrung einbezogen“⁴⁰ wurde. Die Beatles machten also ihre Zuhörer zu „Komplizen“, bei ihnen wurden Band und Publikum „unauffällig zu gleichrangigen Parteien, die sich gegen die Welt der Erwachsenen mit ihrem Anstands- und Verantwortungsdenken verbünden“⁴¹. Die Stones fanden dagegen die deutlicheren Worte, trauten sich zudem, diese erstmals nicht nur vor der eingeweihten Blues-Gemeinde, sondern auch vor einem in dieser Hinsicht verschlossenen westeuropäischen Publikum auf der Bühne auszusprechen. Was sie ganz im Wortsinne „so unwiderstehlich machte“, war zum einen der „leicht schräge Sound, der ganz im Gegensatz zu den perfekten Aufnahmen der Abbey Road Studios der Beatles stand“⁴². Und zum anderen „blitzen hier auch die düsteren Seiten des Lebens auf: Mick bekam sein ‚breakfussr [und wer weiß was sonst noch] in ba-a-id‘, und dass er einen ‚aichin‘ ha-id‘ hatte, war zweifellos auch einem Kater zu verdanken“⁴³. Und was hier noch eine

38 Hertsgaard, Mark: The Beatles. Die Geschichte ihrer Musik, München/Wien 1995, S. 45.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Ebd., S. 28.

42 Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 180 f.

43 Ebd.

erste „Andeutung von Verruchtheit“⁴⁴ war, wurde schon bald explizit ausbuchstabiert: „(I can't get no) Satisfaction“ war bar jeden Versuchs, etwas nur anzudeuten; und „Let's spend the night together“ war wohl überhaupt nicht mehr missverständlich. Insofern: Bei den Beatles geschah viel zumeist über implizite Andeutungen, die Stones redeten Klartext. Und doch: Hier eine klare Trennlinie ziehen zu wollen, wäre falsch. Sexuell aufgeladen – und damit Ausdruck des Lebensgefühls der 1960er Jahre, als es auch darum ging, die Sexualität zu enttabuisieren – war die Musik beider Gruppen; nur nutzten sie unterschiedliche Ausdrucksformen, benötigten die einen, die Stones, die anderen, die Beatles, auch als Wegbereiter. Was gerne als Konkurrenzverhältnis beschrieben wird – weil es so ein schönes Bild ergibt: hier die Braven, da die Wilden – war im Grunde viel eher eine fruchtbare Symbiose.⁴⁵ Natürlich war die Beziehung der beiden Bands nicht immer harmonisch – wüste Beschimpfungen, Anfeindungen, Verdächtigungen, Beleidigungen: All das gab es auch. Doch unter dem Strich lässt sich wohl resümieren, dass beide, Beatles und Stones, voneinander profitierten, sich wechselseitig ergänzten, bedingten und mitunter zu Höchstleistungen anspornen.

Das begann schon ganz früh: Die zweite Single der Rolling Stones, „I Wanna Be Your Man“, die im Herbst 1963 veröffentlicht wurde, Platz zwölf der britischen Charts erreichte und damit für die Band den „große[n] Durchbruch“⁴⁶ bedeutete, war ihnen, ausgerechnet, von Lennon und McCartney überlassen worden⁴⁷ – die das Stück ebenfalls, mit Ringo Starr als *Lead Singer*, nur ein paar Wochen später auf ihrem Album „With The Beatles“ unterbrachten. Wenige Jahre später – musikalisch scheinen mehrere Dekaden dazwischenzuliegen, tatsächlich waren es aber nur drei bis vier Jahre – folgte das epochale Beatles-Album „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band“, das die Stones musikalisch mit „Their Satanic Majesty's Request“ beantworteten – einem ebenfalls psychedelisch anmutenden Konzeptalbum.⁴⁸ Allerdings reagierte die Kritik „außerordentlich verhalten“⁴⁹, der Versuch, auf der Welle mitzuschwimmen und einen mindestens ebenso erfolgreichen „eigenen“ „Sgt. Pepper“ zu veröffentlichen, schlug also fehl. Die Stones zogen aus diesem Fehlschlag jedoch die beste Schlussfolgerung und kehrten zurück zu ihren Wurzeln, statt den Vorgaben anderer nachzueifern. Mit dem folgenden Album „Beggar's Banquet“ fand mindestens eine „Rückbe-

44 Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 180 f.

45 Vgl. z.B. Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7), S. 47 f.

46 Appleford 2011 (s. Anm. 26), S. 9.

47 Vgl. z.B. ebd., S. 14.

48 Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7), S. 51 f.; vgl. auch Norman 2012 (s. Anm. 2), S. 318.

49 Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7), S. 52.

sinnung auf alte Tugenden statt⁵⁰; geradliniger, simpler Blues statt hippieske Spielereien war nun wieder ihr Credo. Und mit dieser „rotzigen, aggressiven Working-Class-Diktion“⁵¹ konnten sich die Stones an die Spitze der gerade aufkommenden „rustikalen Gegenbewegung zur Musik der bunten Hippie-Popwelt“⁵² stellen.

Das Verhältnis von Stones und Beatles in ein simples Entweder-Oder-Schema einpferschen zu wollen, mag also zuvorderst einem Bedürfnis des Publikums nach klaren Kategorien, einem Wunsch der Anhängerschaft nach eindeutiger Identifikation geschuldet sein – der tatsächlichen Beziehung der Bands untereinander wird dies jedoch nicht gerecht. Vielmehr dienten sie einander als gegenseitige Inspirationsquelle, als Vorbild, als Vergleichsfolie – und *auch* als Konkurrenten, von denen man sich jeweils abzugrenzen hatte und an denen man das eigene Profil schärfen konnte. Da waren die Stones und ihr übererotisierter wilder Lifestyle, der scheinbar in einer unkontrollierten Natürlichkeit wurzelte und sich so willkommen vom modernen Technizismus abhob. Und auf der anderen Seite waren die Beatles, die unangepasst und wild lebten, aber dies im Anzug taten. Beide zusammen ergaben eine anschlussfähige Ästhetik und begründeten eine gemeinsame Soundkultur. Gemeinsam konnten Stones und Beatles das gesamte Feld der Pop-, Rock- und Bluesmusik abstecken, sich eigene Nischen suchen, ohne den Zwang, alles alleine bearbeiten zu müssen. Und eben dieses – mal eintrachtige, mal schräge – Zusammenspiel ergab die Klangwelt der 1960er Jahre.

KAIROS DER BEATARISTOKRATEN

Warum aber wurden ausgerechnet die 1960er Jahre zu dieser Hochzeit der Popmusik? Mehrere Entwicklungen kamen hier zusammen: Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen lautete „[d]er Imperativ jener Ära [...]: Fortschritt! Die unmittelbaren, zumindest in Europa entbehrungsreichen Nachkriegsjahre waren vorbei, Technik und Wissenschaft stürmten in Riesenschritten voran und die Kaufkraft wuchs beträchtlich.“⁵³ Nicht nur waren die technologischen Voraussetzungen für die Verbreitung des neuen Sounds vorhanden – zum Beispiel waren auch Kassetten und die neue Radiotechnologie der Ultrakurzwelle (UKW)

50 Ebd.

51 Ebd., S. 53.

52 Ebd., S. 52.

53 Ebd., S. 14.

beziehungsweise FM-Welle Produkte der frühen 1960er Jahre –; zudem verfügte man – und hier insbesondere die Teenager als wichtigste Trägergruppe⁵⁴ – nun auch über die finanziellen Mittel, sich mit dem entsprechenden Gerät für diesen Musikkonsum auszustatten. Fernsehen und Printmedien verbreiteten die zur Musik dazugehörigen Bilder – schließlich war das Reizvolle der neuen Bands nicht zuletzt auch ihr optischer Auftritt. Zudem fand sich just ab 1964 eine neue Möglichkeit, die bis dato von den offiziellen Sendern größtenteils ignorierte Popmusik tatsächlich auch zu hören: Damals „installierten findige Leute außerhalb der Drei-Meilen-Zone und damit außerhalb des Einflussbereiches des britischen Radiogesetzes auf ausrangierten Fracht- und Fischereischiffen Piratensender, die rund um die Uhr genau das sendeten, was die BBC ihrem jugendlichen Publikum verweigerte. Erwartungsgemäß hatten sie riesigen Erfolg.“⁵⁵

Diese innovative Zeit technischer Machbarkeit verband sich mit einer auch mentalen „Aufbruchsstimmung unter den Jungen“, einer generellen „Unbekümmertheit“⁵⁶ – man blickte grundsätzlich positiv nach vorne, die Zukunft erschien wie ein verlockendes, freies Experimentierfeld. Hier wuchs eine „Generation heran, die das autoritätsgläubige, in vielerlei Hinsicht sehr bequeme und in den meisten Gesellschaften tradierte ‚So ist das eben, da kann man nichts machen‘ nicht mehr widerspruchslös hinnehmen wollte. Es war die Zeit der Utopien.“⁵⁷ Auch im Bereich der Kultur war man des Alten überdrüssig geworden, wollte ausprobieren, Neues schaffen. Beispielfhaft taten dies, einmal mehr, die Beatles:

„Nicht nur musikalisch, wo sie mit atemberaubender Geschwindigkeit die Maßstäbe nach oben verschoben. Bereits 1965 jonglierten sie souverän mit Kammermusik, subtilem Folk und Hardrock und verbanden so verschiedenste Elemente zu griffigen Popsongs. Eine Revolution lösten sie auch hinter den Kulissen aus. In den Tonstudios [...] ließ [man] sich auf kreative Experimente ein, die sämtliche altehrwürdigen Regeln des Betriebs missachteten. Schließlich ging man in Marketing, Design und Präsentation völlig neue Wege.“⁵⁸

All dies zusammen genommen erklärt, weshalb gerade diese Dekade (pop-)kulturell so fruchtbar war. Im Grunde also waren die 1960er Jahre – und hier speziell das Jahr 1964 – nicht weniger als ein *Kairos*-Moment für den Erfolg der britischen Popmusik. Warum aber wurde gerade Großbritannien, hier speziell Eng-

54 Vgl. Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 373.

55 Ebd.; vgl. auch Metzger, Rainer: *Swinging London*, Wien 2011, S. 151.

56 Metzger 2011 (s. Anm. 55), S. 151.

57 Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7), S. 14.

58 Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 367.

land, und hier noch spezieller London, zum Gravitationszentrum dieser Entwicklung? Und was hatte es mit „Swinging London“ auf sich?

In mancherlei Hinsicht herrschten in Großbritannien ganz spezifische Bedingungen, die die spezielle britische Ausprägung der „Swinging Sixties“ erklären. Zunächst hatte das britische Bildungssystem mit den Kunsthochschulen eine Institution geschaffen, die genau solche Fälle der vielversprechenden künstlerischen Begabungen, die in herkömmlichen Schulen versagten, auffing, also nicht völlig aus dem System herausfallen ließ, sondern auf Karrieren in der Kunst- und Kulturszene vorbereitete. John Lennon und Keith Richards beispielsweise hatten solche Institutionen besucht; die Werdegänge zahlreicher britischer Popgrößen ähnelten sich also in ihren Verläufen.⁵⁹ Zudem war auch in England der Aufstieg der Popmusik natürlich vor allem von der Jugend getragen, die sich gegen die Generation ihrer Eltern abgrenzen wollte. Allerdings erkannte das politische wie kulturelle Establishment schnell das Potenzial, das in dieser konsumbegeisterten Jugend steckte – und entschärfte den Generationenkonflikt, indem es den jugendlichen Aufbruchsdrang geschickt kanalisierte und in eine nationale Werbestrategie umlenkte.

Zwar war jede allzu offensichtliche Anbiederung an die Jugend und ihre Vorlieben ebenfalls verpönt, doch der Annäherungsversuch in jedem Fall gestattet und willkommen⁶⁰ – auf diese Weise tat sich auf der Insel keine unüberbrückbare Kluft zwischen Avantgarde und Establishment auf. Überhaupt war man hier einige Exaltiertheiten gewohnt, war der „Dandy“ doch eine prominente Sozialfigur in der britischen Geschichte. Und wenn man Lord Byron oder Oscar Wilde „überstanden“ und in Nationalhelden transformiert hatte, ließ man sich von einigen langhaarigen, buntgekleideten Musikern auch nicht mehr fundamental verunsichern. Die Verleihung des Ordens *MBE* an die vier Beatles schon 1965 war eine solche geschickte Integration der vermeintlichen Rebellen in das System. Und wenn beispielsweise John Lennon bei einem Auftritt vor anwesenden Mitgliedern des englischen Königshauses mit „einem wunderbar spitzbübischen Gesicht“ aufforderte: „Rattle your jewelry“, dann wurde das „begleitet von einem Auflachen, in dem sich Jahrhunderte einer hierarchischen Gesellschaft entluden“⁶¹. Etwas pathetisch formuliert, fungierte hier die Popmusik tatsächlich als Medium zur Überbrückung von Klassengegensätzen⁶² – zumindest „verbreitete [sich] eine Ahnung nicht von Klassenlosigkeit, aber von Klassenübergrei-

59 Vgl. Metzger 2011 (s. Anm. 55), S. 193 f.

60 Vgl. ebd., S. 151.

61 Ebd.

62 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 241 f.

fendheit, von der Möglichkeit, ein Miteinander herzustellen in der Emphase des Augenblicks.“⁶³

Das Paradoxe dabei war, dass sich in eben diesem Zuge eine neue „Klasse“ bildete, die sich auf eklatante Weise an den eigentlich gerade überkommenen Systemlogiken von Underclass und Upperclass orientierte: „Selbstbewusst, clever und bohémehaft, wie der Pop sich plötzlich gab, befreite er sich vom Image der leichtgewichtigen Teenagermusik und fand Zugang zu den Eliten in Kunst und Kultur. Er bildete eine ganz eigene neue Pop-Aristokratie heraus [...]“.⁶⁴ Ebenfalls 1964 hatte die britische Soziologin Ruth Glass den Begriff „Gentrification“ für den Prozess der „Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung“⁶⁵ geprägt. Obwohl ursprünglich auf den Londoner Stadtteil Islington bezogen,

„trifft ihr Diktum perfekt auf die kulturelle Szene Mitte der Sechziger zu. Wer sich breitmacht und die Sozialstruktur durcheinanderbringt, benimmt sich wie die Gentry, der alte Landadel, es ist eine luxuriöse Existenz des Müßiggangs, der Nonchalance und des eleganten Sich-gehen-Lassens. Es ist eine Wendung zu Lebensstilen der Aristokratie – die Villen und Schlösschen in malerischen Parks, die sich etwa die reich gewordenen Bands leisten, stehen ebenso dafür wie die Konjunktur von LSD als Treibmittel der Ästhetik. Die unkontrollierbaren Wirkungen der Droge, der scheinbar unendliche Aufwand an Zeit, den die Trips beanspruchen, und überhaupt die demonstrative Behauptung, es genüge, wie weggetreten auch immer, einfach da zu sein, um einen Ort und eine Handlung mit Bedeutung auszustatten – all das ist nur möglich in der Delikatesse und der Exquisitheit eines neoaristokratischen Gebarens.“⁶⁶

Und bevorzugter Aufenthaltsort dieser „kulturellen Hocharistokratie“⁶⁷ war, sofern diese nicht gerade auf ihren Landsitzen weilte, natürlich die Metropole London. Die dortigen Clubs wurden zu Treffpunkten der „Neoaristokratie“⁶⁸, die schon zeitgenössisch treffend charakterisiert wurde als „die momentane Meritokratie des Stils, des Geschmacks und der Empfindsamkeit“⁶⁹. Offenbar hatte sich also ein „neuer Adel [...] etabliert, und die Kriterien, nach denen er sich definierte, ‚style, taste and sensitivity‘, waren durchaus die angestammten. Auch im

63 Metzger 2011 (s. Anm. 55), S. 151.

64 Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 367.

65 Metzger 2011 (s. Anm. 55), S. 171.

66 Ebd.

67 Ebd., S. 175.

68 Ebd., S. 169.

69 Zitiert nach ebd., S. 171.

Absolutismus hatte die Nobilität vorgegeben, was zu goutieren war.“⁷⁰ Es kam also auf die „feinen Unterschiede“ an, auf den „richtigen“ Konsum und Stil, das „passende“ Auftreten und Aussehen, kurz: Es ging um das Dazugehören. Man bewegte sich unter seinesgleichen, in einem ausgewählten Kreis von Insidern, die allesamt „knowing“ und „sophisticated“ waren.⁷¹

Wenn man nun den Bogen noch ein wenig weiter spannt, scheint das London der 1960er Jahre „verwandt mit dem Wien um 1900 und dem Berlin der Zwanziger“⁷². Hier bewegte sich ebenfalls jeweils eine „Insiderszene für sich“⁷³ mit der zeitgenössisch typischen „Unbekümmertheit“, noch nicht wissend, dass weit düstere Zeiten drohten. „Auch Londons große Zeit vollzieht sich so gesehen als Tanz auf dem Vulkan. Natürlich ist die Depression, die Großbritannien in den Siebzigern ereilt, nicht vergleichbar mit dem Ende der österreichischen Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg oder gar mit dem Nationalsozialismus“⁷⁴. Aber auch die Swinging Sixties waren in gewisser Weise ein Ausnahmezustand und London für kurze Zeit der Mittelpunkt der Musikwelt. Auch aus Deutschland blickte man fasziniert auf die benachbarte Insel und konstatierte erstaunt, „die Londoner Jugend benehme sich geradezu ‚shakespearehaft‘, und man müsse das Bild, das man sich auf dem Kontinent gemeinhin von ihnen mache, mächtig korrigieren. Da zögen also Londons Teenager mit Gesang und Tanz durch Westend und seien überhaupt außer Rand und Band. Wo sei da eigentlich die englische Steifheit und Kühle geblieben?“⁷⁵

GESELLSCHAFTLICHE WIRKUNGSKRAFT

Dass und – weitaus wichtiger – warum Rolling Stones und Beatles, und in ihrem Gefolge zahllose andere Bands, gerade in den 1960er Jahren populär wurden, scheint nun verständlich. Bleibt abschließend zu fragen: Inwiefern wirkten sie selbst auf die Gesellschaft zurück? Oder anders: War diese Musik politisch, gar revolutionär?⁷⁶ Denn fest steht: Der „Aufstieg englischsprachiger Popmusik in der Mitte der 60er Jahre fiel zusammen mit einer Politisierung der Gesellschaft.

70 Ebd.

71 Ebd., S. 153.

72 Ebd., S. 151

73 Dazu ausführlich ebd., S. 155-190.

74 Ebd., S. 151.

75 HMO: „Rollende Steine“ in Lila, in: Die Zeit, 05.06.1964.

76 Dazu vgl. ausführlich die Ausführungen bei Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 238 ff.

Unklar ist, inwieweit die neue musikalische Präferenz auch politische Bezüge hatte.“⁷⁷ Eine eindeutige, pauschale Antwort, soviel sei vorweggenommen, lässt sich auf diese Frage nicht geben. Auch hier offenbart der genaue Blick mehrere Deutungsmöglichkeiten, zumal erstaunliche Paradoxien und Widersprüche.

Zunächst: Die florierende britische Popmusik war vor allem eine Sache der Jugend. Sie diente den Jugendlichen der 1960er Jahre gewissermaßen als „soziales Bindemittel“ zur Abgrenzung von den Älteren.⁷⁸ Jugendliche hörten ganz bewusst mit Vorliebe jene Musik, von der sie wussten, dass ihre Eltern ihr wenig bis nichts abgewinnen konnten. Ein solcher Generationenkonflikt geht aber in aller Regel nicht nur mit der Ablehnung der kulturellen Vorlieben der Älteren auf individueller, familiärer Ebene einher, sondern richtet sich auch ganz generell gegen alles Überkommene und Tradierte. So auch in den 1960er Jahren: Nicht nur die eigenen Eltern, auch „[e]herne gesellschaftliche und politische Konventionen wurden massiv in Frage gestellt“ – und der „Sound der Jugendkultur der 60er Jahre“⁷⁹ lieferte genau jene „plakativen Slogans“⁸⁰, die „generationelle Ungleichzeitigkeiten“⁸¹ noch betonten, ja zelebrierten und mit denen sich die Teenager und jungen Erwachsenen kollektiv identifizieren konnten. Bob Dylans treffliche Prophetie „The Times They Are a-Changin‘“ oder der Stones-Song „Time Is on My Side“ kleideten den Zeitgeist in Worte.

Und noch in einer zweiten Hinsicht entfesselte das Hören von Popmusik eine kollektivierende und damit auch politische Wirkung: Die Swinging Sixties waren geprägt von der „Überzeugung, sie seien für alle da“⁸² – natürlich war davon vieles Wunschdenken, entwickelten sich auch damals schnell Distinktionsmechanismen. Doch zumindest hing man dem utopischen Ideal an, bisher gültige Schranken überwinden zu können. Und hatte man sie nicht auch tatsächlich überwunden, war hier nicht tatsächlich „eine Kultur vom Orchideenstatus des Spezialisierten in die Zuständigkeit für das Allgemeine hinüber[ge]wechselt“⁸³? Beatmusik à la Beatles und Stones konnte schließlich von den allermeisten mindestens konsumiert, von vielen gar selbst ausgeübt werden. Dadurch, dass sie also „soziale Trennlinien relativierte und sich als demokratischste Form medial vermittelter Kunst durchsetzte“⁸⁴, war Beatmusik nicht weniger als eine „sozial

77 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 238.

78 Ebd., S. 243.

79 Ebd.

80 Hofacker 2012 (s. Anm. 14), S. 370.

81 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 243.

82 Metzger 2011 (s. Anm. 55), S. 152.

83 Ebd., S. 152 f.

84 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 244.

grenzüberschreitende Massenbewegung“⁸⁵ – und damit durchaus gesellschaftspolitisch wirksam.

Der massenhafte Konsum von Popmusik ist indes eine zweischneidige Sache: Während die einen eben den demokratisierenden Charakter des kollektiven Konsums betonten, meldeten sich schon in den frühen 1960er Jahren empörte Kritiker zu Wort, die vor den Manipulationsversuchen der verhassten Kulturindustrie warnten.⁸⁶ Besonders in Deutschland war man „ganz in der Tradition der deutschen Kulturkritik wegen der kommerziellen und eskapistischen Potentiale von Beatmusik“⁸⁷ skeptisch; auch die landesspezifische Textbezogenheit ließ die Anerkennung der deutungs offenen Beatmusik zunächst schwer akzeptabel erscheinen.⁸⁸

„Die Ratlosigkeit – und auch die Schlichtheit –, mit der die Erwachsenenwelt reagierte, äußerte sich schließlich sogar in der befremdlich platten Übernahme damals gängiger Freund-Feind-Schemata: Für Teile der Westpresse waren die Beatles im Zweifel von Moskau gesteuerte Systemgegner [...]. Für die propagandistische Ostpresse waren sie indes dekadente Auswüchse des westlichen Imperialismus. [...] Das alles waren paranoide Erklärungsversuche von bestechender Hilflosigkeit, die zumindest eines verdeutlichten: Diese meinungsfreudigen Vertreter der älteren Generation hatten nicht die leiseste Ahnung, was da vor sich ging. Sie waren aber in der Regel auch partout nicht geneigt, die Wahrheit zu ergründen – oder einfach zu schweigen. So legte sich jeder die Theorie zu recht, die ihm am besten in den weltanschaulichen Kram passte.“⁸⁹

Doch auch im Anschluss an diese ersten, noch eher reflexhaften Reaktionen fielen die Deutungsversuche nicht unbedingt befriedigender aus. Das bildungsbürgerliche Feuilleton etwa war sehr wohl bestrebt, dem Phänomen auf den Grund zu gehen – nur fielen dessen Erklärungsansätze zum Teil ähnlich hilflos aus. Schon 1964 berichtete die *FAZ* staunend über die erste US-Tournee der Beatles:

„Die jungen Mädchen des ganzen Landes sind einem Zustand der Hysterie verfallen, der kaum in den Rahmen der Alltagsnormalität zurückgepaßt werden kann. Alte Damen kriegen Weinkrämpfe, Hunde kriegen Junge, die stärksten Polizisten (alte Boxerchampions)

85 Zitiert nach ebd.

86 Vgl. dazu beispielhaft etwa Adorno, Theodor W.: Resumé über Kulturindustrie, in: Goer, Charis/Greif, Stefan/Jacke, Christoph (Hg.): Texte zur Theorie des Pop, Stuttgart 2013, S. 26-37 [zuerst erschienen 1964].

87 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 240.

88 Vgl. ebd., S. 242.

89 Schleifenbaum 2010 (s. Anm. 7), S. 25.

fallen in Ohnmacht. Was ist dagegen die Weltpolitik? Was ist dagegen der Kampf in Zypern? Wer denkt noch an die Ermordung des Präsidenten, und wer regt sich noch über de Gaulle auf?“⁹⁰

Die Beatles schienen also die Aufmerksamkeit auf Nebensächliches, Banales zu lenken, während die „wirklichen“ weltpolitischen Probleme aus dem Blick gerieten – diese Sichtweise ist ganz typisch für die zeitgenössische deutsche Kritik.⁹¹ Zu ihrer Zeit waren Stones und Beatles zwei Kulturphänomene, die sich den bewährten Erklärungsmustern professioneller Gegenwartsdeuter entzogen, konventionelle Paradigmen schienen für die Anwendung auf die beiden Bands ungeeignet zu sein. Vor allem die musikalisch und habituell artikuliert Ironie der Beatles und Stones brach mit den Ordnungskriterien, die sinnstiftend für die Moderne waren. Ein ironisch brechender Humor, der rebellisch-jugendlich, vor allem frech daherkam, bestimmte das Auftreten der vier Jungs aus Liverpool, wie das Interview am New Yorker Flughafen zeigt. In diesem antwortete John Lennon auf die Frage: „How did you find America?“, lapidar: „We went to Greenland and made a left turn.“ Auch die Stones machten sich diese Form subversiver Strategien zu eigen, als in der „Mike Douglas Show“ der Moderator nach den Ursachen der Wirkung, die die jungen Musiker auf Frauen hätten, fragte und der damalige Gitarrist Brian Jones antwortete: „Well, actually Mick is quiet more successful with Men.“ Mit ihrer männlichen Kleidung (Anzug und Schlips) und ihren femininen Frisuren verstießen sie gegen seinerzeit gültige Geschlechtskonventionen.⁹² Sie vereinten nach traditionellen Vorstellungen Unvereinbares, eigneten sich somit als Mittel jugendlichen Protests und Eigenständigkeitsverlangens.

Fast zwanghaft versuchte man, dem „Geheimnis“ der Bands auf die Spur zu kommen – irgendwo musste ja doch ein „tieferer Sinn“ dahinter liegen, den es eindeutig zu ergründen galt. Schließlich waren auch die „fünf ‚Rollenden Steine‘ [...] unter musikalischem Aspekt nicht sonderlich interessant. Obwohl sie singen, ist es nicht eigentlich Gesang, was sie bieten. Sie eifern den ‚Beatles‘, ihren Landsleuten, auf noch härtere, gröbere Weise nach: sie schreien [...]. Was aber ihr wichtigstes ‚Kunstmittel‘, nämlich den kehlkopfzerstörenden, nervenzerfetzenden Schrei betrifft, so kann man in Christiane Ehrhardts ‚Die Beatles – Fa-

90 Huelsenbeck, Richard: Die Invasion der Beatles, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.02.1964.

91 Vgl. dazu Eco, Umberto: Einleitung zu Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur, in: Goer, Charis/Greif, Stefan/Jacke, Christoph (Hg.): Texte zur Theorie des Pop, Stuttgart 2013, S. 26-37 [zuerst erschienen 1964].

92 Wicke 2001 (s. Anm. 22), S. 239 f.

belwesen unserer Zeit?' [...] die psychologische Erläuterung finden: ‚Der Schrei stößt tief in die Seele hinab und erregt das Gemüt. Der Hörende wird zum Betroffenen. Der Betroffene ist aufgestört, wird unsicher und ratlos. Wer schreit, will entweder terrorisieren oder braucht Hilfe. In jedem Falle wird der, der den Schrei vernommen hat, aus seiner Ruhe aufgescheucht. Jetzt muß man doch etwas tun ...‘⁹³ Und die *FAZ* weiß folgende Erklärung anzubieten:

„Die Beatles, eine Gruppe junger Männer aus Liverpool in England, die in rosafarbenen Anzügen auftreten und eine Art Rock’n’Roll-Musik, dazu herumhüpfen und hin und wieder in Schreie (yea, yea, yea) ausbrechen, erfüllen ein Bedürfnis unserer Zeit, in dem Sinne, daß diese Zeit diesen ungehobelten platten, ungeistigen Wahnsinn braucht. Ich bin der Ansicht, daß die Beatles der Zeit etwas Gutes tun, daß sie eine Art Medizin sind, so ähnlich wie die Dadaisten es in ihrer Zeit waren.“⁹⁴

Zweifellos jedenfalls seien die Beatles „ein Phänomen, ein Antiphänomen, ein symbolischer Gruppenaufstand, über den die Professoren lange, lange nachdenken sollten“⁹⁵. So lautete das Fazit 1964. Tiefenpsychologische Analysen, wissenschaftliche Ergründung und künstlerische Überhöhung – auf diese Weise versuchte man, das Phänomen intellektuell nachvollziehbar zu machen, das „yeah, yeah, yeah“ war – mindestens – Dada. Dass aber vielleicht genau jene Nebensächlichkeiten, jener Unperfektionismus, genau das waren, was das Phänomen im Kern ausmachte, dass gerade das populäre Kulturelle (auch: die „Popkultur“) bedeutend war, weil es unseren Alltag prägt⁹⁶ – diese Erkenntnis setzte sich erst allmählich durch und erst „im Nachhinein wurde [der Musik] eine Stellung zwischen reinem Konsum und gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung zugewiesen“⁹⁷.

Und inwiefern waren die Protagonisten dieser Musik politisch? Sicherlich waren Beatles und Stones keine systemkritischen Antikapitalisten, bewegten sie sich doch in der Tat ganz innerhalb der Logik der Kulturindustrie – und das sehr erfolgreich. Der viel zitierte Titel „Can’t buy me Love“ wurde in der (retrospektiven) Deutung gern zu einem kapitalismuskritischen Song erklärt, ist in Wirklichkeit jedoch vor allem das Klagen junger erfolgreicher Männer über *ihre* Probleme und keine Gesellschaftskritik gegen Geld und Kapital. So verwundert

93 J.M.-M.: Rollender Steinschlag um ein Orchester, in: *Die Zeit*, 24.09.1965.

94 Huelsenbeck, Richard: Die Invasion der Beatles, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.02.1964.

95 Ebd.

96 Vgl. Eco 2013 (s. Anm. 91), S. 27.

97 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 238.

auch nicht, dass ein gereifter Paul McCartney Jahre später etwas zynisch einräumte, dass sie den Titel „Can’t buy me love“ auch ebenso gut hätten „*Can buy me love*“ nennen können.⁹⁸

Eben dieser enorme Erfolg war es aber auch, der ihnen wiederum eine gewisse Unabhängigkeit verschaffte – sie mussten sich nicht vollkommen den Marktgesetzen beugen, sondern konnten diese teilweise sogar unterlaufen. Die Beatles zum Beispiel entschieden sich 1966 kurzerhand, keine Live-Konzerte mehr zu geben. Die Massenhysterie, der immerwährende Lärm während ihrer Konzerte, hatte ihnen schlichtweg die Lust an solchen Auftritten verdorben. Natürlich war das für Tournee-Organisatoren ein herber Schlag, entfiel doch damit ein Gutteil der Einnahmen durch Ticketverkäufe. Die Beatles waren aber längst zu solcher Größe gereift, dass ihnen kein Marketingbeauftragter mehr etwas vorschreiben konnte. So widmeten sie sich von da ab ganz der musikalischen Weiterentwicklung und produzierten nur noch Studioalben – und demonstrierten durch diesen Schritt durchaus so etwas wie eine konsumkritische Haltung. Im selben Jahr entspann sich auf einer Pressekonferenz folgender Dialog⁹⁹:

Q: „Would any of you care to comment on any aspect of the war in Vietnam?“

JOHN: „We don’t like it.“

Q: „Could you elaborate any?“

JOHN: „No. I’ve elaborated enough, you know. We just don’t like it. We don’t like war.“

GEORGE: „It’s, you know... It’s just war is wrong, and it’s obvious it’s wrong. And that’s all that needs to be said about it.“

Obgleich die Beatles bis dato kaum mit politischen Statements in Erscheinung getreten waren, bezogen sie hier, wenn auch knapp, eindeutig Position zu einem der drängendsten und am stärksten polarisierenden Themen der 1960er Jahre. Obgleich sie dadurch längst keine politischen Aktivisten waren, kann man trotzdem davon ausgehen, dass ihre Äußerungen allein aufgrund ihrer enormen Popularität Wirkung zeigten, sich also auch auf das politische Bewusstsein ihres Publikums auswirkten. Von besonderer Relevanz war dabei die Frage nach der politischen Positionierung der Musikidole in Westdeutschland, wo „– ähnlich wie in Frankreich – das politische Interesse und die Bereitschaft zum politischem Engagement erheblich stärker entwickelt [waren] als etwa in Großbritannien“¹⁰⁰.

98 Miles, Barry: Paul McCartney. Many Years From Now, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 197.

99 Nachzulesen unter: <http://www.beatlesinterviews.org/db1966.0822.beatles.html> [eingesehen am 05.01.2013].

100 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 242.

Während dort die Beatles aufgrund des elitären Gestus der „wahren“ 68er-Politaktivisten schnell in den Mainstream-Verdacht gerieten, standen hier die Stones relativ weit oben im Kurs. Sie wurden als „besonders rebellisch angesehen“, da sie sich „um Konventionen des Entertainment scheinbar nicht scherten und mit ihrem Außenseiter-Stil von der Konjunktur des Unangepassten profitierten“.¹⁰¹ Die Band wurde auch in der linken, zuweilen gar in der linksradikalen Szene gehört, denn sie „lieferte einen adäquateren Soundtrack zu den Straßenkämpfen der Zeit als die heiter-ironischen Stücke [der] Beatles“.¹⁰² Allerdings lässt sich auch an diesem Bild einiges korrigieren und der Mythos „wilde Stones, brave Beatles“ zerbricht ganz rasch bei näherem Hinsehen. Auch und besonders die Stones glichen mit fortschreitendem Erfolg „einem ganz normalen, gewinnorientierten Akteur des Popgeschäfts“¹⁰³; Mick Jagger selbst stieß die zeitweilig so begeisterte Linke vor den Kopf, indem er sämtliche politischen Zuschreibungen explizit von sich wies und entschiedenen Widerspruch einlegte gegen alle „Projektionen, die in den Musikern proletarische Rebellen sahen und erklärte, sie seien ‚immer ganz bürgerliche Jungens‘ gewesen, rebellierten ‚gegen überhaupt nichts‘, sondern wollten einfach nur nicht ‚zu diesem System‘ gehören“.¹⁰⁴ Und auch in der Post-68-Zeit engagierten sich eher die Beatles – respektive deren einzelne Ex-Mitglieder, allen voran John Lennon – politisch, während die Stones munter weiter auf Tour gingen.

Wie politisch aktiv oder desinteressiert sie im Einzelnen auch waren, „tatsächlich reflektierte populäre Musik seit Mitte der 60er Jahre sehr viel stärker als zuvor gesellschaftliche Problemlagen“¹⁰⁵ – und Beatles und Stones hatten einen Großteil daran, steuerten nicht zuletzt dem Höhepunkt der gesellschaftlichen Protestbewegung im Jahr 1968 mit „Revolution“¹⁰⁶ (Beatles) und „Street Fighting Man“ (Stones) zwei explizit politisch anschlussfähige und aussagekräftige Stücke bei. Doch im Grunde geht es weniger um den eindeutigen politischen Gehalt als vielmehr um die „Bedeutungsoffenheit und die enorme Aktivierung“¹⁰⁷ ihrer Musik. Das, was sich „68“ politisch entlud, fußte nicht zuletzt auf einer kulturellen Wandlung, die sich allmählich im Laufe der 1960er Jahre vollzogen hatte – und welche die Beatles und Stones musikalisch unterlegt und vo-

101 Ebd., S. 673.

102 Ebd.

103 Ebd.

104 Ebd., S. 674.

105 Ebd., S. 245.

106 Vgl. dazu ausführlich z.B. MacDonald 1998 (s. Anm. 10), S. 259.

107 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 242.

rangetrieben hatten.¹⁰⁸ Es ging eben nicht um die Dechiffrierung des „yeah, yeah, yeah“, sondern um die Schreie an sich. Man musste, ja sollte den Klang nicht kognitiv nachvollziehen – die Musik der Beatles und Stones hatte, wenn man so will, eine „Revolution im Bauch“¹⁰⁹ ausgelöst, war – zentraler – Bestandteil einer habituellen, affektiven Opposition,¹¹⁰ sie stand für ein neues Lebensgefühl, das sich nur direkt miterleben, ja *mithören* ließ.

108 Vgl. MacDonald 1998 (s. Anm. 10), S. 328.

109 Siegfried 2006 (s. Anm. 21), S. 239.

110 Vgl. dazu ausführlich ebd., S. 239 ff.

„Oberkommando Warentest“

Im Dienst der Verbraucheraufklärung¹

STINE MARG

Warum findet sich in diesem Buch „1964 – das Jahr, mit dem ‚68‘ begann“ eigentlich ein Aufsatz über die *Stiftung Warentest*? Im Grunde liegt es auf der Hand: Die waren- und dienstleistungsvergleichende Institution wurde am 4. Dezember 1964 durch das Bundeswirtschaftsministerium gegründet und feiert nunmehr im Jahr 2014 ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Doch in welchem Zusammenhang steht die Stiftung, die den Gebrauchswert von Toastern, die Keimbelastung von Hühnerbrüsten oder verschiedene Möglichkeiten der Geldanlage stets nach strengen Kriterien testet, mit dem Jahr 1968?

Die Chiffre „68“ ist aufgrund ihrer chronologischen Nähe zur Gegenwart im Gedächtnis und in der Zeitgeschichte vorwiegend über Bilder und Ereignisse verankert: Zusammenzug der „Kommune I“ im Januar 1967; Farbbeutelwurf auf das Berliner *Amerika-Haus* am 26. März 1967; am 2. Juni desselben Jahres tötet der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras durch einen Kopfschuss den Demonstranten Benno Ohnesorg, an dessen Begräbnis am 9. Juni 10.000 Menschen teilnehmen; am 17. und 18. Februar 1968 findet in Berlin der „Internationale Vietnamkongreß“ mit 15.000 Teilnehmern statt; am 11. April 1968 Attentat auf Rudi Dutschke; zwischen dem 11. und 16. April schwerste Unruhen in deutschen Großstädten; schließlich am 30. Mai Beschluss der Notstandsgesetzgebung.²

1 An dieser Stelle gilt Tara Fischer ein großer Dank für die umfangreiche Hilfe bei der Recherche und Vorbereitung des Artikels.

2 Zahlenangaben nach Miermeister, Jürgen/Staadt, Jochen: Provokationen. Die Studenten und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, Darmstadt 1980, S. 256, S. 259 u. S. 264.

Nachdem aus der Wissenschaft beständig die Forderung nach einer „Historisierung der Geschehnisse“ erklang,³ werden die Zusammenhänge rund um das Jahr 1968 meist als *soziale Bewegung* oder als *generationeller Konflikt* beschrieben.⁴ Deren Protagonisten übten vorwiegend Kritik an bestehenden Verhältnissen auf allen Ebenen, standen für eine sehnstüchtige und träumerische Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft;⁵ sie prägten die Schlagworte „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“; sie strebten nach Emanzipation, wollten nicht mehr „Untertan“ sein, verfolgten mit den Rufen nach „Transparenz“ einen aufklärerischen Grundimpetus⁶ und traten für eine „funktionierende Öffentlichkeit“⁷ ein.

Die „68er“ kann man mit Detlef Siegfried auch als eine jugendliche Subkultur verstehen, die letztlich Teil einer westdeutschen Konsumgeschichte ist.⁸ Und in genau jener Erzählung kann die Stiftung Warentest in der Tat einen Platz beanspruchen: Ihre Vergangenheit ist nicht nur Teil einer Geschichte über den bundesrepublikanischen Verbraucherschutz, sondern kann ebenso als Vorläufer einer neuen Art von Konsumkritik beschrieben werden. Und diese Kritik wiederum konnte später eine Insignie der „68er“ werden.

In der alten Bundesrepublik wurde bereits seit dem Ausgang der 1950er Jahre über die politische Notwendigkeit einer umfassenden Verbraucheraufklärung

-
- 3 Vgl. exemplarisch Leggewie, Claus: 1968 ist Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 3-6, hier S. 5.
 - 4 Als Vertreter des Bewegungsparadigmas sind hier exemplarisch zu nennen: Gilcher-Holtey, Ingrid: Prolog, in: dies. (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 7-10; vgl. zur Generationenthese beispielhaft Bude, Heinz: Die 50er Jahre im Spiegel der Flakhelfer- und der 68er-Generation, in: Reulecke, Jürgen (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 145-158.
 - 5 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Denkmodelle der 68er-Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 14-26, hier S. 15.
 - 6 Kersting, Franz-Werner: „Unruhediskurs“. Zeitenössische Deutungen der 68er-Bewegung, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 715-740, hier S. 728 f.
 - 7 Siegfried, Detlef: Sound der Revolte. Studien Zur Kulturrevolution, München 2008, S. 17.
 - 8 Vgl. Siegfried, Detlef: Protest am Markt. Gegenkultur in der Konsumgesellschaft um 1968, in: Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 48-78, hier S. 50.

diskutiert. Auch das in diesem Zusammenhang verwendete Vokabular mag in mancher Hinsicht an die Forderungen der „68er“ erinnern. Durch eine Institution, die dem Bürger objektive Informationen bereitstellt, sollte die *Markttransparenz* verbessert werden.⁹ Die Idee war, mit Hilfe einer solchen Einrichtung den Verbraucherschutz nicht mehr über Ge- oder Verbote zu gewährleisten, sondern die Konsumentensouveränität für handlungsleitend zu erklären. Der Verbraucher sollte nicht länger ein Lamm sein, welches man zur Schlachtbank führte, sondern er sollte wählen und *Widerstand leisten* können – wie es der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard forderte. Der Verbraucher sollte zur *Mündigkeit* befähigt werden, nicht mehr nur als Teil einer *fühllosen Masse* agieren, sondern *Macht über Märkte* erhalten.¹⁰ Konsum galt fortan als Grundrecht. Indem jeder das erwählte, was er haben wollte, würden dem Käufer gleichsam demokratische Werte wie Freiheit und Gleichheit vermittelt.

Diese Auffassung überhöhte letztlich die alltägliche Praxis des Konsums als eine politische Entscheidung.¹¹ Nicht wenige gingen und gehen davon aus, dass die 1960er Jahre in der Bundesrepublik gerade durch die Parallelität von zunehmenden Konsumoptionen sowie einer Politisierung gekennzeichnet sind und dass der Konsum in dem Maße politisch wurde, wie er die Selbstentfaltung des Individuums stärkte und eine „Politisierung der Alltagspraktik“ beförderte.¹²

Daneben sprechen weitere Indizien für eine symbiotische Erzählung von Stiftungsvergangenheit und Vorgeschichte der 68er. Mit ihrer Publikation *DER test* wollte die Stiftung die Vergleichsergebnisse von Produkten wie beispielsweise Nähmaschinen sowie Einkaufstipps für Lebensmittel veröffentlichen, um so der Werbung – einem „Teufelszeug“ in den Augen der 68er¹³ – sachliche Informationen entgegenzustellen. Weniger sachlich hingegen wirkte die Aufmachung von *DER test* auf die Zeitgenossen: Mit den Coverbildern schien das monatliche Blatt dem freizügigen Zeitgeist der 68er vorauszuweichen. Die ersten Aus-

9 Vgl. Scholten, Sigrid: Warentests in der Bundesrepublik, in: Ernährungswirtschaft, H. 6/1962, S. 334-342, hier S. 334.

10 O.V.: Von „Mangelhaft“ bis „Sehr Gut“, URL: <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag152.html> [eingesehen am 10.10.2013].

11 Vgl. Wildt, Michael: Am Beginn Der „Konsumgesellschaft“. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, S. 267.

12 Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der Westdeutschen Jugendpolitik, Göttingen 2006, S. 10 u. S. 18

13 Bien, Helmut M.: Werbung am Puls der Zeit, in: Schepers, Wolfgang (Hg.): Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln 1998, S. 144-155, hier S. 148.

gaben zierten lasziv und anziehend wirkende Fotomodelle, oft stark geschminkt und kaum bekleidet – und das bei dem Organ einer Einrichtung, die in Berlin, einem der späteren Zentren der Studentenbewegung, zwar als Stiftung des privaten Rechts gegründet worden war¹⁴, aber seinerzeit mit immerhin jährlich ca. vier Millionen Mark aus dem Etat des Bundeswirtschaftsministeriums finanziert wurde. Und genau darüber entbrannte im Jahr 1966 dann auch eine – im Nachklang recht amüsante – Debatte im Deutschen Bundestag. Lucie Beyer, eine Vorkämpferin für die Stiftung und später lange Jahre Vorsitzende deren Verwaltungsrates, fragte im Hohen Haus in Richtung Bundesregierung, ob es notwendig sei, das „Heft mit Sex“ aufzuziehen – woraufhin der FDP-Abgeordnete Karl Moersch mit einer rhetorischen Gegenfrage konterte: „Herr Bundeswirtschaftsminister, sind sie mit mir der Meinung, dass eine Publikation mit der sprühenden Lebendigkeit des *Bulletins der Bundesregierung* ungeeignet gewesen wäre, der Sache zu dienen?“¹⁵

Die Damen auf dem Cover, die stets neben den getesteten Waren – also Nähmaschinen, Stabmixer oder Deodorants – abgebildet waren, sollten explizit die Verbraucherin ansprechen, die deutlich häufiger auf dem Markt der Verbrauchsgüter agierte als die männlichen Konsumenten. Und um hier noch einmal die Brücke zu den 68ern zu schlagen: Wie deren Protagonisten Jahre später wollte auch die Stiftung mit den von ihr bereitgestellten Informationen offenbar speziell die Frau stärken, ihr Selbstbewusstsein als mündige Partnerin auf dem Markt befördern.

Doch die bisher präsentierte Erzählung der Stiftung Warentest als ein Bestandteil der Vorgeschichte der 68er soll hier nicht überstrapaziert werden. Letztlich hatten die Covergirls wahrscheinlich wenig mit der später verfochtenen sexuellen Revolution oder der „neuen Rolle der Frau“ zu tun, sondern sollten am Kiosk eher den männlichen Käufer ansprechen.¹⁶ Denn der jährlich im Bundesetat neu verhandelte Betrag für die Stiftung Warentest war zum Zeitpunkt ihrer Gründung bloß als vorläufiger Zuschuss gedacht, da erwartet wurde, dass sich die Institution durch die Abonnements und Kioskverkäufe von *DER test* im Laufe der Zeit selbst tragen würde. Dieser Optimismus gründete auf der seit 1961

14 Nach langwierigen Diskussionen entschied man sich nicht für die Gründung durch das Wirtschaftsministerium als eine Einrichtung des öffentlichen Rechts, sondern in Form einer Stiftung des privaten Rechts, um so die Unabhängigkeit der Institution nach allen Seiten hin zu demonstrieren.

15 Zitiert nach Lösenbeck, Hans-Dieter: Stiftung Warentest – Ein Rückblick, Berlin 2002, S. 17.

16 Interview mit Hans-Dieter Lösenbeck in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

äußerst erfolgreichen privatwirtschaftlichen Initiative, die mit dem Zeitschriftentitel *DM Deutsche Mark* Staubsauger, Rasierapparate, Heizlüfter, Weinbrand oder Schokolade miteinander verglich. Scheinbar gab es also für derlei Publikationen einen Markt und die Bundesregierung hoffte, mit ihrer Initiative in diesen vordringen zu können.

Indes wurde die eigentliche Idee des vergleichenden Warentests als Teil des Verbraucherschutzes aus den USA importiert. Dort hatte Frederik J. Schlinck in den 1920er Jahren einen *Consumers' Club* gegründet, der 1927 einen Einkaufsratgeber unter dem Titel *Your Money's Worth* veröffentlichte. Dieser und die seit 1929 durchgeführten Qualitätsprüfungen bestimmter Warengruppen wurden in Amerika ein Verkaufsschlager.¹⁷ Augenscheinlich bestand in einer sich entwickelnden freien Marktwirtschaft ein enormer Bedarf an Produktinformationen, die nicht nur einseitig durch die Produzenten oder Händler bereitgestellt wurden, sondern am Interesse der Verbraucher ausgerichtet und dadurch von einer Aura der Unabhängigkeit umgeben waren.

In Westdeutschland entwickelte sich dieses, nicht mehr allein durch die Werbung stillbares, Informationsbedürfnis nach dem Ende der planwirtschaftlichen Notwendigkeiten während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Erst nachdem die Entbehrungen der Nachkriegszeit überwunden worden waren, konnten sich die Zunahme des Konsums über den täglichen Bedarf hinaus und das Wachstum der Produktvielfalt gegenseitig stimulieren.¹⁸ Im Windschatten des sogenannten „Wirtschaftswunders“ stieg das Nettoeinkommen um fünfzig Prozent an¹⁹ und es entwickelte sich eine Konsumgesellschaft, die schließlich in den 1950er und 1960er Jahren die Mehrheit der Bevölkerung umfasste.²⁰ Vormalige Luxusgüter wie beispielsweise Waschmaschinen oder Kühlschränke galten nun als erschwingliche Gebrauchsgüter für jedermann.²¹ Hinzu kam, dass der sukzessive „Ausbruch aus der Mangelwirtschaft“ in den 1950er Jahren zu einer Konsumer-

17 Vgl. o.V.: Der Verbraucher muckt auf. Der „vergessene“ Sozialpartner schließt sich zusammen, in: *Die Zeit*, 08.09.1961.

18 Vgl. Malinowski, Stephan/Sedlmaier, Alexander: „1968“ als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 32 (2006), H. 2, S. 228-267, hier S. 253.

19 Vgl. Schildt, Axel: Vor der Revolte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 22-23/2001, S. 7-13, hier S. 10

20 Vgl. König, Wolfgang: *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000, S. 438.

21 Vgl. Andersen, Arne: *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis Heute*, Frankfurt a.M. 1999, S. 6.

wartung führte, die sich an der Maxime „Mehr und Besser“ orientierte.²² Jedoch konnten die Produkte diese Erwartungen nicht immer erfüllen. Das führte zu Enttäuschungen und Unsicherheiten. Überdies erreichte nach der Liberalisierung der westdeutschen Wirtschaft den Verbrauchsgütersektor in den 1950er Jahren eine enorme Preisschwelle.²³ Unter diesen Bedingungen war es den Konsumenten kaum möglich, sich im Sinne ihrer, ihnen von den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft zugeordneten, Funktion zu verhalten – nämlich als *rationaler* Akteur auf dem Markt.

In diesem Klima gründete sich im Jahr 1953 die *Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände*, die 1958 erstmals Waschmitteltests durchführte und die Ergebnisse öffentlichkeitswirksam miteinander verglich. Doch deren Testergebnisse und Einschätzungen bezüglich der neuartigen und vielfältigen Konsum- und Verbrauchsgüter standen oftmals im Widerspruch zu den Gesamturteilen aus der bereits erwähnten Zeitschrift *DM*. Das führte nicht nur zu kontroversen Diskussionen untereinander; immer häufiger kamen auch lautstark Zweifel an der Unabhängigkeit beider Institutionen – sowohl der Verbraucherverbände als auch der *DM* – auf. Während die aus Werbeeinnahmen finanzierte *DM* Ergebnisse nicht immer vollständig und zudem mit großer Nonchalance abdruckte,²⁴ ließ sich die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände ihre Warentests mitunter von Handelsvertretern finanzieren. Überdies bekämpften zahlreiche Produzenten auf juristischem Wege die Methode der vergleichenden Warentests, die ihrer Rechtsauffassung nach gegen die Vorschriften des Wettbewerbsrechts verstieß. Besonders der *Markenverband* machte „Jagd auf die Verbraucherorganisation“²⁵. In dieser aufgeheizten Atmosphäre wurde seit 1962 verstärkt nach der Schaffung einer *echten* unabhängigen Institution zur Durchführung vergleichender Warentests verlangt.

Im April 1962 forderten gleichermaßen Abgeordnete von CDU und SPD während einer Bundestagsdebatte eine unabhängige Institution zur Warenprüfung. Während sich die Vertreter der Christdemokratie aufgrund der ihrer Meinung nach ungeklärten Rechtslage etwas zögerlicher äußerten und immer wieder betonten, dass zunächst geklärt werden müsse, wer testen und welche Eigenschaften der jeweiligen Produkte untersucht werden sollten, waren die Forderungen der Sozialdemokraten diesbezüglich deutlich weitgehender. Ihrer Argumentation zufolge sei die Vielfalt der Warenangebote in einem hohen Maße verwirrend, weshalb die Verbraucher eines *staatlichen* Instituts bedürften, das für

22 Vgl. Wildt 1994 (s. Anm. 11), S. 268.

23 Vgl. Scholten 1962 (s. Anm. 9), S. 334.

24 Vgl. ebd., S. 334 f.

25 Ebd., S. 16.

Klarheit sorgen sollte, während die Christdemokraten vorwiegend an eine *private* Institutionalisierung desselbigen dachten. Bereits auf dem Bundesparteitag der CDU in Dortmund im Juni 1962 verkündete die Bundestagsabgeordnete Irma Blohm, dass Verbraucherpolitik Interessenpolitik sei, die alle angehe, und dass im Wirtschaftsministerium Vorbereitungen für ein Institut im „vollen Gange“ seien. Man wolle die Institutionen aus England, Schweden und den USA sowie deren Erfahrungen prüfen, sowohl Vor- als auch Nachteile abwägen und demnächst geeignete institutionelle Vorschläge unterbreiten.²⁶ Selbst Bundeskanzler Konrad Adenauer griff am 9. Oktober desselben Jahres in seiner Regierungserklärung das Thema auf und äußerte sich erstmals zum Verbraucherschutz: „Der Bundesminister für Wirtschaft wurde beauftragt, möglichst bald die Errichtung einer Körperschaft für neutrale Warenteste zu veranlassen.“²⁷

Bis zur endgültigen Gründung sollten allerdings noch mehr als 26 Monate vergehen, begleitet von einigen Auseinandersetzungen im Bundestag.²⁸ Interessant an diesen Debatten sind die unterschiedlichen Begründungen, die die Beteiligten für die Schaffung eines Warentestinstituts anführten. Zur Sache meldeten sich im Parlament vorwiegend die Sozialdemokratinnen Käthe Strobel und Lucie Beyer sowie die CDU-Abgeordnete und Sprecherin auf dem Dortmunder Parteitag Irma Blohm. Sie alle fokussierten in ihren Argumentationen die „Hausfrau“ – ganz im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen. In den Augen der Parlamentarierinnen sei die Hausfrau von der Vielfalt der Warenangebote verwirrt und überfordert, benötige Anhaltspunkte und Hilfestellung, ja dürste nach Möglichkeiten einer rationellen und vernünftigen Einkommensverwendung. In der heutigen Zeit, so Beyer, solle die Hausfrau offenbar alles wissen: Sie solle Amateurelektrikerin, Amateurmechanikerin, Amateurtherapeutin, Amateurnaturwissenschaftlerin und Mathematikerin sein. Das alles könne man ihr nicht zumuten, daher brauche sie hauswirtschaftliche Beratung – „Wir sind verpflichtet, ihr zu helfen.“ Nur mit der Hilfe von unabhängigen Informationen könne der Verbraucher,

26 Siehe Blohm, Irma: Rede auf dem CDU-Parteitag Am 2.-5. Juni 1962 in Dortmund, URL: http://www.kas.de/upload/themen/programmamik_der_cdu/protokolle/1962_Dortmund_11_Bundesparteitag.pdf [eingesehen am 02.01.2013], S. 159.

27 Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer abgedruckt in: Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 39. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 9.10.1962, S. 1635, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/04/04039.pdf> [eingesehen am 08.09.2013].

28 Vgl. hierzu und im Folgenden die Debatten im Deutschen Bundestag am 5. April 1962, 12. April 1962, 13. April 1962, 11. Oktober 1962, 4. Dezember 1963, 16. April 1964 und am 23. Oktober 1964, URL: <http://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/index.html> [eingesehen am 04.10.2013].

der in dieser Argumentation immer mit der Hausfrau gleichgesetzt wurde, *kritisch* einkaufen.²⁹

Interessant ist, dass in den Darstellungen über die Vergangenheit der Stiftung Warentest, die insgesamt recht spärlich ausfallen und größtenteils von den Mitarbeitern selbst angefertigt wurden, die Erzählung über die ahnungslose und hilfsbedürftige Hausfrau immer wieder aufgegriffen und fortgeführt wurde.³⁰ Denn schließlich könne die Hausfrau (angesichts der neuen Vielfalt) nur unklare Vorstellungen über die Produkte und deren Qualitätsmaßstäbe haben. Überdies gewinnt man durch die in den Chroniken aufgezählten Produkte den Eindruck, dass vorwiegend für Frauen getestet wurde: So konzentrierten sich die ersten Produkttests auf Waschmittel, Heizkissen, Nahrungsmittel und Deodorants. Dies habe jedoch keiner bewussten „Hausfrauentestpolitik“ entsprochen, sondern man habe sich zunächst an „einfachen“ Produkten abarbeiten müssen, um den Ablauf der Tests und die Testkriterien entwickeln zu können sowie die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Testinstituten zu erproben – denn man entschied sich dafür, keine eigenen, kostenintensiven Testanlagen aufzubauen, sondern die Durchführung der Warenprüfungen an externe Anbieter zu vergeben – erst danach hätte man sich den „komplizierteren“ Produkten widmen können.³¹ Dies erklärt jedoch keineswegs, warum immer wieder Waschmaschinen, auch Geschirrspüler geprüft, jedoch Rasierapparate offenbar erst in den 1970er Jahren miteinander verglichen wurden.

29 Dabei blieb einigen Frauen offenbar nicht verborgen, dass sie mit der ausschließlichen Identifizierung des Verbrauchers als Hausfrau die Verbraucherschutzpolitik insgesamt als „weiches“ politisches Thema schwächten. So beklagte bereits Blohm auf dem Dortmunder Parteitag: „Bei den Männern nicht nur der CDU, sondern schlechthin ist der Eindruck entstanden, daß Verbraucherpolitik nur von Frauen gemacht wird und nur die Frauen angeht und daß diese Verbraucherpolitik deshalb auch nicht ganz so ernst genommen wird, wie es nun einmal nötig wäre.“ Blohm, Irma: Rede auf dem CDU-Parteitag am 2.-5. Juni 1962 in Dortmund, URL: http://www.kas.de/upload/themen/programmatische_cdu_protokolle/1962_Dortmund_11_Bundesparteitag.pdf [eingesehen am 02.01.2013], S. 159.

30 Vgl. exemplarisch Stiftung Warentest (Hg.): *Damals und Heute. 45 Jahre Stiftung Warentest*, Berlin 2009; Lösenbeck 2002 (s. Anm. 15); Stiftung Warentest (Hg.): *40 Jahre Stiftung Warentest*, Berlin 2004; *Chronik zur Geschichte der Stiftung*, URL: <http://www.test.de/unternehmen/chronik/> [eingesehen am 23.09.2013].

31 Interview mit Hans-Dieter Lösenbeck in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013; Interview mit Bernhard Brinkmann in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

Demgegenüber wurde die Hausfrau als Argumentationsfigur in den Debatten seitens der männlichen Bundestagsabgeordneten kaum bemüht. Auch aus ihrer Perspektive führten Warentests zu einer besseren Orientierung der Verbraucher. Mit der Folge – und hier setzt der qualitative Unterschied zu der Begründung der weiblichen Abgeordneten ein –, dass es dem Verbraucher (nicht nur den Hausfrauen!) nun möglich sei, sich auf dem Markt rationaler zu verhalten. Und eben das rational geleitete, nicht durch Werbung oder irrige Erwartungen beeinflusste Agieren – wie beispielsweise die Annahme, dass der höchste Preis eine außergewöhnlich gute Qualität bedinge – trage erst zu einem *funktionierenden Markt* bei. Nur durch ein rationales Käuferverhalten könne der Preis auch seine ihm angemessene Steuerungsfunktion ausüben und zur Geldstabilität beitragen. Durch ein Warentestinstitut werde, so beispielsweise der Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker, dem Verbraucher ein Bewusstsein für seine Rolle am Markt gegeben. Schließlich führe dies zu einem Fortschritt in der Beziehung zwischen Produzent, Händler und Verbraucher. Die positive Entwicklung bestünde darin, dass die Verbindung zwischen diesen drei Akteuren vertrauensvoller sei und durch letztlich klare, von der Stiftung entwickelte Qualitätsmerkmale weniger Reibungen zwischen den Akteuren aufträten. Insgesamt diene die Einrichtung dem volkswirtschaftlichen Wert der Allgemeinheit: Erstens, indem die aus den vergleichenden Warentests gewonnenen Informationen breit in der Bevölkerung bekannt gemacht würden, stellten sie ein Korrektiv zur Werbung dar und belebten gleichzeitig den funktionierenden Wettbewerb. Zweitens, da dem Verbraucher nun von Investitionen in minderwertige Güter abgeraten würde, vernichte dieser nicht mehr im großen Stil Volksvermögen. Drittens könne der Handel durch gezielte Informationen über qualitativ hochwertige Produkte seine Lagerkapazitäten gezielter steuern; und letztlich erhielten, viertens, die Produzenten zahlreiche wertvolle Hinweise für die Verbesserung ihrer Produkte.

Vor diesem Hintergrund wurden der Verbraucherschutz und mit ihm die Errichtung der Stiftung Warentest im Dezember 1964 von allen Akteuren als Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft verstanden. Doch damit der *homo consumens*, also der „König Kunde“, tatsächlich neutral beraten würde, war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gründung der Stiftung Warentest, dass sie unabhängig arbeiten und infolgedessen in der Öffentlichkeit erst gar nicht der Verdacht einer Beeinflussung, von welcher Seite auch immer, entstehen konnte. Auch aus diesem Grund entschied sich das Bundeswirtschaftsministerium für eine privatrechtliche Stiftung, trotz der anfangs hundertprozentigen Finanzierung durch öffentliche Mittel. Schließlich sollte das Institut nicht nur von Produzenteninteressen, sondern auch von politischen Einflussnahmen möglichst freigehalten werden. Dazu wurde ein fünfköpfiger Vorstand durch das Ministerium beru-

fen. Erstes Vorstandsmitglied wurde Hans Otto Wesemann, seines Zeichens Intendant der *Deutschen Welle* und den interessierten Verbrauchern durch seine Sendung „Soll und Haben“ bekannt. Daneben agierte ein ständiger Beirat mit 15 bis 21 Mitgliedern und ein ad hoc für jedes Testvorhaben eingerichteter Programmbeirat mit jeweils drei bis fünf Mitgliedern, der über den detaillierten Testablauf und die Vergabe an die jeweiligen Prüfinstitute anhand von Vorschlägen aus der Stiftung selbst beriet. Als hauptamtlicher Geschäftsführer wurde Olaf Triebenstein, gelernter Autoelektriker, einstiger Medizinstudent und promovierter Diplom-Volkswirt, eingesetzt.

Einen gewichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Stiftung übte jedoch Roland Hüttenrauch aus. Er war seit 1965 der erste Leiter der Technikabteilung und später Alleinvorstand der Stiftung bis 1995. Hüttenrauch sei ein „begnadeter“ Physiker und Mathematiker gewesen, der die Methode der vergleichenden Warentests für seine frühere Arbeitgeberin, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, nicht nur in Deutschland eingeführt, sondern sie auch auf ein wissenschaftliches Niveau gehoben habe.³² Insgesamt bestand die Startmannschaft der Stiftung Warentest zunächst aus rund 58 Volkswirten, Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Journalisten, die im Laufe der Jahre 1965/66 zusammengestellt worden waren. Sie führten die ersten Tests durch und brachten schließlich im Frühjahr 1966 die erste Ausgabe von *DER test* auf den Markt, dem später zahlreiche Einzelpublikationen und ab 1991 die Zeitschrift *Finanztest* folgen sollten.

Während der Vorstand die Arbeit der Stiftung beaufsichtigte, entschied der sogenannte Wirtschafts- und Verbraucherausschuss über die zu testenden Produkte und wesentliche Kriterien des Prüfprogramms. Der Ausschuss bestand aus je sieben Vertretern der Produzenten sowie der Verbraucher und wurde gelenkt durch eine unabhängige Persönlichkeit, die kein öffentliches Amt innehaben sollte. In den Anfangsjahren war dies Franz Reuter, Herausgeber der Zeitschrift *Volkswirt*. Doch schon bald tauchten erste Gerüchte über die Zusammenarbeit in diesem Gremium auf, die genüsslich verbreitet wurden und leise Zweifel an der Unabhängigkeit der Stiftung Warentest aufkommen ließen. So berichtete am 1. Oktober 1968 der *Spiegel*, dass es durchaus fraglich sei, ob die im Ausschuss vertretenen Verbraucherinteressen durch ihre Sprecherinnen – Abgesandte „honorierter“ Verbände wie des *Zentralverbandes der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaft Deutschlands* – der „Unternehmer-Dialektik“ gewachsen sei-

32 Interview mit Bernhard Brinkmann in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

en.³³ Immerhin habe der ausgesprochen selbstbewusste Interessenvertreter der Produzenten, *Oetker*-Direktor Dr. Dr. h.c. Walter Kraak, alle „totgeredet“.³⁴

Daneben kämpfte das „Oberkommando Warentest“ – die Stiftung war bis 1966 Mieterin im ehemaligen Domizil des *Oberkommandos der Wehrmacht* in der Stauffenbergstraße³⁵ – noch an ganz anderen Fronten: Obwohl das Bundeswirtschaftsministerium mit dem Vorstandsvorsitzenden Wesemann einen „renommierten und angesehenen Pressefachmann“³⁶ eingesetzt hatte, blieb die Auflage von *DER test* hinter den Erwartungen zurück. Damit verringerten sich zugleich die Aussichten auf eine anteilige Finanzierung durch Eigenmittel. Aufgrund des geringen Absatzes musste das Magazin bereits ein Jahr nach seinem Start aus dem Kioskverkauf zurückgezogen werden und war nur noch über Direktbestellung und Abonnements erhältlich.³⁷ Daraufhin entwickelte der von 1965 bis 1999 als Chefredakteur amtierende Hans-Dieter Lösenbeck die Idee, durch sogenannte *Test-Kompasse*, Kurzfassungen der Tests, Magazin und Stiftung bekannter zu machen. Diese Zusammenfassungen sowie fertig gestaltete Maternseiten (Zeitungs-Sonderseiten) bot er auflagenstarken Gewerkschaftszeitungen und Mantelredaktionen der tief auf das flache Land hineinreichenden Lokalzeitungen kostenlos an. Dadurch erreichten die Tests – und die Stiftung – einen hohen Verbreitungsgrad.

Daneben strukturierte man im ereignisreichen Jahr 1968 die Gremien der Stiftung dahingehend um, dass Entscheidungsprozesse beschleunigt und so die Gefahr minimiert wurde, dass Testergebnisse von überalterten und mittlerweile gar nicht mehr erhältlichen oder stark veränderten Produkten veröffentlicht wurden – ein Problem, das die Stiftung nicht erst in der Gegenwart, sondern schon in den Anfangsjahren häufig zu bewältigen hatte. Im selben Jahr wurde die Zeit-

33 O.V.: Für Den Papierkorb, in: *Der Spiegel*, 07.10.2013.

34 Interview mit Hans-Dieter Lösenbeck in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

35 Später bezog die Stiftung das Gebäude am Lützowplatz, das sich ursprünglich die *Preussag* als Firmensitz ausgeguckt hatte. Spätestens im Jahr des Mauerbaus 1961 gab die *Preussag* diese Pläne jedoch auf und zog sich größtenteils aus Berlin zurück. Die Stiftung breitete sich daraufhin in dem riesigen Betonklotz mehr und mehr aus, verdrängte schließlich alle anderen Mieter. Im Jahr 1988 bot sich ihr dann die Gelegenheit, noch zu einem relativ günstigen Preis das Gebäude zu erwerben, sodass es heute zum Stiftungsbesitz gezählt werden kann.

36 Interview mit Lucie Kurlbaum-Beyer abgedruckt in: Lösenbeck 2002 (s. Anm. 15), S. 172-174, hier S. 172.

37 Vgl. Lösenbeck 2002 (s. Anm. 15), S. 17.

schrift zudem in *test* umbenannt und kehrte schließlich 1970 an die Kioske zurück.

Nun begann also der Erfolg der Stiftung: Monatlich fanden sich neben dem Stamm von 100.000 Abonnenten rund 20.000 Einzelheftkäufer, um sich über neueste Fahrradmodelle, Turnschuhe, Küchengeräte oder die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln zu informieren. Bereits zum zehnjährigen Jubiläum wurde eine Auflage von über 320.000 Stück erreicht.³⁸ Der Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel am jährlichen Etat wuchs, ebenso der Bekanntheitsgrad der Stiftung. In einer Umfrage gaben 94 Prozent der Befragten an, dass ihnen Stiftung Warentest zumindest dem Namen nach ein Begriff sei.³⁹ Dennoch gelang der Institution nicht, ohne Bundesmittel auszukommen, ganz im Gegenteil: Bis Mitte der 1980er Jahre stiegen die jährlichen Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt auf 13 Millionen Mark an – auch weil im *test*-Magazin, zur Wahrung der Neutralität, keinerlei Anzeigen geschaltet werden durften. Ihren größten Erfolg feierte die Stiftung Warentest schließlich ein Jahr nach der Wiedervereinigung: Zahlreiche neue Leser aus dem Gebiet der ehemaligen DDR suchten in der schönen neuen Warenwelt Orientierung und wandten sich an eine ihnen bekannte und vertrauenswürdig erscheinende Institution. So konnten über eine Million Hefte im Abonnement und Einzelverkauf abgesetzt werden. Seitdem sinkt die Auflagenzahl allerdings kontinuierlich, während jedoch die Stiftung mit ihren Testergebnissen bereits seit 1997 im Internet präsent ist und dort mittlerweile als einer der wenigen Anbieter ein offenbar funktionierendes Bezahlssystem etablieren konnte.

Ausschließlicher Stiftungszweck ist schon immer gewesen, die Öffentlichkeit über den Nutz- und Gebrauchswert von Waren und Leistungen zu informieren. Damit sollte dem Verbraucher ein Bewusstsein für „besseres Konsumverhalten“⁴⁰ vermittelt werden. Es ging also weder um Konsumverzicht noch um Konsumenthaltung, sondern um Konsum, um die Gewöhnung an ein aufgeklärtes und somit rationales Kaufverhalten. Dabei trug die Stiftung Warentest zur Einhaltung der *Ordnung* innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft bei und erzog gleichzeitig den Bundesbürger zu einem rationalen und kritischen Konsumverhalten.

Um an dieser Stelle wieder zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Der kritische Konsum gilt auch als Teil einer Kulturkritik, die die 68er geprägt haben. Vor allem die von Herbert Marcuse geprägte Idee, dass der Konsument ein Ob-

38 Vgl. Lösenbeck 2002 (s. Anm. 15), S. 18 f.

39 Vgl. ebd., S. 18.

40 Interview mit Hans-Dieter Lösenbeck in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

jekt der totalen Manipulation der Herrschenden bleibe, stieß auf großen Widerhall⁴¹ und wurde von Fritz Haug mit seiner im Jahr 1971 veröffentlichten „Kritik der Warenästhetik“ aufgegriffen. „Kritik der Warenästhetik“ wurde unmittelbar zu einem „Kultbuch“ der 68er.⁴² Es schlug ein wie eine Bombe, kein Soziologie-seminar war mehr ohne Haugs Interpretation denkbar.⁴³ Doch damit sich diese konsumkritische Haltung auch massenhaft ausbreiten konnte, bedurfte sie eines Humus. Diesen Nährboden fand sie dann auf der Grundlage einer kritischen Verbraucherpolitik, deren einer Grundpfeiler seit 1964 die Arbeit der Stiftung Warentest gewesen ist. Gerade in den von ihr durchgeführten Testprogrammen geht es, um im Vokabular Haugs zu bleiben, um die Hinterfragung der „Erscheinung des Gebrauchswertes“, die für den „Vollzug des Kaufaktes“ so wichtig ist, und deren Abgleich mit dem tatsächlichen „Gebrauchswert“. „Raffinierte Oberflächenbehandlung oder Einfärbung mag Verschlechterungen von Material und Verarbeitung überdecken. Brantwein, der nicht, wie zu Erlangung seiner Reife erforderlich, einige Jahre in Eichenfässern gelagert wurde, woher seine bräunliche Farbe rührt, wird mit karamelierten [sic!] Zucker eingefärbt: so wird der Schein aufrechterhalten.“⁴⁴

Und genau solchen Schummeleien ist die Stiftung Warentest seit nunmehr fünfzig Jahren auf der Spur. Sicherlich ging Haug mit seiner „Kritik der Warenästhetik“ deutlich weiter als die Warentester und die Redakteure von *test* und *Finanztest*, die „allgemeinverständlich“ die Informationen aufbereiten: Für ihn umfasste die *Warenästhetik* nicht nur die äußere Anmutung im Gegensatz zum Gebrauchswert, sondern etwas, was fortwährend unbefriedigte Sehnsüchte und Triebe aktivierte und letztlich mehr „hungrig als satt“ machte.⁴⁵ Doch schließlich kann sowohl der Arbeit von Stiftung Warentest als auch dem in über zehn Auflagen erschienenen Essay von Haug eine ähnliche Einschätzung bescheinigt werden: Beide haben einen wichtigen Beitrag zum Konsumbewusstsein der Bundesbürger geleistet.

Aber trifft diese Einschätzung bezüglich Stiftung Warentest auch tatsächlich auf alle Bundesbürger zu? Kritiker monieren, dass die privatrechtliche Stiftung größtenteils aus Steuergeldern finanziert werde, sie aber gleichzeitig ihre Arbeit nicht allen Verbrauchern zur Verfügung stelle, sondern lediglich den Abonnen-

41 Vgl. König 2000 (s. Anm. 20), S. 349 f.

42 Vgl. Meyer, Helmut: Das Sein ist nicht im Angebot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.05.2009.

43 Dazu Misik, Robert: Warenkritik, ein Trauerspiel, in: Berliner Zeitung, 05.08.2009.

44 Haug, Wolfgang Fritz: Kritik Der Warenästhetik, URL: http://www.offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/warenaesthetik.pdf [eingesehen am 02.10.2013], Kapitel 4.

45 Ebd., Kapitel 7.

ten ihrer Magazine und Käufern ihrer Einzelpublikationen, also den Lesern. Darüber hinaus hätten zahlreiche interne und externe Abonnentenanalysen und Umfragen immer wieder ergeben,⁴⁶ dass eben jene Leser keinesfalls einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen, sondern vorwiegend aus dem Bürgertum und der Mittelschicht stammen. Mittelschichtkonsumenten sind durch Verbraucherinformationen am leichtesten zu erreichen und profitieren daher am meisten von den Ergebnissen der vergleichenden Warentests, wohingegen Personen aus den einkommensschwachen Haushalten in den seltensten Fällen zu den Abonnenten gehören und auch kaum die Verbraucherinformationen wahrnehmen.⁴⁷

Gleichwohl gilt auch hier: Auf die *Mitte* kommt es an. Für die Produzenten und Dienstleister sind die zahlreichen und überdies kaufkräftigen Konsumenten aus der Mitte der Gesellschaft die *Opinionleader*; daher haben sie auch die größte Chance, mit ihrem Verhalten am Markt wahrgenommen zu werden. Dies wiederum kommt durch eine Preisreduzierung oder Verbesserung der Produkte und Dienstleistungen letztlich allen Verbrauchern, auch denen aus der Unterschicht,⁴⁸ zugute. So profitieren letztere zumindest indirekt von der dauerhaften Arbeit der Stiftung.

Doch letztlich bleibt die Frage, ob Stiftung Warentest den Aufklärungsauftrag der Bundesregierung angenommen und die ihr von der Politik zugeschriebene und in den Debatten des Bundestages anschaulich auf den Punkt gebrachte Funktion erfüllt hat. Die Stiftung und ihre Publikationen wenden sich größtenteils an den Leser und nicht den allgemeinen Verbraucher; es geht nicht um allumfassende Informationen für die Gesamtbevölkerung, sondern um die „Erhöhung des Bekanntheitsgrades“ – den „politischen Verbraucherschutz“ überlässt man gerne anderen.⁴⁹

Insgesamt ist die Stiftung Warentest eine der glaubwürdigsten Institutionen der Bundesrepublik. Sie genießt mehr Vertrauen als die Polizei oder das *Deutsche Rote Kreuz* und rangiert sogar sechzig Prozentpunkte vor dem Deutschen Bundestag: Diesem vertrauen lediglich 14 Prozent, der Stiftung Warentest hin-

46 Vgl. Interview mit Hans-Dieter Lösenbeck in Berlin, gemeinsam mit Tara Fischer am 18. September 2013.

47 Vgl. Scherl, Hermann: Die Armen zahlen mehr. Ein vernachlässigtes Problem der Verbraucherpolitik in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Zeitschrift für Verbraucherpolitik, Jg. 2 (1978), H. 2, S. 110-123.

48 Vgl. ebd., hier S. 121.

49 Vgl. Semantik aus den historischen Schriften der Stiftung und ebenso in den Interviews mit den Zeitzeugen.

gegen 74 Prozent der Befragten.⁵⁰ Ein erstaunliches Ergebnis in Anbetracht der Tatsache, dass die Einrichtung – die selbst keinerlei Wettbewerber auf ihrem Tätigkeitsgebiet hat – davon lebt, konkurrierende Produkte und Dienstleistungen unter dem Versprechen der Neutralität und Unabhängigkeit miteinander zu vergleichen.⁵¹

Die erfolgreiche Erzählung der Institution verläuft dabei nach einem simplen Muster: Vor ihrer Gründung war der Verbraucher naiv, während er nach der Verbreiterung der Produktinformationen und der Unterrichtung über die Qualitätsmerkmale eines Produkts nun informiert ist. Damit hat die Stiftung die Konnotation des Verbrauchers in Deutschland entschieden mitgeprägt und erweitert. Denn die Prüfung der Waren und Dienstleistungen und somit auch die Informationen für den Verbraucher umfassen nicht mehr nur den Gebrauchswert, sondern beziehen mittlerweile auch den Umweltschutz und die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung mit ein. Durch ihre Test- und Publikationstätigkeit hat die Stiftung dafür gesorgt, dass eine Haltung als naiver und uninformierter Verbraucher nicht mehr opportun erscheint, dass es dem Marktteilnehmer sogar als Pflicht auferlegt ist, informiert zu sein. Auch dieser Aufklärungsimpetus ist letztlich ein zentrales Merkmal der Chiffre „68“ – wie auch immer man diese en détail ausdeuten mag. Aber als Institution, die vorwiegend die Mittelschicht anspricht, die für „demokratisch, praktisch und gut“ steht,⁵² die letztlich „Butter & Brot“-Produkte testet, ist die Stiftung Warentest schließlich nichts, was man mit den 68ern assoziieren würde. Und sie ist sicherlich auch keine Einrichtung, mit der sich die Protagonisten dieser Generation oder Bewegung identifizieren.

50 Siehe Umfrage von *Forsa* aus dem Jahr 2007 im Auftrag der Stiftung Warentest, abgedruckt in: Dinger, Bettina: Stiftung Warentest, URL: https://www.google.de/url?sa=t&rc=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&ved=0CDgQFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.dekade.org%2FAG_Foren%2FAG_Schule%2FKurzdarstellung_Stiwa_Dingler.pdf&ei=n_ZLUvXtNYbA0QXMwYCIBg&usg=AFQjCNFztoOH_pm6POEQhw9IMh7kaVll0Q&sig2=JCaPOMIt5A0wf4DLbroMSg&bvm=bv.53371865,d.d2k [eingesehen am 24.09.2013].

51 Dabei ist die Legitimität der Institution derart hoch, dass das Vertrauen der Verbraucher in die bekannten *Test*-Logos zu Werbezwecken mitunter auch missbraucht wird, weshalb die Werbung mit dem Stiftungs-Logo seit 2013 nur noch gegen Gebühr erlaubt ist.

52 Kresta, Edith: Die Supermarke, in: *die tageszeitung*, 26.11.2003.

Weigerung und Eschatologie

Die neue Linke entdeckte den alten Herbert Marcuse

FRANZ WALTER

Er galt und gilt als der Religionsstifter der 68er-Bewegung, als Hohepriester, Schriftgelehrter und Demiurg ihrer Weltanschauung. Und die neue Botschaft, die die studentischen Massen ergriff,¹ lieferte sein Buch „Der eindimensionale Mensch“. Doch erschien diese Schrift in ihrer englischen Erstausgabe schon 1964.² Hingegen sank der Stern des Autors und Künders der großen Weigerung bereits, als das Jahr 1968 anbrach, die Schüsse auf Rudi Dutschke fielen und im Pariser Quartier Latin die Barrikaden brannten.

Die Rede ist natürlich von Herbert Marcuse, der in der Tat einer der bedeutendsten ideologischen Anreger der studentischen Revolte wurde, wenngleich die Wenigsten derer, die damals die *Teach-ins* bevölkerten und auf Demonstrationen eingehakt durch die Straßen zogen, sein Werk gelesen haben dürften.³

-
- 1 Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a.M. 2003, S. 98.
 - 2 Marcuse, Herbert: One-Dimensional Man: Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society, Boston 1964. Auf Deutsch: Der Eindimensionale Mensch. Studie zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied 1967.
 - 3 Das galt offenkundig nicht nur für Deutschland: „Marcuse war sich aber auch bewusst, dass viele der jungen Rebellen, die über seine Ideen sprachen, ihn niemals gelesen hatten, da sein Werk nicht gerade leicht zu verstehen war. Luis Gonzales de Alba, ein Studentenführer aus Mexiko, beschrieb, wie er sich endlich einmal daran gemacht hatte, etwas von Marcuse zu lesen, und zwar schlichtweg deshalb, weil der Präsident Gustavo Díaz Ordaz seiner Bewegung vorgeworfen hatte, sie stehe unter dem Einfluss dieses Philosophen: ‚Ich schlug Der eindimensionale Mensch auf und kam bis Seite fünf. Schon Eros und Zivilisation war Todlangweilig gewesen. Und jetzt

Gleichwohl, diejenigen aus dem aufbegehrenden Nachwuchs des deutschen Bildungsbürgertums, die seine Schriften ernsthaft studiert hatten, waren Mitte der 1960er Jahre geradezu elektrisiert von der Argumentation, auch vom Duktus Herbert Marcuses. Er bot ihnen zu Beginn der rebellischen Jahre, da sie selbst noch nach Begriffen und Erklärungen für ihr Unbehagen und die oppositionelle Renitenz suchten, Analysen, Metaphern und Kategorien, die in der Situation exakt zu passen schienen. Dabei hatte Marcuse sein Theorem bereits seit den 1940er Jahren, in machen Überlegungen und semantischen Schwingungen schon auch vorher, entwickelt. Das Ideenkonstrukt war bereits fertig, allerdings bis dahin kaum beachtet, als die studentisch-linksradikale Avantgarde nach dieser Offerte zur Deutung und Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse griff. Autoren brauchen den historischen Moment, nicht um schreiben, sondern um mit ihren Überlegungen, ihren Stil und ihren Botschaften wirken zu können.

ERWECKUNGSERLEBNIS – MARCUSES AUFTRITT AUF DEM HEIDELBERGER SOZIOLOGENTAG

Und der Moment kam 1964. Bis dahin sagte der Name Marcuse in Deutschland bestenfalls Insidern der Kritischen Theorie etwas. Dann aber bereitete ihm Theodor W. Adorno, wenngleich immer ein wenig eifersüchtig im Umgang mit Marcuse, Ende April 1964 die große Bühne. Adorno, Professor für Philosophie und Soziologie an der Universität in Frankfurt, dort auch Direktor des *Instituts für Sozialforschung*, war in dieser Zeit Vorsitzender der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. 1964 stand der 14. Deutsche Soziologentag an. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Max Weber sollte der Kongress ganz dem zwischenzeitlich eher vernachlässigten oder gar gering geachteten, nun wieder als Klassiker gefeierten Autor des monumentalen Werks „Wirtschaft und Gesellschaft“ gewidmet sein und in Heidelberg stattfinden. Die Vorbereitung verlief akribisch, die Veranstaltung wurde die bis dahin größte in der Geschichte der Soziologie in Deutschland.⁴ Und etliche Stars der internationalen Sozialwissenschaften hatten sich zur Heidelberger Konferenz aufgemacht.⁵ Die Hauptreferate hielten der

müsste ich noch ein Buch von Marcuse lesen, nur weil Díaz Ordaz die ‚Philosophen der Zerstörung‘ erwähnt hatte.“. Kurlansky, Mark: 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte, Köln 2005, S. 133.

4 Köllner, Lutz: Immer noch fortwährend. Mittelpunkt der Soziologie: Max Weber, in: Die Zeit, 05.11.1965.

5 Endreß, Martin: Soziologische Theorien kompakt, München 2012, S. 67.

Franzose Raymond Aron, dann der Amerikaner Talcott Parsons – und eben Herbert Marcuse, den Adorno mit großem Geschick in die vorderste Reihe platziert hatte.⁶ M. Rainer Lepsius erinnerte sich, dass es auf der Veranstaltung „überraschend polemisch und aggressiv“⁷ zur Sache ging. Das lag primär am „umstrittenen“⁸ Auftritt von Marcuse, den bis dahin so gut wie niemand kannte, dessen gerade erschienenen Buch „The One-Dimensional Man“ angeblich nur von einem der Anwesenden bereits zur Kenntnis genommen und gelesen worden war, von Benjamin Nelson, dem Hauptkontrahenten Marcuses in Heidelberg.⁹ Jürgen Habermas hielt kürzlich im Rückblick auf die 1964er Debatte fest, dass gerade die jungen Leute im Publikum – zu jener Zeit gaben im SDS „noch nicht die Aktivisten, sondern die engagiertesten und brillantesten Studenten des Fachs“¹⁰ den Ton an – dem Referat von Marcuse fasziniert lauschten, dass gleichsam ein Funke übersprang, der hier, auf dem Heidelberger Soziologentag, die Liaison zwischen einigen Protagonisten des SDS und dem Verfasser des „One-Dimensional Man“ begründete. Marcuse hatte Weber dialektisch gegen den Strich gebürstet, ihn gewissermaßen marxistisch – im Sinne der Kritischen Theorie – umgebogen. Schon Marcuses bisherige Schriften enthielten Erkenntnisse, zumindest Impulse Webers, insbesondere aus dessen Bürokratie- und Herrschaftskritik. Allerdings legte Marcuse, über Weber hinaus, Wert darauf, dass auch grundlegende Alternativen zum Entwicklungsprozess der industriell-kapitalistischen Rationalität möglich wären, dass es nicht so bleiben müsse, wie es sich entwickelt hatte, dass die stählernen Gehäuse der Macht aufhebbar seien – und der Ausbruch daraus gewagt werden sollte. Marcuse stellte der Weber’schen Realpolitik das Utopia entgegen.

Das Publikum zollte starken Beifall, als Marcuse seinen Vortrag beendet hatte. Doch dann begann eine hitzige Kontroverse, die Lepsius seinerzeit in ihrer

6 Zum Verlauf siehe Stammer, Otto (Hg.): Max Weber und die Soziologie heute, Tübingen 1965.

7 Lepsius, M. Rainer: Soziologie als Profession. Autobiographische Skizzen, in: Hepp, Adalbert/Löwe, Martina (Hg.): M. Rainer Lepsius, Frankfurt a.M. 2008, S. 83-150, S. 119.

8 Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 2004, S. 444.

9 Behrmann, Günter C.: Die Theorie, das Institut, die Zeitschrift und das Buch: Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte der Kritischen Theorie 1945-1965, in: Albrecht, Clemens et al.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 247-311, hier S. 304.

10 Habermas, Jürgen: Grossherzige Remigranten, in: Neue Zürcher Zeitung, 02.07.2011.

Schärfe konsterniert hatte. Reinhart Bendix, wie Marcuse ebenfalls jüdischer Herkunft und in Berlin aufgewachsen, dann in die USA emigriert, wo er Professor in Berkeley wurde, machte Marcuse, noch im Stil akademischer Höflichkeit gehalten, den Vorwurf, dass seine Ausführungen letztlich auf eine diffuse Utopie hinausliefen. Deutlich enragierter stieg sodann Benjamin Nelson, einer der besten amerikanischen Weber-Kenner, in den Ring, steckte in seiner furiosen Attacke nahezu das gesamte Feld der künftigen kritischen Einlassungen gegen Marcuse ab. Wütend brachte Nelson den originären Weber gegen den Interpreten Marcuse in Stellung. Jener habe die geschichtsphilosophischen Heilslehren des 19. und 20. Jahrhunderts intellektuell entmythologisiert, die dieser nun in einem unbekömmlichen Amalgam von Utopismus, Neu-Anarchismus, Neomarxismus, Existenzialismus und wissenschaftlicher Methodenverachtung mit neuem Leben auszustatten versuche.¹¹ Marcuse gab seinem Kritiker im Schlusswort die Antwort, die offenkundig den Nerv der anwesenden jungen Linken – der „studentischen Claque“, die ihren neuen Meister „bejubelte“, wie der kritische Rationalist Hans Albert noch vierzig Jahre später maliziös nachtragend schrieb¹² – im Jahr 1964, als die Revolte sich zu konstituieren begann, traf: Er kanzelte als Borniertheit ab, dass man ein Denken, „das selbst nur die Idee einer anderen Vernunft, einer anderen Gesellschaft, als geschichtliche Möglichkeit ansieht“, unmittelbar denunziere. Mit dem Pathos, der ihm eigen sein konnte, krönte Marcuse seinen emanzipatorischen Appell durch die Wendung, dass ein Denken, das sich allein im Kontext vermeintlicher Unvermeidlichkeiten bewege, kein Denken mehr sei.

EMIGRANT IN DER KRISE DES SOZIALISMUS

Eine solche Insistenz auf einer anderen Vernunft und der Freiheit herrschaftskritischen Denkens hätte genauso gut von Theodor W. Adorno oder Max Horkheimer, den Vordenkern der Kritischen Theorie und Köpfen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, kommen können. Marcuse fühlte sich dieser Schule auch zugehörig, wäre nur zu gerne nach 1945 in den inneren Kreis dieses Denkerzirkels zurückgekehrt, woran Horkheimer indes aus finanziellen Erwägungen nicht gelegen war. Und Adorno, fünf Jahre jünger als Marcuse, mochte diesen

11 Siehe auch Brentano, Margherita v.: Die unbescheidene Philosophie, in: Das Argument, Jg. 9 (1967), H. 43, S. 102-116, hier S. 104.

12 Albert, Hans: Weltauffassung, Wissenschaft und Praxis. Bemerkungen zur Wissenschafts- und Wertlehre Max Webers, in: ders. et al. (Hg.): Das Weber-Paradigma, Tübingen 2003, S. 77-96, hier S. 77

nicht als gleichberechtigten Partner auf dem intellektuellen Olymp ertragen, sah ihn lieber in der Distanz des fortwährenden amerikanischen Exils.¹³ In die USA war Marcuse über die Zwischenstation Genf nach Installierung der nationalsozialistischen Diktatur emigriert. Erst wenige Monate zuvor hatte er sich dem Frankfurter Institut, das 1923 gegründet worden war und 1932 alle Vorbereitungen für die Flucht aus Deutschland traf, intellektuell hinzugefügt.

Marcuse war 1898 als Sohn eines jüdischen Textilfabrikanten in Berlin geboren worden.¹⁴ Zum Ende des Ersten Weltkrieges gehörte er für kurze Zeit der Sozialdemokratischen Partei an, dann auch dem Soldatenrat von Berlin-Reinickendorf. Anfang 1919 verließ er die SPD, da diese Partei aus seiner Sicht die Verantwortung für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht trug. Seither galt Marcuse als intransigent Gegner der Sozialdemokratie, was insofern etwas zu relativieren ist, als er durchaus Beiträge für deren Theoriezeitschrift *Die Gesellschaft* verfasste. Bis 1922 studierte er in Berlin und Freiburg, schloss mit einer Promotion in Literaturgeschichte zum Thema „Der deutsche Künstlerroman“ ab. Zwischen 1922 und 1928 jobbte er gewissermaßen in Antiquariaten, Buchhandlungen und Verlagen in Berlin. Dann kehrte er nach sechs Jahren wieder an die Universität Freiburg zurück, wie so viele seiner Zeitgenossen – darunter etwa Karl Löwith oder Hannah Arendt – zunächst angezogen vom anfänglichen Star der phänomenologischen Philosophie des frühen 20. Jahrhunderts, Edmund Husserl.¹⁵ Doch Husserls Faszination erlosch in den späten 1920er Jahren durch den kometenhaften Aufstieg seines Schülers und Nachfolgers auf dem Lehrstuhl: Martin Heidegger, dessen Werk „Sein und Zeit“ gleichsam wie eine Offenbarung gefeiert und von den Philosophieeleven der späten Weimarer Jahre gelesen wurde.

Das galt auch für Herbert Marcuse, der wie viele linksorientierte junge Intellektuelle dieser Zeit, denen der zuversichtliche, kautskyanisch interpretierte Marxismus der Vorkriegssozialdemokratie nichts mehr sagte und die das Scheitern der Revolutionen in Mitteleuropa erlebt hatten, nach einer revolutionären Theorie suchte, welche sich nicht auf ökonomische Determinationen beschränkte und mit geschichtsfatalistischen Zukunftserwartungen zufriedengab. Objektivis-

13 Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule*, München 1988, S. 518

14 Zur Biografie und zum Werk Marcuses hier und im Folgenden Schäfer, Gert: *Wider die Paralyse der Kritik – Herbert Marcuse*, in: Buckmiller, Michael et al. (Hg.): *Judentum und politische Existenz*, Hannover 2000, S. 191 ff.; Claussen, Detlev: *Herbert Marcuse (1898-1979)*, in: Euchner, Walter (Hg.): *Klassiker des Sozialismus*, München 1991, S. 268 ff.

15 Löwith, Karl: *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933*, Neuausgabe, Stuttgart 2007, S. 28; Jonas, Hans: *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 2005, S. 80.

tischen Erklärungen misstraute diese junge Generation der ersten manifesten Krise des Sozialismus der 1920er und 1930er Jahre. Ihr Interesse galt dem „subjektiven Faktor“, der Fähigkeit und Bereitschaft der unterdrückten Menschen, sich aus den Fesseln der Herrschaft zu lösen. Der Existenzialismus Heideggers bot hierfür kategoriale Ausdrucksmittel.¹⁶ Die ökonomisch-philosophischen Manuskripte des jungen Karl Marx, geschrieben 1844 im Pariser Exil und 1932 erstmals insgesamt veröffentlicht, ergänzten und vertieften den auch hegeliatisch angestachelten Drang Marcuses nach einer neuen Fundierung der revolutionären Idee.¹⁷ Er hatte nun sein Lebensthema gefunden, das er fortan mit einem heideggerisch inspirierten Marxismus, der später ebenfalls durch einige Lehrelemente Sigmund Freuds weiter angereichert wurde, immer neu, doch im Kern mit gleichbleibender Intention variierte: die Entfremdung des Menschen im Kapitalismus von sich selbst.¹⁸

Dann kamen die Hinwendung zum Frankfurter Institut, bald der Fortgang aus Deutschland, mehrere Publikationen im Konnex der Kritischen Theorie. Um materiell einigermaßen über die Runden zu kommen, auch um einen aktiven Beitrag gegen den aggressiv expansionistischen Radikalfaschismus zu leisten, begab sich Marcuse – wie andere seiner Freunde linker Observanz – in den Dienst des *Office of Strategic Services (OSS)*, um für die USA Nachrichten aus Deutschland zu akquirieren und Analysen zu verfassen.¹⁹ Jahrzehnte später sollten ihm das die orthodoxen Kommunisten, denen Marcuses Resonanz bei den revoltierenden Studenten gehörig die Laune verdarb, als Spitzelei für die CIA zum Vorwurf machen. Nach 1945 gelang Marcuse nicht die Rückkehr nach Deutschland, da er mit einer festen beruflichen Position nicht rechnen durfte. Demgegenüber stand ihm in Massachusetts eine Professur für Politikwissenschaft offen; Mitte der 1960er Jahre wechselte er an die *University of California* in San Diego. In dieser

16 Vgl. hierzu Feenberg, Andrew: Heidegger and Marcuse, New York 2005; Wolin, Richard: Heidegger's Children: Hannah Arendt, Karl Löwith, Hans Jonas, and Herbert Marcuse, Princeton 2001.

17 Vgl. Bauer, Christoph J.: Mit Hegel gegen den ‚Positivismus‘ – mit Hegel zum ‚Wesen des Menschen‘. Herbert Marcuses Interpretation der Hegelschen Urteilslehre, in: Wyrwich, Thomas (Hg.): Hegel in der neueren Philosophie, Hamburg 2011, S. 317-348, hier S. 339.

18 Schmidt, Alfred: Herbert Marcuse – Versuch einer Vergegenwärtigung seiner sozialphilosophischen und politischen Ideen, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Kritik und Utopie im Werk von Herbert Marcuse, Frankfurt a.M. 1992, S. 11-50, hier S. 16.

19 Siehe Jansen, Peter-Erwin: Deutsche Emigranten in amerikanischen Regierungsinstitutionen, in: ders./Redaktion Perspektiven (Hg.): Zwischen Hoffnung und Notwendigkeit. Texte zu Herbert Marcuse, Frankfurt a.M. 1999, S. 39-59.

ganzen Zeit, zwischen 1930 und Mitte der 1960er Jahre, schrieb er fleißig Artikel, Aufsätze und Bücher, von denen viele zunächst unveröffentlicht blieben. Das, was publiziert wurde, fand nur einige Leser. In Deutschland wusste man nichts von oder über Marcuse.

NICHT ADORNO, NICHT HORKHEIMER, SONDERN DER MANN AUS SAN DIEGO

Ab 1964 sollte sich das jäh ändern. Marcuse ging bereits allmählich auf die siebzig zu, als man den deutsch-amerikanischen Intellektuellen mit seinen nun schneeweißen Haaren entdeckte. Er wurde für drei oder vier Jahre, mehr als jeder andere Theoretiker sonst, zum Stichwortgeber, Ideologen und Patron der jungen Linken. Nur wenige Tage, nachdem einige von ihnen Marcuse auf dem Heidelberger Soziologentag erstmals erlebt hatten, lud der SDS ihn zu einer Diskussion ein. Marcuse, nicht Adorno, nicht Horkheimer, avancierte zum Idol der Generation, die man hernach als „68er“ bezeichnete.²⁰ Dabei hatten mehrere, noch dazu die klügsten Köpfe im SDS in den Vorlesungen Adornos gesessen, sich an seiner präziösen, nur für Eingeweihte zugänglichen, daher einen Distinktionsgewinn verschaffenden Sprache berauscht, waren damals – und blieben es im Grunde ihr Leben lang – ungemein stolz, bei diesem Mann, Jude, Sozialist, Emigrant in der NS-Zeit, mit seinen geheimnisvollen, an Metaphern überreichlichen Formulierungen, die düster, abgründig, trostlos in ihren Aussagen wirkten, studiert zu haben.²¹ Wer einigermaßen die zutiefst pessimistische Dialektik der Aufklärung durchdrungen hatte, durfte sich für berufen und geweiht halten, jedenfalls herausgehoben fühlen gegenüber all den mediokeren Menschen, die nicht dachten, nicht reflektierten, den Dingen nicht auf den Grund gingen, sondern im Konsum und Kommerz, in Zerstreuung und Anpassung ihre banale Erfüllung fanden. „Adornisten“ waren Quietisten, die sich als kritisch empfanden, voller Weltekel nach unten, auf den törichten Rest schauten. Auswege sahen sie nicht. Das politische Engagement scheuten sie, konnten dabei mit allergrößtem intellektuellen dialektischen Scharfsinn jederzeit den theoretischen Nachweis erbringen, warum sich dergleichen Mühe sowieso nicht lohne, warum allein in der Autonomie des Nicht-Mitmachens Freiheit und Vernunft zu wahren seien.

20 Auch Gilcher-Holtey, Ingrid: Primat der Theorie oder Primat der Praxis. Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies.: Eingreifendes Denken. Die Wirkungschancen von Intellektuellen, Velbrück 2007, S. 163-183, hier S. 182 f.

21 Vgl. hierzu auch Laermann, Klaus: Narziß gegen Ödipus, in: Die Zeit, 19.03.1993.

Marcuse war, vom Temperament und Charakter, gewiss auch in einigen seiner Ideen der Antipode zu Adorno und dem noch stärker konservativen Horkheimer. Der Mann in San Diego nahm es mit der Stringenz, der eisernen Logik seiner schriftlich gefassten Argumentationen nicht so genau, komponierte seine Entwürfe leichthändiger, nachlässiger, auch epigonaler, mitunter plagiatorischer als etwa Adorno. Marcuse freute sich, lebte auf, wenn er irgendwo auf spontane Rebellionen und Provokationen stieß, die Adorno und besonders Horkheimer doch in erster Linie einen erheblichen Schrecken einjagten. Marcuse reihte sich gerne ein, skandierte die Losungen mit, wenn die jungen Leute zunächst an den Universitäten in den USA demonstrierten oder eine Einrichtung blockierten. Den Frankfurtern wäre das nie in den Sinn gekommen. Dass die Theorie, zumal die revolutionäre, irgendwann zur Aktion drängen müsse, hielt Marcuse für selbstverständlich. Seine beiden professoralen Kontrahenten in der gemeinsamen Schule der Kritischen Theorie lehnten eine solche Rolle des intellektuellen Denkens als Magd für die Praxis schroff ab. So genau wusste Marcuse nicht, auf welche Wege und zu welchem Ziel er die Revolte tragen mochte, aber der Versuch, aus den Verhältnissen auszutreten, musste seiner festen Überzeugung nach sein. Solcher Voluntarismus befremdete Adorno. Der Frankfurter war ganz ein Mann des Katheders im elitären Kreis seiner intelligentesten und belesensten Studenten. Marcuse richtete seine Ansprache weiter, sprach mit Lust und Vergnügen vor Tausenden, sah sich als der Dolmetscher und pädagogische Vermittler der Kritischen Theorie. Man hätte ihn, wäre dieser Jargon bereits Mitte der 1960er Jahre üblich gewesen, als modernen Kommunikator der studentischen Bewegung charakterisieren können, da er auf Bilder achtete und in expressiven Bildern sprach, Superlative nicht scheute, Emotionen bediente und seine politischen Botschaften zu knappen, einprägsamen Sentenzen verdichtete: „Eindimensionaler Mensch“, „Repressive Toleranz“, die „Große Weigerung“ – diese Begriffe wurden zu Klassikern der Gesellschaftskritik und der politischen Losungen des 68er-Protests.²²

In Adorno und Horkheimer verkörperte sich die elegische Seite der intellektuellen Linken, die Trauer und der Schmerz über gescheiterte Revolutionen, das Menetekel Auschwitz, eine angepasste Arbeiterklasse, der Verrat von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die konstante Hegemonie bürgerlichen Denkens, der Sieg marktförmig-kommerzieller Massenkulturen über die linke politische Klassenkultur. Die existenzialistische Andacht linker Elegie hatte ihre Zeit, bekam sie später, in Maßen, auch wieder. Aber 1964/65 lief sie erst einmal aus. Dem Imperativ der Tat, des Handelns, der befreienden Aktion schlug nun die

22 Walter-Busch, Emil: Geschichte der Frankfurter Schule. Kritische Theorie und Politik, München 2010, S. 195.

Stunde. Gefragt waren Theoretiker, die nicht mit tiefem Pessimismus die Unveränderlichkeit des Schlechten in fatalistisch gehaltenen dialektisch-deduktiven Schleifen nachwiesen; gesucht waren jetzt auch nicht muntere Kündler eines rationalistischen Reformismus der kleinen, aber systematischen Schritte. Das Große sollte es schon sein. Um die Transzendenz musste es unzweifelhaft gehen. Doch die Erfahrung des Scheiterns, der Pervertierung und Deformation von Arbeiterbewegung und Sozialismus, das Erlebnis der schieren Selbstverständlichkeit und dadurch offenkundig perpetuierten Existenz des Bourgeois und Kapitalistischen lagen eben vor, waren nicht einfach zu verdrängen und auszublenden. Die ideologischen Propheten im historischen Moment 1964/65 konnten daher nicht Marxisten der traditionellen Sorte mit konventioneller Klassenanalyse und überkommener ökonomischer Krisenprognostik sein, auch keine „Zuschauer aus dem Glaskäfig der ästhetischen Verfremdung“²³, sondern allein Theoretiker einer neuen Idee des Linken, welche um die geringen Aussichten einer sozialistisch-revolutionären Transformation sehr wohl wussten, ihre Möglichkeit aber denken, vor allem: aktiv anstreben wollten.

Eben das traf auf Marcuse zu. Insofern war er ein kongenialer Repräsentant, Vokalisierer und Ausdeuter dieser Stimmung und der Bedürfnisse eines Teils des akademischen Nachwuchses an den Universitäten der westlichen Demokratien zur Mitte der 1960er Jahre.²⁴ Zuvor waren seine Botschaften folgenlos verhallt, einige Jahre später war seine zwischenzeitliche Resonanz den nachfolgenden Kohorten bereits kaum mehr vermittelbar. Aber 1964/65 existierte eine Art *Kairos*-Situation für die Ideen Marcuses. Anschaulich hatte das in einer späteren Diskussion der heutige Professor für Geschichte an der Universität Chicago, Moishe Postone, am Beispiel der eigenen Lebensgeschichte geschildert: „Zwischen 1963 und 1967 hat mich alles geärgert, einfach alles. Jedes Mal, wenn ich die Zeitung gelesen habe, habe ich mich geärgert, jedes Mal, wenn ich durch die Straßen gegangen bin, habe ich mich geärgert, und ich hatte keine Möglichkeit, die Sachen, die mich geärgert haben in Zusammenhang zu bringen.“ Dann kam die „Begegnung mit Marcuse“, dessen Neo-Marxismus die inkohärent gebliebenen Erfahrungen Postones mit einem Mal „in einen sinnvollen Zusammenhang

23 Dahrendorf, Ralf: Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung, München 2006, S. 123.

24 Vgl. Kellner, Douglas: Herbert Marcuse and the Crisis of Marxism, Berkeley/Los Angeles 1984, S. 276 ff.

zu bringen“ verstand und den richtungslosen Ärger in gezielte politische Aktivitäten transferierte.²⁵

DER EINDIMENSIONALE MENSCH IN DER REPRESSIVEN TOLERANZ

Moishe Postone war nicht der einzige, dem es so erging. Auch in Deutschland, bei einigen Wortführern des SDS zündeten nun die Schriften Marcuses, insbesondere eben „Der eindimensionale Mensch“. Diese Studie – an der Marcuse schon seit den 1940er Jahren gefeilt hatte – schien das gesellschaftstheoretisch präventios zu erfassen, was man selbst empfand, aber nicht hinreichend, auch nicht mit den erlernten Vokabeln von Karl Marx in ein stimmiges Erklärungssystem zu bringen vermochte. Die jungen Linken litten an einer Gesellschaft, die dem großen Rest der Bürger durchaus zusagte, auch den nach den Maßstäben sozialistischer Theorien eigentlich „Ausgebeuteten“ und „Entrechteten“ des Systems. Bei Herbert Marcuse konnten sie nun nachlesen, wie diese Paradoxie zu begreifen und aufzulösen war. Er porträtierte eine Gesellschaft, die auf technologisch höchstem Niveau funktionierte. Die strengen Rationalitätsnormen ökonomischer Effizienz der Produktionsmethoden standen im Zentrum, konstituierten allen Sinn und alle Regeln des Zusammenlebens, welche die Gesellschaft, Kultur, Ökonomie und Staat einheitlich – oder kritisch: eindimensional – durchwirkten. Interessen oder Bedürfnisse, Denkweisen oder Lebensformen diesseits des Primats ökonomischer Leistungssteigerung waren nicht vorgesehen, auch nicht erforderlich. Schließlich empfanden die eindimensional zugeschnittenen Einzelnen in der Masse der eindimensional verfassten Gesellschaft das keineswegs als Freiheitsentzug. Denn ihnen winkte erst durch die Optimierung der wirtschaftlichen Produktion das ihnen allein geläufige Reich der Freiheit in ihrer Rolle als Konsumenten bei der Auswahl aus dem schier unendlichen Sortiment von Waren und Dienstleistungen. Die Masse hatte sich längst von früheren kollektiven Eigenkulturen gelöst, hatte auch ihre genuine Sprache zur spezifischen Gruppenartikulation verlernt. Es zirkulierten einzig die Formeln der Mächtigen, in Werbung und Propaganda, allmählich von allen übernommen und verwendet. Die Manipulation war umfassend; die Gesellschaft trug totalitäre Züge, ohne dabei in erster Linie auf staatlichen Terrorismus, brutale Willkürmaßnahmen, Ge-

25 „Dann ist der Pessimismus eben realistisch“...13 Jahre später, in: Das Ende der Utopie. Herbert Marcuse. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt a.M. 1980, S. 121-142, hier S. 166 f.

waltexzesse zurückgreifen zu müssen. Die Unterdrückten akzeptierten und goutierten durch den materiellen Überfluss ihre Lage, drängten nicht darüber hinaus, kannten auch keinen Zustand des ganz Anderen, konnten ihn sich nicht einmal vorstellen.

Insofern besaßen die Methoden der totalitären Kontrolle und Freiheitsbeschränkungen durchaus subtile, gar überwiegend demokratische Seiten. Das System gab sich tolerant, eröffnete und erweiterte großzügig die Räume einer opulenten Konsumentendemokratie, in der allerdings jede Sensibilität und alle Kultur einer wirklichen Freiheit, insbesondere die Sehnsucht nach einem nicht-entfremdeten Tun, der Wunsch nach Ausstieg aus der Sklaverei der Lohnarbeit wegnarkotisiert und durch die sedierenden Surrogate des Marktes fortkompensiert worden waren. Am Ende stand eine gleichgeschaltete Gesellschaft, bar jeder Opposition, für welche die Mehrheit im Vertrauen auf eine vorhandene alternativlose Vernunft des technischen Fortschritts auch keinen Bedarf mehr sah.²⁶ Die Freiheit der Konsumentendemokratie basierte auf der vom Gros gar nicht wahrgenommenen Unfreiheit des Bürgers als Kulturmensch. Die Toleranz war repressiv, auch wenn die Technik der Unterdrückung den Gewaltcharakter unauffällig bleiben ließ. Hier nahm Marcuse vorweg, was später ebenso bei Michel Foucault auftauchte. Auch Pier Paolo Pasolini sprach von einem „grauen Morgen der Toleranz“ im neuen Herrschaftssystem hedonistischer Gesellschaften, die er als „schlimmste aller Repressionen der Menschheitsgeschichte“ geißelte.²⁷

Soweit wäre und ist Marcuse nicht gegangen. Die Vernichtungslager des deutschen Faschismus bedeuteten ihm schon die Apokalypse schlechthin. Aber er betrachtete den Faschismus nicht als historisch abgeschlossene Epoche, schon gar nicht als eine reaktionäre Antwort auf die kapitalistische Moderne.²⁸ Marcuse glaubte im Gegenteil, dass der Faschismus in Deutschland zu früh gekommen war, dass er, der Propaganda und Massensuggestion meisterhaft beherrschte, eine moderne Form der Klassendiktatur praktiziert hätte, die sich aber erst im Zuge der „eindimensionalen Gesellschaft“, also nach dem finalen Ende der liberal-

26 Negt, Oskar: Marcuses dialektisches Verständnis von Demokratie, in: Jansen, Peter-Erwin (Hg.): *Nachgelassene Schriften*, Bd. 1, Lüneburg 1999, S. 12 ff., hier S. 15.

27 Vgl. hierzu auch Hamm, Peter: *Konsumterror – der neue Faschismus?*, in: *Die Zeit*, 05.01.1979.

28 Marcuse, Herbert: 33 Thesen, in: Jansen, Peter-Erwin (Hg.): *Herbert Marcuse. Nachgelassene Schriften*, Bd. 5, Springe 2007, S. 126-139.

kapitalistischen Ära, verallgemeinern würde.²⁹ Auf die traditionelle Arbeiterbewegung als Widerpart zu einer solchen Entwicklung vertraute Marcuse nicht. Die sozialdemokratischen wie gewerkschaftlichen Funktionäre hatten ihm zufolge längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht, richteten allen Ehrgeiz lediglich darauf aus, das System sozialtechnologisch besonders effizient auszugestalten und zu stabilisieren. Doch nicht nur die Arbeiteraristokratie hätte sich, wie noch Lenin annahm, einfangen und zähmen lassen, auch die Arbeiter selbst hätten sich in die kapitalistischen Verhältnisse eingepasst.

Was aber blieb dann noch? Wer konnte überhaupt Subjekt des revolutionären Angriffs auf das bürgerliche System sein, da es sich doch zu einer eindimensionalen, totalitär durchkontrollierten Diktatur über die selbstunterwürfigen Unfreien entwickelt hatte? Von wem war die „große Weigerung“, die Marcuse trotz seines abgründig pessimistisch gehaltenen Zustandsberichts der Gegenwartsgesellschaft mit einem theoretisch schwerlich plausibel begründbaren Optimismus erhoffte, überhaupt zu erwarten? Schon in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre hatte Marcuse hierfür auf die nicht-integrierten Bevölkerungsgruppen – die, aus welchen Gründen auch immer, sich der Eindimensionalität hatten entziehen können oder müssen – hingewiesen, auf die Outsider, Landarbeiter, Wanderarbeiter, Kolonialen, Gefangenen.³⁰ Im Laufe der folgenden Jahre hob er stärker auf die Entrechteten in den „Opferländern“ des Imperialismus ab, wo Ausbeutung und Unterdrückung ohne allen schönen Schein der westlichen Überfluggesellschaft die Menschen unverhüllt trafen. Doch wirkte die Entdeckung der Marginalisierten eher wie ein Notbehelf von einer befreiten Gesellschaft, in der die bildungsbürgerlichen Träume und Themen des Theorieproduzenten eine probate Projektionsfläche fanden, da hier, in Marcuses Garten Eden, der Eigensinn von Kultur, Phantasie, Imagination, Musik, Kunst schlechthin das Zentrum der menschlichen Aktivitäten ausmachen sollte.³¹

Daher wurden die 1960er Jahre zum Jahrzehnt Marcuses; daher trafen sich hier Meister und Jünger auf den Campusgeländen der internationalen Universitäten. Zumindest anfangs, als Rückschläge und Enttäuschungen noch nicht zu vernehmen waren, als alles neu, aufregend, lustvoll und kreativ wirkte, wies Marcu-

29 Claussen, Detlev: Kopf der Leidenschaft. Herbert Marcuses Deutschlandanalysen, in: Jansen, Peter-Erwin (Hg.): Nachgelassene Schriften, Bd. 5, Springe 2007, S. 11-21, hier S. 15 ff.

30 Marcuse 2007 (s. Anm. 28), S. 130 f.

31 Zu dieser Bildungsbürgerlichkeit Marcuses treffend schon Bartig, Hans-Friedrich: Herbert Marcuses utopische Wirkung, Hannover 1971, S. 40 ff.

se den aufständischen Studenten die Avantgarderolle zu.³² Sie sollten die Lehrmeister, Kader, ja Erziehungsdiktatoren für diejenigen werden, die aufgrund ihres verkrüppelten Bewusstseins mindestens für die Ouvertüre der revolutionären Transformation nicht infrage kamen. Aber: Die Revolution war machbar, war nicht, wie man es früher ridiculisierend abgewertet hätte, bloße Utopie. Denn der technologisch hochgerüstete Kapitalismus, frohlockte Marcuse gerne, habe das Fundament für materiellen Reichtum und entfesselte Produktivkräfte geschaffen, durch die eine befreite Gesellschaft, der Abschied von entmenschlchter Arbeit, der Beginn einer universell gerechten Güterverteilung, zum konkret realisierbaren Projekt geworden sei.

ROMANTIKER DES NEUEN MENSCHEN

Für die linken Studenten der 1960er Jahre waren Marcuses Ausführungen wie ein Schlüssel, wie ein Passepartout.³³ Endlich vermochten sie einleuchtend zu erklären, warum sie – aber allein sie – diese Gesellschaft so verachteten. Und zugleich hatten sie die Bestätigung gefunden, dass sie – ausschließlich sie – zur Erkenntnis der wahren Zusammenhänge in der Lage waren und sie – nur sie – den Pfad aus der Gefangenschaft zu weisen und die Massen Richtung Kanaan zu führen vermochten. Damit hatten sie – lediglich sie – auch die einzig richtige Lehre aus der historischen Lektion des Faschismus gezogen, den man nur dann verhindern konnte, wenn man den schönen Schein der Demokratie als raffinierte Ideologie der Massenverblendung entlarvte. 1964 kam dadurch zusammen, was für einen kurzen geschichtlichen Augenblick trefflich zusammenpasste. Die damals noch denkbar kleine Gruppe linker Studenten griff nicht zufällig zu, als Marcuse ihnen seine Theorie-Offerten unterbreitete. Über dreißig Jahre lang hatte der Deutsch-Amerikaner Gesellschaftskritik auf Gesellschaftskritik produziert. Doch keiner kümmerte sich darum, kaum jemand nahm die Elaborate ernst. Nun meldeten sich, womit Marcuse schon gar nicht mehr gerechnet hatte, widerpenstige junge Leute zu Wort, die ganz seinen letztlich romantischen Leitgedanken und seiner bildungsbürgerlichen Prägung entsprachen.³⁴

32 Marcuse, Herbert: Die Analyse eines Exempels. Hauptreferat auf dem Kongreß „Vietnam – Analyse eines Exempels“, in: neue kritik, H. 36-37/1966, S. 35.

33 Vgl. auch Bopp, Jörg: Geliebt und doch gehaßt. Über den Umgang der Studentenbewegung mit Theorie, in: Kursbuch, Jg. 20 (1984), H. 78, S. 121-142, hier S. 125 f.

34 Ebenfalls Beyme, Klaus v.: Adorno und die kritische Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gloe, Markus/Reinhardt, Volker (Hg.): Politikwissenschaft und

Im Grunde trug Marcuses Technik-Kritik genuin konservative Seiten; nicht zufällig traf er sich hier mit Theoretikern wie Hans Freyer oder Arnold Gehlen.³⁵ Marcuses Verständnis von Sozialismus lief in vielerlei Hinsicht auf die frühbürgerliche Gesellschaft hinaus, genauer: auf ihren Wertehimmel, ergänzt durch die Perspektive auf Universalität.³⁶ Marcuses Traum war eine Gesellschaft der freien Zeit und der Muße, in der zusammenfiel, was seit der Moderne mit ihrer arbeitsteiligen Optimierungshybris durchtrennt und zerstückelt war. Die Menschen sollten, wenn sie wollten, in Ruhe für sich sein, ihre Gedanken schweifen lassen, philosophieren, dichten, fantasieren. Sie sollten malen, musizieren, modellieren. Und sie sollten ihrer Erotik freien Lauf lassen. Auch das hatte Marcuse schon längst vor 1968 zu Papier gebracht, in seinem Werk „Eros and Civilization“, das auf Englisch erstmals 1955 in Boston erschien, zwei Jahre später auch in deutscher Übersetzung, dann 1965 als Neuauflage unter dem Titel „Triebstruktur und Gesellschaft“. Es hieß, das sei Marcuses populärstes Buch gewesen.³⁷ Allerdings hieß es auch hier, dass nur wenige es wirklich gelesen, noch weniger es tatsächlich verstanden hätten.³⁸

Aber auf die nachwachsende Generation der akademischen Mittelklasse Mitte der 1960er Jahre wirkten die Schlagworte, die aus dem Buchtext die Öffentlichkeit erreichten, antreibend wie stimulierend. Dass Sexualität nicht tabuisiert werden müsse, dass keineswegs allein aus ihrer Sublimierung kulturelle Schöpfungen resultieren würden, sondern die bewusst bejahte erotische Energie Kreativität freilege und fördere – dieses Versprechen hat in der Tat eine ganze Generation begeistert und sexuell animiert, Jahre später indes auch vielfach ernüchtert und enttäuscht. In der Sehnsucht nach so etwas wie Ganzheitlichkeit von Leben, Studium, politischem Engagement, Erotik und Kunst trafen sich Marcuse und die Kader des SDS Mitte der 1960er Jahre. Zugleich war ihre Fremdheit gegenüber Industrie, Märkten und Massen in jeder Sentenz ihrer Manifestationen spürbar. Insofern mag man den Avantgardismus von Marcuse und seiner Epigonen auch als letztes Aufbäumen einer bereits erodierenden elitären Bildungsbürger-

Politische Bildung. Nationale und internationale Perspektiven, Wiesbaden 2010, S. 15-32, hier S. 21.

35 Vgl. Lipp, Wolfgang: Apparat und Gewalt. Über Herbert Marcuse, in: Soziale Welt, Jg. 20 (1969), H. 3, S. 274-303, hier S. 281.

36 Auch Brunkhorst, Hauke/Koch, Gertrud: Herbert Marcuse. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 9.

37 Siehe Grunenberg, Antonia: Die Macht des Ganzen über das Individuum, in: Die Zeit, 11.12.1992.

38 Salvatore, Gaston: Träumen entsprang ein Augenblick Geschichte, in: Der Spiegel, 06.08.1979.

lichkeit gegen die Konkurrenz einer utilitaristischen und pragmatisch gesinnten Menge, die als eindimensional und konditioniert herabgesetzt wurde, bewerten. Dann wäre Marcuse nicht gescheitert, weil die Revolution misslang, sondern weil der Kampf für die Restauration und Regeneration der klassischen, historisch noch unbefleckten Bildungsbürgerlichkeit verloren ging.

Jedenfalls: Besonders politisch war es nicht, wie Marcuse dachte. Er analysierte keine realen Konstellationen, beschäftigte sich nicht mit präzisen Kräfteverhältnissen, ließ sich nicht auf empirische Institutionen ein, war uninteressiert an strategischen Überlegungen, an zähen Reformbemühungen, an taktischen Bündnissen. Er war ein Romantiker der Revolution nach Art des 19. Jahrhunderts, der von der großen Erlösung schwärmte, aber keinen Sinn für die Mühen der Ebene politischer Praxis besaß.³⁹ Die Formel, dass der Weg das Ziel sei, konnte ihm nichts sagen. Allein das große Ziel zählte, vielleicht auch noch das Pathos der kühnen Geste, eben die große Weigerung, die demokratische Widerständigkeit in der Eindimensionalität. Man konnte dann auch über Gewalt reden, als ein legitimes Mittel der nach Freiheit dürstenden Weigerer, denen es vielleicht darum gehen mochte, der repressiven Herrschaft ihre Maske der Toleranz zu entreißen, sodass die Herrschenden auf die provokative, die widerständige Gewaltaktion der Freiheitskämpfer unweigerlich mit der brutalen, ihre Macht sichernden Gewalt der unterdrückenden Staatlichkeit reagieren würden. Nur, was dann? Marcuse wusste es auch nicht. Denn systematisch hatte er sich darüber keine Gedanken gemacht. Er streute lediglich Erwägungen zur Gewalt der Revolutionäre ein, wenn man ihn auf Podien oder in Zeitungsinterviews gelegentlich danach fragte. Ansonsten mochte er über den Prozess der erwünschten Transformation, über die Funktionsweise und Strukturen der neuen Gesellschaft nicht rasonieren. Auch hier war er der romantische Revolutionär des 19. Jahrhunderts, ein schierer Voluntarist, der an die umstürzlerische Wirkung der Tat glaubte, von der alle Kraft und Energie zur dann harmonischen Transzendenz ausging. Natürlich, ja, auch Marcuse gestand es sich ein, war ein Problem seiner Theorie, dass diese einerseits die schreckliche Hermetik eindimensionalen Denkens in düstersten Farben ausmalte, andererseits vom optimistischen Szenarium der großen Befreiung nicht lassen wollte. Welcher Weg führte von der totalen Ohnmacht in die radikale Insurrektion? Wie konnte es autonome Subjekte noch geben, wo doch alle als Objekte in den Gehäusen der Hörigkeit gefangen waren? War die

39 Kritisch zum Vorwurf der Romantik hingegen Schweppenhäuser, Gerhard: Die Fluchtbahn des Subjekts. Beiträge zur Ästhetik und Kulturphilosophie, Münster 2001, S. 158 ff.

Gleichschaltung doch nicht so lückenlos, so totalitär erfolgt, wie es in den Hauptteilen seiner Schriften wieder und wieder herausgestellt wurde?⁴⁰

Mit dergleichen Einwänden hielt Marcuse sich jedoch nicht lange auf. Als Romantiker griff er auf die Zauberformel seiner Zunft zurück und setzte auf Erziehung, mehr noch: auf die Erziehungsdiktatur der standhaft gebliebenen Weigerer, denen das Projekt einer Bildung „Neuer Menschen“ oblag. Sobald sich dessen Aufgabe erfüllte, würde sich die Diktatur von selbst aufheben, erzählte Marcuse gutgelaunt zwei Redakteuren des *Spiegel*, die weiterhin argwöhnten, dass auch Erziehungsdiktaturen ein Interesse am Fortbestand ihrer selbst entwickeln mögen. Solche Besorgnisse hielt Marcuse für ganz und gar abwegig, da der Erziehungsdiktator doch „wesentlich andere Werte, andere Ziele und andere Methoden“ verkörpere als die sonst aus der Geschichte bekannten Autokraten und Tyrannen.⁴¹ Mit einer ähnlich verblüffenden Leichtfertigkeit ging er ebenfalls mit dem Problem der Zensur um, für die er sich einsetzte, um imperialistische Propaganda zu unterbinden. Auch hier stand die Frage im Raum, wie der Trieb der Zensur zu begrenzen, wie überhaupt die Macht der Zensoren vor den Ansprüchen des demokratischen Versprechens zu legitimieren sei? Wer konnte garantieren, dass – was alle geschichtliche Erfahrung fraglos nahelegte – die Zensur nicht jede Freiheit erstickte und die Zivilcourage heillos beschädigte? Marcuses Antwort war von entwaffnender Naivität: „Die Zensur sollte ausgeübt werden von Menschen, die durch ihre Ideen und ihr Tun Zeugnis davon abgelegt haben, dass sie um die gegebenen Möglichkeiten eines Lebens ohne Angst und Unterdrückung wissen und für die Realisierung dieser Möglichkeiten arbeiten – Menschen, die gelernt haben, was in einer gegebenen geschichtlichen Situation das Wahre, Gute und Schöne sein kann.“⁴²

So war Marcuse. Er war kein finster entschlossener, kalter und kalkulierender Revolutionär, kein Lenin oder Trotzki. Ein früherer Revolutionär, dann beinhardter Realpolitiker wie Herbert Wehner dürfte ihn und sein wolkiges Literatentum verachtet haben. Aber Marcuse ging auch selbstironisch mit sich um. Er konnte über seine eigenen Unzulänglichkeiten witzeln, wusste sicher auch, wie

40 Ähnlich die Kritik von Jesse, Eckhard: Die Totalitarismuskonzeption von Herbert Marcuse, in: Schmeitzner, Mike (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 355-376, hier S. 368. Schon früh ebenfalls, wenngleich freundlicher Raddatz, Fritz J.: Der Bruch, der Sprung – wie und wohin?, in: Die Zeit, 01.06.1973.

41 Revolution aus Ekel. SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Herbert Marcuse, in: Der Spiegel, 28.07.1969.

42 Professoren als Staats-Regenten. SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Herbert Marcuse, in: Der Spiegel 21.08.1967.

unpraktisch er letztendlich für das Politische war. Mitunter wirkte die Radikalität wie Spielerei. Als in Deutschland versprengte Teile der Studentenbewegung unter politischen Vorwänden mit Schusswaffen hantierten, verstand er nicht, wie man das auf ihn zurückführen konnte. So war es mit der Gewalt doch gar nicht gemeint: „Das Ziel: der befreite Mensch“ müsse „in den Mitteln erscheinen“, verteidigte er sich 1977 auf dem Höhepunkt des Linksterrorismus.⁴³ Nicht immer klang das Credo des Theoretikers in dieser Hinsicht zuvor so klar, wenngleich er für sich selbst natürlich die Gewalt scheute, trotz aller martialisch klingender Revolutionsgesänge. Er war etwa ungemein stolz darauf, dass er sich Ende der 1960er Jahre an einer studentischen *College*-Besetzung beteiligt hatte. Die Demonstranten zerstörten bedauerlicherweise, einmal aktionistisch in Fahrt gekommen, auch eine Tür. „Und ich habe mich sofort bereit erklärt“, versicherte Marcuse eifrig, „die Kosten für die Neueinsetzung der Tür zu übernehmen.“⁴⁴ Der Revolutionär, der als ordentlicher Bürger für die Schäden aufkam, die durch die revolutionäre Unordentlichkeit entstanden waren – nochmals: So war Marcuse.

DIE REVOLTE FRISST IHRE VÄTER

Aber wir greifen vor. Mitte der 1960er Jahre sah man in Marcuse den puren, gläubigen, konsequenten Feind des neo-totalitären Kapitalismus, der unmissverständlich Partei ergriffen hatte, während andere das Refugium ihrer Kritischen Theorie nicht verließen. „Zugleich blieb Marcuse mit einem irritierenden, theoretische Widersprüche nicht scheuenden Starrsinn immer auch ein ‚Theoretiker der Revolution‘“, fasste Helmut Dubiel die Differenz zwischen Adorno und den Autoren der „Dialektik der Aufklärung“ zusammen.⁴⁵ Daher wurde Marcuse zum weltanschaulichen Vater der Revolte. Seine jahrelangen Großauftritte in Berlin waren Festtage der Bewegung, zu denen tausende von Jüngern gepilgert kamen, um ihrem Messias zu huldigen.⁴⁶ Im Mai 1966 redete Marcuse auf dem Vietnam-Kongress des SDS. Aber den Höhepunkt an Popularität bei der jungen

43 Marcuse, Herbert: Mord darf keine Waffe der Politik sein, in: *Die Zeit*, 23.09.1977.

44 Revolution aus Ekel. SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Herbert Marcuse, in: *Der Spiegel*, 28.07.1969.

45 Dubiel, Helmut: Demokratie und Kapitalismus bei Herbert Marcuse, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): *Kritik und Utopie im Werk von Herbert Marcuse*, Frankfurt a.M. 1992, S. 61-73, hier S. 61.

46 Siehe Kraushaar, Wolfgang: *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008, S. 264.

Linken und nun auch in der Aufmerksamkeit der westdeutschen Medien erklomm Marcuse in den heißen Julitagen 1967, rund einen Monat nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg.⁴⁷ Vier Tage referierte und diskutierte er vor mehreren tausend Studenten an der FU Berlin. Matthias Greffrath erinnerte sich an den 13. Juli, einen „sehr sonnigen Tag“, als Marcuse über das „Ende der Utopie“ vortrug. Das Audimax war überfüllt; „auf dem Rasen lagen noch einmal zweitausend“⁴⁸ Studenten, um wenigstens etwas vom Star der Kritischen Theorie mitzubekommen.

Zu den beiden anderen Stars der Frankfurter Schule, Horkheimer und Adorno, hatten sich die Beziehungen der jungen Linken weiter abgekühlt.⁴⁹ Horkheimer hatte sich im Juni des Jahres über den Anti-Amerikanismus der studentischen Rebellen empört, was wiederum Marcuse zu einem heftigen Konter Richtung Frankfurt veranlasste: „Laß mich meine Meinung so extrem wie möglich aussprechen. Ich sehe in Amerika heute den historischen Erben des Faschismus.“⁵⁰ Im Grunde bedeutete das den Bruch zwischen „Max“ und „Teddy“ hier und „Herbert“ dort. Adorno begann zu „frösteln“, wenn er von Marcuses Äußerungen erfuhr oder dessen Briefe las, konnte dessen emphatischen Schulterchluss mit den aktivistischen Studenten, deren „brutalen Praktizismus“ und grauenhaften „Dezisionismus“ er mal als „puren Stalinismus“, ein anderes Mal als „tendenziell faschistisch“ brandmarkte, nicht nachvollziehen. Im expliziten Gegensatz zu Marcuse beschwor Adorno kurz vor seinem Tod die „Gefahr des Umschlags der Studentenbewegung in Faschismus“, was ganz auf die Zustimmung seines Freundes Horkheimer, dem die ungezogen auftrumpfenden Studenten noch widerwärtiger waren, stieß.⁵¹

Es war wohl diese unbürgerliche Attitüde, die Lümmelhaftigkeit im Auftritt der adoleszenten Bürgertumsjugend, was die linksbürgerlichen Philosophen in

47 Zur Bedeutung für die Studentenbewegung vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: Der Tod des Benno Ohnesorg – Ikone der Studentenbewegung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Bilder im Kopf. Ikonen der Zeitgeschichte, Köln 2009, S. 120-129.

48 Greffrath, Matthias: Der Sommer, in dem unser 68 begann, in: Die Zeit, 16.05.2007.

49 Gilcher-Holtey, Ingrid: Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 168-187.

50 Zitiert nach Gilcher-Holtey, Ingrid: Krach in der Familie, in: Die Zeit, 20.06.1997.

51 Die Zitate in: Voigts, Hanning: Entkorkte Flaschenpost. Herbert Marcuse, Theodor W.A. Adorno und der Streit um die Neue Linke, Berlin 2009, S. 58 ff.

ihrer „pompös daherkommenden Weltverzweiflung“⁵² so aufbrachte. Schlechte Manieren beleidigten ihren guten Geschmack, verletzten ihren feinen Sinn für Ästhetik, stellten ihre auf Höflichkeit basierende Lebensform infrage. Anfang Juli 1967 weilte auch Adorno in Berlin. Doch sprach er nicht über die Ziele der Protestbewegung, auch nicht über Utopie. Sein Thema lautete: „Der Klassizismus von Goethes Iphigenie“. Umso überraschter und indignierter war Adorno, dass ihn dennoch der Aktionismus der studentischen Rebellen einholte, da die „Kommune II“ und einige Mitglieder des SDS seinen Vortrag kräftig störten.⁵³ Und Störungen verfolgten ihn bis in den Sommer 1969. Zum Ende des Wintersemesters 1968/69 erstattete er im Laufe einer Institutsbesetzung sogar Anzeige wegen Hausfriedensbruch, was die Polizei auf den Plan rief und zur Verhaftung von 76 Studenten führte, darunter der Meisterschüler von Adorno, Hans-Jürgen Krahl. Drei Monate später kam es noch schlimmer: Adorno erschien zu seiner Vorlesung im durch ihn berühmten „Hörsaal VI“ der Frankfurter Universität, wollte gerade mit seinem Vortrag beginnen, als drei junge Frauen spöttisch um ihn herumtanzten, ihn zu küssen versuchten und dann ihre Jacken lüfteten, um sich dem Meister barbusig zu zeigen.⁵⁴ Ein früher Femen-Protest gleichsam, der Adorno völlig aus der Fassung brachte. Ersichtlich gedemütigt verließ er, seine Aktentasche beschämt vor dem Gesicht haltend, unter Tränen und im Rückwärtsgang den Raum.⁵⁵ Einige Wochen danach starb er, ohne dass es noch zu einer Versöhnung mit Marcuse hätte kommen können, auf deren Möglichkeit im Briefwechsel zwischen den beiden auch wenig hindeutete.

Dabei stand auch Marcuse seit 1968 nicht mehr fest auf dem Sockel der Verehrung.⁵⁶ Im Mai 1968 – Marcuse war gerade direkt von den Straßenkämpfen in Paris gekommen – zog er wohl noch einmal 4000 Studenten an, die seinem Re-

52 So die spöttische Bemerkung von Dolf Sternberger über Adorno, referiert bei Fest, Joachim: *Begegnungen. Über nahe und ferne Freunde*, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 106.

53 Hierzu Schwandt, Michael: *Kritische Theorie*, Stuttgart 2010, S. 182.

54 Zur Frage, wer warum beteiligt war, sehr interessant die Reportage von Stelzer, Tanja: *Die Zumutung des Fleisches*, in: *Der Tagesspiegel*, 07.12.2003; zur politisch-ästhetischen Bedeutung vgl. auch Traub, Ulrike: *Theater der Nacktheit*, Bielefeld 2010, S. 186.

55 Auch Lehmhöfer, Anne: *Busenattentat im Raum der Ideen*, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.04.2008.

56 Siehe ebenfalls Kraushaar, Wolfgang: *Herbert Marcuse und das lebensweltliche Apriori der Revolte*, in: ders. (Hg.): *Frankfurter Schule und die Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995*, Bd. 1-3, Bd. 3, Hamburg 2003, S. 195 f.

ferat „Geschichte, Transzendenz und sozialer Wandel“ zuhörten, aber nun nicht mehr mit achtsamer Bewunderung, sondern mit lautstark artikuliertem Unmut. Man wollte es nicht mehr so akademisch, man verlangte Handlungsanweisungen für die konkreten Kämpfe. Die klassenkämpferische Härte, die jetzt rhetorisch aufkam, biss sich an den eher romantischen Hoffnungen Marcuses. Plötzlich zirkulierten überdies Zweifel an seiner Integrität; seine geheimdienstlerische Schriftstellerei gegen den Nationalsozialismus galt jetzt als zwielichtige Auftragsarbeit für den US-Imperialismus.⁵⁷ Und als richtiger Marxist ging er nun auch nicht mehr durch, da er die revolutionäre Substanz der Arbeiterklasse in Abrede gestellt und durch kleinbürgerliche Hoffnungen auf das Lumpenproletariat und deklassierte Intellektuelle substituiert hatte.⁵⁸

Die Pfingstzeit der neomarxistischen Theorie war vorbei. Merkwürdigerweise folgte, was doch hätte vorangehen sollen: die Walpurgisnacht des kommunistisch-orthodoxen Hexensabbats. 1968 lag irgendwo dazwischen. Doch hing wohl alles mehr miteinander zusammen, als sich die Akteure jener Dekade bis heute eingestehen mögen.

57 Insgesamt hierzu Müller, Tim B.: *Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg*, Hamburg 2010.

58 Etwa Steigerwald, Robert: *Herbert Marcuses „dritter Weg“*, Köln 1969.

„Ein Preis wird vergeben, und ich lehne ihn ab.“¹

Jean-Paul Sartre, der Philosoph der Freiheit, nimmt sich die Freiheit, den Literaturnobelpreis abzulehnen

TERESA NENTWIG

„Jean-Paul Sartre Favorit für den Literaturnobelpreis“, schrieb die französische Tageszeitung *Le Monde* am 20. Oktober 1964, zwei Tage bevor die *Schwedische Akademie* ihre Entscheidung bekanntgab.² Zu diesem Zeitpunkt befand sich bereits ein Brief auf dem Weg nach Schweden. Seinen Bestimmungsort – die Schwedische Akademie in Stockholm – hatte er allerdings noch nicht erreicht. Der Absender lebte in Paris. Es war Jean-Paul Sartre. Im *Figaro littéraire*, der wöchentlichen Literaturbeilage der Tageszeitung *Le Figaro*, hatte er bereits am 15. Oktober 1964 gelesen, „daß die Wahl der Schwedischen Akademie auf mich fallen könnte, aber noch nicht gefallen war“³. Sartre hatte daraufhin zur Feder gegriffen und der Schwedischen Akademie mitgeteilt, dass er nicht auf der Liste

-
- 1 Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: *Die Zeit*, 30.10.1964.
 - 2 O.V.: Jean-Paul Sartre favori pour le prix Nobel de littérature, in: *Le Monde*, 20.10.1964. Bei dieser und allen weiteren Übersetzungen aus dem Französischen ins Deutsche handelt es sich um Übersetzungen durch die Verfasserin.
 - 3 Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: *Die Zeit*, 30.10.1964. Bereits im September 1964 war kolportiert worden, dass Sartre den Literaturnobelpreis des Jahres 1964 bekommen könnte. Der italienische Philosoph Enzo Paci soll seinen französischen Kollegen daraufhin um die Erlaubnis gebeten haben, nach der Preisverleihung seine dortige Rede veröffentlichen zu dürfen. Sartre soll ihm Mitte September geantwortet haben, dass er den Preis ablehnen würde, sollte er ihn tatsächlich erhalten. Vgl. Contat, Michel: Le prix Nobel n’a pas eu Jean-Paul Sartre, in: *Le Monde*, 23.10.1994.

möglicher Preisträger stehen wolle und er „diese Ehrenauszeichnung“⁴ weder 1964 noch später akzeptieren werde. Er war nämlich der Überzeugung, „daß ich durch einen Brief an die Akademie, den ich am Tag darauf abschickte, die Sache klarstellen könnte und man weiter kein Wort darüber verlieren würde“⁵.

Doch es kam bekanntlich alles ganz anders. „Die Sache“ ließ sich nicht einfach „klarstellen“, wie Sartre es sich gewünscht hatte. Er wollte den Literaturnobelpreis nicht erhalten; und die Schwedische Akademie wollte von ihrer Entscheidung, Sartre diese Auszeichnung des Jahres 1964 zu verleihen, nicht abrücken. Zunächst, am 20. Oktober 1964, ließen der Ständige Sekretär der Schwedischen Akademie und der Präsident des Nobelkomitees zwar verlautbaren, dass sie keinen Brief Sartres bekommen hätten;⁶ doch zwei Tage später, am 22. Oktober 1964, gab die Akademie nicht nur bekannt, dass Jean-Paul Sartre den Nobelpreis für Literatur bekomme; darüber hinaus bestätigte ihr Ständiger Sekretär den Erhalt eines „vertraulichen“⁷ Briefes des französischen Schriftstellers. Über den Inhalt hüllte er sich jedoch in Schweigen.

Mit dieser Bestätigung des Briefes war klar, dass die Schwedische Akademie, die über die Verleihung des Literaturnobelpreises entschied, sich nicht von dem Brief Sartres hatte beeinflussen lassen. „Die Jury hat also ihre Wahl aufrechterhalten trotz der Anstrengungen, die der Schriftsteller zuvor unternommen hatte, um sie davon abzubringen“, schrieb denn auch *Le Monde* in der Ausgabe vom 23. Oktober 1964 und bezeichnete Sartre als „Preisträger wider Willen“.⁸

Mit der Bekanntgabe, dass der Literaturnobelpreis des Jahres 1964 an Jean-Paul Sartre ging, verband die Schwedische Akademie eine kurze Begründung: Sie habe ihm den Preis für „sein ideenreiches Werk“ verliehen, „das durch den freiheitlichen Geist und die Suche nach der Wahrheit, von der es zeugt, einen weitreichenden Einfluss auf unsere Epoche ausgeübt hat“. Außerdem erklärte die Schwedische Akademie, dass „Sartre, entschieden nonkonformistisch und bereit, für seine Ideen zu kämpfen, die große historische Tradition der französischen Moralisten fortsetzt, die ihrer Zeit kritisch gegenüberstehen“.⁹

Sartres schriftstellerisches Werk wie auch sein gesellschaftlich-politisches Engagement erfuhren somit eine große Würdigung. Doch der Geehrte wehrte

4 Zitiert nach o.V.: Un lauréat a-t-il le droit de le refuser?, in: *Le Figaro Magazine*, 09.10.2008.

5 Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: *Die Zeit*, 30.10.1964.

6 Vgl. o.V.: Mais l'Académie suédoise dément avoir reçu une lettre de l'écrivain, in: *Le Monde*, 21.10.1964.

7 Zitiert nach Piatier, Jacqueline: Un lauréat malgré lui, in: *Le Monde*, 23.10.1964.

8 Piatier, Jacqueline: Un lauréat malgré lui, in: *Le Monde*, 23.10.1964.

9 Zitiert nach o.V.: Une déclaration de l'Académie suédoise, in: *Le Monde*, 23.10.1964.

sich dagegen derart standhaft, dass *Le Monde* schrieb: „Es hat etwas Tragikomisches, wie dieser Philosoph der Freiheit sich mit Händen und Füßen wehrt, seinem Schicksal zu entinnen.“¹⁰

Nachdem bekannt war, dass der Literaturnobelpreis an Sartre ging, dieser die Entgegennahme aber ablehnte, wurde Sartre 48 Stunden lang von Journalisten verfolgt – sie wollten von ihm persönlich wissen, warum er den Preis zurückweise. Doch Sartre lehnte jeglichen Kommentar ab. Mehrere Journalisten gingen sogar so weit, die Türen der Taxis aufzureißen, in die er vor der Meute flüchtete.¹¹ Am Ende sah sich der so Bedrängte gezwungen, über seine Beweggründe zu sprechen. Er tat dies in aller Ausführlichkeit, wobei er allerdings, um Missverständnisse zu vermeiden, eine Pressekonferenz ablehnte. Stattdessen übermittelte Sartre dem Repräsentanten seines schwedischen Verlegers in Frankreich eine Erklärung, die anschließend schwedischen Journalisten übergeben und daraufhin in der schwedischen Presse veröffentlicht wurde.¹²

Der damals 59-Jährige unterschied in seiner Erklärung „zwei Arten von Gründen“: „persönliche und sachliche“.¹³ Zu den persönlichen Gründen führte Sartre an, dass seine Ablehnung „keine Stegreifentscheidung“ sei. Offizielle Ehrungen habe er immer abgelehnt. So habe er schon auf seine Aufnahme in die *Ehrenlegion* verzichtet wie auch auf den Eintritt in das *Collège de France*¹⁴, Letzteres obwohl er von einigen seiner Freunde vorgeschlagen worden sei.¹⁵ „Diese Haltung“, so Sartre, „beruht auf meiner Vorstellung von der Arbeit eines Schriftstellers. Ein Autor, der politisch, gesellschaftlich und literarisch Stellung bezieht, sollte nur mit seinen eigenen Mitteln handeln, das heißt mit dem geschriebenen Wort. Alle Ehrungen, die er annimmt, setzen seine Leser einem Druck aus, den ich nicht für wünschenswert halte. Es ist nicht das gleiche, ob ich

10 Piatier, Jacqueline: Un lauréat malgré lui, in: *Le Monde*, 23.10.1964.

11 Vgl. Jeanson, Francis: Sartre dans sa vie, Paris 1974, S. 222; o.V.: Mais l'Académie suédoise dément avoir reçu une lettre de l'écrivain, in: *Le Monde*, 21.10.1964.

12 Vgl. o.V.: Les réactions suédoises, in: *Le Monde*, 24.10.1964.

13 Der vollständige Text der Erklärung liegt in deutscher Sprache vor: Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: *Die Zeit*, 30.10.1964. Dieser Übersetzung, der auch die folgenden Zitate entnommen sind, liegt laut der *Zeit* eine von Sartre durchgesehene französische Fassung zugrunde.

14 Hierbei handelt es sich um die prestigeträchtigste akademische Institution Frankreichs.

15 Außerdem verweigerte Sartre die Mitgliedschaft in der renommierten Sprachpflegeinstitution *Académie française*, für die zu kandidieren ihm sein Schriftstellerkollege François Mauriac vorgeschlagen hatte. Vgl. Lévy, Bernard-Henri: Sartre. Der Philosoph des 20. Jahrhunderts, München 2002, S. 296.

mit ‚Jean-Paul Sartre‘ unterschreibe oder mit ‚Jean-Paul Sartre, Nobelpreisträger‘.“ Dieses Argument führte Sartre im Folgenden weiter aus:

„Der Schriftsteller, der eine Auszeichnung annimmt, verpflichtet auch das Gremium oder die Institution, die ihn geehrt hat: Meine Sympathien für die venezolanische Widerstandsbewegung engagieren nur mich, während der Nobelpreisträger Jean-Paul Sartre, der für den Widerstand in Venezuela Partei ergreift, den ganzen Nobelpreis als Institution mit hineinzieht. Der Schriftsteller sollte sich also weigern, sich in eine Institution verwandeln zu lassen, selbst wenn es – wie hier – unter den ehrenvollsten Bedingungen geschieht.“

Neben diesen „persönlichen“ hatte Sartre aber auch „sachliche Gründe“, die er für die Ablehnung des Literaturnobelpreises vorbrachte. Darunter fiel für ihn vor allem die Überzeugung, dass der „einzige auf kulturellem Bereich heute mögliche Kampf der für eine friedliche Koexistenz der beiden Kulturen [ist], der des Ostens und der des Westens“. Er wisse „sehr wohl“, so Sartre, „daß die Konfrontation dieser beiden Kulturen notwendigerweise die Form eines Konflikts annehmen muß, aber der soll zwischen den Menschen und den Kulturen stattfinden, ohne die Intervention von Institutionen“. Er persönlich, so Sartre weiter, empfinde „den Widerstreit zwischen den beiden Kulturen sehr tief: Ich selber bestehe aus diesem Widerstreit. Meine Sympathien gehören unleugbar dem Sozialismus und dem, was man den Ostblock nennt, aber ich bin in einer bürgerlichen Familie und Kultur geboren und aufgewachsen. Das gestattet mir, mit allen zusammenzuarbeiten, die die beiden Kulturen einander näherbringen möchten. Selbstverständlich hoffe ich dennoch, daß ‚der Bessere siegt‘. Das heißt der Sozialismus.“ Die Schlussfolgerung war unmissverständlich:

„Darum vermag ich keine Auszeichnung anzunehmen, die von den hohen kulturellen Instanzen vergeben wird, ob nun im Osten oder im Westen, auch wenn ich ihre Existenz sehr wohl verstehe. Obwohl alle meine Sympathien der sozialistischen Seite gehören, wäre ich ebenso außerstande, zum Beispiel den Leninpreis anzunehmen, wenn irgend jemand ihn mir geben wollte – was nicht der Fall ist. Ich weiß sehr gut, daß der Nobelpreis als solcher kein literarischer Preis des Westblocks ist, doch er ist das, was man aus ihm macht, und es können Ereignisse eintreten, die sich der Entscheidung der schwedischen [sic!] Akademie entziehen. Darum erscheint der Nobelpreis in der heutigen Situation objektiv als eine Auszeichnung, die den Schriftstellern des Westens und den Rebellen des Ostens vorbehalten ist.“

Doch Sartre ordnete seine Ablehnung des Literaturnobelpreises nicht nur in die Zeitumstände („Kalter Krieg“) ein. Daneben berief er sich auch auf den eingangs

angeführten Artikel aus dem *Figaro littéraire*. Er wisse zwar, so Sartre, dass dieser Artikel nicht die Ansicht der Schwedischen Akademie ausdrücke, aber er zeige deutlich, „in welchem Sinn man meine Annahme in gewissen Kreisen der Rechten ausgelegt hätte.“¹⁶ [...] Ich will nicht sagen, daß der Nobelpreis ein bürgerlicher Preis ist, aber dies ist die bürgerliche Deutung, die bestimmte, mir wohlbekannte Kreise einer Annahme zuteil werden lassen würden.“ Hier ließ Sartre also erkennen, dass er die Nobelstiftung für eine ziemlich bourgeoise Angelegenheit hielt, in deren konservative Ränke er sich nicht einspannen lassen wollte. Vier Jahre später – im Mai 1968 – sollte diese antibürgerliche Protesthaltung noch viel stärker zum Vorschein kommen. Am Ende seiner Erklärung ging Sartre noch ausführlich auf die „Geldfrage“ ein:

„Es ist dies eine schwere Last, die die Akademie dem Preisträger aufbürdet, indem sie die Ehrung mit einer enormen Geldsumme verbindet; und dieses Problem hat mich bedrückt“, so Sartre. „Entweder nimmt man den Preis an und kann mit der Geldsumme Organisationen oder Bewegungen unterstützen, die man für wichtig hält: Ich selber habe an das Londoner Apartheid-Komitee gedacht. Oder aber man lehnt den Preis aus allgemeinen Grundsätzen ab und beraubt diese Bewegung einer Unterstützung, die sie nötig hätte. Aber ich glaube, das ist eine falsche Fragestellung. Ich verzichte auf 250 000 Kronen [damals 220.000 Mark, d.Verf.], weil ich weder im Osten noch im Westen institutionalisiert werden möchte. Aber man kann auch nicht verlangen, daß ich für 250 000 Kronen auf Grundsätze verzichte, die nicht allein die meinen sind, sondern von allen Kameraden geteilt werden.“

Sartres Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit endet daraufhin mit den beiden folgenden Sätzen: „Das hat mir beides so schwer gemacht: die Zuerkennung des Preises und die Absage. Ich möchte diese Erklärung mit einer Botschaft der Sympathie für das schwedische Volk beschließen.“

Zwei Tage, nachdem dieser Text auch durch die französischen Medien gegangen war, erklärte der Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer, ein Vetter Sartres, dass er stolz auf Sartres Zugehörigkeit zu seiner Familie sei. Auf Sartres Ablehnung des Nobelpreises angesprochen, erklärte Schweitzer: „Das geht mich nichts an, aber scheint mir aus den Grundsätzen zu folgen, die er sich gegeben

16 In dem Artikel hatte es geheißen, dass man Sartre seine umstrittene politische Vergangenheit in Stockholm nicht übelnehme (vgl. Contat, Michel: Le prix Nobel n'a pas eu Jean-Paul Sartre, in: Le Monde, 23.10.1994). Sartre schrieb dazu: „Ich halte diese ‚umstrittene politische Vergangenheit‘ immer noch für gültig, auch wenn ich bereit bin, im Kreis meiner Kameraden gewisse vergangene Irrtümer einzugestehen.“ (Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: Die Zeit, 30.10.1964).

hat.“¹⁷ Damit untermauerte Schweitzer noch einmal das, was bereits in Sartres Erklärung deutlich zum Ausdruck gekommen war: dass seine Ablehnung des Literaturnobelpreises nicht einfach eine Kurzschlusshandlung darstellte, sondern vor allem in seiner Auffassung von den Aufgaben eines Schriftstellers wurzelte. Dieser habe die Pflicht, sich einzumischen.

Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte Jean-Paul Sartre allerdings noch eine ganz andere Konzeption vertreten: Die Romanistin Ingrid Galster spricht von einem „unpolitischen Individualismus“¹⁸, der Sartre ausgezeichnet habe. Doch die erste Hälfte des Krieges – genauer gesagt: die Jahre 1939 bis 1941, als er erst Kriegsdienst leistete und dann in Kriegsgefangenschaft geriet – veränderte sein Leben radikal: „Der Krieg hat mein Leben wirklich in zwei Teile geteilt. [...] Damals bin ich, wenn Sie so wollen, vom Individualismus und vom reinen Individuum der Vorkriegszeit zum Sozialen, zum Sozialismus gekommen. Genau das ist der echte Wendepunkt meines Lebens: vorher, nachher“, so Sartre als Siebzjähriger in einem Interview.¹⁹ Nachdem er also bis 1939 trotz des aufkommenden Faschismus eine weitgehend unpolitische Haltung eingenommen hatte, war er nun gewillt, sich nicht länger aus dem politischen Leben herauszuhalten. Das kam relativ schnell darin zum Ausdruck, dass Sartre unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im März 1941 eine eigene Widerstandsgruppe namens *Socialisme et Liberté* („Sozialismus und Freiheit“) gründete; allerdings mit wenig Erfolg, denn bereits im Herbst 1941, nach dem Verteilen einiger Flugblätter und dem Entwurf einer neuen Verfassung Frankreichs für die Zeit nach der Befreiung, stellte die Gruppe ihre Tätigkeit ein und löste sich auf.²⁰

Die Umkehr von einer apolitischen zu einer eminent politischen Haltung fand ihren Niederschlag auch in der Literaturtheorie: Sartre entwickelte das Konzept der engagierten Literatur (*littérature engagée*), für welches er bis heute be-

17 Zitiert nach o.V.: Je suis fier qu'il appartienne à ma famille déclare le docteur Schweitzer, in: Le Monde, 26.10.1964.

18 Galster, Ingrid: Genese, Theorie und Praxis des Engagements bei Sartre und Beauvoir, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Jg. 50 (2008), H. 2, S. 246-260, hier S. 247.

19 Sartre, Jean-Paul: Situations, X. Politique et autobiographie, Paris 1976, S. 180.

20 Vgl. Betschart, Alfred: Sartre zum 100. Geburtstag, URL: <http://www.sartre.ch/Sartre%20zum%20100%20Geburtstag.pdf> [eingesehen am 05.10.2013]; Münster, Arno: Jean-Paul Sartre und die Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft (2007), in: ders.: Utopie – Emanzipation – Praxis. Sozialphilosophische Interventionen. Adler – Bloch – Bourdieu – Habermas – Proudhon – Sartre – Stirner, Berlin 2013, S. 93-121, hier S. 94 f.

kannt ist.²¹ Was genau er darunter verstand, legte Sartre in der *Présentation* der ersten Ausgabe der Monatszeitschrift *Les Temps Modernes* („Moderne Zeiten“) dar, die er im Oktober 1945 zusammen mit seiner Lebensgefährtin Simone de Beauvoir und anderen gegründet hatte. Er distanzierte sich dort von den „Schriftstellern bürgerlicher Herkunft“²², die ohne Sinn für Verantwortung und abgehoben von der Realität ihrem Geschäft nachgingen. Und Sartre fuhr fort:

„Weil der Schriftsteller kein Mittel hat, um sich zu entziehen, wollen wir, dass er sich seinem Zeitalter voll und ganz verschreibt. [...] Wir können die Gleichgültigkeit eines Balzac angesichts der Juni-Unruhen des Jahres 1848 nur bedauern, wie auch das von Angst geprägte Unverständnis eines Flaubert gegenüber der Pariser Kommune. Wir bedauern dies *ihtretwegen*, denn da gibt es etwas, das von ihnen für immer verpasst wurde. Wir hingegen wollen nichts von unserer Zeit verpassen [...]. Der Schriftsteller ist in seiner Epoche *situert*: Jedes seiner Worte hat ein Echo. Jedes Schweigen auch. Ich mache Flaubert und Goncourt für die Repression, die der Kommune folgte, verantwortlich, denn sie haben keine einzige Zeile geschrieben, um sie zu verhindern. Das ging sie nichts an, könnte man sagen. Aber war der Calas-Prozess die Sache Voltaires²³? War die Verurteilung von Dreyfus die Sache Zolas²⁴? War die Verwaltung des Kongo die Sache Gides²⁵? Jeder dieser Autoren hat in einer besonderen Situation seines Lebens seine Verantwortung als Schriftsteller wahrgenommen.“²⁶

Genau dies – die These von der Verantwortung des Schriftstellers, der die Aufgabe hat, Position zu beziehen und sich einzusetzen – kommt in Sartres Erklärung über seine Gründe, den Literaturnobelpreis abzulehnen, zum Ausdruck: Er

21 Vgl. dazu ausführlich Denis, Benoît: *Littérature et engagement de Pascal à Sartre*, Paris 2000, hier u.a. S. 259-279.

22 Sartre, Jean-Paul: *Présentation des Temps Modernes*, in: ders.: *Situations*, II, Paris 1948, S. 7-30, hier S. 9.

23 Voltaire setzte sich zwischen 1763 und 1765 bei den juristischen Instanzen erfolgreich für die posthume Rehabilitation von Jean Calas, dem Opfer eines Justizverbrechens, ein.

24 Unter der Überschrift „J'Accuse...!“ („Ich klage an...!“) erschien am 13. Januar 1898 in der Pariser Literaturzeitschrift *L'Aurore* („Die Morgenröte“) Émile Zolas „Brief an den Präsidenten der Republik“. Zola erhob darin seine Stimme gegen die zu Unrecht geschehene Verurteilung des jüdischen Generalstabsoffiziers Alfred Dreyfus.

25 In seinem 1927 erschienenen Reisetagebuch „Voyage au Congo“ („Kongoreise“) hat André Gide die Mängel der französischen Kolonialverwaltung im Kongo offengelegt und scharf kritisiert.

26 Sartre 1948 (s. Anm. 22), S. 12 f. (Herv.i.O.).

wollte sich nicht institutionalisieren lassen, das heißt er wollte seine Unabhängigkeit, seine Freiheit bewahren, um fortan weiterhin nur durch seine eigenen Worte wirken zu können.

Sartre übernahm infolgedessen zeit seines Lebens „nur ‚militante‘ Präsidenschaften“²⁷, wie es der bekannte französische Philosoph Bernard-Henri Lévy ausgedrückt hat – 1952 nahm er in Wien als Eröffnungsredner am kommunistischen „Weltfriedenskongress“ teil, wurde 1954 zum Vizepräsidenten der „Gesellschaft für französisch-sowjetische Freundschaft“ gewählt, stand 1967 dem „Russell-Tribunal“ gegen den Vietnamkrieg vor²⁸ und übernahm 1970 die redaktionelle Verantwortung für die maoistische Zeitschrift *La Cause du Peuple* („Die Sache des Volkes“). Hier deutet sich bereits an, dass Sartre nach dem Zweiten Weltkrieg ein wechselvolles Verhältnis zu den französischen Kommunisten besaß: Zunächst galt er, der „Star des ‚Existentialismus‘“²⁹, als deren bürgerlich-liberaler Intimfeind; und auch Sartre selbst stand der *Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF)* anfangs ablehnend gegenüber. Nach und nach näherte er sich jedoch den Kommunisten an, wurde deren *compagnon de route* und engagierte sich unter anderem in der kommunistisch dominierten Friedensbewegung. Doch 1956, mit der blutigen Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn, beziehungsweise spätestens 1958, mit der ebenfalls gewaltsamen Niederschlagung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei, endeten Sartres Verbindungen zu den Kommunisten bereits wieder. Fortan setzte er seine Hoffnungen insbesondere in die Unabhängigkeitsbewegungen in der „Dritten Welt“, sodass er sich zum Beispiel ab 1956 gegen den Algerienkrieg einsetzte. Das vergalt ihm die Terroror-

27 Lévy 2002 (s. Anm. 15), S. 297.

28 Im Mai und Oktober 1967 organisierte Sartre gemeinsam mit dem britischen Philosophen Bertrand Russell zwei Sitzungen eines Tribunals („Russell-Tribunal“), bei dem die Kriegsverbrechen in Vietnam gebrandmarkt wurden. Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2005, S. 43.

29 O.V.: Jean-Paul Sartre. Lebenslauf, in: Sartre. Ausgewählt und vorgestellt von Thomas H. Macho, München 1995, S. 59-62, hier S. 60.

ganisation OAS mit zwei Bombenanschlägen auf seine Wohnung.³⁰ Insgesamt ging es Sartre immer darum, als „Anwalt der Unterdrückten“³¹ aufzutreten.

Doch mit Sartres „Parteinahme für den Menschen und für die Massen“ begann eben auch eine „Parteinahme für den staatlichen Terror und für etliche Diktatoren“.³² Zum Beispiel behauptete Sartre, dass in der Sowjetunion uneingeschränkte Meinungsfreiheit herrsche, und schrieb Lobeshymnen auf Fidel Castro, den er 1960 besuchte.³³ Hier wird deutlich, dass Sartre den totalitären Charakter mancher Regimes unterschätzte und „hellsichtigste Erkenntnis und finstere Verblendung nah beieinander liegen können“³⁴.

SARTRE, DAS JAHR 1968 UND DIE FOLGEN

Sartre war nicht nur ein „Kritiker des Bürgertums“³⁵, er hat die Bourgeoisie und deren Erscheinungsformen regelrecht gehasst³⁶. Wie wir sahen, deutete er das auch in seiner Erklärung an, in der er seine Gründe für die Nobelpreis-Ablehnung darlegte. Und so war es auch nur konsequent, dass Sartre zu einem Prota-

30 Vgl. Betschart, Alfred: Sartre zum 100. Geburtstag, URL: <http://www.sartre.ch/Sartre%20zum%20100%20Geburtstag.pdf> [eingesehen am 05.10.2013]; Kemna, Daniela: Die Wege der Freiheit bei Friedrich Schiller und Jean-Paul Sartre, Frankfurt a.M. 2013, S. 281-288 u. S. 300 f.; Macho, Thomas H.: Über Sartre. Einleitung, in: Sartre. Ausgewählt und vorgestellt von Thomas H. Macho, München 1995, S. 11-58, hier S. 17 u. S. 40-42.

31 Scheller, Wolf: Regisseur der „Geworfenheit“, in: Die Politische Meinung, Jg. 45 (2000), H. 365, S. 91-95, hier S. 94.

32 Schimmang, Jochen: Sartre. Der Philosoph des 20. Jahrhunderts, in: dradio.de, 24.11.2002, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/165632/> [eingesehen am 05.10.2013].

33 Vgl. Macho 1995 (s. Anm. 30), S. 17; Schimmang, Jochen: Sartre. Der Philosoph des 20. Jahrhunderts, in: dradio.de, 24.11.2002, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/165632/> [eingesehen am 05.10.2013].

34 Schimmang, Jochen: Sartre. Der Philosoph des 20. Jahrhunderts, in: dradio.de, 24.11.2002, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/165632/> [eingesehen am 05.10.2013].

35 Scheller 2000 (s. Anm. 31), S. 92.

36 Vgl. z.B. Galster 2008 (s. Anm. 18), S. 246; Holz, Hans Heinz: Die abenteuerliche Rebellion. Bürgerliche Protestbewegungen in der Philosophie. Stirner, Nietzsche, Sartre, Marcuse, Neue Linke, Darmstadt/Neuwied 1976, S. 150.

gonisten der 68er-Bewegung wurde: Er unterstützte die revoltierenden Studenten und Arbeiter, die in Frankreich, anders als in Deutschland, ebenfalls zu der antibürgerlichen Bewegung von 1968 gehörten.³⁷ So besuchte Sartre beispielsweise am Abend des 20. Mai 1968 die besetzte *Sorbonne*, wo er in einem überfüllten Hörsaal eine Rede hielt und sich anschließend auch den zahlreichen Fragen der Studierenden stellte. Auf die Frage, wie er die Gesellschaft betrachte, die aktuell im Entstehen begriffen sei, antwortete Sartre: „Das, was sich gerade herausbildet, ist eine neue Konzeption einer Gesellschaft, die auf völliger Demokratie basiert, eine Verbindung des Sozialismus und der Freiheit.“ Seiner Meinung nach sei es „am wichtigsten, dass sich jetzt die Söhne der Bourgeoisie mit den Arbeitern in einem revolutionären Geist vereinigen“, so Sartre abschließend zu den Studierenden.³⁸ Mit anderen Worten: Sartre solidarisierte sich 1968 „mit den rebellierenden Studenten und ihrem antiautoritären Kampf für eine andere, bessere wirklich demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Hierarchie“³⁹ und ermutigte sie, diesen Emanzipationskampf fortzusetzen.⁴⁰ Sartre, obwohl von Alter und Krankheit gezeichnet, fand „unter dem Maihimmel eine neue Jugend“, so der Historiker Michel Winock.⁴¹

Dass am 19. April 1980, wenige Tage nach Sartres Tod, mehrere Zehntausend Menschen seinem Sarg folgten, führt der Publizist Wolf Scheller auch auf Sartres Engagement in der Studentenbewegung zurück: An diesem Tag, so Scheller, habe Paris „noch einmal den trutzigen Aufmarsch der französischen Linken [erlebt] – oder dessen, was von ihr seit den unruhigen Tagen des Mai ’68 übrig geblieben ist. Denn egal, wofür man sich bei Sartre im Einzelnen entscheiden mochte – für den Philosophen oder den Romancier, den Dramatiker oder den

37 Vgl. z.B. Macho 1995 (s. Anm. 30), S. 17 f.

38 Zitiert nach Legris, Michel: M. Jean-Paul Sartre à la Sorbonne: pour l’association du socialisme et de la liberté, in: *Le Monde*, 22.05.1968. Ähnlich äußerte sich Sartre auch im Juli 1968 in einem Interview mit dem *Spiegel*: „In Frankreich gibt es 700 000 Studenten. Ich sehe absolut nicht, wie es ihnen gelingen könnte, dem Bürgertum oder den Eltern oder wem auch sonst diese Macht zu entreißen, wenn sich die Arbeiter ihnen nicht anschließen.“ („Die Revolution kommt wieder nach Deutschland“. SPIEGEL-Gespräch mit Jean-Paul Sartre, in: *Der Spiegel*, 15.07.1968).

39 Münster 2013 (s. Anm. 20), S. 106.

40 Zum Thema „Sartre und das Jahr 1968“ lesenswert: Atack, Margaret: Sartre, May 68 and Literature. Some Reflections on the Problematic of Contestation, in: *Sartre Studies International*, Jg. 5 (1999), H. 1, S. 33-48.

41 Winock, Michel: Sartre s’est-il toujours trompé? Der ursprünglich 2005 in der Zeitschrift *L’Histoire* veröffentlichte Aufsatz ist online einsehbar unter: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/0203-Winock-FR-5.pdf> [eingesehen am 05.10.2013].

Kritiker und Literaturhistoriker –, vor allem und unstrittig blieb sein Name verbunden mit den Studentenunruhen vom Mai '68. Damals war er das Sprachrohr des Protestes, er ging auf die Straße, ließ sich einspannen auf der Seite der revolutionären Gewalt.“⁴²

In den Folgejahren nach 1968 intensivierte Sartre seinen gesellschaftlich-politischen Einsatz dann noch einmal. Zum Beispiel verteilte er 1970 auf den großen Pariser Boulevards verbotene Ausgaben der maoistischen Zeitschrift *La Cause du Peuple* und hielt, auf einem Benzinfass stehend und mit einem Megafon in der Hand, politische Reden vor dem Werksgelände von *Renault* in Boulogne-Billancourt. Er rief die Arbeiter darin zum Aufstand gegen die bürgerliche Gewalt auf.⁴³ Drei Jahre später war Sartre dann einer der Begründer der Tageszeitung *Libération*, die als ein Produkt der 68er-Bewegung gilt.⁴⁴ Ein Jahr vor seinem Tod schließlich begab sich Sartre zusammen mit Raymond Aron und André Glucksmann zu dem damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing in den Élysée-Palast, um sich für die Aufnahme vietnamesischer *Boat-people* in Frankreich einzusetzen.⁴⁵

Gesellschaftliche Verantwortungsübernahme bestand für Sartre aber auch darin, lediglich Manifeste und Petitionen zu unterzeichnen. Dies tat er zum Beispiel im Januar 1977 zusammen mit Simone de Beauvoir. Damals saßen drei Männer wegen „Sexualdelikten ohne Gewalt gegenüber Minderjährigen von unter 15 Jahren“⁴⁶ und wegen des Fotografierens sowie Filmens dieser Intimitäten bereits über drei Jahre in Untersuchungshaft und sollten nun am 27., 28. und 29. Januar 1977 vor dem Schwurgericht in Versailles verurteilt werden. Dies rief

42 Scheller 2000 (s. Anm. 31), S. 91.

43 Vgl. Leick, Romain: Tod der Linken, in: Der Spiegel, 02.06.2008; Tschiltschke, Christian von: La philosophie dans le boulevard. Der französische Intellektuelle zwischen dem Boulevard als Medium und dem Medium als Boulevard, in: Hülk-Althoff, Walburga/Schuhen, Gregor (Hg.): Haussmann und die Folgen. Vom Boulevard zur Boulevardisierung, Tübingen 2012, S. 151-173, hier S. 159.

44 Vgl. Wetzel, Johannes: Immer links, manchmal unverschämt, in: Berliner Zeitung Online, 22.05.1998, URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/kind-der-revolution--die-franzoesische--lib-ration--wird-heute-25-jahre-alt-immer-links--manchmal-unverschaeamt,10810590,9433626.html> [eingesehen am 05.10.2013].

45 Vgl. Winock, Michel: Sartre s'est-il toujours trompé? Der ursprünglich 2005 in der Zeitschrift *L'Histoire* veröffentlichte Aufsatz ist online einsehbar unter: <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/0203-Winock-FR-5.pdf> [eingesehen am 05.10.2013].

46 Zitiert nach Chalandon, Sorj: „Libé“ en écho d'un vertige commun, in: *Libération.fr*, 23.02.2001, URL: <http://www.liberation.fr/evenement/0101365058-libe-en-echo-d-un-vertige-commun> [eingesehen am 05.10.2013].

eine Unterstützungspetition hervor, die von zahlreichen öffentlichen, zum Teil sehr bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, darunter der Schriftsteller Louis Aragon, der Mediziner und spätere französische Außenminister Bernard Kouchner, die Philosophen Roland Barthes, André Glucksmann und Jean-François Lyotard, aber eben auch Jean-Paul Sartre. In dem Text, der am 26. Januar 1977 in *Le Monde* veröffentlicht wurde, hieß es unter anderem, dass die Kinder „keinerlei Gewalt“ erfahren und eingewilligt hätten. „Drei Jahre Gefängnis für Zärtlichkeiten und Küsse, jetzt ist es aber genug. Wir würden es nicht verstehen, wenn DeJager, Gallien und Burckhardt [= die drei Angeklagten, d.Verf.] am 29. Januar nicht ihre Freiheit wiederfinden“, so die Unterzeichner außerdem.⁴⁷

Das, was in dieser Solidaritätsbekundung zahlreicher Intellektueller zum Ausdruck kam, schilderten Franz Walter und Stephan Klecha Mitte 2013 wie folgt: „Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit. Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich.“⁴⁸

Das Projekt der sexuellen Befreiung hatte unter anderem zur Folge, dass damals in unserem Nachbarland Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden unter Intellektuellen auf fruchtbaren Boden fielen und der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit 1982 in der Talkshow „Apostrophes“ die folgenden Sätze sagen konnte, ohne dass es kritische Kommentare gab – weder von dem Moderator und den übrigen Gästen noch im Nachhinein von den Medien: „Wissen Sie, wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen, dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel.“⁴⁹

47 Aragon, Louis et al.: À propos d'un procès, in: *Le Monde*, 26.01.1977. Die drei Angeklagten wurden zu fünf Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

48 Walter, Franz/Klecha, Stephan: Distanzierungstango in der Pädofrage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.08.2013.

49 Der Ausschnitt mit Daniel Cohn-Bendits Worten zu Kindern ist online einsehbar unter: http://www.dailymotion.com/video/x9kq78_daniel-cohn-bendit-scandaleux-a-apo_news [eingesehen am 05.10.2013].

Erst Anfang 2001 beschäftigte sich *Le Monde* mehr oder weniger selbstkritisch mit ihren pro-pädophilen Tendenzen der 1970er Jahre. In einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Autre temps...“ („Andere Zeiten...“) ist bezüglich der Petition vom 26. Januar 1977 von dem „damaligen etwas eigenartigen Zeitgeist“ die Rede, der „sehr ehrenwerte Leute“ dazu verleitet habe, mit Blick auf „eine Nach-68er-Befreiung der Sitten“ und den Kampf gegen den Missbrauch von Untersuchungshaft ihren Namen unter ein Dokument zu setzen, das „einer schlechten Sache“ gedient habe. Denn es habe sich nicht einfach um „Zärtlichkeiten und Küsse“ gehandelt, sondern um eine „schmutzige Tat“. Daneben bezeichnet der Autor des Artikels die Petition als „unglaublichen intellektuellen Leichtsinn jener Epoche“.⁵⁰

Wie gesagt: Auch Sartre gehörte zu den Unterzeichnern dieser Petition, ebenso wie der Schriftsteller Philippe Sollers, der knapp 25 Jahre später erklärte, er könne sich nicht mehr an die Unterzeichnung des Textes erinnern: „Damals gab es so viele Petitionen. Man unterschrieb sie fast automatisch“, so Sollers.⁵¹ Gilt das möglicherweise auch für Sartre?

Sartres wichtigstes Mittel zur Darstellung seiner politischen und moralischen Positionen blieben aber letztlich seine schriftstellerischen Werke. Das gilt insbesondere für die Nachkriegsjahre, denn zu dieser Zeit verabschiedete sich Sartre, wie oben geschildert, von der „handlungsindifferenten Literatur“⁵², die ihn bislang ausgezeichnet hatte. Stattdessen wies er der Literatur jetzt eine politische Funktion zu: Sie sollte gesellschaftliche Missstände aufdecken und den Leser dazu zwingen, „Stellung zu beziehen, sich seiner Verantwortung für das Enthüllte zu stellen und so Veränderungen bzw. Verbesserungen zu ermöglichen“⁵³. Gerade weil Sartre das Wesen des Menschen als Freiheit auslegte,⁵⁴ die Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft als das oberste Ziel postulierte⁵⁵ und der Überzeugung war, dass der Mensch zwar nicht wählen kann, was er ist, aber sich gegen das zur Wehr setzen kann, was er durch die Geschichte geworden ist,⁵⁶ ist

50 Georges, Pierre: Autre temps..., in: *Le Monde*, 23.02.2001.

51 Zitiert nach Chalandon, Sorj: „Libé“ en écho d'un vertige commun, in: *Libération*.fr, 23.02.2001, URL: <http://www.liberation.fr/evenement/0101365058-libe-en-echo-d-un-vertige-commun> [eingesehen am 05.10.2013].

52 Knapp, Lothar: Sprache und Politik bei Sartre, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, Jg. 25 (1995), H. 97, S. 134-145, hier S. 137.

53 Kemna 2013 (s. Anm. 30), S. 12.

54 Vgl. Sloterdijk, Peter: Vorbemerkung, in: Sartre. Ausgewählt und vorgestellt von Thomas H. Macho, München 1995, S. 7-9, hier S. 7.

55 Vgl. Kemna 2013 (s. Anm. 30), S. 303.

56 Vgl. ebd., S. 12.

Sartre als „Philosoph der Freiheit“⁵⁷ beziehungsweise als „Schriftsteller der Freiheit“⁵⁸ in die Geschichte eingegangen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich seine starke Abneigung gegen alle Formen des Eingesperrtseins und sein Kampf für die Freiheit nicht nur im Inhalt vieler seiner Werke⁵⁹, sondern bereits in mehreren Titeln niederschlagen, so zum Beispiel in „Huis clos“ („Geschlossene Gesellschaft“), seinem vielleicht bekanntesten Drama aus dem Jahr 1944, oder in „Les séquestrés d’Altona“ („Die Eingeschlossenen von Altona“), ebenfalls ein Drama von 1959.⁶⁰

Seit 1973 hinderten Sartre dann allerdings gesundheitliche Gründe an der vollen Ausübung seines gesellschaftlich-politischen Engagements: Er war seit diesem Jahr nahezu erblindet.⁶¹ Dennoch versuchte er bis zu seinem Tod im Jahr 1980, seiner Auffassung, dass ein Schriftsteller Stellung beziehen müsse, Ausdruck zu verleihen. So besuchte er beispielsweise 1974 Andreas Baader in Stuttgart-Stammheim, um gegen die Isolationshaft der RAF-Mitglieder zu protestieren.⁶²

DER „NEINSAGER“

In seiner Sartre-Biografie schreibt Bernard-Henri Lévy, dass er weder an die „persönlichen“ noch an die „objektiven“ Gründe glaube, die Sartre zur Ablehnung des Literaturnobelpreises vorgebracht habe.⁶³ Seines Erachtens stehe hinter „der Bestimmtheit und Klarheit seines Entschlusses“, die Entgegennahme des Preises zu verweigern, „ein anderer, sehr viel ernsthafterer, persönlicher und somit auch entscheidenderer Grund: sein Mißtrauen gegenüber allem, was ihn in

57 Zum Beispiel Münster 2013 (s. Anm. 20), S. 120.

58 Lepape, Pierre: Avoir raison avec Sartre, in: Le Monde, 24.02.1995.

59 In seinen Theaterstücken bspw. hat Sartre versucht, die vielfältigen Formen der Unfreiheit aufzudecken, denen die Menschen verfallen sind. Vgl. Holz 1976 (s. Anm. 36), S. 171.

60 Vgl. Macho 1995 (s. Anm. 30), S. 19 u. S. 35.

61 Vgl. Betschart, Alfred: Sartre zum 100. Geburtstag, URL: <http://www.sartre.ch/Sartre%20zum%20100%20Geburtstag.pdf> [eingesehen am 05.10.2013]; Scheller 2000 (s. Anm. 31), S. 91.

62 Vgl. Betschart, Alfred: Sartre zum 100. Geburtstag, URL: <http://www.sartre.ch/Sartre%20zum%20100%20Geburtstag.pdf> [eingesehen am 05.10.2013]; Macho 1995 (s. Anm. 30), S. 18.

63 Vgl. Lévy 2002 (s. Anm. 15), S. 299.

eine Statue verwandeln und auf diese Weise ersticken könnte. Es handelt sich um [...] seine Ablehnung [...] des einbalsamierten, mumifizierten, in ein nationales Kulturgut oder Museumsstück verwandelten und anschließend in Vergessenheit geratenen Künstlers.“⁶⁴

Welcher Grund auch immer am Ende ausschlaggebend gewesen sein mochte – entscheidend ist, dass Sartre „Nein“ zur Verleihung des Literaturnobelpreises sagte. Der Philosoph Arno Münster macht genau dieses „Neinsagen“ als ein zentrales Charakteristikum Sartres aus, denn er „[hatte] mehr als alle anderen seiner intellektuellen Zeitgenossen den Mut, öffentlich und radikal ‚Nein‘ zu sagen, wo immer dazu die Gelegenheit sich bot: ‚Nein‘ zu den Razzien, Strafkaktionen und Folterungen aufständischer Algerier durch die französische Armee im Algerienkrieg! ‚Nein‘ zur gaullistischen Verfassungsreform des Jahres 1958, die die Rechte des Parlaments erheblich beschnitt und die dem Staatspräsidenten in einem gefährlichen Regress in Richtung Monarchie außergewöhnliche Machtbefugnisse einräumte! ‚Nein‘ zum Vietnam-Krieg der Amerikaner. ‚Nein‘ schließlich auch zur Verleihung des Literaturnobelpreises, den ihm die Schwedische Akademie 1964 angetragen hatte und den Sartre [...] ablehnte! Mit all diesen Stellungnahmen und Aktionen zeichnete sich Sartre selbst das Profil eines ‚homme de la rupture‘ [dt.: ‚Mann des Bruches‘, d.Verf.] und ‚Neinsagers‘, der bis zuletzt seine kritisch-negative Haltung gegenüber den Institutionen des bürgerlichen Staates und des modernen Spätkapitalismus samt all seinen neokolonialistischen und imperialistischen Auswüchsen aufrecht erhielt.“⁶⁵

FÜR IMMER UND EWIG DER NOBELPREISTRÄGER WIDER WILLEN

Anfang Dezember 1964 wurden die Nobelpreise dieses Jahres in Stockholm feierlich verliehen. Und auch wenn Jean-Paul Sartre den ihm zugedachten Literaturnobelpreis nicht entgegennahm und der Veranstaltung konsequenterweise fernblieb – sein Name war doch präsent. Denn in seiner Rede während des Festbanketts, das auf die Preisverleihung folgte, sprach der Direktor des *Karolinska-Instituts*⁶⁶, Sten Friberg, in überschwänglichen Worten von Sartre. Alfred Nobel habe davon geträumt, die Welt zu verbessern. Danach strebe auch Sartre. Als Schriftsteller und Philosoph, so Friberg weiter, sei Sartre eine zentrale Figur der

64 Ebd., S. 300.

65 Münster 2013 (s. Anm. 20), S. 120.

66 Hierbei handelt es sich um eine medizinische Universität in der Nähe von Stockholm.

literarischen und intellektuellen Nachkriegswelt gewesen. Er sei bewundert, diskutiert, auch kritisiert worden. Sein gesamtes Werk habe den Charakter einer Botschaft.⁶⁷

Im September 1975, elf Jahre, nachdem Jean-Paul Sartre die Annahme des Nobelpreises für Literatur abgelehnt und „lebhaft“ bedauert hatte, „daß die Affäre den Anschein eines Skandals angenommen hat“⁶⁸, sorgte seine Auszeichnung schließlich erneut für Schlagzeilen. In diesem Monat fragten ihm nahestehende Personen bei dem Direktor der Nobelstiftung in Stockholm an, ob Sartre trotz seiner Weigerung den ihm 1964 verliehenen Literaturnobelpreis entgegenzunehmen, jetzt noch die Preissumme erhalten könne. Ein Sprecher der Nobelstiftung teilte daraufhin der Nachrichtenagentur *AFP* mit, dass entsprechend ihren Bestimmungen die Bedenkzeit für Annahme oder Ablehnung des Preises jeweils im Oktober des auf die Ernennung folgenden Jahres auslaufe und Sartres Geld im Oktober 1965 in den Nobelfonds zurückgeflossen sei.⁶⁹

Wenig später meldete sich Sartre zu Wort – er dementierte heftigst, den Wunsch geäußert zu haben, die Summe des Nobelpreises zu erhalten: „Ich dementiere nachdrücklich, erklärt zu haben, dass ich gern die Summe des Nobelpreises bekommen möchte. Ich habe niemals angebliche Freunde damit beauftragt, diesen albernem Schritt bei der Nobelstiftung in Stockholm zu machen.“⁷⁰ Das, was Sartre hier als „albernem Schritt“ bezeichnete, schien ihm keine Ruhe zu lassen, denn zwei Tage nach dieser Erklärung meldete er sich erneut zu Wort. Der Zeitung *Le Monde* ließ Sartre die folgende Stellungnahme zukommen:

„Mit Bestürzung nehme ich zur Kenntnis, dass gewisse meiner Freunde in meinem Namen bei der Nobelstiftung darum gebeten haben sollen, dass man mir die Summe des Preises auszahlt, der mir 1964 verliehen worden ist. In jenem Jahr habe ich den Preis aus Gründen abgelehnt, die ich damals öffentlich dargelegt habe [...]. Seitdem ist nichts passiert, was an meiner Entscheidung etwas verändert hat, und die Gründe, die mir diese Ablehnung diktiert haben, sind genau die gleichen geblieben. Infolgedessen war die Schwedische Akademie vollkommen legitimiert, mit dem Geld, welches ich abgelehnt hatte, das zu ma-

67 Vgl. Maerki, Erwin: Les prix Nobel 1964 ont été remis aux lauréats, in: *Le Monde*, 12.12.1964.

68 Sartre, Jean-Paul: Meine Gründe, in: *Die Zeit*, 30.10.1964.

69 Vgl. o.V.: Sartres Preis jetzt?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.1975; o.V.: M. Jean-Paul Sartre dément avoir demandé à recevoir le montant de son prix Nobel, in: *Le Monde*, 27.09.1975.

70 Zitiert nach o.V.: M. Jean-Paul Sartre dément avoir demandé à recevoir le montant de son prix Nobel, in: *Le Monde*, 27.09.1975.

chen, was sie wollte. Es wäre deshalb absurd, wenn ich mehr als zehn Jahre danach die Summe beanspruchen würde, die mir zuerkannt worden war.“⁷¹

Heute wird Jean-Paul Sartre auf der offiziellen Homepage des Nobelpreises als Literaturnobelpreisträger des Jahres 1964 aufgeführt. Zugleich wird erwähnt, dass er den Preis abgelehnt habe.⁷² Letztlich hatte wohl die französische Journalistin Jacqueline Piatier recht, als sie einen Tag nach Bekanntgabe von Sartres Auszeichnung mit dem höchsten literarischen Preis der Welt die Vermutung anstellte, dass es „wohl beinahe genauso unmöglich ist, den Nobelpreis wie den Prix Goncourt⁷³ abzulehnen. Man kann auf die monetäre Belohnung verzichten, die ihn begleitet, man kann auch darauf verzichten, am 10. Dezember der feierlichen Preisverleihung in Stockholm beizuwohnen. Aber wenn ein Schriftsteller mit diesem Siegel verbunden wird, dann ist er in den Augen der Menschen und der Nachwelt damit für immer markiert.“⁷⁴ Sartre war, ist und bleibt der ungewollte Literaturnobelpreisträger.

71 Zitiert nach o.V.: Un démenti de l'écrivain, in: Le Monde, 29.09.1975.

72 Vgl. Nobel Media AB: The Nobel Prize in Literature 1964, URL: http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/literature/laureates/1964/ [eingesehen am 05.10.2013].

73 Hierbei handelt es sich um den wichtigsten Literaturpreis Frankreichs.

74 Zitiert nach Piatier, Jacqueline: Un lauréat malgré lui, in: Le Monde, 23.10.1964.

Nelson Mandela – im Kampf um Ideale

Seine Verurteilung im Rivonia-Prozess am 12. Juni 1964

LISA BRÜSSLER

Johannesburg, 12. Juni 1964. Im Gerichtsgebäude ist es heiß, die Worte sind nur schwer zu verstehen, alles ist voller Polizeibeamter. Es regnet.¹ Richter Quartus de Wet redet leise und schnell. Drei Minuten braucht er, um zehn der elf Angeklagten schuldig zu sprechen. Die Gründe verliest er nicht:²

„[...] nach reiflicher Überlegung habe ich entschieden, nicht die Höchststrafe zu verhängen, die in einem Fall wie diesem für gewöhnlich die angemessene Strafe wäre, doch in Übereinstimmung mit meiner Pflicht ist das die einzige Milde, die ich walten lassen kann. Das Urteil für alle Angeklagten wird auf lebenslängliches Gefängnis lauten.“³

„In Sachen des Staates gegen Nelson Mandela und andere“⁴ – unter diesem Titel wurde einer der größten Prozesse in der Geschichte Südafrikas eröffnet. Am 9. Oktober 1963 begann das Verfahren vor dem Obersten Bundesgericht des Landes, acht Monate später, im Juni 1964, wurde das Urteil gesprochen. Nelson Mandela, Walter Sisulu, Dennis Goldberg, Govan Mbeki, Ahmed Mohamed Kathrada, Elias Motsoaledi, Andrew Mlangeni, Lionel Bernstein, Raymond Mhlaba, Elias Motsoaledi und Andrew Mlangeni identifizierte man als Mitglieder des Oberkommandos des neu gegründeten militärischen Flügels *Umkhonto we Sizwe* der Anti-Apartheitsbewegung *African National Congress (ANC)* und

1 Vgl. Mitchison, Naomi: *A Life for Africa. The Story of Bram Fischer*, London 1973, S. 107 f.

2 Meredith, Martin: *Nelson Mandela. A Biography*, London 1997, S. 271.

3 Mandela, Nelson: *Der lange Weg zur Freiheit*, Frankfurt a.M. 1994, S. 506.

4 Meer, Fatima: *Nelson Mandela. Stimme der Hoffnung*, München 1989, S. 211.

klagte sie an.⁵ Die Anschuldigung: Sabotage und Versuche, mithilfe gebannter Personen, Organisationen und ausländischer militärischer Einheiten die Revolution in Südafrika in Gang gesetzt zu haben.⁶ Dem Prozess gingen drei Monate Einzelhaft im Gefängnis von Pretoria voraus.⁷ Jedem war klar, dass die Todesstrafe drohte. Die Anklageschrift warf den elf Männern die Beteiligung an 222 Sabotageakten vor. Alle Angeklagten wollten Bram Fischer als Anwalt. Für die Verteidigung bekam Fischer drei Wochen Vorbereitungszeit.⁸

Wie viele andere Revolutionäre verspürte auch Mandela das Bedürfnis, seine Gedanken niederzuschreiben. Und genau das wurde ihm zum Verhängnis: Die Dokumente waren nicht, wie vereinbart, vernichtet worden. Somit gab es eine lückenlose Beweislage. Aufgrund des neuen Sabotagegesetzes vom Juli 1962 drohte Mandela damit die Todesstrafe. Denn das 1963 in Kraft getretene neue Sicherheitsgesetz erlaubte beschleunigte Verfahren, bei denen keine vorherige Vernehmung mehr notwendig war. Freiheitsentzug ohne Anklage oder Haftbefehle für einen Zeitraum von neunzig Tagen waren damit legal. Alle Angeklagten wussten, dass sie der Sabotagevorbereitung, wenn nicht sogar der Planung des Guerillakrieges schuldig waren. Mandela wurde zum Hauptangeklagten, zum „Angeklagten Number 1“.⁹

Richter Quartus de Wet war ein geachteter und strenger europäischstämmiger Weißafrikaner. Er hatte einen vielschichtigen Charakter und galt als eigensinnig und reizbar. Schon sein Vater war ein berühmter Jurist gewesen und somit stand er unter dem Druck, dessen Maßstäben gerecht zu werden. Staatsanwalt Percy Yutar war ein eher theatralisch auftretender Mann mit einer rechten, der Regierung nahestehenden Gesinnung. Er galt als unbarmherziger Ankläger, wie Mandelas Biograf Anthony Sampson schreibt.¹⁰ Als Richter de Wet Mandela fragte, ob er schuldig oder nicht schuldig sei, antwortete dieser: „My Lord, nicht ich, sondern die Regierung sollte auf der Anklagebank sitzen. Ich bekenne mich nicht schuldig.“¹¹ Auch der Angeklagte Nummer zwei, Walter Sisulu, bekannte sich nicht schuldig und erklärte die Regierung ebenfalls für kriminell. Diese Szene wiederholte sich bei sämtlichen Angeklagten.¹²

5 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 211.

6 Vgl. ebd., S. 211.

7 Vgl. Sampson, Anthony: Nelson Mandela, Stuttgart 1999, S. 221.

8 Vgl. Mitchison 1973 (s. Anm. 1), S. 107.

9 Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 227.

10 Vgl. ebd., S. 229.

11 Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 477.

12 Vgl. ebd.

Die Anklage gegen Nelson Mandela lautete: „Der Beschuldigte hat bewußt [sic] und böswillig Gewaltakte und Zerstörungen im ganzen Land geplant und organisiert. Sie waren gegen Behörden und Häuser kommunaler Beamter sowie alle Kommunikationseinrichtungen gerichtet. Das vorsätzliche Ziel ihrer Handlungen war es, in der Republik Südafrika Chaos, Unordnung und Unruhe zu stiften, und gemäß ihres Plans sollte das Ganze noch durch den Einsatz tausender ausgebildeter militärischer Guerillaeinheiten, die im ganzen Land an verschiedenen strategisch bedeutsamen Punkten aufmarschieren sollten, verschärft werden.“¹³ Nachdem die wichtigsten Belastungszeugen im Prozess aufgetreten waren, führte die Staatsanwaltschaft weitere Zeugen vor, deren Aussagen jedoch oftmals keine Beziehung zur Anklage hatten und neben Hintergründen vor allem Gewalttätigkeiten oder Drohungen illustrieren sollten.¹⁴ Zur gleichen Zeit fand der Staatsanwalt einen Hauptbelastungszeugen gegen Mandela, der ehemals auch dem Umkhonto we Sizwe angehört hatte. Bruno Mtolo erklärte detailliert die Arbeitsweise und Wirkweise der Sabotageakte und gab zu Protokoll, dass er immer noch hinter den Zielen der Akte, nicht aber hinter der Organisation stehe. Die Beweise, die er gegen Mandela anführte, machten letzterem bewusst, dass er zweifellos verurteilt würde.¹⁵

Yutar schloss seine Anklage am 29. Februar 1964. Die Verteidigung begann mit ihrer Darlegung am 20. April 1964. „Das Verteidigerteam hatte fünf Wochen Zeit, den Berg der Zeugenaussagen und Unterlagen, die die Staatsanwaltschaft beigebracht hatte zu studieren. Sie mussten über Fragen der Gesamtverteidigung entscheiden, denn die Männer waren ja auch als Vertreter von Organisationen und Anschauungen angeklagt.“¹⁶ Dazu kommt, dass nicht jeder einzelne Angeklagte gleichermaßen von den belastenden Aussagen betroffen war.¹⁷ Der Anwalt Bram Fischer, zudem führendes Mitglied in der Kommunistischen Partei, war deswegen sehr pessimistisch, schrieb Mandela.¹⁸ Mandela, selbst studierter Rechtsanwalt, wünschte, sich persönlich zu äußern, was er am 20. April in seiner vierstündigen berühmt gewordenen Rede „I am prepared to die“ dann auch tat. Diese Rede war wohl die beeindruckendste in Mandelas gesamter Laufbahn und hatte außerordentliche Wirkung – auch da er selbst eine ungeheuer charismatische Ausstrahlung hatte. Seine natürliche Ausstrahlung wurde noch dadurch ver-

13 Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 231.

14 Vgl. Bernstein, Hilda: Südafrika im Spiegel eines Prozesses. Die Männer von Rivonia, Berlin 1970, S. 228.

15 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 481.

16 Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 239.

17 Ebd.

18 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 484.

stärkt, dass er in der Defensive war und somit leicht Sympathien auf sich ziehen konnte, da er sowohl die Opposition als auch ein Symbol für Unterdrückung darstellte. Die Rede gab ihn als Führer des ANC und der gemischtrassigen Opposition gegen die Apartheid zu erkennen und erklärte, dass Sabotage die meiste Hoffnung für die künftigen Rassebeziehungen böte.¹⁹ Dabei verdeutlichte Mandela die Verteidigungslinie und griff gleichzeitig den Ankläger an.²⁰

Die Behauptung der Staatsanwaltschaft, dass die Anti-Apartheits-Bewegung unter ausländischem oder kommunistischem Einfluss stünde, wies Mandela in seiner Verteidigung entschieden von sich: „Alles was ich tat, habe ich als Einzelner und als Führer meines Volkes getan, auf Grund der Erfahrung, die ich in Südafrika gemacht habe, und meiner afrikanischen Herkunft, auf die ich stolz bin, und nicht, weil irgendein Außenminister es mir vielleicht gesagt hat.“²¹ Von Anfang an machten die Angeklagten klar, dass sie den Prozess als eine Plattform für ihre Überzeugungen begriffen, um ihre Sache zu stärken.²² Alle Angeklagten widersprachen dem zentralen Vorwurf, einen Guerillakrieg geplant zu haben, und gaben lediglich zu, Pläne entworfen zu haben und an Sabotageakten beteiligt gewesen zu sein. Dagegen stritten sie ab, die Intervention ausländischer Streitkräfte in Erwägung gezogen zu haben.²³

Der charismatische Redner Mandela betonte in seiner Rede immer wieder, dass er sein Leben dem Kampf des afrikanischen Volkes widmete: „Ich habe dem Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft gehuldigt, in der alle Menschen in Harmonie und mit gleichen Rechten zusammenleben. Für dieses Ideal, für seine Verwirklichung lebe ich. Doch wenn nötig, bin ich auch bereit für dieses Ideal zu sterben.“²⁴ Diese letzten Worte habe Mandela leise gesprochen und in ihrer Beherrschtheit habe ein mächtiges Gefühl gelegen, das einige Minuten lang für tiefes Schweigen gesorgt habe, bis ein Seufzen zu hören gewesen sei, so als ob alle gleichzeitig ausgeatmet hätten, erinnert sich Hilda Bernstein.²⁵ Quartus de Wets Urteil lautete sodann „lebenslang“, was in Südafrika tatsächlich „ein Leben lang“ bedeutete. Ein bitterer Triumph für die gute Sache. Doch dahinter stand die Überzeugung der Verurteilten, dass ihre Ideen andere Freiheitskämpfer anspornen würden, den Weg zu einer besseren Menschheit zu

19 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 237.

20 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 496.

21 Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 243 f.

22 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 484.

23 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 235.

24 Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 249.

25 Vgl. ebd.

gehen und ihre Visionen hochzuhalten.²⁶ Die schweren Tore des Gerichts öffneten sich, Wagenkolonnen, Motorräder, Personenautos und zuletzt die Gefängniswagen fuhren heraus und bogen links ab, nicht rechts, so wie all die Monate zuvor. So beraubten sie die Menschenmasse, die vor dem Gericht auf die Verurteilten wartete, eines letzten Blickes auf die Verurteilten. Trotzdem erhob sich ein lauter Ruf aus der Menge und manche berichteten, ein zum Gruß erhobener Arm sei am Fenster des Wagens erschienen.²⁷

DER BEGINN VON ALLEM

Nelson Rolihlahla Mandela wurde am 18. Juni 1918 als Sohn von Henry Gadla, einem Tembuhäuptling, und Nosekeni in Qunu in der Transkei geboren. Er wuchs in einfachen Verhältnissen auf, besuchte die Grundschule, anschließend das Gymnasium sowie die kleine Universität für Schwarze *Fort Hare* in Alice und zeigte schon früh Fleiß und die Bereitschaft zu harter Arbeit.²⁸ In Fort Hare blühte Mandela auf und traf auf Oliver Tambo, seinen späteren Kanzleipartner.²⁹

Die Lebensweise, in der er aufgewachsen war, hatte ihn stark geprägt und war sein Antrieb im Kampf für eine bessere Welt. Die demokratische Stammesversammlung, Kreuzverhöre, Urteilssprüche – das alles weckte in Mandela den Wunsch, Anwalt zu werden: „Es gab in einer solchen Gesellschaft vieles, was primitiv und unsicher war, und den Anforderungen der heutigen Zeit sicher niemals genügen würde. Aber eine solche Gesellschaft enthält die Saat einer evolutionären Demokratie, in der niemand in Sklaverei oder Knechtschaft gehalten wird und in der es Armut, Mangel und Unsicherheit nicht mehr geben wird. Dies ist die Inspiration, von der ich und meine Mitstreiter auch heute noch in unserem politischen Kampf beseelt sind.“³⁰ So war es auch nicht verwunderlich, dass Mandela bereits in seinem zweiten Studienjahr in Fort Hare für den *Student Representative Council (SRC)* – die höchste gewählte Organisation für Studenten – kandidierte.³¹ Wegen zu geringer Wahlbeteiligung und damit nicht ausreichen-

26 Vgl. ebd., S. 285.

27 Vgl. ebd., S. 238.

28 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 39.

29 Vgl. ebd., S. 43.

30 Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 29.

31 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 76.

der Legitimität verzichtete er jedoch wiederholt auf das Amt und verließ deshalb auf Anweisung des Direktors das *College*.³²

1940 ging Mandela nach Johannesburg und übte vorerst nur Gelegenheitsjobs aus.³³ Johannesburg war es auch, das Mandela und Walter Sisulu zusammenführte. Sisulu war damals ein 28-jähriger schwarzer Grundstücksmakler, der wie Mandela aus der Transkei stammte. Mandela zog in das Haus von Sisulus Mutter, schrieb sich an der Fernuniversität von Witwatersrand ein und arbeitete in einer gemischtrassigen Anwaltskanzlei.³⁴ In jener Zeit in Johannesburg erwarbte sein Interesse für Politik und er schloss sich mit Anton Muziwakhe Lembede, A.P. Mda und Oliver Tambo zu einer Art Denkfabrik zusammen, um über die Zukunft Afrikas zu philosophieren.³⁵ Ende 1924 erhielt er sein Bachelordiplom via Fernstudium, wollte jedoch weiterstudieren, was 1943 in Witwatersrand mit der Rechtswissenschaft auch geschah. Mandela scheiterte jedoch bei seiner Abschlussprüfung.³⁶

Politisch wurde er vom Liberalismus und Marxismus angezogen, in Witwatersrand schloss er sich gleichgesinnten Kommilitonen an. Er traf auf Mitglieder der passiven Widerstandsbewegung der Inder, auf Kommunisten und auch auf radikale Weiße. Diese Zeit legte in ihm den internationalen Humanismus an, der ihn sein ganzes Leben lang prägte.³⁷ In dieser Zeit traf er auch auf Bram Fischer, den Sohn eines obersten Richters, und Mitglied der Kommunistischen Partei.³⁸ Fischer war es auch, der die Kontakte zum African National Congress herstellte. Er befand, der Kongress sei mit seiner Struktur und seinem Programm nicht in der Lage, den weißen Herrschenden entgegenzutreten.³⁹ 1944 gründeten Mandela, David Bogape, A.P. Mda, Walter Sisulu und Oliver Tambo die *Jugendliga*, die sich als Teil des ANC verstand.⁴⁰ Das Hauptziel der Jugendliga, so Mandela, sei es zu dieser Zeit gewesen, dem ANC die Richtung zu weisen im Kampf für politische Freiheit und nationale Einheit und gegen die Unterdrückung des afrikanischen Volkes. Allerdings zweifelte Mandela damals an dieser Art seiner politischen Aktivität und fühlte sich unsicher und politisch

32 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 78 f.

33 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 49.

34 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 46.

35 Vgl. ebd., S. 47.

36 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 56.

37 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 48.

38 Vgl. ebd., S. 50.

39 Vgl. ebd., S. 50 f.

40 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 140 f.

rückständig gegenüber den anderen Mitgliedern. Auch zweifelte er an seinen Fähigkeiten als Redner.⁴¹

Südafrika in den 1960er Jahren: Ein Land, in dem schon lange strikte Rassenentrennung herrschte. Der Begriff „Apartheid“ bezeichnete speziell die Trennung von Buren, der weißen Bevölkerungsgruppe Südafrikas, und den Dunkelhäutigen. Durch den Wahlsieg der *Burischen Partei* 1948 kapselte sich Südafrika von der Kolonialmacht Großbritannien ab. Von diesem Zeitpunkt an wurde aus der gängigen Diskriminierung eine gesetzlich gestützte Praxis; Sympathien mit dem Nationalsozialismus waren bekannt.⁴² Eine Folge war die Einteilung in vier Rassen: Weiße, Schwarze, Farbige und Asiaten.⁴³ Der nicht-weißen Bevölkerung wurde das Wahlrecht aberkannt, rassistisch homogene Wohngebiete entstanden, es mussten immer spezielle Ausweise mitgeführt werden und Mischehen waren gesetzlich verboten.⁴⁴ So wurde das Leben der nicht-weißen Bevölkerung beständig eingeschränkt. Dagegen wollte sich die ANC-Jugendliga wehren und unternahm 1949 große Anstrengungen, um sich zu einer Massenorganisation zu entwickeln.⁴⁵ Mandela wurde 1947 zum Generalsekretär gewählt, wodurch die Politik noch mehr seiner Zeit in Anspruch nahm. 1949, auf der ANC-Konferenz in Bloemfontein, kam es zu einem Misstrauensvotum gegen den Vorsitzenden Dr. Xuma, aus dem ein neuer Vorsitzender, der mit der Jugendliga sympathisierte, hervorging.⁴⁶ Damit war der Weg für ein viel radikaleres Nationales Exekutivkomitee frei. Der ANC wollte nun durch Streiks und zivilen Ungehorsam mehr Druck ausüben, was die Konfrontation mit den Buren unvermeidlich werden ließ.⁴⁷

Auf dem Inder-Kongress 1951 schloss sich die Jugendliga der Organisation einer landesweiten Arbeitsniederlegung am 26. Juni an und 1952 folgten weitere Widerstandskampagnen gegen ungerechte Gesetze.⁴⁸ Mandela avancierte 1951 zum Vorsitzenden der Jugendliga und verbüßte wegen der Organisation der Arbeitsniederlegung zum ersten Mal eine Freiheitsstrafe.⁴⁹ Im Jahr 1952 folgten eine Anklage wegen Unterstützung des Kommunismus und der erste Bann.⁵⁰ Im

41 Vgl. ebd., S. 142.

42 Vgl. Pabst, Martin: Südafrika, München 1997, S. 97 ff.

43 Vgl. Hagemann, Albrecht: Nelson Mandela, Hamburg 1995, S. 33.

44 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 159.

45 Vgl. ebd., S. 151.

46 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 79.

47 Vgl. ebd., S. 78 ff.

48 Vgl. Meredith 1997 (s. Anm. 2), S. 86.

49 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 65.

50 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 191.

August 1952 eröffnete er zusammen mit Oliver Tambo die erste schwarze Anwaltssozietät im Land.⁵¹ Ab 1954 strukturierte Mandela den ANC neu und führte den Mandela Plan („M-Plan“) ein, da er ahnte, dass der ANC nicht mehr lange einen legalen Status haben würde.⁵² Im selben Jahr kam seine Tochter Makaziwe zur Welt. Nur ein Jahr später trennte Mandela sich allerdings von seiner Frau Eveline und lernte seine spätere Gattin Winnie kennen, die er 1958 heiratete und mit der er das vierte Kind bekam;⁵³ das fünfte folgte 1961. 1956 wurde ihm und 156 anderen wegen Hochverrats der Prozess gemacht. Nachdem die Passgesetze auch für Frauen galten, kam es vermehrt zu Kampagnen, Kundgebungen und Ausschreitungen, bei denen Menschen ums Leben kamen.⁵⁴ Der ANC und andere Kongresse wurden unter Bann gestellt. Mandela und einige Mitstreiter gründeten 1961 unabhängig vom ANC den Umkhonto we Sizwe, was so viel wie „Speer der Nation“ heißt – eine Organisation, die durch Sabotage Veränderungen erzwingen wollte, ohne jedoch Menschenleben in Gefahr zu bringen. Mandela richtete ein zentrales Oberkommando und Regionalkommandos ein, es folgten Bombenanschläge in Durban, Johannesburg und Kapstadt.⁵⁵

Im Januar 1962 verließ Mandela heimlich Südafrika, um Oliver Tambo in Addis Abbeba zu treffen und eine Rede auf der Panafrikanischen Freiheitskonferenz zu halten.⁵⁶ Außerdem bemühte er sich in Nord- und Westafrikanischen Ländern um Hilfe bei der militärischen Ausbildung und um finanzielle Unterstützung.⁵⁷ Bei der Nationalen Befreiungsarmee Algeriens machte er eine Ausbildung in Sprengstoff- und Granatwerfen und besuchte Vorlesungen der Armee.⁵⁸ Siebzehn Monate nachdem er in den Untergrund gegangen war, verhaftete ihn am 5. August 1961 die Polizei.⁵⁹ Im November wurde er zu fünf Jahren Haft verurteilt – die bis dahin härteste politische Strafe wegen Anstiftung zum Streik und Verlassen des Landes ohne Reisedokumente. Er kam nach Robben Island. Noch während dieser Haftstrafe begann der Rivonia-Prozess, benannt nach dem Johannesburger Ort, an dem die meisten Mitglieder des Umkhonto we Sizwe verhaftet worden waren.

51 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 103.

52 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 72.

53 Vgl. ebd., S. 383.

54 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 132.

55 Vgl. Meer 1989 (s. Anm. 4), S. 384.

56 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 201.

57 Vgl. ebd., S. 205.

58 Vgl. ebd., S. 209.

59 Vgl. ebd., S. 212.

„THE WORLD PROTESTED AND SOUTH AFRICA PAID NO ATTENTION“⁶⁰

Mit Beginn des Rivonia-Prozesses erhielten die Angeklagten wachsende Unterstützung von anderen afrikanischen Ländern, aber auch verstärkt von Großbritannien: „In der St.Paul’s Cathedral in London wurden Nachtwachen für uns gehalten. Die Studenten der Londoner Universität wählten mich in Abwesenheit zum Präsidenten ihrer Students’ Union“⁶¹ – und das ohne ihn zu kennen, wie Mandela in seiner Biografie schreibt. Die UN-Vollversammlung verlangte mit der Resolution 1881⁶², die am 11. Oktober 1963 während des Rivonia-Prozesses verabschiedet wurde, die Freilassung politischer Gefangener. Jede Nation – außer Südafrika – unterschrieb.⁶³

Die Weltöffentlichkeit blickte nach Südafrika, doch die Aufmerksamkeit Deutschlands war gering. Der *Spiegel* brachte keinerlei Artikel über den Prozess oder die Verurteilung Mandelas und auch in der *Zeit* fand sich lediglich ein einziger Kommentar, eine Woche nach Verkündung des Urteilsspruchs. Darin heißt es, dass die acht Verurteilten einen fairen Prozess bekommen hätten, aber auch, dass sich die Regierung damit rühme, dem „schwarzen Terror“ ein Ende bereitet zu haben.⁶⁴ In Anlehnung an den ersten schwarzen Ministerpräsidenten Kenias prophezeite der Autor des Textes, dass Mandela der nächste Kenyatta in Südafrika werden könnte.⁶⁵ Das Organ des Zentralkomitees der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)*, das *Neue Deutschland*, titelte vier Tage nach dem Urteil „Rettung für die acht“. Direkt neben der längeren Meldung fand sich ein größerer Artikel über den Aufruf von Lord Bertrand Russell an die Gewerkschaften, Südafrika zu boykottieren, und auch das Telegramm in Originallänge.⁶⁶ In der ehemaligen DDR schien es also durch die vermehrte Berichterstattung ein größeres Interesse an den Vorgängen in Südafrika, so auch dem Massaker von

60 Mitchison 1973 (s. Anm. 1), S. 117.

61 Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 501.

62 Famous Trials: UN-Resolution 1881, 11.Oktober 1963, URL: <http://law2.umkc.edu/faculty/projects/ftrials/mandela/unresolution1881.pdf> [eingesehen am 19.08.2013].

63 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 230.

64 Vgl. o.V.: Schweigen in Südafrika. Alle Negeführer hinter Gittern – Ein Kenyatta am Kap?, in: Die Zeit, 19.06.1964.

65 Ebd.

66 Vgl. o.V.: Lord Russell ruft alle Gewerkschaften zum Boykott Südafrikas, in: Neues Deutschland 16.06.1964.

Sharpeville 1960 und dem Aufstand von Soweto 1976, gegeben zu haben als in Westdeutschland.⁶⁷

Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht Südafrikas versuchte, über die Vereinten Nationen Maßnahmen zu erwirken. Kommunistische und sozialistisch geprägte Länder wie Russland und die ehemalige DDR brachen den Handel mit Südafrika sogar vollständig ab.⁶⁸ Skandinavien, Großbritannien und die sozialistischen Staaten Osteuropas wurden zu Exilorten für die ANC-Mitglieder. Der sowjetische Präsident Breschnew schickte einen Brief, in dem er um Nachsicht für die Angeklagten bat. Auch amerikanische und britische Parlamentsmitglieder protestierten.⁶⁹ Die ausländischen Reaktionen auf den Prozessbeginn waren sehr unterschiedlich: „The verdict of history‘ prophesied the London Times, ‚will be that the ultimate guilty party is the government in power – and that already is the verdict of world opinion.‘ The New York Times concurred: ‚To most of the world, these men are heroes and freedom fighters. The George Washingtons and Ben Franklins of South Africa.‘“⁷⁰ Anwalt Bram Fischer erinnert sich, dass es viele Massenmedien und besonders die *Dutch Reformed Church* gab, die zu Prozessbeginn damit anfangen, die Rivonia-Angeklagten einer gewalttätigen Revolution zu beschuldigen.⁷¹ „Eine Gruppe von UN-Experten forderte einen Nationalkonvent für Südafrika, der zu einem wahrhaft repräsentativen Parlament führen sollte, und empfahl eine Amnestie für alle Gegner der Apartheid. Zwei Tage, bevor Richter de Wet sein Urteil sprechen sollte, forderte der UN-Sicherheitsrat die Südafrikanische Regierung auf, den Prozeß [sic] zu beenden und den Angeklagten Amnestie zu gewähren.“⁷² Dies hatte jedoch keine Wirkung.

Mandela hatte gehofft, aber nie gewusst, dass seine Verteidigungsrede überall auf der Welt bekannt werden würde. Praktisch wortwörtlich wurde sie in der apartheidskritischen *Rand Daily Mail* abgedruckt – trotz der Tatsache, dass alle Worte Mandelas gebannt waren.⁷³ Die Zeitung überschrieb eine Seite mit „Ich kämpfe für alle. Mandela informierte das Gericht über die Ziele des Afrikani-

67 Vgl. Van der Heyden, Ulrich: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die geheimen Beziehungen der DDR zum afrikanischen Apartheidsregime, Münster 2005.

68 Vgl. Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin: Vortrag von Hans-Georg Schleicher am 11.11 2008, URL: <http://www.vip-ev.de/text423.htm> [eingesehen am 30.08.2013].

69 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 508.

70 Meredith 1997 (s. Anm. 2), S. 275.

71 Vgl. Mitchison 1973 (s. Anm. 1), S. 105.

72 Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 501.

73 Vgl. Mandela, Nelson: Der lange Weg zur Freiheit, Frankfurt a.M. 1995, S. 496.

schen Nationalkongresses“⁷⁴. Lionel Bernstein, der nicht verurteilt wurde, erinnert sich: „Ein Jubelschrei klingt in den afrikanischen Stadtteilen auf, wo die Rede gelesen wird. Die Menschen sagen voller Freude: ‚Jetzt wissen wir, was unsere Führer wollen‘, und lesen voller Stolz manche Stelle der Rede immer wieder. Sie tragen die Zeitungsausschnitte noch Monate später in der Tasche.“⁷⁵

Schon kurz nach der wichtigen Verteidigungsrede Mandelas entschieden sich Mandela, Sisulu und Govan, nicht in Berufung zu gehen, sondern die Strafe zu akzeptieren, gleich wie das Urteil ausfallen würde. Sie wollten ein politisches Zeichen setzen und eine Botschaft vermitteln, die lautete: Es gibt kein Opfer, das im Kampf für die Freiheit nicht erbracht werden kann.⁷⁶ Nachdem Mandela diese Entscheidung auch nach der Urteilsverkündung wiederholt hatte, waren die ausländischen Diplomaten nicht gezwungen, einzugreifen, und die internationale Aufmerksamkeit ließ bald nach.⁷⁷ Vor dem Gerichtsgebäude in Pretoria hatten sich am Freitag, den 12. Juni 1964, dem Tag der Urteilsverkündung, etwa 2000 Menschen versammelt, die Fahnen und Plakate schwenkten. Die Zuschauertribüne des Gerichtes war voll besetzt.⁷⁸ Als Richter de Wet die lebenslange Haftstrafe für acht⁷⁹ der neun Angeklagten verkündete, wirkte er auf Mandela nervös.⁸⁰ Die überseeische Presse lobte de Wet später für seine Prozessführung und schrieb, dass die südafrikanische Rechtsprechung ihre Integrität unter Beweis gestellt habe. Lionel Bernstein war jedoch der festen Überzeugung, dass es damals für Überparteilichkeit keinen Platz gab.⁸¹ Nach dem Urteilsspruch herrschte großes Chaos im Gerichtssaal: Zuschauer rannten heraus, um die Nachricht zu verkünden. Nelson Mandela konnte seine Frau und Mutter nicht mehr sehen, bevor er erneut in eine Zelle gebracht wurde.⁸²

Die Reaktion der Presse auf die Entscheidung zeigt die große Kluft zwischen der Meinung des weißen Südafrikas und des Westens: In London waren die konservativen Zeitungen fast ebenso kritisch gegenüber der Regierung Pretorias wie die liberaleren Zeitungen. „Ausnahmegesetze“ lautete die Überschrift eines Arti-

74 Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 249.

75 Ebd.

76 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 502.

77 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 243.

78 Vgl. Mandela 1994 (s. Anm. 3), S. 504.

79 South African History Online: „Daily Mail“. Rivonia-Trial: 8 are guilty, 11.06.1964, URL: <http://www.sahistory.org.za/archive/rivonia-trail-8-are-guilty-daily-mail-11-june-1964> [eingesehen am 19.08.2013].

80 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 241.

81 Vgl. Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 227.

82 Vgl. Sampson 1999 (s. Anm. 7), S. 241.

kels in der *Times*, der die Rassenpolitik kritisierte: „Eine aufrichtige, ehrliche Zeugenschaft gegen die Tyrannei ist ein Beweis dafür, daß [sic] die Regierung, die hinter der Anklage steht, einen gleichen Teil der schweren Schuldlast trägt... Rivonia ist ein Markstein auf dem Wege der sich verschlechternden Rassenbeziehungen... Schlechte Gesetze schaffen Chaos – Härten werden auf die Dauer niemals ein mutiges Volk zähmen.“⁸³ Der konservative *Telegraph* titelte: „Südafrika vor Gericht“. „Südafrika auf der Anklagebank“ schrieb der liberale *Guardian*. Weiter: „Der Prozeß [sic] war fair, doch am Ende, vielmehr der Anfang einer Auseinandersetzung über die größere moralische Streitfrage. Das, was Südafrika und seine Regierung vor dem Gericht der zivilisierten Welt rechtfertigen muß [sic], ist das Gesetz selber.“⁸⁴

In Großbritannien beteiligten sich Professoren, Studenten, Geistliche, Schriftsteller, Gewerkschaftler und Parlamentsmitglieder an Demonstrationen, Protestmärschen und Mahnwachen. Hunderte Polizeibeamte standen vor dem Südafrika-Haus in London.⁸⁵ „Ein ehemaliger anglikanischer Erzbischof von Kapstadt fliegt nach New York um U Thant, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, eine von den Vertretern von über 160 Millionen Menschen unterschriebene Petition zu überreichen, in der die Freilassung der Gefangenen gefordert wird.“⁸⁶ Vehemente Kritik an den lebenslänglichen Haftstrafen kam allerdings mehrheitlich von sozialistisch geprägten Ländern, Personen und Organisationen, die Telegramme und Protestresolutionen an die südafrikanische Regierung schickten. Anwalt Bram Fischer erinnert sich an die im Ausland unternommenen Schritte: „It is sad to re-read in the old newspapers the moral indignation and even promises of intervention from other African countries, from India, the U.S.A. and the British Labour and Liberal parties – and indeed others. Pressure on the South African Government, sanctions – everything was talked about; little was done.“⁸⁷

Wieder war es die Johannesburger *Rand Daily Mail*, die die Reaktionen der Weltöffentlichkeit präzise zusammenfasste: „Der Prozeß [sic] hat die Gemüter erregt, weil er eine alte klassische Geschichte vom Kampf der Menschen um Freiheit und Würde erzählt, in der die Untertöne der griechischen Tragödie beim Versagen nicht fehlen... Rivonia ist ein Name, den man nicht vergessen wird.“⁸⁸

83 Bernstein 1970 (s. Anm. 14), S. 284.

84 Ebd., S. 283 f.

85 Vgl. ebd., S. 283.

86 Ebd., S. 283 f.

87 Mitchison 1973 (s. Anm. 1), S. 113.

88 Ebd.

„Let my people go!“

Martin Luther Kings Besuch in West- und Ostberlin

ROBERT LORENZ

PROLOG

Über Martin Luther King, Jr. (1929-1968) und seinen Kampf für die Rassen-gleichheit sind schon zahllose Passagen niedergeschrieben worden. Man könnte nun an dieser Stelle noch ein weiteres Mal die einzelnen Stationen, dieser zwar kurzen, jedoch impulsiven politischen Karriere in den USA benennen und die dazugehörigen Geschichten erzählen. Dann würde man vermutlich mit dem Boykott in Montgomery/Alabama beginnen, würde die heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Ku-Klux-Klan schildern, würde auf die blutigen Gewaltausbrüche zu sprechen kommen, natürlich auch den schon zeitgenössisch legendären Marsch auf Washington erwähnen, sodann die Nobelpreisverleihung als den Höhepunkt dieser politischen Karriere einordnen und schließlich den langsamen Niedergang mit all den vielen Problemen einer vom permanenten Kampf ermüdeten Gruppe beschreiben, zuletzt noch aufgerieben im Konkurrenzkampf mit der radikalen *Nation of Islam* um Elijah Muhammad und Malcolm X, um letztlich in der Ermordung Kings aus der Mündung eines Gewehrs zu enden. Bei all dem würde man aber nur wenige Worte zu einem Ereignis im Jahr 1964 verlieren, das für King von weitaus geringerer Bedeutung gewesen sein dürfte als für mehrere Tausende, wenn nicht gar viele Millionen Menschen: Sein Aufenthalt im geteilten Berlin im September 1964.

„Bombingham“ war sein Schicksal – Aufstieg zur moralischen Autorität

Dennoch kommt die Schilderung von Kings Berlin-Reise nicht ohne eine Skizze seines vorherigen Werdegangs aus. Alles begann in Montgomery, Alabama. Im tiefsten Süden der USA liegt der Ursprungsort von Martin Luther Kings politischer Karriere. Am 1. Dezember 1955 inhaftierte dort die Polizei die renitente Schwarze Rosa Parks, die sich den rassistischen Gepflogenheiten widersetzt hatte, indem sie auf ihrem Weg nach Hause im Stadtbus auf ihrem Platz sitzengelieben war, obwohl sie diesen für Weiße Fahrgäste hätte freigeben müssen. Doch entgegen der Legende handelte es sich bei dem mutigen Aufbegehren der damals 43-jährigen Parks keineswegs um eine völlig spontane Handlung einer der ständigen Unterdrückung Überdrüssigen; vielmehr war Parks politisch engagiert und die Schwarzen-Gemeinde der Stadt hielt bereits seit Längerem Ausschau nach einer Gelegenheit zum politischen Konflikt, um gegen die diskriminierenden Praktiken einer rassistisch durchwirkten Gesellschaft anzukämpfen.¹ Couragierter Widerstand gegen unerhörte Ungerechtigkeit war Parks' Schritt natürlich trotzdem – denn Parks kam in Arrest, obwohl die Praxis der Segregation verfassungswidrig war, wie ein Gericht auch kurze Zeit später feststellte. King, fast 27 Jahre alt, war damals Pfarrer in der „Dexter Avenue Baptist Church“, die sich in Windeseile zum Zentrum des anschließenden Protests entwickelte. Als Honorator der schwarzen Bevölkerung stand er im Kontakt zu den politischen Anführern der lokalen Abteilung der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP), einer zu Beginn des Jahrhunderts gegründeten Interessenvertretung im Kampf um die Durchsetzung von Bürgerrechten für die schwarze Minderheit in den USA. Die örtlichen NAACP-Chefs trommelten King und andere Geistliche zusammen, um mithilfe derer Multiplikatorenwirkung, die diese als Pastoren besaßen, den Boykott² der Buslinie zu organisieren. King, der als Oberhaupt der angesehensten Kirche die Sitzung geleitet hatte, wurde kurz darauf zum Vorsitzenden der *Montgomery Improvement Association* (MIA) gewählt – neunzig Prozent der üblichen schwarzen Fahrgäste waren da bereits dem Aufruf gefolgt. Der Kampf der schwarzen Bürgerrechtsbewegung hatte begonnen, mit ihm auch der Kampf des Martin Luther King.

King stolperte zwar in die exponierte Rolle des Anführers in Montgomery, da er als Kopf der bedeutendsten schwarzen Baptistengemeinde der Stadt und als

1 Vgl. Hodgson, Godfrey: Martin Luther King, London 2010, S. 37 ff.

2 Zum Boykott vgl. bspw. Scharenberg, Albert: Martin Luther King. Ein biografisches Porträt, Freiburg i.Br. 2011, S. 60-72.

Vorsitzender der MIA am Abend des ersten Boykotttags vor mehreren tausend Mitstreitern eine Rede hielt, die ihn automatisch zu einem der Bewegungssprecher machte. Doch brachte er auch die persönlichen Fähigkeiten und den Ehrgeiz mit, um diese Rolle auch auszufüllen, ja mit Bravour zu spielen. Denn King war ein exzellenter Redner, der mit intuitiv gewählten Worten seine Zuhörer begeistern und auf seine Ansichten verpflichten konnte.³ Er verstand sich hervorragend auf die rhetorische Führung einer aufgebrachten Menschenmasse. Das machte ihn in jenen Stunden in Montgomery zu einem klassischen Charismatiker, zu einer im Grunde zufällig anwesenden Person, die sich perfekt in die Situation einfügte. Um 1956 in Montgomery die Gelegenheit eines günstigen politischen Augenblicks zu ergreifen, prädestinierte King dessen Herkunft⁴ aus dem schwarzen Bildungsbürgertum. Die Mutter Lehrerin, der Vater selbstbewusster Pastor und Oberhaupt einer Baptistengemeinde in Atlanta, der sich im Alltag gegen die rassistische Diskriminierung wehrte und hier ein Rollenmodell vorlebte – King wuchs in einem ambitionierenden Umfeld auf. Bei den Kings ging es bisweilen streng und leistungsorientiert zu: Die Kinder mussten Bibelverse rezitieren, Martin Luther King besuchte die *Highschool*, um danach ein Theologiestudium mit anschließender Promotion zu absolvieren. Er war außerordentlich belesen in Klassikern der sozialwissenschaftlichen und philosophischen Literatur, von Plato über Rousseau zu Marx und Niebuhr. Auch war er erfolgsverwöhnt, hatte stets exzellente Schulzeugnisse mit nach Hause gebracht, wurde bereits 1947 zum Pfarrer geweiht und beendete sein Studium als bester Student; und nach seiner Promotion 1955 konnte er aus mehreren Stellenangeboten auswählen. In den vielerorts rassentrennenden USA war das für einen Schwarzen eine vergleichsweise seltene, privilegierte Ausbildungsphase.

Die Geschichte von Kings anschließenden Erfolgen als politisierter Geistlicher, der sich zum Kopf einer ganzen sozialen Bewegung in den Vereinigten Staaten aufschwang, füllt ganze Bücher und ist schon vielfach in aller Ausführlichkeit erzählt worden.⁵ Vielleicht nur so viel: Der Busboykott von Montgomery endete mit einem Triumph der schwarzen Bevölkerung, am Ende, nach mehr als 380 Tagen, mussten Busunternehmen, Polizei und Stadtverwaltung das Gleichberechtigungsanliegen der Schwarzen akzeptieren, da die bisherige Praxis

3 Vgl. dazu Hodgson 2010 (s. Anm. 1), S.46 f.

4 Vgl. dazu Vahl, Anneliese: Martin Luther King. Stationen auf dem Wege, Berichte und Selbstzeugnisse, Berlin 1968, S. 8-15.

5 Zur Chronologie und den Details der Ereignisse vgl. Branch, Taylor: Parting the waters. America in the King years: 1954-63, New York 1988; Hine, Darlene Clark/Hine, William C./Harrold, Stanley: The African-American Odyssey, Upper Saddle River, New Jersey 2000, S. 501-527.

vom ranghöchsten US-Gericht für verfassungswidrig erklärt worden war. Für King hatte „Montgomery“ folgenschwere Konsequenzen: Er war quasi über Nacht zu einem prominenten Akteur des schwarzen Freiheitskampfes in den USA avanciert und hatte in dieser Rolle einen großen politischen Erfolg errungen. In den folgenden Jahren kamen weitere hinzu, von denen sich zwei besonders essenzielle in Birmingham und Washington ereigneten.

In Birmingham, Alabama ließ sich King 1963 auf eine Konfrontation mit dem rassistischen Polizeichef Eugene Connor ein, der aufgrund seiner Härte den martialischen Beinamen „Bull“ trug. Birmingham – das war die Stadt mit der vermutlich striktesten Rassentrennung in den gesamten Vereinigten Staaten und daher wie geschaffen, um ein Fanal des Rassismuskonflikts zu werden. Demonstrationen der Schwarzen provozierten die weiße Polizeigewalt – die Ausschreitungen, die daraus resultierten, lieferten der Presse denkwürdige Bilder, die um die Welt gingen und in einer großen Öffentlichkeit den rassistischen Wahn sowie die übertriebene Gewaltbereitschaft der lokalen Aufsichtsbehörden offenbarten – bald schon bestanden in der Bevölkerung jenseits der bürgerrechtlich rückständigen Südstaaten kaum mehr Zweifel an der Berechtigung der Anliegen von Kings Bewegung.⁶ Mit den unablässigen Aktionen in Birmingham hatten King und seine Mitstreiter endgültig eine soziale Bewegung losgetreten, die sich kurz darauf in einer Kette von Massenprotesten in anderen Städten manifestierte und schließlich in dem berühmten „Marsch auf Washington“ gipfelte.⁷ King galt daraufhin als Schöpfer einer „Massenbewegung der Freiheit“⁸.

Obwohl der politische Kampf in Birmingham ungleich härter gewesen war, wovon allein die Rede von „Bombingham“ aufgrund der damit verbundenen Brandanschläge zeugt, bildete doch erst der „Marsch auf Washington“ am 28. August 1963 den „Höhepunkt in der Lebensgeschichte Kings“⁹. Rund 200.000 Menschen hatten sich in der Bundeshauptstadt versammelt, um vor dem Denkmal des legendären Präsidenten Abraham Lincoln zu demonstrieren – gegen den hartnäckigen Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft, der auch noch fast 200 Jahre nach dem Tod Lincolns, dem vorbildlichen Kämpfer gegen die Sklaverei, fortwirkte. Hier, ein Jahr vor seinem Besuch in Berlin, hielt King jedenfalls seine berühmte Rede mit dem emphatischen „I have a dream“-Passus, der seitdem unauflöslich mit seinem Namen verbunden ist: „Ich habe einen Traum, daß eines Tages auf den roten Hügeln von Georgia die Söhne der früheren Sklaven und die Söhne der früheren Sklavenhalter miteinander an dem Tisch der

6 Vgl. dazu Vahl 1968 (s. Anm. 4), S. 55-61.

7 Vgl. ebd., S. 60 ff.

8 Ebd., S. 66.

9 Italiaander, Rolf: Martin Luther King, Berlin 1968, S. 41.

Brüderlichkeit sitzen können. Ich habe einen Traum, daß eines Tages selbst der Staat Mississippi, in dem Ungerechtigkeit schwelt und ihr Wesen treibt mit dem Feuer der Unterdrückung, sich in eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit verwandeln wird.“¹⁰ Diese Worte hallten nach, sie fundamentierten Kings historische Bedeutung¹¹ und fassten den Freiheitskampf der schwarzen Bevölkerung in eine konkrete Zielvorstellung. King hatte die „greatest demonstration for freedom in the history of our nation“¹², wie er selbst die Aktion in Washington bezeichnete, angeführt. Dies verlieh ihm eine Autorität, durch die kaum ein anderer Zeitgenosse derart nachdrücklich an Frieden und Freiheit appellieren konnte. Kurzum: Montgomery, Birmingham und Washington waren bedeutungsvolle Etappen auf Kings Weg zum „Advokat[en] der Brüderlichkeit“, machten ihn zum „Wegbereiter der Bürgerrechtsbewegung in den USA“.¹³

Bewegungsführer, Nobelpreisträger, Ehebrecher – die vielen Kings

Für King, und vor allem seine Familie, waren die zurückliegenden Jahre eine Zäsur gewesen – im Guten wie im Schlechten. Wie jede andere Karriere kannte auch die Kings Höhen und Tiefen. Denn faktisch markierte der Marsch auf Washington den Gipfelpunkt seiner politischen Erfolgsgeschichte, anschließend musste er einige Niederlagen einstecken und innerhalb der Bewegung seinen Status verteidigen. Das war oftmals mehr eine zerstörerische als schöpferische Tätigkeit. Doch offiziell im Zenit seiner Karriere stand King erst mit dem Friedensnobelpreis, der ihm Ende 1964 verliehen wurde. Bereits 1963 hatte ihn das *Time Magazine* als ersten Schwarzen zum „Man of the Year“ gekürt; die Titelträger der beiden Vorjahre waren keine geringeren als Papst Johannes XXIII. und J.F. Kennedy. Doch erst die außergewöhnliche Auszeichnung durch das Nobelkomitee festigte Kings Prominenz und Bedeutung für die Ewigkeit, machte ihn endgültig und nahezu unumstößlich zu einem jener Idole, die es nach dem Tod Gandhis in der Welt nur noch selten gab.¹⁴ Heute steht Martin Luther King an der Spitze der „Most Popular Peace Laureates“, vor Mutter Teresa und Nel-

10 Martin Luther King zitiert nach ebd., S. 43.

11 Vgl. Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, Tübingen/Basel 2003, S. 398.

12 King zitiert nach Garrow, David J.: King: The March, the Man, the Dream, in: American History, H. 8/2003, S. 26-35, hier S. 31.

13 Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 89 f.

14 Vgl. ebd., S. 46; Kondraschow, S.N.: Martin Luther King. Leben und Kampf eines amerikanischen Negerführers, Berlin 1973, S. 46.

son Mandela.¹⁵ Aber er war nicht der erste schwarze Preisträger, vor ihm waren der UN-Diplomat Ralph Bunche (1950) und der frühere *African-National-Congress*-Präsident Albert Lutuli (1960) geehrt worden.

So sehr Kings Frau Coretta ob dieser ruhmreichen Auszeichnung mit Stolz erfüllt gewesen sein dürfte, so sehr litt sie doch unter der scheinbar unermüdlichen Schaffenskraft ihres Gatten. Denn King hatte kaum Zeit für seine Familie, stets gab er seiner Karriere beziehungsweise dem politischen und spirituellen Kampf Vorrang.¹⁶ Schon seine Entscheidung im Jahr 1954, unter mehreren Stellenangeboten ausgerechnet das aus dem streng rassentrennenden Montgomery in Alabama statt einer Stelle im liberaleren Norden anzunehmen, hatte ein schweren Gang bedeutet für seine Frau, die zu Recht einen schwierigen Alltag für die Familie befürchtete; King zog seinerzeit ganz gezielt in eine soziale Problemzone.¹⁷ Noch bevor er zum weltbekannten Aktivist der schwarzen Bürgerrechtsbewegung avancierte, war King nur selten zu Hause gewesen; morgens und spätabends schrieb er an seiner Dissertation, dazwischen kümmerte er sich auf Veranstaltungen und Hausbesuchen um die Belange der Gemeindemitglieder oder arbeitete an seiner wöchentlichen Sonntagspredigt.¹⁸ Später, als politischer Aktivist, verbrachte er dann den Großteil seiner Zeit mit Reisen; täglichem Druck ausgesetzt, fand er nicht einmal Zeit, seine Korrespondenz zu bearbeiten.¹⁹

Dass er solchermaßen von seiner Tätigkeit vereinnahmt war, lag daran, dass seine Kraft und Zeit gleich von mehreren Rollen absorbiert wurden, die er allesamt mit derselben Hingabe auszufüllen versuchte: Testimonial und Rhetor anti-rassistischer Kampagnen, Bewegungsstrategie und Fundraiser, Prediger und Seelsorger, Ehegatte und Familienvater.²⁰ Zwangsläufig zog diese extreme Rollenvielfalt die Vernachlässigung seiner Familie nach sich: Er rief nicht an, wenn die Kinder im Krankenhaus lagen, er ließ seine Frau mit der Aufgabe alleine, angemessene Schulen für ihre Kinder ausfindig machen.²¹ Natürlich konnte King seinen familiären Pflichten schwerlich nachkommen, wenn er seine unzähligen Redetermine einhalten wollte, zumal er auch mit den Schikanen rassistischer Büro-

15 Siehe http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/ [eingesehen am 17.10.2013].

16 Vgl. Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 37; Garrow, David J.: *Bearing the Cross. Martin Luther King Jr., and the Southern Christian Leadership Conference*, New York 1986, S. 328 u. S. 339; siehe King, Coretta Scott: *Mein Leben mit Martin Luther King*, Gütersloh 1985, S. 214 f. u. S. 235.

17 Vgl. Vahl 1968 (s. Anm. 4), S. 17.

18 Vgl. ebd., S. 19 f.

19 Vgl. Garrow 1986 (s. Anm. 16), S. 312 ff.

20 Vgl. dazu ebd., S. 287-323.

21 Siehe King 1985 (s. Anm. 16), S. 214 f.

kratie umgehen musste und sich nicht zuletzt nach Demonstrationen wiederholt in Gefängniszellen befand. Damit nicht genug, war er als Repräsentant der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unter weißen Rassisten des Südens eine der meistgehassten Persönlichkeiten, eine „verlockende und klar sichtbare Zielscheibe“²². Stündlich musste King damit rechnen, dass auf ihn geschossen wurde, dass ein Brandsatz durch die Fensterscheibe seines Hauses flog, dass jemand mit dem Messer auf ihn losstürzte.

Gleich, ob all dies das Ergebnis von schrankenloser Selbstaufopferung oder starkem Geltungsbedürfnis war: King konnte selten Nein sagen, und so arbeitete er das ganze Jahr über mit einem heillos überfüllten Terminkalender, der ein unmenschliches Arbeitspensum nach sich zog und ihn an die unterschiedlichsten Orte der großflächigen USA dirigierte.²³ Permanent an der Grenze zur völligen Verausgabung war King oft körperlich und seelisch angeschlagen.²⁴ Die aufreibende Tätigkeit, verbunden mit seinem stetig wachsenden Status als politischer Anführer einer bedeutsamen Bevölkerungsgruppe, gesteigert durch seinen Kontakt mit politischen Granden ersten Ranges, darunter die zwischenzeitlich ins Weiße Haus gelangten Kennedy-Brüder, war King anfällig für Sex-Abenteuer geworden. Permanent und zumeist ohne seine Gattin auf Reisen, lebte er promiskuitiv; in mehreren Städten hatte er Affären, eine Geliebte war seit 1963 bis zu seinem Tod sogar faktisch zu einer zweiten Ehefrau geworden.²⁵ Obzwar damals öffentlich noch unbekannt, verschlimmerte die Reflektion seines Ehebruchs – verstärkt durch unverhohlene Erpressungsversuche des von J. Edgar Hoover geleiteten FBI, das ihn überwachte und kompromittierende Tonbandaufzeichnungen unter Journalisten und Kongressabgeordneten lancierte²⁶ – die immense Belastung, unter der King stand.

Außerdem wuchs mit dem Ausmaß von Kings persönlichem Erfolg auch die Zahl seiner Neider und Gegner, ja Feinde.²⁷ Nicht wenige unterstellten ihm, sich unangemessen in den Vordergrund zu drängen und überall mitmischen zu wollen. Oftmals ärgerten sich die eigentlichen Organisatoren des Protests über das, mitunter plötzliche, Auftauchen Kings, da dieser schnell sämtliche Aufmerk-

22 Kondraschow 1973 (s. Anm. 14), S. 27.

23 Vgl. Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 37.

24 Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 16 u. S. 141; zum ständigen Gefahrenbewusstsein vgl. auch Garrow 1986 (s. Anm. 16), S. 311.

25 Vgl. Garrow, David J.: *The Other Woman in King's Life*, in: *Los Angeles Times*, 05.02.2006.

26 Vgl. dazu insgesamt Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 128-135; Garrow 1986 (s. Anm. 16), S. 308-325.

27 Vgl. hierzu Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 37 f.

samkeit auf seine Person lenkte, während die Leistungen Anderer in den Hintergrund rückten.²⁸ Bei Auslandsbesuchen wie in Berlin freilich war das anders, denn dort konnten sich die Veranstaltungsorganisatoren durch seine Persönlichkeit aufgewertet fühlen und mit ihr eine außergewöhnliche Öffentlichkeitswirkung erzielen. Auch entfremdete sich King faktisch von seiner Klientel, gegenüber der er immer weniger Leidensgenosse und immer mehr abgehobene Führungsfigur war: Denn spätestens der Nobelpreis führte dazu, dass er von Weißen als Angehöriger des amerikanischen Establishments behandelt wurde. Seine Heimreise in die USA geriet zu einer triumphalen Rückkehr, bei der ihm vor New York Löschboote auf dem Hudson River mit Wasserfontänen huldigten, der Bürgermeister ihn im Rathaus empfing und ihm den Stadtschlüssel überreichte und überdies der Gouverneur ihn in dessen Wohnung einlud.²⁹ Selbst Atlanta im Südstaat Georgia bereitete ihm Ende Januar 1965 ein offizielles Bankett,³⁰ auf dem dann sogar „We Shall Overcome“ angestimmt wurde.³¹ Wo man Kings Erfolg als Symbol für die allmähliche Ankunft in einem liberalisierten Amerika feiern konnte, ließ sich darin auch eine allzu bereitwillige Kollaboration mit einem nach wie vor auf seinen Dominanzanspruch bestehenden Kontrahenten im Konflikt zwischen Schwarz und Weiß sehen. Auch innerhalb der Bewegung polarisierte King, insbesondere nach dem Einflussgewinn der *Black Muslims*, die entgegen Kings Zielen eine notfalls gewaltsam herbeigeführte Gründung eines exklusiven Staats der Schwarzen anstrebten und den gewaltlosen Protest als aussichtsloses Unterfangen ablehnten. Und die Ereignisse schienen ihnen ab Mitte der 1960er Jahre immer mehr Recht zu geben, verbesserte sich doch an der Lage der schwarzen Minderheit keineswegs so viel, wie nach all den Jahren des Widerstands, den zahllosen (Todes-)Opfern erhofft worden war. Der antirassistische Gleichstellungsprozess stagnierte, die eigentlich zuversichtlich stimmenden Gerichtsurteile verdeutlichten bloß die ernüchternde Diskrepanz, zeigten, wie weit entfernt die gesellschaftliche Realität doch von der Verfassung war. Doch King war zu keiner Kursänderung bereit; und da seine Mitstreiter ihn, den medialeuchtlichen, inzwischen in fast allen Teilen der Welt bekannten Kopf der Bewegung nicht einfach entbehren konnten, mussten sie sich seiner Ansicht fügen.

Aber das war in der Tat eine von Kings zahlreichen Stärken: Entgegen vielfacher Kritik aus den eigenen Reihen blieb er standfest und beharrte auf seiner pazifistischen Methode. Freilich verband sich mit dieser auch so etwas wie ein King'scher Gründungsmythos, den er nicht ohne Weiteres preisgeben konnte:

28 Vgl. Vahl 1968 (s. Anm. 4), S. 92 f.

29 Vgl. King 1985 (s. Anm. 16), S. 18.

30 Vgl. ebd., S. 20.

31 Siehe ebd., S. 21.

„Es war dieser Einsatz für Gewaltlosigkeit, der schlagartig Kings Ruhm begründete, als er im Januar 1956, unmittelbar nach dem Bombenanschlag auf sein Haus, die wütende Menge davon abhielt, zur gewaltsamen Tat zu schreiten. ‚Wer das Schwert ergreift, soll durch das Schwert umkommen. Ich möchte, dass ihr eure Feinde liebt. Seid gut zu ihnen. Liebt sie und lasst sie wissen, dass ihr sie liebt.‘ [...] Die Philosophie der Gewaltlosigkeit und der ‚Feindesliebe‘ sollte sich als maßgeblich für Kings Popularität auch unter Weißen erweisen.“³²

In dieser paradoxen Reaktion, gewaltsamer Unterdrückung mit gewaltlosem Widerstand zu begegnen, lag ein faszinierendes Moment, aus dem sich Kings Charisma speiste. Denn wer konnte glaubwürdiger und legitimer Gewaltverzicht einfordern, als der, der selbst gerade Opfer brutaler Gewalt geworden war? Obwohl Kings Proteststil von seinem Wesen her sicherlich dem Gandhis äußerlich ähnelte, so war er doch insgesamt viel stärker religiös-spirituell beeinflusst; das heißt King bettete seinen politischen Protest im Diesseits in biblische Zusammenhänge und rekurrierte bei all seinen Aktionen auf den christlichen Glauben.³³ Kings biblisch inspirierte Sozialkritik verband sich mit der Eigenart, seine politischen Botschaften in christlichen Kirchen zu verbreiten.

Heute gilt King als einer der Vorkämpfer friedlicher Konfliktaustragung, als besonnener Widerpart zu militanten Charakteren wie beispielsweise seiner Kontrastfigur Malcolm X. Nichtsdestotrotz war King – zugespitzt – eine Art Warlord sozialer Bewegung. Abläufe, Methoden und Vokabeln ähnelten denen eines Generalstabs. Es gab ein Hauptquartier, einen Organisations- und Strategiestab, man konzentrierte sich auf einzelne Städte, um dort regelrechte Schlachten im Duell mit Rassisten zu schlagen und die öffentliche Meinungshoheit zu erobern.³⁴ Indem er sich während seines Aufenthalts in Chicago die Lebensumstände der ortsansässigen Schwarzen aneignete,³⁵ verhielt sich King im Grunde wie ein klassischer Truppenführer, der ungeachtet seines Ranges mit den gemeinen Soldaten speiste.³⁶ Und, mit Blick auf das rassistisch segregierte Chicago, forderte King 1965 „die bedingungslose Kapitulation jener Kräfte [...] die sich der Schaffung und Aufrechterhaltung der Slums verschrieben haben“³⁷. Mit der

32 Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 23 f.

33 Vgl. Garrow, David J.: The Intellectual Development of Martin Luther King, Jr.: Influences and Commentaries, in: Union Seminary Quarterly Review, Jg. 40 (1986), H. 1, S. 5-20.

34 Siehe z.B. King 1985 (s. Anm. 16), S. 236-240.

35 Siehe hierzu ebd., S. 239 ff.

36 Siehe dazu ebd., S. 240.

37 Martin Luther King zitiert nach Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 159.

Aura des Strategen und Kommandanten ausgestattet, professionalisierte sich King zudem: So gab er Ende 1959 sogar seine Pastorenstelle in Montgomery auf, um sich künftig ausschließlich seiner Tätigkeit für die SCLC widmen zu können – was ihn endgültig zum hauptberuflichen Bewegungsführer machte.³⁸ Offenbar konnten sich schon zeitgenössische Beobachter kaum dieses Eindrucks einer militärähnlichen Bewegungsführung erwehren:

„King teilte seine gewaltlosen Feldzüge ‚grundsätzlich in vier Stufen‘ ein: 1. Sammlung von Tatsachenmaterial zur Feststellung von Ungerechtigkeiten; 2. Verhandlung; 3. Selbstreinigung; 4. direkte Aktion. Sicherlich hatte er als politischer Taktiker und Strategie mancherlei von seinem bewunderten Vorbild Gandhi gelernt.“³⁹

„Wieviel hier echter Aufruhr der Gemüter ist, wieviel geschickte Regie, das ist schwer auszumachen. Jedenfalls sind die Demonstrationen aufs sorgfältigste geplant und kontrolliert; die Kolonnenführer bleiben über Sprechfunk mit der ‚Zentrale‘ in der Kirche verbunden, wenn Welle auf Welle singender Menschen auf die Straße geschickt wird.“⁴⁰

Ferner besaß King ein sicheres Gespür für pathetische und symbolträchtige Handlungen. So nagelte er zum Beispiel im Sommer 1966 in Anlehnung an die legendäre Szene seines historischen Namensgeber Martin Luther in Wittenberg ein Forderungspapier an die verschlossene Rathaustür von Chicago.⁴¹ Außerdem hatte er das Machtpotenzial des Fernsehens, die kaum zu überschätzende Wirkungskraft bewegter Bilder, begriffen: „Die ganze Nation sah die Bilder aus Birmingham und wird sie nicht so bald vergessen: den Jungen, dem der Polizeihund an die Jacke springt, die Frau, am Boden liegend, die ein Polizistenknie im Nacken auf das Pflaster preßt, die Kinder, die der Hochdruckstrahl des Wasserwerfers zu Boden schleudert oder an die Wände wirft. Das Gewissen der Nation wurde wachgerüttelt, wie King es wollte.“⁴² King und seine Mitarbeiter setzten daher gezielt auf die Wirkung von massenmedial transportierten Bildern; sie wollten Gewalt und Ungerechtigkeit seitens der rassistischen Behörden nicht zuletzt provozieren, um mit deren öffentlicher Darstellung in aufgeklärten und libe-

38 Vgl. King 1985 (s. Anm. 16), S. 156 ff.

39 Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 39.

40 Lietzmann, Sabina: Nächstes Mal das Feuer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1963.

41 Siehe King 1985 (s. Anm. 16), S. 242.

42 Lietzmann, Sabina: Nächstes Mal das Feuer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1963.

ralen Teilen des Landes Empörung hervorzurufen.⁴³ Diese Strategie war auf eine Konflikteskalation ausgelegt, denn insbesondere die Brutalität der Polizei sollte für einen hohen Nachrichtenwert sorgen und damit das Interesse der Massenmedien sicherstellen.

Die Techniken, die King mit seinen Mitstreitern entwickelte und praktizierte, dienten den späteren Studierendenprotesten der 68er-Bewegung in Westeuropa als Vorbild. Wenn die SDS-Strategen durch öffentliche Aktionen ein nachdrückliches Bewusstsein für gesellschaftliche Missstände schaffen wollten, so griffen sie faktisch auf Methoden und Ansätze der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zurück. Wie ehemals King wollten sie „eine Krise herbeiführen, eine schöpferische Spannung erzeugen“, um die Gesellschaft „zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen“.⁴⁴ Im Unterschied zu King schreckten Theoretiker wie Rudi Dutschke jedoch nicht vor Gewalt zurück; außerdem erstrebte ein Teil der 68er keine Reformen innerhalb des bestehenden Systems, sondern eine durch notfalls gewaltsame Revolution herbeigeführte Transformation der Gesellschaft.⁴⁵

Der Mann, der im Herbst 1964 in Berlin-Tempelhof aus dem Flugzeug stieg, war also ein Sozialer-Bewegungsveteran, ein erfahrungsgestählter Profi. Seit Jahren lebte er zwischen Extremen, denn King erfuhr eine radikal disparate Resonanz: Die einen verehrten ihn als ihren Anführer, ja Messias, die anderen hasseten ihn als Repräsentanten und Wortführer einer bedrohlichen Bewegung.⁴⁶ „Von Tausenden und Abertausenden wurde er geliebt und verehrt; für die Gefängniswärter aber war er ein ‚Nigger‘ – ein Unmensch und Krimineller.“⁴⁷ Und eben diese polarisierende Gestalt reiste nun, im Herbst 1964, in das geteilte Deutschland. Zu diesem Zeitpunkt hatte King Morddrohungen und Mordanschläge überlebt, hatte sich mit Selbstzweifeln geplagt und den Neid anderer erfahren. Er hatte unzählige Konflikte ausgestanden, Diffamierungen über sich ergehen lassen und immer wieder sein Leben riskiert. Bereits seit Jahresbeginn im Gespräch für den Friedensnobelpreis, stand während seines Berlin-Aufenthalts die Bekanntgabe noch aus, doch war er in der Bundesrepublik schon im Vorjahr

43 Vgl. Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 32 ff.

44 Martin Luther King zitiert nach Italiaander 1968 (s. Anm. 9), S. 39 f. (Herv.i.O.).

45 Vgl. dazu Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2008, S. 31-72.

46 Vgl. Kondraschow 1973 (s. Anm. 14), S. 24 f.

47 Ebd., S. 64.

als „Gandhi des Südens“⁴⁸ porträtiert worden. Nun, 1964, war er als „der amerikanische Negerpfarrer und Vorkämpfer für die Rassengleichheit“⁴⁹ angekündigt.

Wie beschrieben, war King eine in sich gebrochene, mehrdeutige Persönlichkeit, weder makelloser Heroe noch durchweg Verdorbener, eben ein Mensch mit all seinen Schwächen und Stärken. Es gab mehrere Kings: den erfolgreichen Bewegungsanführer, den überragenden Rhetor, aber eben auch den gescheiterten politischen Reformen und unzulänglichen Familienvater.⁵⁰ Aber welcher King reiste 1964 in das geteilte Berlin, die Frontstadt des Kalten Krieges? Es war der King, der unmittelbar vor einem Wendepunkt stand, da er noch kurze Zeit seinem Zenit, der Nobelpreisverleihung, entgegen strebte, anschließend jedoch bis zu seinem baldigen gewaltsamen Tod 1968 noch etliche Niederlagen und Rückschläge zu verkraften hatte.

FURCHTLOSER GRENZGÄNGER UND BOTSCHAFTER DER VERSÖHNUNG – KINGS BERLIN-BESUCH

Bei einer Begegnung im Jahr 1961 in den USA hatte Willy Brandt den Kopf der schwarzen Bürgerrechtsbewegung nach Berlin eingeladen.⁵¹ Schon einmal war King auf Einladung eines Politikers zu einem anderen Kontinent aufgebrochen, als er 1959 den indischen Premierminister Nehru traf.⁵² Nun sollte er am Programm der Berliner Festwochen mitwirken. Und Brandt hätte für die damalige Situation wohl kaum einen geeigneteren Kandidaten finden können: Erstens stand King für einen langwierigen, jedoch lohnenswerten Kampf, mit dem sich eine Parallele zur verfahrenen Konstellation im unfreiwillig geteilten Deutschland ziehen ließ, wo sich zwei Systeme scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden – King war die Personifikation von energischem Widerstand gegen einen unnatürlichen Separatismus. Zweitens hatte er, genau wie die leidgeprüften Be-

48 Lietzmann, Sabina: Nächstes Mal das Feuer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.06.1963.

49 O.V.: Kleine Meldungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.1964. „Martin Luther King, der amerikanische Negerpfarrer und Vorkämpfer für die Rassengleichheit, wird am Sonntag die Predigt in einem ökumenischen Gottesdienst in der Ost-Berliner St.-Marien-Kirche halten. (AP)“

50 Vgl. Garrow, David: The King We Should Remember, in: Focus, Jg. 14 (1986), H. 1, S. 3-7, hier S. 6.

51 Vgl. Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 396.

52 Vgl. King 1985 (s. Anm. 16), S. 150 ff.; Vahl 1968 (s. Anm. 4), S. 49 f.

wohner Berlins, drastische Erlebnisse hinter sich gebracht – denn waren nicht spätestens die Mordanschläge auf King von vergleichbarer Heftigkeit wie die drohenden Anschläge auf die Freiheit, die sich viele im Westen von Seiten der Sowjetunion ausmalten, geschweige denn der Tod an der Mauer? Schließlich hatte auch King mehrfach dem Tod ins Auge gesehen: Im Januar 1956 verübten King-Gegner einen Bombenanschlag auf sein Haus; im Herbst 1958 stach ihm eine Attentäterin lebensgefährlich mit einem Brieföffner in die Brust, sodass er nach einer dreistündigen Operation dem Tod nur haarscharf entronnen war; in einem Gefängnis in Georgia verbrachte er über eine Woche in Einzelhaft, nachdem ihn ein Gericht zu vier Monaten Zwangsarbeit in einer sogenannten „chain gang“ verurteilt hatte; mehrere Male befahl ihm im Gewahrsam der mutmaßlich rassistischen Polizei angesichts des ungewissen Ausgangs der letztlich vorübergehenden Verhaftungen Todesangst.⁵³ Furchtlos war er mehrmals in Gebiete gereist, aus denen ihm rassistische Feinde noch kurz zuvor den Tod geschworen hatten.⁵⁴ In den USA hatte er dem als Hassprediger porträtierten⁵⁵ Elijah Muhammad von den Black Muslims die Stirn geboten und dessen These angefochten, demnach ein Zusammenleben von Schwarzen und Weißen unmöglich sei – auch hier also: Vereinigung statt Separation. Somit holte Brandt, drittens, einen unbeugsamen Verfechter gewaltloser Überwindung einer künstlichen Trennung nach Berlin, dessen persönlicher Lebens- und Leidensweg symbolisch mit dem der Berliner konvergierte.

Am Sonntag, den 13. September 1964 sprach King am Vormittag zunächst auf der Gedenkfeier für den im Vorjahr ermordeten John F. Kennedy in der Berliner Philharmonie, womit die 14. Berliner Festwochen eröffnet wurden. Letztere widmeten sich „der Wechselwirkung zwischen der Kultur des Abendlandes und der des schwarzen Afrikas“.⁵⁶ Kings Auftritt galt bereits im Vorfeld als ein Programmhilight.⁵⁷ In seiner Rede lobte er Kennedys Verdienste um die Gleichstellung in den USA. Als sein Vorredner hatte Brandt hingegen betont, dass „zu den Völkern Afrikas, auch über den Ozean, aber auch in die stillen Straßen jen-

53 Vgl. zu diesen Erfahrungen Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 12-16.

54 Vgl. Garrow 1986 (s. Anm. 16), S. 341.

55 Siehe bspw. Burger, Eric: „Alle Weißen sind Teufel“, in: Die Zeit, 02.08.1963.

56 Vgl. zu Kings West-Berlin-Aufenthalt hier und folgend o.V.: Festwochen in Berlin eröffnet, in: Die Welt, 14.09.1964; Panofsky, Walter: Zwischen Berlin und Afrika, in: Süddeutsche Zeitung, 14.09.1964; o.V.: Plädoyer für die Rassengleichheit bei den Berliner Festwochen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.1964.

57 Siehe o.V.: Berliner Herbst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.09.1964.

seits der Mauer“⁵⁸ eine Botschaft der Hoffnung ausgehen solle. King nutzte die Gelegenheit seines Aufenthalts jenseits der Vereinigten Staaten, um der anwesenden Presse politische Botschaften in die Notizblöcke zu diktieren: So verband er mit einer seinerzeit möglichen Wahl des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater die Erwartung, dass mit dieser „in den Vereinigten Staaten die dunkelste Nacht sozialer Verwirrung anbrechen würde, weil sie die Neger in den Armenvierteln zu Verzweiflungen treiben und weil sie Gewaltausbrüche in bisher nicht bekanntem Maße heraufbeschwören würde“⁵⁹. Anschließend redete King noch zum „Tag der Kirche“ vor 20.000 Menschen in der Waldbühne, einem monumentalen Bau aus der NS-Zeit. Abends sollte er dann in einer Ostberliner Kirche auftreten. Auch dieser Termin – wenn auch für viele überraschend – hatte, wie der Westbesuch, eine Vorgeschichte: Der Probst der Marienkirche, Heinrich Grüber, korrespondierte seit einem Jahr mit King und hatte diesen bereits wiederholt nach Ostberlin eingeladen.⁶⁰

In einer Limousine begab sich King zur Grenze.⁶¹ Noch am frühen Morgen hatten sich an der Berliner Mauer dramatische Szenen abgespielt, die sinnbildlich für die Tragik der deutschen Teilung standen: Ein 21-jähriger DDR-Bürger geriet bei seinem Fluchtversuch in einen Kugelhagel der Mauerschützen; von fünf Patronen getroffen, rettete er sich mithilfe eines amerikanischen Soldaten und eines Seils schwerverletzt in den Westen.⁶² Zwei Westberliner erlitten während des Feuergefechts leichte Schnittverletzungen durch zerberstendes Glas. Quasi als diplomatische Routine folgte eine gegenseitige Schuldzuweisung der beiden Seiten: Während sich die Verantwortlichen im Westteil der Stadt über die bedrohlichen Maschinenpistolengarben aus dem Ostsektor erregten, berichtete die DDR-Nachrichtenagentur *ADN*, dass die Grenzposten in der „Ausübung ihres Dienstes“ von Westeinheiten „unter Verletzung des Territoriums der DDR

58 Brandt zitiert nach o.V.: Plädoyer für die Rassengleichheit bei den Berliner Festwochen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.1964.

59 King zitiert nach o.V.: „Mit Goldwater würde die Nacht anbrechen“, in: Die Welt, 14.09.1964.

60 Vgl. Stolte, Roland: Martin Luther Kings Predigt in der St.Marienkirche, URL: http://www.marienkirche-berlin.de/c_2_73_0.php?ID=150 [eingesehen am 17.10.2013].

61 Zum Ablauf von Kings Visite in Ostberlin vgl. zeitgenössisch Hildebrandt, Dieter: Auf jeder Seite der Mauer Gottes Kinder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.1964 sowie retrospektiv und für die folgende Schilderung grundlegend Appellius, Stefan: „My dear Christian friends in East Berlin“, in: Chrismon, H. 9/2009; Stolte (s. Anm. 60).

62 Vgl. o.V.: Schußwechsel in Berlin, in: Süddeutsche Zeitung, 14.09.1964; o.V.: Feuergefecht in Berlin / Flüchtling gerettet, in: Die Welt, 14.09.1964.

aus Schnellfeuergewehren beschossen worden“ seien, während die geglückte Flucht unerwähnt blieb.⁶³

Blut an der Mauer – ein eindringlicheres Symbol für die absurde Grenzziehung hätte es am Tage von Kings Ostberlin-Visite kaum geben können. Die Grenze inmitten von Berlin, der ehemaligen Reichshauptstadt, war ein eigenartiger Ort. Erst drei Jahre zuvor hatte dort DDR-Regierungschef Walter Ulbricht in einer überraschenden Aktion die Mauer errichten lassen, welche die Teilung Deutschlands buchstäblich zementierte. Die Geschehnisse, die sich dort seitdem zutragen, konnten unterschiedlicher kaum sein: Mal passierten Westbürger, legitimiert durch ein Passierscheinabkommen, unbehelligt die Grenze, mal blitzte nicht selten tödliches Mündungsfeuer der wachsamen Grenzposten auf. Die starke Nutzung der Passierscheine – am ersten Tag der vorübergehenden Grenzöffnung, dem 19. Dezember 1964, strömten allein 75.000 Menschen aus West- nach Ostberlin⁶⁴ – sowie die ständigen Fluchtversuche – 1964 flüchteten trotz der Mauer mehr als 3100 Menschen in den Westen⁶⁵ – ließen den teils heftigen Wunsch zur Wiederzusammenführung der beiden Stadt- beziehungsweise Landesteile erahnen. Und erst im August hatte Brandt proklamiert, die Mauer müsse verschwinden, „damit zusammengeführt wird, was zusammengehört“⁶⁶. King lobte Berlin dann auch gegenüber Journalisten als die „Stadt, die ein so hervorragendes Beispiel für den Erfolg im Kampf um die Freiheit gegeben“⁶⁷ habe.

Nun selbst an der Mauer um Durchlass bittend, wies sich King mit seiner „American Express“-Kreditkarte aus – seinen Ausweis hatten amerikanische Behörden kassiert, um den Ausflug nach Ostberlin zu verhindern – und passierte die Grenze ohne Zwischenfall. King fuhr zur evangelischen Marienkirche, deren Eingang in Sichtweite zum Roten Rathaus lag. In Berlin hatte der Zweite Weltkrieg nur wenige Gebäude unversehrt gelassen – die Marienkirche war eines davon. In den USA hingegen waren Kirchen die bevorzugten Ziele rassistischer Anschläge, 1964 brannten allein in Mississippi über dreißig geheiligte Gebäu-

63 Zitiert nach o.V.: Schußwechsel in Berlin, in: Süddeutsche Zeitung, 14.09.1964; o.V.: Feuergefecht in Berlin / Flüchtling gerettet, in: Die Welt, 14.09.1964.

64 Vgl. o.V.: Wei über hunderttausend West-Berliner durch die Mauer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.12.1964.

65 Vgl. o.V.: Bisher 150 Tote an der Mauer in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.1965.

66 Brandt zitiert nach o.V.: Die Berliner finden sich nicht mit der Mauer ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.08.1964.

67 King zitiert nach o.V.: „Mit Goldwater würde die Nacht anbrechen“, in: Die Welt, 14.09.1964.

de.⁶⁸ Doch auch in der DDR waren Kirchen nicht mehr sicher, im Zuge der „sozialistischen Neugestaltung“ der Städte wurden sie zunehmend abgerissen. Die Topografie Berlins war damals noch eine andere als heute, denn erst fünf Jahre später legte sich der mächtige Schatten des „Alex“ über das im gotischen Stil gehaltene Bauwerk, das älteste noch erhaltene Kirchengebäude Berlins.

Organisator des ökumenischen Gottesdiensts war der 54-jährige Generalsuperintendent für Ostberlin, der regimekritische, von der Stasi observierte Pfarrer Gerhard Schmitt, Patenonkel des späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck. Das ganze Event war eine Art Geheimtipp, viele Anwesende – vor allem Jugendliche – hatten aus dem Westfernsehen davon erfahren. Trotzdem – oder gerade deshalb – tummelte sich bereits einige Zeit vor Beginn des Gottesdiensts vor dem mittelalterlichen Gebäude eine Menschentraube – Schmitt musste das Gebäude wegen Überfüllung vorzeitig abriegeln. Zwischen 1500 und 2000 Menschen hatten da bereits Einlass gefunden. In dieser Situation kam nun Kings Rastlosigkeit zum Tragen, die ihn spontan einen zweiten Gottesdienst in der nahegelegenen Sophienkirche anberaumen ließ. Kurzerhand brachen daraufhin etliche der Wartenden in das benachbarte, lediglich eine Viertelstunde Fußmarsch entfernte Gotteshaus auf. Nachdem Schmitt die gottlose Rassentrennung kritisiert hatte, bestieg King die Kanzel. Berühmte Vorgänger hatten dort bereits gestanden: Der Ratsvorsitzende der *Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*, Otto Dibelius, hatte dort gepredigt; 1960 fand dort der Eröffnungsgottesdienst der Gesamtdeutschen Synode der EKD statt, die sich einer deutsch-deutschen Teilung des Kirchentages verweigert hatte. Predigten waren für den Pfarrer King ein Instrument zur rhetorischen Mobilisierung im politischen Kampf.⁶⁹ Ohne es so recht zu wissen, hatten die unterdrückerischen DDR-Sicherheitsbehörden also einen westlichen Agitator in ihre größtenteils überwachte Öffentlichkeit hineingelassen.

Als King seine Rede mit den Worten „My dear Christian friends in East Berlin“ begann, hob – auch zu seiner Überraschung – der Kirchenchor mit einem „Let my people go“ an, ehe wieder Stille einsetzte und King fortfuhr. Die begrenzte Originalität seiner Rede, in der King von den wichtigsten Stationen und grundlegenden Philosophien des Bürgerrechtskampfs in den USA berichtete, fiel damals in Ermangelung von *youtube* nicht auf, denn es war dieselbe, die er zuvor in der Waldbühne im Westteil der Stadt gehalten hatte. Aber vor allem stand da ein Mann in der Kanzel, der sich in einem brutalen, hasserfüllten Umfeld als

68 Vgl. o.V.: 35 Kirchen in Mississippi angezündet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.1965.

69 Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 27.

Dogmatiker der Gewaltlosigkeit⁷⁰ zu erkennen gegeben hatte; ein Mann, der sich imstande gezeigt hatte, eine militante Stimmung zu entschärfen und Protest in friedliche Bahnen zu lenken; ein gestandener Bürgerrechtler, der selbst brutalen Widerständen getrotzt und sich nie hatte einschüchtern lassen, der Versöhnung predigte, wo ihm Hass entgegenschlug, der noch immer an verregneten Tagen an der Spitze von Demonstrationszügen marschierte und sich unverdrossen mit Invektiven und Inhaftierungen schikanieren ließ, obwohl er bereits zur Ikone geworden war. Kurz: Ein Mann, der für die kämpferische, jedoch gewaltfreie Konfliktaustragung und -beilegung stand. Ungeachtet der vielschichtigen Wirklichkeit dürfte auch im Berlin des Jahres 1964 die Annahme weitverbreitet gewesen sein, demnach Martin Luther King Kopf und Organisator der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA war. Denn obwohl die Bewegung vor allem durch lokale Organisatoren am Leben erhalten und in Fahrt gebracht wurde, waren diese nur Eingeweihten und Ortsansässigen bekannt,⁷¹ wodurch King die Aufmerksamkeit auf seine Person konzentrieren konnte. Dass er gewissermaßen der weltbekannte „Star“ der antirassistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten war, hatte daher letztlich auch mit dem menschlichen Bedürfnis zu tun, eine komplexe Wirklichkeit auf einprägsame Informationen zu reduzieren. Aber auch wenn die Berliner King in seiner Bedeutung tendenziell überschätzten, war er zweifelsohne eine Schlüsselfigur des schwarzen Bürgerrechtskampfes und wurde deshalb nicht zu Unrecht als dessen vorrangiger Repräsentant wahrgenommen.

Nach der Rede stürzten sich die Zuhörer auf King, umringten ihn wie einen Popstar, wollten ihn berühren, fotografierten ihn, baten um Autogramme. Nun ging es also in die einen Kilometer entfernte Sophienkirche. Die platzte bereits aus allen Nähten – so bot sich ein für Gottesdienste ungewöhnliches Bild, das an den späteren Menschenandrang im Audimax der Technischen Universität in Berlin auf dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 erinnert, wo in dem heillos überfüllten Raum die Zuhörer sogar auf dem Podium saßen, um Rudi Dutschkes Worten zu lauschen. Auch in der Sophienkirche nutzten die Gäste jede noch so kleine Nische als unüblichen Sitzplatz aus, hatten sich um den Altar und das Taufbecken niedergelassen; und auch dieser Kirchenauftritt Kings war lautstark von aufbrandendem Applaus und unvermittelten Choreinlagen begleitet. Erst gegen Mitternacht überquerte King wieder den „Checkpoint-Charlie“ und zog sich in das Berliner Senatsgästehaus zurück. Seine symbolträchtige Terminhatz in Berlin war zu Ende.

70 Vgl. King 1985 (s. Anm. 16), S. 220; Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 22.

71 Vgl. Garrow, David J.: Leadership and Competition in the Civil Rights Movement, in: Eagles, Charles W. (Hg.): The Civil Rights Movement in America, Jackson 1986, S. 55-64, hier S. 55-60.

EPILOG

Entgegen der Erwartung der US-Behörden hatte King auf Gastspiele in beiden Teilen der Stadt bestanden und hinterließ dadurch sämtlichen Berlinern die optimistischen Worte: „Wo Menschen die Mauern der Feindschaft abbrechen, die sie von ihren Brüdern trennen, da vollendet Christus sein Amt der Versöhnung.“ Für King war der Berlin-Aufenthalt allerdings kaum mehr als ein interessantes Zwischenspiel, die Memoiren von Kings Witwe erwähnen die Episode mit nur einem Satz: „Im gleichen Sommer ging Martin auch nach Deutschland, um in Kirchen West- und Ost-Berlins zu predigen; anschließend flog er nach Rom zu einer Privataudienz bei Papst Paul VI.“⁷² Dagegen dürfte es sich besonders für die Ostberliner um einen eindrucksvollen, unvergesslichen Auftritt gehandelt haben. Bereits aus dem Bericht des *FAZ*-Korrespondenten, der ja kein Einwohner der Diktatur war, sprach ein bewegendes Moment jenes Abends:

„Es war der Wunsch spürbar (und diese Spürbarkeit ist keine feuilletonistische Erfindung), einem Mann zu begegnen, der Revolution und Menschlichkeit verbindet, einem Führer, der auf Gewalt wie auf Ideologie verzichtet, einem Menschen von legendärem Ruf. Einem Amerikaner, der es sich erlauben kann, seine Predigt mit einem zweifachen Hallelujah zu beenden, ohne sich dem Verdacht des Überschwenglichen, gar des Lächerlichen auszusetzen. Dieses Hallelujah in seiner trockenen Fröhlichkeit, in seiner hergestammten Heiterkeit klang noch in unseren Ohren, als wir beim Kontrollpunkt Heinrich-Heine-Straße, auf eine Senkgrube dirigiert wurden, damit das Fahrzeug genau geprüft werden könne.“⁷³

Im Rahmen seiner späteren Reise zur Nobelpreisverleihung predigte King in weiteren Kirchen westlicher Gesellschaften, so in der Londoner St. Paul's Cathedral und in der Kathedrale von Stockholm.⁷⁴ Die Worte, die Martin Luther King dann drei Monate nach seinem Berlin-Besuch in seiner Osloer Nobelpreisrede sprechen würde, klingen aus heutiger Sicht, als wären sie für die Friedliche Revolution von 1989 geschrieben worden – der Gedanke, dass „Gewaltlosigkeit die Antwort auf die entscheidenden politischen und rassischen Fragen unserer Zeit

72 King 1985 (s. Anm. 16), S. 211.

73 Hildebrandt, Dieter: Auf jeder Seite der Mauer Gottes Kinder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.1964.

74 Vgl. King 1985 (s. Anm. 16), S. 9 u. S. 16.

ist – daß Unterdrückung gewaltlos überwunden werden muß“⁷⁵. King selbst marschierte in den folgenden Jahren noch weiter an der Spitze von Massendemonstrationen, so im März 1965 mit rund 3000 Personen in Selma – im Angesicht der Polizei kniete die Gruppe nieder und betete – sowie dem anschließenden „Freiheitsmarsch“ in das achtzig Kilometer entfernte Montgomery.⁷⁶ Später erweiterte er sein politisches Themenspektrum, 1967 trat mit King in der Öffentlichkeit ein prominenter, nunmehr mit Nobelpreiswürden ausgestatteter Kopf auf, der sich entschieden gegen die Fortführung des Vietnam-Krieges aussprach: King forderte die Einstellung der Bombardements und Friedensverhandlungen.⁷⁷ Mit seinen politischen Positionen, vor allem aber mit seinen Protestmethoden, medienwirksam eine schockierende Polizeigewalt zu provozieren, dürfte er zudem eine nicht unerhebliche Inspirationsquelle für die Demonstrationen der Jahre 1967/68 gewesen sein. Doch während die „68er“ damals noch am Anfang ihrer Karrieren standen, endete Kings Leben im Alter von 39 Jahren, als ihn auf dem Balkon eines Motels in Memphis, Tennessee am 4. April 1968 eine tödliche Kugel traf.

75 Martin Luther King in seiner Dankesrede in Oslo am 10. Dezember 1964 zitiert nach ebd., S. 15.

76 Vgl. Vahl 1968 (s. Anm. 4), S. 77-80.

77 Vgl. Scharenberg 2011 (s. Anm. 2), S. 142 ff.

Willy Brandt und die 1960er Jahre

Sein Debüt auf der politischen Bühne

YVONNE BLÖCKER

Dieses Bild ging um die Welt: der Kniefall von Willy Brandt im ehemaligen Warschauer Ghetto im Jahr 1970. Inzwischen wird die Situation auch ohne Betrachtung der prominenten Fotografie bildhaft – nur wenige andere politische Gesten haben sich derart ins historische Kollektivgedächtnis eingebrannt, sich zum Symbol, ja zu einer Ikone der deutsch-polnischen Versöhnung entwickelt wie diese. Doch während Brandts Kniefall heute und auch unter zeitgenössischen JournalistInnen als unschätzbar wertvoller Beitrag zur Völkerverständigung und als historische Szene¹ gilt, fiel das Urteil der Bevölkerung zur damaligen Zeit gespalten aus – 41 Prozent sahen Brandts Geste als angemessen an, 48 Prozent hingegen bewerteten sie als übertrieben.² Damit sorgte Brandt, geradezu kennzeichnend für sein Leben und seine politische Karriere insgesamt, einmal mehr für eine Polarisierung, was sein politisches Handeln anbelangt.

Der aus Lübeck stammende Brandt wird aber nicht nur mit seinem Kniefall in Warschau, sondern ebenso mit seinem Konzept der Ostpolitik, für die er 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, mit seinem Motto „mehr Demokratie wagen“, als es um innenpolitische Reformen ging, und vor allem mit seiner Wahl zum ersten SPD-Bundeskanzler nach zwanzig Jahren CDU-Führung verbunden. Und nicht zuletzt steht Brandt für eine 23-jährige Ära im SPD-Parteivorsitz, der bis dato längsten in der mittlerweile 150-jährigen Parteigeschichte.

1 Vgl. Appel, Reinhard: „Überraschende Geste Willy Brandts. Der 7.12. in Warschau. An der ‚Gedenkstätte des Ghettos‘ beugt der Kanzler die Knie“, in: Stuttgarter Zeitung, 08.12.1970.

2 Vgl. o.V.: Kniefall angemessen oder übertrieben?, in: Der Spiegel, 14.12.1970.

Derartige Leistungen und Karrieremomente des Sozialdemokraten erscheinen retrospektiv nahezu wie Momentaufnahmen aus märchenhaften Glanzjahren der SPD – bedenkt man beispielsweise die Bundestagswahl 2013 mit dem zweit-schlechtesten Wahlergebnis für die Sozialdemokratie seit 1949. Doch sind Brandts Errungenschaften und Wirkungen ab Ende der 1960er Jahre – sei es als Außenminister, als Bundeskanzler oder sein als charismatisch geltendes Auftreten – letztlich Ergebnisse langjähriger Erfahrungen, unterschiedlicher Entwicklungen sowie nicht zuletzt auch günstiger Gelegenheiten. Insbesondere die frühen 1960er Jahre waren für Brandts politische Karriere grundlegend – und wirken heute wie der Auftakt seiner bundespolitischen Karriere. Brandt und der gesellschaftliche Zeitgeist bildeten dabei eine spezifische Konstellation, in der sich Phasen des Gegensatzes und der ‚Angleichung‘ abwechselten. So oder so: Brandts Debüt auf der politischen Bühne begann vor allem Ende der 1950er Jahre und zu Beginn der 1960er Jahre in Berlin.

Die Zeit als Regierender Bürgermeister in Berlin, 1957 bis 1966, war für Willy Brandt keine leichte: Das Berlin Ultimatum von 1958 und der Mauerbau 1961 forderten sein politisches Geschick. So suchte Brandt im Jahr 1958, als die Sowjetunion die Rechte der Alliierten in Berlin einschränken wollte, umgehend den Rückhalt mit der Bundesregierung und den westlichen Alliierten. Nahezu automatisch rückte er dabei in die Rolle eines Sprechers für ganz Berlin und lehnte die sowjetische Forderung eines Abzugs der westlichen Truppen aus West-Berlin als untragbar ab,³ denn Brandt sah die damit verbundene Gefahr einer Auslieferung West-Berlins an die Sowjetunion. Die *Berliner Morgenpost* beschrieb Brandt dann auch sogleich als ausgezeichneten Bürgermeister; sein politisches Gewicht schien nun mit dem Adenauers gleichgezogen zu haben.⁴ Aufgrund seines entschlossenen Handelns erlangte Brandt nicht nur in Berlin große Popularität – was sich bald in den hohen SPD-Wahlergebnissen der Stadt niederschlug⁵ –, sondern er wurde auch deutschlandweit immer bekannter. Während Brandt im Zuge des Mauerbaus die Alliierten offen für ihre Tatenlosigkeit kritisierte, war Bundeskanzler Konrad Adenauer nicht einmal nach Westberlin gereist – ein Umstand, der Adenauer später vorgeworfen wurde und Brandt zugleich als Mann der Tat erscheinen ließ – der aufstrebende Sozialdemokrat hatte erstmals von sich reden gemacht. Zwei Jahre später, 1963, eröffnete sich für den Bürgermeister Westberlins dann eine weitere Gelegenheit, deutschlandweit Aufmerksamkeit zu erlangen: der Besuch des US-Präsidenten John F. Kennedy.

3 Vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt, 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002, S. 356.

4 Vgl. ebd., S. 357.

5 Beispielsweise hatte die SPD im Jahr 1963 61,9 Prozent der Stimmen erhalten.

Adenauer begrüßte den amerikanischen Gast gemeinsam mit Willy Brandt. Diese Dreierkombination gereichte dem 87-jährigen Bundeskanzler allerdings zum Nachteil: An der Seite der beiden deutlich Jüngeren wirkte er alt, steif, ja wie ein Symbol einer vergangenen Ära; dagegen bestachen die zwei Politiker Brandt, Jahrgang 1913, und Kennedy, Jahrgang 1917, durch ihre Jugend und Vitalität. Sie waren geradezu prädestiniert dafür, sie mit Erneuerung zu verbinden; mit ihnen ging quasi automatisch eine gewisse politische Umbruchstimmung einher. Sie konnten die Massen begeistern – der „Alte“ hingegen entsprach seinem Spitznamen.

Bereits im Wahlkampfsjahr 1961 war Brandt oft mit dem jugendlich und charismatisch wirkenden Kennedy verglichen worden. Brandts Alter war es schließlich auch, von dem sich die SPD einen möglicherweise entscheidenden Vorteil im Wahlkampf gegen Adenauer erhoffte. Die Politiker Adenauer und Brandt waren sich jedoch nicht nur im Erscheinungsbild gegensätzlich, sondern auch in ihren Erfahrungen und Prägungen – vor allem aber in ihrer Medienwirkung.

Bereits während einer Reise Willy Brandts in die USA in den späten 1950er Jahren sahen amerikanische Beobachter in ihm Qualitäten, die ihn zum modernen „Medienpolitiker“ befähigen würden.⁶ Denn Brandt war ausgesprochen foto- und telegen, er wusste sich in Szene zu setzen: Er und seine Ehefrau Rut Brandt, beide gut aussehend, elegant und weltgewandt, fanden stets das Interesse der Medien.⁷ Denn Brandt wirkte jung, unverbraucht, dynamisch und hatte trotz seiner Arbeiterherkunft eine gewisse glamouröse Ausstrahlung, die geradezu ein Gegenbild zur klassischen Sozialdemokratie entwarf und ihn für die Medien zu einem spannenden Beobachtungsobjekt werden ließ – denn Brandt war kein Standardpolitiker. Hilfreich für Brandts Medientauglichkeit war sicherlich auch, dass der Verleger Axel Springer dem Sozialdemokraten Willy Brandt zugetan war und ihn früh systematisch mit aufbaute. So wurde beispielsweise über Brandts Auslandsreisen als Regierender Bürgermeister in großer Aufmachung berichtet – mit Erfolg, da Brandts Beliebtheitswerte stetig stiegen. Seit den 1950er Jahren führte Brandt in der Bundesrepublik einen ‚neuen‘ medialen Stil ein, indem er sich regelmäßig mit in- und ausländischen Journalisten traf, sich den medialen Gegebenheiten anzupassen wusste und Medien nicht, wie beispielsweise Konrad Adenauer, als Instrumente zur einseitigen Beeinflussung der

6 Vgl. Münkler, Daniela: Als „deutscher Kennedy“ zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, H. 2/2004, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208209/default.aspx> [eingesehen am 20.09.2013].

7 Vgl. Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, Berlin 2001, S. 96.

Öffentlichkeit verstand.⁸ In den folgenden Jahren baute Brandt seine gezielte Medienpolitik noch weiter aus. Sein offensiver Umgang mit den Medien kann sicherlich auf seine eigenen journalistischen Erfahrungen und Fähigkeiten, die er in seiner Exilzeit als Journalist gesammelt hatte, zurückgeführt werden, aber auch darauf, dass er die Bedeutung der Massenmedien für den Prozess der politischen Meinungsbildung erkannt hatte.⁹ Radio und Fernsehen fanden in der Gesellschaft eine immer größere Verbreitung und so ist es nicht verwunderlich, dass Brandt im Jahr 1961 Adenauer gar zu einem TV-Duell herausforderte, was letzterer jedoch ablehnte. Adenauer erinnerte sich wohl an eine *Allensbacher* Umfrage aus dem Jahr 1960: Bei einer Direktwahl des Bundeskanzleramts hätte Willy Brandt seinerzeit mehr Stimmen als Konrad Adenauer oder Ludwig Erhard erhalten¹⁰ – Brandt schien hier also die Bevölkerung durch seine Ausstrahlung und durch sein Auftreten als entschlossen handelnder Bürgermeister für sich eingenommen zu haben. Eine Gefahr, die auch Adenauer gespürt haben musste: Im TV-Duell hätte sich das junge und redegewandte Erscheinungsbild Brandts für den CDU-Mann sicherlich als Nachteil erwiesen. Gerade hierin, im fernsehtauglichen öffentlichen Auftritt, lagen Brandts Stärken, wie bereits 1958 *The London Times* feststellte:

„He has a face of a kindly, thoughtful but determined boxer. He speaks well, with calm and sincere emphasis, and meets the Press with a directness and charm which disarm criticism. He photographs well, which is not the least of his assets in the television age, and has a very wide appeal among the all-important women voters. To most Berliners he seems to represent youthful vigour, courage, and sincerity.“¹¹

Dennoch konnten Brandts Fähigkeiten – sei es seine generelle Ausstrahlung oder seine Wirkung auf die Presse – ihn nicht vor Diffamierungen schützen. Sein erster Bundestagswahlkampf im Jahr 1961 war zugleich auch eine Kampagne gegen ihn als Person: Bei einer Wahlveranstaltung in Regensburg, ein Tag nach

8 Vgl. Münkelt, Daniela: Zwischen Diffamierung und Verehrung. Das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974), in: Tessmer, Carsten (Hg.): Das Willy-Brandt Bild in Deutschland und Polen, Berlin 2000, S. 23-40, hier S. 25.

9 Vgl. Münkelt 2004 (s. Anm. 6).

10 Vgl. Noelle, Elisabeth/Neumann, Peter Erich (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964. Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1965.

11 O.V.: „Herr Brandt's rapid rise as a German leader“, in: *The London Times*, 09.12. 1958 (hier zitiert nach Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hg.): Stimmen zu Willy Brandt, 2013, URL: http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Stimmen_zu_Willy_Brandt.pdf [eingesehen am 28.09.2013]).

dem Berliner Mauerbau, sprach Adenauer von seinem Gegenkandidaten als „Brandt alias Frahm“ und deutete damit auf dessen Jahre im Exil hin, aber auch auf dessen nichteheliche Geburt – beide Begebenheiten ließen sich damals als gesellschaftliche Mankos werten. Der CSU-Mann Franz Josef Strauß ging sogar so weit, die rhetorische Frage zu stellen: „Eines wird man Herrn Brandt doch fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.“¹² Gerade die konservative Presse griff Brandts Vergangenheit immer wieder auf und instrumentalisierte sie gegen ihn – Brandt erschien so in den Augen mancher Zeitgenossin und manches Zeitgenossen als Abkömmling unsittlicher Familienverhältnisse, der sich während der NS-Zeit ins Ausland davongestohlen hatte.¹³ Tatsächlich gingen seine Beliebtheitswerte infolge dieser Diffamierungen zurück. Vor allem, weil die Presse, also ‚das Geschriebene‘, noch immer als zentrales politisches Informationsmedium fungierte. Schließlich überwog eine gesellschaftliche Skepsis gegenüber Brandt, sodass sich bis zum Jahr 1965 das Brandt-Bild in der Bevölkerung merklich verschlechtert hatte: Berlin war bald nach dem Mauerbau aus dem Alltagsbewusstsein der Westdeutschen verschwunden und wurde nur noch als Problem und Unruheherd wahrgenommen;¹⁴ weitere Diffamierungskampagnen gegen Brandt taten ihr Übriges, um ihn als vertrauensunwürdigen Politiker darzustellen.

Nach Brandts anfänglichem Hoch, sprich: nach seiner stets steigenden Bekanntheit, nach positiven Pressestimmen, die auch aus dem Ausland erklangen, und nach Hinzugewinnen von SPD-Stimmen insgesamt, folgte nun ein Tief für den Sozialdemokraten – die Anbindung zum Zeitgeist schien verloren. Auch seine erneute Kandidatur für das Bundeskanzleramt 1965 war erfolglos: Zwar konnte die SPD ihren Stimmenanteil ausbauen, doch gelang dies auch den Unionsparteien. Das zuvor selbstgesetzte SPD-Wahlziel, stärkste Partei zu werden, wurde folglich verfehlt. Und es erschien daher nur konsequent, dass Brandt seinen Verzicht auf weitere Kanzlerkandidaturen kundtat – wenngleich diese Entscheidung wohl nicht zuletzt der wiederholten Konfrontation mit Diffamierungskampagnen geschuldet gewesen war. Im Zuge dessen resümierte er, dass

12 Hier zitiert nach Merseburger 2002 (s. Anm. 3), S. 410.

13 Vgl. Münkler, Daniela: „Alias Frahm“. Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse, in: Krohn, Claus-Dieter (Hg.): Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 397-418.

14 Vgl. Micus, Matthias: Willy Brandt, die Medien-Marionette, in: Spiegel Online, 04.03.2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ehemalige-kanzlerkandidaten-willy-brandt-die-medien-marionette-a-469575.html> [eingesehen am 28.09.2013].

der Wahlkampf 1965 – wie sicherlich auch der vorherige – Wunden hinterlassen habe. Fast schien es so, als ob Brandt die politische Bühne verlassen würde.

Doch die ausbleibenden Erfolge hatten durchaus ihren Sinn. Zwar war Brandt noch nicht in die Regierungsverantwortung auf Bundesebene gelangt, doch waren die Weichen hierfür bereits gestellt: einerseits seine zunehmende bundesweite Bekanntheit, andererseits seine – wenn auch zeitweise zurückgegangene – Popularität und die steigenden WählerInnenstimmen für die SPD. Gerade hier lag der Kern zukünftiger Erfolge: Bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 zeigte sich bereits, dass die SPD vom Generationswechsel jener Zeit profitierte, denn ein Drittel ihrer Zugewinne ließ sich auf den Zuspruch unter jungen Wählerinnen und Wählern zurückführen. Doch die SPD-nahe, als „68er“ bezeichnete Generation durfte erstmals 1969 wählen – erst ab diesem Zeitpunkt veränderten sich kontinuierlich gesellschaftliche Mehrheitseinstellungen, sodass beispielsweise Anti-Emigrations-Kampagnen, wie sie Unionspolitiker gegen den Kanzlerkandidaten Brandt durchgeführt hatten, weitaus weniger Anklang in der Gesellschaft fanden.¹⁵ Erst dieser in den frühen 1960er Jahren beginnende Mentalitätswandel, der mit einem Generationenwechsel an den Wahlen 1969 einherging, machte den Regierungswechsel möglich – und den Weg frei für Willy Brandt als ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler. Langsam passte der gesellschaftliche Zeitgeist zu Brandt, zu seiner Wirkungsweise und zu guter Letzt auch zu seiner Politik.

Wie gesagt, begannen sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Brandts Kanzlerschaft am Anfang der 1960er Jahre einzustellen. Und auch in der SPD ist diese Zeit entscheidend. Denn innerparteilich war hier einiges im Gange, vor allem das Jahr 1964 war für Brandt geradezu erlösend: Während er 1958 noch drei Anläufe benötigte, um überhaupt nur in den Parteivorstand gewählt zu werden, und er beim Hannoveraner Parteitag 1960 – trotz seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten – derart wenige Delegiertenstimmen erhielt, dass er nur auf dem 21. Platz für den Parteivorstand landete, so wurde Brandt nun mit klarer Mehrheit zum neuen SPD-Parteivorsitzenden gewählt. Mit 320 von 333 Stimmen fiel das Ergebnis sogar sichtlich gut aus. Brandt konnte aufatmen – endlich war er an der Spitze der Organisation angelangt. Dieser Erfolg ist jedoch insbesondere auf Herbert Wehner zurückzuführen, der ihm den Weg hierfür ebnete.¹⁶

15 Vgl. Micus, Matthias: Willy Brandt, die Medien-Marionette, in: Spiegel Online, 04.03.2007, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ehemalige-kanzlerkandidaten-willy-brandt-die-medien-marionette-a-469575.html> [eingesehen am 28.09.2013].

16 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 3), S. 429.

Dennoch: Der parteiinterne Enthusiasmus blieb aus und weiterhin bestand Skepsis gegenüber Brandt.

Seit den 1950er Jahren fiel Willy Brandt immer wieder als jemand auf, der die SPD ‚modernisieren‘, sie in ihren programmatischen Zielvorstellungen auf die Höhe der gesellschaftlichen Veränderungen bringen und sie schließlich zu einer Volkspartei umgestalten wollte – Brandt wollte die neuen Mittelschichten erreichen. Aber: Der Reformer wurde von seinen Parteigenossen misstrauisch beobachtet. Zum einen, da Erneuerungen stets auch Anstrengung und Ungewissheit mit sich bringen und auf viele daher abschreckend wirken. Zum anderen unterschied sich Brandt in seinem Erscheinungsbild und Führungsstil beträchtlich von seinen Vorgängern: Seine charismatische Ausstrahlung, seine Unterstützung seitens der Medien, sein Talent als Redner und seine sowohl kollegiale als auch dialogische Umgangsweise mit MitarbeiterInnen standen im Kontrast zum autoritären Führungsstil Kurt Schuhmachers oder dem drögen Image Erich Ollenhauers. Gleichwohl geriet vor allem Brandts Führungsweise immer wieder in die Kritik, galt er vielen doch als zu lasch, zu nachsichtig oder als zu wenig standfest.¹⁷ Kritik war nicht selten auch mit Misstrauen gegenüber Brandt verbunden. Denn außerhalb Berlins war er nicht in der Parteiorganisation verankert.

Insofern mochte damals niemand geahnt haben, dass Brandt noch 23 Jahre lang das Amt des Parteivorsitzenden ausüben sollte; ein Artikel im *Stern* fasst 1983 Brandts besondere Bedeutung als Parteivorsitzender treffend zusammen:

„Als Parteivorsitzender [...] ist Willy Brandt im Augenblick der einzige, der frei von Abhängigkeiten und Tageszwängen, durch seine Integrationskraft verhindern kann, daß aufgeschlossene junge Leute an Bürgerinitiativen oder die Grünen verlorengehen.“¹⁸

Insbesondere sein oft kritisierte, offener Führungsstil als Parteivorsitzender brachte ihm Authentizität wie auch Wertschätzung ein und verlieh ihm eine überparteiliche Integrationskraft. So ließ er zum Beispiel verschiedene Auffassungen innerhalb der Partei zu und wusste diese gekonnt zu moderieren. Seine Prämisse war dabei stets, die SPD für neue soziale Bewegungskräfte zu öffnen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse mit zu gestalten. Dies unterschied ihn klar von seinem Vorgänger Erich Ollenhauer, der 1952 bis 1963 Parteivorsitzender war; diesem hatte es an politischer Intuition und Visionen gefehlt, vielmehr war er „der Verwalter des sozialdemokratischen Erbes; der Administrator

17 Vgl. Grebing, Helga: Willy Brandt: Der andere Deutsche, Paderborn 2008, S. 85 ff.

18 O.V.: „Mit 70 nach vorn“, in: *Stern*, 08.12.1983.

des Parteiwillens“¹⁹ gewesen. Brandt füllte nun diese Defizite aus und passte zu der durch das Godesberger Programm reformierten Partei weitaus besser als Ollenhauer. Brandts Einstellung zur Erneuerung der Partei und seine abwägende sowie moderierende Führungsweise trugen – entgegen aller Kritik – sicherlich dazu bei, dass er bei der Wahl zum Parteivorsitzenden im Jahr 1968 mit 325 Stimmen bei nur acht Gegenstimmen im Amt bestätigt wurde.²⁰

Zunächst tat sich Brandt allerdings schwer in der neuen Rolle des Parteivorsitzenden. Er brauchte Jahre, um sich in der Partei durchzusetzen und vollauf akzeptiert zu werden. Zum einen, weil ihm die innerparteiliche Ochsentour fehlte – er war als Regierender Bürgermeister, in einem öffentlichen Wahlamt also, politisch groß geworden; und zum anderen führte er sein Berliner Amt bis 1966 fort. So war Brandt aufgrund seiner Abwesenheit von der Bundeshauptstadt Bonn und seiner fehlenden Vernetzung in der Partei in den ersten Jahren stark von Herbert Wehner abhängig, der bis Mitte der 1960er Jahre als eigentlicher Dirigent der SPD galt, während Brandt parteiintern als politisches Leichtgewicht wahrgenommen wurde. Gleichwohl war für die GenossInnen Brandt jener Vorsitzende, mit dem sich die Partei ein neues Image, ja einen neuen Look geben konnte: weltoffen, dynamisch, charismatisch. Deshalb fiel die Wahl zum Parteivorsitz auch nicht auf Fritz Erler, der durch seine eher spröde und kühle intellektuelle Art nicht das ‚Neue‘ der SPD zu repräsentieren vermochte. Brandt hingegen schien alle Fähigkeiten mitzubringen, um dem Anspruch der Partei gerecht zu werden – und später sogar zur Pop-Ikone der Sozialdemokratie zu avancieren.

Berlin und Bonn – diese Doppelbelastung kostete Brandt Kraft. Er konnte sich nicht auf beide Ämter gleichermaßen konzentrieren: Weder bekam er die Partei richtig in den Griff, noch konnte er den Berliner Senat 1964 zusammenhalten. Seine jugendliche, frische Dynamik löste sich nahezu auf. Bald schon wirkte Brandt nicht mehr charismatisch, war nicht mehr mitreißend – nicht für die eigene Partei, nicht im Bundestagswahlkampf 1965 gegen den Unionskanzler Ludwig Erhard. Der Sozialdemokrat wirkte müde, resigniert und erschien für die Öffentlichkeit immer mehr als ein Mann, dessen Glück und Erfolg abhanden gekommen waren, mithin: als ein Verlierer. Damit entwickelte sich Brandt für seine Partei zur Belastung und war auch selbst psychisch angeschlagen²¹ – immer wieder befielen ihn im Laufe seines Lebens depressive Phasen.

19 Walter, Franz: Erich Ollenhauer. Lauterkeit und Phlegma, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 45-61, hier S. 47.

20 Vgl. Grebing 2008 (s. Anm. 17), S. 91.

21 Vgl. Walter, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2009, S. 108.

Umso erstaunlicher war es, als 1966 im Brandt-Drama die Peripetie eintrat: Vermittels seiner eigenen Autorität und ohne Hilfe eines Organisators wie Wehner avancierte er zum unumstrittenen Vorsitzenden. Und: Er wirkte nun wieder wie einst: dynamisch, jugendlich, frisch, charismatisch, nur diesmal mit mehr Entschlossenheit, so als ob eine gewisse Reife hinzugekommen wäre. Was war passiert? Indem Brandt erklärte, nicht weiter als Kanzlerkandidat zur Verfügung zu stehen, befreite er sich von inneren und äußeren Ansprüchen ihm gegenüber. Brandt musste jetzt nicht mehr einer ihm zugewiesenen, ja aufgezwungenen Rolle gerecht werden, beispielsweise nicht mehr als Kennedy-Abbild erhalten oder sich derart inszenieren. Frei von Lasten und innerlich ausgeglichen schaffte es Brandt schließlich, seine Partei wieder mitzureißen, ein Gefühl zu vermitteln, dass es sich lohne, SozialdemokratIn zu sein.²² Denn Brandt hatte nicht nur seine früheren Stärken zurückerlangt, sondern nun auch konkrete, politisch-inhaltliche Visionen: Sein Konzept der neuen Deutschland- und Ostpolitik stieß nun immer mehr auf gesellschaftliche und parteiinterne Resonanz – und einte ihn letztlich mit dem Zeitgeist der späten 1960er Jahre. Denn die deutsche Bevölkerung sehnte sich damals zunehmend nach einer Loslösung von der Adenauer-Zeit, nach einer Entspannung gegenüber dem Osten Deutschlands und Europas wie auch nach einer politischen Vision zum Problem der scheinbar festgefügtten Teilung. Brandts zeitgenössischer Zuspruch, der sich im Laufe der 1960er Jahre entwickelt hatte, zeigt sich auch darin, dass seitdem die Mitgliederzahl der SPD bis Mitte der 1970er Jahre stetig anstieg.

Bereits beim Bundestagswahlkampf 1961 war Brandt nahegelegt worden, sein Konzept der Deutschland- und Ostpolitik stärker in den Wahlkampf einzubringen²³ – jedoch ohne Erfolg. So sah beispielsweise Klaus v. Dohnanyi infolge des Mauerbaus einen Einstellungswandel durch die Bevölkerung gehen, eine gewisse Sehnsucht nach einer anderen, ausgleichenden und versöhnenden Politik aufkommen.²⁴ Hier erhielt die SPD eine Chance, sich gegenüber Adenauer zu profilieren. Denn Adenauers zögerndes Taktieren, das Ausbleiben eines politischen Lösungsweges und das Fehlen einer Vision seitens der CDU/CSU wurden in der Bevölkerung in den darauffolgenden Jahren immer mehr als Probleme wahrgenommen.

Zunächst hielt sich Brandt damit zurück, seine neue Deutschland- und Ostpolitik öffentlich zu bewerben – es hätte womöglich nicht zum noch unerfahrenen Brandt der frühen 1960er Jahre gepasst. Zu sehr schien er noch seine ‚Rolle‘ auf der politischen Bühne zu suchen. Erst als er selbst vom inneren politischen

22 Vgl. Zundel, Rolf: Willy Brandts Wiederkehr, in: *Die Zeit*, 10.06.1966.

23 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 3), S. 426.

24 Vgl. ebd.

Druck befreit war, ab 1966 also, konnte er sich politisch ‚finden‘ und seine außenpolitischen Visionen selbstbewusst und daher auch authentisch vertreten. Mehr noch, die selbigen wurden sogar zur Quelle des neuen, ‚führungsfähigen‘ Brandts und seines wiedererstarkten Charismas.²⁵ Wenn auch in den Jahren 1961 bis 1963 die Grundlagen für Brandts spätere Ost-Entspannungspolitik gemeinsam mit seinem politischen Gefährten und Vertrauten Egon Bahr gelegt wurden, so gab es hierfür doch zunächst noch keinen parteiinternen Rückhalt für ‚das Neue‘. Erst ab Mitte der 1960er Jahre wandelte sich dies: Die Partei sehnte sich nach einer klaren Politik des Kontrastes zur Christdemokratie, nach einer sozialdemokratischen Alternative. Brandts außenpolitischer Entwurf passte schließlich zu diesem friedenspolitischen *desire* der Partei,²⁶ woraufhin dieser ab 1966 die neue Deutschland- und Ostpolitik ähnlich entschlossen verfolgte wie einst Konrad Adenauer seine Westpolitik in den frühen 1950er Jahren.

Diese inhaltliche Schwerpunktsetzung der Außen- und Deutschlandpolitik sprach ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auch die Gesellschaft an. Denn gewissermaßen hatten sich Brandt und der Zeitgeist gleichzeitig gewandelt: Zwar hatte die Bevölkerung jener Zeit auf der einen Seite (weiterhin) eine gewisse Sehnsucht nach Leitbildern; doch wollte sie auf der anderen Seite weder Helden- noch Patriarchenfiguren.²⁷ Diese Ambivalenz – sicherlich auch eine Folge des Generationenwechsels – konnte Brandt zeitweise bedienen und so führte er die SPD 1966 erstmals in die Regierungsverantwortung, in die Große Koalition, und später, 1969, in die erste sozialdemokratisch geführte Regierung im Bündnis mit der FDP. Somit entwickelte sich Brandt im Verlauf der 1960er Jahre zunehmend zu einem Gegenbild der Adenauer-Ära – mit ihm konnte (endlich) der Mief jener Jahre abgelegt und auch personell unterstrichen werden. Ein Anspruch, der sich insbesondere seitens der Jugend entwickelte. Gerade in den jüngeren Bevölkerungsteilen wollte man einen Politiker ohne NSDAP-Vergangenheit; zumal der Bundeskanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, aber auch der SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller Mitglieder in der NSDAP gewesen waren. Brandt hingegen war anders, trug durch seine Emigration und linkssozialistische Vergangenheit eine andere Biografie in das bundesdeutsche Bewusstsein. Damit hatte sich seine Exil-Zeit während des NS-Regimes von ei-

25 Vgl. Kieseritzky, Wolther: „Wie eine Art Pfingsten ...“ – Willy Brandt und die Bewährungsprobe der zweiten deutschen Republik, in: Möller, Frank (Hg.): *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 219-258.

26 Walter 2009 (s. Anm. 21), S. 110.

27 Vgl. Hofmann, Gunter: *Willy Brandt. Porträt eines Aufklärers aus Deutschland*, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 14.

ner Angriffsfläche für politische Gegner in einen Vorteil im Werben um junge Wahlberechtigte gewandelt.

Für Willy Brandt kann man für die 1960er Jahre in gewisser Weise die Formel *Brandt = (offen für) Neues* aufmachen. Offenheit demonstrierte Brandt nicht nur, wenn es darum ging, neue außenpolitische Wege einzuschlagen, sondern auch, als sich im Laufe der 1960er Jahre eine immer enger werdende Kooperation zwischen Intellektuellen und Brandt entwickelte; insbesondere zum Schriftsteller Günter Grass entstand eine enge Verbindung. Die sogenannte, von Grass gegründete „Sozialdemokratische Wählerinitiative“ ist bis heute ein einmaliger Zusammenschluss²⁸ und sicherlich auf die Person Brandt zurückzuführen. Denn er besaß die Offenheit für eine derartige Entwicklung und er erkannte früh die hierin liegende Chance, neue WählerInnenschichten für die SPD anzusprechen und das Image einer biedereren Partei der ArbeiterInnen und kleinen AngestelltenInnen abzulegen. Trotzdem: Die sich vertiefende Zusammenarbeit zwischen Brandt und Grass beziehungsweise der Wählerinitiative wurde in der Partei kritisch gesehen – verstand man doch unter TraditionalistInnen Politik als ausschließliche Partei- und Regierungspolitik, ohne Einmischungen aus der Künstler- und SchriftstellerInnenszene. Vor allem Grass sprach sich seit Mitte der 1960er Jahre immer wieder öffentlich für ein Votum zugunsten der SPD aus, absolvierte Wahlkampfauftritte, steuerte Ideen und Formulierungshilfen bei.²⁹ Umso enttäuschter waren er und sicherlich auch weitere Brandt-SympathisantInnen, als Brandt 1966 die Große Koalition einging. Doch sah der Politiker Brandt – anders als der Schriftsteller Grass – in der Regierungsbeteiligung eine günstige Gelegenheit, die Partei in der Bevölkerung als akzeptable Wahlmöglichkeit zu präsentieren.

Und dieses Kalkül ging auf: Brandt übernahm das Amt des Außenministers, brillierte auf internationaler Bühne, verschaffte sich und der SPD das Image einer regierungsfähigen Partei, sodass die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 1969 ihren Stimmenanteil leicht vergrößern und im Bündnis mit den Freidemokraten den Bundeskanzler stellen konnten. Brandt hatte nun Rückhalt in der Gesellschaft gewonnen. Nach einem kurzen zwischenzeitlichen Beliebtheitstief

28 Exemplarisch zum Verhältnis Intellektuelle und SPD vgl. Schönhoven, Klaus: Intellektuelle und ihr politisches Engagement für die Sozialdemokratie. Szenen einer schwierigen Beziehung in der frühen Bundesrepublik, in: Kaiser, André/Zittel, Thomas (Hg.): *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung*. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 279-298.

29 Exemplarisch zum Verhältnis Brandt und Grass vgl. Strasser, Johano: Die Mühen der Ebene. Der Briefwechsel zwischen Willy Brandt und Günter Grass, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, H. 6/2013, S. 67-70.

hatte er ab 1966 die Sehnsüchte der Menschen bedient: nach einer neuen Politik, nach einem ‚anderen‘ Politiker an der Spitze, nach einer innen- und außenpolitischen Lösung, ja nach einem Leitbild – sei es inhaltlich oder personell.

Brandts Debüt auf der politischen Bühne, so erscheint es, entsprach in den 1960er Jahren in gewisser Weise einem Drama: Der Held, der seinen inneren Konflikt, aber auch die Erschwernisse jener Zeit überwinden muss, besteht seine ‚Bewährungsprobe‘ und geht daraus schließlich mit neuer Energie und Kraft hervor – mit einer Hinwendung zum Guten, sofern man die Wahl zum Bundeskanzler als Ende des Brandt’schen-Dramas der 1960er Jahre betrachtet.

Das Ende der Eiszeit

Der Weg zum ersten Passierscheinabkommen von 1963/64

OLIVER D'ANTONIO

„Was waren das noch für biblische Zeiten, als jedermann, damit er geschätzt werde, sich aufmachte in seine Stadt und wenigstens wußte, wo sie war, wie sie hieß, als es noch nicht Ost-Bethlehem und nicht West-Bethlehem gab, sondern Hirten auf dem Felde und die Menge der himmlischen Heerscharen“¹

DIETER HILDEBRANDT, HEILIGABEND 1963

Es waren nur wenige Kommentare aus Berlin zu vernehmen, die nüchtern blieben in jenen Tagen zwischen Heiligabend und dem Dreikönigsfest um die Jahreswende 1963/64. Das Gleichnis erzählt von der geteilten Stadt Bethlehem und dem Auszug des Volkes Israels zur Volkszählung, als jeder noch in den Schoße seiner Familien, in seine Heimatstadt zurückkehren konnte, als jeder noch Lage und Namen des eigenen Herkunftsortes kannte. Doch diese Erinnerung drohte nun zu verblassen. Es ist offenkundig, dass der Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* an diesem Heiligabend von Berlin sprach, der gepeinigten, der geschundenen Stadt, die seit 28 Monaten eine unüberwindliche Mauer durchzog, die verhinderte, dass sich Familien seit jenen Augusttagen 1961 je hatten wiedersehen können. Vor diesem Hintergrund mutete es fast wie ein Weihnachtsmärchen an, als am 19. Dezember 1963 erstmals eine Einigung über eine umfassende Passierscheinregelung gefunden werden konnte, die eine Zusammenführung

1 Hildebrandt, Dieter: Immer geradeaus durch die Mauerlücke, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.12.1963.

der unfreiwillig durch zwei Weltsysteme Getrennten zumindest für wenige Stunden ermöglichte.

Vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 hatten die Westberliner die Chance, mit einem Passierschein zwischen 7 und 24 Uhr nach Ostberlin, in die Hauptstadt der DDR, zu reisen, um Verwandten einen Besuch abzustatten. Die nackten Zahlen unterstreichen, welch tiefliegendes Bedürfnis hier berührt wurde: In diesen 17 Tagen wurden in Ostberlin mehr als 1,2 Millionen Besuche registriert, abgehalten von schätzungsweise 700.000 Menschen, also von jedem Dritten Westberliner.

Doch das Ereignis hatte auch eine politische Dimension, die weit über das singuläre Ereignis und das Persönliche hinauswies. Denn dem ersten Passierscheinabkommen wird – nach der 18 Jahre währenden Verschärfung des innerdeutschen Konflikts – zugeschrieben, eine Ära der Détente im Kalten Krieg eingeleitet zu haben, die sich bis zum Grundlagen- und Verkehrsvertrag von BRD und DDR im Jahr 1971 hinzog. Und noch etwas ist bemerkenswert: Erstmals seit 1945 war Berlin, oder besser seinen beiden politischen Teilen, gelungen, wieder selbstbestimmt große Politik zu machen. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg war die Stadt zunächst für fast zwei Jahrzehnte nur der Ball in einem Spiel, das andere Mächte bestimmten. Berlin blieb dabei lediglich das Mittel der Theatralik, große Worte und Gesten, wie während der Berlin-Blockade Ernst Reuters verzweifelter Ruf an die Völker der Welt, sie mögen doch auf diese Stadt schauen. Gleiches gilt für die warmen, aber von realpolitischem Desinteresse geleiteten Worte des US-Präsidenten John F. Kennedy, der im Sommer 1963 rund 400.000 frenetisch jubelnde Westberliner mit der legendären Aussage begeisterte, einer von ihnen zu sein und damit seinen Nachfolgern von Reagan bis Obama aufbürdete, ihre jeweiligen Berlin-Visiten mit weit ungelinkteren Formulierungen zu begeben.

Tatsächlich fand die erste, von eigenständigem politischen Willen angeleitete Berliner Handlung von weltpolitischer Dimension jedoch bereits zweieinhalb Jahre zuvor statt. Damals, im Sommer 1961, schienen die eisigen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die sich wechselseitig einer diplomatischen Beziehung verweigerten, in einem ewigen Winter zu gefrieren. Das Symbol dieser Endgültigkeit war das wohl umstrittenste Bauwerk des 20. Jahrhunderts, eine bis zu vier Meter hohe Mauer, die den Westteil Berlins vom Osten abriegelte und endgültig zerschnitt, was offenbar nicht mehr zusammengehören sollte.

13. AUGUST 1961 – DAS MONSTRUM ENTSTEHT

Zahlen können Angst machen. Davor sind auch sozialistische Einheitsparteien und ihre Führer, wie die SED und Walter Ulbricht, nicht gefeit. Und die Zahlen der Bürgerinnen und Bürger, die der DDR den Rücken kehrten, waren in der Tat beängstigend: Allein im Juli 1961 hatten mehr als 30.000 Menschen die Deutsche Demokratische Republik verlassen und eine Aufnahme in den Auffanglagern der Bundesrepublik beantragt, zweieinhalb Millionen und damit mehr als ein Zehntel aller Einwohner waren es insgesamt seit der Gründung des SED-Staates im Oktober 1949.² Die weitaus meisten verließen die DDR über die offenen Sektorengrenzen ihrer Hauptstadt, während an den äußeren Landesgrenzen bereits ein brutales Grenzregime aus Stacheldraht und Selbstschussanlagen herrschte.

Berlin hingegen erlaubte, trotz der immensen militärischen Präsenz der vier alliierten Mächte und des strittigen Status der geteilten Stadt, eine bemerkenswerte Freizügigkeit. Bis 1961 war es keine Seltenheit, im Osten zu leben und im Westen zu arbeiten und umgekehrt. Auch Familien und Freundschaften lebten über die einzige nicht dicht versiegelte Stelle des Eisernen Vorhangs hinweg. Unbeschwert war das Lebensgefühl in der Stadt dennoch keineswegs. Denn natürlich war Berlin bereits die gesamten 1950er Jahre über von den Sowjets als größter Problemfall ihres Imperiums identifiziert worden. Die kleine, von den Armeen dreier NATO-Mächte bewaffnete Insel am westlichen Rand des sowjetischen Weltreichs dürfte dessen politischen Anführer Nikita Chruschtschow ähnlich nervös gemacht haben wie die realsozialistische Umzingelung des westlichen Teils der Stadt die dort lebenden Berlinerinnen und Berliner. Eben wegen dieses problematischen Status quo blieb Berlin in den 1950er Jahren das Pulverfass im Ost-West-Konflikt.

Wie zu verfahren sei, war dabei, betrachtet man die vier Seiten in diesem Machtspiel, überaus strittig. Während die Westberliner schon froh waren, wenn die Alliierten den freien Status Berlins aufrechterhalten und sie vor den Sozialisten verteidigen würden, so waren vor allem die in der Stadt dominanten Amerikaner zu kaum mehr als zu einer Ehrenerklärung für den Westteil der Stadt bereit. Dafür versuchten sie, die westlichen Sektoren, trotz des formalen Sonderstatus Berlins, so eng wie möglich an die Bundesrepublik anzuknüpfen, was über

2 Vgl. Heidemeyer, Helge: „Antifaschistischer Schutzwall“ oder „Bankrotterklärung des Ulbricht-Regimes“? Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland, in: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 87-109, hier S. 87.

eine Bindung an deren Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem letztlich auch erreicht wurde.³ Die andere Weltmacht, die Sowjetunion, drang insbesondere unter Chruschtschow demgegenüber auf eine Entmilitarisierung der Stadt. Chruschtschow hoffte, dass sich das Problem allmählich von selbst lösen würde, da die insulare Lage zu einem allmählichen „Austrocknen“ Berlins führen würde. Schließlich blieb da noch die Ostberliner Seite, die Führung der SED. Ulbrichts Perspektive war weniger geostrategisch als von der Staatsräson geprägt. Seit dem Arbeiteraufstand 1953 drängte der SED-Vorsitzende darauf, mit Unterstützung und Billigung der Sowjets den Westen Berlins abriegeln zu dürfen, um damit den Status quo zu zementieren. Das scheiterte jahrelang am Veto der Sowjets, die mit einer Übernahme ganz Berlins stattdessen eine radikale Lösung erwogen.⁴

Berlin verharrte also mehr als ein Jahrzehnt in einer vagen Stabilität. Der SED-Staat insgesamt konnte sich hingegen bis Anfang der 1960er Jahre nicht wirklich festigen. Nachdem die Aufbaugesellschaft zu Beginn der 1950er Jahre noch einen erheblichen Druck entfaltet hatte, was die Anforderungen an Produktivität und Arbeitsdisziplin anging, und auch die Versorgung mit Konsumgütern vernachlässigt worden war,⁵ setzte ab Mitte der 1950er Jahre eine bescheidene Hebung des Lebensstandards ein. Die Fluchtbewegung ging zwischen 1958 und 1960 wohl auch infolgedessen deutlich zurück und die DDR hatte sich durch ihre Wissenschaftsreformen sogar eine gewisse Loyalität ihrer Intelligenz sichern und das Staatswesen konsolidieren können.⁶ Doch der anhaltende Kulturkampf, die fortgeführte Zwangskollektivierung und das Wechselspiel von Reform und Repression führten zu einem neuerlichen Anschwellen der Fluchtbewegung ab 1960. Hinzu kam, dass die in der DDR empfangbaren Westmedien sowie die hautnahen Erfahrungen mit dem Westen in Berlin den Menschen ermöglichten,

3 Zu den Konflikten in Berlin im Vorfeld des Mauerbaus vgl. Wettig, Gerhard: Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945-1989, in: Süß, Werner/Rytlewski, Ralf (Hg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 157-186, hier S. 160 ff. u. S. 170 ff.

4 Zum Anteil Ulbrichts am Mauerbau vgl. Harrison, Hope M.: Walter Ulbricht, der Bau der Mauer und der Umgang damit seit 1989, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Sonderheft 50 Jahre Mauerbau, Jg. 44 (2011), S. 15-22, hier S. 18 ff.

5 Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982, S. 269 ff.

6 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1991, S. 181.

sich ein eigenes Bild von der Bundesrepublik zu machen.⁷ Berlin blieb somit das Zentralproblem des Staates, da die relativ offene Grenze eine Ausreise oder zumindest eine rege Bewegung zwischen den Grenzlinien ermöglichte, was vor allem junge und oftmals gut ausgebildete Menschen weidlich nutzten.⁸

Erst das weitere Anschwellen der Fluchtbewegungen 1961 und das Insistieren des Botschafters der Sowjetunion in Ostberlin führten im Juli 1961 letztlich zu Chruschtschows Zustimmung zur Grenzschießung. In der Nacht zum Sonntag, den 13. August 1961 rückten Volkspolizisten und Kampfeinheiten an, mehrere tausend Mann stark.⁹ Straßenzüge wurden abgesperrt, der Schienen- und U-Bahn-Verkehr unterbrochen. Große Rollen Stacheldraht sicherten im Laufe des Tages die Grenzlinien zur DDR rund um Westberlin. Schon am Montag begann die Bautätigkeit, Stück für Stück entstanden in Berlin Mauerabschnitte, die im Laufe der Wochen zu einem mehr als 150 Kilometer langen Lindwurm aus Stein und Beton rund um die westlichen Stadtgebiete Berlins zusammenwuchsen. An manchen Orten rückte das Monstrum den Menschen besonders dicht auf den Leib: Zum Symbol für die Unmenschlichkeit des neuen Grenzregimes wurde dabei die Bernauer Straße im nördlichen Bezirk Wedding, in der die Grenze zwischen den beiden Straßenseiten geschlossen wurde. Die in Bild- und Filmaufnahmen festgehaltenen und teilweise grotesken Szenen schockierten und empörten die westliche Welt: Menschen flohen aus den Hinterausgängen ihrer Häuser in den Westen, sie rannten über Dächer, stürzten sich aus Fenstern. Volkspolizisten versuchten, verzweifelte Fensterflüchtlinge zurück in deren Wohnungen zu ziehen, während Westberliner am anderen Ende die Leiber Richtung Bürgersteig zertritten. Bei nicht wenigen dieser Fluchtversuche waren Todesfälle zu beklagen, was die Grausamkeit der DDR-Machthaber noch stärker unterstrich. Später mauerte man Fenster und Hauseingänge zu, führte Zwangsumsiedlungen durch und riss schließlich die gesamte grenznahe Südflanke der Bernauer Straße ab.

Der Mauerbau gilt mit Recht als die entscheidende Zäsur für die DDR und die Deutschen dies- und jenseits der Grenze. Nun war die DDR für die Ostdeutschen zum unentrinnbaren Schicksal geworden, sie waren dem sozialistischen

7 Vgl. Heidemeyer 2008 (s. Anm. 2), S. 92 f.

8 Insgesamt spricht die Bundesrepublik in Dokumenten jedoch nicht von einer Einbahnstraße, sondern vielmehr von einer „lebhaften Wanderung“ zwischen beiden Staaten. Spormann, zitiert nach Heidemeyer 2008 (s. Anm. 2), S. 99.

9 Anschaulich und in verschiedenen szenischen Perspektiven werden die Nacht der Abriegelung Westberlins und die darauffolgenden Tage beschrieben bei Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989, München 2006, S. 207 ff. u. S. 229 ff.

Staat auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.¹⁰ Die Reaktionen in der geteilten Stadt führten unmittelbar in den Tagen des Mauerbaus zu offenen Demonstrationen oder stillem Protest auf beiden Seiten des entstehenden Bauwerks, gleichwohl die Propagandamaschine der DDR umgehend anrief, die Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“ zu rechtfertigen und die Schuld auf den Westen zu schieben.¹¹ War der Mauerbau eine Bankrotterklärung des SED-Staates, weil er offenkundig machte, dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger nur unter Zwang an sich binden konnte? Dies dürfte ebenso richtig sein wie die andere Deutung, nämlich dass dieser Bau dem Regime zunächst einmal das Überleben sicherte und für die endgültige Konsolidierung der DDR sorgte. Denn nachdem Wut und Verzweiflung verklungen waren, führte die Macht der Fakten zu Resignation, zum notgedrungenen Arrangement mit der DDR, bisweilen sogar zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen.¹² In der Bundesrepublik hingegen rückte Ostberlin unter dem Eindruck der bewegten Zeitenwende ab Mitte der 1960er Jahre langsam aus dem Blickfeld. Die Frage nach nationaler Einheit wurde immer seltener gestellt. Doch die Zementierung der Teilung eröffnete nun beiden Seiten die Option, einen neuen Umgang miteinander zu finden.

WILLY BRANDT UND DER WANDEL DER BERLINER ANNÄHERUNGSPOLITIK

Willy Brandt, Berlins Regierender Bürgermeister und sozialdemokratischer Kanzlerkandidat, erfuhr in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 von der Abriegelung Westberlins, als er sich auf der Fahrt zu einer Wahlkampfveranstaltung in Kiel befand. Der später als Entspannungspolitiker legendär gewordene und mit dem Friedensnobelpreis geehrte Brandt dachte spontan daran, das Volk zum Sturm auf die Absperrungen und damit de facto zum Bürgerkrieg aufzurufen. Brandt verwarf diesen Gedanken allerdings, mobilisierte die Westberliner stattdessen zum friedlichen Protestmarsch und forderte die Westalliierten, allen voran den neuen US-Präsidenten John F. Kennedy, zum Handeln auf. Ken-

10 Vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. II. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 204 f.

11 Vgl. Sälter, Gerhard: Reaktionen auf den Mauerbau in Berlin und der DDR, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Sonderheft 50 Jahre Mauerbau, Jg. 44 (2011), S. 23-29.

12 Vgl. Detjen, Marion: Die Mauer, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 389-402, hier S. 391.

nedy gab Brandt jedoch zu verstehen, dass Berlin, nachdem es nun rund eineinhalb Jahrzehnte im Zentrum des Kalten Krieges stand, langsam aus dem Fokus der Amerikaner rückte und dass die USA inzwischen bereit seien, sich mit dem Status quo der ehemaligen Hauptstadt zufriedenzugeben, und dass es wünschenswert sei, Westberlin fände sich ebenfalls damit ab.¹³

Für Brandt und die SPD bedeutete dies einen Wendepunkt in ihrer bisherigen Deutschlandpolitik. Während Adenauers Diktum der absoluten Blockade gegenüber jeglichem offiziellen Kontakt zur SED und zu DDR-Repräsentanten die Politik der Bundesregierung seit 1949 dominierte, war die SPD in dieser Frage meist zerrissen geblieben. Gerade die Bonner Sozialdemokraten um Herbert Wehner forderten immer wieder Ansätze zu direktem deutsch-deutschen Kontakt ein, wohingegen sich die Westberliner Führung um Ernst Reuter und dessen Nachfolger Otto Suhr und Willy Brandt diesbezüglich deutlich reservierter gab. Brandt stand der NATO und der Außenpolitik Adenauers keineswegs völlig ablehnend gegenüber, sehr wohl aber direkten deutsch-deutschen Kontakten auf Regierungsebene. Allerdings eruierte er bereits bei seinem Amtsantritt als Regierender Bürgermeister Westberlins 1957, dass menschliche Erleichterungen durch sogenannte „technische Kontakte“ auf Verwaltungsebene hergestellt werden könnten.¹⁴ Brandt war in den Berliner Jahren vor allem ein Lobbyist seiner Stadt. Das stellte ihn in der Frage um die Bundeshauptstadt auch gegen Adenauer. Zu seinem Amtsantritt legte Brandt ein Buch vor, in dem er die Hauptstadtdebatte seit 1949 dokumentierte und einen raschen Umzug wichtiger Bundesbehörden in die westlichen Gebiete der alten Reichhauptstadt nahelegte.¹⁵ Dies zeigt auch, dass Brandt nicht mit einer Verschlechterung der politischen Lage in Berlin rechnete.

Doch nicht allein inhaltlich war Brandt vielen in seiner Partei ein Dorn im Auge. Auch seinen zielstrebigsten und medienorientierten Karrierismus, den er, unterstützt von einem Berliner Freundeskreis, seit den frühen 1950er Jahren immer stärker zeigte, lehnten die mehrheitlich traditionell orientierten Sozialdemokraten ab.¹⁶ Willy Brandt war gewiss beides: ein leidenschaftlicher Kämpfer für ein geeintes Deutschland und ein freies Berlin, aber auch ein Politiker mit Karri-

13 Zu den Aktivitäten Brandts in den Tagen nach dem Mauerbau vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt. Visionär und Realist, 1913-1992, Stuttgart/München 2002, S. 397 ff.

14 Vgl. ebd., S. 346 f.

15 Vgl. Brandt, Willy: Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation zur Hauptstadtfrage, Berlin 1957.

16 Vgl. Micus, Matthias: Tribünen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik, Göttingen 2010, S. 86 f.

ereinstinkt, der es zielsicher verstand, aus den Deutschland- und Berlin-Fragen ein eigenes wahlpolitisches Image abzuleiten. Auf dem Bad Godesberger Parteitag 1959 heischte er mit einem absurd fehlgeleiteten Vortrag über die Ostgrenzen nach Wählerstimmen im Lager der Vertriebenen aus den Ostgebieten und auch in der Augustkrise des Jahres 1961 wusste Brandt im Bundestagswahlkampf die demonstrative Leidenschaftslosigkeit des amtierenden Kanzlers Adenauer bezüglich des Mauerbaus für sich zu instrumentalisieren. Beides muss mitgedacht werden bei Brandts Berlin-, Deutschland- und Ostpolitik: Sie war ihm gleichermaßen visionär getriebene Mission wie auch Karriereoption.

Die vollendete Tatsache des Mauerbaus stellte die bisherige Deutschlandpolitik dann tatsächlich nachhaltig infrage. Adenauer tat das indes nicht. Unter ihm weichte Bonn die harte diplomatische Linie auch nach dem 13. August nicht auf, der Bundesminister für gesamtdeutsche Aufgaben, Rainer Barzel, wandte sich damals sogar massiv gegen die nun erfolgenden Berliner Initiativen Brandts, auf dem Verhandlungswege mit Moskau oder Ostberlin diplomatische Lösungen für die humanitäre Problematik der geteilten Stadt zu erreichen.¹⁷ Brandt wusste dabei sehr wohl um die Brisanz und die Risiken seiner Strategie des Tabubruchs. Nicht zuletzt deshalb führte er seine ersten Gespräche über direkte Kontakte nach Ostberlin nur im Kreise engster Vertrauter.¹⁸

Jenseits der Mauer feierte die DDR den Mauerbau als einen Triumph der Selbstbehauptung gegenüber dem Westen. Die Grenzschließung bedeutete für die SED zunächst, dass sie nun keine offenen Ängste vor der Flucht ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr haben musste und dass sie auch dem Westen gegenüber selbstbewusster auftreten konnte. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, dass Westberlinern noch bis zum 22. August die Möglichkeit eingeräumt wurde, den Osten zu besuchen, ehe der Vorwurf des Missbrauchs zum Menschenhandel auch diese Praxis unterband. Dafür eröffnete die DDR noch im August 1961 zwei Passierscheinstellen auf Westberliner Bahnhöfen. Diese ließ der Westen mit alliierter Genehmigung allerdings nach nur wenigen Stunden schließen. Und die DDR-Vorschläge zur Passierscheinausgabe in Reisebüros lehnte der Westberliner Senat ab. Hingegen schickte er im November 1961 das *Deutsche Rote Kreuz* zu Verhandlungen über dieselbe Frage nach Ostberlin. Dies nun wiesen die Sozialisten empört zurück, da eine Verhandlung über Reise- und Verkehrsfragen auf Regierungsebene und nicht über das Rote Kreuz entschieden werden müsse.¹⁹ Brandts erster Testballon der Kontaktaufnahme stürzte also unverrichteter Dinge wieder ab. Dennoch rechtfertigte Brandt in einem Interview im Januar 1962 die-

17 Vgl. o.V.: Koffer in Berlin, in: Der Spiegel, 17.04.1963.

18 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 13), S. 438 f.

19 Vgl. ebd., S. 451.

se Strategie, verwies aber darauf, dass Kontakte lediglich über die Ostberliner Verwaltung laufen dürften, da es jenseits der „Zonenregierung“ ja keine institutionelle Entsprechung auf Ostberliner Seite zum Senat gebe.²⁰ Für eine solch völlig undiplomatische Kontaktlösung war die DDR-Führung jedoch zu stolz.

Das Jahr 1962 dramatisierte die Lage an der innerstädtischen Grenze weiter, die Zahl der Toten, die bei Fluchtversuchen verunglückten oder durch NVA-Angehörige erschossen wurden, riss nicht ab. Besondere Aufregung verursachte der Fall des erst 18-jährigen Peter Fechter, der – von Fotografen dokumentiert – nur wenige Tage nach dem ersten Jahrestag des Mauerbaus angeschossen im Sperrgebiet vor der Mauer verblutete. Die Handlungsunfähigkeit westdeutscher Polizisten und die demonstrative Unverantwortlichkeit der amerikanischen Grenzposten hinterließen bei vielen, die den fast einstündigen Todeskampf Fechters beobachtet hatten, Gefühle ohnmächtiger Wut. Für die Brandt-Entourage war es nun an der Zeit, Handlungswillen zu demonstrieren. Im *Spiegel* sprach der sozialdemokratische Innensenator Heinrich Albertz nun erstmals von der Bereitschaft, sich eine kontrollierte Öffnung der Grenzen bei der DDR durch Zugeständnisse in der Anerkennungsfrage zu erkaufen, was Brandt in Reaktion auf die empörten Kommentare in der Medienöffentlichkeit bekräftigte.²¹ Eine Initiative im Herbst 1962 scheiterte jedoch am Widerstand der Bundesregierung, die das von der DDR erwünschte Entgegenkommen durch Kredite verschleppte. Im Sommer 1963 forcierten Brandt und sein Pressechef Egon Bahr das neue Schlagwort, welches die deutsch-deutschen Beziehungen künftig prägen sollte: „Wandel durch Annäherung“, eine von Bahr erdachte Konzeption, die auf Vorträgen im Rahmen einer Tagung der *Evangelischen Akademie Tutzing* öffentlichkeitswirksam aufbereitet wurde. Dass nur Monate später mit dem Passierscheinabkommen tatsächlich ein Erfolg erzielt wurde, war jedoch auf den Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard im Oktober 1963 zurückzuführen, der in der Berlinfrage plötzlich neue Spielräume eröffnete.

DER LANGE WEG ZUR KURZEN FREUDE

Mit der Übernahme des Kanzleramts durch den „Vater des Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhard am 15. Oktober 1963 trat zudem ein neuer Mitspieler in der

20 Vgl. Jaene, Hans-Dieter/Merseburger Peter: „Ich bin bereit mit Ostberlin zu verhandeln.“ SPIEGEL-Gespräch mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt, in: Der Spiegel, 08.01.1964.

21 Vgl. Merseburger 2002 (s. Anm. 13), S. 439.

Deutschlandpolitik auf den Plan: die FDP. Sie drängte Erhard zu einer Kabinettsumbildung, woraufhin nur zwei Tage später der Liberale Erich Mende das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen übernahm. Während sein junger Amtsvorgänger Barzel ein strammer Hardliner gewesen war, der eine Annäherung an die DDR ebenso abgelehnt hatte wie Adenauer, war der nationalliberale Mende hier weit offener für taktische Manöver. Vermutlich ebnete Geld den Weg zu den ersten Passierscheinen: Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt unterbreitete Mende Ostberlin ein großzügiges Kreditangebot. Selbstverständlich wollte die DDR-Führung keinerlei Bezug zu diesem Vorgang herstellen und so adressierte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch, seinen Brief an den Senat und an Brandt, keineswegs aber an Bonn. Der förmliche Briefwechsel spielte sich also in Berlin ab; dass den Protagonisten in der einstigen Reichshauptstadt dafür freie Hand gelassen wurde, war auch Mendes Verdienst, der energisch gegen die christdemokratischen Bedenkenträger im Kabinett argumentierte.²²

Aus heutiger Sicht kleinlich, aber keineswegs unbedeutend waren die taktischen Finessen und das formalistische Geplänkel in den Berliner Briefen, die nur Tage später dem *Neuen Deutschland* und – beruhend auf dieser Quelle – der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zur Veröffentlichung vorlagen.²³ Während Abusch bewusst die formal korrekte Amtsbezeichnung Brandts als „Regierender Bürgermeister von Berlin“ konterkarierte, indem er den Zusatz „von Berlin“ unterschlug, verwendete Brandt weder Anrede noch Unterschrift, sondern begann die Schriftstücke jeweils mit dem Satz: „Der Regierende Bürgermeister von Berlin lässt mitteilen:“. Abusch schlug Brandt zunächst ein persönliches Treffen vor; das Hintertürchen, mit Vertretern zu agieren, ließ er jedoch offen. Das war auch gut so, denn Brandt ließ keinen Zweifel daran, dass er eine solch hohe diplomatische Ebene für indiskutabel hielt. Zur ersten Begegnung schickte er daher seinen alten Freund aus jungen Berliner Tagen, Senatsrat Horst Korber, was Abusch wiederum mit der Entsendung Erich Wendts beantwortete. Die SED wertete dieses Zugeständnis dennoch als einen kleinen Anerkennungserfolg, denn es handelte sich tatsächlich um die ersten formalen Kontakte zwischen BRD und DDR auf Regierungsebene.

Die Biografien der Verhandlungsführer waren von starken Unterschieden geprägt: auf der einen Seite Korber, ein 36-jähriger beflissener Jurist aus Thüringen, der 1949 aus Jena nach Westberlin geflohen war; auf der anderen Seite der gebürtige Leipziger und Kulturstaaatssekretär Erich Wendt, 61-jähriger Hand-

22 Vgl. o.V.: Ein Kaufmann kam, in: *Der Spiegel*, 18.12.1963.

23 Die Briefwechsel finden sich in: o.V.: Der Briefwechsel über die Ausgabe von Passierscheinen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.12.1963.

werkersohn. Wendt, der sich seit den frühen 1930er Jahren in Stalins Sowjetunion aufhielt, hatte auch ein pikantes Privatleben vorzuweisen: War er zunächst mit der späteren Frau des SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht, „Lotte“, verheiratet, ehelichte er im russischen Exil die vormalige Lebensgefährtin Herbert Wehners. Gegenstand der Debatten war zunächst der Ort des Treffens. Hier lenkte nun Brandt ein, dessen Initiativen für eine erste Begegnung im Schöneberger Rathaus durch eine auf „Vertraulichkeit“ abzielende Lokalität in Ostberlin gekontert wurde. Die Verhandlungen selbst waren überaus zäh, die Forderungen der DDR-Delegationen schienen nach den ersten Begegnungen zu weitreichend, als dass Brandt Chancen auf eine Einigung sah. Insgesamt 34 Stunden wurde innerhalb von nur wenigen Tagen gestritten. Allein am 16. Dezember war Korber drei Mal nach Ostberlin gefahren. Die Treffen verlagerten sich mehr und mehr in die DDR-Hauptstadt, je deutlicher wurde, dass die Verhandlungsführer im Osten doch engere Rücksprache mit ihren Vorgesetzten zu halten hatten als Korbers Delegation.²⁴

Am Ende gelang die Einigung dennoch. Am 18. Dezember 1963, Brandts fünfzigstem Geburtstag, wurden die ersten Passierscheine ausgegeben. Das Zeremoniell war dabei gleichermaßen anstrengend wie – in Kenntnis der damals undurchsichtigen Hintergründe – grotesk: In Westberliner Turnhallen erwartete die Bürgerinnen und Bürger, die Anträge auf Passierscheine stellen wollten, eine Schar Ostberliner Postbeamten. Die uniformierten Postler mussten herhalten, weil Westberlin keine Volkspolizisten auf seinem Hoheitsgebiet dulden wollte. Tatsächlich handelte es sich bei diesen scheinbar harmlosen Beamten des Post- und Fernmeldewesens in Ostberlin jedoch um verkleidete Mitarbeiter der Staatssicherheit, die die Anträge entgegennahmen.

Während die Presse im Allgemeinen den ersten Schritt auf einem neuen Weg in den deutsch-deutschen Beziehungen feierte²⁵, berichteten Journalisten vor Ort von bedrückenden Szenen: Dem Andrang von Hunderttausenden kaum Herr werdend, hakten die getarnten MfS-Mitarbeiter in einer der Verwaltungsmaschinerie ganz eigenen Ruhe ab, während die Menschen stundenlang in Schlangen vor den Hallen anstanden. Alte und Mütter mit Kindern konnten in speziellen Warteräumen unterkommen, die notdürftig vor Kälte schützten. Manche brachen entnervt und frustriert ab, andere kollabierten unter der psychischen und körperlichen Belastung und mussten in Krankenhäuser transportiert werden. Der Journalist Hans Gresmann sammelte deprimierende Eindrücke:

24 Vgl. Stehle, Hansjakob: Langer Nächte kurzes Protokoll, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1963.

25 Vgl. Sommer, Theo: Menschlichkeit und Politik, in: Die Zeit, 03.01.1964.

„Berlin jubelt“ – so hieß es in den ersten Schlagzeilen der Zeitungen. Ich habe niemanden jubeln gesehen, jedenfalls nicht in dieser Turnhalle, die zum Wartesaal wurde. Schon Tage vorher hatten diese Menschen viele Stunden in Schnee und Kälte gewartet. Sie hatten sich, in Decken gehüllt, Meter um Meter dem Eingang nähergeschoben. Sie waren endlich eingelassen worden. Sie hatten das Antragsformular in die erstarrten Hände genommen. Sie zwängten sich dann in Schulklassen und in viel zu kleine Bänke und versuchten ‚richtig‘ auszufüllen, was das Formular verlangte. Viele taten’s falsch, worauf dann, wie sich am nächsten Tag herausstellte, alles umsonst war, so daß die ganze Qual des Wartens noch einmal von vorn beginnen mußte.“²⁶

Die Besuchswellen selbst liefen weitgehend störungsfrei ab. Nach zweieinhalb Jahren des Wartens und Stunden des Anstehens in Geduld geübt, nahmen viele Berlinerinnen und Berliner auch die letzten Hürden auf sich. Die PKW-Kolonnen stauten sich bei Hin- und Rückfahrt an den ausgewählten Grenzübergangspunkten. Viele Tausende fuhren gleich morgens mit der S-Bahn in die „Zone“, um möglichst viel von der eng bemessenen Zeit nutzen zu können. Als am 5. Januar dann die Zeit des vorläufigen Abschiednehmens gekommen war, waren die Szenen vielleicht etwas dramatischer, aber auch hier blieb alles friedlich. Minuten nur nach Mitternacht hatte die DDR ihr altes rigides Grenzregiment wieder instandgesetzt.

DER KRUMME WEG ZUR OSTPOLITIK – WAS BLIEB VOM PASSIERSCHEINABKOMMEN?

Das erste Passierscheinabkommen war in der Tat ein erster Schritt der Annäherung in den deutsch-deutschen Beziehungen und möglicherweise auch der erste Pinselstrich im späteren Gesamtkunstwerk der Brandt-Bahr’schen Ostpolitik. Es war nicht weniger als das, aber auch nicht mehr. Denn tatsächlich war das Interesse an einer Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption der Passierscheinfrage in wesentlichen Punkten begrenzt. Das lag nicht zuletzt an der Bundesregierung, die unmittelbar nach Ablauf des befristeten Abkommens deutlich machte, dass das über die Weihnachtstage praktizierte Vorgehen die Langmütigkeit der Bundesrepublik schon aufs Äußerste bemüht habe. Gerade eine Wiederholung der Zulassung Ostberliner Postbeamter auf Westberliner Boden wollte die Union vermeiden. Auch Brandt betonte, dass Westberlin keine Schritte ohne die Bundesrepublik unternehmen werde, womit er die feste Bindung der Weststadt an

26 Gresmann, Hans: Berlin 1963: Das rationierte Wiedersehen, in: Die Zeit, 27.12.1963.

die Bonner Republik unterstrich. Gewiss sollten so auch die Vorbehalte des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Ernst Lemmer, man könne den Sozialisten in Fragen der entmilitarisierten Freien Stadt entgegenkommen, zerstreut werden. Dieses Kalkül der SED war tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen, denn die SED hatte sich nach der Festigung des eigenen Staates durch die Mauer wieder stärker dieser Chruschtschow-Idee geöffnet und sah sie sogar als eine mittelfristig zu erreichende Bedingung für weitere Passierscheinabkommen.²⁷

Die SED insistierte darauf, die Besuche für eine zweite Passierscheinwelle auf die bislang registrierten Personen zu begrenzen und ansonsten das „bewährte“ Vorgehen aufrechtzuerhalten. Der Westberliner Senat war hingegen bestrebt, die diplomatische Ebene der Weihnachtsverhandlungen von 1963 wieder zurückzuschrauben und die Verhandlungen an die Interzonentreuhandstelle zu übergeben, was für die langfristig auf diplomatische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zielende SED-Führung unannehmbar war. So war es nicht verwunderlich, dass die Gespräche über eine Passierscheinregelung für Ostern und Pfingsten 1964 scheiterten. Doch Korber und Wendt trafen sich weiterhin, insgesamt 28 Mal binnen neun Monaten, ehe im September des Jahres ein weiteres Abkommen über fünf Zeitfenster für die Ausgabe von Passierscheinen zwischen Oktober 1964 und Pfingsten 1965 erzielt wurde. Darin wurden nun die Besetzungen und Kompetenzen der beteiligten west- und ostdeutschen Postbeamten, die zu nutzenden Verkehrsmittel für den Grenzübertritt sowie die Ausnahmebedingungen in Härtefällen gefasst.

Noch zwei weitere Male – 1965 und 1966 – gelang, solche Abkommen zu schließen, dann scheiterte ein fünftes Abkommen am Willen der SED, die Beziehungen weiterzuentwickeln. Dabei ging es vor allem um den Kniff einer 1963 auf Anraten des Justizministeriums eingefügten „salvatorischen Klausel“, die seither durch alle vier Abkommen geschleppt worden war und die dem Westen im Grunde die legitimatorische Lücke sicherte, dass es sich beim Passierscheinabkommen nicht um einen Vertrag auf staatlicher Ebene handle, was jedoch die Ergebnisse der Vereinbarung – nämlich die Passierscheinausstellung selbst – nicht berühren sollte. Darauf, diesen Zusatz zu streichen, drängte die SED-Führung mit jedem erzielten Abkommen stärker. 1966 erhob Ostberlin schließlich zur Elementarforderung, dass „normale staatliche Beziehungen“ zwischen der Westberliner und der DDR-Regierung aufgenommen werden, woran ein fünftes Abkommen letztlich scheiterte. Bestehen blieb hingegen die Passierscheinstelle

27 Zu den Debatten in CDU, SPD und SED im Gefolge des ersten Abkommens vgl. o.V.: Erhard warnt vor Zugeständnissen an Ostberlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.1964; o.V.: Die Passierschein-Verhandlungen auf kritischem Punkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.1964.

für Härtefälle und auch nur, weil der Senat dafür bereit war, auf die Klausel zu verzichten.²⁸

Die langfristigen Wirkungen dies- und jenseits von Mauer und Stacheldraht blieben ambivalent. Die offiziellen Beziehungen zwischen Westberlin und vor allem der Bundesrepublik sollten sich bis Anfang der 1970er Jahre stetig verfestigen, die Epoche der radikalen Abgrenzung fand mit dem Passierscheinabkommen ihr endgültiges Ende, ebenso wie die Praxis der politischen Forderungen und des Freikaufs von Häftlingen durch Geldzahlungen der Bundesrepublik ihren Anfang nahm.²⁹ Hatte Berlin zwischen 1961 und 1967 nun als politisches Zentrum agiert und deutsch-deutsche Fakten geschaffen, die Mauer selbst und ihre punktuelle Durchlöcherung durch die Passierscheine, so zog mit Willy Brandt, der nun Außenminister und später Bundeskanzler wurde, und dem ihn begleitenden Egon Bahr die große Deutschlandpolitik von der Spree an den Rhein. Brandts Nachfolger Heinrich Albertz und Klaus Schütz überließen dieses Feld dem Entspannungspolitiker Brandt. Es sollte nie wieder ein Passierscheinabkommen geben.

Für die DDR gilt, dass die SED durch den Mauerbau ein immenses Selbstbewusstsein erwarb, was auch durch weitreichende Zugeständnisse in wirtschaftlicher und kultureller Sphäre zum Ausdruck gelangte,³⁰ von denen das Passierscheinabkommen gewiss ein nicht unwichtiger Bestandteil war. Dies kommt in der Zulassung vorsichtig kritischer Literatur wie Christa Wolfs berühmt gewordener Erzählung „Der geteilte Himmel“ von 1963 zum Ausdruck, ebenso wie an der Einführung des sogenannten „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ vom Sommer 1963, das der betrieblichen Ebene mehr Eigenverantwortung in der Planwirtschaft übertrug. Doch beide Öffnungsprozesse währten nur kurze Zeit und wurden durch die Erneuerung einer zentralistischen Wirtschafts- und repressiveren Kulturpolitik wieder zurückgedreht.³¹ Unter Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker kam es zwar zu einer Verstetigung und Institutionalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen, ohne dass dabei jedoch die Repression des Systems abnahm. Als im September 1987 Erich Honecker in Bonn mit den protokollarischen Ehren eines Staatsgastes empfangen wurde, als die Bundeswehrkapelle dem auf einem roten Teppich stehenden SED-Generalsekre-

28 Vgl. Lepp, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945-1969), Göttingen, 2005, S. 579 f.

29 Vgl. Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 222.

30 Vgl. hierzu den Beitrag von Michael Lühmann in diesem Band.

31 Vgl. Malycha, Andreas/Winter, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 157 ff.

tär die Hanns-Eisler-Hymne spielte, da hatte die DDR all ihre deutschlandpolitischen Ziele erreicht und schien in dieser Beziehung im Zenit ihrer Geltung angekommen. Von seinen Bürgerinnen und Bürgern hatte sich der SED-Staat allerdings weiter entfernt denn je. Am 9. November 1989 verkündete das Politbüro seinen letzten Beschluss von weltpolitischer Tragweite.

Katastrophe und Reform

Georg Pichts bildungspolitische Interventionen

SÖREN MESSINGER

Um die Verhältnisse des deutschen Bildungssystems griffig und publikumswirksam zu fassen, verwenden Medien und ReformbefürworterInnen jeglicher Couleur gerne den Begriff der „Bildungskatastrophe“. Gerade nach den als verheerend empfundenen PISA-Ergebnissen von 2001 erlebte dieser Begriff eine Renaissance und wurde zum alltäglichen Begleiter aufgeregter Debatten über die Schule. Wie die meisten Argumentationsmuster und Schlagworte mit Bezug auf das deutsche Schulsystem hat der Begriff aber eine deutlich längere Geschichte. Geprägt wurde er von Georg Picht, der 1964 in der Wochenzeitung *Christ und Welt* eine Artikelserie und schließlich ein Buch unter dem Titel „Die deutsche Bildungskatastrophe“¹ veröffentlichte. Der Grundtenor dieser Texte war nicht weniger dramatisch, als es der Titel nahelegte:

„Unser Bildungswesen ist funktionsunfähig geworden. Es vermag die Aufgaben nicht mehr zu erfüllen, für die es eingerichtet worden ist. Ein Blick auf die internationalen Vergleichszahlen hat uns darüber belehrt, welche Folgen sich daraus für die politische Stellung und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik in einer Zeit ergeben, in der die anderen Nationen längst begriffen haben, daß die Selbstbehauptung eines Staates nicht von der Zahl der Divisionen, sondern allein von der Fähigkeit abhängt, in jenem Leistungswettbewerb nicht zurückzubleiben, der das Gesicht der heutigen Welt bestimmt.“²

1 Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten u.a. 1964.

2 Ebd., S. 27 f.

Nichts weniger als Deutschlands „Selbstbehauptung“ stand also auf dem Spiel, als sich Georg Picht an die Öffentlichkeit wandte, um Aufmerksamkeit für den seiner Meinung nach eklatant desaströsen Zustand des deutschen Bildungssystems zu gewinnen und endlich umfassende Reformen einzufordern. Sein Hauptanliegen war simpel: Das deutsche Schulsystem sollte der Gesellschaft und der Wirtschaft mehr AbiturientInnen liefern. Gerade der internationale Vergleich zeige, dass mit den mageren 6,8 Prozent deutscher Abiturienten pro Jahrgang³ kein Staat mehr zu machen sei. Es musste laut Picht endlich Abschied genommen werden von der so strengen Auslese im deutschen System, die stets die Eliten reproduzierte. Die Geschichte um Pichts stetiges Bemühen, mit seinen aus dieser Überzeugung gewonnenen Reformforderungen in der praktischen Politik Gehör zu finden, ist ein Weg über mehrere Eskalationsstufen. Begonnen hatte er schon Ende der 1950er Jahre mit Pichts Tätigkeit in offiziellen Beratungsgremien der Politik, er ging weiter über die benannten Veröffentlichungen bis hin zur Unterstützung von Protesten. Am Schluss resignierte Picht jedoch. Zwar brach das Zeitalter der Bildungsreform tatsächlich an, identifizieren wollte sich Picht aber nicht mit den dann verfolgten Politiken.

Die Position, demnach das deutsche Schulsystem vor allem der Reproduktion bestehender gesellschaftlicher Hierarchien dienen würde, war allerdings schon 1964 kein neues Argumentationsmuster mehr. Dass aber gerade Georg Picht den Angriff zu diesem Zeitpunkt gegen das deutsche Schulsystem mit solcher Schlagkraft führte, mag mit einem Blick auf seinen persönlichen Hintergrund zunächst überraschen. Er, Professor der Religionsphilosophie in Heidelberg, stammte mitten aus dem deutschen Bildungsbürgertum,⁴ jener sozialen Formation also, der die klassische humanistische Bildung, erworben im humanistischen Gymnasium, als zentrales Zugehörigkeitsmerkmal und Ausweis ihrer moralischen Überlegenheit galt und die somit meist unverwundlich an der Seite der hergebrachten Art, das deutsche Schulsystem zu organisieren, stand. Seine Familie mütterlicherseits hatte in Pichts Urgroßvater einen wichtigen Altertumswissenschaftler des Kaiserreichs und in seinem Onkel einen zentralen Romanisten der Weimarer Republik hervorgebracht; im Elternhaus gingen wichtige zeitgenössische Intellektuelle ein und aus.⁵ Auch Picht hatte als Kind und Jugendlicher eine zutiefst von der Lektüre der antiken Klassiker geprägte Bildung erfahren und nahm selbst ein Studium der klassischen Philologie und der Philosophie auf, saß also geradezu am kulturellen Herzen der humanistischen Bildung.

3 So Pichts eigene Zahl in: Picht 1964 (s. Anm. 1), S. 25.

4 Vgl. Löwe, Teresa: Georg Picht – Vom Birkelhof zur Bildungsoffensive, in: Neue Sammlung, Jg. 44 (2004), H. 4, S. 517-528, hier S. 518.

5 Vgl. ebd., S. 518 f.

Doch in einem Punkt unterschied sich sein Weg dorthin zentral von der Norm des Bürgertums: Seine Schulbildung erfuhr er zum Großteil eben nicht auf einem Gymnasium, sondern aufgrund einer Asthmaerkrankung zu Hause, beim Stefan-George-Schüler Josef Liegle. Befreit von jeglichem Lehrplan genoss er hier eine ganz eigene Art des Unterrichts, geprägt von Selbststudium und wenig Formalismen. Die letzten vier Jahre vor dem Abitur besuchte er schließlich doch ein Gymnasium, seine sehnstüchtige Erinnerung an die Schulzeit galt aber später immer dem Hauslehrer,⁶ sein größter Reformeifer und Veränderungswille der gymnasialen Oberstufe.

Zunächst aber lebte er seinen pädagogischen und bildungspolitischen Reformwillen als Schulleiter eines privaten Landeserziehungsheims aus. Hier, auf dem *Birklehof* im Schwarzwald, setzte er nach dem Krieg seine eigene pädagogische Vision in die Wirklichkeit um: eine Konzentration auf die Lektüre antiker Texte statt neuer naturwissenschaftlicher Bildung, ein Miteinander von Lehrenden und Lernenden statt hierarchischem Schüler-Lehrer-Verhältnis.⁷ Im Kampf um die stets prekäre finanzielle Existenz dieser Eliteschule mischte sich Picht schließlich in die Bildungspolitik ein. Er bewirkte einen Zusammenschluss der privaten Schulen und kämpfte – mit Erfolg – für eine finanzielle Unterstützung der sogenannten Ersatzschulen durch das Land, dessen hoheitliche Aufgabe die privaten Schulen ja übernahmen.⁸ Neben diesem Kampf setzte er sich auch mit eher wechselndem Erfolg dafür ein, dass die Organisation und der Lehrplan der Oberstufe des Birklehofs von der Schule selbst gestaltet werden dürften. Er versuchte so, die Unabhängigkeit für die Erprobung seiner Reformvorstellungen zu gewinnen. Eben dieses Engagement verschaffte ihm wohl auch die Berufung in den *Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (DA)*. In diesem Gremium versuchte Picht, seine Vorstellung einer guten Schule nicht mehr nur für Birklehof oder die privaten Schulen aufzustellen und zu verwirklichen, sondern dehnte seinen bildungspolitischen Eifer auf das gesamte deutsche Schulwesen aus.

6 Vgl. Picht, Georg: Aus dem Tagebuch eines Schulleiters, in: Picht, Georg: Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften, Olten/Freiburg 1965, S. 40-57, hier S. 42.

7 Vgl. Löwe, Teresa: Georg Picht und die Schule Birklehof in der Nachkriegszeit (1946-1955). Vorbereitungstext für das Treffen der Altbirklehofer der Nachkriegsgeneration vom 19. Bis 22. Mai 2004, Berlin 2004, URL: http://www.pedocs.de/volltexte/2010/2675/pdf/Loewe_Georg_Picht_2004_D_A.pdf [eingesehen am 18.10.2013], S. 7 ff.

8 Vgl. ebd., S. 29 ff.

Den DA hatten 1953 die *Kultusministerkonferenz (KMK)* und das Bundesinnenministerium einberufen. Hintergrund dessen war eine stetig schwellende Debatte um ein angeblich durch die föderale Kulturhoheit verursachtes Schulchaos. Mit der Gründung des DA wollte der Bund seinen Einfluss auf die Bildungspolitik erhöhen, um eine stärkere Vereinheitlichung derselben innerhalb der Bundesrepublik zu erreichen.⁹ Tatsächlich fand das mit ExpertInnen und nicht mit PolitikerInnen besetzte Gremium seine Rolle aber in einer ersten Erschütterung des Glaubens in die grundlegende Effizienz des deutschen Schulsystems, indem es die Erkenntnisse der Bildungsökonomie zur Grundlage seiner Vorschläge machte und somit die Argumente aus Pichts späterer „Bildungskatastrophe“ bereits öffentlich vordachte.

Neben Einzelempfehlungen zu bestimmten aktuellen Sachfragen war das Hauptwerk des DA der 1959 veröffentlichte „Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“¹⁰. Obwohl hier explizit nicht das gegliederte Schulsystem infrage gestellt und die Aufteilung in drei beziehungsweise sogar vier unterschiedliche Schulformen bekräftigt wurde, irritierte der Rahmenplan die gesellschaftliche Debatte um das deutsche Schulsystem. Erstmals wurde hier in breiter Öffentlichkeit und quasioffiziell – das Gremium war ja vom Bund und den Kultusministern einberufen worden – in Zweifel gezogen, dass das deutsche Schulsystem den Herausforderungen der Zukunft im Sinne der nötigen Ausbildung und Berufsvorbereitung der SchülerInnen gerecht wurde.¹¹ Dies war bis zu diesem Zeitpunkt selbst von KritikerInnen des gegliederten Schulsystems stets als gegeben angenommen worden.¹² Dagegen übernahm der DA eine bildungsökonomische Position und forderte, dass sich das Bildungssystem an die Erfordernisse einer modernen Industriegesellschaft anzupassen habe.¹³ Dabei war eine Erhöhung der Zahl der AbiturientInnen und der SchulabgängerInnen mit mittlerer Reife das Mittel der Wahl, aber

9 Vgl. Hepp, Gerd F.: *Bildungspolitik in Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 135.

10 Deutscher Ausschuss: *Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens*, in: Kemper, Herwart (Hg.): *Theorie und Geschichte der Bildungsreform. Eine Quellensammlung von Comenius bis zur Gegenwart*, Königstein 1984, S. 187-195.

11 Vgl. Lundgreen, Peter: *Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Teil II: 1918-1980*, Göttingen 1980-1981, S. 27.

12 Vgl. Friedeburg, Ludwig v.: *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Frankfurt a.M. 1989, S. 334.

13 Vgl. o.V.: *Die Abiturientenzucht*, in: *Der Spiegel*, 06.05.1959.

auch die Verlängerung der Schulzeiten in der Hauptschule und der Realschule um jeweils mindestens ein Jahr.

Prinzipiell stellte der Rahmenplan die Trennung der SchülerInnen je nach Begabungen in Haupt- beziehungsweise VolksschülerInnen, RealschülerInnen und GymnasiastInnen nicht in Zweifel und war somit kein reformpädagogisches Werk, glaubte aber die Selektion verbessern und so mehr Menschen zur höheren Bildung führen zu können. Besonders das Erkennen von höher Begabten aus den niedrigeren Schichten sollte durch eine Förderstufe in den Klassen 5 und 6 verbessert werden. Damit wurde unter einer neuen Bezeichnung eine Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit ins Spiel gebracht. Das geschah nur wenige Jahre, nachdem die Versuche der SPD, eine sechsjährige Grundschule durchzusetzen, von konservativen Bündnissen nahezu überall zurückgenommen worden waren. An diesem Punkt war also mit starker konservativer Gegenwehr zu rechnen.

Aber mit Blick auf die Umgestaltung der Sekundarstufe hatte der DA einen Vorschlag gemacht, der als Friedensangebot an den Philologenverband und andere konservative Kräfte gelesen werden konnte: Er schlug vor, zwei Varianten der höheren Schule zu bilden: zum einen das Gymnasium, das nach der Förderstufe und damit mit der 7. Klasse beginnen sollte, und zum anderen die sogenannte Studienschule, die für besonders Begabte wie gehabt mit der 5. Klasse beginnen sollte. Im Gymnasium sollte ein neusprachlicher und naturwissenschaftlicher Fokus gelegt werden und somit den Erfordernissen der Ökonomie und den Forderungen der ReformierInnen entsprochen werden. In der Studienschule hingegen wurde das alte humanistische Gymnasium in seiner Reinform wiedererweckt. Der frühere Beginn – nämlich wie hergebracht mit der 5. Klasse – und der klare altsprachliche Fokus sowie der Anspruch, die absolute Elite der Schülerschaft auszubilden, konservierten die Quintessenz des bildungsbürgerlichen Gymnasiumbildes. Unverkennbar ist aber auch, dass Picht hier faktisch eine bundesweite Version seines Birklehofes in den Rahmenplan geschrieben hatte. Auch dessen pädagogisches Konzept war nicht für die Massenbildung gedacht, sondern stets zugeschnitten auf eine explizite Eliteschule.

Dennoch wurde nichts aus der Hoffnung, mit der Studienschule die Unterstützung des konservativen pädagogischen Lagers für die ansonsten sehr umfassenden Reformen zu gewinnen. Die Trennung der gymnasialen Bildung in zwei Schulen wurde vom Philologenverband vehement abgelehnt,¹⁴ das Konzept der Förderstufe als Verlust von Zeit für begabte SchülerInnen für überflüssig er-

14 Vgl. Fluck, Bernhard: Gymnasium, Auftrag, Fortschritt. Deutscher Philologenverband und Gymnasium im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2003, S. 184.

klärt.¹⁵ Der ökonomisch aufgeladene Bildungsbegriff war insgesamt für den Philologenverband, der sich in der Tradition der zweckfreien, humanistischen Bildung sah, schwer zu akzeptieren.¹⁶ Der Verband folgte eben nicht der Einsicht des DA und Pichts, dass eine an den ökonomischen Erfordernissen der Zeit orientierte Reform zwangsläufig notwendig sei und man nur noch versuchen könne, in einem abgetrennten Rahmen die alten Ideale zu retten. Er setzte auch weiterhin auf das humanistische Gymnasium als Leitschule des gesamten Bildungswesens. Zerrieben zwischen den konservativen GegnerInnen und den linken ReformernInnen, denen der Plan wiederum nicht weit genug ging und die mit dem „Bremer Plan“ einen Gegenentwurf vorlegten, hatte der Rahmenplan keine überzeugten Fürsprecher außer den Mitgliedern des DA selbst. Letztlich wurde er von der Politik fast völlig ignoriert.

Nichtsdestotrotz war die Debatte um das deutsche Schulsystem nun offiziell um einen wesentlichen Argumentationsstrang reicher. Nicht mehr nur die grundsätzliche Frage nach den demokratischen oder sozialen Implikationen einer geschlossenen gegenüber einer offenen Schulstruktur stand im Zentrum des Diskurses, sondern die Dimension der ökonomischen Leistungsfähigkeit und die Entdeckung von Begabungsreserven in der deutschen Bevölkerung wurden zu zentralen Prüfsteinen des Bildungssystems. Ebenfalls in die Kritik gerieten die Dorfschulen unter dem Schlagwort der „Zwergschule“. Diese unvollständigen Schulen in den Dörfern wurden für die Bildungsprobleme auf dem Land verantwortlich gemacht, weshalb man ihre Abschaffung forderte. Sie sollten durch größere Schulen, die SchülerInnen aus mehreren Dörfern vereinten, ersetzt werden.

Die Wirkungslosigkeit, die der Rahmenplan für die tatsächliche Politik besaß, enttäuschte Picht, der sich die bildungsökonomische Perspektive immer stärker zu eigen machte. Er entschied sich, seine mittlerweile von der Öffentlichkeit anerkannte Rolle als bildungspolitischer Experte unabhängig vom offiziellen Auftrag zu nutzen. Die Artikelserie in der *Christ und Welt* unter der Losung „Bildungskatastrophe“ sollte über die Öffentlichkeit einen solchen Druck aufbauen, dass die PolitikerInnen die Probleme nicht mehr würden ignorieren können:

„Eine Wahrheit, die heilsam sein soll, ist meistens schmerzhaft; dies gilt besonders auf dem Felde der Kulturpolitik, denn nirgends wuchern die Ideologien so dicht, nirgends sind die Tabus so schwer zu durchbrechen. Die Regierungen der Länder und des Bundes, die

15 Vgl. Fluck 2003 (s. Anm. 14), S. 189.

16 Vgl. Gass-Bolm, Torsten: Das Gymnasium 1945-1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland, Göttingen 2005, S. 179.

Parlamente, die Parteien und die großen gesellschaftlichen Mächte haben Grund zu befürchten, daß sie kompromittiert sein werden, wenn man die Öffentlichkeit mit den Realitäten konfrontiert. Aber es geht uns hier nicht um Kritik an irgendwelchen Personen, Institutionen oder Gruppen, sondern allein um die Hilfe, die jetzt not tut.“¹⁷

Die Öffentlichkeit sollte also schockiert werden – mit Hilfe von Zahlen, die die Kultusminister 1963 selbst in der sogenannten „Bedarfsfeststellung 1961-1970“ veröffentlicht hatten.

Mit dieser Bedarfsfeststellung, die „das Schulwesen, die Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung und auch die Kunst- und Kulturpflege einschließlich der Erwachsenenbildung“¹⁸ umfasste, hatte die KMK versucht, eine Grundlage für zukünftige Bildungsplanung zu legen. Dabei wurden mit dem Begriff der Bedarfsfeststellung zwei Dinge bezeichnet: Erstens erfasste er den Bedarf des Bildungssystems an LehrerInnen, Gebäuden etc. und zweitens sollte er den Bedarf der Wirtschaft an Bildung in Form von qualifizierten Arbeitnehmern beziffern. Für den Schulbereich wurde auf einen drohenden LehrerInnenmangel, besonders im Volksschul-, aber auch im Gymnasialbereich, hingewiesen. Dies hatte seine Gründe vor allem in demografischen Entwicklungen, aber es zeichnete sich auch bereits ein eindeutiger Trend zum längeren Verweilen der SchülerInnen im Schulsystem ab. Um den zunehmenden Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten ArbeitnehmerInnen zu decken, sollte dieser Trend aktiv unterstützt werden. Zudem wurde eine allgemeine Einführung eines neunten Schuljahres in den Volksschulen für die Aufrechterhaltung einer angemessenen Bildung gefordert sowie ein Ausbau der Mittelschulen und Gymnasien, um erstens auf die erhöhte Nachfrage zu reagieren und zweitens aktiv einen höheren AbiturientInnenanteil zu fördern. Insgesamt wurde eine Verdoppelung der Bildungsausgaben für notwendig erachtet.¹⁹ Dies wiederum erweckte den Eindruck, dass grundlegende Reformen wohl unausweichlich sein würden. Insofern lag der Tenor dieses offiziellen Papiers ganz auf der Linie, die Picht verfolgte; nur reichten dem Professor der Philosophie die praktischen Bemühungen der Politik, die auf die Feststellung der Mängel folgten, nicht aus.

Picht suchte sich also einen eigenen Weg für seine mittlerweile zur festen Überzeugung geronnenen bildungspolitischen Vorstellungen. Gewohnt, als einer der Vertreter des DA in den Medien als Experte anerkannt zu sein, nutzte er die-

17 Picht 1964 (s. Anm. 1), S. 18-19.

18 Fränz, Peter/Schulz-Hardt, Joachim: Zur Geschichte der Kultusministerkonferenz 1948-1998, in: Rother, Anne/Pott, Martin (Hrsg): Einheit in der Vielfalt. 50 Jahre Kultusministerkonferenz 1948-1998, Neuwied 1998, S. 177-228, hier S. 191.

19 Ebd., hier S. 192.

se Stellung, um nun selbst die öffentliche Debatte anzuheizen. Mit dieser Absicht erklären sich auch der reißerische Ton und die Dramatik, mit denen Picht sein Anliegen an die Öffentlichkeit brachte. Gespickt mit scharfer und pointierter Sprache nutzte er die offiziellen Zahlen für eine deutlich düsterere Zukunftsprognose, als sie die bereits nicht sehr optimistische Bedarfsfeststellung zuvor gemalt hatte. Es ging ihm hier wohl schon lange nicht mehr um Aufklärung, die Fakten waren ja bereits seit Jahren öffentlich. Es ging um das Schüren von Emotionen. Mit Hilfe einer öffentlichen „Alarmstimmung“²⁰ wollte Picht die Politik endlich zum Handeln bewegen. Wesentliches Ziel seiner Angriffe war dabei die Kulturhoheit der Länder, die ihm als Hindernis für gezielte und koordinierte Reformbemühungen im ganzen bundesrepublikanischen Raum galt.

Letztlich argumentierte er in dem Buch auf Basis der Zahlen aus der Bedarfsfeststellung ganz entlang der bildungsökonomischen Perspektive: Das Bildungssystem wurde als eines der „tragenden Fundamente jedes modernen Staates“²¹ bezeichnet, da das technische Zeitalter nach qualifizierten Arbeitnehmern verlange. Die gesellschaftliche beziehungsweise genauer: die ökonomische Funktion des Bildungssystems wurde also ins Zentrum der Kritik gerückt und somit ein Bruch mit den Bildungsvorstellungen des Humanismus vollzogen. Neben diesem Perspektivwechsel waren es vor allem der internationale Vergleich und eine konstatierte Bedrohung für Deutschlands Rolle in der Welt, die Pichts Appell eine besondere Überzeugungskraft verleihen sollten.

Um das Szenario eines Zurückbleibens Deutschlands im internationalen Wettbewerb abzuwenden, müssten die „Begabungsreserven“ des deutschen Volkes erschlossen und vor allem die Zahl der AbiturientInnen erhöht werden. Hier wiederum verband sich eine ökonomische Argumentation mit sozialpolitischen Argumentationsmustern. Das „katholische Arbeitermädchen vom Land“²², eine weitere stehende rhetorische Figur aus den Debatten über das deutsche Schulsystem, fasste die Erkenntnisse der Bildungssoziologie zu Pichts Zeiten zusammen. Demnach waren es damals vier Gruppen, die in der höheren Bildung des deutschen Schulsystems stark unterrepräsentiert waren: erstens die Landbevölkerung, zweitens Arbeiterkinder, drittens Mädchen und viertens Katholiken. In den Augen von Picht sollte eine Bildungsexpansion die begabten Kinder dieser Bevölkerungsteile zum Abitur führen, um damit die Probleme der deutschen Wirtschaft und quasi nebenbei einige sozialpolitische Missstände anzugehen.

20 Fränz/Schulz-Hardt 1998 (s. Anm. 18), S. 192.

21 Picht 1964 (s. Anm. 1), S. 1.

22 Peisert, Hans Gert: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München 1967.

Zumindest eine große mediale Reaktion erreichte Picht relativ schnell. Immer wieder griffen prinzipiell reformfreundliche Medien wie die *Zeit* oder der *Spiegel* in der folgenden Zeit auf die Analysen Pichts zurück und konfrontierten sie mit der angeblichen Tatenlosigkeit der Politik, die sich den Erkenntnissen der Wissenschaft verweigern würde. Eine Zeitlang galt mit Pichts Text der hohe Bedarf an AbiturientInnen in den Medien gar endgültig als „nachgewiesen“²³. Auch die Kultusminister und ExpertInnen für Bildungsfragen in den Parteien sahen sich bald zu dem Eingeständnis gezwungen, dass Picht „die Tendenz der Entwicklung wohl richtig markiert“²⁴ habe. Kein Wunder, baute seine Analyse ja auch auf den offiziellen Zahlen der Politik auf. Doch Pichts Plan, mit dem Gewicht des Experten und der Empörung der Öffentlichkeit endlich Bewegung in den Reformprozess der weiterführenden Schulen zu bringen, ging dennoch nicht so auf, wie er sich dies wohl erhofft hatte.

Gerade innerhalb der CDU wurde nicht jeder überzeugt. Selbst wenn die eigenen BildungsexpertInnen aus den Kultusministerien die Lage ähnlich sahen wie Picht, wehrten sich wichtige Teile der Partei verbissen gegen Reformen.²⁵ Sowohl die Katholiken als auch Teile der Konservativen teilten die Analysen und vor allem die geforderten Konsequenzen aus dem Rahmenplan und Pichts Texten nach wie vor nicht. Die Katholiken sahen ihre Bekenntnisschule bedroht, die eben häufig als nun in die Kritik geratene Zwergschule auf dem Land vorkam, während es den Konservativen meist um das Gymnasium ging, um dessen Qualität sie fürchteten, wenn nun plötzlich mehr Menschen das Abitur ablegen sollten.

Wieder erreichte Georg Picht sein Ziel nicht. Gerade in der Frage der Reformen von weiterführenden Schulen war die deutsche Politik nur zu sehr kleinen Bewegungen zu veranlassen. Doch in der Gesellschaft wurde der Drang nach breiter zugänglicher Bildung immer lauter. Picht zündete also die nächste Stufe der politischen Intervention: Nach der Mitarbeit in den offiziellen Gremien der verfassten Politik im ersten Schritt und der öffentlichen, Manifest-ähnlichen Ansprache an die Emotionen des Volkes in einem zweiten Schritt folgte nun der handfeste Protest auf der Straße. Anfang 1965 versammelte Picht eine Gruppe unzufriedener Freiburger Studierender „bei Tee und Wurstbrot“²⁶ um sich. Mit

23 O.V.: Bildungsmisere, in: Die Zeit, 04.06.1964.

24 Mikat, Paul (CDU, Kultusminister in NRW 1962-1966) zitiert nach o.V.: Notstand – Lücken der Nation, in: Der Spiegel, 29.07.1964.

25 Vgl. zur Geschichte der CDU und der Schulreformen Messinger, Sören/Wypchol, Yvonne: Moderne CDU? Programmatrischer Wandel in der Schul- und Familienpolitik, Stuttgart 2013, S. 29-172.

26 O.V.: Heißer Sommer, in: Der Spiegel, 19.05.1965.

diesen entwarf er die Vision einer bundesweiten Aktion, die erneut Aufmerksamkeit auf die drohende Bildungskatastrophe lenken sollte. Die Studierenden um Ignaz Bender mobilisierten daraufhin die Freiburger Studierendenvertretung, den *Allgemeinen Studentenausschuss (AstA)* der Universität, und dieser wiederum den deutschlandweiten *Verband Deutscher Studentenschaften (VDS)*. Geplant wurden schließlich „Aufmärsche, Kundgebungen, Plakat-Aktionen und [die] Verteilung von 250000 Flugblättern“²⁷ unter dem Schlagwort „Aktion 1. Juli“.

Und die Aktion schlug an. Die bis dahin größten Studierendenproteste in der Bundesrepublik galten später vielen als ein Vorläufer und eine Keimzelle der Proteste, die wenige Jahre später die Republik ergreifen sollten. Am ersten Juli protestierten in vielen deutschen Universitätsstädten insgesamt etwa 100.000 und damit ein Drittel aller Studierenden für Forderungen, die letztlich völlig dem Impetus Georg Pichts entsprachen. Kurz zusammengefasst ging es um mehr Bedeutung und mehr Geld für die Bildungspolitik sowie um den Ruf nach einer nationalen, sprich nicht-föderalistischen Bildungsplanung.

Picht blieb nicht der einzige, der sich öffentlich in die Debatte einmischte. 1965 hatte sich auch Ralf Dahrendorf öffentlichkeitswirksam zum Thema der Bildungsreformen positioniert. In seinem Buch „Bildung ist Bürgerrecht“²⁸ forderte er ebenfalls die Erhöhung der AbiturientInnenquote. Zwar war Dahrendorfs Ausgangspunkt ein anderer als Pichts Bildungsökonomismus;²⁹ ihm war eine höhere Bildung für möglichst viele Menschen die Erfüllung demokratischer Rechte – aber auch er unterstützte die „Aktion 1. Juli“. Während Picht in Heidelberg sprach, hielt Dahrendorf in Tübingen eine Rede vor den protestierenden Studierenden.³⁰ Zusammen mit den in den Debatten ums deutsche Schulsystem hinlänglich bekannten sozialpolitischen Argumentationsschienen entstand in der Öffentlichkeit schlussendlich eine mächtige Trias von Argumentationslinien gegen das bestehende Bildungssystem. Die Bildungsökonomie half, mögliche Kosten von Reformen des Bildungssystems als Investitionen zu verstehen,³¹ die Forderung „Bildung als Bürgerrecht“ verknüpfte die Bildungsreform mit den Begriffen der Demokratie und des Rechtsstaats und aktualisierte die sozialreform-

27 O.V.: Heißer Sommer, in: Der Spiegel, 19.05.1965.

28 Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Bramsche, Osnabrück 1965.

29 Vgl. Lundgreen 1980-1981 (s. Anm. 11), S. 28.

30 Elitz, Ernst et al.: Deutsche Studenten demonstrieren, in: Die Zeit, 09.07.1965.

31 Vgl. Rudloff, Wilfried: Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren im internationalen Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 47 (2007), S. 237-268, hier S. 244.

rische Dimension und nicht zuletzt öffnete die Pädagogik selbst Möglichkeiten für Kritik am Schulsystem. Zusammen mit einem grundsätzlichen hohen gesellschaftlichen und politischen Vertrauen in die Planbarkeit und Reformierbarkeit der Gesellschaft erwuchs ein sehr weitgehender Konsens zwischen ExpertInnen und FachpolitikerInnen sowie der öffentlichen Meinung darüber, dass das deutsche Schulsystem reformiert werden müsse.

Was folgte, war eine der turbulentesten Phasen in der Geschichte der deutschen Bildungspolitik. Die Debatte über die Bildungskatastrophe leitete ein langes Jahrzehnt intensiver bildungspolitischer Bemühungen um die Reform des Bildungssystems in Deutschland ein. Einig war man sich auf dem Gebiet der Schulen über alle Parteigrenzen hinweg in zwei zentralen Zielen: Erstens sollte endlich eine flächendeckende Versorgung mit Schulen, besonders auf dem Land, gewährleistet werden und zweitens sollte der Anteil höherer Schulabschlüsse, also mittlere Reife und Abitur, deutlich steigen. Das erste Ziel wurde bis zum Ende der Reformära erfolgreich umgesetzt, das zweite erfüllte sich ebenfalls, wobei hier die eigenständige Rolle der politischen Bemühungen umstritten ist, hatte die Bildungsexpansion doch deutlich vor dem Aktivwerden der Politik begonnen.³² Zentrale politische Maßnahmen versuchten, finanzielle Hürden herabzusetzen, durch die Errichtung neuer Schulgebäude und die Zusammenlegung in sogenannten Schulzentren die Versorgung zu verbessern und alternative Wege zu höheren Bildungsabschlüssen, wie Fachhochschulreife oder zweiter Bildungsweg, auszubauen.³³

Georg Picht aber war nicht zufrieden. 1972 resümierte er in einem *Spiegel*-Artikel: „Die westdeutsche Bildungspolitik ist gescheitert und hat einen Trümmerhaufen hinterlassen“, und weiter: „Die überkommenen Bildungsformen und -institutionen werden gerade deshalb zugrunde gehen, weil man versäumt hat sie zu reformieren.“³⁴ Die Schuldigen waren für ihn da schon klar zu benennen: die CDU, der Philologenverband und der *Bund Freiheit der Wissenschaft*. Aber auch die geleisteten Reformen der Gegenseite waren ihm nur halbgar, zu wenig und

32 Vgl. Drewek, Peter: Die Entwicklung des Bildungssystems in den Westzonen und in der Bundesrepublik von 1945/49 bis 1990. Strukturelle Kontinuität und Reformen, Bildungsexpansion und Systemprobleme, in: Müller, Detlef K. (Hg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft, Bildung. Eine Einführung in das Studium, Köln 1994, S. 235-259, hier S. 245.

33 Vgl. Fuchs, Hans-Werner: Staatliche Eingriffe in den Zusammenhang von Bildungssystem, Familie und Gesellschaft in der Phase der Bildungsreform (1960er-/1970er Jahre) und ihre Wirkung, in: Zeitschrift für Pädagogik, H. 52/2006, S. 671-681, hier S. 673.

34 Picht, Georg: Wir müssen von vorne anfangen, in: Der Spiegel, 24.01.1972.

vor allem zu formalistisch, Bildungsingenieure statt Reformersah er hier am Werk. Das, was die Bildungsreform gebracht hatte, war jedenfalls nicht das, was in Birklehof mal der Anfang seiner bildungspolitischen Bemühungen gewesen war.

Die Kampagne vor dem Dogma

Die Ostermärsche und das Jahr 1964

DAVID BEBNOWSKI

„Eine Landstraße zwischen Mainz und Frankfurt. Leere Felder links und rechts. Und auf dem Asphalt ein Menschenzug, fast einen Kilometer lang. Neunhundert Menschen marschieren seit acht Stunden. Es regnet. Sie stemmen Transparente gegen den eiskalten Wind. Niemand, der die Transparente lesen könnte, denn ihre Träger sind allein auf der Straße. Sie ziehen über eine Brücke, eine endlose Menschengschlange.“¹ So szenisch beschrieb der junge Journalist Kai Herrmann für die Wochenzeitung *Die Zeit* im April 1964 eine offenkundig paradox anmutende Prozession im Hessischen. Ein Protestzug im Nirgendwo, fast eintausend Menschen machten sich während der besinnlichen Ostertage auf den Weg, um gegen Rüstung und für Frieden zu protestieren. Trotz des noblen Anliegens mochte dies dem Autor des Artikels nicht recht aufgehen. Zu gering erschien ihm die Unterstützung in der Bevölkerung, nicht zuletzt auch in Parteien und Gewerkschaften. Nach der Feststellung, dass die Marschierer zurückhaltend agierten, sogar die Anweisungen der Polizei befolgten, wunderte sich der Autor: „Was sind das für Leute, die während drei Feiertagen im Schneeregen marschieren und Strapazen auf sich nehmen – was für eine irrationale Reaktion von Flagellantent gegen ein übermächtiges Übel? Kommunisten und deren ‚nützliche Idioten‘ sagen die einen, idealistische Sektierer und Phantasten die anderen. Die Leute selber halten sich für die Minorität der politischen Realisten.“²

Gleich wie realistisch die Ostermarschierer politisch agierten – sie bildeten fraglos das Fundament für die sozialen Bewegungen, die später überformt von der Studentenbewegung in der Ziffer 1968 verschmolzen. Tatsächlich spielen

1 Herrmann, Kai: „Erfolg und viele Kilometer“, in: *Die Zeit*, 03.04.1964.

2 Ebd.

hierbei die Jahre bis 1964 eine entscheidende Rolle: Denn ganz so randständig und unerklärlich wie der Artikel suggeriert, waren die Ostermärsche im Jahr 1964 längst nicht mehr. Vier Jahre nach dem ersten deutschen Ostermarsch im Jahr 1960 wurde nun die Grenze von 100.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen an 280 verschiedenen Orten durchbrochen. Die Ostermärsche wurden zur Massenbewegung.³ Grundlage hierfür waren die stetige Anpassung und Erweiterung der Ziele an den politischen Kontext. So wurde der zunächst nur auf die Frage der Abrüstung gerichtete Kurs der Bewegung ab 1961 beständig erweitert und lenkte die Ostermarschierer immer stärker auf einen Kurs in Opposition zur Bundesregierung. Dieser „Massenlernprozess“⁴ führte 1963 zur Etablierung der *Kampagne für Abrüstung* – mit Blick auf den Mythos „68“ die fraglos wichtigste Etappe. Denn mit ihr entstand die Grundvoraussetzung für die *Außerparlamentarische Opposition* (APO), das deutsche Alleinstellungsmerkmal der 1968er Jahre.⁵ Die Ostermarschbewegung schuf so im Verlauf ihres Bestehens die institutionelle – und vor allem politisch unabhängige – Infrastruktur, die schließlich dafür genutzt werden konnte, unterschiedliche Aktivisten zusammenzuführen.

Wenn die Ostermärsche als Brückenschlag zwischen den Jahren 1964 und 1968 dienen sollen, muss also vor allem ihre Geschichte bis 1964 erzählt werden. Dies soll im Folgenden über mehrere Etappen geschehen, bevor im abschließenden Kapitel dieses Textes auf die Entwicklungen zwischen 1964 und 1968 eingegangen wird.

-
- 3 Vgl. Otto, Karl. A.: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt a.M./New York 1977, S. 147.
 - 4 Buro, Andreas: Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis 4. Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft, Frankfurt a.M. 1977, S. 51-78.
 - 5 Vgl. Villinger, Ingeborg: „Stelle sich jemand vor, wir hätten gesiegt“, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a.M. 2008, S. 319-340, hier S. 328; Richter, Pavel: „Die APO in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a.M. 2008, S. 47-74, hier S. 50 ff.

ANGST UND ANTIKOMMUNISMUS – DAS KLIMA DER 1950ER UND 1960ER JAHRE

Sich 1960 als Ostermarschierer zu erkennen geben, das – so berichtet Andreas Buro, eine führende Kraft der damaligen Bewegung – sei sehr schwierig gewesen.⁶ Aus heutiger Sicht wirkt dies zunächst kaum verständlich, wollte doch die deutsche Bevölkerung sicher nichts weniger als einen weiteren Krieg. Allerdings ist das Unverständnis gegenüber der Einschätzung der früheren Ostermarschierer bereits von dem uns heute umgebenden politischen Kontext geformt. Und dieser selbst wurde natürlich nicht zuletzt durch die Friedensinitiativen in der Geschichte der Bundesrepublik beeinflusst. Jedenfalls spricht aus ihm die stille Vorentscheidung, dass der Frieden am besten durch ein friedliches und eben keinesfalls militärisches Verhalten gesichert werden könne. In der Frühphase der Bundesrepublik war diese Haltung in der Politik aber beileibe nicht selbstverständlich. Die 1950er und 1960er Jahre markieren die erste Phase des Kalten Krieges, dem Beginn der bis zum Mauerfall andauernden Blockkonfrontation.

Eine angespannte, hysterische, bisweilen verrückte Zeit. Dem bekannten Historiker Eric Hobsbawm zufolge bestand objektiv betrachtet keine unmittelbare Kriegsgefahr; gerade dieser Umstand geriet jedoch zur Grundlage einer mitunter martialischen, waffenstarrenden Rhetorik. Denn weil das politische Gleichgewicht zwischen den Blöcken stillschweigend akzeptiert wurde, konnte man sich umso hemmungsloseren Drohgebärden und symbolischer Abschreckung verschreiben.⁷ Das Ziel bestand darin, *Angst* vor dem politischen Gegner zu erzeugen.⁸ Dies lag nicht zuletzt daran, dass sich die Politiker in den demokratisch verfassten westlichen Staaten der innenpolitischen Gefolgschaft ihrer Bürger versichern mussten. Zu diesem Zweck entwarfen sie das unzutreffende außenpo-

6 Der Autor konnte für die Recherche zu diesem Artikel am 05.09.2013 mit Andreas Buro, am 09.09.2013 mit Arno Klönne und am 10.09.2013 mit Helga und Konrad Tempel Gespräche führen. Alle vier hatten im Verlauf der 1960er Jahre tragende Rollen als Organisatoren der Bewegung.

7 Insgesamt als Überblick zum Kalten Krieg und der Blockkonfrontation vgl. Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, Kapitel acht: Der Kalte Krieg, S. 285-323, hier insb. S. 286 ff.

8 Vgl. v.a. Greiner, Bernd: Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: ders./Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 7-31, hier insb. S. 17 f.

litische Bedrohungsszenario eines kontinuierlich nach weiterem Einfluss gierenden kommunistischen Blocks.⁹

Gerade im geteilten Deutschland, das absehbar den Hauptkampfplatz eines drohenden militärischen Konfliktes zwischen den Blöcken sein würde, entwickelte sich auf diese Weise eine das alltägliche Leben überformende, dräuende „Nachkriegsangst“.¹⁰ In weiten Teilen der Bevölkerung lautete seinerzeit die Frage nicht, *ob*, sondern *wann* ein Dritter Weltkrieg stattfinden würde.¹¹

Die um Westbindung bemühte deutsche Regierung aus CDU und FDP passte sich dem Dogma der Abschreckung durch Bewaffnung an. Geschickt setzte Kanzler Konrad Adenauer die Wiederbewaffnung gar als einen Hebel zur Erlangung der vollständigen Souveränität Westdeutschlands ein.¹² Diese Strategie der Bundesregierung zog 1955 schließlich mit dem Beitritt zur NATO die Schaffung der Bundeswehr nach sich. Bezeichnend pathetisch passte der damalige Bundeskanzler Adenauer diesen Schritt in das Klima der Blockkonfrontation ein und sprach davon, dass die NATO-Staaten „das gemeinsame Erbe der abendländischen Kultur, die persönliche Freiheit und die Herrschaft des Rechts [...] verteidigen“¹³ wollten.

Gegner der *abendländischen* Kultur war demzufolge natürlich der *morgendländische* Kommunismus, der so zum Gegner zentraler bürgerlicher Werte reifte und von der Regierung der BRD mittels einer nationalen „Politik der Stärke“

9 Vgl. Hobsbawm 1995 (s. Anm. 7), S. 298 f.

10 Biess, Frank: Ziviler Luftschutz, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 61-93, hier S. 64; vgl. zudem sowie den gesamten Sammelband als Kompendium zur Angst im Kalten Krieg.

11 Vgl. Schildt, Axel: „Atomzeitalter“ – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hg.): „Kampf dem Atomtod“. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München/Hamburg 2009, S. 39-56, hier S. 40; Lipp, Karlheinz/Lütgemeier-Davin, Reinhold/Nehring, Holger: Frieden als Herausforderung für die deutsche Geschichte, in: dies. (Hg.): Frieden und Friedensbewegung in Deutschland 1892-1992. Ein Lesebuch, Essen 2010, S. 9-41, hier S. 33 ff.

12 Vgl. Stöver, Bernd: Deutschland im Kalten Krieg. Handlungsspielräume der Politik 1945-1955, in: Bald, Detlef/Wette, Wolfram (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955, Essen 2010, S. 21-32, hier S. 32.

13 Konrad Adenauer zitiert nach: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 10.05.1955, in: Lipp, Karlheinz/Lütgemeier-Davin, Reinhold/Nehring, Holger (Hg.): Frieden und Friedensbewegungen in Deutschland 1892-1992. Ein Lesebuch, Essen 2010, S. 276 f.

aufs Äußerste bekämpft wurde.¹⁴ Die abschreckenden psychologischen Folgen, die sich, dem Rechtshistoriker Walter Kramer zufolge, nicht zuletzt im politisch instrumentalisierten Strafrecht äußerten, waren tiefgreifend: Zwischen 1949 und 1968 kam es „zu ungefähr 125.000 Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und – auch das darf nicht übersehen werden – gegen alle, die zu Kommunisten abgestempelt wurden“¹⁵. Bereits der bloße Verdacht, kommunistisch zu sein, zeitigte eine verheerende und delegitimierende Wirkung auf oppositionelle politische Äußerungen.¹⁶ In diesem Klima der waffenstarrenden Abschreckungssymbolik mit einem latenten Kommunismus-Vorwurf konfrontiert, musste sich die frühe außerparlamentarische Opposition bewähren. Eine durchaus schwierige Situation.

VORGÄNGBEWEGUNGEN UND DIE ANFÄNGE DER OSTERMÄRSCHES

Dennoch formierte sich ziemlich schnell Protest in der Bundesrepublik. In einem ersten Schub bildete sich bereits mit den öffentlichen Aufrüstungs-Avancen Adenauers 1949 die „Ohne mich“-Bewegung. Diese erste Protestbewegung der Bundesrepublik sensibilisierte die bürgerliche Öffentlichkeit für das Thema Wiederbewaffnung. Ihr Einfluss auf die praktische Politik blieb allerdings gering. Nachdem sich bereits 1954 der DGB-Bundesvorstand gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ausgesprochen hatte, entwickelte sich, getragen von Gewerkschaften und der SPD, 1955 die „Paulskirchenbewegung“. Erst die Beteiligung dieser Großorganisationen sorgte für einen Zustrom zu den Demonstrati-

14 Kogon, Eugen: Der Antikommunismus in der Bundesrepublik, in: Ed. Suhrkamp Bd. 4: Friedensanalysen für Theorie und Praxis 4. Schwerpunkt: Friedensbewegung, Frankfurt a.M. 1977 (Redaktion: Günther Busch), S. 9-20, hier S. 13 f.

15 Kramer, Helmut: Die justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung in der frühen Bundesrepublik, in: Bald, Detlef/Wette, Wolfram (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955, Essen 2010, S. 49-62, hier S. 49 u. S. 52.

16 Bald, Detlef/Wette, Wolfram: Zur Einordnung westdeutscher Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges, in: dies. (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955, Essen 2010, S. 9-17, hier S. 13 ff.

onen der „Ohne mich“-Bewegung, bis deren Feuer durch die Verabschiedung der NATO-Verträge wieder erlosch.¹⁷

Besseres Momentum erhielten Friedensinitiativen dann rund zwei Jahre später, 1957. Der französische Präsident Charles de Gaulle stellte Deutschland die gemeinsame Entwicklung von Atomwaffen in Aussicht und entsprach damit Adenauers Wunsch nach Ausrüstung der Bundeswehr mit „taktischen Atomwaffen“. ¹⁸ Auf diese Initiativen folgend setzten sich Proteste neuer Qualität in Bewegung: Nun mischten sich neue moralische Instanzen in die Auseinandersetzung ein. Einflussreiche christliche Theologen, etwa Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller, allen voran Albert Schweitzer, waren ab jetzt Teil der Debatte. In beiden Kirchen, stärker noch in der evangelischen, führte dies zu vehementen Streits.¹⁹

Christliche Unterstützer fanden sich schließlich ab 1960 auch unter den Ostermarschierern reichlich. Helga und Konrad Tempel orientierten sich beispielsweise im Verlauf der 1950er Jahre, beeinflusst durch Bekannte, immer stärker an der evangelischen Glaubensrichtung der Quäker und der pazifistischen *Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK)*. Auch der durch die Arbeitertradition des Ruhrgebiets und durch jugendbündisch-katholische Einflüsse sozialisierte Arno Klönne ordnete sich gleichermaßen selbstverständlich dem Milieu des Linkskatholizismus zu.²⁰

17 Zur „Ohne mich“- und „Paulskirchenbewegung“ vgl. Werner, Michael: Die „Ohne mich“-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg, Münster 2006, hier maßgebend: Ders.: Zur Relevanz der „Ohne mich“-Bewegung in der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag, in: Bald, Detlef/Wette, Wolfram (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955, Essen 2010, S. 79-86; Appelius, Stefan: Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945-1968, Aachen 1999, S. 365 ff. (Bd. 2).

18 Schildt 2009 (s. Anm. 11), S. 40; Richter, Horst-Eberhard: Atomrüstung oder Menschlichkeit, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hg.): „Kampf dem Atomtod“. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München/Hamburg 2009, S. 29-38, hier S. 30.

19 Schildt 2009 (s. Anm. 11), S. 44; Lepp, Claudia: Zwischen Konfrontation und Kooperation: Kirchen und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (1950-1983), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, Jg. 7 (2010), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Lepp-3-2010>, dort Abschnitt 3 [eingesehen am 02.01.2014].

20 Vgl. die Interviews des Verfassers mit Helga und Konrad Tempel, Andreas Buro und Arno Klönne; vgl. auch Buro, Andreas: Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen

Zu diesen christlich geprägten Leitfiguren in den Vorläuferorganisationen der Ostermärsche gesellte sich schnell eine Schar „weltlicher“ Intellektueller. Besonders aufmerksamkeitswirksam traten dabei die 18 Atomwissenschaftler, die am 12. April 1957 die „Göttinger Erklärung“ verabschiedeten, in Erscheinung. Sie kritisierten Adenauers Verharmlosung der Atomwaffentechnologie und dominierten die sich begierig auf die Erklärung ausgewiesener Experten stürzende deutsche und internationale Presse über mehrere Tage.²¹ Bereits an dieser andauernden Kommentierung kann das Bedürfnis nach dissidenten einflussreichen Stimmen in der Auseinandersetzung mit der Atomtechnologie ermesssen werden. Bald sprangen den nuklearintellektuellen Physikern weitere einflussreiche Intellektuelle in unterschiedlichen Aktionskomitees gegen die Atombewaffnung zur Seite. In solchen Initiativen engagierten sich einflussreiche Kulturschaffende, etwa Hans Werner Richter, Spiritus Rector des Literatenzirkels *Gruppe 47*²² und weitere einflussreiche Sozialwissenschaftler und Philosophen.

Aus diesem erweiterten Spektrum entwickelte sich 1957 und 1958 schließlich die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ – gewissermaßen als zweite Mobilisierungswelle der „Paulskirchenbewegung“, wurde sie doch mit der SPD, dem DGB und der FDP von denselben Organisationen unterstützt, die bereits zwei Jahre zuvor das „Deutsche Manifest“ unterzeichnet hatten.²³ Wie bereits bei den Protesten im Jahr 1955 müssen die hohen Teilnehmerzahlen an Kundgebungen – in der proletarischen Metropole Hamburg waren es bis zu 150.000 – wohl auf die enge Verbindung mit diesen Organisationskernen zurückgeführt werden. Unabhängig davon kann die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ jedoch als ein erster Kulminationspunkt des Unbehagens der westdeutschen Bevölkerung betrachtet werden. Zum ersten Mal entwickelte sich ein großflächiges Protestnetzwerk, das, getragen von unzähligen Protestnoten intellektueller Aktivisten und einem breiten Netz örtlicher Komitees, durchaus nachhaltig angelegt war.²⁴

eines streitbaren Pazifisten, Frankfurt a.M. 2011, S. 84. Arno Klönne nahm erst ab 1961 an den Ostermärschen teil.

21 Vgl. insgesamt Lorenz, Robert: Protest der Physiker. Die „Göttinger Erklärung“ von 1957, Bielefeld 2011, hier S. 52 ff. u. S. 82 ff.

22 Richter, Hans Werner (Hg. v. Dominik Geppert): Mittendrin. Die Tagebücher 1966–1972, München 2012, FN 54/S. 326.

23 Das „Deutsche Manifest“ war Ergebnis der Paulskirchenversammlung und prangerte die Wiederbewaffnung der BRD und ihre Westbindung an.

24 Vgl. insgesamt Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hg.): „Kampf dem Atomtod“. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München/Hamburg 2009; Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 56 ff.

Indes: Bevor es zur Festigung und Verstetigung dieser Aktivitäten kam, wandte sich die SPD von der Kampagne ab. Das 1959 beschlossene „Godesberger Programm“ öffnete sie in Richtung der CDU, also für die Große Koalition, einem wesentlichen Streitpunkt der späteren Bewegung. Aus machtpolitischer Sicht war dies ein fraglos einleuchtender Schritt: Denn die CDU konnte 1957 mit dem Slogan „Keine Experimente“ einen eindrucksvollen Sieg bei der Bundestagswahl landen. Die von den Aktivisten geäußerten Forderungen nach Warn- oder Generalstreiks gegen die atomare Rüstung trug die sozialdemokratische Parteiführung so nicht länger mit.²⁵

Es war diese Abwendung der damals oppositionellen SPD von „ihrer“ Kampagne, die das Gelegenheitsfenster für die Ostermärsche aufstieß. Letztere entwickelten sich vor diesem Hintergrund nachgerade aus einer lehrbuchmäßigen Situation: Dadurch, dass eine relevante Forderung politisch nicht bedient worden war, äußerte sie sich auf dem Umweg des außerparlamentarischen Protests.²⁶ Die Dialektik der Macht, die der SPD bündnispolitisch neue Türen öffnete, ließ die Anti-Atomkraft-Aktivist:innen düpiert zurück; gesteigert noch dadurch, dass nach der Absage an die Streikforderungen eine Volksbefragung angestrebt wurde, die das Bundesverfassungsgericht schließlich für unzulässig erklärte. So entwickelten sich das Ende der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ in Verbindung mit dem Richtungsschwenk der SPD und damit die Jahre 1959/60 zur entscheidenden Zäsur für die Entstehung der Ostermärsche.²⁷

DIE ANFÄNGE DER OSTERMARSCHBEWEGUNG

Allerdings waren die Ostermärsche keine deutsche Erfindung. Ostern 1958 veranstaltete die englische *Campaign for Nuclear Disarmament (CND)* den ersten Ostermarsch als Protest gegen die Rüstungspolitik Großbritanniens. Marschiert wurde über drei Tage vom Londoner Trafalgar Square nach Aldermaston, dem

25 Vgl. Schildt 2009 (s. Anm. 11), S. 41. „Keine Experimente“ traf zudem das Empfinden der mobilisierungsmüden Bevölkerung. Vgl. Walter, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus sechzig Jahren Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2009, S. 17; Stöver 2010 (s. Anm. 12), S. 29. Insgesamt zur SPD vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

26 Vgl. die Ausführungen zum Konflikt bei Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1967.

27 Vgl. Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 51 ff.

Standort der britischen Atomwaffen. Betont nüchtern verlief dieser Marsch: Gottesdienste wurden abgehalten, Gesänge, Schlachtrufe waren zunächst nicht zu vernehmen, überhaupt – dies sollte auch zum Charakteristikum der deutschen Ostermärsche werden – wurde sich nur entlang enger zuvor vereinbarter rhetorischer Grenzen geäußert. Das Kalkül dahinter war klar: Ekstatische, aufgeputschte, laute Massen konnten nur allzu schnell als Zeichen politischer Radikalisierung und damit potenziell als Ausdruck kommunistischer Umtriebe gedeutet werden. Um zusätzlich zu verhindern, dass die Märsche in den Ruch politischer – kommunistischer – Unterwanderung gerieten, durfte man sich an ihnen nur als Einzelperson beteiligen. Hierdurch erklären sich die im Verlauf der 1960er Jahre auf enorme Längen anschwellenden Unterschriftenlisten der Unterstützer der Ostermärsche – 1964 waren es in Deutschland rund 8400.²⁸

Die Angst vor antikomunistischen Vorwürfen kann diese individualistische und nüchterne Strategie der Ostermarschierer jedoch nur teilweise erhellen.²⁹ Ein auffälliges Charakteristikum, insbesondere der frühen Ostermärsche, war die Tatsache, dass diesseits und jenseits des Atlantiks enorme Strecken absolviert wurden. Die Strecke Aldermaston – London betrug gut achtzig Kilometer, die Strecke des ersten deutschen Ostermarsches von Hamburg nach Bergen-Hohne war beinahe 100 Kilometer lang. Diese Strecken bedeuteten anspruchsvolle, mehrere Tage dauernde Märsche und ein enorm entbehreungsreiches, ja asketisches politisches Signal. Von einer analytischen Warte aus kann hier unschwer der protestantische Einfluss der Initiatoren der Ostermärsche erkannt werden. Der Marsch sollte individuellen politischen Protest, ein persönliches Zeichen gegenüber der weltpolitischen Lage transportieren, sollte durch das eigene Opfer aufrütteln. In ihm wurde somit ein Motiv deutlich, das stark an die Haltung Martin Luthers erinnerte: Konrad Tempel, der deutsche „Importeur“ der Ostermärsche, verwies deutlich darauf, der inneren Stimme entsprechend zu handeln, gleich wie andere Menschen sich demgegenüber positionierten.³⁰

Und in der Rückschau muss man dieser Strategie eine ungemeine Wirkungskraft attestieren. Konrad und Helga Tempel organisierten die ersten Ostermär-

28 Zu diesen Aspekten instruktiv vergleichend Nehring, Holger: Demonstrating for „Peace“ in the Cold War. The British and West German Easter Marches, 1958-1964, in: Reiss, Matthias (Hg.): *The streets as stage. Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century*, Oxford 2007, S. 275-293. Die Zahl stammt aus: Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 147.

29 Diese Angst war auch deswegen nicht gänzlich unbegründet, da die Kader der KPD nach dem Parteiverbot 1956 politisch heimatlos geworden waren und Versuche unternahmen, die Ostermärsche zu infiltrieren.

30 Vgl. hierzu die Gespräche mit Andreas Buro sowie Konrad und Helga Tempel.

sche, wenn sie auch auf die Kontakte der Kriegsdienstverweigerer aus der IdK und dem *Verband der Kriegsdienstgegner* zurückgreifen konnten, letztlich in Eigenregie als Einzelpersonen.³¹ Der Protest gegen die Rüstungspläne nahm also vor allem Fahrt auf durch das politische Engagement und die individualistische Symbolik seiner christlichen Träger. In eine ähnliche Richtung weisen auch die Worte des Philosophen Günther Anders, des in den späten 1950er Jahren „führenden Intellektuellen der Anti-Atom-Bewegung“³². Beinahe mythisch forderte er ein massenhaftes Aufbegehren gegen die politisch erzeugte Angst: „Habe keine Angst vor der Angst, habe Mut zur Angst!“ [...] „Freilich muss diese innere Angst von ganz besonderer Angst sein: Eine *furchtlose* Angst, da sie jede Angst vor denen, die uns als Angsthasen verhöhnen könnten, ausschließt. Eine *belebende* Angst, die uns statt in die Stubenecken hinein in die Straße hinaus treiben soll. Eine *liebende* Angst, die sich *um* die Welt ängstigen soll, nicht nur vor dem, was uns zustoßen könnte.“³³

Am Publikationsort dieser Textstelle kann bereits die frühe Verbindung der Ostermarschbewegung zur späteren Studentenbewegung der „68er“ erkannt werden: Der Auszug wird von den Autoren einer Dokumentensammlung als Publikation in einer „Berliner Studentenzeitschrift“ wiedergegeben.³⁴ Diese Zeitschrift trug den für die Publikationen unterschiedlicher Anti-Atom-Initiativen gebrauchten Namen *Das Argument* und mauserte sich in den folgenden Jahren zunächst zu einem der zentralen Debattenorgane der Studierendenbewegung und anschließend zu einer der bedeutsamsten marxistischen Theoriezeitschriften der Bundesrepublik.³⁵ An ihr lassen sich die Wandlungen der außerparlamentarischen Opposition mustergültig nachvollziehen. Auch hier dominierten bis in die 1960er Jahre hinein vor allem evangelische Theologen und die düstere Ontologie von Günther Anders das Bild; Helmut Gollwitzer und Günther Anders saßen sogar in der Redaktion der Zeitschrift. Erst ab 1962 wurde hier stärker marxistisch

31 Aus dem Gespräch mit Helga und Konrad Tempel vom 10.09.2013.

32 Richter 2009 (s. Anm. 18), S. 30.

33 Aus den Berliner Thesen, zitiert nach Lipp/Lütgemeier-Davin/Nehring (Hg.) 2010 (s. Anm. 13), S. 285.

34 Ebd., S. 285.

35 Der Name „Das Argument“, später nur noch „argument“ wurde u.a. auch von einer Gruppe Anti-Atom-Aktivist*innen an der Münsteraner Universität verwendet. Eine der Herausgeberinnen war die spätere RAF-Terroristin Ulrike Meinhof. Vgl. Röhl, Bettina: *So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret*, Hamburg 2006, S. 199 f.

argumentiert.³⁶ Die Ostermarschbewegung als Anfang der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, dies sollten diese Ausführungen verdeutlicht haben, hatte freilich noch nicht viel von dem revolutionären Furor der späteren Studentenbewegung.

AUF DEM WEG ZU 1964 – DIE ENTWICKLUNG DER OSTERMÄRSCH ZUR MASSENBEWEGUNG

Die Geschichte der Ostermärsche erscheint in der Rückschau auffällig linear, fast allzu komplikationsfrei. Dabei waren sie kein Selbstläufer: Im Jahr 1960 beteiligten sich an den ausschließlich im Norden Westdeutschlands durchgeführten Aktionen nur rund 1000 Anhänger.³⁷ Allerdings erhielten sie schnell Zulauf, die Teilnehmerzahlen stiegen bis zum Jahr 1964 rapide an. Die Voraussetzung hierfür war eine grundsätzliche Offenheit gegenüber neuen Aktivisten und keinesfalls eine dogmatische Schließung. Die aus der Not, als Kommunisten verunglimpft zu werden, geborene Strategie der individuellen und nicht über bestimmte Organisationen erfolgende Teilnahme an den Ostermärschen muss im Nachhinein als das Erfolgsrezept der Bewegung angesehen werden. Durch sie konnten Flügelstreitigkeiten gering gehalten, konnten unterschiedliche Menschen „für die Sache“ und im Namen der Sache begeistert werden. Das Abschiednehmen vom Appell an die Herrschenden „zugunsten der Mobilisierung möglichst vieler Menschen gegen das Wettrüsten“ ordnete Andreas Buro, ab 1964 Vorsitzender des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, als „große[n] Lernschritt“ jener Jahre ein.³⁸

Dennoch: Auf dem Weg zur Massenbewegung stellten sich selbstredend wichtige Fragen zur strategischen Ausrichtung. Diese Ausrichtung selbst sowie die Konflikte und deren letztliche Lösung lassen sich an den vier führenden Köpfen der Ostermarschbewegung verdeutlichen. Wie angesprochen gingen die Ostermärsche im Wesentlichen auf die Initiative des Hamburger Lehrers Konrad Tempel, der in den 1950er Jahren bereits an den englischen Ostermärschen teilgenommen hatte, und dessen Frau Helga zurück. Durch die Tempels wurde der Protest grundsätzlich pazifistisch gestaltet. Allerdings standen sie, in einer anderen Erfahrungswelt sozialisiert, in deutlicher Distanz zu ihren teilweise sozialis-

36 Vgl. Haug, W. F.: Einleitung, in: Das Argument, Jg. 4 (1962), H. 22: Emanzipation der Frau (I). Zur Problematik von Sexualität und Herrschaft, S. 3-6.

37 Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 147.

38 Buro 1977 (s. Anm. 4), S. 51.

tischen Mitstreitern.³⁹ Diese Ausrichtung barg spätestens ab 1961 Potenzial für Konflikte. Schließlich strömten nun immer mehr enttäuschte Mitglieder aus sozialistischen Vorfeldorganisationen zu den Ostermärschen, die sich, enttäuscht durch deren Kursschwenk, von der SPD und den Gewerkschaften, die die Ostermarschierer nun auch aufs Heftigste diffamierten, abwandten. Die Ostermärsche einzig als pazifistisch orientierte Protestbewegung auszurichten, wurde für die nun größer werdende Masse an Unterstützern rasch zu eng. Vor allem auf Initiative Arno Klönnes, der die Hausmacht sozialistischer Jugendverbände hinter sich wusste, wurden nun mehr und mehr konkrete politische Forderungen erhoben, positionierten sich die Ostermarschierer stärker in Opposition zur Bundesregierung.⁴⁰ Und: Sie änderten ihren Charakter, boten nun auch ein kulturelles Rahmenprogramm, ohne freilich auf die Disziplin der ersten Märsche zu verzichten.⁴¹ All dies waren taktisch kluge Schachzüge, erlaubten sie doch gleichermaßen, sich aus unterschiedlichen politischen Motiven an den Ostermärschen zu beteiligen – oder aus kulturellem Interesse an ihnen teilzunehmen. Die Ostermärsche jedenfalls änderten ihren Charakter hierdurch deutlich, waren nun weniger streng.⁴²

Bereits diese populäre und kulturelle Aufladung des Protests ist ein erster Fingerzeig auf spätere Bewegungen. Der bemerkenswerteste – und für 1968 schließlich wichtigste – Punkt bestand jedoch in der grundsätzlichen Ausrichtung der Bewegung als eine Art Aktions- und Koordinationsplattform, die unterschiedliche politische Anliegen und Menschen integrierte. Letzten Endes entstand aus diesem Verständnis nach dem zunehmenden Engagement des SDS und weiterer Kader in Opposition zur Großen Koalition 1968 die *Kampagne für Demokratie und Abrüstung*. Sie war das organisatorische Zentrum der APO im Jahr 1968 und ging aus dem *Kuratorium Notstand der Demokratie* hervor, das 1966

39 Im Gespräch betonte Konrad Tempel die Achtung gegenüber den Gesellschaftsanalysen und dem Weitblick der Sozialisten, verwies jedoch ebenso auf seine Angst, die Ostermärsche könnten von den sozialistischen Mitstreitern aufgesogen und vereinnahmt werden.

40 Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 152.

41 Ab Mitte der 1960er Jahre wurde sogar die zweimonatlich erscheinende gegenkulturelle Musikzeitschrift *song* aus den Reihen der Ostermarschierer herausgegeben, die neben Berichten auch Lieder und Songtexte kritischer Musiker wie Woody Guthrie oder Wolf Biermann veröffentlichte. Vgl. *song*, deutsche Underground-Zeitschrift, Nr. 6/1967 (Bestände Arno Klönne).

42 Arno Klönne beschrieb die ersten Ostermärsche im Gespräch als „Trauermarsch“, was allerdings nicht in einem abwertenden, sondern in einem heuristisch durchaus zutreffenden Sinne verstanden werden sollte.

gegründet worden war.⁴³ Vermehrt begann es am Beginn der 1960er Jahre durch diese Neuorientierung nun jedoch im Führungszirkel der Bewegung zu knirschen. Nach den Ostermärschen 1964 trat Konrad Tempel schließlich vom Vorsitz der Kampagne zurück, seinen Platz nahm der ihm freundschaftlich verbundene Andreas Buro ein. Buro selbst stammte aus derselben pazifistischen Tradition, öffnete sich jedoch schneller und deutlicher gegenüber den Anliegen anderer Gruppen, überdies absolvierte er im Verlauf der 1960er Jahre ein politikwissenschaftliches Zweitstudium. Buros Bewertung der Ostermarschbewegung als einen „Lernprozess“ reflektiert auch seine eigene Biografie.

Dass die Ostermärsche zum Erfolg wurden, dafür waren die Tempels, Arno Klönne und Andreas Buro somit gemeinsam verantwortlich. Bei aller inhaltlichen Differenz und der gleichzeitigen Kompromissfähigkeit einte sie, dass sie sowohl über die nötige Zeit als auch den notwendigen persönlichen Rückhalt verfügten, um sich dem politischen Aktivismus widmen zu können. Wie beschrieben, trugen die Tempels die Last der Organisation der Ostermärsche zusammen, gingen dabei sogar arbeitsteilig vor. Helga Tempel jedenfalls war für die Organisation des San-Francisco-Moskau-Marsches des amerikanischen *Committee for Non-Violent Action* im Jahr 1961 in Deutschland zuständig.⁴⁴ Auch Arno Klönne befand sich in einer ähnlich privilegierten Position. Allerdings war sein großer Unterstützer ausgerechnet der konservative Soziologe Helmut Schelsky, an dessen Lehrstuhl in Münster er während der frühen 1960er Jahre arbeitete. Schelsky verpflichtete Klönne seinerzeit unter dem scherzhaften Verweis, sich ja *einen* Kommunisten am Lehrstuhl leisten zu können, lediglich auf ein Mindestmaß an wissenschaftlicher Arbeit. Somit stand Klönne enorm viel Zeit für die politische Organisationsarbeit zur Verfügung.⁴⁵ Andreas Buro schließlich erlangte den Raum für sein Engagement durch ungleich tragischere Umstände: Seine erste Ehefrau war bei der Geburt ihres gemeinsamen Kindes im Jahr 1958 verstorben, auch das Baby konnte nicht gerettet werden. Der promovierte Forstwissenschaftler Buro vollzog anschließend einen persönlichen und beruflichen Neuanfang in einer neuen Anstellung in einem Braunschweiger Holzforschungsinstitut. In diesem Zuge begann er, sich voller Verve in der Internationale der Kriegsdienstgegner zu engagieren; die Braunschweiger Sektion

43 Otto 1977 (s. Anm. 3), S. 157 u. S. 170.

44 Aus dem Gespräch mit Helga und Konrad Tempel. Ein weiterer Organisator war Reiner Steinweg. Vgl. Steinweg, Reiner: *Der große Marsch. San Franzisko – Moskau*, Selbstverlag: Reiner Steinweg (o.J.) (Bestände Andreas Buro).

45 Aus dem Gespräch mit Arno Klönne.

der IdK engagierte sich bereits bei den ersten Ostermärschen in Norddeutschland.⁴⁶

VON 1964 NACH 1968 – DAS ZERBRECHEN DER BEWEGUNG AUF IHREM HÖHEPUNKT

Um für den letzten Abschnitt dieses Textes auf die These des vorliegenden Buches zurückzukommen: 1964 war das Feld für eine politische Massenbewegung bestellt. In der „Höchster Vereinbarung“ der Kampagne für Abrüstung wurde beschlossen, stärker mit sozialistischen und liberalen Studentenverbänden zusammenzuarbeiten, was den Austausch mit den Aktivisten der sich nun formierenden Studierendenbewegung intensivierte.⁴⁷ Die Kampagnenkonzption war erfolgreich, immer mehr Aktivisten konnten für die Ostermärsche gewonnen werden. Aus der ursprünglichen Initiative einiger Pazifisten war somit eine erfolgreiche linke politische Basisbewegung mit massivem Rückhalt in den meinungsbildenden Schichten der Bevölkerung geworden. Immer weitere Themen konnten in den Kanon der Gruppe integriert werden, schließlich auch die Opposition gegenüber der Großen Koalition und deren Notstandsgesetzgebung, was die Kampagne nun gleichermaßen attraktiv für studentisch Bewegte wie auch Gewerkschafter machte. 1968 schließlich, so viel wurde bereits geschrieben, reifte die Kampagne zum organisatorischen Nukleus der APO – und zerbrach.

Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der bewegten 1968er Jahre also verlor sich die Ostermarschbewegung. Die Gründe hierfür können jedoch bereits in den Jahren zuvor nachverfolgt werden. Tatsächlich schien sich die Kampagne durch die Angebote an die Studierenden übernommen zu haben. Für den Zäsurcharakter des Jahres 1964 nicht unerheblich ist dabei, dass bereits ab dem Jahr 1965 der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) zusehends an Einfluss gewann, zeitweise sogar als Avantgarde fungierte und immer stärker auf eine grundsätzliche sozialistische Umformung der Kampagne drängte.⁴⁸

Dass man sich nicht derartig weltanschaulich festlegte, erwies sich jedoch als das Erfolgsgeheimnis der Kampagne! Insofern überdehnte der neue politisch dogmatische Anspruch, der vor allem über die Studentenbewegung in die Oster-

46 Aus dem Gespräch mit Andreas Buro. Nachzulesen in Buro 2011 (s. Anm. 20), S. 77-85.

47 Otto, Karl A.: APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970), Bonn 1987, S. 430.

48 Vgl. Otto 1977 (s. Anm. 3), hier S. 145 ff.

märsche gelangte, die Kampagne schließlich bis zum Reißen. Tatsächlich verlief der Riss durch die Ostermarschbewegung ziemlich exakt entlang der generationellen Zugehörigkeiten der Führungsmannschaft der Ostermärsche und der späteren Studentenbewegung. Letztere, die späteren „68er“, gruppierten sich zu großen Teilen zwischen den Geburtsjahrgängen 1938 bis 1948.⁴⁹ Die Ostermarschierer waren allesamt älter: Helga und Konrad Tempel wurden im Jahr 1932, Arno Klönne 1931 und Andreas Buro 1928 geboren. Sie gehörten somit zu jenen Jahrgängen, die den Krieg als Jugendliche zwar noch miterlebt hatten, selbst jedoch zumeist höchstens noch als „Flakhelfer“ oder Bestandteil des „letzten Aufgebots“ in den allerletzten Kriegstagen an Kampfhandlungen hatten teilnehmen müssen. Die historische Sozialwissenschaft belegt sie wegen ihres Geburtsjahrganges entweder mit dem Label „1929er“, bezeichnet sie nach dem Zeitpunkt ihrer Prägung am Kriegsende als „45er“ oder als sprichwörtliche „Flakhelfergeneration“.⁵⁰

All diesen unterschiedlichen Beschreibungen ist jedoch gemein, dass in dieser Generation eine tiefe Ablehnung gegenüber politischem Dogmatismus und Totalitarismus vertreten wurde, dass ihre Angehörigen nach neuen, offeneren politischen Lösungsvorstellungen strebten.⁵¹ Und genau so war die Kampagne für Abrüstung, die die Ostermärsche trug, auch beschaffen. Die Studentenbewegung, in der eine viel dogmatischere sozialistisch-revolutionäre Grundhaltung einzog, widerstrebte dagegen dieser Haltung zutiefst und beschwor, wie Karl A. Otto in seiner Analyse zeigt, mit dem „Trend zur revolutionären Subkultur“ massive Fliehkräfte für die Bewegung herauf.⁵²

Tatsächlich zeichnete sich in der Frage der Revolution oder grundsätzlichen strategischen Ausrichtung der verbreiteten Opposition auch in der Ostermarsch-

49 Vgl. insgesamt hierzu Bude, Heinz: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938-1948, Frankfurt a.M. 1997.

50 Vgl. Schlak, Stephan: Die 29er. Der deutsche Nachkriegsgeist wird 80 Jahre, in: Magazin der Kulturstiftung des Bundes Nr. 11, April 2008, URL: <http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/main.jsp?applicationID=203&languageID=1&articleID=3676> [eingesehen am 05.12.2013]; Moses, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung – Vierteljahresschrift für Erziehung und Gesellschaft, Jg. 40 (2000), H. 2, S. 233-263; Bude, Heinz: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfergeneration, Frankfurt a.M. 1987.

51 Vgl. Bebnowski, David: Generation und Geltung. Von den „45ern“ zur „Generation Praktikum“ – übersehene und etablierte Generationen im Vergleich, Bielefeld 2012, hier die Kapitel zu den „45ern“ und „68ern“.

52 Vgl. Otto 1977 (s. Anm. 3), hier das betreffende Kapitel.

bewegung schließlich der nachgerade klassische Generationenkonflikt zwischen „45ern“ und „68ern“ ab, der unter anderem durch den „Linksfaschismusvorwurf“ Jürgen Habermas’ an Frankfurter Studierende legendär wurde. Ähnliche Vorwürfe gegenüber der revolutionären Attitüde der Studierenden, die darüber die notwendige politische Arbeit vor Ort vernachlässigten, äußerte auch der Sozialist Arno Klönne: „Diese Vorliebe [für revolutionäre Schriften] kann politischen Ertrag bringen, wenn [sie] im Sinne hat, die Kontinuität oppositionellen Denkens wiederherzustellen; sie kann aber auch geschmäckerliche Flucht in die ‚Reinheit‘ vergangener (erfolgreicher) fremder und (gescheiterter) eigener Revolutionen sein. [...] Auch hier müssen wir wohl unsere Ansprüche auf ‚Politisierung‘ etwas vorantreiben“.⁵³

Trotz dieser Worte, die klar für einen Richtungsstreit und damit für einen klassischen Indikator des Niedergangs sozialer Bewegungen stehen, verschwand die Kampagne für Abrüstung 1968 nicht gänzlich. Frühere Mitstreiter, unter ihnen Arno Klönne und Andreas Buro, gründeten nun das *Sozialistische Büro*, das den Kampagnencharakter beibehielt und als Austauschplattform zwischen den einzelnen Gruppen der „Neuen Linken“ fungieren sollte.⁵⁴ Das Abebben und Auseinanderdriften linker Gruppen, das auch der intellektuellen marxistischen Debatte ein „verlorenes Jahrzehnt“⁵⁵ bescherte, zeigt, dass auch diese Versuche mit den sich entwickelnden innerlinken Strömungen kaum mehr kompatibel waren. 1964 lag vier Jahre zurück.

53 Auszug aus dem Diskussionsbeitrag von Arno Klönne auf der Essener Aktionskonferenz der APO, Jan. 1968, aus: außerparlamentarische opposition, Nr. 54, Januar 1968, S. 8; zitiert nach Otto 1987 (s. Anm. 47), S. 392.

54 So zu lesen im Editorial der vom Sozialistischen Büro herausgegebenen Zeitschrift *links*. Vgl. Warum machen wir „links“ – eine sozialistische Zeitung?, in: *links*, Jg. 1 (1969), H. 0, S. 2; einordnend zum Sozialistischen Büro und der *links* vgl. Oy, Gottfried: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links*. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997), rls papers, URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Papers_Spurensuche.pdf [eingesehen am 05.12.2013].

55 Vgl. Henning, Christoph: Attraktivität und Repulsion. Marxistische Gesellschaftsentwürfe zwischen Selbstverwirklichung und Gewalt, in: Kroll, Thomas/Reitz, Tilman (Hg.): Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013, S. 70-86, hier S. 70.

Vom Herz der deutschen Industrialisierung zum Kulturartefakt

Das Zechensterben im Ruhrgebiet

JULIA KOPP

Schwarze Fahnen, dumpfe Trommelschläge, hier und da ein Trauerflor. Einer stummen Bergmannskappelle folgend ziehen zig Tausende Bergleute im Oktober 1964 durch die grauen Ruhrgebietsstädte. Dortmund, Bochum, Herne, Recklinghausen – überall das gleiche Bild: In dunklen Sonntagsanzügen tragen die Kumpel vom Pütt ihren resoluten Einspruch gegen das „Zechensterben“ auf die Straße. Den Kontext dieser Proteste bildete die „Kohlenkrise“, die seit 1958 die Bergbaubranche erfasst hatte. Seit Ausbruch der Bergbaukrise waren 37 Schachtanlagen und 131 kleinere Zechen geschlossen worden, deren Niedergang bereits für 203.000 Bergleute den Verlust ihres angestammten Arbeitsplatzes bedeutet hatte. Im Oktober 1964 waren nun im Zuge von „Rationalisierungsmaßnahmen“ weitere 31 Großzechen mit einer Belegschaft von rund 64.000 Mann für eine kommende Stilllegung bei dem 1963 eingerichteten *Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus* angemeldet worden. Galten für den damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und einige Ruhr-Unternehmer diese Stilllegungen als notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen, so stellten sie für die protestierenden Bergleute den „Totenschein für unsere Zechen“¹ dar.

1 Stuckmann, D. Heinz: Wenn die Kohlen nicht mehr stimmen. Das Dilemma der deutschen Energiepolitik, in: Die Zeit, 04.12.1964, URL: <http://www.zeit.de/1964/49/wenn-die-kohlen-nicht-mehr-stimmen> [eingesehen am 03.01.2014].

Die „Schwarzen Fahnen an der Ruhr“², die die Betriebsschließungen der Zechen symbolisierten, standen darüber hinaus für den Beginn eines Strukturwandels, der elementare ökonomische, gesellschaftliche und soziale Umbrüche mit sich brachte. Denn spätestens als in den 1970er Jahren auf die Krise des Ruhrbergbaus diejenige in der Eisen- und Stahlproduktion folgte, zeigten sich darin das kommende Ende des industriellen Zeitalters und der spätere Übergang zur sogenannten Dienstleistungsgesellschaft an.³ Insofern lässt sich diese frühe Phase des Umbruchs durchaus im Kontext globaler Entwicklungen sehen, von denen letztlich die meisten Industriestaaten betroffen waren. Doch die Auswirkungen dieses umfassenden Wandlungsprozesses offenbarten sich im Ruhrgebiet aufgrund seiner nahezu ausschließlich industriewirtschaftlichen Strukturen recht früh und in besonderem Maße. Da diese Region nicht nur das größte Steinkohlegebiet in Westeuropa darstellte,⁴ sondern auch seine politische, soziale und kulturelle Beschaffenheit in spezifischer Weise durch die Montanindustrie bestimmt war, bedeutete der Niedergang von Kohle und Stahl für viele Menschen noch weitaus mehr als den Verlust des sicher geglaubten Arbeitsplatzes.

Der Abschied von den Zechen, die elementarer Bestandteil des kommunalen Selbstverständnisses sowie der individuellen Lebenswelt waren, stellte die Grundlagen und den Status des Arbeitermilieus als selbstverständlichen Bestandteil des Ruhrgebiets infrage. Der Malocher als „soziokultureller Kerntyp“⁵ dieses Milieus verkörperte das „traditionelle Arbeiterbild“⁶ im Ruhrgebiet. Konnte anerkannte Arbeit hier nur körperlich schwere Arbeit sein, prägte diese „Lebensform“, „Umgangs- und Zusammenlebensweisen“ sowie „einen besonderen Lebenszusammenhang“, wie er für das Ruhrgebiet spezifisch war.⁷ Bewusstsein und Habitus des Arbeiters speisten sich aus einer Symbiose von körperlicher Schwerstarbeit und – zwar stark hierarchisierter, aber auch solidarisch organi-

2 Jungblut, Michael: Schwarze Fahnen an der Ruhr. 100 Millionen Tonnen Kohle sind genug, in: Die Zeit, 25.02.1966, URL: <http://www.zeit.de/1966/09/schwarze-fahnen-an-der-ruhr> [eingesehen am 03.01.2014].

3 Vgl. Nonn, Christoph: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001, S. 9 ff.

4 Vgl. Spiegelberg, Friedrich: Energiemarkt im Wandel. Zehn Jahre Kohlenkrise an der Ruhr, Baden-Baden 1970, S. 9.

5 Hinrichs, Wolfgang et al.: Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000, S. 13.

6 Ebd.

7 Ebd., S. 14.

sierter – Arbeit, die bislang weit oben auf der Lohnskala angesiedelt war. 1964 sah er einer ungewissen Zukunft entgegen.

DIE KOHLEKRISE

Den Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Niedergangs des Steinkohlebergbaus bildeten die Jahre 1957 und 1958, als in den Zechen „Dahlhauser Tiefbau“ in Bochum, „Alter Hellweg“ in Unna sowie „Katharina“ und „Theodor Heinrich“ in Essen am 22. Februar 1958 insgesamt 16.000 Bergleute sogenannte Feierschichten einlegen mussten.⁸ Diese wurden von den Kumpeln als erste „Alarmzeichen“ wahrgenommen – war der Bergbau doch bis dahin eine Branche, die für wirtschaftliche Stabilität und gesicherte Arbeitsplätze stand. Zwar hatte es bereits in den Jahren zuvor schwächere wirtschaftliche Phasen gegeben – so mussten beispielsweise auch 1954 aufgrund schlechter Absatzwerte Feierschichten eingelegt werden –, doch waren diese stets Ausnahmen, die nicht auf eine grundlegende Strukturkrise hinwiesen, wie sie nun Ende der 1950er Jahre anbrechen sollte.⁹

Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, während der Phase des Wiederaufbaus, symbolisierten die hohen Löhne der Bergbaubranche das Versprechen auf eine gesicherte Zukunft, das viele vor allem junge Männer aus verschiedenen Teilen Deutschlands in den Bergbau und die Stahlproduktion an die Ruhr führte, wo sie eine regelrechte „Goldgräberstimmung“¹⁰ erlebten. Denn aufgrund des hohen Bedarfs an Baumaterialien galt gerade die Kohle- und Stahlproduktion während des Wiederaufbaus als „top Renner“¹¹, der eine elementare Grundlage für das als „Wirtschaftswunder“ bezeichnete exponentielle ökonomische Wachstum der 1950er Jahre bildete. Vor diesem Hintergrund kam für viele Bergleute der Einbruch der wirtschaftlichen Stabilität des Bergbaus 1957/58 überraschend. Er wurde als eine Zäsur empfunden, stellten doch die ersten Feierschichten und Lohnkürzungen für viele Bergarbeiter eine Diskreditierung ihrer geleisteten Arbeit und einen Missbrauch ihrer Bemühungen dar – gerade während der ersten

8 Vgl. Goch, Stefan: Von der Kohlekrise zum neuen Ruhrgebiet: Strukturwandel und Strukturpolitik, in: Golombek, Jana/Osses, Dietmar: Schichtwechsel. Von der Kohlekrise zum Strukturwandel, Essen 2011, S. 6-19, hier S. 7.

9 Vgl. Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 87.

10 Baumeister, Karl: Interview, 14.03.2013, Zeile 32.

11 Ebd., Zeile 36.

Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems. Zumal die Arbeit in den Kohlebergwerken aufgrund des zum Teil schlechten Zustands der Zechen gefährlich und körperlich zehrend gewesen war.¹²

Die Ursachen der Krise des Steinkohlebergbaus waren derweil von Beginn an eng verknüpft mit den strukturellen Umbrüchen auf dem Energiemarkt,¹³ wurden allerdings aufgrund falscher Einschätzungen der energiewirtschaftlichen Marktentwicklungen sowie durch fehlende Konzepte zur langfristigen Stabilisierung der Krise seitens Politik und Zechenunternehmen noch verschärft. Die sinkenden Absatzwerte der Ruhrkohle auf dem Energiemarkt resultierten dabei aus ihrer gesteigerten Expansion bei gleichzeitiger Beseitigung der Import-Zölle für Konkurrenzprodukte, wie US-Kohle und Mineralölprodukte im Zuge der Erhard'schen Energiepolitik. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard vertrat gegenüber den Unternehmen der Bergbauindustrie eine grundsätzlich skeptische Haltung: Für ihn stand schon 1956 fest, dass die zentralisierte Organisation des Kohlenbergbaus hinsichtlich Absatz und Produktion, die ab 1954 durch den Unternehmerverband Ruhrbergbau gelenkt wurde – der somit einer Art Kohle-Kartell entsprach –, strukturelle „marktwirtschaftliche Defizite“¹⁴ hervorrufe, da auf kollektive Planung statt auf die Kräfte des freien Marktes gesetzt werde.¹⁵

Während also die Preise für Kohle aus den Vereinigten Staaten sanken, verursacht durch den rapiden Rückgang der Transportkosten durch die „Lösung“ der Suezkrise, setzten die Ruhr-Unternehmer, unbeeindruckt von dessen Drohungen,¹⁶ 1957 gegen Erhards Willen eine Preiserhöhung der Kohle um 4,70 Mark durch.¹⁷ Eine solche Preiserhöhung hatte bereits ein Jahr zuvor, im Oktober 1956, zu harten Auseinandersetzungen zwischen Erhard und den Ruhr-Unternehmern geführt; der Bundeswirtschaftsminister drohte damit, „aus allen Rohren“ zu schießen, also verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen voranzutreiben, die zum Nachteil der Ruhr-Unternehmer gereichen würden – dazu kam es letztlich nicht.¹⁸ Aber die jeweils gegenläufigen Preisentwicklungen führten dazu, dass der Kauf importierter Kohle schließlich für die Verbraucher günstiger war als der Bezug inländischer Kohle. Ein damit zusammenhängendes, dabei

12 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 110.

13 Vgl. Spiegelberg 1970 (s. Anm. 4), S. 9.

14 Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 80.

15 Vgl. ebd., S. 80.

16 Vgl. ebd., S. 88.

17 Vgl. o.V.: Die elfte Runde, in: Die Zeit, 26.09.1957, URL: <http://www.zeit.de/1957/39/die-elfte-runde> [eingesehen am 03.01.2014].

18 Vgl. Nonn 2001 (s. Anm. 3), S. 59 f.

weitaus gewichtigeres Problem war die zunehmende Durchsetzung des Heiz- und Erdöls als anerkannte Energielieferanten, welche auf grundlegende strukturelle Veränderungen auf dem Energiemarkt hinwies.¹⁹ Denn Mineralöle waren ungleich preisgünstiger als die Erzeugnisse der Kohlenförderung. Die ohnehin schon geringeren Kosten für Heizöl fielen zu Beginn der 1960er Jahre noch einmal drastisch von 142 Mark auf unter sechzig Mark pro Tonne.²⁰ Diesem Druck konnten die Preise der in Deutschland geförderten Kohle nicht standhalten.

Wirkten diese Entwicklungen aufgrund der eigentlich positiven Prognosen für die Ruhrkohle auf dem Energiemarkt zunächst kaum besorgniserregend, waren die Folgen nun umso verheerender. Kaum jemand hatte die Krise in dieser Weise kommen sehen.²¹ Nur die Gewerkschaften zeigten sich hier bereits weit-sichtiger: So warnte Heinrich Gutermuth, damaliger Vorsitzender der *IG Bergbau*, 1958 vor den grundsätzlichen „strukturelle[n] Veränderungen“ des Energiemarktes, während Erhard die Situation als „organische[.] Entwicklungen“ abtat.²² Damit erklärte Erhard nicht nur die kapitalistischen Mechanismen des Marktes als quasi-natürliche Kräfte, sondern sah in der Situation obendrein keinen Anlass, energiepolitische Maßnahmen zu ergreifen.²³

Die Einschätzungen des Energiemarktes sowie die energiewirtschaftlichen Maßnahmen seitens der politischen Akteure, aber auch der Ruhr-Unternehmer stellten sich im Nachhinein als falsch und unangemessen heraus. Auf die Absatzeinbußen, die 1958 insbesondere viele kleinere Zechen erlebten, reagierten die Zechen-Unternehmer im April desselben Jahres mit Feierschichten, um dadurch die Verluste auszugleichen. Zwar konnte die desolote Situation der Zechen noch einmal stabilisiert werden – 1960 erlebte der Kohlebergbau gar einen seiner letzten Höhepunkte –, doch ließ sich die damit einsetzende Kohlekrise langfristig nicht mehr lösen. Die Krise gestaltete dabei auch das Bild des Reviers, indem sie sich im Umfang der Halden niederschlug, auf die liegengebliebene Bestände der Kohleförderung aufgehäuft wurden: Gab es vor 1957 kaum Haldenbestände, mussten 1958 bereits über zwölf Millionen Tonnen aufgehäuft werden, ab 1964 stiegen die Kohleberge, nach einem kurzfristigen Absinken, auf rund 14 Millionen an und blieben bis 1968 relativ konstant auf diesem Niveau.²⁴ In dieser ers-

19 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 7.

20 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 89.

21 Vgl. ebd.

22 Ebd. S. 94.

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. ebd., Abbildung 7/S. 141.

ten Phase der Krise hatten die Unternehmer an der Ruhr keine weitsichtigen Lösungen parat, geschweige denn dass sie diese realisieren konnten.²⁵

Die zweite Welle der Kohlekrise setzte 1961 ein, als die produzierte Kohle nicht mehr in vollem Umfang abgesetzt werden konnte. Hier machte sich auch der abnehmende Energiebedarf, der durch Fortschritte auf technischer Ebene herbeigeführt worden war, bemerkbar. Nach unterschiedlichen Versuchen der Konsolidierung der Krise, deren Effizienz oftmals auch an der Zersplitterung der Ruhr-Unternehmenschaft scheiterte, kam es infolge energiepolitischer Debatten im Bundestag im September 1963 zur Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rationalisierungsverbandes, dem *Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus*.²⁶ Hier zeigte sich das noch immer große Konfliktpotenzial zwischen gewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft und den Bergbau-Unternehmern, auch in politisch-ideologischer Hinsicht. Denn während die IG Bergbau die Organisationsform als Körperschaft des öffentlichen Rechts anstrebte, an der die jeweils betroffenen Arbeitnehmer und Gemeinden beteiligt sein sollten, und damit auch eine grundsätzliche Veränderung der Eigentumsverhältnisse forcierte, setzten die Ruhrunternehmer in Absprache mit der Bundesregierung eine rechtlich verankerte Organisationsform dieses Verbandes als Selbstverwaltungsorgan der Kohlewirtschaft durch.²⁷ Damit konnten die Gewerkschaften faktisch unterlaufen werden, was ihrer bisherigen Rolle und ihrem grundsätzlichen Selbstverständnis vehement widersprach. Anders als die Unternehmenschaft hatte die IG Bergbau den „Ernst der Lage“²⁸ frühzeitig erkannt. Dabei hatte sie sich nicht an wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen orientiert, sondern an den „realen Auswirkungen“²⁹ der Kohlekrise. Aufgrund der unmittelbaren Verknüpfung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region mit dem „Schicksal [...] ihrer Mitglieder“ verstand sie sich als „Anwalt des Reviers“.³⁰

Dem Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus, der von vielen Bergleuten verächtlich nur „Totengräberverband“³¹ genannt wurde, mangelte es unterdessen auch weiterhin an einem grundlegenden Konzept zur geordneten Stilllegung. Die Ruhrregion, insbesondere die Arbeitnehmerschaft, sah sich vor allem mit negativen Auswirkungen der Politik des Verbandes konfrontiert: Die Gelder, über die der Verband verfügte und die als Prämien an Zecheninhaber für

25 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 97.

26 Vgl. ebd., S. 106.

27 Vgl. ebd., S. 106.

28 Ebd., S. 98.

29 Ebd.

30 Ebd., S. 101.

31 O.V.: Zechenkrise. Klub der Totengräber, in: Der Spiegel, 09.12.1964.

die Stilllegung unwirtschaftlich gewordener Zechen vergeben wurden, führten zunächst vor allem dazu, dass weiterhin Arbeitsplätze liquidiert wurden.³² Da es keine Auflagen gab, die an die Erlangung der Prämien geknüpft waren, unterlagen die jeweiligen Eigentümer allerdings auch keinem Druck, ihr Zechengelände zeitnah zu veräußern und so zu einer raschen Wiederbelebung wirtschaftlicher Strukturen beizutragen.³³ 1964 kam schließlich der endgültige „Schock“³⁴, als sich weitere 31 Zechen bei dem Rationalisierungsverband zur Stilllegung anmeldeten. Hatte die Arbeiterschaft seit 1958 bereits einen „gewaltigen Aderlaß an Arbeitsplätzen“³⁵ erlebt, standen 1964 nun weitere 64.000 Arbeitsplätze vor dem Aus.

DAS ARBEITERMILIEU IN DER KRISE

„Emotion herrscht überall“³⁶, fasste die *Zeit* 1964 die Stimmung unter den Arbeitern und bei der IG Bergbau und Energie im Ruhrgebiet zusammen. Die Krise im Ruhrbergbau, die nunmehr seit sechs Jahren anhielt, war für die Arbeiterschicht des Reviers in existenzieller Weise spürbar geworden: „60 000 Bergleute wollen wissen, was aus ihnen werden soll. Die restlichen 350 000 Bergleute wollen erfahren, ob ihr Beruf noch eine Zukunft hat.“³⁷ In einer Region, in der jeder zehnte, teilweise sogar jeder dritte männliche Arbeitnehmer durch seine Arbeit unmittelbar von einer der Zechen abhängig war, stellten die angekündigten Zechenstilllegungen verheerende Auswirkungen für Arbeiter und Gemeinden in Aussicht. Daher wurden die vehementen Proteste der Bergleute und der Gewerkschaft oftmals von den Kommunen und Gemeinden unterstützt. So verfasste beispielsweise der Essener Rat am 10. November 1964 eine Protestresolution und verlangte Hilfe vom Staat, um die kommenden drastischen steuerlichen Einbu-

32 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 107.

33 Vgl. ebd.

34 Ebd., S. 108.

35 Ebd.

36 Stuckmann, D. Heinz: Wenn die Kohlen nicht mehr stimmen. Das Dilemma der deutschen Energiepolitik, in: Die Zeit, 04.12.1964, URL: <http://www.zeit.de/1964/49/wenn-die-kohlen-nicht-mehr-stimmen> [eingesehen am 03.01.2014].

37 Ebd.

Ben ausgleichen zu können.³⁸ Von den ursprünglich 23 Essener Zechen bestanden 1965 noch 14, 1968 gerade noch fünf. Viele der seit den 1950er Jahren angeworbenen sogenannten „Gastarbeiter“ fragten auf ihren Protestbannern: „Waarum habt ihr uns geholt?“³⁹

Die Proteste zeugten von dem Unverständnis und der Wut der Arbeiterschaft über Zechen-Unternehmer und „die in Bonn“ sowie von Enttäuschungen und Unsicherheiten ob der Zukunft. Glichen die Protestzüge teilweise schweigenden Trauermärschen, bekamen sowohl Vertreter der Politik als auch viele Unternehmer bei Ansprachen an die Zechenbelegschaften regelmäßig die Wut der Bergleute entgegen geschleudert. Ihre Redebeiträge gingen dann in wütenden Rufen und Pfeifkonzerten unter. Neben den Zechenstädten zogen die Bergleute dabei auch durch die Regierungshauptstadt Bonn. „Damit man uns dort nicht die Sonntagsanzüge mit Wasserwerfern bespritzen kann“⁴⁰, tauschten Dortmunder Kumpel die Feiertagsanzüge gegen ihre Grubenklamotten und erzeugten dabei ein eindruckliches Bild. Von Beginn an richteten sich die Proteste sowohl an die Unternehmer als auch an den Staat. Sie forderten die Regierung zum Erhalt der Arbeitsplätze und zur Absicherung der sozialen Lage der Bergarbeiter auf. Denjenigen, die aufgrund von Stilllegungen entlassen würden, müssten gleichwertige Arbeitsplätze bereitgestellt, krisenbedingte Verdienstaufälle müssten entschädigt werden. Seit 1959 hatten insgesamt sechs Millionen Feierschichten zu Lohnaufällen von rund 134 Millionen Mark geführt.⁴¹ Die IG Bergbau forderte außerdem, die Betroffenen einzubeziehen. Die Bergleute zeigten 1964 ihre Bereitschaft, um ihre Position zu kämpfen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden schien. Immer wieder wurden „kleine Siege“, die die Gewerkschaften über die Unternehmer erkämpfen konnten, in Urabstimmungen kritisch bewertet.⁴² Damit setzte die Bergarbeiterschaft „nicht nur die eigene Führung unter Erfolgsdruck, sie machte[.] auch den Bergunternehmern deutlich, dass sie den Arbeitskampf nicht scheute[.]“⁴³.

38 Vgl. Rathaus Essen: „Deckel auf den Pütt“ – Zechensterben begann vor 50 Jahren, URL: http://www.essen.de/de/Rathaus/Aemter/Ordner_41/Stadtarchiv/geschichte/ge-schichte_einsichten_bergbaukrise.html [eingesehen am 03.01.2014].

39 O.V.: Zechenkrise. Klub der Totengräber, in: Der Spiegel, 09.12.1964, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46176309.html> [eingesehen am 03.01.2014].

40 Ebd.

41 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 112.

42 Vgl. ebd., S. 113.

43 Ebd.

Diese „Kampfbereitschaft“ sowie die ausgeprägte Todesmetaphorik⁴⁴, mit der die Stilllegungen der Zechen bei der Arbeiterschaft, den Kommunen und in lokalen wie überregionalen Medien begleitet wurden, verweisen auf die Bedeutung der Ruhrbergbaukrise, dieses tiefgreifenden Einschnitts, für die Arbeiterschaft. Die Krise brach Ende der 1950er Jahren in einer Situation herein, als viele Arbeiter die „arbeitsame Zeit des Wiederaufbaus“ gerade hinter sich gelassen hatten und „man begann[,] einen bescheidenen Wohlstand zu genießen“.⁴⁵ Die ökonomischen Konsequenzen des Arbeitsplatzverlustes galten oftmals als individuelle „Tragödie“ für die Mitarbeiter und deren Familien. So titelte das *Neue Deutschland* 1964: „Zechensterben nicht gestoppt. Dem Verlust des Arbeitsplatzes folgt der Raub der Wohnung“.⁴⁶ Um massenhaft verheerende Folgen für die soziale Situation derjenigen entlassenen Arbeiter, die keinen alternativen Arbeitsplatz finden konnten, zu verhindern, konnten die Gewerkschaften jedoch verschiedene sozialpolitische Maßnahmen aushandeln.⁴⁷ So wurde etwa die Zahlungsdauer des Arbeitslosengeldes auf 52 Wochen angehoben und damit verdoppelt.⁴⁸ Aufgrund der Etablierung anderer Industriezweige wie zum Beispiel der Automobilindustrie, beispielhaft steht dafür *Opel* in Bochum, konnten viele der betroffenen Arbeiter in den 1960er Jahren erneut eine Arbeit aufnehmen.⁴⁹ Problematisch war allerdings die Lage des alten Bergarbeiters, der häufig keine Möglichkeit hatte, wieder in einem entlohnenden Arbeitsverhältnis unterzukommen.⁵⁰ Insgesamt handelte es sich bei dem Absinken des Reallohns um acht Prozent (zwischen 1958 und 1968) um eine markante Verringerung, bedenkt man, dass das Lohnniveau der Bergarbeiter in Deutschland 1957 rund zwanzig Prozent höher lag als in den übrigen Industriezweigen.⁵¹ Hinzu kommt, dass „die Gegenläufigkeit von ‚Wirtschaftswunder‘ und ‚Bergbaukrise‘ die psychischen Auswirkungen des Niedergangs auf die betroffenen Bergleute“⁵² noch verschärfte.

Schließlich berührte dieser umfassende Wandel neben der materiellen Lebensbasis noch etwas Fundamentales: Wegen der engen Verflechtungen von Ar-

44 Vgl. Nonn 2001 (s. Anm. 3), S. 260 ff.

45 Ebd., S. 16.

46 O.V.: Zechensterben nicht gestoppt. Dem Verlust des Arbeitsplatzes folgt der Raub der Wohnung, in: Neues Deutschland, 02.12.1964, URL: <https://www.nd-archiv.de/artikel/1391099.zechensterben-nicht-gestoppt.html> [eingesehen am 03.01.2013].

47 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 7.

48 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 116 f.

49 Vgl. Goch 2011 (s. Anm. 8), S. 10 f.

50 Vgl. Abelshauser 1984 (s. Anm. 9), S. 116.

51 Vgl. ebd.

52 Ebd., S. 117.

beits- und Lebenswelt – man arbeitete in derselben Zeche, lebte in derselben Wohnsiedlung, betätigte sich vielleicht in den traditionellen Vereinsstrukturen, teilte mit der IG Bergbau eine gemeinsame Arbeitsvertretung und sonntags traf man sich in der Kirche – stellte er die Grundlagen der soziökonomischen und -kulturellen Situation sowie die bekannte Alltags- und Lebenswelt zur Disposition. Zentraler Bestandteil der industriellen Arbeitswelt war körperliche Schwerstarbeit im Akkord unter riskanten Bedingungen – Schätzungen zufolge erlitt ein Bergarbeiter unter Tage bis zu drei Unfälle innerhalb eines Jahres –, die somit als eine männlich konnotierte Arbeit galt.⁵³ Ihr Protagonist war der Malocher, der Kumpel vom Pütt, die Hauptfigur der vielfältigen Narrationen, die bis heute das regionale Selbstverständnis prägen. Die Anerkennung bezogen die Kumpel dabei in elementarer Weise auch aus einem spezifischen „Produzentenstolz“, der, wie Gerhard Hergt 1985 formulierte, in dem „gekonnten Umgang mit dem Widerstand der Dinge“ wurzelte, also aus „Arbeitshandlungen“ rührte, die „die Gewandtheit des ganzen Körpers, Geistesgegenwart und Willenskraft“ erforderten.⁵⁴ Gerade der Bergarbeiter war in eine hervorgehobene Stellung innerhalb der Arbeiterschicht gelangt, die eng mit dem hohen Lohnniveau der Tätigkeit verbunden war. Auch in dieser Hinsicht also erfuhren viele Bergleute im weiteren Verlauf der Kohlekrise einen Bruch, der mit einer sich verändernden gesellschaftlichen Wertschätzung von Arbeit einherging: „Jeder kleine Angestellte ist gleichwertig im Einkommen, aber besser angesehen als einer im blauen Kittel“.⁵⁵

Ebenfalls hervorzuheben ist in diesem Kontext die Rolle der Gewerkschaften, die durch das Montanmitbestimmungsgesetz von 1953 eine einflussreiche Rolle in den Zechen und Betrieben der Schwerindustrie eingenommen hatten. Erfüllten sie in der Nachkriegszeit eine wesentliche Funktion bei dem Aufbau und der Organisation der Arbeit und der Versorgungslage der Belegschaften, waren sie aufgrund ihres Mitspracherechts bei Einstellungen und Entlassungen den Arbeitern ein Sprachrohr, das sich Gehör zu verschaffen wusste. Überdies konnte mittels der „lokalen Macht der Betriebsräte“ der „alte Anspruch auf eine warme, das heißt menschenwürdige Behandlung im Betrieb eingelöst“ werden.⁵⁶ Es war wohl auch diese „unscheinbare, aber sehr unmittelbare Erfahrung“, die einprägsam „das [vielleicht] engste Band zwischen Arbeitern und der damaligen

53 Vgl. Hinrichs et al. 2000 (s. Anm. 5), S. 13 f.

54 Zitiert nach ebd., S. 14.

55 Osterland, Martin: Lebensbilanzen und Lebensperspektiven, in: Kohli, Martin (Hg.): Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt 1978, S. 272–290, hier S. 278.

56 Mooser, Josef: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M. 1984, S. 205.

politischen Programmatik der Mitbestimmung“ bildete.⁵⁷ Diese bestimmte Sicherheit, die also auch darüber entstand, sich in eben dieses bestimmte traditionsreiche Kollektiv einordnen zu können, begann sich 1964 aufzulösen.

Zeigte sich in diesem Sinne mit den Zechenschließungen 1964 das Wirken eines umfassenden Strukturwandels, der die gesamte Montanindustrie bis hin zu der vertrauten Lebenswelt der Arbeiter erfasste, standen viele der Entwicklungen in diesem Jahr noch an ihrem Anfang. In den zehn Jahren der Kohlekrise, die in der beschriebenen Form von 1958 bis 1968 andauerte, schrumpfte die Anzahl der selbständig fördernden Zechen im Ruhrgebiet von 141 auf 61.⁵⁸ Von den 495.847 Beschäftigten im Ruhrbergbau waren 1968 lediglich noch 210.275 Arbeiter übrig.⁵⁹ Die Verstetigung der Zechenschließungen und des Niedergangs des Bergbaus setzte sich in den 1970er Jahren fort. Noch heute lässt sich das Ruhrgebiet nicht ohne seine Zechen denken, doch stehen sie mittlerweile nur noch als kulturelle Artefakte während der Öffnungszeiten neugierigen Besuchern zur Verfügung.

57 Ebd.

58 Vgl. Seidel, Hans-Christoph: Kohlenkrise und Zechenstillegungen im Ruhrgebiet, in: Golombek, Jana/Osses, Dietmar: Schichtwechsel. Von der Kohlekrise zum Strukturwandel, Essen 2011, S. 30-37, hier S. 30.

59 Vgl. ebd.

Der verschwundene Mensch

Die Rationalität des Krieges und die Suspension des Ethischen am Beispiel des Krieges in Vietnam

CHRISTOPHER SCHMITZ

„Der endgültig entfesselte Prometheus, dem die Wissenschaft nie gekannte Kräfte und die Wirtschaft den rastlosen Antrieb gibt, ruft nach einer Ethik, die durch freiwillige Zügel seine Macht davor zurückhält, dem Menschen zum Unheil zu werden.“¹

HANS JONAS

Mit diesem Satz beginnt Hans Jonas' „Das Prinzip Verantwortung“. Dieses Werk war der Versuch, eine neue Ethik für eine technologische Zivilisation vorzulegen, die der Menschheit das Überleben unter dem Eindruck der technologischen Fortschritte einerseits und der zivilisatorischen Zusammenbrüche des 20. Jahrhunderts andererseits ermöglichen sollte. Eine Episode innerhalb des 20. Jahrhunderts, in der die Flamme des Prometheus dem Menschen zum Unheil zu werden drohte, war – neben zahllosen anderen Tragödien, Kriegen, Bürgerkriegen, Terrorismusaktionen, Genoziden, Völkermorden und natürlich der „Ur-Katastrophe“ – der Vietnamkrieg. Zwar ist die Rede von dem Krieg in Vietnam strenggenommen in gewisser Weise historischer Unsinn, da zahlreiche Konfliktparteien und Auseinandersetzungen die Region Indochina seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geprägt und in einem fortwährenden Zustand des Unfrie-

1 Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a.M. 1984, S. 7.

dens gehalten haben. Dennoch scheint es angemessen, die komplexe Historie dieser vielen Konflikte – Bürger-, Guerilla- und konventionelle Kriege – auf eine einzelne Narration über das Engagement der Vereinigten Staaten zu reduzieren und diesen Konflikt herauszuheben, weil dieser Krieg noch immer seine Schatten auf die Gegenwart wirft.

So hatte der Vietnamkrieg einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass sich in Deutschland, Europa und der Welt Teile der Studierenden an den Universitäten durch ihre Ablehnung dieses Krieges politisierten. Die sogenannten „68er“ waren geboren – und der Vietnamkrieg war die Hebamme. In den USA engagierten sich Studenten nicht nur aus ideologischen Gründen gegen den Krieg, sondern auch, weil sie damit rechnen mussten, zum Kriegsdienst eingezogen zu werden. In Deutschland war die Situation ein wenig anders: Dort waren die Proteste vornehmlich eine Auseinandersetzung mit der Vätergeneration und dem Erbe des Zweiten Weltkrieges, Vietnam war eher eine ideologische Chiffre, die USA die Verkörperung jenes kapitalistischen Systems, das die protestierende Studierendenschaft ablehnte.² Doch dies ist nicht die einzige Geschichte, die sich über den Vietnamkrieg erzählen lässt: Die Ereignisse und der Verlauf dieses Krieges sind Teil eines Lehrstücks, mit dessen Hilfe es möglich ist, zu erkennen, wie Vernunft, Distanz und Technologie dem Menschen gleichermaßen zum Unheil reichen können wie Barbarei, Mordlust und zivilisatorisches Versagen.

So lieferte Vietnam Lektionen über die Folgen und Implikationen eines Luftkrieges in bis dato nie da gewesenem Ausmaß, der Gewaltexzesse von Soldaten am Boden im Angesicht eines nahezu unsichtbaren Feindes und insgesamt eines aus den Fugen geratenen Konflikts, bei dem Erfolg und Misserfolg nicht in Geländegewinnen oder Bodenverlusten erfasst werden konnten, weil die Front und das Hinterland in Vietnam beständig in eins fielen. Das Dickicht des Dschungels, die fortwährende Guerillakriegsführung dieses prototypischen asymmetrischen Konflikts der Moderne führten zu einem Krieg, in dem militärischer Erfolg mit Leitbegriffen wie „Body Count“ und „Kill Ratio“ zu messen versucht wurde. Eben diese Paradigmen, die den Erfolg und Fortschritt eines Krieges in der Anzahl getöteter Feinde im Verhältnis zu Zielvorgaben zu tötender Feinde maßten, bedingten einen Kriegsverlauf, der rationalisierend und entmoralisierend zugleich wirkte, ja wirken musste. Sowohl das Fadenkreuz im Cockpit eines Kampfflugzeugs als auch das dichte Dschungelgestrüpp während einer Bodenkampagne ließen den Menschen als Wesen und als Ziel des Angriffs unsichtbar werden. In Vietnam ist der Mensch als Adressat ethischer Maßstäbe und moralischen Handelns gleich doppelt verschwunden. In diesem Sinne führten der Krieg

2 Vgl. Dunk, Hermann W. v.d.: Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Band II, Frankfurt a.M. 1992, S. 465-484.

am Boden und aus der Luft zu einer Rationalisierung des Krieges und einer Suspension des Ethischen. Dabei geht es nicht um die Frage Telford Taylors, ob Vorfälle wie 1968 in My Lai – obschon ohne Zweifel Verbrechen – auch Kriegsverbrechen darstellten oder nicht, weil das internationale Kriegsrecht und die Genfer Konventionen diesen Konflikt nicht adäquat zu fassen vermochten.³ Es geht hier weniger um Recht als vielmehr um Moral. Von Bedeutung sind dabei die ethischen Dimensionen des Phänomens Vietnam: Sowohl der Krieg am Boden als auch jener aus der Luft lassen sich, obgleich sie aus unterschiedlicher Richtung kommen, als eine Aufweichung, Untergrabung und schließlich auch Herausforderung moralischer und ethischer Grundfesten lesen, die nicht nur in Verbrechen gegen die Menschlichkeit mündeten, sondern auch zugleich Wegweiser sein können für eine prometheische Ethik des 21. Jahrhunderts, bei der die technologischen Möglichkeiten der Kriegsführung das ethische und moralische Denken über den Krieg überholt haben.

TONKIN, IA DRANG, TET – DIE ESKALATION EINES KONFLIKTS

„Der Vietnamkrieg war die längste militärische Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts. Er begann als Konflikt zwischen der Kolonialmacht Frankreich und der nationalistisch-kommunistischen Bewegung der Viet Minh während des zweiten Weltkrieges. Erst dreißig Jahre später endete er mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus Vietnam, dem Fall Saigons und der Vereinigung des Landes.“⁴

MARC FREY

Der Vietnamkrieg war, wie bereits angeklungen, beileibe nicht der einzige kriegerische Konflikt, der die Region Indochina seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges heimgesucht hat. Ebenso wenig sind die USA unvermittelt in diesen Krieg geraten, sondern haben sich eher in ihren eigenen außenpolitischen Grund-

3 Vgl. Taylor, Telford: Nuremberg and Vietnam: An American Tragedy, New York 1971, S. 128 ff.

4 Frey, Marc: Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München 2000, S. 9.

sätzen verstrickt.⁵ Geleitet von der Doktrin der Domino-Theorie unterstützten die USA den Süden Vietnams seit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft 1954. Kerngedanke dieser Theorie war: Fiele der „Stein“ Südvietnam, so drohten – ganz wie beim Dominospiel – auch die an Vietnam angrenzenden Staaten (Kambodscha, Laos, Indonesien, Indien) an den Kommunismus zu fallen.⁶ Versuchten die Vereinigten Staaten anfangs noch, die Beteiligung an dem Konflikt zwischen dem kommunistischen Norden und dem Süden Vietnams auf finanzielle Hilfen und die Entsendung militärischer Berater zu beschränken, änderte sich dies Anfang der 1960er Jahre. Anfang August des Jahres 1964 kam es dann zu einer Häufung von Zwischenfällen, die schließlich in eine Eskalation führten und dem Krieg den Weg bereiteten.

Innerhalb nur weniger Tage kam es dabei im Golf von Tonkin zu wiederholten Aufeinandertreffen der amerikanischen und der nordvietnamesischen Marine. Am 4. August 1964 gerieten die US Zerstörer „Maddox“ und „C. Turner Joy“ in internationalen Gewässern in eine Auseinandersetzung mit nordvietnamesischen Torpedobooten, nachdem zwei Tage zuvor bereits ein ähnlicher Zwischenfall unter Beteiligung der „Maddox“ stattgefunden hatte – eine Darstellung, die bisweilen Zweifel hervorrief und sich später als Inszenierung der Geheimdienste herausstellte.⁷ Damals nahm die US-Administration diesen Zwischenfall jedoch zum Anlass weiterer Maßnahmen: „Was dann geschah, bewegte die Welt. Denn nur drei Tage später setzte Präsident Johnson im Kongress die sogenannte Tonkin-Resolution durch, die nichts anderes als ein Blankoscheck zur Ausweitung des Krieges war.“⁸

Die amerikanische Reaktion auf diese Zwischenfälle erfolgte – noch vor der Verabschiedung der Tonkin-Resolution am 5. August 1964 – zunächst in Form von massiven Luftangriffen. Primäres Ziel dieses Gegenschlags waren vor allem nordvietnamesische Marinebasen; nachdem die nordvietnamesische Flotte nahezu komplett außer Gefecht gesetzt worden war,⁹ folgten einige Monate der Ruhe. Marc Frey spricht in diesem Zusammenhang von „Monaten des Zögerns“ seitens

5 Vgl. Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 44 ff.

6 Vgl. Kohl, Arno: Dominotheorie und amerikanische Vietnampolitik 1954-1964. Eine Fallstudie zur Rolle von Leitbildern in der internationalen Politik, Freiburg 2002, S. 1, URL: <http://d-nb.info/965431665/34> [eingesehen am 07.10.2013].

7 Vgl. Horlemann, Jürgen/Gäng, Peter: Vietnam. Genesis eines Konflikts, Frankfurt a.M. 1967, S. 166 f.

8 Hoelzgen, Joachim: Der Torpedo-Angriff, den es nie gab, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/vietnam-krieg-der-torpedo-angriff-den-es-nie-gab-a-384265.html> [eingesehen am 01.10.2013].

9 Vgl. Horlemann/Gäng 1967 (s. Anm. 7), S. 166 f.; Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 103 f.

der USA, die auch der Tatsache geschuldet waren, dass die Präsidentschaftswahlen anstanden und Präsident Lyndon B. Johnson nicht als Cowboy und Draufgänger wahrgenommen werden wollte. Als jedoch im Februar 1965 nordvietnamesische Verbände amerikanische Lager angriffen, bei denen ca. dreißig Amerikaner getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden, autorisierte der wiedergewählte Präsident Johnson die Operationen „Flaming Dart“ und „Rolling Thunder“. ¹⁰ Dies verstetigte einerseits den amerikanischen Luftkrieg und führte andererseits zur Entsendung von Bodentruppen. Hatten sich zum Ende des Jahres 1964 noch knapp 23.000 Amerikaner in Vietnam aufgehalten, die Mehrheit davon Berater, war die Truppenstärke zum Ende des folgenden Jahres auf über 180.000 angewachsen. ¹¹ Zu diesem Zeitpunkt fand mit der Schlacht von Ia Drang im November schließlich das erste große Aufeinandertreffen von amerikanischen und nordvietnamesischen Bodentruppen statt. ¹² Am 30. Januar 1968 kam es am Vorabend des vietnamesischen Neujahrsfestes Tet, sonst eine Zeit der allgemeinen Waffenruhe, schließlich zu großangelegten Angriffen der regulären wie irregulären nordvietnamesischen Truppenverbände auf südvietnamesische Städte. Dieses unter dem Namen „Tet-Offensive“ bekannt gewordene Ereignis gilt als ein entscheidender Wendepunkt des Krieges: Obwohl die Angreifer nach zwei Monaten wieder größtenteils zurückgeschlagen waren, schreckte diese Offensive die amerikanische Öffentlichkeit wegen des mäßig erfolgreichen Verlaufs des Krieges auf. ¹³

Was in den folgenden Jahren geschah, ist Geschichte. Laut Ian McGibbon kostete der Vietnamkrieg knapp 58.000 amerikanischen Soldaten das Leben. Der Schrecken steigert sich um ein Vielfaches, wenn man überdies berücksichtigt, dass ungefähr ein Achtel der vietnamesischen Bevölkerung im Laufe dieses Krieges getötet wurde. Bei einer Bevölkerungszahl von rund dreißig Millionen Menschen bedeutet dies annähernd vier Millionen Tote auf nord- wie auf südvietnamesischer Seite, darunter schätzungsweise zweieinhalb Millionen Zivilisten. ¹⁴

10 Vgl. Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 114-119.

11 Vgl. Willbanks, James H.: Vietnam War Almanac, New York 2009, S. 528.

12 Vgl. Bell, John L.: Ia Drang, Battle of, in: Tucker, Spencer C. (Hg.): Encyclopedia Of The Vietnam War: A Political, Social And Military History. Volume One, Santa Barbara 1998, S. 309.

13 Vgl. Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 160-165.

14 McGibbon, Ian: New Zealand's Vietnam War. A History of Combat, Commitment and Controversy, Auckland, NZ 2010, S. 539.

ACHILLISCHES BERSERKERTUM IM DSCHUNGELDICKICHT – DER BODENKRIEG

„They had them in a group, standing over a ditch
– just like a Nazi-type thing.“¹⁵

RICHARD ROE

Obschon die ersten Aufeinandertreffen zwischen amerikanischen und nordvietnamesischen Verbänden einem klassischen Konfrontationsmuster zwischen regulären Truppen folgten, so war ihr Verlauf eher die Ausnahme denn die Regel. Hauptsächlich war das Kampfgeschehen auf den unsteten und wechselnden Schlachtfeldern dem Muster „eines asymmetrischen Krieges ohne Fronten“¹⁶ unterworfen. Mit Ausnahme der entmilitarisierten Zone an der Grenze zwischen den beiden vietnamesischen Staaten waren die Fronten unklar. Und wo keine klaren Fronten existierten, verschwanden auch die sicheren Gebiete. Vielen GIs musste das Land daher wie ein einziges Schlachtfeld vorkommen, auf dem der Tod buchstäblich hinter jeder Ecke lauern konnte. Der Gegner trug keine Uniform, war nicht auszumachen, auch nicht von der zivilen Bevölkerung zu unterscheiden; es gab keine Richtung, von der anzunehmen war, dass man dort – und nur dort – auf den Feind treffen würde. Diese Entwicklung führte schließlich zu einer massiven Verunsicherung der zumeist überaus jungen amerikanischen Soldaten. Zivilisten für die eigene, asymmetrische Kriegsführung zu gewinnen und mit deren Tode schließlich den Feind zu diskreditieren, war zudem eine weitverbreitete Taktik bei den Guerillatruppen der Vietcong. So gesehen waren die Reaktionen der Amerikaner auf diese Situation in einem begrenzten Maße plausibel.

Letztlich bedingten sich hier zwei Realitäten gegenseitig: zum einen die militärische Ausbildung der US-Soldaten, der zufolge keine Guerillatruppe ohne die breite Unterstützung der ortsansässigen Zivilbevölkerung erfolgreich operieren könne; und zum anderen die Erfahrungen des Krieges, bei dem sich eben diese Befürchtungen in Einzelfällen als begründet herausstellten – was somit die Angst und Paranoia der Soldaten weiter festigte und verstetigte.¹⁷ „Mehr und mehr empfanden die amerikanischen Soldaten alle Vietnamesen als Feinde, und die Grundregel im Feld lautete, wenn es vietnamesische Opfer gab, *mußten* es

15 Richard Roe über „My Lai (4)“, zitiert nach Taylor 1971 (s. Anm. 3), S. 125.

16 Greiner, Bernd: Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg 2007, S. 15.

17 Vgl. ebd., S. 179 f.

„Vietcong“ sein.“¹⁸ Damit gerieten alle Teile der Bevölkerung ins Visier amerikanischer Verbände, die Trennung zwischen Zivilist und Kombattant wurde aufgehoben.

Diese fortdauernde Situation der allgegenwärtigen Anspannung sowie des in der Ausbildung geschürten Misstrauens und im Einsatz schließlich gelernten Hasses gegenüber der Zivilbevölkerung sind einer der Gründe dafür, wie und warum es zu Gräueltaten wie in My Lai hat kommen können. „My Lai (4)“: Das ist die amerikanische Bezeichnung eines kleinen Weilers im Norden Südvietnams, nicht allzu weit von der entmilitarisierten Zone entfernt. Am 16. März 1968 stieg dort ein Trupp US-Soldaten der „Task Force Barker“ aus ihren nahe dem Weiler gelandeten Helikoptern. Am Ende des Tages war die gesamte Bevölkerung des Dorfes ausgelöscht. Die Bilanz dieser Vernichtungssorgie: 420 tote Zivilisten.¹⁹ Das Massaker von My Lai gilt gemeinhin als das eindringlichste Beispiel für den Kontrollverlust amerikanischer Soldaten während des Vietnamkrieges. Aber es war kein Einzelfall. Bernd Greiner betont ausdrücklich, dass über die abschließende Opferzahl von Massakern, Gräueltaten und Kriegsverbrechen keine gesicherten Angaben gemacht werden können.²⁰

Die erschreckende Plastizität dieses Kontrollverlustes erscheint umso drastischer, berücksichtigt man den Irrtum, der diesem Massaker vorausging. Taylor zufolge befanden sich tatsächlich Verbände der Vietcong in der Gegend, allerdings in einem kleinen Dorf namens My Khe, das auf amerikanischen Karten unter dem Namen „My Lai (1)“ verzeichnet war. Die „Task Force Barker“ landete jedoch zwei Meilen entfernt in „My Lai (4)“. „Consequently, when C Company of Task Force Barker went into [...], expecting heavy opposition, it encountered none.“ Die Kompanie, die schließlich in das Dorf eindrang, galt als unerfahren. Durch die jüngsten Verluste durch Minen und Sprengfallen seien die Männer zusätzlich verängstigt, erzürnt und mit einem stetig wachsenden Verlangen nach Rache für die gefallenen Männer versehen gewesen.²¹ Die C-Kompanie der „Task Force Barker“ ist somit ein Archetypus des Phänomens, das Jonathan Shay schließlich „Achill in Vietnam“ nennt: Shay verwendet den Werdegang der Figur des Achill aus Homers antikem Epos „Ilias“, um die Wandlung darzustel-

18 Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 135 f.

19 Vgl. Greiner 2007 (s. Anm. 16), S. 27.

20 So weist Greiner darauf hin, dass weitere sechs Massaker mit 200 Toten verifiziert werden können. Auf zahlreiche weitere Gräueltaten gibt es zwar z.T. deutliche Hinweise, aber oft reicht die Faktenlage nicht aus, um genauere Angaben zum Hergang oder gar zu den Opferzahlen machen zu können. Vgl. Greiner 2007 (s. Anm. 16), S. 26 ff.

21 Vgl. Taylor 1971 (s. Anm. 3), S. 128.

len, die amerikanische GIs in Vietnam bisweilen durchgemacht hätten. Er nennt diesen Zustand „Berserkerwut“²². Der griechische Held Achilles habe in der Schlacht um Troja seine moralische Integrität eingebüßt. Zunächst hatte sein Befehlshaber Agamemnon eine Sklavin für sich verlangt, die Achilles als Kriegsbeute beanspruchte, woraufhin sich dieser – aus Enttäuschung über seinen Vorgesetzten, der so offensichtlich das moralische Normgefüge der Armee verletzt hatte – aus dem Kampf um Troja zurückzog. Anschließend wurde Achilles’ Adoptivbruder, Waffengefährte und Stellvertreter Patroklos im Kampf von Hektor, einem Prinzen Trojas, getötet, woraufhin Wut, Raserei und Selbstvorwürfe Achilles zurück in den Kampf trieben, er Hektor im Zweikampf tötete, dem Gefallenen jedoch die übliche Ehrerbietung verweigerte und den Leichnam schändete.

Ähnliches sei laut Shay den Soldaten in Vietnam widerfahren: mangelhafte Ausbildung, die nicht im Geringsten auf die Realität des Dschungelkrieges vorbereitete, grobe Fahrlässigkeit bei der Ausrüstung, Irrtümer in der Missionsplanung, gepaart mit der absoluten Abhängigkeit des Soldaten von seinen Vorgesetzten, zugleich die ständige Todesgefahr, verstärkt von dem Verlust von Freunden und Kameraden im Feld, noch dazu ohne die Möglichkeit, die Verluste zu betrauern. All dies habe viele Soldaten zu Berserkern bar der Menschlichkeit werden lassen. Den entscheidenden Zusammenhang, den Shay hier zwischen dem Ausnahmekrieger und Halbgott Achill und den schlecht ausgebildeten und zum Teil mangelhaft ausgerüsteten amerikanischen Soldaten aus der unteren Bildungsschicht sieht, „liegt in der sittlichen Welt des Soldaten – bei der Frage also, was in seiner Kultur als ‚das Rechte‘ gilt – und beim Verstoß gegen dieses Sittengesetz durch einen militärischen Befehlshaber“; so sei Achills Erfahrung des Treuebruchs – „an dem, was recht ist“ –, den Agamemnon an ihm begangen hat, vergleichbar mit den Erfahrungen, die die GIs in Vietnam hatten machen müssen.²³ In einer solchen Verletzung des sittlichen Gefüges der Soldaten gelte laut Shay: „Wird der Berserker zum Tier, dann steht er unterhalb der Menschheit, wird er zum Gott, dann steht er darüber – oder beides. Auf jeden Fall ist er [...] von aller menschlichen Verbundenheit abgeschnitten.“²⁴ Besonders bedenklich wird diese Entwicklung, wenn sie keine Ausnahmeerscheinung darstellt, sondern geradezu systematisch erzwungen wird. Da ihr Erfolg jenseits klarer Fronten anhand der Zahl getöteter Feinde („Body Count“) gemessen wurde, neigten laut Greiner viele Kommandeure dazu, auf Kampfregeln gegenüber zivilen Zielen

22 Shay, Jonathan: Achill in Vietnam. Kampftrauma und Persönlichkeitsverlust, Hamburg 1998, S. 25 ff.

23 Ebd., S. 33.

24 Ebd., S. 130.

nur eingeschränkt hinzuweisen und vielmehr eben jene Zustände, die Soldaten in die Berserkerwut führen konnten, gezielt zu forcieren, weil ein nach Rache für den gefallenen Kameraden dürstender GI als etwas Positives und Wünschenswertes angesehen wurde und oftmals fast jedes Mittel Recht war, um die geforderten „Kill Ratios“ einer Einheit zu erfüllen.²⁵

Um ein Bild davon zu erhalten, was es bedeutet, Soldaten auf den Verlust ihrer Würde und Menschlichkeit zu trimmen, genügt ein Blick in die filmische Aufarbeitung des Vietnamkrieges: Stanley Kubricks „Full Metal Jacket“ und Francis Ford Coppolas „Apocalypse Now“ illustrieren die geplante und systematische Erniedrigung der Soldaten während ihrer Ausbildung, die Erkenntnis unzureichender Vorbereitung im Angesicht der Kampfesrealität und schließlich das Berserkertum des Soldaten: Dieser wird seiner Würde beraubt, damit er seine Wut schließlich auf den Gegner richtet, dem ebenfalls keinerlei Würde mehr zuerkannt wird (vielleicht auch ein Versuch, die eigene zurückzugewinnen). My Lai war auch deshalb möglich, weil der Andere, das menschliche Gegenüber, aus dem Sichtfeld der Soldaten verschwunden war. Dies war nicht etwa das Resultat eines Unfalls, sondern Ergebnis einer teils akzeptierten, teils von der Militärführung der Vereinigten Staaten gewollten und vorangetriebenen Strategie, denn in der zeitgenössischen Auffassung war der Begriff des Kampfgeistes positiv mit dem Zustand von wahnhafter Wut und Rachebedürfnis, eben dem Berserkertum, assoziiert.²⁶

Jedenfalls degradiert dieses Denken die Ziele eines solchen Angriffs zum *homo sacer*, jenem Menschen, der laut Giorgio Agamben „getötet werden kann, aber nicht geopfert werden darf“²⁷. Bei diesem Begriff kommt es in diesem Zusammenhang weniger auf die sakrale Dimension der Opferung als vielmehr auf die Tötungserlaubnis an. Agamben möchte mit diesem Begriff den doppelten Ausnahmezustand des Menschen betonen: Ein *homo sacer* befindet sich gewissermaßen in einem Zwischenraum, in dem er einer menschlichen Rechtsprechung, die für gewöhnlich mit einem allgemeinen Tötungsverbot assoziiert ist, *nicht mehr*, und einer göttlichen Rechtsauffassung, die die Opferung als sakralen Akt gebietet und verlangt, *noch nicht* unterworfen ist.²⁸ Der Tod eines solchen Menschen entbehrt jeder moralischen Bedeutung und bleibt folgenlos, da dieser sich – dieser doppelten Ausnahme ausgesetzt – außerhalb rechtlicher und mora-

25 Vgl. Greiner 2007 (s. Anm. 16), S. 31 f.

26 Vgl. Shay 1998 (s. Anm. 22).

27 Agamben, Giorgio: *Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt a.M. 2002, S. 18.

28 Vgl. ebd., S. 91.

lischer Normen befindet und nichts weiter besitzt als das nackte, reine Leben.²⁹ Die Tötung eines solchen Menschen vollzieht sich in gewisser Weise also auf einer rein technischen Ebene. Die Aporie, die diesem Prinzip potenziell inneohnt, hat Zygmunt Bauman einmal auf den Punkt gebracht: „Die Tatsache, daß die Entmenschlichung der Opfer auch ihre Peiniger entmenschlicht – jeglicher Moralität beraubt –, wird als unwichtig abgetan, sofern sie überhaupt erkannt wird. Es kommt allein darauf an, nach oben zu gelangen und dort zu bleiben.“³⁰ Gleichzeitig wird daraus aber auch deutlich, dass jene, die anderen den Status des *homo sacer* auferlegen, sich selbst dieser Zuschreibung aus einer anderen Richtung öffnen, indem sie selbst in diesen Zwischenraum treten, in dem die Tat vollzogen wird. Das Einvernehmen des gegenseitigen Tötens wird hier jedoch zugleich durch ein Machtgefälle – dem „nach oben zu gelangen und dort zu bleiben“ – durchbrochen und außer Kraft gesetzt.

DER DONNER ROLLT ORANGE – DER LUFTKRIEG

„The solution in Vietnam is more bombs, more shells, more napalm [...] till the other side cracks and gives up.“³¹

BRIGADIER GENERAL WILLAM C. DEPUY

Oben zu sein, oben zu bleiben. Das war vielleicht auch die Maxime der Luftkampagne während des Vietnamkrieges. Deren Ausmaß ist nur schwer zu fassen, die Zahlen, die obendrein auseinandergehen und widersprüchliche Angaben machen, sind keine große Hilfe, um diese Konfusion aufzulösen: Laut Guenter Lewy wurden während des Vietnamkrieges knapp 400.000 Tonnen Napalm über dem Land abgeworfen (während des gesamten Zweiten Weltkrieges waren es 14.000, während des Koreakrieges knapp 33.000 Tonnen). Dies waren zehn Prozent aller abgeworfenen Sprengsätze, was eine Gesamtmasse abgeworfener Sprengkörper von vier Millionen Tonnen bedeuten würde.³² Adam Jones hingegen spricht gar von sieben Millionen Tonnen Bomben und anderen Sprengkör-

29 Vgl. Bauman, Zygmunt: *Leben in der Flüchtigen Moderne*, Frankfurt a.M. 2007, S. 75.

30 Ebd., S. 92.

31 Brigadier General Willam C. DePuy zitiert nach Ellsberg, Daniel: *Papers on the War*, New York 1972, S. 234.

32 Vgl. Lewy, Guenter: *America in Vietnam*, New York 1978, S. 243.

pern, die (insbesondere auf Süd-)Vietnam niedergegangen seien: Dies wäre dann mehr gewesen, als alle Kriegsparteien während des gesamten Zweiten Weltkrieges eingesetzt hatten.³³ Als die Alliierten 1945 Dresden angriffen, gingen an die zweieinhalbtausend Tonnen Bomben³⁴ auf die Stadt an der Elbe nieder – Khe Sanh, ein Dorf nahe der entmilitarisierten Zone im Norden, war während eines Ablenkungsmanövers der Vietcong zwischen Januar und April 1968 mit knapp 100.000 Tonnen beschossen worden. „Es war die dichteste Konzentration Sprengstoff, die jemals auf einem Flecken Erde niederging.“³⁵

Doch Vietnam erzählt auch eine weitere Geschichte eines tragischen Rekords: „Agent Orange“, stellvertretend für eine ganze Reihe weiterer, dioxinhaltiger und damit hochgiftiger, sogenannter „Regenbogen-Herbizide“ wurde in Vietnam großflächig zur Entlaubung des Dschungels und zur Vernichtung der Ernten der Vietcong eingesetzt. „Bis zum Ende dieses zweiten großen Chemiewaffen-Einsatzes der Geschichte sind 91 Millionen Kilogramm Herbizide versprüht. Eine Fläche von der Größe Israels war verseucht und blieb es. In den stärker besprühten Landstrichen [...] waren auf jeden Einwohner 15,9 Liter dioxinhaltige Säure gefallen.“³⁶ Die Zahl der Opfer? Unbekannt. Cordt Schnibben spricht allein von 200.000 US-Veteranen, die Regressansprüche anmeldeten, weil sie den Herbiziden ausgesetzt waren. Das *Internationale Rote Kreuz* spricht von einer Million Menschen, die, vor allem in Süd-Vietnam, unter den Spätfolgen des großflächigen Herbizid-Einsatzes litten.³⁷ Damit einher geht eine weitere, erdrückende Erkenntnis: Die Hauptlast der amerikanischen Bombenangriffe hatte Südvietnam zu tragen – also jenes Land, das die USA gegen die kommunistische Bedrohung aus dem Norden ursprünglich hatten verteidigen wollen, ein weiterer Unterschied etwa zum Zweiten Weltkrieg.

Für die Piloten in den Cockpits galt dasselbe wie für die Truppen am Boden: Der Feind war oftmals schlicht unsichtbar, die Kampfzone ständig in Bewegung, feste Fronten praktisch nicht existent. Um die taktischen Vorgaben einer Abnutzungs- und Ermüdungsstrategie und eines „Search And Destroy“-Vorgehens realisieren zu können, waren auch für die Piloten die Prinzipien des „Body Count“

33 Vgl. Jones, Adam: *Genocide: A Comprehensive Introduction*, New York 2006, S. 46.

34 Vgl. Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 127.

35 Ebd., S. 163.

36 Schnibben, Cordt: *Der Tod aus Ingelheim*. SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über den größten Chemie-Versuch am Menschen und dessen Folgen (II), in: *Der Spiegel*, 05.08.1991.

37 O.V.: *Vietnam Red Cross urges more aid for Agent Orange casualties*, URL: <http://www.ifrc.org/en/news-and-media/news-stories/asia-pacific/vietnam/vietnam-red-cross-urges-more-aid-for-agent-orange-casualties/> [eingesehen am 16.10.2013].

und der „Kill Ratio“ die oftmals einzigen Anhaltspunkte und letztlichen Erfolgsmaßstäbe. „Massive Luftangriffe, starkes Artilleriefeuer und der großzügige Einsatz von Napalm führten in zahlreichen Regionen zu flächendeckenden Zerstörungen. Der Luftkrieg über dem Süden Vietnams stellte den Krieg über dem Norden noch weit in den Schatten.“³⁸

Die ethischen und moralischen Dimensionen eines solchen Vorgehens sind hoch umstritten. Generell weisen in ähnlichen Diskussionen relativierende Äußerungen darauf hin, dass der Zweck die Mittel rechtfertige, sofern dieser Zweck moralisch über jeden Zweifel erhaben scheint. So wird eine Rhetorik der traurigen Notwendigkeit ins Spiel gebracht, die die angewandten Mittel zwar bedauern kann, ihnen aber zugleich im Hinblick auf den erstrebten Zweck Absolution erteilt. Am Beispiel von Arthur Harris, dem Oberkommandierenden der britischen RAF-Bomberstreitkräfte während des Zweiten Weltkrieges, der also auch für die Angriffe auf Dresden zuständig war, diskutiert Michael Walzer eine solche Notwendigkeitsrhetorik:³⁹ Walzer lässt keinen Zweifel daran, dass die Tötung unschuldiger Menschen schlichtweg als Mord zu bezeichnen sei. Dennoch könnten Soldaten in eine Situation geraten, in der ein solches Verhalten notwendig werde: „And then, they are murders, though in a good cause.“⁴⁰ Die notwendig an diesen Sachverhalt zu stellende Frage ist nun, ob der Zweck, der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, die Mittel, also das sogenannte „terror bombing“ auf deutsche Städte, rechtfertigte. Nun ließe sich annehmen, dass es jenseits begründeter Zweifel gerechtfertigt sei, dass das Ziel des Siegs über die Achsenmächte auch extremere Mittel rechtfertigte – auch wenn diese nur die Wahl zwischen kollektivem Überleben einerseits und der Missachtung allgemeiner Menschenrechte andererseits bereithielten. Absolut gesehen ist eine solche Vorgehensweise in jeder Hinsicht verwerflich. Aus einer Perspektive der utilitaristischen Moral heraus – und Walzer betont, dass Churchill seinerzeit als Politiker zu dieser Haltung verpflichtet gewesen sei – ist diese Entscheidung gerechtfertigt – auch wenn sie die Beteiligten nicht von ihrer Schuld, „murderer, though in a good cause“ zu sein, befreit. Aber selbst utilitaristisch sind solche Aktionen ungerechtfertigt, wenn, wie Walzer andeutet, der Feind – in diesem Falle Nazi-Deutschland – nicht mehr das Maß an Bedrohung darstellt wie noch zu Beginn des Krieges. Im Februar 1945 war dies nicht mehr der Fall. Ein Grund, warum

38 Vgl. Frey 2000 (s. Anm. 4), S. 132.

39 Vgl. Walzer, Michael: *Just And Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations*, New York 2006, S. 323 ff.

40 Ebd., S. 323.

mittlerweile – auch jenseits revisionistischer Vereinnahmung – argumentiert wird, dass der Angriff auf Dresden ein Kriegsverbrechen gewesen sein könnte.⁴¹

In Vietnam hingegen war diese Erhabenheit nie wirklich gegeben, die Zweifel an Sinn und Zweck des Krieges waren stets präsent. So schrieb der damalige US-Verteidigungsminister, Robert McNamara, in einem Memorandum im Mai 1967 an den Präsidenten: „The picture of the world’s greatest superpower killing or seriously injuring 1,000 non-combatants a week, while trying to pound a tiny backward nation into submission on an issue whose merits are hotly disputed, is not a pretty one.“⁴² Die Verteidigung der Taktiken in Vietnam folgte trotzdem einem utilitaristischen Muster, wie Thomas Nagel betont: Die „indiscriminate destructiveness of antipersonnel weapons, napalm, and aerial bombardment; cruelty to prisoners; massive relocation of civilians; destruction of crops; and so forth“⁴³ erfüllten so schließlich ihre Anwendungsabsolution. Nagel fährt fort, dass die utilitaristische Herangehensweise im Falle eines luftgestützten Anti-Guerillafeldzugs höchstproblematisch sei. Sobald die Tür zu diesen Erwägungen erst einmal geöffnet, die Aufrechterhaltung und der Schutz nationaler Interessen erst einmal ins Feld geführt seien und Argumente zur Sicherung des Wachstums und von Sicherheit und Weltfrieden vorgebracht würden – dann wäre es für die Verantwortlichen einfacher, Bedenken wegen einiger verkohlter Kinderleichen abzulegen.⁴⁴ Auch die Argumentation, dass zivile Opfer akzeptabel seien, wenn der Angriff nicht ihnen gegolten habe, sondern sie vielmehr als Kollateralschaden eines Angriffs auf ein militärisches Ziel zu bewerten seien – das sogenannte Prinzip der Doppelwirkung –, sei auch dann nicht hinnehmbar, wenn es zu Angriffen aus der Luft käme. „If one makes no attempt to discriminate between guerrillas and civilians, as is impossible in a aerial attack on a small village, then one cannot regard as a mere side effect the deaths of those [...]“⁴⁵

41 Vgl. Kellerhoff, Sven F.: Warum der Luftkrieg ein Kriegsverbrechen war, in: Die Welt, 01.02.2007, URL: <http://www.welt.de/print-welt/article715809/Warum-der-Luftkrieg-ein-Kriegsverbrechen-war.html> [eingesehen am 13. Oktober 2013].

42 Robert McNamara zitiert nach Smith, Hedrick: Secretary McNamara’s Disenchantment: October, 1966-May, 1967. Key Documents #129: Secretary McNamara’s Position of May 19 of Bombing and Troops, in: Gold, Gerald/Siegal, Allan M./Abt, Samuel (Hg.): The Pentagon Papers: as published by The New York Times: Based on investigative reporting by Neeil Sheehan, Toronto/New York/London 1971, S. 510-589, hier S. 580.

43 Nagel, Thomas: War and Massacre, in: Philosophy & Public Affairs, Jg. 1 (1972), H. 2, S. 123-144, hier S. 127.

44 Vgl. ebd., hier S. 129.

45 Ebd., S. 131.

Hierin offenbart sich also, wie Unterschiede zwischen den Menschen und auch die Menschen an sich aus dem Blickfeld von Piloten verschwinden können. Joseph Weizenbaum, Informatiker am MIT und Technikphilosoph, beschreibt dieses Phänomen als die Herstellung einer psychologischen Distanz, die die Handlung erst ermögliche:

„Ich denke an Vietnam, an die Bombardierung durch ein B52-Flugzeug, das in zehntausend Meter Höhe fliegt. Ein elektronisches Signal auf einem kleinen Bildschirm sagt dem Piloten, daß er das Ziel erreicht hat und jetzt die Bomben abwerfen muß. Er drückt auf einen Knopf. Die Bomben fallen. Er kann sie nicht sehen. Er ist weit weg, wenn sie unten ankommen. Er kann sie nicht hören. Ganz bestimmt kann er die Schreie der Menschen nicht hören. [...] Man macht etwas, und die Folgen des Handelns werden verdrängt.“⁴⁶

Hierin offenbart sich die Rolle des technischen Fortschritts für die Kriegsführung in einer Deutlichkeit, wie sie eigentlich nur noch durch den Einsatz atomarer, chemischer oder biologischer Kampfstoffe gesteigert werden könnte. Der technische Fortschritt „hat die Möglichkeit geschaffen, sozusagen auf Distanz zu töten, ohne es mit den eigenen Händen zu tun, was die Täter von möglichen Gewissensbissen frei machte.“⁴⁷ Zwar gab es diese Kriegsführung aus der Distanz bereits im Zweiten Weltkrieg oder auch in Korea – und zweifellos sind die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki der traurige Höhepunkt derartiger Vernichtung. Der qualitative Unterschied, für den Vietnam gewissermaßen Schule machte und der sich heutzutage in Diskussionen über den Einsatz von Kampfdrohnen wiederfindet, besteht in der asymmetrischen Natur des Konflikts, der fehlenden offenen Auseinandersetzung auf einem klar umgrenzten Schlachtfeld.

Zuweisung und Zuordnungsmöglichkeit von Verantwortlichkeit verlieren sich in einem zirkulären Gebilde. Dort sind die Satelliten oder Aufklärungsdrohnen, die Tag und Nacht auf die Erde herabsehen, oder die Überwachungsflugzeuge und die Analysten, die die gesammelten Daten interpretieren, die Informationen weiterleiten. Dort sind eventuell Beobachtungsposten am Boden, die weitere Informationen sammeln, das Ziel vielleicht markieren, sowie die Offiziere in der Kommandozentrale und schließlich der Pilot im Cockpit eines Bombers oder

46 Weizenbaum, Joseph: Die Verantwortung der Wissenschaftler und mögliche Grenzen für die Forschung, in: ders. (Hg.): Computermacht und Gesellschaft: Freie Reden. Herausgegeben von Gunna Wendt und Franz Klug, S. 120-132, hier S. 128.

47 Kapuscinski, Ryszard: Das organisierte Böse. Ein Jahrhundert der Völkermorde, in: Le Monde diplomatique, 16.03.2001, URL: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2001/03/16/a0021.text.name.ask6TXMe5.n.0> [eingesehen am 12.10.2013].

am Joystick einer Drohne: Der Satellit findet ein Ziel, Analysten beschreiben es, Aufklärer markieren es, Kommandeure geben einen Befehl, Piloten drücken auf einen Knopf und die Rakete der Drohne tötet schließlich Menschen. Das Resultat dieser unübersichtlichen Kette: Niemand hat etwas gehört, niemand hat etwas gesehen und niemand hat etwas getan. Oder zumindest hat niemand, der etwas gehört hat, auch etwas gesehen und jemand, der etwas gesehen hat, hat nichts gehört oder getan. Und schließlich hat niemand, der etwas getan hat, etwas gehört oder gesehen. Alleine verantwortlich ist niemand in dieser Kette. Tot sind die Menschen im Zielgebiet dennoch.

Aus Sicht der Amerikaner ist dies eine in gewissen Grenzen nachvollziehbare Strategie. My Lai in Vietnam und Mogadishu in Somalia haben verdeutlicht, welche Schrecken und Gefahren, auch welche PR-Desaster der direkte Bodeneinsatz von Truppen in solchen, hauptsächlich asymmetrischen, von der Guerillakriegsführung dominierten Kampfsituationen bereithalten kann. Den Löwenanteil einer solchen Kriegsführung in die Luft zu verlagern, ist eine logische Konsequenz: Weniger Truppen am Boden zu haben, reduziert schlichtweg die Möglichkeit, Verluste zu erleiden – und natürlich auch, dass sich Geschehnisse wie My Lai oder Abu-Ghraib wiederholen. Die Grundlagen zu diesem Vorgehen waren bereits in Vietnam angelegt: Von den stationierten Truppen war im Grunde immer nur ein Zehntel mit dem direkten Kampfeinsatz an der verwischten Front und der Jagd nach dem Vietcong betraut.⁴⁸ Dennoch bleiben die ethischen Probleme ungemindert bestehen, werden vielleicht sogar eben dadurch intensiviert. Denn letztlich wird durch diese Art der Kriegsführung die Verbindung getrennt zwischen jenen, die töten, und denen, die getötet werden. Anders als in einer kriegesischen Auseinandersetzung von Angesicht zu Angesicht, in der eine nachvollziehbare Verbindung zwischen dem Auslösen des Abzugs und der Verletzung oder dem Tod eines Menschen existiert, wird diese Verantwortlichkeit zumindest partiell dadurch aufgehoben, dass das Ziel, der Mensch, regelrecht unter dem Fadenkreuz eines Bordcomputers verschwindet. Umso zynischer muss unter diesem Gesichtspunkt eine Sentenz Daniel Ellsbergs erscheinen, der zufolge gelte: „bombing is as American as cherry pie.“⁴⁹

48 Vgl. Greiner 2007 (s. Anm. 16), S. 33.

49 Ellsberg 1972 (s. Anm. 31), S. 241.

AM ENDE BLEIBT DAS PURE MENSCHSEIN

„Der Krieg selber schafft Situationen, in denen das physische Überleben in Widerspruch zum moralischen Überleben gerät.“⁵⁰

JONATHAN SHAY

Eine zentrale Motivation für Shay, „Achill in Vietnam“ zu schreiben, war die Absicht, zu verdeutlichen, welch geistige und psychische Verheerungen der Krieg für jene haben kann, die ihn ausfechten:

„Machen Sie sich klar, welche psychischen Schäden Krieg anrichtet, und arbeiten Sie mit an der Verhütung von Kriegen. Es liegt kein Widerspruch darin, wenn man den Krieg haßt und den Soldaten ehrt. Man sollte lernen, *wie* der Krieg Geist und Verstand zerstört, man sollte an der Veränderung jener Aspekte der militärischen Institutionen und ihrer Kultur mitwirken, die diese Schäden unnötigerweise hervorrufen oder verschlimmern.“⁵¹

Gerade die moderne Kriegsführung, wie sie die Natur der asymmetrischen Konflikte verlangt, konfrontiert die organisierten Truppen immer wieder mit diesem Dilemma. Das hat nicht nur Vietnam gezeigt, das hat sich auch – auf die USA bezogen – in Somalia, dem Kosovo, Afghanistan, im Irak und in Libyen fortgesetzt gezeigt. Diese Erfahrungen haben bei den USA militärische Strategien populär werden lassen, die Bodeneinsätze zu vermeiden versuchen: „First of all, there would be no boots on the ground, we would use stand-off weapons [...]. We would not put a single life at risk.“⁵² Mit diesen Worten rechtfertigte und begründete John McCain im August 2013 seine Forderung nach einer US-Militärintervention im syrischen Bürgerkrieg – und meinte damit natürlich die Leben der amerikanischen Soldatinnen und Soldaten, deren Leben man nicht zu gefährden gedenke.

Der technische Fortschritt hat dazu geführt, dass eine kriegführende Gesellschaft den Preis eines Krieges zu vergessen droht. Die Verlagerung des Schlachtfeldes in die Luft, heutzutage vervollkommenet durch den Einsatz von

50 Shay 1998 (s. Anm. 22), S. 266.

51 Ebd., S. 29.

52 McCain, John: Syria's action 'horrific'. Interview mit John McCain auf CNN: Rpt.: Chem. Weapons Used In Syria. Bashar Al-Assad's Regime Calls Allegations "Baseless", URL: <http://edition.cnn.com/video/data/2.0/video/bestoftv/2013/08/22/exp-new-day-mccain-syria-egypt-comments.cnn.html> [eingesehen am 15.10.2013].

Drohnen, hat diese Distanzierung zur perfekten Methode erhoben: „Drohnen sind unbemannt (keine eigenen Opfer) und zielgenau (hohe Effizienz). Das macht sie aus US-Sicht zu idealen Waffen in einem Krieg, der nicht gegen souveräne Staaten, sondern grenzüberschreitende Terrororganisationen geführt wird.“⁵³ Wenn das Leben der eigenen Bevölkerung nicht zur Debatte steht, weil die Technik schließlich verlustfreie Kriege ermöglicht, geht eine wichtige ethische Komponente verloren. Der Krieg und die notwendige Gewaltanwendung während eines Krieges werden dadurch gerastert, Menschen und ihre Lebenswürdigkeit kategorisiert und skaliert.⁵⁴ Menschen werden in zivilisatorische Muster gedrängt, die unterscheiden zwischen dem schützenswerten Leben der eigenen Soldaten und den entbehrlichen Leben, deren Verlust als Kollateralschaden akzeptabel ist. Die Forderung nach einer humanitären Intervention in Krisengebieten ist dadurch schnell erhoben. Schließlich steht das Leben der eigenen Staatsbürger nicht zur Debatte. Der Zynismus, die zivilen Todesopfer von Luftangriffen als Kollateralschäden in den Dienst jener Humanität zu stellen, die angetreten ist, doch auch gerade *diese* Leben zu retten, wird geflissentlich übersehen und ausgeblendet. Das einzige Feuer, was dieser Prometheus – beizeiten ein Sinnbild für Zivilisation und Menschlichkeit – den Menschen noch zu bringen vermag, sind Flammen der Vernichtung.

Dies führt nun zurück in eine begriffliche Unschärfe, die seit der Rede vom *homo sacer* ungeklärt im Raume steht. Der Mensch kann nichts weiter vorweisen als sein reines, nacktes Leben. Er ist reduziert auf seine Menschlichkeit, das pure Menschsein an sich. An diesem Punkt offenbart sich ein dem Prinzip der Menschenrechte inhärentes Paradoxon: Dieses „besteht darin, daß man seiner Menschenrechte genau dann beraubt ist, wenn man in der gesellschaftlichen Realität auf sein menschliches Wesen ‚im allgemeinen‘ reduziert ist, ohne Staatsbürgerschaft, Beruf, usw., das heißt, *genau dann, wenn man im Grunde zum idealen Träger ‚allgemeiner Menschenrechte‘ wird [...]*“⁵⁵. Mit anderen Worten: Die Menschen mögen visuell und metaphorisch verschwunden sein, im Dschungel, im Rausch der Wut oder in der Distanz vom Boden bis hoch zum B52-Bomber – doch aus einer ethischen Perspektive wird an dieser Stelle nicht der Mensch zurückgedrängt. Im Gegenteil: Alles, was in diesem Moment noch da

53 Lehming, Malte: Die Drohne, Lieblingswaffe der USA, in: Cicero Online, 21.10.2012, URL: <http://www.cicero.de/weltbuehne/die-drohne-liebblingswaffe-der-usa/52277> [eingesehen am 15.10.2013].

54 Vgl. Butler, Judith: *Frames of War. When Is Life Grievable?*, London/New York; 2009, S. 22.

55 Žižek, Slavoj: *Die politische Suspension des Ethischen*, Frankfurt a.M. 2005, S. 43 (Herv.i.O.).

ist, ist der Mensch an sich. Am Ende bleibt das pure Menschsein – bar jeder zivilisatorischen Komponente. Aus zehntausend Metern Höhe lassen sich zivilisatorische, gesellschaftliche und bürgerliche Funktionen nicht erkennen, die Unterscheidung zwischen Kombattant und Nicht-Kombattant ist nicht zu treffen. In einem Rausch der Berserkerwut verschwimmt der Blick auf das Zivil des Menschen; und zurück bleibt der Mensch mit seinem nackten Leben. Auf diese Aporien der Menschenrechte hat bereits Hannah Arendt mit Verweis auf Edmund Burke aufmerksam gemacht: „Der Begriff der Menschenrechte brach, wie Burke es vorausgesagt hatte, in der Tat in dem Augenblick zusammen, wo Menschen sich wirklich nur noch auf sie und auf keine national garantierten Rechte mehr berufen konnten.“⁵⁶ Dies hat der Vietnamkrieg sehr deutlich gezeigt: In einem Konflikt, der auf dem Territorium und zum Leidwesen der Bevölkerung jenes Landes ausgetragen wurde, das zu schützen sich die USA vorgenommen hatten, konnten die Menschen keine derartigen Privilegien formulieren oder einfordern. Der Adressat ihrer Forderungen verbrannte derlei Begehren im Flammeninferno von Napalm.

Gerade im Nachhall der 68er-Bewegung, die sich als emanzipatorische Bewegung verstand und das Prinzip der allgemeinen Menschenrechte wie eine Fackel der Erleuchtung vor sich her trug, um eine freiere, gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen, um gegen Diskriminierung von Minderheiten, für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche zu kämpfen, ist diese Erfahrung aus dem Vietnamkrieg als ein Querschläger wider diese Intention besonders wichtig. „Demokratie als Lebensform“ – so beschreibt Oskar Negt seinen Eindruck von 1968: „Wo Menschen zu bloßen Mitteln für Zwecke anderer werden, da verlieren sie ihr eigentliches Unterscheidungsmerkmal von allen anderen Lebewesen dieser Welt.“⁵⁷ Tragödien wie in My Lai werden nicht durch ein allgemeines Versagen der Menschlichkeit hervorgerufen, sondern durch ein spezifisches Versagen der Zivilisation. Menschen werden gerade dort zu Mitteln degradiert, wo sie zu ihrer Würde ermutigt und ermächtigt werden sollten – der Gedanke an Demokratie und Menschenwürde erstickt hier an sich selbst. Und so tritt in diesem Moment die durch das Zivilisatorische gehemmte Unmenschlichkeit ungehindert hervor, die dem Menschsein, dem nackten Leben, inhärent ist. Hochtechnisierte Kriege, die im Namen der Menschlichkeit als „humanitäre Intervention“ geführt oder unter dieser Zuhilfenahme legitimiert werden und die Konfrontation mit der Unmenschlichkeit vermeiden, führen in dieser Hinsicht zu einer Heuchelei zivilisa-

56 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München/Zürich 2011, S. 619.

57 Negt, Oskar: Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 58 (2008), H. 14-15, S. 3-8, hier S. 7.

torischen Anstands. Dadurch verschleiern sie lediglich den wahrhaft erschreckenden unmenschlichen Moment des Menschen unter einem Deckmantel der zivilisierten, humanen und moralisch einwandfreien Tötung. Es kommt zu der mächtigen Suggestion, dass die Tötung aus der Luft sauberer, besser, gar humaner sei als die Hinrichtung mittels Gewehrkugel, Strick oder Guillotine, weil zivilisatorische Maßstäbe gewahrt würden. „Das Problem des Humanismus der Menschenrechte ist, daß er diese Monstrosität des ‚Menschlichen als solchen‘ verschleiert und als erhabene menschliche Essenz präsentiert.“⁵⁸ Ein Problem, das im grellen Licht von Prometheus’ Fackel der Zerstörung überblendet wird. Auf diese Schattenseiten immer wieder und gerade heutzutage vermehrt hinzuweisen und sie zu thematisieren – das ist vielleicht das Erbe des Vietnamkrieges auch fast fünfzig Jahre nach 1968.

58 Žižek 2005 (s. Anm. 55), S. 46 f.

Von der Fremdbestimmung in den reaktionären Kampf

Die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation

ROLAND HIEMANN

1964 ist kein Jahr, mit dem sich Geschichtsbücher über die palästinensische Nationalbewegung gewöhnlich lange aufhalten. Für das palästinensische Volk gab es im zurückliegenden Säkulum wahrlich Jahreszahlen von nachhaltigerer Bedeutung – Ereignisse, wie die *Nakba* („Katastrophe“) von 1948 oder der Sechs-Tage-Krieg 1967, die angesichts ihrer Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische Leben als wegweisende Einbrüche bewertet werden müssen. Ähnlich verhält es sich wohl auch mit dem Namen Ahmed Schukeiri, der im Schatten der monumentalen Führungsgestalt Jassir Arafat das Schicksal einer Fußnote in der palästinensischen Historiografie fristet. Das hat nachvollziehbare Gründe: Denn die im Mai besagten Jahres vollzogene Gründung der *Palästinensischen Befreiungsorganisation*, der PLO, deren erster Präsident Schukeiri wurde, war faktisch ein rein machtpolitischer Akt arabischer Regime, die darauf erpicht waren, das „Palästinenserproblem“ unter Kontrolle zu halten. Das Recht auf Selbstbestimmung, Rückkehr und Souveränität, nach dem die Palästinenser schon damals seit Jahrzehnten mehr oder weniger hoffnungsvoll gestrebt hatten, erfüllte sich dadurch weder unmittelbar noch in weiterer Zukunft – es hat sich im Grunde bis heute nicht gänzlich erfüllt.

Gleichwohl ist es mit der PLO ähnlich wie mit etlichen anderen in diesem Band porträtierten Ereignissen des Jahres 1964, deren tatsächlicher politischer Bedeutungsgehalt sich erst einige Jahre später in größeren Zusammenhängen zeigte. Zwar erhielten die Palästinenser mit der PLO formell ihre erste echte politische Vertretungsorganisation, auf die sie seit 1948 so lange vergeblich gewartet hatten. Doch erst in den längeren Verläufen nach dem Sechs-Tage-Krieg

1967 avancierte die PLO zu einem eigenständigen und dann auch einflussreichen Akteur im Nahost-Konflikt wie auch auf internationaler Bühne. Einige Marionettenfäden zu den arabischen Herrschern hatte die neue PLO-Führungsriege um Arafats *Fatah* bereits gekappt – und Schukeiri weilte bedeutungslos im libanesischen Exil. Von dieser vorwiegend in die 1960er Jahre fallenden Episode der Entstehung, Konstituierung und personellen wie programmatischen Metamorphose der PLO handelt dieser Beitrag.

EXODUS, ZERSPLITTERUNG UND DIE SUCHE NACH REPRÄSENTANZ

Die palästinensische Nationalbewegung betrat recht spät die Bühne nahöstlicher Politik. Gewiss gehörten Aufruhr, Widerstand und Einheitsbestrebungen schon vor dem Zerfall des Osmanischen Reichs zum politischen Leben in Palästina, doch waren sie in erster Linie in den arabischen Nationalismus eingebettet. Dieser richtete sich gegen die osmanischen Herrscher und die europäischen Besatzungsmächte, in deren Versprechungen politischer Unabhängigkeit sich die arabische Bevölkerung zunehmend getäuscht sehen musste. Erst in der Konfrontation mit der britischen Mandats Herrschaft und der zionistischen Siedlungsbewegung konstituierte sich eine dezidiert palästinensische Spielart des Widerstands mit einer eigenen Dynamik.¹ Mitte der 1930er Jahre entlud sich dieses Aufbegehren gegen den britischen Kolonialismus zwar in schwerwiegenden Zusammenstößen mit der Mandatsmacht, doch führte es nicht zur erhofften „Revolution“. Nach dem Zweiten Weltkrieg empfahlen die neugegründeten Vereinten Nationen schließlich die territoriale Teilung des Mandatsgebietes Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat.² Dieser Plan wurde von arabischer Seite allerdings als höchst ungerecht empfunden und strikt abgelehnt.

Der Bürgerkrieg mit Israel, das nach offiziellem Ablauf des britischen Mandats im Mai 1948 seine Unabhängigkeit proklamierte, veränderte dann die Land-

-
- 1 Vgl. Flores, Alexander: Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948, in: Mejcher, Helmut (Hg.): Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn 1993, S. 89-102, hier S. 89 ff.; Sterzing, Christian: Zur Einführung. Anmerkungen zu einem schwierigen Thema, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Sterzing, Christian (Hg.): Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba, Berlin 2011, S. 11-46, hier S. 18 f.
 - 2 Siehe Resolution 181 (II) vom 29.11.1947, URL: <http://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf> [eingesehen am 12.12.2013].

karte Palästinas grundlegend – für die fortan geografisch wie sozioökonomisch völlig fragmentierte palästinensische Mehrheitsbevölkerung mit verheerenden Folgen: Für zwei Drittel von ihnen – rund 700.000 Menschen – bedeutete Israels Staatsgründung den Verlust der Heimat; als Flüchtlinge lebten sie nun unter der Fremdherrschaft Israels, Ägyptens und Jordaniens. Nicht mehr Unabhängigkeit, sondern die als unvereinbar mit dem „zionistischen Gebilde“ verstandene Rückkehr war fortan das Ziel des vertriebenen, traumatisierten und entwurzelten Volkes. Auf welch tiefgreifende, dramatische Weise die *Nakba* die Geschichte und das Leben der Palästinenser bis heute geprägt hat, ist vielfach beschrieben worden.³ Dazu zählen gewiss die Zersetzung der Nationalbewegung und deren mehr denn je gespaltenen politischen Führungsgruppen, die fortan ihr Dasein in völliger ideologischer und materieller Abhängigkeit von den arabischen Anrainern fristeten. Eine einheitliche eigene palästinensische Befreiungsbewegung gab es in den folgenden Jahren – abgesehen von kleineren isolierten Guerillagruppen, die seit den frühen 1950er Jahren Sabotageakte gegen Israel verübten – ebenso wenig wie eine eigenständige politische Organisation.⁴

DAS HEFT IN DIE EIGENE HAND NEHMEN

Dann aber, seit Anfang der 1960er Jahre, kam es zu wegweisenden Umbrüchen, die der Gründung einer eigenen politischen Organisation der Palästinenser vorausgingen. Waren viele Palästinenser im Jahrzehnt zuvor noch davon ausgegangen, dass die eigene nationale Befreiung einerseits und die vom ägyptischen Staatspräsidenten Nasser anvisierte arabische Einheit andererseits zwei komplementäre Ziele seien, so löste sich diese Gewissheit in der Folgezeit allmählich auf. Die revolutionären Bünde im Exiluntergrund, die sich seit Ende der 1950er Jahre in den Golf-Emiraten, im von Ägypten verwalteten Gazastreifen, im jordanischen Cisjordanien oder in den syrischen und libanesischen Flüchtlingslagern formierten, sahen die Unterstützung der arabischen Welt zwar als unerlässlich an; doch waren sie letztendlich allein der palästinensischen Sache verpflichtet und behielten sich ihre „Entscheidungsgewalt und die Rolle als Avantgarde“

3 Vgl. Fischbach, Michael R.: Die Katastrophe von 1948. Wie die *Nakba* die Geschichte der Palästinenser beeinflusst hat, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Sterzing, Christian (Hg.): Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der *Nakba*, Berlin 2011, S. 48–61.

4 Das von Mohammed Amin al-Husseini geführte *Arab Higher Committee* stand faktisch unter ägyptischer Kontrolle.

ausdrücklich vor.⁵ Durch ihre konspirativen Gewaltaktivitäten gewannen diese militanten Kadernetzwerke im Exil, unter ihnen auch die von Jassir Arafat organisierte *Fatah*, nun mehr und mehr an Gehör und Einfluss.⁶

Mit der Auflösung der *Vereinigten Arabischen Republik (VAR)* 1961 erlitt die pan-arabische Nationalismusbewegung einen herben Schlag. Auch Algeriens Unabhängigkeit ein Jahr später erschütterte den Glauben der palästinensischen Flüchtlinge, dass die arabische Einheit eine politische Voraussetzung für die Rückkehr in ihre Heimat sei. Ohnehin übertrug sich ihre Unzufriedenheit mit den arabischen Regimen mehr und mehr in offenen Furor, schienen doch deren Lippenbekenntnisse, sich für eine „palästinensische Entität“ einzusetzen, ebenso wenig zu greifbaren Ergebnissen zu führen wie etliche wohlgemeinte, aber nie in Kraft getretene Resolutionsentwürfe der *Arabischen Liga*.⁷ Diese Desillusionierung und Enttäuschung wichen einer in diesem Maße bisher unbekannten Entschlossenheit und Einsicht, das Heft des eigenen palästinensischen Schicksals – im Rahmen gewiss begrenzter Möglichkeiten – selbst in die Hand nehmen zu müssen.⁸

Von noch entscheidenderer Bedeutung dürfte jedoch ein Umdenken in den arabischen Hauptstädten, besonders in Kairo, gewesen sein. Nasser musste erkennen, dass seine rigoros orchestrierte Hegemonialpolitik, zu deren Repertoire gewaltsame Regimeumstürze, geheimdienstliche Sabotageakte und offene kriegerische Auseinandersetzungen gehörten, eher zu inter-arabischer Zwietracht als

5 Ijad, Abu: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf/Wien 1979, S. 61.

6 Einfluss errangen sie zu jener Zeit insbesondere über die in Beirut gedruckte Wochenzeitung *Filastinuna*, die als Sprachrohr der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung im Nahen Osten weite Verbreitung fand. Vgl. ausführlich Cobban, Helena: *The Palestinian Liberation Organization. People, Power and Politics*, Cambridge u.a. 1984, S. 27 ff. Darüber hinaus erhielten Palästinensergruppen, u.a. auch die *Fatah*, nach dem Ende der VAR von Syrien geheimdienstliche Unterstützung bei der Durchführung von Attacken auf Israel an der syrisch-israelischen Demarkationslinie. Vgl. Schiller, David Thomas: *Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie: die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981*, München 1982, S. 243.

7 Vgl. Hamid, Rashid: What is the PLO?, in: *Journal of Palestine Studies*, Jg. 4 (1975), H. 4, S. 90-109, hier S. 96.

8 Vgl. Livingstone, Neil C./Halvy, David: *Inside the PLO. Covert Units, Secret Funds, and the War Against Israel and the United States*, New York 1990, S. 61.

zur erträumten Einheit geführt hatte.⁹ Der „Rais“ fürchtete um nichts Geringeres als um seine Führerschaft im Nahen Osten. Ein neuer Ansatz musste also her. Und diesen sah Nasser – notabene aus rein machtpolitischem Kalkül – in einem stärkeren politischen Engagement für die Palästinenser. Schon 1959 hatte er das Konzept einer „palästinensischen Entität“ verlauten lassen. Mit gutem Grund, schienen doch die allgemeine Solidarität in der Region mit den Palästinensern und die Feindschaft zu Israel ein noch nicht hinreichend genutztes einheitsstiftendes Potenzial für die eigenen pan-arabischen Vormachtpläne zu sein. Vor allem aber erschien ihm die Instrumentalisierung der palästinensischen Nationalismusbewegung – gewiss kein Alleinstellungsmerkmal Nassers, sondern ein zu jener Zeit gern zur Hilfe genommenes Mittel arabischer Machtpolitik¹⁰ – auch als notwendig, um einem drohenden Krieg mit Israel aus dem Weg zu gehen, von dem Nasser glaubte, dass er ihn nicht würde gewinnen können.¹¹

Wohlgermerkt: 1963 geriet der arabisch-israelische Konflikt an einen Siedepunkt. Israel stand kurz vor Abschluss eines Projekts zur Umleitung des Jordanflusses, was Nasser unbedingt verhindern wollte, ohne dabei eine kriegerische Eskalation zu riskieren. Sich selbst als regionalen Führer und zugleich als Hüter der Palästinenser aufspielend, deutete er nun den arabisch-israelischen Konflikt in eine Angelegenheit zwischen Israel und Palästinensern um, indem er Ende 1963 verkündete: „Die Schlacht um den Jordanfluss ist ein Teil der Schlacht um Palästina.“¹² Und schließlich fürchtete Nasser ebenso wie andere arabische Despoten, dass sich der palästinensische Zorn weiter radikalisieren und eines Tages gegen sie selbst richten könnte; zumal sich die militanten Untergrundorganisationen allmählich aus dem Hintergrund vorwagten. Die Schaffung einer moderaten, von außen gelenkten politischen Institution der Palästinenser würde Abhilfe schaffen, so jedenfalls das arabische Motiv, um diesen Zorn im Zaume zu halten.

9 „Manifestly, the desire for Arab unity was the chief cause of Arab disunity“, urteilt Jilian Becker: *The PLO. The Rise and Fall of the Palestine Liberation Organization*, London/New York 1984, S. 37.

10 Die Palästinenserfrage wurde nicht nur von Ägypten stets als Profilierungsmittel eingesetzt, sondern auch vom syrischen und irakischen Regime. Dieses Instrument versuchten sie nun Anfang der 1960er Jahre stärker als bislang einzusetzen. „So konnte es nicht ausbleiben, daß der ‚Palästinismus‘ zum neuen Spielball innerarabischer Rivalitäten wurde, wobei die verschiedenen Staaten in einem Rennen gegen die Zeit versuchten, Mittel und Organisationen zu finden, um den palästinensischen Nationalismus für ihre Zwecke auszunutzen.“ Schiller 1982 (s. Anm. 6), S. 240 f., hier S. 241.

11 Das ägyptische Militär war durch seine Beteiligung am jemenitischen Bürgerkrieg erheblich aufgerieben. Vgl. Livingstone/Halvy 1990 (s. Anm. 8), S. 69.

12 Zitiert nach Hamid 1975 (s. Anm. 7), S. 93.

Doch wer sollte die Führung der Palästinenser übernehmen, wer verfügte über das nötige Ansehen in den von Palästinensern bewohnten Gebieten und war zugleich für die arabischen Regierungen politisch tragfähig? Wie Salah Khalaf, später unter seinem Decknamen Abu Ijad bekannt und neben Arafat einer der Gründungsmitglieder der Fatah, später schrieb, wählte Nasser nicht den in Ungnade gefallenen Großmufti von Jerusalem, Haddsch Amin Al-Husseini – obwohl dieser unter den Palästinensern als NS-Kollaborateur und einflussreiche Gestalt der früheren nationalistischen Befreiungsbewegung nach wie vor großes Ansehen genoss. Stattdessen erhielt Ahmed Schukeiri im September 1963 die Order aus Kairo, ein „palästinensisches Dasein“ zu organisieren und die nationalistischen Energien des palästinensischen Volkes einzufangen. Sein konkreter Auftrag: die Einberufung eines Kongresses zur Gründung einer repräsentativen Organisation der Palästinenser.¹³

SCHUKEIRI, DER TALENTIERTE SCHWÄTZER

Schukeiri war also Nassers Mann der Stunde. Aber wer war dieser Mann, der einst zu den mächtigsten Figuren zwischen Euphrat und Nil zählte, doch schon wenige Jahre später, ab 1967, von der Bühne des Befreiungskampfes und im Schatten Jassir Arafats fast vollkommen verschwinden sollte? Als Sohn eines tiefreligiösen Scheichs und Abgeordneten des Osmanischen Reichs wurde Schukeiri 1908 im südlibanesischen Tebnine geboren, bevor er im jungen Alter mit seinen Eltern nach Akkon, einer alten Kreuzfahrerstadt im Norden des heutigen Israels, übersiedelte. Bereits vor dem Studium begann seine politische Aktivität als kampfeslustig agitierender Jünger des arabischen Nationalismus. Der britischen Mandatsmacht war er rasch ein Dorn im Auge.¹⁴ Sein Jurastudium setzte er zwar außer Landes fort, arbeitete jedoch zwischendurch bei einem arabischen Informationsdienst in den USA und wurde schließlich Rechtsanwalt in Jerusalem. Bis zum israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948 verbrachte er wegen politischer Umtriebigkeit etliche Zeit in Mandatsgefängnissen.

13 Vgl. Ijad 1979 (s. Anm. 5), S. 68.

14 Vgl. Internationales Biographisches Archiv: Ahmed Schukeiri, 14/1980, 24.03.1980, <http://www.munzinger.de/search/portrait/Ahmed+Schukeiri/0/11516.html> [eingesehen am 02.10.2013].

Dann aber ging es für Schukeiri umso steiler die politische Karriereleiter bergauf.¹⁵ Als Präsident der palästinensischen Delegation setzte er sich bei den Vereinten Nationen für die Sache seines Volkes ein, wechselte hernach seine Staatsbürgerschaft so häufig „wie sein Hemd“¹⁶ und avancierte zum syrischen, später zum saudi-arabischen UNO-Gesandten in Genf und New York. Auch verdiente er sich seit Anfang der 1950er Jahre seine Meriten als einflussreicher Funktionär der Arabischen Liga, deren palästinensischer Vertreter er schließlich wurde.

Schukeiris Metier war das laute hetzerische Gebrüll, mit Vorliebe gegen den neuen Staat Israel. In der Geschichtsschreibung ist ihm oft zugeschrieben worden, vor dem Sechs-Tage-Krieg die Araber aufgerufen zu haben, die „Juden ins Meer zu werfen“.¹⁷ Er war ein Antisemit sondergleichen. Die Zionisten verstand er als „Nazis des Nahen Ostens“. Das Recht Israels auf staatliche Existenz stritt er rigoros ab und sparte dabei nicht mit wilden Drohungen: „Wir werden den Israelis die Verschiffung in ihre Heimatländer erleichtern. Wer im Lande geboren ist und überlebt, darf bleiben. Nach meiner Schätzung wird jedoch keiner überleben.“¹⁸ Scharfzüngige Parolen und extremistische Verbalattacken gehörten zu den Spezialitäten dieses Radikalinskis. Dabei war er durchaus „ein Mann, der reden konnte“¹⁹. Bei den Vereinten Nationen verdiente er sich den Ruf eines rhetorisch talentierten Maulhelden und „Schwätzers“²⁰, der gerne über das Ziel hinausgeschoss: Als er sich über die offiziellen Direktiven seiner Regierung in Riad hinwegsetzte, verlor er 1963 kaum überraschend seinen Job. In der Region gab es wohl nur wenige, die er im Laufe der Zeit, vor allem später dann als PLO-Präsident, nicht vor den Kopf stieß: die arabischen Herrscher ebenso wie die Anführer der 1959 gegründeten palästinensischen Guerillaorganisation Fatah.²¹ Seine

15 Vgl. etwa Fischbach, Michael R.: Shuqayri, Ahmad, in: Matter, Philip (Hg.): *Encyclopedia of the Palestinians*, überarb. Ausg., New York 2005, S. 447-448.

16 So der *Spiegel* in einem Artikel über Schukeiri mit dem Titel: Böser Geist, in: *Der Spiegel*, 26.12.1966.

17 Dass Schukeiri dies tatsächlich zu diesem Zeitpunkt so sagte, bleibt für Moshe Shemesh mit Zweifeln belegt, der seinen Erörterungen der antisemitischen Aussagen Schukeiris einen ganzen Aufsatz gewidmet hat. Vgl. Shemesh, Moshe: Did Shuqayri Call for „Throwing the Jews into the Sea“?, in: *Israel Studies*, Jg. 8 (2003), H. 2, S. 70-81.

18 Schukeiri zitiert nach Heydorn, Heinz-Joachim: Nahost-Konflikt und jüdische Existenz, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 18 (1967), H. 8, S. 461-464, hier S. 461.

19 Vgl. Ijad 1979 (s. Anm. 5), S. 68.

20 Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 38.

21 Ijad 1979 (s. Anm. 5), S. 72.

„mangelnde Effizienz im politischen Durchsetzungsvermögen gegenüber einem überlegenen Gegner“, so hat es Abdallah Frangi, der langjährige Fatah-Funktionär und heutige Berater von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, beschrieben, „wurde durch verbale Kraftmeierei ersetzt“.²²

DIE GRÜNDUNG DER PLO UND SCHUKEIRIS ERBE

Doch es reichte offenkundig, dass Ahmed Schukeiri Nasser auf seiner Seite wusste – hatte er, der politische Wendehals, sich dem ägyptischen Staatspräsidenten doch im Kampf gegen Israel erfolgreich angebediert. Auf Nassers Geheiß wurde Schukeiri von der ersten arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 mit der Gründung der *Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO)* beauftragt, die schließlich im Mai desselben Jahres im noblen *Ambassador-Hotel* in der Jerusalemer Altstadt vollzogen wurde. Wenige Tage später, Anfang Juni, verabschiedete die konstituierende und verfassungsgebende Versammlung das erste „Palästinensische Nationale Manifest“, eine Art Gründungscharta und Verfassung, die von Schukeiri selbst zuvor entworfen worden war.²³ In dem Manifest formulierte Schukeiri die wesentlichen Grundsätze der PLO, „ihrer Ideologie, ihre Hauptargumentation, ihre strategischen Ziele“, aber auch ihre Organisationsstrukturen und Verfahrensregeln. Das Dokument enthält ausdrücklich die Nichtanerkennung beziehungsweise das Ziel der Auslöschung des zionistischen und deshalb „imperialistischen“, „rassistischen“ und „faschistischen“ Staates Israel und institutionalisiert dieses zentrale Anliegen in fast der Hälfte der 33 Artikel. Auch interessant ist, was das Manifest *nicht* enthielt: Die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat. Das änderte sich allerdings vier Jahre später, als das Manifest wiederaufgelegt wurde und die PLO als militante nationalistische Bewegung politisch völlig neu ausrichtete.

Die Organisation der PLO beinhaltete einen von Schukeiri als Präsident geführten 14-köpfigen Exekutivrat, der so etwas wie eine Exilregierung bildete. Die 422 Delegierte umfassende Generalversammlung stellte das Exilparlament

22 Frangi, Abdallah: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a.M. 1982, S. 138.

23 Beide Manifeste sowie jeweilige Kommentare in deutscher Sprache sind zu finden bei Harkabi, Yehoshafat: Das Palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart 1980.

dar.²⁴ Gleichzeitig wurde auch die *Palästinensische Befreiungsarmee (PLA)* ins Leben gerufen, deren junge Soldaten in Trainingscamps arabischer Militärs fortan für den Kampf gegen Israel ausgebildet und in die jeweiligen Armeen eingliedert wurden.

In den historischen Kontext des nationalen palästinensischen Freiheitsstrebens eingeordnet, bedeutete die Gründung der PLO gewiss einen fundamentalen Wandel, denn zum ersten Mal erhielten die Palästinenser eine eigene, von den meisten arabischen Regimes offiziell anerkannte und unterstützte politische Organisation, mit der sie ihre Interessen nach außen hin artikulieren und vertreten konnten.²⁵ Das war mit Blick auf den zurückgelegten Weg der Befreiung seit 1948 nicht wenig. Entsprechend groß waren der Enthusiasmus und die Zustimmung im palästinensischen Volk. Außerdem: Die paramilitärischen Freischärlergruppen und ihre Infiltrations- und Sabotageaktionen gegen Israel, auf die bereits seit Mitte der 1950er Jahre zurückgegriffen worden war, fanden in der arabischen Öffentlichkeit und Presse zwar immer größeren Zuspruch und Anerkennung; doch war es die PLO, die nun das Potenzial hatte, zum *politischen* Sprachrohr der Palästinenser zu avancieren. Für den späteren gewaltsamen Befreiungskampf gegen Israel nach 1967 sollte sich auch die Bildung von PLA-Formationen im Gazastreifen als militärisch nützlich erweisen.²⁶ Und schließlich mussten viele Palästinenser Schukeiri persönlich zugutehalten, dass er mit der Palästinensischen Nationalcharta erstmals die Grundlagen ihrer nationalen Identität formuliert und dieser einen organisatorischen Rahmen gegeben hatte. Angesichts der Vielzahl von unterschiedlichen Interessen und Ideologien zwischen den arabischen Staaten ebenso wie zwischen den Palästinensern selbst war auch das kein einfaches Unterfangen gewesen.

Doch überwogen die Defizite. Aus den eigenen Reihen kam Kritik: So sehr Schukeiri ein willfähriger Handlanger Nassers sei, so sehr sei die PLO dessen Werkzeug, um die „palästinensische Sache“ und ihre Bewegung unter dirigistischer Vormundschaft zu lenken und zu instrumentalisieren. Nicht nur die traditi-

24 Ihr gehörten verschiedene soziale Schichten an, zuvorderst allerdings Honoratioren, Beamte, Geschäftsleute, aber auch Arbeiterführer, Vertreter von Flüchtlingslagern und Studentenorganisationen. Vgl. Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 38 f.

25 „The establishment of the PLO in 1964 as an institution to embody Palestinian national consciousness heralded the start of an important and fundamental stage in the political life of the Palestinian people.“ Al-Shuaibi, Issa: The Development of Palestinian Entity-Consciousness, in: Journal of Palestinian Studies, Jg. 9 (1980), H. 2, S. 50-70, hier S. 50.

26 So jedenfalls aus Sicht der Anhänger des gewaltsamen Widerstandskampfes gegen Israel; vgl. Cobban 1984 (s. Anm. 6), S. 31.

onellen Exilpolitiker in Hadsch Amins *Higher Arab Committee* lehnten auf dieser Grundlage die Organisation strikt ab; auch einige der mittlerweile rund vierzig Freischärlergruppen, die sich in einem *Political Bureau of United Action of the Revolutionary Palestinian Forces*²⁷ zusammengeschlossen hatten, kritisierten die arabische Zwangsjacke und bestritten zugleich den alleinigen Vertretungsanspruch der PLO – auch wenn sie sich zur Zusammenarbeit mit ihr grundsätzlich bereit zeigten.²⁸ Sie war ihnen schlichtweg weder revolutionär noch aktivistisch genug.²⁹ Und nicht alle arabische Staaten waren mit der Existenz der PLO einverstanden; vor allem der jordanische König nicht, lebten doch die meisten Palästinenser auf seinem Territorium.

Jedenfalls spiegelte sich in der Person Schukeiris das janusköpfige Wesen der PLO in den Jahren zwischen ihrer Gründung und dem Sechs-Tage-Krieg offenkundig wider. Auf der einen Seite war sie zu jener Zeit vor allem ein streng kontrolliertes politisch-diplomatisches Vehikel arabischer, vor allem ägyptischer Großmachtpolitik: „Die PLO war mehr ein Ausdruck der Bedürfnisse arabischer Führer denn eine Antwort auf die Wünsche der Palästinenser“.³⁰ Paradoerweise schien jegliches Handeln der PLO zu jener Zeit gar nicht auf den jüdischen Staat ausgerichtet zu sein, sondern auf Jordanien, das seinerseits ja die alleinige Vertretung „seiner“ Palästinenser – und diese stellten die Mehrheit der Bevölkerung – in Anspruch nahm. Ganz im Auftrag Nassers schoss Schukeiri beständig eine rhetorische Salve nach der anderen in Richtung Amman, um König Husseins Herrschaft zu delegitimieren – schließlich sei dessen Territorium ja der erste Teil Palästinas, den es zu befreien gelte. Erst danach würde Israel folgen.³¹ Wohlge-merkt erhielt Schukeiri bei dieser Forderung nicht nur ägyptische Rückende-

27 Dazu gehörten etwa die *Palestine Liberation Front* (PLF), die *Revolutionary Front for the Liberation of Palestine* und auch die Fatah, die hier bereits eine Schlüsselrolle einnahm. Vgl. ausführend Yaari, Ehud: *Strike Terror. The Story of Fatah*, New York 1970, S. 46 ff.

28 Arafat und Abu Ijad nahmen Kontakt zu Schukeiri auf und versuchten ihn zu der Einsicht zu überreden, dass die PLO, um überhaupt effizient sein zu können, die aktive Unterstützung der „Basis“ brauche. Die Fatah-Führer boten ihre Kämpfer als militärischen Arm der PLO an. Doch Schukeiri lehnte mit Hinweis auf seine Bündnistreue zur Arabischen Liga eine Einbindung der Untergrundgruppen ab. Vgl. Ijad 1979 (s. Anm. 5), S. 68 ff.

29 Vgl. Hamid 1975 (s. Anm. 7), S. 94.

30 Starke, Wafa': *Zur Strategie der PLO 1964 bis 1994. Zwischen bewaffnetem Kampf und Diplomatie, zwischen Gesamtstaat und Teilstaat*, Dissertation, Erlangen/Nürnberg 2000, S. 31.

31 Vgl. Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 48 f.

ckung, sondern auch die des Iraks und Syriens; denn auch deren Regimes wollten Husseins Herrschaft habhaft werden.³²

Geradezu gefangen in den Wirren der antagonistischen Rivalitäten und testosterongesättigten Machtspielchen zwischen den arabischen Herrschern erstaunt es nicht, dass Schukeiri politisch in den ersten drei Jahren kaum etwas auf die Beine stellte, geschweige denn die Nöte der Palästinenser zu lindern vermochte. Wie auch? Das Hoheitsgebiet, über das die PLO Souveränität beanspruchen durfte, war nur ein kleiner Teil der Heimat Palästina, und das war israelisches Staatsgebiet, nicht mehr und nicht weniger. Dort, wo die meisten Palästinenser tatsächlich lebten, regierten andere: Ägypten im Gaza, Jordanien in der Westbank, Syrien in der nördlichen al-Hamma-Region.

Und wie schon gesagt: Als palästinensischen „Dachverband“ konnte man die PLO aufgrund ihrer mangelnden Repräsentativität ebenso wenig bezeichnen wie als ein revolutionäres Organ; zur emotionalisierten Massenmobilisierung war sie nicht imstande, schon allein wegen ihrer bürokratischen Behäbigkeit. Militärisch war sie – obgleich formell unter Schukeiris Befehl – ohnehin vollständig eingegliedert in die arabischen Armeen und zu eigenständigen Operationen unfähig.³³ Allein auf rhetorischer Ebene, das ist die andere Seite des von Schukeiri personifizierten Charakters der jungen PLO, ließ man es mit exzentrisch vorgetragenen Hetzkampagnen gegen Israel und die Juden reichlich beben. Dazu trug auch bei, dass Schukeiri den verstärkten Guerilla-Angriffen der *Fedajin*-Gruppen zumindest auf verbaler Ebene in nichts nachstehen wollte, sich gar im Licht der steigenden Popularität der Guerillas zu sonnen versuchte. Konkrete Aktionen blieben indes bis auf kleine in Auftrag gegebene Scharmützel aus. Jilian Becker zufolge war demnach in ihrer Anfangszeit die Rhetorik das einzig wirklich Militante an der Organisation.³⁴ Doch all das sollte sich noch grundlegend ändern, und zwar nach 1967 mit brachialer Transformationskraft.

PRÄLUDIUM ZUR MILITANTEN TRANSFORMATION

Schon bald nach der PLO-Gründung zeichneten sich jene Entwicklungen ab, die die Fesseln der Vormundschaft und Abhängigkeit nach der arabischen Niederlage im Sechs-Tage-Krieg sprengen sollten. Die paramilitärischen Untergrundor-

32 Vgl. ebd., S. 53.

33 Die PLA war in Form von palästinensischen Divisionen dem Vereinigten Arabischen Oberkommando der Arabischen Ligastaaten unterstellt.

34 Vgl. Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 35.

ganisationen wurden jetzt noch radikaler und militanter in ihrem Befreiungskampf gegen Israel. So wie Ägypten die PLO für seine regionalen Hegemonialambitionen instrumentalisierte, nutzte Syrien bereits seit Ende 1964 nun seinerseits die palästinensischen Guerillaverbände, insbesondere die Fatah, mit ebenso machtpolitischem Ehrgeiz aus. Das Ziel: ein „Großsyrien“, bestehend aus Palästina, dem Libanon und Jordanien, mit dem man Nasser den Rang der arabischen Vorherrschaft im Nahen Osten streitig machen würde.³⁵ Die Strategie: einerseits das haschemitische Königreich Jordanien untergraben und unter eigene Kontrolle bringen sowie andererseits Nasser samt seiner PLO bloßstellen und ihn – in der Hoffnung eines israelischen Vergeltungsschlags – in einen Krieg mit Israel verwickeln. Dafür kam der sozialistischen *Baath*-Führung der kämpferische Tatendrang der Fedajin gerade recht, die sie in den Palästinensergebieten, sogar in der Westbank nahe der israelischen Grenze, rekrutierte und ausbildete. Das zeitigte Wirkung, nahm die Anzahl subversiver Gewaltaktionen im Grenzgebiet doch in der Folgezeit in erheblichem Maße zu.³⁶

Syriens Plan sollte 1967 tatsächlich aufgehen, zumindest teilweise. „Großsyrien“ blieb zwar Illusion, natürlich, allemal nach 1967. Dennoch hatten die Gewaltaktionen vor allem der Fatah, die immer größere Aufmerksamkeit und Anerkennung in der arabischen Welt fand und politisch langsam aber stetig an Bedeutung gewann, auch zu einem Umdenken in Schukeiris mittlerweile tief gespaltenen Führungszirkeln geführt. Hier sah man sich gezwungen, wenigstens nach außen hin den Eindruck zu vermitteln, aus dem „Schwatzverein“ eine „kämpfende revolutionäre Organisation“ zu machen; tatsächlich verschrieben sich Schukeiri und seine Anhänger nun stärker dem bewaffneten Kampf und ließen – aus Kairo freiere Hand erhaltend³⁷ – mit den „Helden der Rückkehr“ selbst

35 Vgl. Cobban 1984 (s. Anm. 6), S. 32.

36 Belief sich 1965 die Zahl der zumeist subversiv, gewiss nicht immer erfolgreich und von jordanischem Territorium aus unternommenen Terroraktionen gegen Israel noch auf 35 Anschläge, waren es ein Jahr später – gefördert vom noch radikaleren Flügel der Baath-Partei, der nach einem Staatsstreich die Macht übernahm – schon 44 Aktionen. Vgl. Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 41 ff., insb. S. 46; an anderer Stelle ist von über 200 Operationen während dieser zwei Jahre die Rede. Vgl. Frangi 1982 (s. Anm. 22), S. 143.

37 Nasser musste einsehen, dass er sich der revolutionären Bewegung der Palästinensergruppen nicht mehr nur durch die Verhaftung von Fatah-Kämpfern in den Weg stellen konnte. In einer für ihn höchst ungünstigen Zeit drohten die syrisch initiierten Guerillaaktionen ihn als selbsternannten Hüter der palästinensischen Befreiung zu düpierten und, viel schwerer wiegend, die Konfliktsymmetrie in der Region auf eine Weise eskalieren zu lassen, in der Ägypten auf eine israelische Vergeltung der Anschläge sei-

militante Kader ausbilden.³⁸ Auch der Einbindung der Fedajin stand man nun offener gegenüber und begann, mit ihnen zu verhandeln. Doch auch jetzt blieb die PLO im Großen und Ganzen ihrem Schicksal behaftet, sich lediglich auf rhetorischer Ebene mit den wildesten Drohtiraden gegenüber den Juden und ihrem Staat hervortun und als scheinbar eigenständiger Akteur gerieren zu können.

Syriens Guerillastrategie zeitigte auch insofern „Erfolg“, als sich Nasser tatsächlich in einem Krieg mit Israel wiederfand, den er doch immer zu verhindern gesucht hatte. Gewiss war der Sechs-Tage-Krieg nicht allein und auch gar nicht in erster Linie ein Resultat der von Syrien orchestrierten paramilitärischen Scharmützel in den israelischen Grenzgebieten, entgegen etwa der späteren heroischen Deutung von Fatah-Anhängern.³⁹ Vielmehr hatte sich schon seit Monaten eine komplexe Krisensituation zwischen den Nahoststaaten entwickelt, an deren Ende sich Ägypten genötigt sah, einzugreifen, und zwar mit der Blockade der Straße von Tiran, einem militärischen Bündnis mit Syrien und Jordanien und dem erzwungenen Rückzug der UNO-Truppen von der Sinai-Halbinsel. Israel übte Vergeltung – für seine arabischen Gegner in Kairo, Damaskus, Amman oder Beirut in einer militärisch geradezu vernichtenden, politisch diskreditierenden, in jedem Falle stark demütigenden Weise, die noch lange nachwirken sollte. Mit den israelischen Gebietsgewinnen des Westjordanlands, der Altstadt Jerusalems, den Golan-Höhen und der Sinai-Halbinsel veränderte sich die Machtbalance, ja: das politische und gesellschaftliche Leben in der Region bekanntlich entscheidend und nachhaltig – bis zum heutigen Tag. Für Israel war es hingegen wie eine „zweite Geburt“.⁴⁰ So wenig die palästinensischen Kämpfer, von denen etwa die Fatah-Anführer erst im Radiofunk vom Blitzangriff der israelischen Luftwaffe erfahren hatten,⁴¹ in das Geschehen eingriffen, so sehr veränderte sich für sie nun die Ausgangslage ihres nationalen Befreiungskampfes. Dieser sollte erst jetzt richtig beginnen – und der PLO eine neue Richtung geben, die ihr Wirken und Dasein noch über Jahrzehnte bestimmen sollte.

nerseits nur auf militärische Weise reagieren konnte. Vgl. Oren, Michael B.: *Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East*, Oxford 2002, hier S. 24.

38 Diese Gruppe war nur mit der PLO assoziiert, stellte aber keine offizielle Einheit von ihr dar. Vgl. Becker 1984 (s. Anm. 9), S. 55.

39 Vgl. Yaari 1970 (s. Anm. 27), S. 106 ff.

40 Vgl. Segev, Tom: 1967. *Israels zweite Geburt*, München 2009; ausführlich zum Sechs-Tage-Krieg und seinen Auswirkungen auf die Region vgl. Hammel, Eric: *Six Days in June. How Israel Won the 1967 Arab-Israeli War*, New York 1992; außerdem erkenntnisreich Parker, Richard B.: *The Six Day War*, Jacksonville 1997.

41 Ijad 1979 (s. Anm. 5), S. 79.

FÜHRUNGSWECHSEL

Waren die Palästinenser aus dem Krieg 1948 ohne eigene schlagkräftige Organisation und institutionelle Interessenvertretung hervorgegangen, sah die Zukunft für sie nach 1967 gänzlich anders aus. Die PLO – und das war im Kriegsjahr noch längst nicht abzusehen – sollte im Gegensatz zu ihren arabischen Strippenziehern politisch gestärkt aus dem Krieg hervorgehen.

Allerdings ohne Schukeiri. Dessen Zeit als PLO-Chef war nur kurz nach der arabischen Niederlage abgelaufen. Innerhalb der Organisation hatte er bereits seit Monaten an Autorität verloren und scharfe Widersacher gegen sich aufgebracht. Diese drangen nun in den Vordergrund, sahen in ihm keinen anderen Nutzen mehr, als ihn zum Sündenbock für den bislang erfolglosen Befreiungskampf, mithin sogar – gewiss reichlich unzutreffend – für die arabische Niederlage mitverantwortlich zu machen. Der solchermaßen diskreditierte Schukeiri war dieser Rebellion im wahrsten Sinne schutzlos ausgeliefert, war sein wichtigster Protegé, Abdel Nasser, doch selbst politisch angeschlagen und mochte schließlich dem Druck, sich seines installierten PLO-Mannes zu entsagen, nicht mehr so recht standhalten. Ohnehin war die einstige Führerautorität fortan nicht mehr in der Lage, anderen Staaten, auch nicht den Palästinensern, kurz entschlossene Strategien zu deren „Befreiung“ zu diktieren. Am 14. Dezember 1967 sah dies Schukeiri selbst ein, trat von seinem Amt ab und zog sich in den Libanon zurück. Als Politiker sollte er nicht mehr wiederkehren.

Doch auch sein Nachfolger, der Rechtsanwalt Yahya Hammuda, schaffte nicht, die PLO durch die Eingliederung der Befreiungskämpfer als Hauptakteur der palästinensischen Revolution zu etablieren. War es vielfach der extremistische und polarisierende Dogmatismus, den Schukeiri nach und nach seine Anhängerschaft gekostet hatte, so mangelte es Hammuda an politischem Mut und Entschlossenheit, an überzeugenden radikalen Zielen und Strategien der palästinensischen Befreiung, an massenergreifender charismatischer Führung vor allem. Umbrüche, gleich welcher Art, waren also auch mit ihm nicht zu machen.

Allerdings dauerte es noch, bis sich das Schicksal einer neuen PLO vollends einstellte. Hatte der rasche israelische Sieg aus palästinensischer Sicht erstmals seit 1948 die Voraussetzungen für einen partisanenmäßigen Guerillakampf geschaffen – Israel als illegitime „Besatzungsmacht“, die Ohnmacht der arabischen Protegés, eine ohnehin traumatisierte und gegenüber dem jüdischen Staat mit Ablehnung und Hass erfüllte arabische Bevölkerung, gerade in den besetzten Gebieten –, so vermochten die Fedajin zunächst nicht, die Zivilbevölkerung für den nationalen Kampf zu mobilisieren. Ohnehin waren sie sich untereinander noch längst nicht einig, mit welchen Strategien sie in Zukunft zur Tat schreiten

sollten. Doch aus den Richtungsstreits zwischen und innerhalb der einzelnen Gruppen, unter denen die Fatah und vor allem Jassir Arafat von Anbeginn wegen ihres intensivierten Gewaltaktionismus eine Führungsrolle beanspruchten, setzte sich bald die Losung vom kompromisslosen gewaltsamen Guerillakampf gegen die Besatzungsmacht als dominierendes Leitmotiv durch. In den palästinensischen Flüchtlingslagern, aber auch andernorts wurden mehr und mehr Kämpfer rekrutiert und ausgebildet, in den arabischen Hauptstädten um Unterstützung geworben, besonders in Jordanien nistete sich die Fatah – sehr zum Groll des Königs – als quasi-autonomer Staat im Staate ein. „Die Schlacht von „Karameh“ im Frühjahr 1968, von Arafat und dessen Mitstreitern später als Sieg des heldenhaften Widerstands von einigen hundert Fedajin-Kämpfern (mithilfe der jordanischen Armee) über mehrere tausend israelische Soldaten überhöhht, erwies sich schließlich als einschneidendes katalysierendes Ereignis – für die nationalistische Propaganda ebenso wie für die Opferbereitschaft und Entschlossenheit der Palästinenser, den Kampf um die „totale Befreiung“ jetzt erst recht weiter, härter, subversiver zu führen. Mehr und mehr begannen die Massen der Fatah nun begeistert zu folgen; nicht nur Palästinenser, auch arabische Heranwachsende aus Ägypten oder Damaskus ließen sich zu Tausenden als opferbereite Kämpfer gegen Zionismus und Imperialismus im Untergrund ausbilden.

Die Fatah übernahm fortan auch die politische Kontrolle – und damit die Führung der PLO, programmatisch wie personell. Auf dem „Vierten Palästinensischen Nationalkonvent“ im Juli 1968 wurde in Gestalt eines neuen Manifests explizit auf den „bewaffnete Kampf“ als „einziger Weg zur Befreiung Palästinas“ eingeschworen, die nun allein in den Händen des eigenen Volkes selbst liege. Die Betonung der neuen und für Jahrzehnte währenden Doktrin lag auf einem „Volkskrieg“, der – ganz im Zeichen eines neuen aktivistischen Geistes der Untergrundbewegungen – die Mobilisierung der palästinensischen Massen zur Grundlage hatte. Auch die Bewegungsfreiheit der Kommandos, die Unterstützung der militärischen Aktionen gegen Israel, das Ende der Abhängigkeit von den arabischen Regierungen – all das gehörte nun offiziell zum politischen Programm der neuen, von der Fatah fortan angeführten PLO. Im Laufe der folgenden Jahre etablierte sich die PLO als „echter“ Akteur im arabischen System und im Nahen Osten; auf dem arabischen Gipfeltreffen in Rabat im Oktober 1974 wurde sie, auch von Jordanien und bis auf wenige Ausnahmen, von der arabischen Staatenwelt als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Das verhalf ihr zugleich zu mehr Einfluss in den zwischenarabischen Beziehungen, den Arafat auch häufig genug auszunutzen verstand.⁴²

42 Vgl. Taylor, Alan R.: The PLO in Inter-Arab Politics, in: Journal of Palestine Studies, Jg. 11 (1980), H. 2, S. 70-81, hier S. 77.

DIE PLO UNTER ARAFAT UND DANACH

Die Vorgänge im Nahen Osten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nahmen gerade auch auf die deutsche Studentenbewegung und ihren gesellschaftlichen Diskurs großen Einfluss. Wie der amerikanische Historiker Moishe Postone über die deutsche neue Linke einst urteilte: „Keine westliche Linke war vor 1967 so philosemitisch und prozionistisch. Danach identifizierte sich keine so stark mit der palästinensischen Sache.“⁴³ Von nun an wurde der israelische Staat als Vorposten des amerikanischen Imperialismus diffamiert. Mehr noch: Durch seine Besetzung der Palästinensergebiete wurde er als faschistisch beschimpft und in diesem Sinne mit dem Nazi-Regime ideologisch gleichgestellt. War das „Tabu Israel“ erst einmal gebrochen, schienen plötzlich antisemitische Argumentationen vielen linken Studenten auch kein großes Problem mehr zu sein, wählte man sich doch im Kampf gegen Antifaschismus und Antikommunismus auf der moralisch sicheren Seite – gerade letzterer stellte aus ihrer pervertierten Sicht das größte Verbrechen des Nationalsozialismus dar, nicht hingegen der Holocaust. Für viele junge „aufgeklärte“ Linke in Deutschland und anderswo gingen damit gleichsam die Solidarisierung und Identifizierung mit dem palästinensischen Befreiungskampf einher; Arafats Kopftuch gehörte bald zu ihrer Folklore.⁴⁴ Anhänger und Gruppierungen der Studentenbewegung reisten in die Region, nahmen an Konferenzen der PLO teil oder unterstützten diese finanziell. Und welche Verbindungen später die linksradikalen Terroristen mit ihren palästinensischen „Brüdern“ auf blutige Weise unterhielten, ist wohl bekannt.⁴⁵

Mit Arafats autoritärer Führung und der maßgeblich von ihm vorangebrachten Profilierung der PLO „zwischen Diplomatie und Terror“⁴⁶ begann ein neuer Abschnitt der Geschichte der palästinensischen Befreiungsbewegung und Nati-

43 Zitiert nach Linfield, Susie: Das Trauma der Linken, in: die tageszeitung, 27.04.2013, URL: <http://www.taz.de/!115281/> [eingesehen am 07.01.2014].

44 Vgl. Busche, Jürgen: 68 und die Folgen: Lügen, Pathos und Palästinenser, in: Der Tagesspiegel, 15.01.2001, URL: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/68-und-die-folgen-luegen-pathos-und-palaestiner/194356.html> [eingesehen am 07.01.2014].

45 Vgl. etwa Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970. Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013.

46 Vgl. Tophoven, Rolf: PLO. Zwischen Diplomatie und Terror, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 29 (1979), H. 50, S. 17-34.

onsbildung.⁴⁷ Zum einen ging die politische Bedeutung der PLO fortan über ihre Funktion als strukturgebende Organisation hinaus: „Sie wurde Teil der politischen Identität aller Palästinenser“.⁴⁸ Vor allem gelang ihr, der vielfältigen organisatorischen Fragmentierung der Nationalbewegung Einheit zu gebieten und dabei zugleich ihren pluralistischen Charakter zu bewahren. Ohne historische Wendepunkte und Umbrüche kam Arafats PLO in ihrem zukünftigen Weg zur Selbstbestimmung freilich nicht aus, auch nicht ohne Widersprüche. So hat sie etwa ihre politischen Ziele mehrfach grundlegend verändert – stets getrieben und begleitet von regionalen Macht- und internationalen Systemumbrüchen, von internen Konflikten und organisatorischen Schwierigkeiten im Exil. Zunächst fest entschlossen, die besetzten Gebiete auf gewaltsamem Wege zu befreien, faktisch den Staat Israel zu zerstören und einen eigenen „demokratisch-säkularen Staat in ganz Palästina“ zu gründen, näherte sie sich in den 1970er Jahren unterschwellig bereits einer Zwei-Staaten-Lösung an. Mit ihrer Unabhängigkeitserklärung markierte die PLO dann, 1988, einen weiteren Meilenstein in ihrer politischen Entwicklung. Denn mit der Proklamation eines eigenen Staates auf einem Teilgebiet Palästinas gab sie zugleich ihren territorialen Exklusivanspruch auf – die faktische Anerkennung Israels. All dem lag die in den 1960er Jahren noch weit entfernte Erkenntnis zugrunde, dass Frieden im Nahen Osten und schließlich die palästinensische Befreiung nur durch eine Teilung des Landes eine echte Chance bekommen würden. Wenig später war man schließlich bereit, diese Lösung in Etappen, das heißt im Laufe des Friedensprozesses in Angriff zu nehmen. Ist die PLO in Gestalt der *Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)* nach wie vor diesem Zielgrundsatz verschrieben, so sind die Palästinenser von einem eigenen Staat heute wohl genauso weit entfernt, wie sie es 1988 waren.

Auch was die Mittel des Befreiungskampfes angeht, waren Umbrüche, allerdings auch Widersprüche kaum zu übersehen. Dem bewaffneten terroristischen Kampf waren etliche von der PLO unterstützten oder tolerierten Gruppierungen

47 Zur autoritären, „neopatrimonialen“ Führung Arafats in den besetzten Gebieten sowie zu den mannigfaltigen Hürden bei der Institutionenbildung vgl. Frisch, Hillel: *Countdown to Statehood. Palestinian State Formation in the West Bank and Gaza*, Albany NY, 1998; für den Prozess der palästinensische Staats- und Nationenbildung insbesondere seit den frühen 1990er Jahren vgl. Asseburg, Muriel: *Blockierte Selbstbestimmung: palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode*, Baden-Baden 2002.

48 Shafi, Salah Abdel: *Vielfalt in Einheit? Die Fragmentierung des palästinensischen Volkes und der Kampf um Einheit*, in: Heinrich-Böll-Stiftung/Sterzing, Christian (Hg.): *Palästina und die Palästinenser. 60 Jahre nach der Nakba*, Berlin 2011, S. 106-111, hier S. 107.

bekanntlich alles andere als abgeneigt, wie sie etwa in den 1970er Jahren durch internationale Aufmerksamkeit erregende Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und zahllose tödliche Anschläge auf israelische Zivilisten immer wieder unter Beweis stellten. Guerillakampf und Terrorismus gingen zeitweise Hand in Hand; dass es die PLO fortan schwer hatte, sich vom Image als terroristische Inkarnation zu lösen, hatte sie sich – wenngleich es auch etliche andere Gründe dafür gab – selbst zuzuschreiben. Und es darf dabei nicht unterschlagen werden, dass das Mittel der Gewalt für den palästinensischen Widerstand stets eine große Bedeutung besaß; und dies gilt nach wie vor auch in jüngerer Zeit, wie blutige Übergriffe auf Israel während der im Jahr 2000 einsetzenden Zweiten Intifada zeigten.

All das hat unter den Israelis die mehr als verständliche Angst vor palästinensischem Terror, die gleichwohl von politischer Seite häufig genug instrumentalisiert wurde, geschürt. Doch zur Strategie Arafats gehörte zugleich auch die politische Mäßigung, Beschwichtigung und Kompromissbereitschaft;⁴⁹ die Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft schien ihm ein allzu hohes Gut der eigenen Handlungsfähigkeit zu sein. Wenn es sein musste, zierte sich Arafat nicht vor Lippenbekenntnissen, Gewalt und Terrorismus längst abgeschworen zu haben. Der langsam steigende Erfolg dieser Verwandlung hin zur diplomatischen Salonfähigkeit sollte sich auszahlen: vom Bobachterstatus der PLO bei den Vereinten Nationen⁵⁰ über die Anerkennung eines noch gar nicht existierenden Staates Palästina durch 131 Länder 1989 bis hin zu den Friedensverhandlungen und -abkommen mit Israel, das die PLO schließlich als Alleinvertreterin des palästinensischen Volkes anerkannte.

Dass heute von der PLO – jedenfalls in den westlichen Medien – nur wenig zu hören ist, liegt an einer bereits Ende der 1980er Jahren einsetzenden Entwicklung, in deren Verlauf die PLO ihren Alleinvertretungsanspruch immer mehr verlor. Vor allem islamistische Gruppen wie die *Hamas* oder der *Islamische Dschihad* machten Arafat seine politische Vorherrschaft streitig, indem sie durch ihre tiefgreifende wohlfahrtsstaatliche Organisation des Lebens im Gazastreifen und anderswo immer mehr Unterstützer im palästinensischen Volk fanden. So plagten die PLO mit Beginn der 1990er Jahre nicht nur Schwierigkeiten, Intifada und

49 Vgl. Kapeliuk, Amnion: Yassir Arafat. Die Biographie, Heidelberg 2005, S. 272 ff.

50 In jüngster Zeit wurde innerhalb der UN-Generalversammlung auch über die Aufnahme des „Staates Palästina“ als Mitglied diskutiert, was bislang jedoch stets am Widerstand der USA scheiterte. 2012 schließlich fand Palästina als beobachtendes Nicht-Mitglied Aufnahme in die Weltorganisation, was gemeinhin als Vorstufe zur vollständigen Mitgliedschaft gilt. Doch dürfte dies wie in der Vergangenheit auch in Zukunft am Veto der USA scheitern.

diplomatische Optionen, die sich ihr mit den Madrider Friedensgesprächen eröffneten, unter einen Hut zu bringen, sondern auch Legitimierungsprobleme in der palästinensischen Bevölkerung.⁵¹ Mit der im Friedensprozess vereinbarten Gründung einer Palästinensischen Autonomiebehörde, welche die Vertretung der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten von der PLO übernahm, und nach Arafats Tod im Jahr 2004 verschärfte sich dieser Prozess bis heute nachhaltig.⁵² Bei den seit 1996 erst zweiten Parlamentswahlen 2006 errang die Hamas eine Mehrheit von 44 Prozent. Arafats Nachfolger im Amt des PA-Präsidenten, Mahmud Abbas, erkannte die Niederlage seiner Fatah an, doch eine stabile Einheitsregierung unter Führung der Hamas fiel dem Wunschdenken zum Opfer, nicht nur aufgrund kaum zu vereinbarender Programmatiken und interner, dann auch gewaltsam ausgetragener Auseinandersetzungen zwischen radikalen Strömungen beider Seiten, sondern auch durch die Verweigerungshaltung und Boykotte der USA, EU und Israels, mit einer islamistischen Organisation wie der Hamas zu kooperieren. Wenig später ergriff die Hamas die Regierungshoheit im Gazastreifen, während Abbas' Fatah die Macht im Westjordanland behielt. Trotz kompromissbereiter Annäherungen und diplomatischer Bemühungen, eine Regierung der nationalen Einheit unter einer gemeinsamen Verwaltung und Rechtsprechung zu bilden, ist dies noch nicht gelungen.⁵³

Es ist schon erstaunlich, dass sich die von der Fatah dominierten Führungs- und Verwaltungsstrukturen der PLO im Kern seit dem Jahrzehnt ihrer Gründung bis heute kaum verändert haben. Dabei wäre auch deren Reform gewiss ein notwendiger Schritt, um eine Einheit herstellen zu können, wie es etwa auch der palästinensische Wirtschaftswissenschaftler und Diplomat Salah Abdel Shafi fordert:

„Aufgrund des rechtlichen Status der PLO, ihrer arabischen und internationalen Anerkennung und ihrer Stellung bei den Palästinensern innerhalb Palästinas und in der Diaspora

51 Vgl. Andoni, Lamis: The PLO at the Crossroads, in: Journal of Palestine Studies, Jg. 21 (1991), H. 1, S. 54-65.

52 Seither ist die PLO die Vertreterin des gesamten palästinensischen Volkes (also auch der Palästinenser in den Flüchtlingslagern und im Exil), allerdings ohne Regierungsautorität in Gaza und der Westbank. Formell bleibt damit die PLO gegenüber der PA die höher gestellte Institution. Vor diesem Hintergrund stellt etwa Israel den Souveränitätsanspruch der Autonomiebehörde infrage, weil nur die PLO internationale Verträge und Konventionen beschließen dürfe.

53 Für die Fatah-geführte PLO scheint eine Zusammenarbeit mit der Hamas möglich, wenngleich diese u.a. an die Bedingung geknüpft wird, dass sich die islamistische Organisation von der ägyptischen *Muslimbruderschaft* offiziell lossagt.

bleibt sie die einzig mögliche Plattform, um alle palästinensischen Fraktionen auf den nationalen Fahrplan zur Beendigung der Besatzung und Erlangung der Unabhängigkeit einzuschwören. Dies erfordert jedoch eine demokratische Reform ihrer Strukturen, die den islamischen politischen Kräften eine Teilhabe und eine Vertretung in den verschiedenen Strukturen der PLO ermöglicht.“⁵⁴

Seit dem Jahr 1964 hat sich die PLO also in vielerlei Hinsicht verändert. Von der kompromisslosen Linie des bewaffneten Befreiungskampfes, wie sie in der Charta noch festgeschrieben worden war, ist über die Jahrzehnte hinweg ebenso wenig übrig geblieben wie von der maliziösen Rhetorik eines Schukeiri über die Vernichtung des israelischen Staates. Für die internationale Staatengemeinschaft ist Palästina nicht mehr bloß ein „Flüchtlingsproblem“, sondern ein Volk mit dem Recht auf staatliche Autonomie und Selbstbestimmung. Eine Zwei-Staaten-Lösung, für die sich die PLO so lange eingesetzt und gekämpft hat, wird heute als *Conditio sine qua non* eines nachhaltigen Friedenskonzepts angesehen – in der Region und außerhalb. Und doch sind die Palästinenser von ihrem ursprünglichen Ziel eines eigenen palästinensischen Staates nach wie vor sehr weit entfernt. Zudem: Ist heute von eben diesem Staat die Rede, sprechen wir von einem „Restpalästina“, das etwa zwanzig Prozent der Fläche des ehemaligen britischen Mandatsgebietes umfassen würde;⁵⁵ und fast fünf Millionen⁵⁶ Palästinenser fristen noch immer ein zum Teil menschenunwürdiges Flüchtlingsdasein im Libanon oder in Syrien, wo sich die Lebensbedingungen im Zuge des Bürgerkrieges zusätzlich verschärft haben. Ob das palästinensische Volk sein ersehntes Ziel der „Rückkehr“, dem die PLO als politische Vertreterin von Anfang an verschrieben war, in absehbarer Zukunft doch noch erreichen wird, scheint heute wie damals in weiter Ferne.

54 Shafi 2011 (s. Anm. 48), S. 111.

55 Sterzing 2011 (s. Anm. 1), S. 15.

56 So die vom UN-Flüchtlingshilfswerk angegebene Zahl registrierter Flüchtlinge, vgl. UNHCR: Displacement. The 21st Century Challenge, Global Trends 2012, S. 5, URL: <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> [eingesehen am 13.12.2013].

Vor dem Kahlschlag

Eine Reise durch die DDR des Jahres 1964

MICHAEL LÜHMANN

Einwurf Krause, Flanke Pacholski, Drehschuss Behla; beim Spiel *BSG Chemie Leipzig* gegen *Turbine Erfurt* steht es 1:0. Nur eine Minute später erzielt Manfred Walter per Strafstoß das 2:0. Nach nur 13 Minuten ist das ausschlaggebende, letzte Spiel der DDR-Oberligasaison 1963/64 entschieden.¹ „Der Rest von Leipzig“, wie der Volksmund die *Betriebsportgruppe* seit 1963 zu nennen pflegt, ist DDR-Fußballmeister. Eine Sensation – die Rede vom „Wunder von der Pleiße“ macht die Runde – aber eben auch: ein Betriebsunfall. Denn „mit Chemie war [...] die falsche Mannschaft Titelträger geworden“². Ausgerechnet dem bei der SED-Bezirksleitung in Unnade gefallenem „Meistertrainer“ Alfred Kunze war es gelungen, aus den für nicht leistungsstark genug befundenen, „delegierten“ Überresten des *SC Lokomotive* und *SC Rotation* mit der BSG Chemie eine Mannschaft zu formen, die nicht nur gegen den Abstieg spielen sollte, wie die *Leipziger Volkszeitung* linientreu gemutmaßte hatte, sondern letztlich die DDR-Meisterschaft gegen die von der DDR-Sportpolitik protegierten Sportclubs aus Berlin, Jena und anderswo nach Leipzig-Leutzsch holte.

Noch heute zeugen im Nordwesten der Stadt immer wieder aktualisierte „1964“-Schriftzüge vom langen Nachhall dieser historischen Meisterschaft. Denn zugleich sollte es zum letzten Mal einer nicht staatlich protegierten Oberli-

1 Vgl. hier und im Folgenden Fuge, Jens: Ein Jahrhundert Leipziger Fußball. Die Jahre 1945 bis 1989, Leipzig 1997, S. 66 ff.

2 Leske, Hanns: Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder. Der Einfluss der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR, Göttingen 2004, S. 161.

gamannschaft gelingen, einen solchen Außenseitererfolg zu erzielen.³ Somit aber gerann schon für den Zeitgenossen im Leipziger Westen und darüber hinaus „1964“ zu einem Erinnerungsort, zu einer Chiffre, der etwas Abweichendes innewohnte, etwas Aufbrechendes, aber eben zugleich etwas Unwiederholbares – nicht nur im Fußball. Denn weit über die historische Meisterschaft vom Mai 1964 hinaus kann das Jahr 1964 als ein Wendepunkt in der Geschichte der DDR betrachtet werden – ein Jahr, in dem vieles möglich schien, in dem vieles, was seit Jahren keimte, trotz des „geteilten Himmels“ Blümenträume wachsen ließ; und in dessen Verlauf klar wurde, dass der Mahlstrom der DDR-Geschichte nicht viel mehr übrig ließ⁴ als die Erinnerung an eines der aufregendsten Jahre der DDR, sondern vielmehr mit sich hinunterriß, was den ideologischen Hardlinern im Staat – nach kurzem Tauwetter – einige ideologische Aufregung bereitete.

DAS DING VOM PARTEISEKRETÄR

Aufgeregt waren aber nicht nur die Hardliner der SED, die sich um Erich Honecker zu scharen begannen; aufgeregt waren auch nicht nur die 10.000 Leipziger Fans, die im Mai nach Erfurt gepilgert waren, um ihre Mannschaft anzufeuern; aufgeregt waren nicht nur die Spielerfrauen und -freundinnen, die bei Alfred Kunzes Ehefrau zu Hause am Radio, bei Eierlikör und Kuchen, das Entscheidungsspiel verfolgten;⁵ aufgeregt war bald auch Frank Beyer, einer der wichtigsten Filmemacher der DDR: „Als ich Anfang 1964 zum ersten Mal den Roman *Spur der Steine* las, ahnte ich nicht, dass damit eines der aufregendsten Kapitel meines Lebens beginnen würde, sowohl beruflich als auch privat.“⁶ Was Beyer in der Hand hielt, war das von Erik Neutsch verfasste Buch „Spur der Steine“, der vom jungen Parteisekretär Werner Horrath, der jungen Ingenieurin Kati Klee und vom draufgängerischen Brigadier Hannes Balla erzählt, und den Beyer für die *DEFA* verfilmte. Im eigentlich geplanten Prolog zum Film, den Beyer aber wegen befürchteter kritischer Einwände dann doch nicht nutzte, hieß es:

3 Vgl. Leske 2004 (s. Anm. 2).

4 Stefan Wolle spricht in diesem Zusammenhang von „eine[r] Zeit des Neubeginns, in der zum Schluss fast alles beim Alten blieb.“ Wolle, Stefan: *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968*, Berlin 2008, S. 18.

5 Fuge 1997 (s. Anm. 1), S. 69.

6 Vgl. hier und im Folgenden Beyer, Frank: *Wenn der Wind sich dreht. Mein Leben, meine Filme*, München 2001, hier S. 127 (Herv.i.O.).

„Das Ding handelt vom Parteisekretär / Und Arbeitsmoral / Und Suff im Lokal / Und Liebe im Mai / Mit Tränen dabei / Parteidisziplin / Mit Nackend-Ausziehn / Mit Plandiskussion / Und Hochleistungslohn / Mit Lug und Betrug [...] Hier ist nichts gelogen! Nichts gradegebogen! / Hier wird nix frisiert und blank poliert! / Hier ist das Leben kraß und klar / Verrückt und wahr, verrückt und wahr!“⁷

Der das schrieb, war Wolf Biermann, der im gleichen Jahr Robert Havemanns Vorlesungen „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ an der Humboldt-Universität zu Berlin hörte. Beide werden 1964 in Konflikt mit der SED geraten, beide werden im Verlauf dieses Textes wieder auftauchen. Doch zunächst zurück zur Romanverfilmung: Der Film reihte sich ein in jenen 1963 gestarteten Versuch etwa des *Kollektivs 63*, „die DDR so zu zeigen, wie sie ist, das heißt: Wir drehen nur an Originalschauplätzen, wir gehen zu den Leuten.“⁸ Andere Filme entstanden in diesem Umfeld, „Das Kaninchen bin ich“, „Denk bloß nicht, ich heule“ oder „Der geteilte Himmel“. „Den Himmel wenigstens können Sie uns nicht zerteilen“, lässt Konrad Wolf in seiner Verfilmung des gleichnamigen Romans von Christa Wolf den „in den Westen“ gegangenen Manfred zu seiner Freundin Rita sagen, die ihn aber nicht zur Rückkehr in die DDR bewegen kann, während sie nicht in West-Berlin bleiben möchte. „Doch, der Himmel teilt sich zu allererst“, erwidert ihm Rita, geht zurück nach Halle und erlebt von dort den Mauerbau, der die Trennung der beiden ungleichen Figuren im Wortsinne „zementiert“.

Es waren jene Filme, welche die Kinoleinwände der DDR nach dem kulturpolitischen „Kahlschlag“ des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 nie erblicken sollten oder die wie der Film „Spur der Steine“ 1966 nach nur drei Tagen abgesetzt wurden.⁹ Doch noch war das Jahr 1964, noch changierte die SED-Kulturpolitik zwischen dem Zulassen von Freiräumen und der Verunsicherung über die Reichweite dieser Freiräume. Insbesondere in der Kulturpolitik galt, dass zwar „eine unbestreitbare Diskussionsfreude und Offenheit für neue Ideen [herrschte]. Gleichzeitig war es [aber] die Blütezeit eines buchstabengläubigen Dogmatismus.“¹⁰ In diesem Vakuum konnte so mancher allzu realistische Film gedreht werden. Zwar gab es bei der Abnahme von Filmen und Theaterstücken „Nachfragen“ seitens der staatlichen Kulturpolitik,

7 Ebd., S. 135.

8 So der Regisseur Rainer Simon, zitiert nach Poss, Ingrid/Warnecke, Peter (Hg.): Spur der Filme. Zeitzeugen über die DEFA, Berlin 2006, S. 198.

9 Vgl. einführend Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1991.

10 Wolle 2008 (s. Anm. 4), S. 19.

„aber“, so der damalige Chefdramaturg Klaus Wischnewski, „all diese Einwände artikulierten sich damals als Frage, und diese Leute waren in dieser kurzen Minute der DEFA-Geschichte in der Minderheit“¹¹.

„WAS BLEIBT, WENN EIN ARBEITER STIRBT?“¹²

Doch nicht nur bei den Filmemachern gab es diese „kurze Minute“, jenes Zulassen einer kritischen künstlerischen Betrachtung der DDR-Realität, sondern auch und gerade in der Literatur. Während Frank Beyer also am Drehbuch mitschrieb, die Anhänger der BSG Chemie in Erfurt den Platz stürmten und Alfred Kunze durchs Rund trugen, schrieb der ehemalige *Wismut*-Kumpel, Papiermacher und Heizer Werner Bräunig an einem „Jahrhundertroman“, „Rummelplatz“. Seit dem Aufruf der 1. Bitterfelder Kulturkonferenz 1959 unter der Losung „Kumpel, greif zur Feder! Die sozialistische Nationalkultur braucht Dich!“, den Bräunig als schreibender Arbeiter selbst in weiten Teilen verfasst hatte und vortrug, saß er an dem Roman, der zu seinem Schicksal werden sollte.¹³ Der sogenannte „Bitterfelder Weg“, der mit Bräunig wohl seinen bedeutendsten Autor hervorbrachte, scheiterte aber letztlich ebenso wie der Autor selbst. Denn einerseits blieb der Versuch der SED-Kulturpolitik, Künstler in die Kombinate zu schicken, um die Lebenswelt der Arbeiter zu verstehen und verarbeiten zu können, und umgekehrt Arbeiter dazu aufzufordern, die „Höhen der Kultur“ zu erklimmen, immer hinter den Erwartungen zurück.¹⁴ Andererseits, und dies ist von der staatlichen Kulturpolitik wohl an keinem anderen Roman wie an Bräunigs „Rummelplatz“ in dieser Härte exerziert worden, standen die Resultate nicht selten im Widerspruch zu den Erwartungen etwa Walter Ulbrichts an schreibende Arbeiter oder mehr noch und schlimmer, sie kollidierten mit den ideologischen Verfestigungen so manches SED-Hardliners.

11 Poss/Warnecke (Hg.) 2006 (s. Anm. 8), S. 195.

12 Bräunig, Werner (hg. v. Angela Drescher): *Rummelplatz*, Berlin 2007, S. 621.

13 Vgl. Drescher, Angela: „Aber die Träume, die haben doch Namen“. Der Fall Werner Bräunig, in: Bräunig, Werner (hg. v. Angela Drescher): *Rummelplatz*, Berlin 2007, S. 625-674, hier S. 630 ff.

14 Mittenzwei, Werner: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, Leipzig 2001, S. 177 ff. Die wenigen Ausnahmen bilden etwa Brigitte Reimann oder Franz Fühmann, vgl. Gillen, Eckart: *Das Kunstkombinat DDR. Zäsuren einer gescheiterten Kunstpolitik*, Berlin/Köln 2005, S. 85.

Und so war ausgerechnet der seitens der DDR-Medien-„Öffentlichkeit“ mit Wohlwollen begleitete Versuch Bräunigs, die Maßgaben des Bitterfelder Wegs umzusetzen, nicht von Erfolg gekrönt. Im Gegenteil, gerade an Bräunigs Roman sollte im Vorfeld, und dann nochmals deutlicher im Verlauf des „Kahlschlag-Plenums“, ein Exempel statuiert werden.¹⁵ Von „falschen ideologischen Positionen“, „kleinbürgerlich-anarchistischen Auffassungen“, „Skeptizismus“ – allesamt schwerwiegende Vorwürfe in der Parteidiktion der Zeit – wurde nun seitens der Leipziger SED-Bezirksleitung gesprochen, auch von „falscher subjektiver Wahrheit“, von „Obszönitäten“, von überschrittenen „Grenzen des Anstands“ und Dingen, die „nicht literaturwürdig bzw. literaturunwürdig“ seien,¹⁶ nachdem ein Kapitel in der *neuen deutschen literatur* erschienen war. „Bräunig hat einen Wismut Roman geschrieben, der nicht erschienen ist, weil er die Realität beschrieb“, so das zurückblickende, lakonische Urteil Heiner Müllers.¹⁷

Dabei musste sich Bräunig, 1964 als Oberassistent am Literaturwissenschaftlichen Seminar in Leipzig tätig, in seinem Ansinnen, den „sozialistischen Realismus“ darzustellen – auch wenn dabei negative Seiten des sozialistischen Alltags zur Sprache kamen –, bestätigt fühlen. Nicht nur hatte etwa der neue Leiter der Hauptverwaltung Film, Günter Witt, in einem viel beachteten Aufruf betont, dass die Künstler nicht „an den Schattenseiten des Lebens vorbeigehen“ könnten¹⁸ – eine Aufforderung, der gerade in der Literatur, aber auch in Übersetzungen an den Theaterbühnen und auf den Kinoleinwänden der Republik entsprochen wurde. Denn dort löste eine neue, junge Generation die ältere Emigrantenliteratur ab – mit viel Erfolg und, „bei aller Bejahung“, verbunden mit teils deutlicher Kritik am gesellschaftlichen Zustand im eingemauerten Land.¹⁹ Es ist nicht bekannt, an welchen Kapiteln Bräunig zu jener Zeit schrieb, zu fragmentarisch ist die Überlieferung des 1966 abgebrochenen Werkes, welches erst Jahrzehnte nach seinem frühen Tod veröffentlicht und von der Literaturkritik posthum gefeiert wurde. Doch 1964, als Bräunig noch am Manuskript arbeitete, war das gesellschaftliche Klima in der DDR offener als in den Jahren zuvor – und danach. Doch der „Bergarbeiterroman“, der sich letztlich zu einem chronologisch aufgebauten „Gesellschaftsroman“ entwickelte hatte,²⁰ erschien eben nicht mehr 1964,

15 Drescher 2007 (s. Anm. 13), S. 646-659.

16 Vgl. Einschätzung des Gesprächs des Sekretariats der SED-Bezirksleitung mit Leipziger Schriftstellern am 27.11.1965 in Bad Dübén, zitiert nach Agde (Hg.) 1991 (s. Anm. 9), S. 223-228.

17 Müller, Heiner: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 154.

18 Vgl. Poss/Warnecke (Hg.) 2006 (s. Anm. 8), S. 145.

19 Mittenzwei 2001 (s. Anm. 14), S. 186.

20 Drescher 2007 (s. Anm. 13), S. 636 f.

sondern mit einem Vorabdruck eines Kapitels ein Jahr später, in einem Umfeld, in dem sich die Hardliner in der SED längst auf die Notwendigkeit eines „Strafgerichts über die Moderne“ geeinigt hatten.²¹ Bräunig sollte sich von den Angriffen nie mehr erholen, er verfiel dem Alkohol und starb 1976 – dem Jahr der Biermann-Ausbürgerung – im Alter von gerade einmal 42 Jahren. Seinen Roman stellte er nie fertig, „irgendwann im Jahr 1966 oder 1967 hatte er aufgehört, daran zu arbeiten“²².

IM „REICH DER NOTWENDIGKEIT“ STECKENGEBLIEBEN

Während also Bräunig noch an den letzten Sätzen des ersten Teils seines großen Gesellschaftsromans schrieb, Frank Beyer in seinen Besetzungswünschen mit Manfred Krug ein Glücksgriff gelungen war und die BSG Chemie Leipzig nach der Meisterschaft vor 60.000 Zuschauern durch Tore von Sannert, Behla und Richter (2) auch den *FC Piracicaba São Paulo* mit 4:1 besiegte, saß also Wolf Biermann – dessen kritische Liederzyklen, die er mangels Auftrittsmöglichkeiten in der DDR vorwiegend in der ČSFR vortrug, der Staatssicherheit missfielen – bei Professor Robert Havemann in der Vorlesung, interessiert schauend, das Kinn auf die Arme gelegt.²³ Und was Biermann da hörte,²⁴ mochte ihn selbst und viele Anwesende aufhorchen lassen. Aufhorchen ließ die Vorlesungsreihe aber auch die SED-Führung und die Staatssicherheit. Was Havemann damals im vollkommen überfüllten Hörsaal der Humboldt-Universität las, war nicht weniger als eine kritische Abrechnung eines überzeugten Kommunisten mit dem real existierenden Sozialismus in den Farben der DDR. Dass der Weg ins „Reich der Freiheit“ für die SED-Führung im „Reich der Notwendigkeit“ steckengeblieben sei, warf er den nur vermeintlich „Progressiven“ vor, in deren „mechanisch-materialistischem Kausaldenken“ von „Ursache“ und „Wirkung“ kein Platz für „freies“ und „schöpferisches“ Denken sei.²⁵ Der Unfreiheit eines dogmatischen

21 Engler, Wolfgang: Strafgericht über die Moderne – das 11. Plenum im historischen Rückblick, in: Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 16-36.

22 Drescher 2007 (s. Anm. 13), S. 669.

23 Diese Bild ist etwa abgedruckt in: Wolle, Stefan: Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den sechziger Jahren, Bonn 2005, S. 101.

24 Die Vorlesungen Havemanns erschienen 1964 unter dem Titel „Dialektik ohne Dogma. Naturwissenschaft und Weltanschauung“ im *Rowohlt-Verlag*.

25 Vgl. Havemann, Robert: Dialektik ohne Dogma, Reinbek bei Hamburg 1964, S. 103 f.

Marxismus hielt Havemann offen die Freiheit *aller* entgegen: „Freiheit ist nur erstrebenswert, ist nur moralisch, die nicht die Freiheit einzelner ist, sondern die Freiheit aller, die Freiheit ist für jeden Menschen, die jedem die Möglichkeit läßt, nach seinem Willen zu entscheiden. [...] [w]ahre Freiheit haben wir erst, wenn es für unser Tun und Lassen eine breite Skala von Möglichkeiten gibt. Je mehr man nicht tun darf, umso weniger Freiheit“²⁶, so die scharfe Kritik Havemanns an „einer zur Heilslehre aufgeblasenen Weltanschauung, die der ‚Diktatur des Proletariats‘ zur Legitimation ihrer Herrschaft diente“²⁷. Havemanns Plädoyer ging in eine andere Richtung: „Wir wollen eine Welt schaffen, in der allen Menschen immer mehr Möglichkeiten offenstehen, so daß jeder ganz nach seinem individuellen Streben handeln kann, nicht beschnitten und eingeengt durch Anordnungen, Befehle und ‚Grundsätze‘.“²⁸

Die Reaktion der DDR-Führung sollte nicht lange auf sich warten lassen. Havemanns Vorlesung mochte bei den Hörerinnen und Hörern populär gewesen sein, in der Führung von Staat und Partei löste seine marxistische Kritik am DDR-Sozialismus heftige Reaktionen aus. Dass der Nationalpreisträger Havemann – dessen Kritik sich, im „Samisdat“ vervielfältigt, zügig über den Hörsaal der Universität hinaus verbreitete²⁹ – die SED so scharf angriff, rief nicht minder scharfe Reaktionen hervor. Im Januar 1964 eröffnete das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* einen „Operativen Vorgang“ gegen Havemann unter dem Decknamen „Leitz“. Angriffen auf dem 5. Plenum des ZK der SED folgte dann im März 1964 der Ausschluss aus der SED – für die Havemann noch bis 1963 in der Volkskammer gesessen hatte. Überdies verlor er seine Professur an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde mit einem Hausverbot für die HU belegt. Da die marxistische, die notwendigerweise „systemimmanente Kritik [Havemanns] weit schwerer abzutun [war] als es etwa eine bürgerlich-liberale Kritik gewesen wäre“, konnte die Kritik selbst nicht disziplinarisch verwendet werden. Deshalb musste für die folgende fristlose Entlassung ein als Interview erscheinendes Gespräch Havemanns mit dem sozialdemokratischen *Hamburger Echo*

26 Ebd., S. 104.

27 So im Rückblick Peter Pragal über Robert Havemann, vgl. Pragal, Peter: Dialektik ohne Dogma. Naturwissenschaft und Weltanschauung, in: dradio.de, 02.03.2009, URL: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/andruck/927918/> [eingesehen am 04.11.2013].

28 Havemann 1964 (s. Anm. 25), S. 104.

29 Florath, Bernd: Havemann, der Publizist, in: Theuer, Werner/Florath, Bernd (Hg.): Robert Havemann Bibliographie. Mit unveröffentlichten Texten aus dem Nachlass, Berlin 2007, S. XIX-XXXI, hier S. XXIV.

als Grund für die Entlassung herhalten,³⁰ denn „Kritik an der Partei in der bürgerlichen Presse“ galt seit Lenin „als unverzeihliches Delikt“³¹.

Zugleich aber scheiterten Havemanns parallele Versuche, mit der SED in einen Dialog zu treten, etwa seine Vorlesungsreihe in der DDR zu verlegen. Sie wurden allesamt blockiert und führten letztlich dazu, dass Havemann den Umweg via westdeutsche Presse als letzte verbliebene, mithin legitime Möglichkeit ansah, sich in der DDR Gehör zu verschaffen.³² Die folgenden Veröffentlichungen Havemanns in Verlagen und Medien der Bundesrepublik waren nur die logische Folge, weitere Maßregelungen Havemanns ebenso. Die Entlassung aus der *Akademie der Wissenschaften*, der Verlust seiner Arbeitsstelle in der Photochemie³³ und letztlich in den späten 1970er Jahren der Hausarrest in seinem Wohnhaus in Grünheide sollten die folgenden Sanktionsstufen gegen einen, wenn nicht den wichtigsten marxistischen Kritiker der SED in der DDR bilden. Was Havemann im *Spiegel* von der SED als „Grundvoraussetzungen aller politischen Arbeit im Sozialismus“ einforderte, „größte Geduld gegenüber Andersdenkenden, Sachlichkeit in der politischen Argumentation und die Bereitschaft, auch eigene Fehler zu erkennen und einzugestehen“, sollte ihm die SED nicht gewähren.³⁴ Indes, Havemann mundtot zu machen, gelang weder der SED noch ihrem „Schild und Schwert“, der Staatssicherheit. Havemanns Haus und Garten in Grünheide entwickelten sich vielmehr zu einer der wichtigsten Anlaufstellen der DDR-Opposition, von hier aus mischte sich Havemann immer wieder – via westliche Medien – politisch ein, blieb noch „zwanzig Jahre lang die ‚Stimme der Opposition‘ – in diesem Land des Schweigens“³⁵. Zuletzt verfasste Havemann 1982 zusammen mit Rainer Eppelmann den „Berliner Appell“ – eines je-

30 O.V.: Wir Deutschen machen alles besonders gründlich... Interview mit Prof. Havemann, in: Hamburger Echo am Abend, 11.03.1964. Zu den Hintergründen vgl. Florath 2007 (s. Anm. 29), S. XXIV.

31 Florath 2007 (s. Anm. 29), S. XXIV.

32 Ebd., S. XXIV ff. Eine Taktik, der später viele DDR-Oppositionelle folgen sollten.

33 Müller, Silvia/Florath, Bernd (Hg.): Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66, Berlin 1996.

34 Havemann, Robert: Das Denken entzieht sich dem Befehl. Professor Robert Havemann über Sozialismus und Freiheit, in: Der Spiegel, 25.03.1964.

35 Wilke, Manfred: Der Berliner Appell 1982. Vortrag vom 6. Februar 2007, URL: http://www.stiftung-aufarbeitung.de/downloads/pdf/2007/va070207_Vortrag.pdf [eingesehen am 04.11..2013], vgl. auch Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1998, S. 220 ff.; Theuer, Werner: Robert Havemann, in: Kowalczyk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 136-139.

ner zentralen, weit in die Bundesrepublik ausstrahlenden Manifeste der DDR-Opposition.³⁶ Und: Auch nach Havemanns Tod blieb Grünheide einer jener zentralen Sammelpunkte der DDR-Opposition, gründete sich doch im Garten „des ‚spiritus rector‘ der DDR-Opposition“³⁷ das *Neue Forum*.³⁸

BEAT UND BIERMANN

Während also Havemann schon 1964 eines der ersten Opfer der sich wieder verhärtenden Stimmung in der SED wurde – die Staatsführung damit aber Geister rief, die sie nicht wieder loswerden sollte –, Frank Beyer die Rolle der Kati Klee mit Krystyna Stypulkowska besetze, weil Jutta Hoffmann der Verfilmung von „Karla“ nach einem Drehbuch von Ulrich Plenzdorf zugesagt hatte, Biermann seine kritischen Liederzyklen in der ČSFR fortsetzte und die BSG Chemie Leipzig durch Tore von Behla, Sannert, Bauchspieß (2) und Neuzugang Schmidt (das erste und das letzte Tor) die neue Saison 1964/65 „meisterlich“ mit 6:0 eröffnete, ahnte Klaus Renft noch nicht, dass seine Band, *The Butlers*, nur ein Jahr später verboten werden sollte. Noch aber lief es gut für die „Laientanzmusiker“, die mit einem *Mercedes* Baujahr 1932 – beide Wagenseiten mit dem Schriftzug „The Butlers“ versehen, weshalb sich bisweilen Ärger mit der Volkspolizei einstellte, die den Schriftzug als verkehrsgefährdend betrachtete – durch die DDR tingelten und sich bei ihren Konzerten einen Namen erspielten.³⁹ Eine Einladung zum „Deutschlandtreffen 1964“ war die Folge. Jenem Treffen, auf dem die Ambivalenz zwischen kultureller Öffnung und dem Schatten des kulturellen „Kahlschlags“ überdeutlich wurde, bei dem, so der Historiker Stefan Wolle, der „Geist der Neuerung“ ebenso sichtbar wurde wie „die Kräfte der Beharrung“.⁴⁰ Mehrere hunderttausend Jugendliche trafen sich im „Schatten der Mauer“, um auf der FDJ-Propaganda-Großveranstaltung für die gesamtdeutsche Jugend zu marschieren, aber eben auch – und vor allem – um zu feiern und zu tanzen. Seit dem „Jugendkommuniqué“ der SED 1963 betrachtete die SED „Tanz als einen legitimen

36 Vgl. hierzu Lühmann, Michael: „Aufbruch 89 – NEUES FORUM“. Der Katalysator der friedlichen Revolution, in: Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011, S. 315-346.

37 Ebd., S. 325.

38 Vgl. zur Gründung des *Neuen Forums* in Grünheide vgl. Kuckutz, Irena (Hg.): Chronik der Bürgerbewegung NEUES FORUM 1989-1990, Berlin 2009, S. 51 ff.

39 Renft, Klaus: Zwischen Liebe und Zorn. Die Autobiographie, Berlin 1997, S. 52 ff.

40 Wolle 2008 (s. Anm. 4), S. 58.

Ausdruck von Lebensfreude und Lebenslust“⁴¹. Und da Revolutionäres seitens der SED immer ein wenig verquast formuliert wurde, hieß es denn auch: „[W]elchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen. Hauptsache sie bleibt taktvoll.“⁴²

Das bedeutete allerdings nicht, dass nun der „westlichen“ *Beat*-Musik allein Tür und Tor geöffnet werden sollte, sondern war verbunden mit der Hoffnung, dass nun bald „in beiden deutschen Staaten zündende Schlager aus der DDR mit Texten, die unserem neuen Lebensgefühl entsprechen“⁴³, populär würden. Allein, die DDR-Jugend präferierte denn doch eher die *Beatles* oder deren ostdeutsche Wiedergänger, wie Renfts *The Butlers*. Ein Teil der Strategie, die ersten Kinder der DDR an das System zu binden und auch auf bundesrepublikanische Jugendliche auszustrahlen, war der Musiksender *DT64*, der anlässlich des „Deutschlandtreffens“ seinen Sendebetrieb aufnahm und als „Baustein in der jugendpolitischen Profilierung der SED“ auch eine „Erziehungs- und Abwehrfunktion“ gegenüber den westlichen Sendern erfüllen sollte.⁴⁴

DT64 sendete anfänglich „aus einem provisorischen Studio in der Möbelabteilung des Centrum Warenhauses und berichtet live auch von den Auftritten der Amateurbands“⁴⁵, etwa den Leipziger Butlers, die auf dem „Deutschlandtreffen“ ihr erstes offizielles Konzert spielen durften und hernach von der FDJ für ihren Beitrag zu dieser Veranstaltung ausgezeichnet wurden. Noch im Dezember 1964 produzierten die Butlers Stücke für die erste (zugleich vorletzte) *Big-Beat*-Platte der *AMIGA*, mit den Titeln „Herbstlaub“, „Troika“, „Quartermasters Stores“ und „Butlers’ Boogie“. Im April 1965 folgte eine Eloge auf die Band im *Neuen Deutschland*. Die Gruppe um Klaus Renft war auf ihrem Höhepunkt angelangt – und nur wenige Monate später verboten. Die „Gitarrenbewegung“ war der Parteiführung und vor allem der FDJ entglitten und zugleich hatte sich auch der Wind „gedreht“.⁴⁶ Nun hieß es in der *Leipziger Volkszeitung*: „Mehrere Gitarrengruppen ahmen mit Vorliebe die Praktiken westlicher ‚Bands‘ nach. Bereits der

41 *Neues Deutschland* vom 21.09.1963, zitiert nach Wolle 2005 (s. Anm. 23), S. 84.

42 Ebd.

43 Ebd.

44 Stahl, Heiner: Agit-Pop. Das „Jugendstudio DT 64“ in den swingenden Sechziger Jahren, in: Arnold, Klaus/Classen, Christoph (Hg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR. Berlin 2004, S. 229-247, hier S. 229.

45 Aehnlich, Katrin: Feature. Der Leipziger Beataufstand. Der Polizeieinsatz auf dem Leuschner-Platz am 31. Oktober 1965, URL: http://www.kathrinaehnlich.com/kat/?page_id=65 [eingesehen am 05.11.2013].

46 Vgl. Krenzlin, Leonore: Vom Jugendkommuniqué zur Dichterschelte, in: Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 154-164.

amerikanisierte Name, den sie sich geben, weist darauf hin, wes Geistes Kind sie sind. [...] Sie tragen lange, unordentliche, teilweise sogar vor Schmutz starrende Haare [...] gebärden sich bei ihren ‚Darbietungen‘ wie die Affen, stoßen unartikulierte Laute aus, hocken auf dem Boden oder wälzen sich auf ihm herum, verrenken die Gliedmaßen auf unsittliche Art.“⁴⁷ Die Schlussfolgerung war klar: „Wer die Lust und Freude junger Menschen an Tanz und Musik mißbraucht, der muß damit rechnen, daß er in der sozialistischen Gesellschaft keinerlei Verständnis findet.“⁴⁸ Am nächsten Tag erhielten die Butlers ein unbefristetes Spielverbot. Als zehn Tage später vor allem Lehrlinge und junge Arbeiter dann den Aufstand wagten, griffen die Einsatzkräfte bei der sogenannten „Beat-Demo“ mit aller Härte durch⁴⁹ – dass „ausgerechnet die nachwachsende Arbeiterklasse [...] auf die Straße [ging]“, ⁵⁰ war eine besondere Niederlage für die SED, nachdem sie zumindest für einen kurzen Moment zugelassen hatte, dass die DDR-Jugend nicht ob ihres Musikgeschmacks, der Haarlänge oder der Kleidung sofort in die Ecke des „Nonkonformismus“, der „Subversion“ oder des „Imperialismus“ gestellt wurde.⁵¹

VON UNMORAL UND SKEPTIZISMUS

Während vom Leipziger Beat-Aufstand immerhin eine „Erzählung sub- und popkultureller Dissidenz“⁵² übrig blieb, der Verteidiger Wolfgang Krause vor 33.000 Zuschauern nach der Verletzung von Torwart Sommer im Tor der Leutzscher alle Schüsse und Flanken wegging und damit das 0:0 gegen Dresden rettete und Frank Beyer den jungen Horrath mit Eberhard Esche besetzte und nicht mit Armin Müller-Stahl, während Manfred Krug, ebenfalls mit Eberhard Esche, den

47 Ständige Kommission Jugendfragen des Bezirkstages Leipzig: Dem Mißbrauch der Jugend keinen Raum!, in: Leipziger Volkszeitung, 20.10.1965, zitiert nach Renft 1997 (s. Anm. 39), S. 64 f.

48 Ebd.

49 Vgl. dazu Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974), Berlin 2003, S. 83-89, hier insbes. S. 83, Anm. 2; Rauhut, Michael: Rock in der DDR, Bonn 2002, S. 34-37.

50 Lange, Bernd-Lutz: Mauer, Jeans und Prager Frühling, Leipzig 2003, S. 121.

51 Vgl. Ohse 2003 (s. Anm. 49), S. 76 ff.

52 Stahl, Heiner: Rezension zu Liebing, Yvonne: All you need is beat. Jugendsubkultur in Leipzig 1957-1968, Leipzig 2005, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-3-002> [eingesehen am 04.11.2013].

Jazzoptimisten Berlin und anderen unter der Leitung Werner Sellhorns mit der Reihe „Lyrik und Jazz“ große Erfolge feierte (1965 erschien eine erste Schallplattenauskopplung der Reihe bei *AMIGA*) und Wolf Biermann dem *Prager Rundfunk* ein Interview gab, in dem er zu seiner Bekanntheit in der DDR ausführte: „Ich bin bekannt als einer, der kritisiert worden ist und oft nicht singen durfte“⁵³, rumorte es auch unter den bildenden Künstlern. Bereits im März 1964 hatte der auf dem V. Kongress des *Verbandes der Bildenden Künstler Deutschlands* der Bildhauer Fritz Cremer Beachtliches zu Protokoll gegeben:

„Wir brauchen die Erkenntnis, daß der Zweifel, die Kritik [...] ein Grundelement historisch-materialistischen Denkens ist. [...] Wir brauchen für die Kunst marxistische Kunstwissenschaftler und keine Gesellschaftswissenschaftler (Beifall und Rufe ‚Sehr richtig!‘) [...] Wir brauchen eine Kunst, die die Menschen zum Denken veranlaßt, und wir brauchen keine Kunst, die ihnen das Denken abnimmt (Beifall und Rufe ‚Sehr richtig!‘)“⁵⁴

Cremeres Rede, die kurz darauf im Wortlaut in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien, sorgte auf dem Kongress, aber auch in dessen Nachgang für Konfusion. So mancher Genosse klatschte Beifall, ohne zu merken, dass hier die Grundlagen der Führung der Arbeiterklasse auf den Kopf gestellt wurden, dass die Künstler die Kunst für sich reklamierten und nicht allein den Bedürfnissen der Partei unterstellen wollten.⁵⁵ Die Parteiführung, die zügig informiert worden war, zeigte sich konsterniert. Nach weiteren kritischen Reden und nur halbherzigen Gegenreden wurde der Kongress auf den nächsten Tag verlegt. Eilig wurde versucht, eine deutliche Gegenposition zu finden: „In den nächsten Stunden, Tagen und Wochen stellte die Partei mit allen Mitteln klar, dass sie ‚an der Spitze der Klasse und des gesamten Volkes‘ die Schöpferin des neuen Menschenbildes ist, nicht der Künstler.“⁵⁶ Havemann, Cremer, auch Fühmanns Kritik am Bitterfelder Weg, die Debatte um den Philosophen, den Künstler, den Autor im Sozialismus war dennoch damit an einem weiteren Schauplatz eröffnet. Auch wenn die SED im Nachgang Cremer und andere Redner zum Widerruf ihrer Thesen – oder wenigstens zur Ablehnung einer Vereinnahmung durch bundesrepublikani-

53 Zitiert nach Wolle 2005 (s. Anm. 23), S. 102.

54 Zitiert nach Gillen 2005 (s. Anm. 14), S. 105, abgedruckt in: Agde (Hg.) 1991 (s. Anm. 9), S. 165-174.

55 Vgl. ebd., S. 106 f.

56 Ebd., S. 106.

sche Medien – drängen sollte,⁵⁷ so zeigte man sich zumindest gegenüber Cremers Kritik *noch* selbstkritisch – um anderthalb Jahre später in einem Abwasch den „Bogen vom jugendlichen Rowdytum zur ideologischen Verwirrung ‚einiger Kulturschaffender‘“ zu schlagen, „die ‚objektiv mit der Linie des Gegners‘ übereinstimmten, ‚Unmoral und Skeptizismus‘ verbreiteten, und im Zuge einer sogenannten Liberalisierung die Deutsche Demokratische Republik von innen her aufweichen‘ wollten“⁵⁸.

DIE ERFRORENEN FLÜGEL DER SCHWALBE

Während sich die Hardliner in der SED angesichts des Machtwechsels im Kreml von Chruschtschow auf Breschnew sowie der Probleme bei der Umsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Lenkung“ (NÖSPL) sammelten, erhielt Frank Beyer einen jener üblichen Briefe, die ideologische Bedenken gegen die Verfilmung von „Spur der Steine“ vorbrachten – die als Rückversicherung der Kulturabteilungen des ZK nur dann später zum Einsatz kommen sollten, wenn der Film der Zensur nicht standhielt –, verlor die BSG Chemie Leipzig – gerade noch von der *Jungen Welt* zur zweitbeliebtesten Sportmannschaft der DDR gewählt – gegen den ungarischen Vertreter *Vasas Győr*. In der Saison 1964/65 vermochte der „Rest von Leipzig“ nicht mehr an das „Meisterjahr“ 1964 anzuknüpfen. Schon 1964 war seitens führender Sportfunktionäre die Forderung aufgekommen, die *Sportclubs* gegenüber den *Betriebsportgemeinschaften* noch stärker als bisher besserzustellen⁵⁹ und damit den staatlichen Willen gegen die fußballerische Anarchie durchzusetzen.

Gleiches galt für all jene Aufbrüche und Ausbrüche in Kunst und Kultur des Jahres 1964 in dieser für das Jahr so typischen Ambivalenz von *Aufbruch* und *Abbruch*, die hier nur cursorisch angerissen werden konnten. Ein Panorama der DDR 1964 muss letztlich unvollständig bleiben. Vieles bleibt in der Drauf- und Rückschau auf das Jahr 1964 zugleich in einem schwer auflösbaren Spannungsfeld. Wurde an Havemann schon im Frühjahr 1964 ein Exempel statuiert, besaßen die meisten Kulturschaffenden damals noch weit größere Freiheiten. Berei-

57 Vgl. zur Reaktion auf Cremers Rede Klein, Thomas: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln u.a. 2002, S. 416 f.

58 So der O-Ton Erich Honeckers auf dem 11. Plenum des ZK der SED, wiedergegeben von Engler 1991 (s. Anm. 21), S. 21.

59 Leske 2004 (s. Anm. 2), S. 161 ff.

tete man die Demontage Biermanns schon 1964 vor, demonitierte man Bräunig erst 1965. Begruben SED-Parteiführung und Künstler den Bitterfelder Weg direkt und indirekt 1964 – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und Erwartungshaltungen – noch gemeinschaftlich, standen sich kritische Künstler und SED nur ein Jahr später nahezu unversöhnlich gegenüber. Hörte Werner Bräunig 1965/66 auf zu schreiben und verlor die DDR mit ihm letztlich einen Autoren vom – hätte er weitergearbeitet – Range eines Heinrich Böll oder Günter Grass⁶⁰, so begann mit Erich Loest, nach siebeneinhalb Jahren Zuchthaus in Bautzen, 1964 wieder einer zu schreiben, der diese Leerstelle in der DDR-Literatur ausfüllte und der den Vergleich mit Böll oder Grass nicht scheuen musste.⁶¹ Und dennoch: Kulturell erholte sich die DDR vom „Strafgericht über die Moderne“ nie mehr.⁶² Die „Plenumsdruckwelle“⁶³, in deren Folge mit „anti-sozialistischen, die Konterrevolution vorbereitenden“⁶⁴ Autoren und Künstlern hart ins anti-moderne, konservativ-sozialistische Gericht gegangen wurde, veränderte die kulturelle Landschaft der DDR nachhaltig. Die *DEFA* verabschiedete sich von der Avantgarde und drehte lieber Indianerfilme, aus der „Beat-“ wurde die „Singebe-
wegung“. „Es war ein 1968 en miniature, zwar unblutig im Ablauf und auf einen gesellschaftlichen Sektor beschränkt, nicht desto weniger ein Meilenstein in der auf 1989 zulaufenden Krisengeschichte der DDR.“⁶⁵

Auch wenn es der Staatsführung gelang, so manchem Kritiker zumindest den institutionellen Rahmen zu nehmen, sei es durch Berufsverbote, Schreibverbote oder Auftrittsverbote, so schuf sie mit der Möglichkeit, den Wehrdienst in der DDR als Bausoldat abzuleisten, 1964 zugleich einen institutionalisierten Ort des Widerspruchs, der so manchen kritischen Geist in einen hartnäckigen Oppositionellen umformte und damit einen wichtigen Grundstein für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR legte.⁶⁶ Ähnlich verhält es sich mit so manchem

60 Augstein, Franziska: Es gräbt der Bergmann nach Verrat, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.03.2007.

61 Keuschnig, Gregor: Heimatdichtung, in: *Glanz & Elend. Magazin für Literatur und Zeitkritik*, URL: <http://www.glanzundelend.de/Artikel/loewenstadt.htm> [eingesehen am 05.11.2013].

62 Vgl. hierzu und im Folgenden Lühmann, Michael: *Der Osten im Westen – oder: Wie viel DDR steckt in Angela Merkel, Matthias Platzeck und Wolfgang Thierse? Versuch einer Kollektivbiographie*, Stuttgart 2011, S. 59 ff.

63 Rauhut 2002 (s. Anm. 49), S. 36 ff.

64 So der O-Ton Walter Ulbrichts, zitiert nach ebd.

65 Engler 1991 (s. Anm. 21), S. 17.

66 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Wehrdienstverweigerer, Bausoldaten und unabhängige Friedensbewegung. Einführung, in: ders./Sello, Tom (Hg.): *Für ein freies Land mit*

der angesprochenen Protagonisten dieser *Tour d'horizon* durch das Jahr 1964 in der DDR: An prominenter Spitze Robert Havemann, der wie kaum ein anderer zum Theoretiker der DDR-Opposition avancierte, Biermann, dessen Lieder jedes für sich kritische Provokation waren und der trotz ständiger Auftrittsverbote in kritischen Kreisen und weit darüber hinaus rezipiert wurde und der durch seine ungewollte Ausbürgerung 1976 Künstler und Oppositionelle aus der Lethargie nach der Niederschlagung des Prager Frühling riss.

Und diese Ambivalenz gilt nicht zuletzt für jene junge Generation, jene „ersten Kinder der DDR“, die um 1949 Geborenen, welche in den politisch und kulturell schwankenden 1960er Jahren zwischen Aufbrüchen und Abbrüchen, zwischen Befreiung und Reglementierung, zwischen zaghafter Reform und deren abruptem Ende sozialisiert worden sind.⁶⁷ Auch wenn die Systemloyalität in dieser Generation, nicht zuletzt durch die ab den 1970er Jahren versuchte und über einige Jahre auch erfolgreiche Befriedung der Bevölkerung durch die Nachahmung westlicher Konsumbefriedigung, stieg, so fällt doch für jene „erste FDJ-Generation“, folgt man deren Karrierewegen, eine deutliche Diskrepanz zwischen *Aufstieg in* und *Ausstieg aus* der DDR-Gesellschaft auf.⁶⁸ Sie schaffte nicht mehr den Aufstieg innerhalb der DDR, stellte extrem unterproportional *hohe* Führungspersönlichkeiten, aber deutlich überproportional viele Oppositionelle. Sucht man prominente Köpfe dieser Generation im „Wer war Wer in der DDR“, so findet man Systemgegner, Kulturschaffende oder Sportler. Karrieren als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS oder als Parteifunktionäre findet man hingegen kaum.⁶⁹ Wäre 1964 die – durchaus mögliche – Vorgeschichte einer Demokratisierung der DDR gewesen, wie von Havemann formuliert, wie von Bier-

freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 236-245.

67 Lühmann, Michael: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 41 (2008), H. 1, S. 102-107; ders. 2011 (s. Anm. 36), S. 327-330.

68 Fulbrook, Mary: Generationen und Kohorten in der DDR, in: Schühle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 113-130. Vgl. zum Aspekt der (jugend-)kulturellen Prägung der Generation und kulturoppositionellen Einflüssen zwischen dem *Beat*-Konflikt 1965 und der Ausbürgerung Biermanns 1976 auch Gehrke, Bernd: Die neue Opposition nach dem Mauerbau. Zu Ursprüngen und Genesis oppositionell-politischer Artikulationsformen in der DDR der 1960er und 1970er Jahre, in: Ansorg, Leonore et al. (Hg.): „Das Land ist still – noch“. Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989), Köln u.a. 2009, S. 203-225.

69 Fulbrook 2006 (s. Anm. 68), S. 115-121.

mann besungen, wie von den Literaten, Bildhauern und Filmemachern des Jahres 1964 thematisiert, es wäre das Projekt dieser Generation gewesen.

Ein wenig konnte diese Generation den Traum vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, wie er aus Prag herüberwehte, bei Reisen in die „Goldene Stadt“ nachvollziehen. Als aber die Bilder vom Einmarsch in Prag im August 1968 die Fernsehbildschirme der DDR erreichten, starb auch die letzte Hoffnung. Die Flügel der Schwalbe, die 1964 auch in der DDR gen Himmel strebte, erfroren.⁷⁰

70 Dieses Bild geht zurück auf Zwahr, Hartmut: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. Tagebuch einer Krise (1968-1970). DDR und Prager Frühling, Bonn 2007. Nachtrag: Die BSG Chemie Leipzig stieg 1971 erstmals aus der DDR-Oberliga ab und spielt heute, nach vielen Turbulenzen, in der 7. Liga, aber noch immer im nach ihrem '64er Meistertrainer benannten „Alfred-Kunze-Sportpark“.

1968

Kulminationspunkt und politische Eruption

ROBERT LORENZ, FRANZ WALTER

Soziologisch konstituierte Generationen sind vereinfachende Konstrukte, die eine komplexe Realität begreiflich machen sollen.¹ Zu den bekanntesten und populärsten Vertretern solcher Generationen gehören zweifelsohne die „68er“. Keine auch nur halbwegs vollständige Wiedergabe der bundesrepublikanischen Geschichte kann sich heute erlauben, sie mit nur wenigen Sätzen abzutun, geschweige denn sie auszublenden. „68“ ist zweifelsohne ein Mythos, einer, der „die Geschichte der 60er Jahre für einige Zeit überdeckte“². Einem naheliegenden Verdacht zufolge sei die Bedeutung, die heute dem Jahr 1968 beigemessen wird, letztlich auf die Deutungsmacht der 68er selbst zurückzuführen; denn sie eroberten in den folgenden Jahrzehnten gesellschaftliche Führungspositionen und avancierten zu prägenden Meinungsmachern.³ Während Historiker noch vor gesperrten Archivbeständen auf deren Freigabe warteten, hatten etliche Zeitgenossen dieses Jahres bereits mit Memoiren und veröffentlichten Tagebüchern längst mit der Geschichtsschreibung begonnen – und ein Bild jener Zeit und Er-

-
- 1 Hierzu insgesamt Bebnowski, David: Generation und Geltung. Von den „45ern“ zur „Generation Praktikum“ – übersehene und etablierte Generationen im Vergleich, Bielefeld 2012, S. 9 ff.
 - 2 Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 21-53, hier S. 53.
 - 3 Vgl. Wengst, Udo: Einleitung, in: ders. (Hg.): Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968, München 2011, S. 7-10, hier S. 7 f.

eignisse geformt, das nun sukzessive von Wissenschaftlern überprüft, berichtet, bisweilen widerrufen wird.⁴ „68“ ist jedenfalls eine Chiffre mit enormer historischer Deckungskraft, stark genug, dass „in der öffentlichen Wahrnehmung viele reformerische Tendenzen der fünfziger und siebziger Jahre darin aufgehen. Demnach war es erst die Studentenbewegung, die einer vergangenheitsgebundenen und lethargischen westdeutschen Gesellschaft Leben einhauchte [...]“⁵, ihre Angehörigen seien es gewesen, die „Bewegung in die Bundesrepublik brachten, den notwendigen Wandel des Verhaltens und der Verhältnisse einleiteten und schließlich auch entscheidend dazu beitrugen, 1969 den Wechsel zur sozial-liberalen Koalition herbeizuführen. Was auch und vor allem heißt: Sie seien es gewesen, welche die Selbstzufriedenheit und Enge aufgebrochen haben, die bis dahin die Bundesrepublik bestimmt hätten.“⁶

Mittlerweile herrscht nach etlichen Korrekturen und Revisionen in der Zeitgeschichtsforschung ein Konsens, dass die 68er die Manifestation eines umfassenden politischen und sozialen Wandels seien, der allerdings schon erheblich früher, bereits in den 1950er Jahren, eingesetzt habe, lange Zeit ignoriert worden und in den 1960er, 70er Jahren als „Durchsetzung der Hochmoderne“⁷, die zur Jahrhundertwende begonnen hatte, zu seinem Abschluss gekommen sei. Statt eines einzelnen Jahres – 1968 – lassen sich demnach also die 1960er Jahre insge-

-
- 4 Früh kritisch hierzu Walter, Franz: Die Achtundsechziger. Liberale Zäsur der Republik, in: Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Jg. 53 (1998), H. 628, S. 957-963.
 - 5 Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef: Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies. (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 7-14, hier S. 7.
 - 6 So die kritische Bemerkung von Rudolph, Hermann: Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre, in: Broszat, Martin (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 141-151, hier S. 141.
 - 7 Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49, hier S. 49; vgl. dazu auch Rudolph 1990 (s. Anm. 6), S. 150; Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997, S. 307; Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian: Einleitung, in: dies. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 11-20.

samt als „Dezennium des Umbruchs“⁸ charakterisieren, als Jahre, die den gesellschaftlichen und politischen Wandel erheblich beschleunigten⁹, die „eine kumulative Radikalisierung erfuhren und zu einer Gesellschaft führten, die hinsichtlich der erreichten zivilisatorischen Modernität von der Zeit des Wiederaufbaus mindestens ebenso weit weg entfernt scheint wie diese von der Jahrhundertwende“¹⁰. Das Jahr 1968 brachte folglich – wohlgemerkt auf Grundlage heute vorliegender Erkenntnisse – keine überraschende Zäsur, keine unerwartete Eruption eines plötzlichen Mentalitätswandels, sondern war der Kulminationspunkt eines langwierigen Transformationsvorgangs.¹¹ Die APO – Inbegriff des vermeintlich Einzigartigen an den „68ern“ – wäre, so bringt es Heinrich August Winkler auf den Punkt, „schwerlich imstande gewesen, so viele gesellschaftliche Verkrustungen aufzubrechen und überkommene Autoritäten einem bisher ungekannten Legitimationszwang zu unterwerfen, wenn die Liberalisierung der Bundesrepublik nicht lange vor 1968 begonnen hätte“¹².

Doch nicht nur lässt sich „68“ auf mehrere Jahre zuvor entstandene Voraussetzungen zurückführen; auch waren die zweifellos einprägsamen Studierendenproteste keineswegs präzedenzlos¹³. Bundesweite Massendemonstrationen gab es bereits in den 1950er Jahren in Gestalt der „Ohne-Mich-“ wie auch der „Anti-Atomtod“-Bewegung, die sich gegen die Aufstellung der Bundeswehr und deren Atombewaffnung richteten. Optisch lassen sich diese Proteste, zumal auf Schwarzweißfotos überliefert, freilich kaum von jenen der Weimarer Republik unterscheiden – im Gegensatz zu den Aktionen der juvenil-alternativen 68er, die ein ganz anderes Flair vermitteln. Aber auch die „Schwabinger Krawalle“¹⁴ vom Oktober 1962 nahmen einiges von den späteren Ereignissen 1967/68

8 Herbert 2002 (s. Anm. 7), S. 46.

9 Vgl. Langguth, Gerd: Die „68er“-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik – Motor, Katalysator oder Profiteur?, in: Dworok, Gerrit/Weißmann, Christoph (Hg.): 1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 171-192, hier S. 191.

10 Schildt 2003 (s. Anm. 2), S. 52.

11 Vgl. Rudolph 1990 (s. Anm. 6); v. Hodenberg/Siegfried 2006 (s. Anm. 5), S. 12; Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 220; Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Wiesbaden 2009, S. 16.

12 Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004, S. 252 f.

13 Vgl. hierzu im Folgenden Busche, Jürgen: Die 68er. Biographie einer Generation, Berlin 2007, S. 26 f.; Langguth 2013 (s. Anm. 9), S. 175.

14 Siehe bspw. o.V.: Schwabing-Streiche, in: Der Spiegel, 04.07.1962.

vorweg, wenngleich sie nicht wie am 2. Juni 1967 im Fall von Benno Ohnesorg tödlich ausgingen: In dem Münchner Stadtteil hatte sich die Polizei auf eine Gewalteskalation eingelassen, bei der am Ende das Vorgehen der staatlichen Ordnungsgewalt als unangemessene Härte erschien – die wegen Lärmbelästigung beabsichtigte Festnahme zweier auf der Straße musizierender Personen mündete damals in einer Schlägerei, die sich wiederum mehrere Tage wiederholte und, zum Unverständnis zahlreicher Zeitgenossen, schließlich zu zweihundert Festnahmen führte. Bereits hier, im Jahr 1962, gab es also einen Präzedenzfall für die gewaltsame Konfrontation zwischen Studierenden und Polizeikräften – was hingegen im Vergleich zu „68“ noch fehlte, war die Einbettung in einen politischen und weltanschaulichen Rahmen.

1968 – EIN SOZIOMENTALER VULKANAUSBRUCH

Zum sozialgeschichtlichen Typus „68er“ gehört ein langer Merkmalskatalog. Dieser enthält unter anderem:

„[...] das Aufbegehren gegen die Eltern und Lehrer und ihre mehr oder weniger autoritären Erziehungspraktiken; das unbändige Bedürfnis, das als einengend und belastend empfundene Leben in Familie, Schule und Kirche hinter sich zu lassen, um ein eigenes, selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Unabhängigkeit zu führen; das immer wiederkehrende prickelnde Erlebnis der Gemeinschaft und der ideologischen Bruderschaft bei den zahlreichen Demonstrationen, die damals zum Alltag der Republik gehörten. Da war bei nicht wenigen die das revolutionäre Bewußtsein anstachelnde Erfahrung der gewaltträchtigen Konfrontation mit der Staatsmacht, die dazu verführen konnte, die legale Gewalt des Staates mit den Mitteln eigener, für legitim gehaltener Gegen-Gewalt bis hin zum Terror zu bekämpfen“¹⁵.

Die 68er gründeten ihre Wirkungskraft also auf einen schroffen Gegensatz zur übrigen Gesellschaft, die ihnen rückständig und makelbehaftet entgegentrat. Sie wollten die junge Bundesrepublik von der postnationalsozialistischen Patina befreien, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg über Staat und Gesellschaft gelegt hatte. Dazu gehörten autoritäre Erziehungs- und Bildungsstätten, NS-belastete Eliten und nicht wenige witterten gar einen scheindemokratischen Staat mit fa-

15 Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 100.

schistoiden Ambitionen auf eine neuerliche Diktatur.¹⁶ In diesem Zusammenhang werden den 68ern etliche Leistungen und Verdienste zugeschrieben: So hätten sie gesellschaftliche Verkrustungen aufgebrochen, auf diskreditierte Eliten aufmerksam gemacht, die sexuelle Befreiung eingeleitet, ein außerparlamentarisches Korrektiv zur Großen Koalition gebildet, insgesamt „das westdeutsche Bürgertum an das zivilisatorische Niveau der westlichen Welt heran[gebracht]“¹⁷.

„68“ selbst ist ein verkürztes Etikett und umfasst eigentlich zwei ereignisreiche Jahre: Während 1968 die Gleichzeitigkeit von studentisch geprägten Protesten in verschiedenen westlichen Ländern (vor allem BRD, USA, Frankreich und Italien) zu denselben Themen und mit ähnlichen Forderungen ausmacht, ist das für die Bundesrepublik bedeutsamere¹⁸ Datum vermutlich der 2. Juni 1967, als in Berlin während einer Demonstration gegen den Schah-Besuch der Student Benno Ohnesorg durch die Schüsse eines Polizeibeamten starb – ein für viele schockierender Vorfall, der den schon länger bestehenden Verdacht auf die Gegenwart eines vor Gewalt keineswegs zurückschreckenden Staats zu bestätigen schien, eine „tief gehende Furcht vor einer autoritären Verselbständigung des Staates“¹⁹ verstärkte und eine Opposition zu den geplanten Notstandsgesetzen notwendiger denn je erscheinen ließ. Was aber waren jeweils die notwendigen und hinreichenden Konstitutionsbedingungen von „68“?

Märtyrer, Charismatiker und eine explosive Stimmung – spezifische Konstitutionsbedingungen von „68“

Die 68er-Bewegung entstand aus einem sozio-politischen Amalgam, das sich vor allem zusammensetzte aus dem Einfluss der Neuen Linken aus dem angloamerikanischen Raum, der parlamentarischen Dominanz der Großen Koalition, ergänzt um internationale Konflikte wie der amerikanischen Beteiligung am Vietnamkrieg, die das positive USA-Bild aus den 1950er Jahren enttäuschte, oder Is-

16 Siehe dazu auch die Beschreibung von Kraushaar, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 67.

17 Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 178.

18 Vgl. ebd., S. 15 f.

19 Geppert, Dominik/Hacke, Jens: Einleitung, in: dies. (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 9-22, hier S. 9; vgl. dazu auch Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2008, S. 66 f.

raels Rolle im Sechs-Tage-Krieg.²⁰ Vor dem Hintergrund dieses Zusammentreffens mehrerer Ereignisse waren auslösende und verstärkende Momente der 68er-Proteste schließlich einzelne politische Begebenheiten wie 1967 der Schah-Besuch, 1968 dann die bevorstehende Notstandsgesetzgebung und das Attentat auf Rudi Dutschke. Politische Debatten und Entscheidungen stießen damals auf eine explosive Stimmungslage: Eine im wahrsten Wortsinne kritische Masse von vorwiegend Studierenden, unterstützt und animiert von einigen politischen Intellektuellen, reagierte mit den Beschlüssen und Verhaltensweisen eines Staats und einer Politik- wie auch Wirtschaftselite, die sie überwiegend repressiver, selbstbereichernder und antidemokratischer Umtriebe – vage gebündelt in dem Schlagwort „faschistisch“ – verdächtigte. Exponierte Figuren und Konstellationen wie Franz Josef Strauß, Axel Springer oder die Große Koalition, aber auch hervorstechende Ereignisse wie der Ohnesorg-Tod und das Dutschke-Attentat schienen als augenfällige Symptome bedrohlicher Staats- und Medienmacht den Verdacht zu bestätigen, dass „sich die postfaschistische Demokratie in einen präfaschistischen Staat verwandelte“;²¹ zudem boten sie als konkrete Widerparts und Missstände schlicht eine breite Angriffsfläche für Protestaktionen.

Die geplante Notstandsgesetzgebung sowie die prinzipielle Loyalität der Bundesregierung gegenüber den kriegführenden USA bestätigten in den Augen der 68er nunmehr die unzweifelhafte Berechtigung neomarxistischer und radikaldemokratischer Ansichten und Forderungen. Rhetorisch begabten Aktivisten wie Dutschke fiel es in dieser Konstellation leicht, die Angst vor einer wiederkehrenden Diktatur heraufzubeschwören und die Bereitschaft zu rechtzeitigem Widerstand zu wecken – denn vielerorts ließen sich skandalisierungstaugliche Zustände und Verfahren ausmachen. Mit dem tragischen Ohnesorg und dem verwegen-eloquenten Dutschke standen zudem inzwischen auch mobilisierende Märtyrer und Charismatiker mit hohem medialen Nachrichtenwert zur Verfü-

20 Vgl. Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986, S. 187 f.; Dworok, Gerrit: Faschismusbegriff und -deutungen der „68er“ zwischen Wissenschaft und Klassenkampf, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): 1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 101-124, hier S. 105 ff.

21 Vgl. Etzemüller, Thomas: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005, S. 131 ff. u. S. 138 f. (Zitat S. 132); Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 29; Kraushaar 2008 (s. Anm. 16), S. 150-156; Winkler 2004 (s. Anm. 12), S. 251.

gung.²² Der Ohnesorg-Tod sowie ein neuer Gesetzentwurf in der Notstandsdebatte stießen auf eine in manchen Gruppen der 68er-Bewegung ohnehin bestehende Tendenz zur gewalttätigen Radikalisierung: Seit ungefähr 1966 schmiedeten SDS-Aktivisten diverse Pläne für einen illegalen Kampf gegen eine vermeintlich diktatorische Staatsgewalt. Die Grundannahme lautete, dass eine Transformation der Gesellschaft nur durch eine notfalls auch gewaltsame Revolution herbeigeführt werden könne; hierfür wollten einige zum Beispiel den süd-amerikanischen Guerillakampf für die Anwendung auf westdeutsche Städte adaptieren.²³ Ab 1968 radikalisierten sich dann Teile der zunehmend zersplitternden Bewegung, die Gewalt durchaus als legitime Gegenmaßnahme zur staatlichen Gewalt erachteten.

Außerdem hatte sich in den Jahren vor 1967 in den Jugendorganisationen von Gewerkschaften und der SPD sowie in Studierendenorganisationen der Aufbau einer regierungs- und staatskritischen Haltung vollzogen,²⁴ die von der „alten“ Linken nicht mehr kanalisiert wurde. 1968 erfuhr diese Protestbereitschaft schließlich eine Steigerung: Nach dem Attentat auf Dutschke am 11. April entlud sich der Zorn aufgewählter Studierender an der *Springer*-Presse in den Osterkrawallen 1968.²⁵ Dabei kam es in den großen Städten der Republik (Berlin, Köln, Hamburg und München) zu Ausschreitungen und sogar Toten, die für viele Bürger schockierende Bilder erzeugten und über die Medien massenhafte Verbreitung fanden. Kurz: Die gewaltsamen Demonstrationen verbreiteten Schrecken, indem sie visuell dokumentiert worden waren.²⁶ Auch das war ein förderlicher Faktor von „68“: die Wirkungsmacht von Fernsichtbildern. Verkürzt auf spektakuläre Szenen wie die Erstürmung von Redaktionsräumen, aggressive Sprechchöre, mit Pflastersteinen eingeworfene Fensterscheiben oder brennende Fahrzeuge, vermittelten die Vorfälle den Eindruck bürgerkriegsähnlicher, anarchistischer Zustände – ein Novum, denn kein Bürgerprotest zuvor hatte sich derart drastisch im Fokus der Öffentlichkeit artikuliert. Die Radikalisierung des Protests in Sprache, Handlung und Haltung hatte sich indes schon in den Vorjahren

22 Vgl. Bohrer, Karl Heinz: 1968: Die Phantasie an die Macht? Studentenbewegung – Walter Benjamin – Surrealismus, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 288-300, hier S. 290 f.; Winkler 2004 (s. Anm. 12), S. 251.

23 Vgl. Langguth 2013 (s. Anm. 9), S. 179-187.

24 Vgl. dazu Schneider 1986 (s. Anm. 20), S. 199-207.

25 Vgl. Sontheimer 1999 (s. Anm. 15), S. 95.

26 Vgl. dazu Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biografie, Berlin 2008, S. 462-465.

angebahnt:²⁷ 1965 formulierte der Kongress „Notstand der Demokratie“ eine explizite Oppositionshaltung, 1966 plakatierten SDS-Aktivist*innen ohne Mandat ihrer Organisation für die damalige Zeit drastische Parolen mit radikalen Forderungen (der Vietnamkrieg sei Mord und die vietnamesische Freiheitsbewegung solle den Krieg gewinnen); und nachdem sich die Bundesregierung mit den USA solidariert hatte, erfolgte ein öffentlich dramatisierter Eierwurf auf das Berliner Amerika-Haus, dem symbolischen Ausdruck unverbrüchlicher Freundschaft von BRD und USA.

VIELERLEI WANDEL – GRUNDLEGENDE VORBEDINGUNGEN VON „68“

Abkehr von den moralischen Kontrolleuren

Die 68er waren somit weniger die Produzenten als die Produkte eines großen, langgestreckten Wandels in der Gesellschaft. Die Protesteruptionen am Ende der 1960er Jahre waren nicht zuletzt durch eine Reihe von technischen und mentalen Voraussetzungen ermöglicht und befördert worden. Ein grundlegender Wandlungsimpuls ging dabei von den 1950er Jahren aus, in denen eine „Westernisierung“ die Bundesrepublik soziokulturell im amerikanisch dominierten Westblock assimilierte und im Gegensatz zur Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg weit und endgültig von der Gesellschaft des wilhelminischen Kaiserreichs wegrückte.²⁸ Am Ende dieses Jahrzehnts war die westdeutsche Gesellschaft infolgedessen eine andere als zu dessen Beginn – demokratischer, liberaler, auch hedonistischer. Aus den Einflüssen der westlichen Besatzungsmächte „entstand seit den späten fünfziger Jahren aus dem spannungsreichen Mit- und Gegeneinander von Tradiertem und Neuem das geistige Klima, das in die sechziger Jahre hinüberleitete und einen weitreichenden Wandel kultureller sowie politisch-ideeller Wertvorstellungen mit sich brachte“²⁹. Vor allem die stationierten US-Soldaten vermittelten den westdeutschen Nachkriegsjugendlichen ein Bild, das stark von der Disziplin und Härte der nationalsozialistischen Organisationen abwich und eine ungekannte Gelassenheit ausstrahlte. Insgesamt wurden die Westdeutschen durch die mit anderen Verhaltensmustern und Kulturvorstel-

27 Vgl. hierfür Gilcher-Holtey 2008 (s. Anm. 19), S. 30-40.

28 Vgl. dazu Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 47 f.

29 Ebd., S. 60.

lungen nach 1945 aufgewachsene Jugend in vielerlei Hinsicht westlicher.³⁰ Die Reproduktionslinie von einer alles in allem irgendwie spezifisch deutschen Manier, sich zu unterhalten, zu benehmen und zu kleiden wurde hierdurch unterbrochen und die vormals sichtbaren Grenzen zwischen eher proletarischen und eher bürgerlichen Jugendkulturen verwischten – nicht zuletzt ermöglicht durch den schichtübergreifenden Wohlstandsanstieg in der Phase des „Wirtschaftswunders“. In dieser Zeit gelang bis ca. 1965 ein folgenreicher Einbruch in den mentalen und habituellen Traditionsbestand der deutschen Gesellschaft, dessen zeitversetzter Ausdruck, jedoch nicht Ursprung auch die 68er waren.

Dieser nach Kriegsende einsetzende Prozess begann sich Mitte der 1960er Jahre erheblich zu beschleunigen, was die westdeutsche Gesellschaft fundamental modernisierte und ihr in großen Teilen bis heute gültige Charakteristika verlieh.³¹ Dazu zählen ein allgemeiner Bildungs- und Wohlstandsschub – zunehmende Aufstiegsmobilität durch eine erhöhte Durchlässigkeit der Sozialschichten, massenhafte Verbreitung vormaliger Luxusgüter wie Auto, Fernseher, Waschmaschine, Telefon oder Urlaubsreisen –, die Entkonfessionalisierung im Sinne einer zurückgehenden Bindung an die Kirchen (seltener Kirchenbesuche, mehr Scheidungen, weniger Eheschließungen, weniger Kirchenbeiträge), der Zerfall des sozialdemokratischen Arbeiterkulturmilieus beziehungsweise dessen Ver(klein)bürgerlichung, aber auch die Verbreitung flexibler Lebens- beziehungsweise Familienmodelle (Bedeutungsverlust der Eheschließung, Absinken der Geburtenrate), der Rückgang des sekundären Sektors zugunsten eines expandierenden Dienstleistungsbereichs mit Angestellten, zunehmender Freizeitgewinn durch verkürzte Arbeitszeit (Fünf-Tage-Woche/Achtstundentag) und nicht zuletzt das Ende ländlicher Strukturen von vergleichsweise rückschrittlicher Prägung – durch all das erfolgte ein Zuwachs an Optionsvielfalt, eben ein fundamental sozial- und Wertewandel.³² Dass dieser „Wertewandelschub“ deutlich vor 1968 entscheidende Stadien erreichte, lässt sich anhand unterschiedlicher Indikatoren erkennen. Helmut Klages hat die Startphase dieses Schubs faktenge-sättigt auf die Jahre 1963 bis 1965 datiert.³³

So verloren bis dahin intakte und starke normvermittelnde, dadurch verhaltensgebietende Instanzen rasant an Autorität. Dazu zählte vor allem die katholische Kirche: Seit Mitte der 1960er Jahre setzte eine Entkirchlichung ein, durch

30 Vgl. hierzu ebd., S. 37–43.

31 Dazu vgl. insgesamt Kielmansegg, Peter Graf: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 393–431.

32 Hierzu auch Bebnowski 2012 (s. Anm. 1), S. 85 ff.

33 Klages, Helmut: *Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs*, in: Bracher, Karl Dietrich et al. (Hg.): *Staat und Parteien*, Berlin 1992, S. 519–544, hier S. 542.

die große Gemeinden abrupt zerfielen.³⁴ Die zunehmende Abwesenheit der kirchlichen Normindoktrination und -kontrolle führte binnen kurzer Zeit zu einer moralisch aufgeschlosseneren, auch flexibleren Gesellschaft, in der die Individuen sensibel über ihre Autonomie wachten und sich aus den normativen Fesseln eines Großkollektivs befreiten.³⁵ Was ihnen vormals Orientierung vermittelte, empfanden nun immer mehr Menschen als unzulässige Bevormundung einer anmaßenden Autorität, von der sie sich mit einer veränderten Lebensweise nur allzu konsequent emanzipierten.

Das wirkte sich vor allem auf die Sexualmoral aus: Eine Grundlage der den 68ern zugeschriebenen „sexuellen Befreiung“ hatte erstaunlicher Weise bereits die NS-Diktatur in den 1930er und frühen 1940er Jahren gelegt, indem sie zu jugendlichem, vorehelichem und promiskuitivem Sex ermunterte, um damit bürgerlichen und kirchlichen Normen entgegenzuwirken und die Regime-Bindung der jugendlichen und auch erwachsenen Profiteure dieser gelockerten Moralzwänge zu festigen.³⁶ Die Leistungsträger der Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre kamen folglich während der NS-Zeit bereits mit äußerst liberalen, freizügigen Sexualvorstellungen in Berührung. Zur akuten Vergangenheitsbewältigung im ersten Nachkriegsjahrzehnt gehörte dann allerdings eine neuerliche Hinwendung zu den Kirchen, die als vermeintlich unbelastete Institutionen einen spontanen Autoritätsgewinn erfuhren. Aus dieser gestärkten Position heraus förderten diese eine „Verlagerung des moralischen Diskurses von Mord auf Sex“³⁷ und verordneten die Abkehr von der nationalsozialistischen Libertinage, wodurch sich die Entwicklung sexueller Freiheit beträchtlich verlangsamte. Diverse Entwicklungen – darunter das Aufkommen kritischer Massenmedien, das Bekanntwerden einer moralischen Mitschuld der Kirchen am NS-Regime, die Sexualität erleichternden Angebote des Konsummarkts in Form etwa von Verhütungsmitteln – untergruben jedoch schon bald wieder die kirchliche Sexualmoral. In einer *Emnid*-Umfrage des Jahres 1964 befürworteten 75 Prozent katholischer Jugendlicher die konfessionell „gemischte“ Eheschließung zwischen Protestanten und Katholiken, wohingegen die Zustimmung unter über 65-Jährigen

34 Vgl. Köcher, Renate: Religiös in einer säkularisierten Welt, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987, S. 164-281, hier S. 174.

35 Vgl. Köcher 1987 (s. Anm. 34), S. 197.

36 Vgl. dazu Herzog, Dagmar: „Sexy Sixties“? Die sexuelle Liberalisierung der Bundesrepublik zwischen Säkularisierung und Vergangenheitsbewältigung, in: Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 79-112, hier S. 82-86.

37 Vgl. ebd., S. 87-91 (Zitat S. 107).

mit rund fünfzig Prozent noch deutlich geringer ausfiel.³⁸ Das kirchliche Ideal blieb nun immer eklatanter hinter der sozialen Praxis zurück.³⁹ Neue Drucktechniken ermöglichten überdies billige Raubdrucke, zu deren häufigsten seit 1965 Schriften des Psychologen Wilhelm Reich gehörten, die unter anderem für jede Altersstufe ein unbeschränktes Sexualleben propagierten und dabei auch empfängnisverhütende Mittel guthießen.⁴⁰ Während also die Reichweite kirchlicher Gebote abnahm, häufte sich in den 1960er Jahren die Berührung mit enttabuisierenden Offerten.

In der ersten Hälfte der 1960er Jahre begann somit ein Prozess, dessen Abschluss gewissermaßen die Berliner Kommunarden bildeten. Keineswegs stößt der historische Beobachter im Jahr 1964 auf eine sexuell liberale Gesellschaft. Doch er kann durchaus bemerken, dass hier längst ein Wandel eingesetzt hatte, beispielsweise anhand der Kritik an unzeitgemäßen und teils widersprüchlichen Gesetzen, Manifestationen einer „Fortwirkung von Tabus in einer Gesellschaft, die sich für unvoreingenommen hält, ohne es doch zu sein“⁴¹. Nicht erst Ende der 1960er Jahre gewann der Umgang mit der menschlichen Sexualität an Gelassenheit. Damals kamen zwar die Filme Oswalt Kolles in die Kinos, doch schon etliche Jahre vor „Das Wunder der Liebe“ (1968) oder „Deine Frau, das unbekannte Wesen“ (1969) waren die Weichen für einen offeneren und freizügigeren Kurs gestellt worden – durch Debatten über die Entkriminalisierung von Homosexualität und Schwangerschaftsabbruch, die Normalisierung von vorehelichem und jugendlichem Geschlechtsverkehr sowie der Sterilisation und Empfängnisverhütung, aber auch die Zunahme von nackter Haut in den Illustrierten.⁴² Der argumentative Tonfall des medialen Diskurses ließ bereits erahnen, dass sich überkommene Sittenvorstellungen, vor allem aus der katholischen Kirche, in den kommenden Jahren nicht mehr aufrechterhalten lassen würden. Gegen Ende der 1960er Jahre verschärfte sich dann lediglich der langwierige Autoritätsverlust konservativer Werteverfechter, da nun mit der NS-Schuldfrage und dem Vietnam-Krieg unzweifelhaft drastischere Moralprobleme als das Sexualitätsverhalten der Westdeutschen auf der Tagesordnung standen.⁴³

38 Vgl. *Spiegel*-Ausgabe vom 04.11.1964, S. 26.

39 Siehe auch Wilkens, Erwin: Kinder als Opfer des Dogmas, in: *Christ und Welt*, 18.12.1964.

40 Vgl. Kraushaar 2008 (s. Anm. 16), S. 96-100.

41 Schueler, Hans: Das Tabu ist noch lebendig, in: *Die Welt*, 29.08.1964.

42 Vgl. Glaser 1997 (s. Anm. 7), S. 220 ff.; siehe etwa Regau, Thomas: Wenn Moral Heuchelei wird, in: *Die Zeit*, 28.02.1964.

43 Vgl. Herzog 2006 (s. Anm. 36), S. 95-99.

Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter hatte in den 1950er Jahren Fortschritte gemacht, blieb jedoch vorerst ausgebremst von einem Kompromiss aus Liberalisierung und Konservatismus.⁴⁴ Eine Gesetzesnovelle beseitigte 1958/59 zwar die ärgsten patriarchalen Bestimmungen, war jedoch weiterhin an der Hausfrauenehe orientiert, indem sie beispielsweise die Erwerbstätigkeit der Frau davon abhängig machte, ob letztere dadurch nicht in der Ausübung ihrer ehelichen und familiären Pflichten beeinträchtigt würde. Die Realität wies allerdings längst in eine andere Richtung als das Gesetz, beispielsweise stieg von 1950 bis 1961 die Erwerbsquote verheirateter Frauen um zehn Prozent (von 26,4 auf 36,5 Prozent). Dass die Emanzipation in der Praxis aber noch nicht so weit fortgeschritten war wie später in den 1960er und 1970er Jahren, hatte mehrere Gründe: das klassische Familienideal, ein männliche Arbeitnehmer bevorzugender Arbeitsmarkt, das sich erst allmählich entwickelnde Emanzipationsbewusstsein der Frauen sowie der Mangel an Kinderbetreuungsstätten. Überdies begann das Bildungsniveau unter Frauen erst in den 1960er Jahren anzusteigen, damit sowohl Karriereinteressen als auch die dazugehörigen -voraussetzungen. Hinzu kam die Anti-Baby-Pille, die die Entscheidungsoptionen in der Sexualität von Frauen (allerdings ebenfalls den Druck der Männer) erweiterte. Somit brachten nicht zuletzt gesellschaftlich-infrastrukturelle Bedingungen – höhere Bildungsabschlüsse, mehr Kindergärten und technische Hilfsmittel wie Haushaltsgeräte, Autos und die „Pille“ – allmählich eine wachsende Zahl von Frauen, die sich traditionalistischen Rollenzuschreibungen entzogen, hervor.

Die Kinder der Adenauer-Republik

Die Träger des späteren Wertewandels wuchsen noch mit schwarz-weißen Bildern von Politikern auf, Greisen wie Adenauer und Heuss.⁴⁵ Deren lange Amtszeiten dürften die Heranwachsenden in gewisser Weise entpolitisiert haben, denn der politische Wettbewerb wirkte auf sie gering, selbst wenn sogar unter Adenauer zwischenzeitlich von einer „Kanzlerdämmerung“ die Rede war und die Sozialdemokraten manches Mal in den Umfragen gefährlich nahe zur Union aufschlossen; letztlich fundamentierten die Wahlergebnisse aber eine Vorherrschaft der Unionsparteien, die bis 1969 währte und beinahe sogar noch darüber hinausgegangen wäre. Erst in der Spätphase von Adenauers Kanzlerschaft stellte sich,

44 Vgl. zu diesem Punkt im Folgenden Frevert, Ute: Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen, in: Broszat, Martin (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 113-130.

45 Vgl. Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 66 f.

nach der Bundestagswahl 1961, so etwas wie eine neue Lebendigkeit im politischen Machtwettbewerb ein, wurde nun doch in der Tagespresse fortwährend über neue Koalitionsvarianten und Kanzlerkandidaten gegrübelt. Adenauers Abtritt nach 14-jähriger Kanzlerschaft im Jahr 1963 war eine symbolische Zäsur, die eine Aufbruchsstimmung auslöste und viele zum Nachdenken über die Zukunft veranlasste, damit zugleich zu Reformüberlegungen und Kritik anregte. Gerade aufgrund seines vorherigen Gewichts hinterließ Adenauer gestalterische Freiräume, machte Platz für andere – Politiken und Ideen, die im Falle seines Nachfolgers im Bundeskanzleramt, Ludwig Erhard, allerdings auch rasch für Ernüchterung sorgten.

Zugleich hatte den Jungen die Regierungszeit eben jenes Adenauer kontinuierlich Wohlstand und Sicherheit gebracht, die auch noch in den folgenden Jahren anhielten. Zwischen 1961 und 1966 kam zum Beispiel die Arbeitslosenquote nie auch nur auf ein Prozent.⁴⁶ Das war ein beträchtlicher Unterschied zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als Hyperinflation und Schuldenlast, schließlich Deflation die Republik nicht hatten zur Ruhe kommen lassen. Die jungen Bundesrepublikaner waren materiell zufriedengestellt und optimistisch, trotz ihrer Geburt in den letzten Kriegsjahren hatten sie, im Unterschied zu ihren oftmals von Bombennächten, Flucht und Front zutiefst traumatisierten älteren Geschwistern, Eltern und Großeltern kaum seelische Blessuren davongetragen, stattdessen sich als Zeugen und Profiteure des „Wirtschaftswunders“ einen zuversichtlichen Blick auf Gegenwart und Zukunft angewöhnen können.⁴⁷

In den 1960er Jahren komplettierte und verfeinerte sich dann lediglich der in den 1950er Jahren begonnene Wohlbau: Die Menschen verdienten immer mehr Geld bei immer weniger Arbeitszeit, hatten ihre Jobs immer häufiger an einem Büroschreibtisch statt an schweißtreibenden Orten wie Werkbänken, Fließbändern oder Hochöfen, leisteten sich Eigenheime oder Eigentumswohnungen, bekamen mehr Kinder, steigerten mit Kraftfahrzeugen ihre Mobilität, waren dank Fernsehen und Presse umfassender und aktueller informiert, unternahmen immer häufiger Urlaubsreisen in immer fernere Länder und erleichterten sich die Haushaltsführung mit Waschmaschinen und Kühlschränken. Informations- und kommunikationsförderliche Gerätschaften und Dienstleistungen wie Autos, Telefone, Fernseher und Flugreisen verbreiteten sich im Verlauf der 1960er Jahre

46 Vgl. Noll, Heinz-Herbert: Soziale Indikatoren für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, in: Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt a.M./New York 1977, S. 209-322, hier S. 243 ff.

47 Vgl. Pfeil, Elisabeth: Die 23jährigen. Eine Generationenuntersuchung am Geburtsjahrgang 1941, Tübingen 1968.

von einem relativ niedrigen Ausgangsniveau zu festen Bestandteilen des Massenkonsums.⁴⁸

Diese signifikante Steigerung des Lebensstandards hinterließ jedoch bei vielen Jüngeren eine spirituelle Leere: Anders als sie hatten ihre Eltern oder älteren Geschwister im Wiederaufbau und „Wirtschaftswunder“-Genuss eine zielorientierte Aufgabe und eine gewisse Erfüllung gefunden, vor allem aber waren sie mehrere Jahre lang mit dem schieren Überleben beschäftigt gewesen und hatten ob ihres Schicksals als knapp Davongekommene keine Muße und Kraft für eine schonungslose Betrachtung der NS-Zeit aufgebracht.⁴⁹ Dagegen war den sorgloseren Jüngeren der drastische Gegensatz entbehrungsreicher Zeiten nach Krieg und Zusammenbruch nicht mehr vor Augen, weshalb sie ihre Lebensumstände als gewöhnlich und beengend abwerteten und sich nun auf einer latenten Sinnsuche befanden. Ihre materielle Sicherheit war zudem die Grundlage ihrer späteren Protestbereitschaft.

In diesem Stadium waren sie besonders empfänglich für fundamentalistische Gesellschaftskritik und die stark zunehmenden Informationen über das „Dritte Reich“, den Zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung. Das Bedürfnis nach alternativen Wirtschaftsformen hatte während der 1950er Jahre aufgrund des allgemeinen Wohlstandswachstums nachgelassen, aber in den 1960er Jahren kam trotzdem das Interesse an der marxistischen Ideenwelt wieder auf, weil es sich nun weniger gegen wirtschaftliche Not als gegen die Auswüchse der kapitalistischen Marktordnung in Gestalt übermächtiger Konzerne und neo-imperialistischer Politik, die auf Kosten von Ländern der „Dritten Welt“ gingen, richtete. Zudem waren die Jugendlichen der frühen 1960er Jahre die erste nicht mehr direkt vom Nationalsozialismus indoktrinierte Generation, die nun von den Verbrechen las und hörte – diese „Gnade der späten Geburt“ (Günter Gaus) dürfte Kritik und Aufklärungsappelle beträchtlich erleichtert haben und erklärt auch das schwächere Engagement ihrer moralisch belasteten Eltern oder älteren Geschwister.⁵⁰ Vor dem Hintergrund anwachsender Literaturberge und journalistischer Berichterstattung erlebten sie die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem Holocaust in ihren Familien und den Schulen als fragmentarisch und insofern unzureichend. In Verbindung mit Werken der Kri-

48 Vgl. Ritter, Gerhard A.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 89 f.; Schildt 2003 (s. Anm. 2), S. 25-32.

49 Vgl. hierzu Gumbrecht, Hans Ulrich: Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart, Berlin 2012, S. 13-47.

50 Vgl. Lübke, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift, Jg. 236 (1983), H. 3, S. 579-599, hier S. 592; Rudolph 1990 (s. Anm. 6), S. 147.

schen Theorie und dem Bestand einer Großen Koalition beziehungsweise einer nahezu bedeutungslosen Parlamentsopposition ließ sich das Schweigen über die Vergangenheit auf ein mutmaßliches Manipulationsvorhaben eines noch immer nationalsozialistisch beziehungsweise faschistisch durchwirkten Staats zurückführen und zum Anlass von Misstrauen und Gegenwehr nehmen, überdies auf eine schonungslose Diskussion vorenthaltener Aufklärung bestehen.⁵¹ Die unleugbare und für die Nachgeborenen mittlerweile dicht und plastisch illustrierten Einbindungen in den Nationalsozialismus, verbunden mit dem latenten Unwillen zur Aufarbeitung und Verinnerlichung eines Schuldbewusstseins diskreditierten die Älteren und boten den Jüngeren Anlass und Angriffsfläche für Proteste.⁵² Überall ließen sich Indizien finden für eine Gesellschaft, die anfällig schien für den Rückfall in ein autoritäres Regime.

Zudem hatten sich die Angehörigen der 68er-Generation jahrelang in Schule und Elternhaus mit Autoritäten konfrontiert gesehen, deren Gehorsamsanspruch ihnen unplausibel vorkam, von denen sie sich ignoriert und unreflektiert belehrt fühlten, wo sie doch einen großen Drang zu Eigenständigkeit verspürten und von Älteren als gleichrangige Gesprächspartner akzeptiert werden wollten.⁵³ Dieser Zustand dürfte ihre Wut gesteigert haben, nachdem ihnen klar geworden war, dass sich ausgerechnet jene Personen – Eltern, Lehrer, Geistliche, Vorgesetzte –, von denen sie bisher gemaßregelt worden waren, im Nationalsozialismus offenbar eines weitaus schlimmeren Fehlverhaltens schuldig gemacht hatten und sich obendrein gegen eine Konfrontation mit dieser Vergangenheit spernten. Womöglich verstärkte dieser Umstand den Protest-Impetus der 68er. Von Schule und vor allem Kirche zumeist mit disziplinarischer Härte erzogen, emanzipierten sie sich als Spätjugendliche beziehungsweise Früherwachsene umso stärker von normgebenden Instanzen.⁵⁴

Die Möglichkeit hierzu erhielten sie durch eine Reihe von sozialen und kulturellen Errungenschaften – vor allem durch massenmediale Informationsquellen, das anhaltende Wohlstandswachstum, den Ausbau des Wohlfahrtsstaats, die Bildungsexpansion und einen Massenkonsummarkt, durch welche den bisherigen Sozialisationsinstanzen eine amorphe norm- und wertesetzende Konkurrenz erwuchs, sich außerdem die Abhängigkeit des Einzelnen vom Elternhaus be-

51 Vgl. Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 80.

52 Vgl. Frei 2008 (s. Anm. 11), S. 70-86 u. S. 219-222.

53 Vgl. Göbel, Edith: Mädchen zwischen 14 und 18. Ihre Probleme und Interessen, ihre Vorbilder, Leitbilder und Ideale, und ihr Verhältnis zu den Erwachsenen, Hannover u.a. 1964.

54 Vgl. Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 60-63 u. S. 87.

trächtlich verringerte.⁵⁵ Oder anders ausgedrückt: Die jüngeren Westdeutschen nutzten die erstbeste Gelegenheit, um sich lästiger Verpflichtungen zu entledigen und einschränkende Bindungen zu kappen.

Je höher der Bildungsgrad einer Familie, desto liberaler geriet häufig die Erziehung und desto größer das Interesse an Politik sowie die Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem.⁵⁶ In gewisser Weise waren die 68er in Teilen ein kommerzielles Phänomen. Denn vor allem durch die erweiterten Konsummöglichkeiten infolge des Wohlstandsanstiegs und zunehmender Marktangebote in den 1960er Jahren nutzten insbesondere Jugendliche die neuen Spielräume für eigene Stile und Statements, mit denen sie ihre Individualität begründeten und sich abgrenzten.⁵⁷ Ihr Taschengeld verwendeten sie für Bekleidung, Kosmetika und Musik. Durch popkulturelle Idole wie die *Beatles* oder *Stones*, durch Konsumgüter und die „Pille“ waren sie in der Lage, größere Eigenständigkeit zu entwickeln.⁵⁸ Eine professionalisierte Werbebranche und deren Rückgriff auf massenwirksame Informationstechnologien wie Fernsehen und Rundfunk sowie die Verbreitung von Supermärkten und Einkaufszentren, verbunden mit steigender Mobilität der Menschen, verstärkten diesen Effekt.⁵⁹ Durch diese Wechselwirkung von Konsumangeboten, Kaufkraft und Emanzipations- beziehungsweise Individualitätsinteresse erodierten überkommene Normen und Rollen, die jedoch nicht gänzlich

55 Vgl. Köcher, Renate: Familie und Gesellschaft, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987, S. 74-163, hier S. 77 ff.

56 Vgl. Pfeil 1968 (s. Anm. 47), S. 362.

57 Vgl. hier und folgend Hambitzer, Manfred: Jugendliche und Konsumverhalten, in: Bergler, Reinhold (Hg.): Psychologische Marktanalyse, Bern/Stuttgart 1965, S. 61-85, hier S. 78-83; Siegfried, Detlef: Prosperität und Krisenangst. Die zögerliche Versöhnung der Bundesbürger mit dem neuen Wohlstand, in: Kießling, Friedrich/Rieger, Bernhard (Hg.): Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 63-78, hier S. 64-69.

58 Vgl. Siegfried, Detlef: Rote Lippen soll man küssen. Deutungen europäischer Schönheitspraktiken um 1960, in: Themenportal Europäische Geschichte (2013), URL: <http://www.europa.clío-online.de/2013/Article=659> [eingesehen am 22.11.2013].

59 Vgl. Ruppert, Wolfgang: Zur Konsumwelt der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 752-767, hier S. 764 ff.

verschwanden, sondern sich vermischten mit traditionellen Formen und Vorstellungen, die weiterhin eine gewisse Prägekraft behielten.⁶⁰

Eine kritische Masse

Aber vor allem: Was wären die studentisch geprägten Proteste von „68“ ohne das vorherige Wachstum der westdeutschen Studierendenschaft? Allein zwischen 1960 und 1965 erhöhte sich die Zahl Studierender von rund 290.000 auf 380.000.⁶¹ Dieser beträchtliche Zuwachs überlastete die Kapazitäten der deutschen Hochschulinfrastruktur und erhöhte zugleich die Zahl Betroffener, die mit den Verhältnissen an deutschen Universitäten haderten. Aus dem akuten Missstand entwickelte sich eine Debatte, in der diverse Rückständigkeitsbeispiele sichtbar gemacht, Argumente geschärft und Lösungen gesucht wurden. Analog zur Entdeckung zahlreicher Defizite im Bildungssektor reagierten Gesellschaft und Staat insgesamt mit einem energischen und hastigen Ausbau, aber auch einer Reform der Bildungsinfrastruktur, deren Resultat weitgehend bis heute fortbesteht.

Ferner konnten die 1968 zum Teil hochgradig politisierten Studierenden für ihren politischen Protest auf einen Fundus an theoretischem Material zurückgreifen, der sich im Wesentlichen bereits bis zum Jahr 1964 ergeben hatte. Die anfangs akademischen Diskussionen verallgemeinerten sich alsbald zu einer häufigen Gebrauchsform im politischen Diskurs. Oftmals verbunden mit der Neigung zur willkürlichen und unreflektierten Vereinfachung, entlehnten die 68er den Theorien der klassischen radikalen Linken einige Begriffshülsen, mit denen sie eine fundamentale Systemkritik vortrugen, insbesondere die Politik der Bundesregierung als faschistisch denunzierten.⁶² War „Faschismus“ also ein zentrales Schlagwort in der mitunter drastischen Rhetorik der 68er, das deren Wortführern zur Massenmobilisierung gegen ein angeblich gefährliches Herrschaftskartell aus Politik-, Medien- und Wirtschaftseliten diente, so stammte das ideologische Fundament hierfür oft aus der Kritischen Theorie. Ihre Urheber – Horkheimer, Adorno und Marcuse, dazu noch Franz Neumann und Friedrich Pollock – lieferten indessen die Grundlagen, auf denen später die „antiautoritären Theoretiker

60 Vgl. dazu umfassend Siegfried, Detlef: *Time Is on My Side*. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.

61 Vgl. hier und folgend Kenkmann, Alfons: Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 402-423.

62 Vgl. Dworok 2013 (s. Anm. 20); Sontheimer 1999 (s. Anm. 15), S. 89.

Krahl und Dutschke“ ihre Ansichten und Forderungen gründeten.⁶³ Unter dem Einfluss der Kritischen Theorie ging beispielsweise bei Teilen der Friedensprotestierenden die Ablehnung der brutalen Kriegsführung gegen die vietnamesische Zivilbevölkerung über in die Hoffnung auf einen als antikapitalistisch und antiimperialistisch aufgefassten Sieg Nordvietnams.⁶⁴

Der bedeutsamste Faktor für die 68er dürfte indessen der Medienwandel gewesen sein – in zweifacher Hinsicht. Erstens verhalfen die sensationsorientierten Massenmedien der 68er-Bewegung zu weiträumiger Aufmerksamkeit und machten deren Aufbegehren überhaupt erst zu einem breit rezipierten Ereignis: „Die Achtundsechzigerbewegung wäre ohne die Multiplikatorenfunktion der Medien nie zu dieser Bedeutung gekommen.“⁶⁵ Und zweitens waren die öffentlichen Meinungsmacher als Mentoren der späteren 68er die eigentlichen Urheber des Protestfurors. Denn Anfang der 1960er Jahre vollzog sich in den Zeitungs- und Rundfunkredaktionen ein Generationswechsel, durch den die Generation der „Flakhelfer“ beziehungsweise „45er“⁶⁶ an die Schaltstellen der öffentlichen

63 Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 168–187 (Zitat S. 184); Etzemüller 2005 (s. Anm. 21), S. 133 ff.

64 Vgl. Korte 2009 (s. Anm. 11), S. 38 f.

65 Kraushaar 2008 (s. Anm. 16), S. 68.

66 Hierzu Moses, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung – Vierteljahresschrift für Erziehung und Gesellschaft, Jg. 40 (2000), H. 2, S. 233–263; es hat mehrere Variationen der Generationenkategorisierung für diejenigen gegeben, die zwischen 1927 und 1932 geboren wurden. Einigen gefiel der Begriff „Flakhelfergeneration“ besser, anderen das Kürzel „29er“, siehe Bude, Heinz: Deutsche Karrieren, Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a.M. 1987; Schlak, Stephan: Die 29er, in: Berliner Zeitung, 23.01.2004. In all den semantischen Vorlieben steckten wohl auch je besondere Eigenarten der Interpretation und Abgrenzung zu den anderen Modellen, doch insgesamt fallen die Generationsbefunde so gravierend unterschiedlich gar nicht aus. Vgl. auch Ahbe, Thomas: Deutsche Generationen nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 3/2007, S. 38–46. Als unzweifelhaft gilt allen, dass die Dahrendorfs, Wehlers, Fests, Nipperdeys, Augsteins, v. Krockows, Enzensbergers, etc. etc. elementar geprägt wurden durch das Schockerlebnis im Jahr 1945. Doch attestiert man ihnen tatsächlich so etwas wie die „Gnade der späten Geburt“. An die Front mussten die jüngeren Teile diese Kohorte nicht mehr. Und wer den Kampf an der Flak überlebte, dem standen – insbesondere, wenn er über Abitur und Hochschulabschluss verfügte – exzeptionelle Berufsmöglichkeiten offen, über welche die Vorgängergenerationen des 20. Jahrhunderts nicht verfügten. Sie waren vielfach die ersten, die in den Genuss von Studienauf-

Meinung gelangte.⁶⁷ Mit ihnen erhöhte sich die zuvor schwache Kritikfähigkeit der Massenmedien gegenüber politischen und gesellschaftlichen Zuständen, als Initiatoren einer kritischen Öffentlichkeit prägten sie mit ihren unangenehmen Fragen an Kirchen, Parteien und Regierungen die heranwachsenden 68er. Dies korrespondierte mit einem gestiegenen Kritikbedürfnis der Bevölkerung und dem infolge der Entspannungspolitik stark geschwundenen Hang zur inneren Geschlossenheit im „Kalten Krieg“. Aufgrund ihrer persönlichen Desillusionierungserfahrung im Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ zeigten sich gerade die 45er im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der Kritik an personellen und institutionellen Kontinuitäten besonders aufgeschlossen und energisch. Kurz: „Die Ideen für die 68er Generation waren nicht die Ideen der 68er Generation. Bemerkenswert ist die Energie der Rezeption.“⁶⁸

Gewissermaßen die Infrastruktur für eine vielseitig informierte Öffentlichkeit bildeten die großen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie intellektuelle Debattenorgane. Die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schafften es bis 1966 mit ihren Auflagen auf jeweils deutlich über 200.000 Exemplare; daneben gab es die *Welt*, *Frankfurter Rundschau*, den *Spiegel* und die *Zeit*, der katholische *Rheinische Merkur* und die protestantische *Christ und Welt* ergänzten das Pressespektrum aus dem kirchlichen Raum; 1965 erschien dann zum ersten Mal das *Kursbuch*, das in den folgenden Jahren in die studentischen Kreise hineinwirkte und diese mit Themen und Informationen fütterte, etwa die Herrschaftsverhältnisse im Iran, die Apartheid in Südafrika oder der Vietnam-Krieg;⁶⁹ die Jugendlichen lasen die *Bravo*, die 1965 auf mehr als

enthalten in den USA kamen. Im Übrigen studierten sie zügig, ergriffen beherzt die Karrieregelegenheiten, die sich ihnen seit den späten 1950er Jahren reichlich boten. So lebte diese Generation, die den Horror der letzten Kriegsjahre noch bewusst erlebt hatte, in denkbar positiver Übereinstimmung mit der neuen Bonner Demokratie, die ihnen beträchtliche Chancen bot. Schon deshalb konstituierten und repräsentierten diese Jahrgänge die Leitmotive der Republik im ersten Vierteljahrhundert ihres Daseins: Leistung, Organisation, Vorankommen, Erfolg – aber eben auch Lust und Energie für Reform und Wandel.

67 Vgl. dazu hier und folgend Hodenberg, Christina v.: *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973*, Göttingen 2006, S. 183-228; Herbert 2002 (s. Anm. 7), S. 44 f.

68 Busche 2007 (s. Anm. 13), S. 24.

69 Niese, Kristof: *Das Kursbuch und 1968. Ein Fahrplan für die außerparlamentarische Opposition?*, in: Dworok, Gerrit/Weißmann, Christoph (Hg.): *1968 und die 68er. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 41-67.

880.000 Exemplare kam – und die *Bildzeitung*, an der sich die 68er später rieben, verkaufte sich 1964 pro Ausgabe 4,05 Millionen mal.⁷⁰ Die Satirezeitschrift *pardon* und die linke Studierendenzeitschrift *konkret* steigerten ihre Auflagen während der 1960er Jahre auf eine sechsstellige Summe; ferner begann die ARD 1962 mit der Ausstrahlung des aus Sicht manches Bundestagsabgeordneten unbequemen Politmagazins „Panorama“ und der *Suhrkamp-Verlag* druckte ab 1963 die inzwischen legendäre „edition suhrkamp“.⁷¹ Außerdem veranschaulichte das Fernsehen – das bereits zur Mitte der 1960er Jahre eine extrem hohe Reichweite, zumal hinsichtlich Jugendlicher hatte – politische Ereignisse in Form bewegter Bilder; die Visualisierung etwa der brutalen Kriegsführung der USA in Vietnam dürfte erheblich zur amerikakritischen Politisierung der 68er beigetragen haben.⁷²

Gegen die staatliche Zensurtätigkeit in den 1950er Jahren erfolgten immer mehr Interventionen politischer Intellektueller zugunsten der Meinungsfreiheit, die 1962 in der „SPIEGEL“-Affäre gipfelten, in der sich politisierte Literaten und Professoren mit Journalisten gegen einen offenkundig repressiven Staat solidarisierten und ein „neues staatsbürgerliches Verständnis“⁷³ artikulierten.⁷⁴ Die „SPIEGEL“-Affäre enthielt bereits wesentliche Komponenten der späteren 68er-Proteste – etwa die Kritik an einer repressiv vorgehenden Staatsgewalt oder Reaktionen aus dem universitär-studentischen Milieu –, war jedoch auch und vorwiegend, in den späteren 68er-Kategorien ausgedrückt, noch vom „Establishment“ dominiert – empörten sich hier doch vor allem aus eigener Betroffenheit die Redaktionsleitungen der großen Tageszeitungen. Nichtsdestotrotz war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der staats- und regierungskritischen Gruppen gehörigen Zulauf verschaffte und ihren politischen Standpunkt stark verbesserte. Anders ausgedrückt: Strauß und Adenauer schufen nicht die Voraussetzungen für die 68er-Bewegung, aber sie beschleunigten deren Entstehung.

Die kritische Öffentlichkeit manifestierte sich zudem in zahlreichen Filmen, Büchern und Theateraufführungen, etwa Rolf Hochhuths Stück „Der Stellvertreter“ (1963) – mit dessen Kritik am Verhalten des Papstes Pius XII. gegenüber dem „Dritten Reich“ –, Heinar Kipphardts „In der Sache J. Robert Oppenhei-

70 Vgl. Glaser 1997 (s. Anm. 7), S. 262 ff.

71 Vgl. Schildt 2003 (s. Anm. 2), S. 41 f.

72 Vgl. Kraushaar 2008 (s. Anm. 16), S. 68.

73 Schildt 2003 (s. Anm. 2), S. 40.

74 Vgl. dazu Bösch, Frank: Später Protest. Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen Bundesrepublik, in: Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 91-112.

mer“ (1964)⁷⁵, Stanley Kubricks „Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ (1964) – mit einem Hinweis auf die Atomkriegsgefahr – oder auch Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ (1961) – das den Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf das imperialistische Streben des Deutschen Reichs zurückführte – waren Impulsgeber kritischer Kunst und Wissenschaft.⁷⁶

Vergangenheit als Politikum

Oft wurden die 68er als Initiatoren einer selbstkritischen Vergangenheitsreflexion gesehen, als diejenigen, die ihren Eltern und Lehrern unangenehme Fragen zu deren Verhalten während der nationalsozialistischen Diktatur aufnötigten und auf deren Mitschuld am Holocaust anspielten. Eine ganze Reihe von Forschern hat bereits im Zeitraum zwischen 1995 und 2005 die Bedeutung der 68er für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zurückgestuft, da diese zwar die Konflikt austragung intensiviert und damit eine größere Öffentlichkeit hergestellt hätten, jedoch keineswegs die Urheber dieser Errungenschaft gewesen seien.⁷⁷ Und selbst die ansonsten mit dem NS-Umgang der Bundesrepublik höchst unzufriedene Hannah Arendt konzedierte 1965: „Die deutsche Jugend wird offenbar endlich deutlich und hört mit den dummen Schulbekenntnissen auf.“⁷⁸ Am Beispiel der problematisierten Verstrickung in die NS-Zeit lässt sich der Stellenwert von „68“ vielleicht am besten relativieren. Denn hier zeigte sich wohl am stärksten der Impetus der Generation⁷⁹, deren Angehörige zu Beginn der 1960er Jahre in meinungsmachende Positionen in der Presse, dem Rundfunk und Fernsehen eingerückt waren. Von da ab thematisierten sie immer häufiger und stärker die NS-Verbrechen in der Öffentlichkeit; erst ihre Informationsvermittlung machte die Angehörigen der 68er-Kohorten so wütend auf die älteren Generationen, die für all die Schrecken offenbar verantwortlich zeichneten und darüber geschwiegen

75 Siehe dazu den Beitrag von Felix Butzlaff in diesem Band.

76 Vgl. Rudolph 1990 (s. Anm. 6), S. 144 f.; Glaser 1997 (s. Anm. 7), S. 287.

77 Vgl. Mausbach, Wilfried: Wende um 360 Grad? Nationalsozialismus und Judenvernichtung in der „zweiten Gründungsphase der Bundesrepublik“, in: Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 15-47, hier S. 16 f.

78 Arendt zitiert nach König, Helmut: Kein Neubeginn. Hannah Arendt, die NS-Vergangenheit und die Bundesrepublik, in: Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 113-134, hier S. 114.

79 Vgl. Bebnowski 2012 (s. Anm. 1), S. 33 ff.

hatten.⁸⁰ Es war ein Schock aus Unwissenheit, weil sie mit derartigen Informationen nicht gerechnet hatten, unvorbereitet mit nahezu Unvorstellbarem konfrontiert wurden. Die massenmedial verbreiteten Informationen der Flakhelfergeneration, kombiniert mit diversen Kulturerzeugnissen (insbesondere verstörende Filme und Bilder), stimulierten seinerzeit wissenschaftliche Forschungsarbeiten und allgemeines Nachdenken.

Wurden die NS-Verbrechen und die eigene Rolle im Nationalsozialismus in den meisten Familien zwar von Eltern und Großeltern beschwiegen, so gab es doch eine ganze Ansammlung staatlicher Maßnahmen, Gerichtsverfahren, öffentlicher Berichte sowie Impulse aus Kultur und Wissenschaft, die auf eine umfassende Aufarbeitung und Läuterung zusteuerten. Bereits gegen Ende der 1950er, zu Anfang der 1960er Jahre fielen vergangenheitskritische Filme (Wolfgang Staudtes „Rosen für den Staatsanwalt“ 1959, Bernhard Wickis „Die Brücke“ 1959)⁸¹ und Bücher (Max Frischs „Biedermann und die Brandstifter“ 1958, Günter Grass’ „Blechtrommel“ 1959) zeitlich mit aufwändigen Justizverfahren (1958 der Ulmer Einsatzgruppen-, 1961 der Eichmann- sowie ab 1963 der Auschwitz-Prozess) zusammen, was insgesamt öffentliche Debatten belebte – unter anderem erstatteten 1960 zwei SDS-Aktivisten Strafanzeige gegen Richter und Staatsanwälte aus der NS-Zeit. Prominente Personalien wie der Bundeskanzleramtschef Hans Globke oder die Bundesminister Theodor Oberländer und Gerhard Schröder, deren NS-Vergangenheit Fragen aufwarf, sowie eine Serie von antisemitischen Parolen und Symbolen an jüdischen Glaubensstätten („antisemitische Welle“) unterstrichen die Vergangenheitsproblematik und das Bedürfnis nach kritischer Aufarbeitung, zogen überdies die Stabilität demokratischer Gesinnung und geläuterter Denkweisen der Westdeutschen in Zweifel.⁸² Insbesondere die antisemitischen Signale alarmierten viele Bildungsverantwortliche und öffneten in den Schulverwaltungen Türen für eine verstärkte Integration der NS-Zeit in den Unterricht, sodass sich schon um 1960 neben dem Bewusstsein für die zerbrechliche Akzeptanz der Demokratie als dauerhaft ange-

80 Vgl. hier und folgend Mausbach 2006 (s. Anm. 77), S. 27 ff. u. S. 38 f.

81 Vgl. Wöll, Andreas: Wolfgang Staudte – „Sicher sind es nicht die Filme, die das eigene Nest beschmutzen“, in: Fröhlich, Claudia/Kohlstruck, Michael (Hg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Arbeit, Münster 1999, S. 71-83, hier S. 81 f.

82 Vgl. Siegfried, Detlef: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 77-113, hier S. 78-83; Dworok 2013 (s. Anm. 20), S. 111 ff.

messene Staatsform die Erkenntnis durchgesetzt hatte, die Nachwachsenden NS-kritisch zu bilden und diesem Anliegen einen gebührenden Platz im schulischen Lehrplan einzuräumen.⁸³

Wichtige Etappen auf dem Weg zu einem aufgeklärten Vergangenheitsbild, in dem vor allem die simple Schuldzuweisung an den „Führer“ und eine zahlenmäßig kleine NS-Elite aufhörte, wurden einige Jahre vor „68“ und ohne die 68er genommen: Das erschütternde Tagebuch der Anne Frank avancierte im Verlauf der 1950er Jahre zu einem Bestseller mit vermutlich schockierender Wirkung.⁸⁴ 1963/64 begann die Zeitschrift *konkret*, vehement auf die NS-Vergangenheit zu blicken und die Autorität konservativer Werteverkünder abzuschwächen.⁸⁵ Das waren allesamt publizistische Vorarbeiten, die mit ihrer Vorwegnahme drastischer Einblicke in die NS-Zeit den Originalitätswert der 68er-Protestaktionen deutlich verringerten. Auch die wissenschaftliche Aktivität stieg, als sich Forscher verstärkt einer grundlegenden Aufarbeitung des NS-Systems widmeten, mit der sie erst die Basis späterer Diskurse und Proteste schufen.⁸⁶ Die seit den 1950er Jahren von Joseph Wulf zahlreich herausgegebenen Dokumentensammlungen legten mit Korrespondenzen, Berichten und amtlichen Mitteilungen bededtes Zeugnis ab von der Unmenschlichkeit und den Funktionsweisen des NS-Terrors.⁸⁷

Bis 1965 war das grauenvolle Wüten der Einsatzgruppen und KZ-Mannschaften infolge der Gerichtsprozesse detailliert ergründet und zu einer plastischen Vorstellung vom Holocaust verdichtet worden.⁸⁸ Insgesamt entstand zudem mit der Gründung des Münchner *Instituts für Zeitgeschichte* 1949, der Einrichtung der *Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen* in Ludwigsburg 1958, einer Beratungskommission der Bundesregierung „in Fragen der politischen Bildung“ 1960 sowie der *Bundeszentrale für politische Bildung* 1963 eine regelrechte Aufklärungs- und Erkenntnisinfrastruktur, die „68“ mit bedingte. Die virulente Frage nach dem Umgang mit belasteten Spitzenpolitikern und einem insgesamt schwierigen Kapitel

83 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 82), S. 78-94.

84 Vgl. Graml, Hermann: Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Broszat, Martin (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 169-183, hier S. 177.

85 Vgl. Herzog 2006 (s. Anm. 36), S. 94 f.

86 Vgl. Herbert 2002 (s. Anm. 7), S. 19-23.

87 Vgl. Schoenberger, Gerhard: Joseph Wulf – Die Dokumentation des Verbrechens, in: Fröhlich, Claudia/Kohlstruck, Michael (Hg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Arbeit, Münster 1999, S. 132-142.

88 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 82), S. 94-99.

jüngster Geschichte stieß also anfangs der 1960er Jahre auf eine wissbegierige Jugend, die sich von diskreditierten Autoritäten keine vorgefertigten Meinungen mehr aufzwingen lassen wollte, auf dem expandierenden Medienmarkt ein vielfältiges Informationsangebot vorfand, Geld und Freizeit zu dessen Nutzung besaß⁸⁹ und der sich aufgrund einer vorübergehenden Abschwächung der Blockkonfrontation diskursiver Raum⁹⁰ für Amerika- und vergangenheitskritische Debatten aufatet.

„68“ – DIE VERVOLLSTÄNDIGUNG EINES KOMPLEXEN WANDELS

Aufgrund archivarischer Sperrfristen ergab sich erst ab 1998 die Möglichkeit zur akribischen und tiefgehenden wissenschaftlichen Bearbeitung des Komplexes „68“, unabhängig von naturgemäß befangenen Zeitzeugen und unmittelbar Beteiligten.⁹¹ Sogleich entstanden in den folgenden zehn Jahren mehrere Sammelbände und Monografien, die darauf hinwiesen, dass „68“ das Resultat längerer Prozesse war, die in den 1950er Jahren begonnen hatten, und dass es insofern nicht urplötzlich, gleichsam aus sich selbst heraus entstand.⁹² Denn die Modernisierungsschübe der 1950er und frühen 1960er Jahre entfalteten sich zeitversetzt 1967/68. Mit den „68ern“ vervollständigte sich ein komplexer sozialer und politischer Entwicklungsstrang, war gleichsam die hinreichende Bedingung geschaffen für die moderne Gesellschaft, deren Entwicklung so gerne auf „68“ zurückgeführt wird. Die notwendige Bedingung bestand hingegen in der Errichtung stabiler Institutionen⁹³ und in der „Westernisierung“; sie – die Eingliederung der Bundesrepublik in eine westliche Wertegemeinschaft und ihre feste Zugehörigkeit zum antikommunistischen Block unter der Ägide der Vereinigten Staaten –

89 Vgl. Blücher, Viggo Graf (Bearb.): *Jugend, Bildung und Freizeit. Dritte Untersuchung zur Situation der Deutschen Jugend im Bundesgebiet*, durchgeführt vom EMNID-Institut für Sozialforschung, im Auftrag des Jugendwerkes der Deutschen Shell, Hamburg 1969.

90 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 82), S. 93.

91 Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1998.

92 Einen Forschungsüberblick gibt Dworok, Gerrit: Einleitung, in: ders./Weißmann, Christoph (Hg.): 1968 und die 68er. *Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 9-19, hier S. 14-17.

93 Vgl. Sontheimer 1999 (s. Anm. 15), S. 90-93.

war am Ende der 1950er Jahre weitgehend abgeschlossen, wurde 1961 schließlich mit dem Mauerbau buchstäblich zementiert, hatte jedoch den Blick auf die jüngste Vergangenheit verstellt und damit die selbstkritische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur und dem Schuldeingeständnis der betroffenen westdeutschen Bevölkerungsteile vorerst aufgeschoben.⁹⁴ Dieser Schritt gelang erst in den 1960er Jahren: „Erst seit der Mitte der sechziger Jahre war auch mit bloßem Auge wahrzunehmen, daß sich die Bundesrepublik als ein westliches Gemeinwesen entfaltete, dessen soziale und politische Orientierungsmuster sich von denen der Weimarer Republik und der frühen Nachkriegszeit deutlich unterschieden.“⁹⁵

Wenngleich Zustände und Verfahren nicht vorbehaltlos hingenommen wurden, so kennzeichnete die Einstellung massenwirksamer Akteure wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, aber auch Multiplikatoren im Medienbereich doch eine grundsätzliche Akzeptanz der demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wurde im Gegensatz zur Weimarer Republik nicht fundamental hinterfragt, sondern lediglich immer wieder durch sporadische Kritik herausgefordert – politische Intellektuelle wie Hans Werner Richter missbilligten zwar die patriarchalische Führung des Kanzlers Adenauer und traten mit oppositionellen Wortmeldungen an die Öffentlichkeit, waren jedoch keine Wiedergänger der Weimarer Linksintellektuellen mitsamt ihrer pauschalen Verachtung für das politische Personal.⁹⁶ Die 1950er Jahre, so die These Hermann Lübkes,⁹⁷ beinhalteten demnach weniger die Verdrängung einer unangenehmen Vergangenheit denn eine funktionale Integration unterschiedlich vergangenheitsbelasteter Menschen in ein neugeschaffenes, von den Besatzungsmächten vorgegebenes System – mit dem sich die Bevölkerung zunächst arrangieren musste, ehe sie sich ihrer eigenen Schuld zuwenden konnte.

Beispielhaft für diesen systemfestigenden Mechanismus steht die Bundeswehr: Der Zusammenbruch 1945 und die anschließende Gründung der Bundesrepublik unter Aufsicht der Alliierten verhinderten in den 1950er Jahren die Wiederherstellung des Militärs in seiner alten Form. Charaktere wie der ehemalige Wehrmachtsoffizier Wolf Graf v. Baudissin erhielten unter diesen Bedingungen die Chance, mit ihrem liberalen Anspruch und geläuterten Denken beim

94 Vgl. Doering-Manteuffel 1999 (s. Anm. 28), S. 71-74.

95 Ebd., S. 48.

96 Vgl. dazu Geppert, Dominik: Von der Staatsskepsis zum parteipolitischen Engagement. Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die deutsche Politik, in: ders./Hacke, Jens (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 46-68.

97 Vgl. Lübke 1983 (s. Anm. 50), S. 587 ff.

Aufbau der Bundeswehr gegenüber konservativen, teils noch nationalsozialistisch geprägten Offizieren als Korrektiv aufzutreten und demokratische Elemente durchzusetzen und zu bewahren.⁹⁸ Dadurch war der Grundstein für eine Armee gelegt, die in den folgenden Jahren zwar nicht immer einwandfrei die neue Philosophie des „Staatsbürgers in Uniform“ und der „Inneren Führung“ umsetzte, jedoch mit dem Augenmerk auf geschützte Individualität und der Absage an grenzenlosen Gehorsam gänzlich anders als ihre historischen Vorläufer im „Dritten Reich“ und der Weimarer Republik konstituiert war. Gemessen an anderen möglichen Entwicklungen, welche die Bundeswehr seinerzeit hätte nehmen können, war daher vermutlich trotz aller Missstände in dieser Anfangsphase kaum ein höheres Maß an Demokratisierung und Liberalisierung zu erwarten gewesen. Insofern zunächst also vor allem fundamentale Fehlentwicklungen vermieden worden waren, musste die Militärreform anfangs unvollständig bleiben und konnte in den nachfolgenden Jahrzehnten vervollkommen werden.

Ähnlich wie heute von Postdemokratie gesprochen wird, bereitete vielen Bundesrepublikanern in den 1960er Jahren eine als intransparent und insoweit wenig berechenbar anmutende Politik wachsendes Unbehagen. Der politische Konflikt der seit Jahren debattierten Notstandsgesetzgebung eskalierte dann im Frühjahr 1968 mit dem „Sternmarsch auf Bonn“ von rund 60.000 Menschen und der Besetzung der Frankfurter Universität durch 2000 Studierende; hier hatte sich ganz offenkundig die Skepsis gegenüber einem autoritären Staat zu einer Angst vor einer bevorstehenden Diktatur und der Ausschaltung des Parlaments im Zuge einer zweiten „Machtergreifung“ gesteigert.⁹⁹ Auch in anderen Fällen bildeten die Jahre 1967/68 bloß den Abschluss einer Entwicklung: Hatten zuvor große Teile der Bevölkerung die Beschäftigung mit der NS-Zeit wohl auch gemieden, weil sie sich in einer mindestens latenten Angst vor einem allumfassenden Vernichtungskrieg schlicht unheilvoller Gedanken an die menschliche Fähigkeit zum Massenmord zu entledigen suchten,¹⁰⁰ so wuchs seit Längerem das

98 Vgl. Bald, Detlef: Wolf Graf von Baudissin – Die Zivilisierung des Militärs, in: Fröhlich, Claudia/Kohlstruck, Michael (Hg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Arbeit, Münster 1999, S. 84-94.

99 Vgl. dazu Kraushaar, Wolfgang: Die Furcht vor einem „neuen 33“. Protest gegen die Notstandsgesetzgebung, in: Geppert, Dominik/Hacke, Jens (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 135-150, hier S. 139-143.

100 Vgl. Diner, Dan: Vom Stau der Zeit. Neutralisierung und Latenz zwischen Nachkrieg und Achtundsechzig, in: Gumbrecht, Hans Ulrich/Klinger, Florian (Hg.): Latenz. Blinde Passagiere in den Geisteswissenschaften, Göttingen 2011, S. 165-172.

Bewusstsein für die offenkundig mangelhafte Rechtsprechung,¹⁰¹ die mit den Delinquenten manches Mal einen allzu milden Umgang zu pflegen schien, und für die Notwendigkeit, die NS-Verbrechen in ihrer ganzen Dimension zu erfassen und juristisch bewerten zu können. Die Polarisierung¹⁰² zwischen selbstzufriedener Verdrängung und aggressiver Aufklärung löste sich damit zugunsten letzterer auf.

Auch die sexuelle Aufklärung war weit vorangeschritten, viele Jugendliche planten, ihr diesbezügliches Wissen später an die eigenen Kinder weiterzugeben, statt dies anderen Instanzen zu überlassen.¹⁰³ In Sachen sexueller Befreiung übernahmen die 68er daher lediglich die Aufgabe, ausstehende Tabubrüche und explizite Posen in der Öffentlichkeit zu vollziehen, womit sie allerdings lediglich ein bereits erreichtes Entwicklungsstadium unterstrichen. Und Schriftsteller verweigerten sich zwar in der ersten Hälfte der 1960er Jahre überwiegend dem politischen Engagement in konventionellen Formen wie vor allem im Rahmen von Parteien, artikulierten jedoch eine kritische Haltung in ihren Büchern¹⁰⁴, ehe einige von ihnen wie Günter Grass für die SPD dann den weiteren Schritt zur öffentlichen Wahlwerbung wagten¹⁰⁵ – auch hier der Abschluss, nicht der Beginn einer Entwicklung.

Dass die 68er weniger Urheber als Beschleuniger von Wandel waren, lässt sich am Beispiel des Zivildiensts veranschaulichen: Diesen versuchten einige Aktivisten von innen zu sabotieren, indem sie an ihrem Dienstort agitierten, polemische Parolen verbreiteten oder ihre Ablehnung überkommener Verhaltenserwartungen bekundeten, indem sie etwa in kirchlichen Einrichtungen anzügliche Bilder anbrachten oder in ihren Diensträumen unbedeckte Frauen über-

101 Vgl. dazu Kramer, Helmut: Barbara Just-Dahlmann – „Ludwigsburg öffnete uns schockartig die Augen, Ohren und Herzen“, in: Fröhlich, Claudia/Kohlstruck, Michael (Hg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Arbeit, Münster 1999, S. 201-212.

102 Vgl. Siegfried 2003 (s. Anm. 82), S. 87.

103 Vgl. Blücher (Bearb.) 1969 (s. Anm. 89), S. 36-39.

104 Vgl. Øhrgaard, Per: „ich bin nicht zu herrn willy brandt gefahren“ – Zum politischen Engagement der Schriftsteller in der Bundesrepublik am Beginn der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 719-733, hier S. 722-726.

105 Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 176 ff.

nachten lieben.¹⁰⁶ Mit ihrer Strategie, konsequent Unruhe zu stiften und mit moderatem Ungehorsam überleitete Eingriffe des Staats zu provozieren, gelang den Aktivisten, gemessen an ihren Ansprüchen, zwar nicht die Abschaffung des Ersatzdienstes, sie beschleunigten aber einen bis dahin stagnierenden Reformprozess. „Durch eine geschickte mediale Inszenierung lenkte die APO zudem den Blick der interessierten Öffentlichkeit auf die bestehenden Probleme im Zivildienst und machte Kriegsdienstverweigerung zu einem größeren gesellschaftspolitischen Thema.“¹⁰⁷

Insgesamt existierten in den frühen 1960er Jahren also größtenteils bereits jene Komponenten, von denen bis heute Gesellschaft, Wirtschaft und Politik geleitet und geprägt werden. Zwischen 1955 und 1965 erhielt die Bundesrepublik einen nahezu universellen Modernitätsschub. Blicken wir auf die 1960er Jahre, so begegnet uns bereits vor 1968 eine Gesellschaft, die uns beträchtlich weniger fremd vorkommt als jene der nur kurze Zeit zurückliegenden 1950er Jahre.

Vor 1968 fielen normative Schranken, was den 68ern die enthemmte Artikulation politischer Kritik erleichterte, wenn nicht gar überhaupt erst ermöglichte. Ihre eigentliche Leistung bestand demnach weniger im kulturellen und politischen Aufbruch, sondern in dem Wagemut und der Tatkraft, erstmals die geöffneten Grenzen auch tatsächlich zu überschreiten und die sich eröffnenden Räume in Gestalt von radikalen und provokanten Protestformen sowie kontrastreichen Kleidungs-, Frisuren- und Verhaltensstilen zu nutzen und dabei eine Reihe demonstrativer Konventionsbrüche zu üben. Freilich traten als Nebenwirkung dieser Konfliktinitiative bisweilen bedenkliche Züge an die Oberfläche: Götz Aly, selbst einstmals 68er, charakterisierte die Protagonisten der Bewegung als männlich dominante Gruppe, in der grundlegende, jedoch merkwürdig romantische und letztlich gefährliche Fantasien eines alternativen Systems gesponnen wurden, eine befremdliche Gewaltbereitschaft und ideologische Radikalität vorherrschten und deren Pläne und Gebaren – wovor bereits zeitgenössisch Adorno und Horkheimer warnten¹⁰⁸ – sogar diverse Parallelen zur nationalsozialistischen Machtübernahme erkennen ließen.¹⁰⁹ Nichtsdestotrotz leisteten die 68er bedeut-

106 Zu diesem Beispiel vgl. Bernhard, Patrick: An der „Friedensfront“. Die APO, der Zivildienst und der gesellschaftliche Aufbruch der sechziger Jahre, in: Hodenberg, Christina v./Siegfried, Detlef (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 164-200, hier S. 174-186.

107 Bernhard 2006 (s. Anm. 106), S. 193.

108 Vgl. Kailitz, Susanne: Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007, S. 90.

109 Vgl. insgesamt Aly, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a.M. 2008.

same Beiträge zur weiteren Entwicklung der Bundesrepublik: Mit ihrer unnachgiebigen, mitunter überspannten, dadurch aber auch schonungslosen Suche¹¹⁰ nach Missständen und Verschwiegenem konsolidierten sie ein Bewusstsein für das Gebot, die Demokratie nicht als etwas Selbstverständliches hinzunehmen und die notorische Verweigerung einer selbstkritischen Vergangenheitsbetrachtung zu überwinden; ferner gingen aus der 68er-Bewegung zahlreiche subkulturelle Szenen hervor, die zur Pluralisierung der Gesellschaft beitrugen;¹¹¹ mit der APO gelang den 68ern ein besonders einprägsames historisches Beispiel für außerparlamentarischen Protest;¹¹² überhaupt etablierten sie Bürgerprotest endgültig als konventionelle und legitime Methode politischer Einflussnahme,¹¹³ dienen hierfür seither als Inspirationsquelle und Vorbild und haben generell originelle und medienwirksame Protestformen und eine Protestsprache – eine „Methodik des Infragestellens“¹¹⁴ – kultiviert und bekanntgemacht.¹¹⁵

Die Eigenheit der 68er, linke Politik mit gezielten Regelverletzungen und Konventionsbrüchen zu kombinieren, erwies sich als wirksam: Die prüden und konservativen Wertekanons ihrer Kontrahenten konfrontierten sie mit frivolen Gesten, mit denen sie Reaktionen herausforderten, deren oftmals übertriebene Härte wiederum Anlass zu systemkritischer Verve gab, dabei in der öffentlichen Meinung und den gesetzgebenden Institutionen ein Bewusstsein für offenkundig akute Missstände schuf und damit das politische Personal zur Problemlösung drängte. Mit einer spezifischen Sprache und Form des Protests animierten die 68er aber auch unterschiedliche Gesellschaftsgruppen, etwa Lehrlinge und Schüler, zur Renitenz, für die sie ihnen Artikulations- und Verhaltensmodelle bereitstellten.¹¹⁶ Wie gesagt, ist die zeitweise überhöhte gesellschaftliche Bedeutung der 68er von der Zeitgeschichtsforschung längst korrigiert worden. Dennoch erfüllten sie die Funktion, als kreative Impulsgeber und Begründer wie Förderer eines ausstrahlungskräftigen Mythos zu figurieren.

110 Vgl. Sontheimer 1999 (s. Anm. 15), S. 107 f.

111 Vgl. Tanner, Jakob: „The Times They Are A-Changin’“. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 207-223.

112 Siehe etwa Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983, S. 41.

113 Vgl. Kraushaar 2008 (s. Anm. 16), S. 296.

114 Glaser 1997 (s. Anm. 7), S. 322.

115 Vgl. ebd., S. 319-322; Bude, Heinz: Achtundsechzig, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte II, München 2002, S. 122-134, hier S. 124 u. S. 129.

116 Vgl. Etzemüller 2005 (s. Anm. 21), S. 199-204.

Die 68er gelten als Protestgeneration, deren originäres Kennzeichen Dissidenz und Revolte sind. Gleichviel, wie groß ihre soziale Wirkungsmacht zu bemessen ist: Zumindest waren die Westdeutschen im Ausgang der 1980er Jahre, also immerhin zwanzig Jahre nach „68“, alles andere als autoritätsliebend. Vielfach stärker als in anderen europäischen Ländern stießen Autoritäten nahezu in allen Gesellschaftsbereichen auf grundsätzliches Misstrauen und waren stets legitimierungsbedürftig.¹¹⁷ „1968 war nicht das Jahr, das alles verändert hat, dazu war viel zu viel bereits im Gang. Aber nach ‚68‘ war fast nichts mehr so wie vorher.“¹¹⁸

117 Vgl. Köcher, Renate: Freiheit, Gleichheit, Autorität und Norm – ungeklärte Verhältnisse, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987, S. 282-355.

118 Frei 2008 (s. Anm. 11), S. 228.

Autorinnen und Autoren

Bebnowski, David, geboren 1984, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet ausgehend vom akademischen Marxismus infolge der 1968er Jahre an einer Dissertation zu sozialtheoretischen Konjunkturen linken politischen Engagements.

Blöcker, Yvonne, geboren 1986 in Kędzierzyn-Koźle, ist Politikwissenschaftlerin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet an ihrer Dissertation zum Demokratie- und Politikverständnis von Kindern in Migrationsmilieus.

Brüßler, Lisa, geboren 1991 in Kassel, war studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sie studiert Politikwissenschaft und hat die Forschungsschwerpunkte Europa und Griechenland.

Butzlaff, Felix, geboren 1981 in Celle, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und forscht zu Bürgerprotesten sowie zur Geschichte und Gegenwart der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung.

D'Antonio, Oliver, geboren 1977 in Stuttgart, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung und arbeitet zu Parteien, politischer Kultur und Zeitgeschichte.

Geiges, Lars, geboren 1981 in Rinteln, ist Journalist, Politologe und Sportwissenschaftler. Er arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung als wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Gmeiner, Jens, geboren 1984 in Albstadt-Ebingen, ist Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung. Er forscht zur Politik und Kultur Skandinaviens und arbeitet an einer Dissertation über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen.

Hiemann, Roland, geboren 1978, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Forschungshintergrund ist die Außen- und Sicherheitspolitik, mit der er sich unter anderem bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin beschäftigt hat.

Kiegeland, Julia, geboren 1986, studiert im Master Politikwissenschaft und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sie befasst sich vorrangig mit den Schwerpunkten Politische Theorie und Ideengeschichte sowie der Politischen Kommunikation. Zudem ist sie Redaktionsmitglied von *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*.

Klatt, Jöran, geboren 1986 in Wolfenbüttel, arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Geschichts- und Kulturwissenschaften sowie die Kulturtheorie.

Kopp, Julia, geboren 1986 in Recklinghausen, ist studentische Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung und studiert Politik und Geschichte an der Universität Göttingen.

Lorenz, Robert, Dr., geboren 1983 in Kassel, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht zu politischen Karrieren und Gewerkschaften.

Lühmann, Michael, geboren 1980 in Leipzig, ist Historiker und Politikwissenschaftler am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet an einer Dissertation zu den Grünen nach Fischer.

Marg, Stine, Dr. des., geboren 1983 in Rostock, studierte Mittlere und neuere Geschichte sowie Politikwissenschaft in Göttingen und arbeitet am Institut für Demokratieforschung.

Messinger, Sören, geboren 1986 in Wuppertal, ist Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Dort beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit der programmatischen Entwicklung von Parteien und der Analyse von Protestgruppen.

Nentwig, Teresa, Dr., geboren 1982 in Göttingen, ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Derzeit forscht sie vor allem zum Thema „Unternehmer und Gesellschaft“.

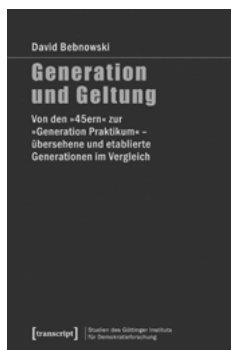
Rahlf, Katharina, geboren 1983, arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung und ist dort Chefredakteurin von *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*.

Schmitz, Christopher, geboren 1988, studiert Politikwissenschaft und ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Theorie und Netzkultur.

Walter, Franz, Prof. Dr., geboren 1956, lehrt Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Direktor des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Zimmer, Miriam, M.A., ist Kultur- und Religionssoziologin. Derzeit erforscht sie an der Universität Bochum die Katholische Kirche in Deutschland und deren Umgang mit aktuellen Säkularisierungsphänomenen. Zuvor studierte sie in Göttingen und São Leopoldo (Brasilien) Soziologie, Religionswissenschaft und Sozialpsychologie.

Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen



David Bebnowski

Generation und Geltung

Von den »45ern« zur »Generation Praktikum« –
übersehene und etablierte Generationen
im Vergleich

2012, 272 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1975-1



Johanna Klatt, Robert Lorenz (Hg.)

Manifeste

Geschichte und Gegenwart
des politischen Appells

2010, 446 Seiten, kart., 32,80 €,
ISBN 978-3-8376-1679-8



Robert Lorenz

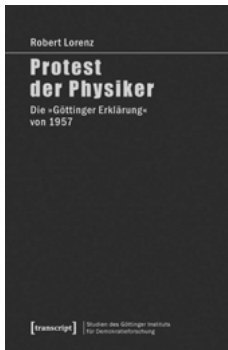
Gewerkschaftsdämmerung

Geschichte und Perspektiven
deutscher Gewerkschaften

2013, 308 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-2286-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen



Robert Lorenz

Protest der Physiker

Die »Göttinger Erklärung« von 1957

2011, 402 Seiten, kart., 33,80 €,
ISBN 978-3-8376-1852-5



Bettina Munimus

Alternde Volksparteien

Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?

2012, 378 Seiten, kart., zahlr. Abb., 35,80 €,
ISBN 978-3-8376-2211-9



Franz Walter

»Republik, das ist nicht viel«

Partei und Jugend in der Krise
des Weimarer Sozialismus

2011, 454 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1832-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

